



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

## Über Google Buchsuche

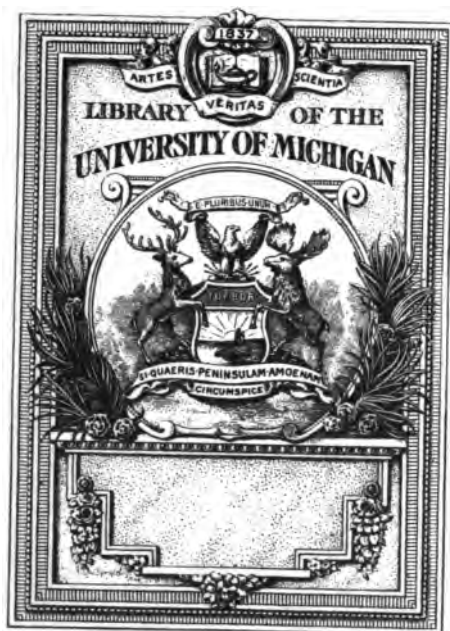
Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



BUHR A



a39015 01809706 6b



1.16.1.1

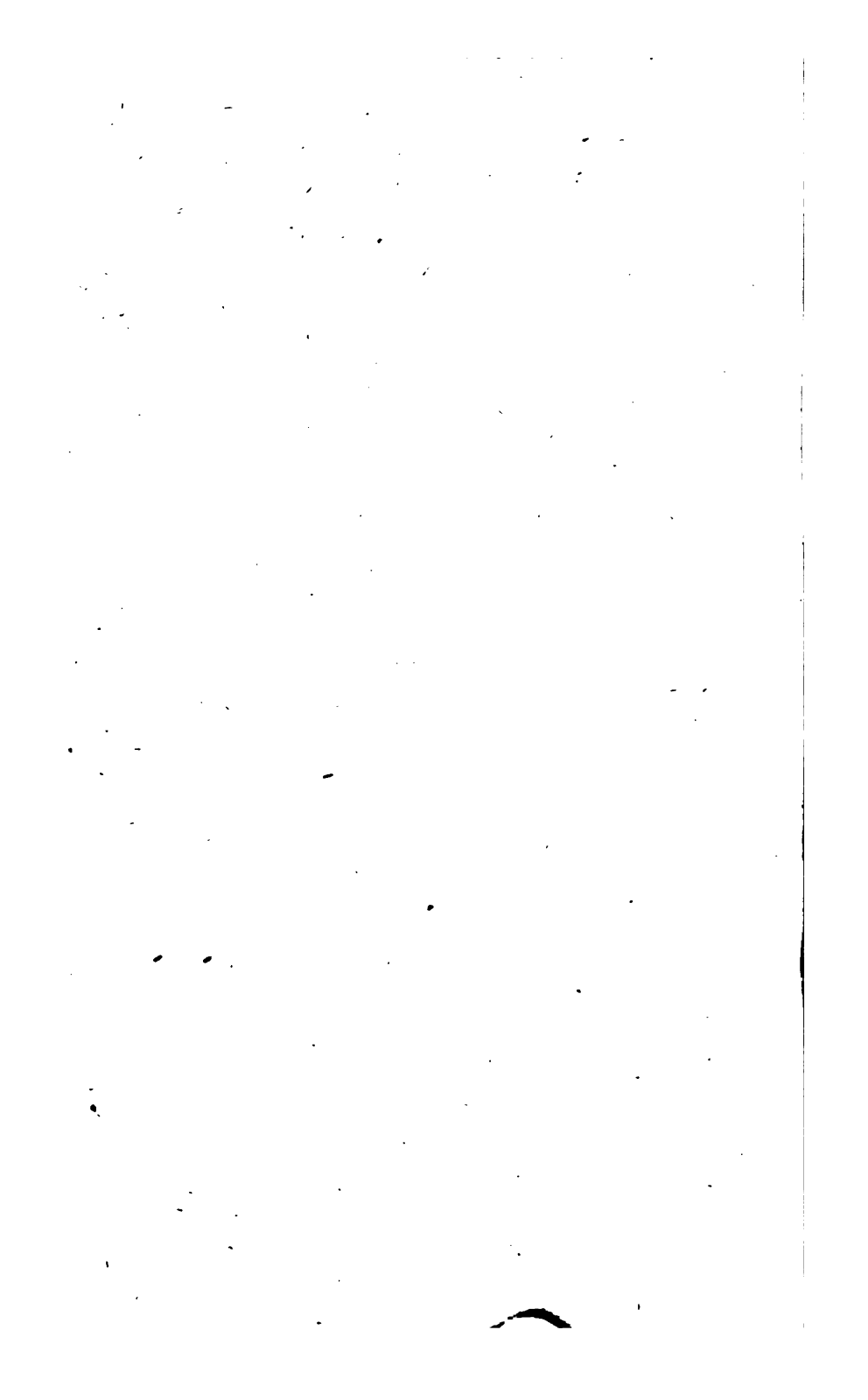
DD

801

H2

S24

V.3



17376  
Geschichte

des

# Hanseatischen Bundes

von



Georg Sartorius,

Professor zu Göttingen.

---

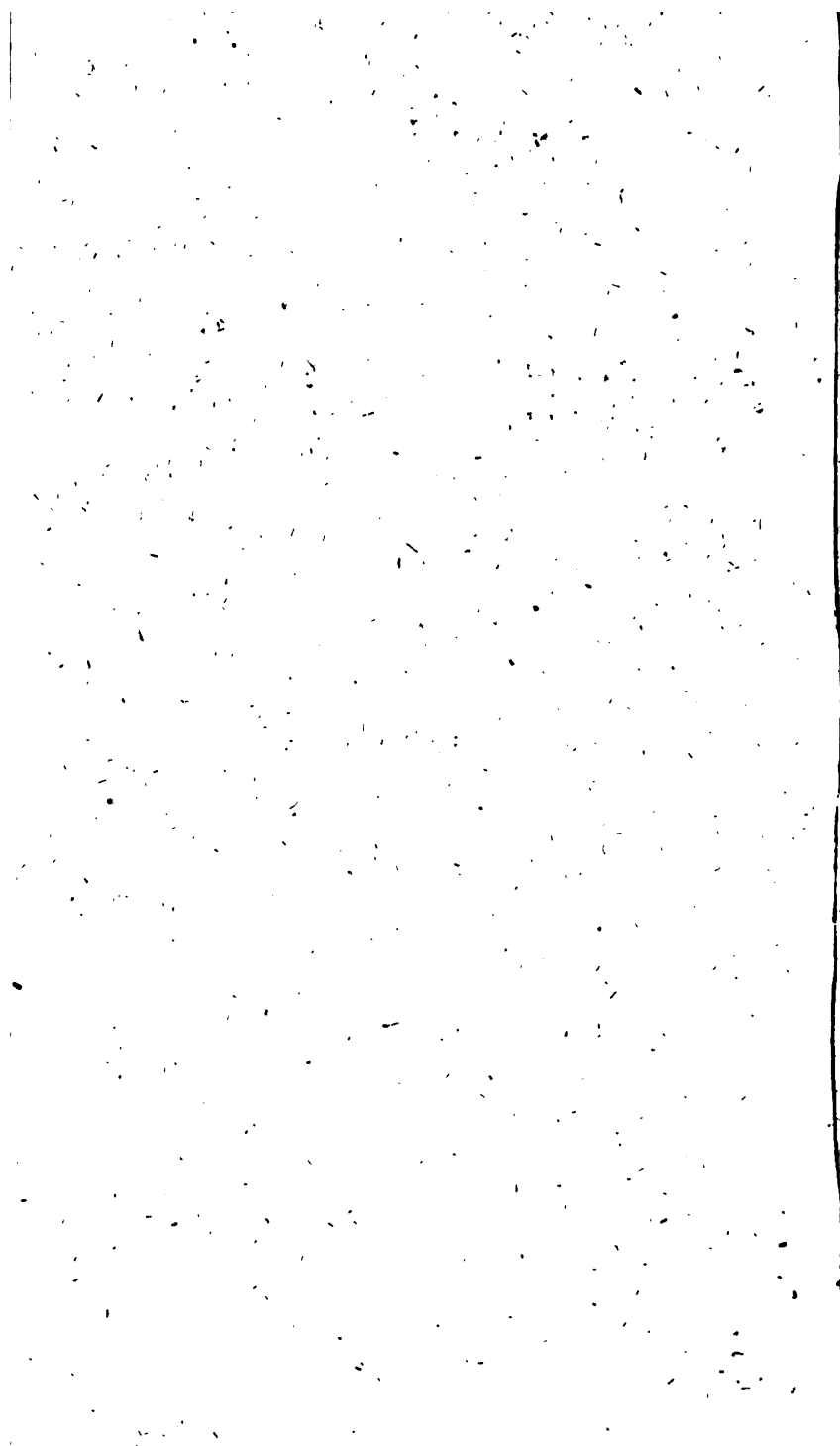
Dritter Theil.

---

Göttingen,

bei Heinrich Dieterich.

1808.



---

## I n h a l t.

---

**Dritte Periode der Geschichte der Deutschen  
Hanse, von dem allgemeinen Deutschen Land-  
frieden bis nach dem dreißigjährigen Kriege.  
Buch 13 — 20. S. I — 648.**

**Dreizehntes Buch. Der dritten Periode erster Ab-  
schnitt: Verfall der Hanse im allgemeinen, wäh-  
rend dieser Zeit, durch den veränderten Zustand  
der Europäischen Staaten und des Deutschen  
Reichs veranlaßt. S. I — 86.**

Zu den früheren inneren Gebrechen des Bundes gesellte  
sich ein ganz veränderter äußerer Zustand, der verderblich  
für die Hanse ausfallen mußte — S. 6; mehr Ruhe,  
Ordnung, Einheit und Kraft entstand in den monarchi-  
schen Staaten, welche auf die erworbenen Hanfischen Frei-  
heiten sehr nachtheilig wirken mußten — S. 12; als Jura  
quaesita forderren die Städte, was die Könige ihnen als  
Gnade kaum zugestehen wollten; Verfall der Hanfischen  
Factoreyen, ganz veränderter Mechanismus des Verkehrs  
mit Auswärtigen — S. 16; das Zerfallen Deutschlands in  
viele einzelne Staaten raubt den Hanse die Hülfe, die  
beym eigenen Verfallen ihnen noch hätte werden können,  
der Landfrieden gab ihnen mehr Sicherheit der Straßen,  
aber raubte ihnen ihr politisches Ansehen — S. 21; auch  
die einzelnen Glieder des Bundes entziehen sich dem  
Rechtspruch der Hanse, die Furcht vor dem Hanfischen  
Bann verschwindet immer mehr — S. 26; an die Kaiser  
enger sich zu schließen, will so wenig als die Vereinigung  
mit den Oberdeutschen Reichsstädten gelingen. — S. 30;  
die Kirchenreform wirkt in mehreren Beziehungen nachtheil-



llg — S. 34; dadurch gestörte Eintracht unter den Bundesstädten, Veytreten einiger zu den kriegerischen Bündnissen, Nachtheile aus dem ersten Religionskrieg für sie — S. 38; Hoffnung, die aus der Verbindung der Hanse mit den General-Staaten entsteht, Lübeck geht im Jahr 1613 mit dem Beispiele voran, neun andere, der angeseheneren Städte treten im J. 1615 bey — S. 42; wohlthätige Wirkungen dieser Allianz in Bezug auf fremde Mächte und auf das Verhältniß der Städte zu den Deutschen Fürsten — S. 48; allein dieß gute Verhältniß wird bey dem Wiederausbruch des Spanisch-Niederländischen Kriegs gestört, denn die Hanse-Städte wollten daran nicht Theil nehmen, und die Allianz schlummerte ein — S. 53; der dreßigjährige Krieg lösete diese Verbindung wie so manches andere auf, die fremden, protestantischen oder antischreitischen Mächte warben vergebens um der Städte Veytritt — S. 61; als der Sturm über Niedersachsen kam, ward das Herz des Bundes angegriffen — S. 68; der Kaiser fordert die städtischen Schiffe, um den König von Dänmark zu verfolgen, Straßhunds glückliches Widerstreben, ohne durch die Schwesdern eben unterstützt zu werden — S. 75; Wettein nur blieb ihnen übrig, aber dem gefährvollen Vorschlage zu einem monopolistischen Verkehr zwischen Spanien und ihnen, da sie für ihre Freiheit von da so viel und mit Recht befürchteten, wichen sie aus — S. 83; der Fortgang des unglückseligen Kriegs drückt Einzelne nieder — S. 86.

Vierzehntes Buch. Der dritten Periode zweyter Abschnitt: Verhältnisse der Hanse zu Dänmark und Norwegen, und allmählicher Verlust ihres Ansehns und privilegierten Handels daselbst. S. 87.

— 154.

Befolgung des alten Systems von Seiten der Städte und besonders von Lübeck zu Anfang dieser Periode in Bezug auf Dänmark, Fehden mit König Johann — S. 93; mit König Christian II. und glückliches Ende derselben — S. 98; doch der durch die Städte und besonders durch Lübeck auf den Thron gehobene König, Friedrich I., ward lauer in seinen dankbaren Gesinnungen — S. 99; und das

verwegen Beginnen einiger Lübeckischen Demagogen nach  
seinem Tode, Willemwerd und Marcus Mebert bey einem  
höchst glücklichen Anfange gewann ein schlechtes Ende —  
S. 102; daraus entstehende Uneinigkeit und Erbitterung  
unter den bedeutenderen Städten selbst — S. 105; der neue  
König Christian III., gegen welchen Lübeck gekämpft, ver-  
weigerte die Bestätigung der alten Handelsfreyheiten, die  
Hansen erreichen diese ihre sehnlichsten Wünsche bey seinen  
Lebzeiten nicht ganz — S. 108; Friedrich II. bestätigte einen  
bedeutenden Theil derselben durch den Odenseischen Decess  
vom J. 1560, und Lübeck verband sich mit ihm zur Fehde  
gegen Schweden, welche aber ein unglückliches Ende nahm  
— S. 109; so verloren Lübeck und die Hanse ihr Ansehen  
auch in Dänmark, mehrere Handelsbedrückungen erfolgten,  
der Sundzoll ward erhöht — S. 112; die Hanse wendet  
sich an Kaiser und Reich, aber von da war nichts fruchte-  
bares zu erwarten — S. 114; noch schlimmer ward es un-  
ter Christian IV., der die Bestätigung der alten Freyheiten  
verweigert — S. 115; der auch aus andern Gründen erbit-  
telt, die Hanfischen Legaten zu mehreren Mahlen auf eine  
Weise behandelte, die bis dahin unerhört war — S. 123;  
bis zum Jahre 1560 war der Handel zwischen den eigentl.  
Dänischen Besitzungen und den Hansen, trotz mancher Un-  
terbrechungen, auf altem Fuß geführt worden — S. 125; Frie-  
drich I. bestätigte, im Jahre 1524, alle ihre großen Freyhei-  
ten, und im Ganzen blieb ihnen auch der Genuß derselben  
unter Christian III. — S. 127; der Vertrag zu Odensee, im  
Jahre 1560, beschränkte ihre Privilegien, aber vieles blieb  
ihnen dennoch, und glücklich wären sie gewesen, wenn sie  
diesen Vertrag in der Folge hätten in Kraft erhalten kön-  
nen — S. 131; allein unter K. Friedrich II. ward schon man-  
ches davon nicht gehalten, und unter Christian IV. ging  
vollends so gut als alles zu Grunde — S. 133; in Nor-  
wegen ging es auf dieselbe Weise, zu Anfang dieser Periode,  
es mißbrauchten die Deutschen vielfach ihre daselbst erlangte  
Herrschaft — S. 134; Klagen des Comtoirs über die Nor-  
weger und die aus Deutschland zu Bergen Ankommenden,  
und dahin Handelnden, so wie der Städte über das Com-  
toir in dieser Zeit — S. 137; Zerstörung der Fundamente  
der Hanfischen Dictatur seit der Mitte des sechzehnten  
Jahrhunderts in Norwegen, besonders durch Christoph Wal-  
kenborg, des Königs Amtmann, zu Bergen — S. 141; der  
Odenseische Decess, von dem Jahre 1560, verstatet den

Bürgern der Stadt Bergen, zum Nachtheile der Hanse, größere Handelsfreyheiten — S. 144; über den Buchstaben des Vertrags hinaus wurden diese allmählig noch mehr ausgedehnt, und Christian IV. verfuhr auf eine Weise, die bisher unerhört war — S. 147; dazu kam, daß der alte Handels-Mechanismus den Hanse selbst drückend ward, und die alten Statute nicht mehr aufrecht zu halten waren — S. 152; sie werden aus ihrem Comtoir auf dieselbe Weise großen Theils vertrieben, wie sie weiland die Eingekorenen daraus verdrängt hatten, und nur ein Schatten vormahliger Herrlichkeit verblieb — S. 154.

**Zunfzehntes Buch. Der dritten Periode dritter Abschnitt: Verhältniß der Hanse zu Schweden und Rußland, und Verfall ihres Ansehens und Handels daselbst. S. 155 — 244.**

Vor Gustav I. blieb alles zwischen Schweden und den Städten in den alten Verhältnissen, Gustav aber gab ihnen, im Jahre 1523, einen unschätzbaren Freybrief — S. 158; wenige Jahre nachher aber beschränkte er die zugestandenen Monopole immer mehr, sie wurden schon bey seinen Lebzeiten meist ganz eingebüßt — S. 161; wenn auch Lübeck mit den Waffen zuschlagen wollte, so war doch bey den übrigen Gliedern des Bundes auf keine Hülfe zu rechnen, und bis zu des Königs Tod ward oft genug, aber vergebens um die Herstellung der Freyheiten gehandelt — S. 165; auch unter Erich XIV. wollte dieß nicht gelingen, obwohl die Hanse schon gemäßigter in ihren Wünschen waren — S. 169; die Schwedischen Handel und Schwedens Erwerbung der Stadt Reval veranlaßten auch Störungen des Russisch-Hanseatischen Handels — S. 171; Lübeck verbündet sich mit Dänmark gegen Schweden, aber die übrigen Städte treten nicht bey, und die Fehde hat nicht das erwünschte Ende — S. 172; Friede zu Stettin von d. Jahre 1570 — S. 173; aber auch dieser schlechte Friede ward nicht gehalten; König Johann III. will die Hanseische Fahrt auf Rußland über Narwa auch sonst nicht zugeben — S. 177; des Königs Erklärung, von dem Jahre 1580, schien der Hanse zu spotten — S. 178; auch die inneren Unruhen des Reichs, seit Siegmunds Thronbesteigung, konnten nicht

mehr benutzt werden — S. 180; im Bedränge zwischen dem Herzoge oder dem nachmahligen Könige Carl und dem Könige Siegmund neigte sich Lübeck zu des letztern Partey, die im Kampf unterlag — S. 181; König Carl verfuhr, sicher des Throns, nun um so härter gegen die Hansen — S. 183; Gustav Adolph hatte freundliche Worte, aber an die Wiedererlangung der alten, großen Freyheiten war weiter gar nicht zu denken; der Beschwerden waren viele, der dreyßigjährige Krieg, gesellte sich hinzu — S. 188; in Rußland waren die ältern Niederlagen zerstört, und vergebens waren die Versuche zu Ende des funfzehnten und anfangs des sechzehnten Jahrhunderts sie wieder herzustellen — S. 190; dabei verfielen die alten Handels-Statute, die auf den Russischen Verkehr sich bezogen, die den Hansen die Herrschaft in diesem Handel zugesichert hatte, ein immer größserer Contrebande-Handel kam auf — S. 192; das einseitige Verfahren der Livländischen Städte kam hinzu und vermehrte die Gebrechen, das Comtoir ward nicht wieder aufgerichtet, und das Schisma zwischen den Livländern und den übrigen Hansen ward immer größser — S. 207; die Schweden werden thätiger im Russischen Handel, die Engländer entdecken die Fahrt über das weisse Meer, im J. 1553, dieser ward stets bedeutender und war nicht zu unterdrücken — S. 208; Zar Iwan Wassiljewitsch II. sucht in nähere Verbindung mit Europa zu kommen, fällt auf Livland — S. 212; die Livländischen Städte bitten bey den übrigen Hansen um Hülfe, aber die Erbitterung war schon zu groß, thätiger Beystand überall so schwer zu erhalten, Livland ward zerrissen, die Rechte mehrerer — S. 216; erst umsuchten Lübeck und die Wendischen Städte, unabhängig von den Livländischen Communen über Narwa einen Weg zum unmittelbaren Verkehr mit den Russen — S. 219; Unzufriedenheit der Livländer, immer größser Spaltung zwischen ihnen und den westlich belegenen Hanse-Städten — S. 223; die Eroberung Narwa's durch die Schweden, im Jahre 1581, gibt dem Handel der Hansen mit Rußland eine andere Richtung, sie erhielten von Zar Feodor Iwanowitsch Zollfreyheiten und die Herstellung ihrer Höfe zu Pleskow und Nowgorod — S. 224; doch gebieh der Verkehr nicht wieder zu altem Glanz — S. 225; Zacharias Meyer macht unter Feodors und dessen Nachfolgers Regierung sich um die Hanse höchst verdient — S. 234; eine Hanseische Gesandtschaft geht an Zar Boris Feodorowitsch Godunow, im J.

1663, ab — S. 235; aber nur Lübeck erhielt Befreyung im Zoll, und die alten Häfe, so wie das Recht neue anzulegen — S. 237; aber eben dieß, daß nur Lübeck allein diese Freyheiten erhielt, vermehrte die Spaltung unter den Städten — S. 239; überall hatten die Privilegien wenig Werth, da die Russen ihre Befestigungen an der Ostsee verloren hatten, Bruchangel so weit lag. — S. 240; die Schweden besonders drückten diesen Handel, und Gustav Adolph selbst, wiewohl gleich unzufrieden, wie seine Vorfahren, ob des Wegs über Bruchangel, wollte doch den über die Ostsee mit den Russen vorzüglich an seine Unterthanen geknüpft wissen — S. 242; dieser Zweig des Hanfischen Handels trankelte immer mehr, und was ihnen davon noch blieb war das Werk einzelner Städte nicht das des Bundes — S. 244.

**Sechzehntes Buch. Der dritten Periode vierter Abschnitt: Verhältniß der Hanse zu den Niederlanden, während dieser Periode. S. 245 — 306.**

Die Grundfesten der Handels Herrschaft in diesen Gegenden waren bereits zu Ende der vorigen Periode erschüttert worden — S. 247; die verlorene Herrschaft in der Ostsee, ein ganz anderer Mechanismus des Handels wirken nachtheilig auf die Hanfische Macht im Niederlande — S. 253; vergebens waren die Bemühungen die Residenz zu Brügge und die daran geknüpften Statute aufrecht zu erhalten — S. 257; der Schöffbrief für das Comtoir daselbst, vom J. 1530, findet großen Widerspruch — S. 259; Klagen der Vorsteher desselben, von d. J. 1535, 1539, welche den Verfall des Ganzen hinlänglich beurfundeten, so daß keine Rettung mehr schien — S. 267; Versuche ein neues Comtoir zu Antwerpen zu errichten seit dem Jahre 1516, weil sich der westliche Handel immer mehr dahin versetzte — S. 268; dieß war mit Schwierigkeiten verbunden, von Seiten der Stadt Brügge, der Hansen u. a. — S. 270; an ein halbes Jahrhundert dauerten die Unterhandlungen mit Antwerpen, bis man endlich, im Jahre 1545, einen Vertrag mit dieser Stadt zu Stande brachte — S. 272; Schöffbrief für diese neue Factoren von dem Jahre 1554; seit dem Jahre 1557 ward der Schoß erhoben, und jener Brief, im Jahre 1562, bestätigt — S. 274; Inhalt dieses Briefs

mit erlangte Bestätigung der älteren Freiheiten in Braunschweig durch König Philipp II. von Spanien — S. 276; Vertrag mit der Stadt Antwerpen, vom Jahre 1563, zur nähern Begründung der hanfischen Factoren daselbst — S. 278; der Grundstein zu dem neuen herrlichen Gebäude ward gelegt, den 5. May, 1564, und im Jahre 1572 erfolgte die neue Comtoir-Ordnung — S. 280; allein schon während dieser Unterhandlungen und wirklichen Fortschritte war wenig Hoffnung, daß die Wünsche in Erfüllung gehn würden, denn nur der Stadt Lübeck und dem Syndicus Endemann war es ein rechter Ernst, mehrere der angesehensten Städte als Eblu, Danzig, Braunschweig u. a. waren nicht ganz zu gewinnen — S. 284; man suchte ihre Einwendungen zu widerlegen, aber manche waren nur zu wohl begründet, die versprochenen Gelder zur Aufführung des Gebäudes liefen schlecht ein, Schulden mußten gemacht werden — S. 288; schlimmer noch war es, daß die Statute über Schoss, Stapel und gezwungene Residenz so wenig gehalten wurden — S. 292; auch der Gerichtszwang der Vorsteher über die Hansen ward nicht geachtet — S. 293; von außen kamen unerwartete Unfälle hinzu, besonders die Unruhen im Niederland; Plünderung Antwerpens und des hanfischen Comtoirs, im Jahre 1576, mannigfaltiger Druck von beyden Parteyen — S. 296; gewaltige Klagen der Vorsteher der Factoren, in den Jahren 1581 und 1582, welche den gänzlichen Untergang vermuthen lassen — S. 299; Lübeck selbst hatte bald nur Worte noch zum Trost ihnen zu bieten — S. 300; die Berichte, die ganze Lage wurde immer trauriger, alles schien sich aufzulösen — S. 302; im Jahre 1624 wurden in das hanfische Gebäude wieder Spanier einquartirt, die es gänzlich zu Grunde richteten — S. 304; das Gebäude auch nur vor gänzlichem Einsturz zu bewahren war kaum möglich, der Altihanseatische Handel in diesen Gegenden hatte schon weit früher aufgehört — S. 306.

**Stiebenzünftes Buch. Der dritten Periode fünfter Abschnitt: Verhältniß der Hanse zu England, während der dritten Periode. S. 307 — 428.**

In England behaupten die Hansen im Ganzen ihre alten Privilegien bis um die Mitte des sechzehnten Jahrhun-

dort, doch fehlte es nicht an Streitigkeiten — S. 320; wechselseitige Beschwerden von Seiten der Engländer und der Hanse in dieser Zeit — S. 324; Klagen über einschlägige Unordnungen auf dem Comtoir zu London, über die gestörte Disciplin, welche, wie häufig sie auch vorkam, dennoch die Fundamente desselben nicht erschütterten — S. 319; allein seit der Regierung Eduards VI., im Jahre 1552, änderte sich plötzlich alles, ihre Privilegien wurden ihnen genommen — S. 321; die alten Beschwerden von Seiten der Engländer werden erneuert, und was auch von Hanfischer Seite geschah diesen nach Möglichkeit abzuhelpen, so gelangten sie doch, während Eduards Regierung, nicht wieder zum Genuß derselben — S. 327; aber die Königin Maria begnadigte sie wiederum damit — S. 330; die Hanse gibt darauf, im Jahre 1554, eine neue Comtoirs-Ordnung der Factorey zu London — S. 332; große Vortheile, welche die Hanse von diesen Freyheiten sogleich zogen — S. 336; allein die Engländer trugen solche Begünstigung der Fremden jetzt um so ungerner, und am 23. März, des J. 1555, wurden die Vorsteher der Hanfischen Factorey zu London von dem geheimen Rathe vorgelodert, und ihnen die Beschwerden des Majors der Hauptstadt mitgetheilt — S. 338; darauf wurden ihre Handelsfreyheiten, ihr Zwischenhandel durch einen Beschluß des geheimen Rathes sehr beschränkt — S. 339; die Vorstellungen und Legationen deshalb von Seiten der Hanse blieben fruchtlos — S. 340; auch das Verbot alles Verkehrs mit England blieb ohne die gehoffte Wirkung, und die Königin Maria starb, ohne daß die Hanse wieder zum Genuß ihrer alten Freyheiten gelangt wären — S. 343; vertrauensvoll wandten sie sich an Elisabeth, gefällig war ihre Rede, aber an die Herstellung der alten Freyheiten war nicht zu denken, den Engländern sollten sie im Zoll gleich gesetzt werden — S. 345; und dabei blieb es nicht, sie forderte gleiche Handelsfreyheit für ihre Unterthanen in den Hanse-Städten, die Königin beschränkte die Ausfuhr der weißen Tücher, und drohte, wenn ihr dieß nicht eingeräumt würde, sie im Zoll auf gleichen Fuß mit den Fremden zu setzen — S. 346; Vorstellungen der Hanse beym Kaiser; dessen Vorschreiben an die Königin wirkten nichts — S. 348; Unordnungen auf dem Comtoir zu London, besonders Beschwerden über Peter Eißler, Wüdermann daselbst — S. 352; Bestreben des Comtoirs sich von der Hanse mehr unabhängig zu machen, dessen



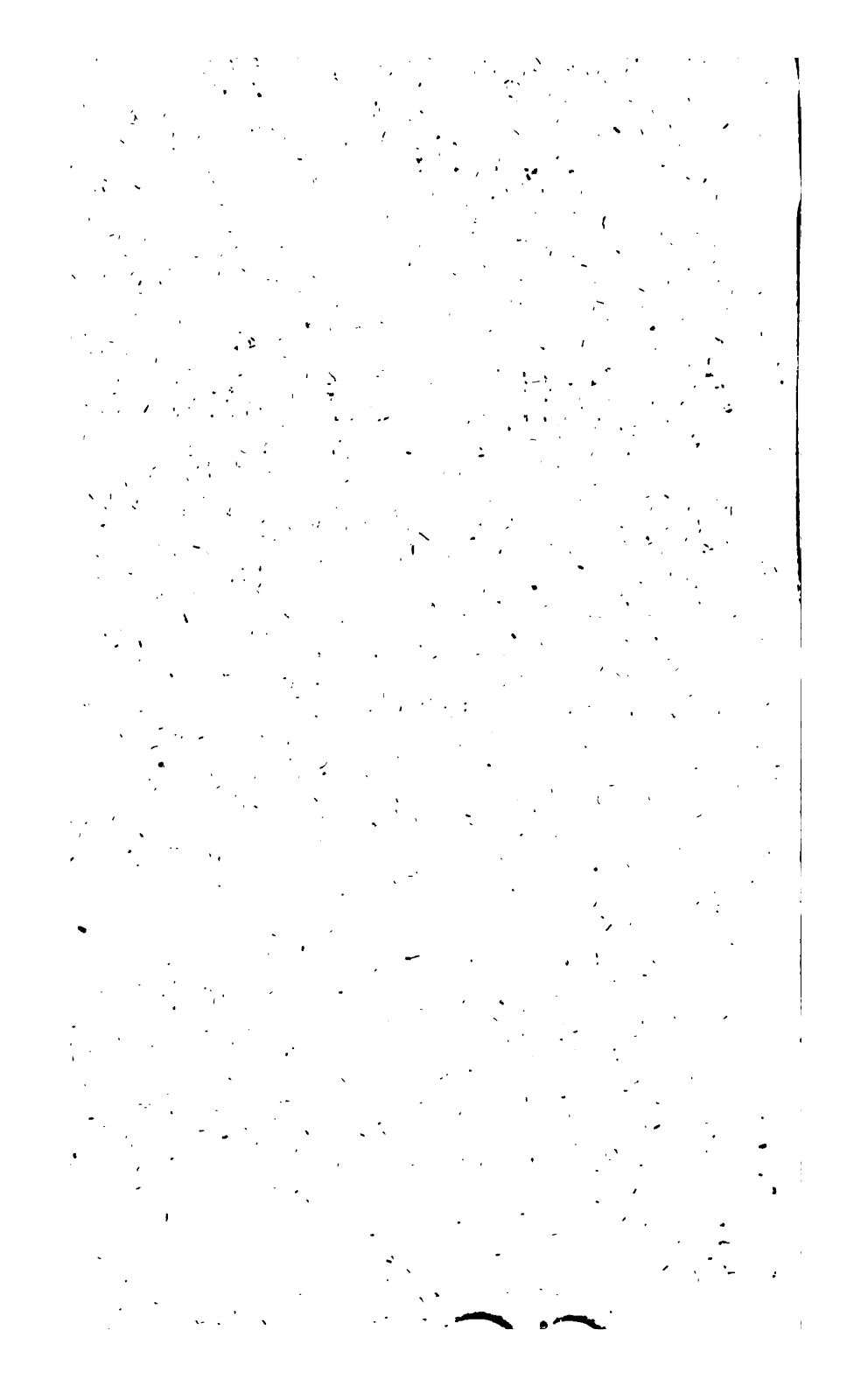
Finanz-Zustand — S. 356; die Uneinigkeit der Städte hindert beharrliche Repressalien; Niederlassung der Adventurierer zu Emden — S. 358; Hamburg wünscht sie bey sich aufzunehmen, dieß geschieht im Jahr 1567 auf zehn Jahre — S. 359; Klagen der übrigen Hanse darüber — S. 361; jenen Vertrag, zwischen den Adventurierern und der Stadt Hamburg zu erneuern, wird der letztern von der Hanse unterlagert und sie gehorcht — S. 363; Debatten auf dem Hanse-Tage von dem J. 1578; auf Hanfischem Boden sollen die Engländer nicht geduldet werden — S. 364; nichts, aber macht die Königin in ihren Maßregeln irre — S. 366; Klagen des Comtoirs auf der Hanfischen Versammlung von dem J. 1576 — S. 367; Bericht des Secretärs des Comtoirs zu London, G. Rißemanns, auf der Versammlung vom Jahre 1578 — S. 369; Unterhandlungen zwischen der Königin und der Hanse; beyde Theile aber beharren fest auf ihrem Sinn — S. 372; die Engländer müssen Hamburg räumen, doch ist das Verfahren der Königin noch mäßig gegen die in England sich aufhaltenden Hanse, sie temporisirte — S. 374; verschiedene Mittel von Seiten der Hanse, um die Königin zu anderen Gesinnungen zu nöthigen, Caution oder Gegen-Caution — S. 376; Uneinigkeit unter den Städten, die Caution wird schlecht ausgeführt — S. 377; die Städte wenden sich an den Kaiser, aber auch von daher war wenig zu hoffen — S. 379; Reichsschluß vom Jahre 1582, die Adventurierer in Deutschland nicht weiter zu dulden — S. 381; von Hamburg vertrieben, werden die Adventurierer zuerst zu Emden, von da verjagt zu Elbing u. a. a. D. aufgenommen; ihre Thätigkeit und die Schädlichkeit der Deutschen — S. 383; Mißtrauen gegen die Hamburger, Streit auf der Hanfischen Versammlung von dem J. 1580 — S. 388; Mangel an Geld, Mangel an Eintracht führte alles — S. 390; Beschwerden des Comtoirs v. d. J. 1580, 1581 — S. 395; in dem Schneckengange der Reichstagsverhandlungen wird fortgefahren — S. 396; Ansiedelung der Adventurierer an verschiedenen Orten Deutschlands oder der Hanse, endlich zu Stade — S. 397; Erbitterung Hamburgs darüber, ihre fruchtlosen Unterhandlungen mit Stade — S. 399; den 30. Jun. 1589 wird eine Hanfische Flotte am Ausflusse des Lagers von den Engländern weggenommen — S. 401; alles was die Hanse unternahm, um dieß confiscirte Gut wieder zu erhalten, war und blieb vergebens, so auch das, was der Kaiser begann, nichts wollte gegen die Thätigkeit

und den Wust der Königin gelingen — S. 404; endlich, am 1. August des Jahr 1597, publicirte Kaiser Rudolph II. das Decret zur Vertreibung aller Engländer aus Deutschen Landen — S. 405; aber gleich darauf fiel manches vor, das befürchten ließ, es werde der Ausübung an bindäglichem Nachdruck fehlen — S. 406; ganz anders verfuhr Elisabeth, die Engländer siedeln sich zu Niddelburg an — S. 407; die Deutschen werden aus dem Stahlhofe zu London, am 4. Aug. 1598, nicht aber aus England, vertrieben, die Königin wollte nur eine befreite Residenz für ihre Unterthanen in Deutschland haben — S. 412; auch lehrten die Engländer wirklich nach Emden, nach Stade, im J. 1599, zu rath, und zu Bremen wird mit den Engländern von Seiten des Kaisers und der Hanse unterhandelt, als die Königin starb — S. 413; die Hanse wenden sich nun sehr zutrauensvoll an den König Jacob, allein auch bey diesem war ihr Mislingen, um die Herstellung ihrer alten Freyheiten, ganz fruchtlos — S. 415; und alles, was sie ergriffen, führte nicht zum Zweck — S. 418; die Abentheurer blieben nun sogar mit des Kaisers Bewilligung zu Stade — S. 419; im Jahre 1611 schlossen die Hamburger mit ihnen ab, nahmen sie in ihren Mauern auf, erneuerten und erweiterten den alten Vertrag, im J. 1618 — S. 420; in den folgenden Zeiten war vollends an die Herstellung der alten Freyheiten in England nicht zu denken — S. 421; etender Zustand des Comtoirs zu London, während der letzten Regierungsjahre der Königin Elisabeth, und während Jacobs Regierung — S. 425; was Cromwell und Carl II. bewilligten betraf eigentlich nur einzelne Städte und ging bald vorüber, doch wird der Besiz des Stahlhofs behauptet — S. 426; im Jahre 1666 brannte er in dem großen Brande nieder, und nur mit Mühe konnte man den Baue einiger Maßen wieder auführen, und der Schande entgehn, daß der leere Platz eingezo gen ward — S. 428.

Achtzehntes Buch. Der dritten Periode sechster Abschnitt: Verhältniß der Hanse zu Frankreich, Portugal, Spanien und Italien. S. 429 — 500.

Zu Anfang dieser Periode war der Verkehr zwischen Frankreich und den Hanfen sehr unvollkommen, wie aus

der Lage des Ganzen es nicht anders zu erwarten war — S. 432; Seeräuberien der Franzosen unter Franz I., Anträge dieses Königs bey den Hanfen und Debatten darüber — S. 434; aus der Confirmation der ältern Freyheiten durch Franz I. und Heinrich II. läßt sich aber nichts näheres über den Zustand des Handels abnehmen — S. 435; indeß scheint der directe Verkehr zwischen beyden Theilen immer mehr zugenommen zu haben — S. 436; Antrag einen Advocat oder Consul in Frankreich zu halten — S. 437; Catharina von Medicis bietet einen Ort in Frankreich an zu Errichtung einer Hanfischen Niederlage, Debatten darüber, eine Gesandtschaft wird beschloffen, und mit einer Instruction versehen — S. 439; Inhalt derselben — S. 440; allein es dauerte mehrere Jahre bevor sie abging, eine Abgabe von den Schiffen zu Erhaltung eines Consuls scheint nicht zu Stande gekommen zu seyn, und als die Legation endlich his Antwerpen vorrückte, erhielt sie die Nachricht vom Könige Carl IX., daß die Unruhen des Reichs ihn nöthigten, ihre weitere Reise sich zu verbitten — S. 442; erst unter Heinrich IV. gelangten Legationen an ihn, auch ward, im Jahre 1604, die Confirmation der alten Freyheiten, die aber weiter keine nähere Auskunft gibt, erhalten — S. 445; was Ludwig XIV. bewilligte, ging eigentlich den alten Bund nicht mehr an — S. 446; in Portugal besaßen die Hanfen, zu Anfang dieser Periode, nicht unbedeutende Freyheiten; die den Oberdeutschen ertheilt werden, im Jahre 1517, auch auf die Hanfen ausgedehnt — S. 447; worin diese Freyheiten bestanden — S. 454; andere theils vom Könige Emanuel, theils von seinem Nachfolger neu erworbene Privilegien, oder Bestätigung der älteren; Klagen der Hanfen und Unbelauenschaft mit den erhaltenen Freyheiten — S. 455; Zustand dieses Handelszweigs als Portugal unter Spanische Herrschaft kam — S. 457; Philipp II. und sein Nachfolger können, während der Insurrection der Niederländer, die Hanfen nicht wohl entbehren, jedoch wollten die Könige von Spanien ihnen auch keinen freyen Handel mit den Insurgenten in den Niederlanden und den Engländern zugestehen; eigenes Gedränge, in welches die Hanfen gerietzen — S. 461; Anträge während des Endes von Philipps II. und anfangs von Philipps III. Regierung, wegen ihres neutralen Handels — S. 463; werden von den Hanfen abgelehnt — S. 465; neuer Antrag von Spanischer Seite, im Jahre 1598 — S. 466; aber auch dies Wahl



**Neunzehntes Buch. Der dritten Periode siebentes  
Abchnitt: Von der freien und sichern Fahrt der  
Hansen auf dem Meere in Friedens- und Kriegs-  
zeiten, den Verbindungs- und Umlaufsmitteln,  
den Statuten zu Erhaltung des Credits und der  
Handels Herrschaft, und dem Verfall derselben, wäh-  
rend dieser Periode. S. 501 — 544.**

Die Seeräuberey nimmt in dieser Zeit mehr ab, aber  
legale Kaper kommen mehr auf — S. 506; gefährlicher  
noch ist das Aufkommen der größern Seemacht anderer Völ-  
ker, wodurch die neutrale Fahrt der Hansen immer mehr  
leidet — S. 507; ihre Präensionen als Neutrale; Maria-  
nen der kriegsführenden Mächte — S. 510; vom Stranda-  
rechte und von Vorrichtungen zur Sicherung der Seefahrt  
— S. 510.; Hanffisches Schiffer- und Seerecht — S. 513;  
gelehrte Kenntnisse bekommen mehr Einfluß; Kopenhagen ist die  
Univerſität, wo Hanffische Geschäftsleute sich bilden —  
S. 514; lange fortdauernde Unsicherheit der Heerstraßen,  
gegen welche die Städte nur langsame nicht aber die Hülfe  
der alten Zeit anwenden können — S. 519; künstliche Land-  
straßen sind wenig oder nicht bekannt, künstliche Wasser-  
straßen werden von neuem wenig angelegt, die Ätern selbst  
verderben, die natürlichen sind zu sehr mit Eölen-belegt —  
S. 520; die Posten, wo und wie sie allmählig eingeführt  
wurden, wirkten die große Veränderung nicht, die man et-  
wa erwarten sollte, das Geldwesen hatte die alten Gebrä-  
chen — S. 521; neue gesellen sich hinzu, fürstliche Thaler,  
bekannte Verwirrung während des dreißigjährigen Kriegs,  
Hamburg weiß sich einiger Maaßen zu helfen, die Hanse  
vermag nichts dawider — S. 525; Maß und Gewicht auch  
nicht allgemein gleich; die alten Statute zur Behauptung  
des Handels-Monopols können nicht mehr aufrecht erhal-  
ten werden — S. 526; Haß gegen die Hochdeutschen, aber  
das Verboth eines Verkehrs mit denen, welchen sie nicht  
günstig waren, fruchtete nicht viel mehr — S. 529; die  
Städte beschränken einander wechselseitig den zwischen ihnen  
bestandenen freien Verkehr — S. 530; kaum daß einzelne  
sich zu etwas liberaleren Ansichten erheben — S. 534; die  
Hanffische Navigations-Acte wird aufgegeben, der Schiffs-

112. — S. 34; dadurch gekörte Eintracht unter den Bundesstädten, Beytreten einiger zu den kriegerischen Bündnissen, Nachtheile aus dem ersten Religionskrieg für sie — S. 38; Hoffnung, die aus der Verbindung der Hanse mit den General-Staaten entsteht, Lübeck geht im Jahr 1613 mit dem Beispiele voran, neun andere, der angeseheneren Städte treten im J. 1615 bey. — S. 42; wohlthätige Wirkungen dieser Allianz in Bezug auf fremde Mächte und auf das Verhältniß der Städte zu den Deutschen Fürsten — S. 48; allein dieß gute Verhältniß wird bey dem Wiederanbruch des Spanisch-Niederländischen Kriegs gekörnt, denn die Hanse-Städte wollten daran nicht Theil nehmen, und die Allianz schlummerte ein — S. 53; der dreißigjährige Krieg lösete diese Verbindung wie so manches andere auf, die fremden, protestantischen oder antipflichtlichen Mächte warben vergebens um der Städte Beytritt — S. 61; als der Sturm über Niedersachsen kam, ward das Herz des Bundes angegriffen — S. 68; der Kaiser fordert die städtischen Schiffe, um den König von Danmark zu verfolgen, Straßbunds glückliches Widerstreben, ohne durch die Schwesken eben unterstützt zu werden — S. 75; Weitem nur blieb ihnen übrig, aber dem gefährvollen Vorschlage zu einem monopolistischen Verkehr zwischen Spanien und ihnen, da sie für ihre Freyheit von da so viel und mit Recht befürchteten, wichen sie aus — S. 83; der Fortgang des unglückseligen Kriegs drückt Einzelne nieder — S. 86.

Vierzehntes Buch. Der dritten Periode zweyter Abschnitt: Verhältnisse der Hanse zu Danmark, und Norwegen, und allmähligter Verlust ihres Ansehns und privilegirten Handels daselbst. S. 87 — 154.

Wesolung des alten Systems von Seiten der Städte und besonders von Lübeck zu Anfang dieser Periode in Bezug auf Danmark, Fehden mit König Johann — S. 93; mit König Christian II. und glückliches Ende derselben — S. 98; daß der durch die Städte und besonders durch Lübeck auf den Thron gehobene König, Friedrich I., ward lauer in seinen dankbaren Gesinnungen — S. 99; und das

verwegen Beginnen einiger Lübeckischen Demagogen nach seinem Tode. Willemswerd und Marcus Mebert bey einem höchst glücklichen Anfange gewann ein schlechtes Ende — S. 102; daraus entstehende Uneinigkeit und Erbitterung unter den bedeutenderen Städten selbst — S. 105; der neue König Christian III., gegen welchen Lübeck gekämpft, verweigerte die Bestätigung der alten Handelsfreyheiten, die Hansen erreichen diese ihre sehnlichsten Wünsche bey seinem Lebzeiten nicht ganz — S. 108; Friedrich II. bestätigte einen bedeutenden Theil derselben durch den Odenseischen Decess vom J. 1560, und Lübeck verband sich mit ihm zur Fehde gegen Schweden, welche aber ein unglückliches Ende nahm — S. 109; so verloren Lübeck und die Hanse ihr Ansehen auch in Dänmark, mehrere Handelsbebrückungen erfolgten, der Sundzoll ward erhöht — S. 112; die Hanse wendet sich an Kaiser und Reich, aber von da war nichts fruchte bares zu erwarten — S. 114; noch schlimmer ward es unter Christian IV., der die Bestätigung der alten Freyheiten verweigert — S. 115; der auch aus andern Gründen erbitet, die Hanfischen Legaten zu mehreren Mahlen auf eine Weise behandelte, die bis dahin unerhört war — S. 123; bis zum Jahre 1560 war der Handel zwischen den eigentlichen Dänischen Besitzungen und den Hansen, trotz mancher Unterbrechungen, auf altem Fuß geführt worden — S. 125; Friedrich I. bestätigte, im Jahre 1524, alle ihre großen Freyheiten, und im Ganzen blieb ihnen auch der Genuß derselben unter Christian III. — S. 127; der Vertrag zu Odensee, im Jahre 1560, beschränkte ihre Privilegien, aber vieles blieb ihnen dennoch, und glücklich wären sie gewesen, wenn sie diesen Vertrag in der Folge hätten in Kraft erhalten können — S. 131; allein unter K. Friedrich II. ward schon manches davon nicht gehalten, und unter Christian IV. ging vollends so gut als alles zu Grunde — S. 133; in Norwegen ging es auf dieselbe Weise, zu Anfang dieser Periode, es mißbrauchten die Deutschen vielfach ihre dasebst erlangte Herrschaft — S. 134; Klagen des Comtoirs über die Norweger und die aus Deutschland zu Bergen Ankommenden, und dahin Handelnden, so wie der Städte über das Comtoir in dieser Zeit — S. 137; Zerstörung der Fundamente der Hanfischen Dictatur seit der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts in Norwegen, besonders durch Christoph Waldendorff, des Königs Amtmann, zu Bergen — S. 141; der Odenseische Decess, von dem Jahre 1560, verstatet den



Märgern der Stadt Bergen, zum Nachtheile der Hansen, größere Handelsfreyheiten — S. 144; über den Buchstaben des Vertrags hinaus wurden diese allmählig noch mehr ausgedehnt, und Christian IV. verfuhr auf eine Weise, die bisher unerhört war — S. 147; dazu kam, daß der alte Handels-Mechanismus den Hansen selbst drückend ward, und die alten Statute nicht mehr aufrecht zu halten waren — S. 152; sie werden aus ihrem Comtoir auf dieselbe Weise großen Theils vertrieben, wie sie weiland die Eingekerkerten daraus verdrängt hatten, und nur ein Schatten vormahliger Herrlichkeit verblieb — S. 154.

**Zunfzehntes Buch. Der dritten Periode dritter Abschnitt: Verhältniß der Hanse zu Schweden und Rußland, und Verfall ihres Ansehens und Handels daselbst. S. 155—244.**

Vor Gustav I. blieb alles zwischen Schweden und den Städten in den alten Verhältnissen, Gustav aber gab ihnen, im Jahre 1523, einen unschätzbaren Freybrief — S. 158; wenige Jahre nachher aber beschränkte er die zugesandenen Monopole immer mehr, sie wurden schon bey seinen Lebzeiten meist ganz eingestrichen — S. 161; wenn auch Lübeck mit den Waffen zuschlagen wollte, so war doch bey den übrigen Gliedern des Bundes auf keine Hülfe zu rechnen, und bis zu des Königs Tod ward oft genug, aber vergebens um die Herstellung der Freyheiten gehandelt — S. 163; auch unter Erich XIV. wollte dieß nicht gelingen, obwohl die Hansen schon gemäßigter in ihren Wünschen waren — S. 169; die livländischen Handel und Schwedens Erwerbung der Stadt Reval veranlaßten auch Störungen des Russisch-Hanseatischen Handels — S. 171; Lübeck verbündete sich mit Dänmark gegen Schweden, aber die übrigen Städte treten nicht bey, und die Fehde hat nicht das erwünschte Ende — S. 172; Friede zu Stettin von d. Jahre 1570 — S. 173; aber auch dieser schlechte Friede ward nicht gehalten; König Johann III. will die Hanseische Fahrt auf Rußland über Narwa auch sonst nicht zugeben — S. 177; des Königs Erklärung, von dem Jahre 1580, schien der Hansen zu spotten — S. 178; auch die inneren Unruhen des Reichs, seit Siegmunds Thronbesteigung, konnten nicht

mehr benutzt werden — S. 180; im Gedränge zwischen dem Herzoge oder dem nachmaligen Könige Carl und dem Könige Siegmund neigte sich Lübeck zu des letztern Partey, die im Kampf unterlag — S. 181; König Carl versuhr, sicher des Throns, nun um so härter gegen die Hansen — S. 183; Gustav Adolph hatte freundliche Worte, aber an die Wiedererlangung der alten, großen Freyheiten war weiter gar nicht zu denken; der Beschwerden waren viele, der dreyßigjährige Krieg, gestellte sich hinzu — S. 188; in Rußland waren die ältern Niederlagen zerstört, und vergebens waren die Versuche zu Ende des funfzehnten und anfangs des sechzehnten Jahrhunderts sie wieder herzustellen — S. 190; dabei versielen die alten Handels-Statute, die auf den Russischen Verkehr sich bezogen, die den Hansen die Herrschaft in diesem Handel zugesichert hatte, ein immer größerer Contrebande-Handel kam auf — S. 192; das einseitige Verfahren der Livländischen Städte kam hinzu und vermehrte die Gebrechen, das Comtoir ward nicht wieder aufgerichtet, und das Schisma zwischen den Livländern und den übrigen Hansen ward immer größer — S. 207; die Schweden werden thätiger im Russischen Handel, die Engländer entdecken die Fahrt über das weiße Meer, im J. 1553, dieser ward stets bedeutender und war nicht zu unterdrücken — S. 208; Zar Iwan Wasiljewitsch II. sucht in nähere Verbindung mit Europa zu kommen, fällt auf Livland — S. 212; die Livländischen Städte bitten bey den übrigen Hansen um Hülfe, aber die Erbitterung war schon zu groß, thätiger Beystand überall so schwer zu erhalten, Livland ward zerrissen, die Beute mehrerer — S. 216; erst nun suchten Lübeck und die Wendischen Städte, unabhängig von den Livländischen Communen über Narwa einen Weg zum unmittelbaren Verkehr mit den Russen — S. 219; Unzufriedenheit der Livländer, immer größere Spaltung zwischen ihnen und den westlich belegenen Hanse-Städten — S. 223; die Eroberung Narwa's durch die Schweden, im Jahre 1581, gibt dem Handel der Hansen mit Rußland eine andere Richtung, sie erhielten von Zar Feodor Iwanowitsch Zollfreyheiten und die Herstellung ihrer Höfe zu Pleskow und Nowogorod — S. 224; doch gedieh der Verkehr nicht wieder zu altem Glanz — S. 225; Zacharias Weyer macht unter Feodors und dessen Nachfolgers Regierung sich um die Hanse höchst verdient — S. 234; eine Hanseische Gesandtschaft geht an Zar Boris Feodorowitsch Godunow, im J.

1663, ab — S. 235; aber nur Lübeck erhält Befreyung im  
 Zoll, und die alten Häfe, so wie das Recht neue anzule-  
 gen — S. 237; aber eben dieß, daß nur Lübeck allein diese  
 Freyheiten erhielt, vermehrte die Spaltung unter den Städ-  
 ten — S. 239; überall hatten die Privilegien wenig Werth,  
 da die Russen ihre Befreyungen an der Ostsee verloren hatten,  
 Archangel so weit lag — S. 240; die Schweden besonders  
 drückten diesen Handel, und Gustav Adolph selbst, wiewohl  
 gleich unzufrieden, wie seine Vorfahren, ob des Wegs über  
 Archangel, wollte doch den über die Ostsee mit den Russen  
 vorzüglich an seine Unterthanen geknüpft wissen — S. 242;  
 dieser Zweig des Hanfischen Handels kränkelte immer mehr,  
 und was ihnen davon noch blieb war das Werk einzelner  
 Städte nicht das des Bundes — S. 244.

**Sechzehntes Buch. Der dritten Periode vierter  
 Abschnitt: Verhältniß der Hanse zu den Nieder-  
 landen, während dieser Periode. S. 245 — 306.**

Die Grundfesten der Handels Herrschaft in diesen Gegens-  
 den waren bereits zu Ende der vorigen Periode erschüttert  
 worden — S. 247; die verlorene Herrschaft in der Ostsee,  
 ein ganz anderer Mechanismus des Handels wirken nach-  
 theillich auf die Hanfische Macht im Niederlande — S. 253;  
 vergebens waren die Bemühungen die Residenz zu Brügge  
 und die daran geknüpften Statute aufrecht zu erhalten —  
 S. 257; der Schöffbrief für das Comtoir daselbst, vom J.  
 1530, findet großen Widerspruch — S. 259; Klagen der  
 Vorsteher desselben, von d. J. 1535, 1539, welche dem  
 Verfall des Ganzen hinlänglich bekräftigten, so daß keine  
 Rettung mehr schien — S. 267; Versuche ein neues Com-  
 toir zu Antwerpen zu errichten seit dem Jahre 1516, weil  
 sich der westliche Handel immer mehr dahin versetzte —  
 S. 268; dieß war mit Schwierigkeiten verbunden, von Sei-  
 ten der Stadt Brügge, der Hansen u. a. — S. 270; an  
 ein halbes Jahrhundert dauerten die Unterhandlungen mit  
 Antwerpen, bis man endlich, im Jahre 1545, einen Ver-  
 trag mit dieser Stadt zu Stande brachte — S. 272; Schöff-  
 brief für diese neue Factoren von dem Jahre 1554; seit dem  
 Jahre 1557 ward der Schöff erhoben, und jener Brief,  
 im Jahre 1562, bestätigt — S. 274; Inhalt dieses Briefs

mit erlangte Bestätigung der älteren Freiheiten in Brabant durch König Philipp II. von Spanien — S. 276; Vertrag mit der Stadt Antwerpen, vom Jahre 1569, zur nähern Begründung der hanfischen Factoren daselbst — S. 278; der Grundstein zu dem neuen herrlichen Gebäude ward gelegt, den 5. May, 1564, und im Jahre 1572 erfolgte die neue Comtoir-Ordnung — S. 280; allein schon während dieser Unterhandlungen und wirklichen Fortschritte war wenig Hoffnung, daß die Wünsche in Erfüllung gehn würden, denn nur der Stadt Lübeck und dem Syndicus Sudermann war es ein rechter Ernst, mehrere der angesehensten Städte als Ebin, Danzig, Braunschweig u. a. waren nicht ganz zu gewinnen: — S. 284; man suchte ihre Einwendungen zu widerlegen, aber manche waren nur zu wohl begründet, die versprochenen Gelder zur Aufführung des Gebäudes ließen schlecht ein, Schulden mußten gemacht werden — S. 288; schlimmer noch war es, daß die Statute über Schoß, Stapel und gezwungene Residenz so wenig gehalten wurden — S. 292; auch der Gerichtszwang der Vorsteher über die Hanfen ward nicht geachtet — S. 293; von außen kamen unerwartete Unfälle hinzu, besonders die Unruhen im Niederland; Plünderung Antwerpens und des hanfischen Comtoirs, im Jahre 1576, mannigfaltiger Druck von beyden Parteyen — S. 296; gewaltige Klagen der Vorsteher der Factorey, in den Jahren 1581 und 1582, welche den gänzlichen Untergang vermuthen lassen — S. 299; Lübeck selbst hatte bald nur Worte noch zum Trost ihnen zu biethen — S. 300; die Berichte, die ganze Lage wurden immer trauriger, alles schien sich aufzulösen — S. 302; im Jahre 1624 wurden in das hanfische Gebäude wieder Spanier einquartirt, die es gänzlich zu Grunde richteten — S. 304; das Gebäude auch nur vor gänzlichem Einsturz zu bewahren war kaum möglich, der Althausenische Handel in diesen Gegenden hatte schon weit früher aufgehört — S. 306.

**Stebenzehntes Buch. Der dritten Periode fünfter Abschnitt: Verhältniß der Hanse zu England, während der dritten Periode. S. 307 — 428.**

In England behaupten die Hanfen im Ganzen ihre alten Privilegien bis um die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts

THE UNIVERSITY OF CHICAGO  
DIVISION OF THE PHYSICAL SCIENCES  
DEPARTMENT OF PHYSICS  
CHICAGO, ILLINOIS 60637

PHYSICS 311

LECTURE 10  
THERMODYNAMICS  
AND  
STATISTICAL MECHANICS

**Dritte Periode der Geschichte des Bundes  
und Handels der Deutschen Hanse: von  
dem allgemeinen Deutschen Landfrieden bis  
nach dem dreißigjährigen Kriege.**

---

### **Dreizehntes Buch.**

---

**Der dritten Periode erster Abschnitt: Verfall  
der Hanse im allgemeinen, durch den veränderten  
Zustand der Europäischen Staaten und des  
Deutschen Reichs veranlaßt.**

Diese süße Täuschung war auch um so leichter zu verzeihen, da ihre glücklicheren Vorfahren selbst nie einen ungestörten Genuß ihrer erworbenen Rechte und Freiheiten gekannt hatten, da vielmehr stets nur durch den beharrlichsten Ernst, durch die Gewalt der Waffen, durch einen seltenen Aufwand von List und Klugheit ihre Befugnisse begründet und behauptet worden waren. Hatte aber die den Vorältern bewohnende Kraft das Fundament des colossalen Gebäudes gelegt, und es in seinen verschiedenen Theilen kühn und vermegen aufgeführt; warum sollten ihre würdigen Nachkommen nicht bey gleicher Kraftäußerung es wenigstens zu erhalten vermögen? Warum sollten nicht, statt dieser oder jener wankenden und brüchigen Säule, haltbarere von ihnen eingefügt werden können? Was hinderte sie eine mangelhafte, innere Constitution, deren Gebrechen die Zeit aufgedeckt hatte, durch eine bessere und verständigere zu ersetzen?

Alein der Unstern der Hansen wollte, daß diese inneren Gebrechen es nicht allein waren, welche ihr Heil im sechzehnten Jahrhundert und in der folgenden Zeit unaufhaltsam untergruben. Alle äußeren Verhältnisse hatten sich mehr oder weniger verändert, und früher kaum bemerkte, ihren Bund auflösende Kräfte zeigten nun ihre langsamen, aber desto sicherern Wirkungen. Rings um sie her war es allmählig eine andere Welt geworden, in welcher sie weiter keinen Raum für sich, für ihren Bund, für alle ihre Institute finden konnten.



---

## Dreizehntes Buch.

### Verfall der Hanse im allgemeinen, veranlaßt durch den veränderten Zustand der Europäischen Staaten und des Deutschen Reichs.

---

Bereits seit der Mitte des funfzehnten Jahrhunderts, waren innerhalb des Kreises, den die Hansen für ihre Wirksamkeit sich gebildet hatten, verschiedene Phänomene erschienen, welche die besorglichen Gemüther mit bangen Ahnungen erfüllten. Den Kraftvolleren und eben deshalb Hoffungsreicheren unter ihnen schienen jedoch jene Erscheinungen etwas Vorübergehendes zu seyn; sie meinten, daß ihnen unmöglich dadurch bereits der Vollgenuß der großen und reichen Erbschaft geraubt werden könne, die sie von ihren hochverdienten Ahnen überkommen hatten. Muthvoll und eigener Kraft vertrauend, äußerten sich diese oft dahin, daß durch Eintracht das Kleine groß, durch Zutracht das Große klein werde. Eben damit aber deuteten sie an, daß, wenn nur der Geist enger Bundesfreundschaft unter den Genossen der Hanse erhalten werde, alle noch so drohende, äußere Begebnisse ihre zerstörende Kraft vergeblich an ihnen verschwenden würden.

Diese süße Täuschung war auch um so leichter zu verzeihen, da ihre glücklichen Vorfahren selbst nie einen ungestörten Genuß ihrer erworbenen Rechte und Freiheiten gekannt hatten, da vielmehr stets nur durch den beharrlichsten Ernst, durch die Gewalt der Waffen, durch einen seltenen Aufwand von List und Klugheit ihre Befugnisse begründet und behauptet worden waren. Hatte aber die den Vorfahren beywohnende Kraft das Fundament des colossalen Gebäudes gelegt, und es in seinen verschiedenen Theilen kühn und vermegen ausgeführt; warum sollten ihre würdigen Nachkommen nicht bey gleicher Kraftäußerung es wenigstens zu erhalten vermögen? Warum sollten nicht, statt dieser oder jener wankenden und brüchigen Säule, haltbarere von ihnen eingefügt werden können? Was hinderte sie eine mangelhafte, innere Constitution, deren Gebrechen die Zeit aufgedeckt hatte, durch eine bessere und verständigere zu ersetzen?

Aber der Unstern der Hansen wollte, daß diese inneren Gebrechen es nicht allein waren, welche ihr Heil im sechzehnten Jahrhundert und in der folgenden Zeit unaufhaltsam untergruben. Alle äußeren Verhältnisse hatten sich mehr oder weniger verändert, und früher kaum bemerkte, ihren Bund auflösende Kräfte zeigten nun ihre langsamen, aber desto sicherern Wirkungen. Rings um sie her war es allmählig eine andere Welt geworden, in welcher sie weiter keinen Raum für sich, für ihren Bund, für alle ihre Institute finden konnten.

— 7 —

Sie wurden von dieser neuen Welt als ein fremdbartiger Auswuchs ausgestoßen; das jüngste Zeitalter brückte sie unvermeidlich todt.

Wie hochverdient auch ihre Vorfahren gewesen seyn mochten, dennoch hatten sie diese, still und allmählig entstehenden, in der Folge so verderblichen Ursachen entweder gar nicht bemerkt, die daraus für den Bund entspringende Gefahr nicht geahndet, oder es fehlte ihnen bereits die nöthige Kraft, als sie ihr drohendes Schicksal bestimmt vorauszusehen und zu befürchten anfangen, um den schrecklichen Folgen mit Glück zu begegnen.

Zu der höhern Ansicht hatten die Genossen des Bundes sich nie erheben können. In dem rechtslosen Zustande der Verhältnisse der Völker zu einander, und der Mitglieder des Deutschen Gemeinwesens, konnten alle noch so heilig gelobte Zusagen, alle noch so wohl bewährte Bräute ihre erworbenen Befugnisse nimmermehr für die Zukunft sicher stellen. Eine, von allen ihren Widersachern gefürchtete Macht war der einzige gültige Executor, den sie zu Vollziehung ihres Vermächtnisses den Nachkommen hätten anweisen können. Sie hatten es versäumt, den zu diesem Zwecke geschickten Moment zu benutzen, vielleicht weil die Aufgabe, selbst in dem günstigsten Zeitpunkt, allzu schwierig schien. In eine freye, unabhängige, allen furchtbare, geographisch und politisch eng verbundene Handels-Republik den städtischen Bund umzubilden, dieß war das einzige Mittel, das auf die Dauer helfen konnte. Allein

die Wahl dieses Mittels forderete auch eine solche Erhabenheit über den Geist des Zeitalters, eine so consequente, nimmer rastende, stets nur auf dieses Ziel gerichtete Thätigkeit, die sie niemals konnten, und somit ward denn auch der einzig geschickte Moment versäumt, und er lehrte nun und nimmer wieder.

Dagegen war in den Europätschen, von der Hanfischen Handelsmacht weiland beherrschten Ländern eine größere, ihnen widerstrebende Kraft entstanden; es war ein Gleiches in den Deutschen Fürstenstaaten der Fall; und wie sollte nun den spätern Genossen der Hanse, bey so ungleichen Kräften, das gelingen, was die Vorfahren in glücklicheren Zeiten versäumt hatten, ja, wie sollten sie, unter solchen Bedingungen, nur die Erbschaft in ihren größeren Theilen mit einigem Glücke ferner behaupten können?

Bald verstrich kein Jahrzehend, bald kein Jahr, zuletzt kein Tag, keine Stunde, welche sie nicht an die früher verschuldete Versäumnisß ernst und bitter gemahnt hätten. Sie versuchten manches, um den auf sie einbringenden Feinden mit Glück einige Zeit zu widerstehen. Lange erhielt sich noch eine Hoffnung auf eine von eigener Kraft unabhängige, günstige Wendung des Zufalls, die letzte Stütze der Schwachen, die in sich selbst keine Rettung mehr fanden; zuletzt sank auch dieser Glaube und mit ihm der Bund in die ewige licht- und lebensleere Nacht der Vergangenheit zurück.

In den fremden Ländern, welche die Hanse mit ihren Schiffen und Waren besuchten, wo sie durch herrliche Freyheiten in frühern Zeiten reich begabt worden, fanden sie allmählig einen Zustand jung werden, der viele ihrer frühern Klagen stillte, dagegen aber andere laut werden ließ, die sie vor dem niemals gekannt hatten.

Im sechszehnten Jahrhunderte wurden die Straßen sicherer; die Zahl der Schlösser vermindert, wo in roher Kraft schwelgende Ritter gehäuselt hatten; die Burgmänner, dem ruhigen Genuß geneigter; die Piraten verschwanden nach und nach von der See; des Strandrechts sich erfreuende Barbaren wurden mehr gezügelt; in fremden Landschaften konnte ein unparteyischer richterlicher Spruch, selbst vom fahrenden und wandernden Manne erlangt werden. Größere Sicherheit und besseres Recht, mit ihrem schönen Gefolge, schienen den Pilgrimen in fremden Ländern heckeren Tage zu verkünden.

Aber die auf den Trümmern der regellosen Freyheiten Einzelner, sich erhebende Allmacht eines Einzigen raubte meist der Hansischen Bruderschaft doppelt wieder, was an Ordnung, Recht und Ruhe, von der andern Seite war gewonnen worden.

Wie der spätere Vasall, als Bedingung des Besizes eines ihm verheißenen Guts, durch willig geleisteten Kriegsdienst die Trägheit des freyen Eigenthümers in Leistung des geforderten Heerbannes benutzte, um auf

seine Kräfte sich zu erheben: so ward der verpehlteste  
Erysmann, säumig in Erfüllung seiner Pflichten, nun  
durch den gemieteten und gebungenen Söldner gekla-  
gen. Dieser zunächst nur auf kurze Fristen zu kriege-  
rischen Abenteuern angenommen, sagte dem entstandenen  
Bedürfnisse noch wenig zu. Hierig nach Beute, ohne  
Vaterland und ohne Ehre, eine Plage der befreundeten  
und feindlichen Landschaften, murrend gegen seine Obern,  
im Kriege wenig gezügelt und nach dessen Beendigung  
völlig ungebändigt, mußte er endlich, hier früher dort  
später, dem stehenden Soldaten, der auf immer diesem  
Dienste sich ergab, das Feld einräumen.

Diesen bisher unbekannten, schlagfertigen Schaa-  
ren, deren einziges Geschäft geregelter Kriegsdienst war,  
fremde und eigene Freyheit verachtend, und versehen  
mit dem neuen weittragenden Geschöß, dem Pulver,  
den Kugeln, den Stücken und Feldschlangen, mußte  
Alles, Alles weichen. Die Städte, die sorglos, in  
frühern Zeiten, in schönen Thälern, am Ufer der Flüsse,  
an den Küsten des Meeres, am heitern Abhange eines  
Hügels angelegt worden, mußten die Kurzsichtigkeit der  
Väter beklagen, die weiland, bey der ersten Ansiede-  
lung, die Wahl ihres Wohnorts, nach ganz andern  
Rücksichten getroffen hatten, als um sich gegen die neu-  
erfundenen Angriffswaffen, die sie nicht geahndet hatten,  
mit Glück zu vertheidigen. Wall, Mauern und Gra-  
ben konnten die Wirkungen des feindlichen Geschößes  
nicht abwehren. Die benachbarten Hügel, von wo das

Gefchüz hochwundernd gegen sie gerichtet ward, mußten nothwendig ihren Untergang herbeiführen. Der Muth und die Liebe der städtischen Jugend zu ihrer Gemeinde, konnten bald dem neuen Kriegsvolke, das einzig nur dieß Gewerbe trieb, und eben deshalb es vollkommener betreiben mußte, nicht mehr widerstehen. Die Städte erhielten zum Theil die Erfüllung ihrer sehnlichsten Wünsche, Ordnung, Sicherheit und Ruhe; allein sie büßten im Tausche dagegen alle ihre Freyheiten, ihre Selbstständigkeit und die hochherzigen Gesinnungen ihrer Vorfahren ein. Die See, wo die Städte vorher fast ausschließlich geherrscht hatten, so lange sie gleichsam den alleinigen Besiß des Materials und der Kenntnisse behaupteten, die zum Schiffbau erforderlich waren, so lange sie die kundigsten und geübtesten Seefahrer, die beßseglenden Schiffe aussenden konnten; dieß Element, das so oft Zeuge ihrer vormahligen Größe gewesen, ward nun allmählig mit königlichen Flotten bedeckt. Weit entfernt, daß die Kleinherren, wie vordem, um Mannschaft und Schiffe die Städte ansprachen, konnten sie, bey größerer Wohlhabenheit, Macht und Verbreitung der zum Schiffbau and zur Seefahrt erforderlichen Kenntnisse, jetzt vielmehr ein Geschwader ausenden, das nicht wie die der Städte, zu beyden Zwecken, dem Handel und den Fehden, sondern das allein zum Krieg und zum Herrschen bestimmt war. Selbst solch eine, verglichen mit andern Seemächten, geringe Zahl wohl bemannter und gerüsteter Kriegs-

schiffe, als die königliche Jungfrau Elisabeth von England auslieferte, konnten die Hansen nicht mehr aufbringen, vielweniger eine solche, wie Philipp II. von Spanien, der Herr der neuentdeckten Welten, ihren Feinden entgegenstellen; es mußten die Hansen ihre Segel vor den stolzen und zahlreichen Wimpeln des neuen Niederländischen Freystaats streichen; ja selbst mit Danmarks und Schwedens Flotten konnten sie bald den ungleichen Kampf nicht mehr eingehen. Hätten sie auch durch Anstrengung der letzten Kräfte, die ungeheuern Kosten, welche solche Flotten erforderten, erschwingen können; so konnten sie doch auf die Dauer ihrem Schicksale nicht entgehen, ja, es taugten ihre Häfen zum Theil nicht zur Aufnahme so großer Kriegsschiffe, als die neuere Zeit erforderte. Einmahl aber die Herrschaft zur See verloren, mußte nothwendig ihre Handelsmacht sinken. Hatten sie ihr Ansehen auf der Ostsee und den benachbarten Theilen der Nordsee eingebüßt; so war auch die Vereinigung ihrer Schiffe nicht mehr möglich, da die verschwißterten Communen zum Theil an beyden Meeren lagen, und da durch den Sund, oder die Belte die Verblindung ihrer Flotten erst bewirkt werden mußte.

Wenn so durch den neuen Soldner, durch die veränderte Art den Krieg zu führen, die alte Lehnverbindung allmählig in eine monarchische Herrschaft, und in einen Staat aufgelöst ward; so hatten auf gleiche Zwecke hin, andere bekannte Institute minder geräuschvoll, aber desto sicherer gewirkt.



Die Vermehrung des beweglichen Eigenthums, des baren Geldes, der Mittel zu herrschen, die Möglichkeit durch größere Abgaben diese noch zu verstärken, die neue Weise die Länder zu regieren, die Reformation, welche die Macht der Monarchen meist so sehr vermehrte, hier und da freye und kräftigere Verfassungen hervorbrachte, dieß Alles traf die Städte schwer und immer schwerer.

Wie aber sollten die Hanse-Genossen auch nur hoffen dürfen, einer solchen Macht mit Glück zu begegnen, wovon der Thron der neuern Könige umgeben war? Selbst ihre kraftvolleren Vorfahren hätten dieses nicht vermocht. Denn die, welchen sie weiland Geseze gegeben hatten, waren nur Schattenkönige, verglichen mit denen, die nun mit Krone und Szepter bekleidet waren. Eine mittelbare Folge dieser neu gebildeten Allmacht der Monarchen war es denn auch, daß die Handelsvorrechte der Hansen in fremden Ländern verloren gingen, daß die Könige ihre Unterthanen zum eigenen thätigern Handel ermunterten, sie in ihrem Unternehmen beschützten, ja, daß ein ganz anderer Mechanismus für den auswärtigen Verkehr aufkam.

Wie oft hatten die Könige und Vorsteher der von den Hansen besuchten Länder ihnen im Mittelalter, auf Kosten ihrer eigenen Unterthanen, auf Kosten aller andern Fremdlinge, die unschätzbarsten Vorrechte im Handel zugestanden, um in dringender Noth eine Unterstützung an Geld, an Schiffen, eine Hülfe gegen über-

mächtige Fehde von ihnen zu erhalten? Wie oft hatten besonders die nordischen Mächte, in drangvoller Zeit, von den deutschen Communen die demüthigendsten Bedingungen sich gefallen lassen müssen, um den Besitz ihrer Krone zu retten? In der verzweifeltsten Lage, in welcher sie sich oft befanden, hatten sie auf ewige Zeiten, für sich und ihre Nachkommen den Hansen versprochen, was die späteren Könige, bey größerer Macht, jedoch nun keineswegs zu halten gesonnen waren.

So entstand in diesen letzten Zeiten ein seltsamer Streit, indem die Bundesgenossen die ihnen zugesagten Vorrechte, als ewig unabänderliche, als unauflöbliche Verträge, als iura quaesita darstellten, da die Könige ihrer Seits sie bloß als Gnadensachen betrachteten, die ihnen willkürlich von den Vorfahren ertheilt, und eben so willkürlich von ihnen, den jetzigen Regenten, aufgehoben werden könnten. Die Hansen, als sie mit dem Schwert nicht mehr vertheidigen konnten, was früher durch dasselbe war erworben worden, wollten den über die Deutung dieser Frennbrieve entstehenden Streit, als eine Privat-Rechtssache behandeln; die Könige aber vermeinten, daß über eine solche staats- und völkerrechtliche Angelegenheit, ihnen allein die Entscheidung zustehen könne. Der Streit mußte stets zum Nachtheile der Hansen endigen; ärmert kehrten sie aus jedem zurück. Denn wo die Gewalt allein entscheidet, da ist der Ausspruch des Mächtigen auch das einzig gültige Gesetz.

In früheren Zeiten hatten selbst da, wo die Hanfen ihr Monopol am strengsten behaupteten, die Könige dennoch immer in ihren Ländern die Kaufleute anderer Völker zu einer Concurrenz mit den Deutschen mehr oder weniger, öffentlich oder heimlich zugelassen, und wenn auch die letzteren in ihren glücklicheren Zeiten, diesem nach Möglichkeit stets widerstrebten; so hatten die durch ihr Monopol beherrschten Könige und Völker so viel immer einsahen gelernt, daß diese Concurrenz ihnen manche Vortheile gewähren müsse. Die Zollgefälle vermehrten sich, da die übrigen Nationen sich zu höhern Abgaben verstanden, als die privilegierten Hanfen; die Waren, welche sie brachten, konnte man zum Theil wohlfeiler, zum Theil besser von ihnen kaufen und die einheimischen Güter zu höhern Preisen an sie absetzen, als von und an die Deutschen geschehen konnte. Der Könige und ihrer Unterthanen wohlverstandenes Interesse begegneten sich hier; beide mußten gleiche Wünsche hegen, die der Erhaltung der Hanfischen Verrichtungen gleich nachtheilig wurden.

Als die monarchische Gewalt erst so viel vollendeter da stand, da hörte von Seiten der Könige wenig Einsicht dazu, um zu wünschen, daß ihre Unterthanen wohlhabend seyn möchten, denn diese, an Abgaben einmal gewöhnt, gaben eine viel sicherere und ergiebigere Quelle des Einkommens, die stets einträglicher gemacht werden konnte, als die Zollgefälle, welchen die Hanfen unter

als bey den Einwohnern der Deutschen Städte, son-  
n mehr denn einem Grunde. Somit war ihre, bisherige  
Handelsherrschaft bald unumkehrbringlich verloren.<sup>1</sup>

Zwar versuchten sie noch manches, besonders im  
Anfange dieser Periode; aber die einheits- und kraft-  
vollere Ausbildung der Europäischen Staaten konnten  
sie nicht aufhalten, und eine gleiche oder ähnliche Re-  
generation mit sich selbst vorzunehmen, dazu war von  
den Vorsetzern der geschickte Moment verflungen worden.

Die eigenen, inneren Verhältnisse Deutschlands  
machten aber die Aussichten nur um so trüber. Die  
innere Schwäche des großen, wenig zusammenhängenden  
Colosses, den man das Deutsche Reich nannte, ward  
immer mehr den Fremden veroffenbart. Was man  
dem schwächsten der übrigen Europäischen Reiche bald  
nicht mehr bleiben konnte, das konnte man selbst Deutsch-  
land im Ganzen und dessen einzelnen Theilen und Cor-  
porationen bleiben, weil so gar keine National-Macht  
und Kraft hier gefunden ward.

In dem übrigen Europa fanden zum Theil die  
meistens freien Communen, bey der Zerkümmertung  
ihrer bürgerlichen Freyheiten einen Erlas, besonders in  
ihrem auswärtigen Verkehr, in dem Ansehen und der  
Macht; wozu die Nation, oder des Landes Könige sich  
erheben; glücklich aber wären wohl die Hansen zu nen-  
nen gewesen, wenn sie einen ähnlichen Tausch in dieses

<sup>1</sup> Die Beweise im Einzelnen werden in den folgenden  
Büchern vorkommen.

letzten Zeiten hätten treffen können: allein dieß war und konnte hier gar nicht der Fall seyn.

Die Kaiser hatten sich um diese Communen und um den Deutschen Handel stets wenig bekümmert, da ihnen daher gar keine Nothleistung entstand, da ihnen die Macht dazu fehlte; sie thaten es auch jetzt nicht, und als sie ganz zuletzt etwas der Art versuchten, so war doch die dazu geschickte Zeit bereits verflossen, und es ward auch mit gar unbehülfflicher Hand das Geschäft angefangen. Die Deutschen Fürsten dagegen verfuhrn stets unabhängiger von Kaiser und Reich nach ihrer Willkür. Dieß aber wie jenes Verhältniß war gleich nachtheilig der Hanse. Die Fürsten bemächtigten sich mehrerer Städte, Glieder des Bundes, beschränkten oder raubten ihnen ihre bisherigen Freyheiten, waren aber zu ohnmächtig um ihre Handelsgerechtsame gegen Fremde aufrecht zu erhalten. Andere Hanse-Städte wurden ganz von aller Verbindung mit Deutschland abgerissen, der nordöstliche wie der westliche Theil. Des Kaisers und des Reichs Ohnmacht konnten sie nicht retten. Die wenigen Genossen des Bundes aber, die in der Mitte, zuletzt noch ihre Freyheit und Selbstständigkeit behaupteten, konnten mit ihrer freyen Ohnmacht in Deutschland und in der Fremde sich auch nicht das nöthige Ansehen verschaffen.

Zwar, was die Deutschen Städte, was auch wohl namentlich die einzelnen Mitglieder der Hanse oft und sehnlichst gewünscht hatten, daß mehr Ruhe in Deutsch-

land, daß die Straßen sicherer werden, daß das Faustrecht ein Ende gewinnen möge, das ging, durch die bekannten, zu Anfang dieses Zeitraums aufkommenden Institute, den ewigen Landfrieden, die feste Begründung der Reichsgerichte, die bessere Kreisetheilung und die damit verbundene, zweckmäßigere, executive Macht in diesen Kreisen, obschon nach Sitte des Reichs höchst langsam, dennoch allmählig in Erfüllung. Freylich waren noch in der zweyten Hälfte des sechszehnten Jahrhunderts, ja selbst bey dem Ausbruch des dreißigjährigen Kriegs, die Spuren des unruhigen fehdelustigen Geistes, der unter den Deutschen herrschte, deutlich genug zu erkennen; allein es wurde doch viel anders, als es ehemals war, und unbezweifelt gewöhnte man sich immer mehr an den friedlichen Spruch der Richter. Aber wenn die Deutschen Kaufleute hiermit für ihren Verkehr im Innern bedeutend gewannen; so verlor die Hanse, als große, politische Corporation gerade durch diese vollkommnere Ruhe und Ordnung viel mehr, als sie gewann, sie verlor an politischem Ansehen, ein Verlust, der durch nichts wieder ersetzt werden konnte.

Daß der städtische Bund weiland um des Kaisers Spruch, so wie um die Klagen der Fürsten wenig sich bekümmerte, ist bekannt genug. Jede bedeutende Corporation, ja jede angesehene Familie stand im Mittelalter für sich allein, so auch die Hanse, oder die ihr einverleibten Communen. Glück und Macht erweiterten den Kreis der Befugnisse; Selbsthülfe und Recht der

Fehde standen ihnen zu. Jetzt sprach man selbst bey Verletzung der unbezweifeltesten Rechte, von Reichs- und landfriedensbruch. So sollten nun Lübeck und einige andere Hanse-Städte, das Recht, welches sie von frühern Kaisern erhalten hatten, in den fremden, benachbarten Landschaften die Räuber zu verfolgen; nicht mehr üben. Andere Hanseische Städte, welche keine solche erweisliche, rechtsbeständige Befugniß zur eigenen Hülfe hatten, waren, wenn sie sich mächtig genug zu einem solchen Unternehmen fühlten, vordem auf gleiche Weise verfahren. Unter dem Schein Straßenräuber zu verfolgen, konnten und waren größere Fehden eingeleitet, und größere Zwecke, zu Bekämpfung der Landesherren und der benachbarten Großen erreicht worden. Die langgewohnte Sitte erschien aber nun, bey veränderter Ansicht der Dinge, als Verbrechen. Die schwächeren unter den verbundenen Communen konnten sich nicht selbst helfen, und die stärkeren, die es noch vermochten, sollten es nicht thun, obschon unbezweifelt diese Selbsthülfe ein rechter Haupttheil des vormahligen politischen Zustandes gewesen war. Auch entsagten die Mächtigeren der alten Sitte nicht eher, als bis sie auf gehört hatten, die Mächtigeren zu seyn, erst dann gaben sich alle ihre Fehden von selbst.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Auf dem Wendischen Städte-Tage, v. d. J. 1542, laut des Protocolls d. J. im Lüneburg. Archive, Vol. IV. hieß es unter andern: wegen des Straßenraubs in Mecklenburg und Pommern solle man an die Herzöge von Mecklenburg und Sachsen schreiben,

Wenn auch die Reichsgerichte keiner Parteilichkeit gegen die Städte beschuldigt werden konnten, so war doch die Kreisverfassung ihnen nicht günstig, wo die Fürsten so großen Einfluß hatten. Diese aber konnten all der frühen Schmach nicht vergessen. Die schwächeren von den mittelbaren Städten wurden von den Landesherren überfallen, und ihrer größeren Freyheiten allmählig beraubt. Alle die, welche zu weit von dem Mittelpuncte der Hanfischen Macht, d. h., von der Ostsee, entfernt waren, konnten weniger noch als vordem auf einen thätigen Beystand der verwandten Freunde rechnen, da jeder Versuch der Art den Städten böß gedeutet ward, da das Gelingen ungewiß war, und da die Reichsgerichte, da die Kreisverfassung und die Fürsten solchem Beginnen durchaus abhold waren. So mußte sich der Bund allmählig bey den Klagen der schwächeren Genos-

auch bey dem Kammergericht klagen, um ein Fiscals Mandat auszubringen, ferner die Erneuerung der alten Privilegien nachsuchen, vermöge welcher die Städte den Räubern in fremder Herren Länder nachjagen und sie zerstreuen dürften. Aber auf d. allgem. H. L. zu Lübeck, Trinit., im J. 1549, (MSS. Brf. Vol. 217.) äußerte sich Lübeck: sie habe zwar ein Privilegium die Räuber auch in fremden Fürstenthümern zu verfolgen, Rostock, Hamburg, Stralsund und Lüneburg hätten ähnliche, doch erstreckten sie sich nicht weit genug; sie habe es weiland für gut gehalten, dergleichen Privilegium für alle Hanse- oder mindestens für die Wendischen Städte bey dem Kaiser auszumitteln, aber die Zeit sey nun vorbei.



sen über den Druck ihrer Landesherren endlich damit meist begnügen, daß er ein treu, herzlich Mitleiden bezeugte, da er weiter so gut als nichts mehr zu leisten vermochte.

Wenn ehemahls die Hanse bey Streitigkeiten dieser Art, als Richter oder Schiedsmann zwischen ihren Verwandten und den Fürsten der Regel nach immer auftrat; so wollten nun allmählig die Reichs- oder Kreisgewalt oder die Landesherren diese Streitigkeiten abthun, ohne viel an die Hanstischen Vermittler sich zu kehren, die sie kaum noch bey solchem Unternehmen, als unthätige Zuschauer, zuzulassen für gut fanden. Nahm sich die Hanse einer so bedrängten Schwesterstadt etwa durch Vorschreiben, das geringste, was sie thun konnte, an, so erfuhr sie von den Fürsten oft die schändeste Behandlung, es erfolgten wohl die bisher unerhörtesten Antwortschreiben, und, statt der Hülfe, die sie verschaffen wollte, erntete sie nur Spott.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Als die Hanse für die Stadt Braunschweig, im J. 1601, bey dem Herzoge Heinrich Julius zu Braunschweig-Lüneburg nach alter Weise intercedirte, in den Händeln, die nie aufhörten, erhielt sie die schändte Antwort: Wie sie solche Rebellen stärken und ihre Conföderation gegen Reichsgesetze anführen könne? — So ging es in vielen andern Fällen, oft wagte sie es bald nicht mehr, auch nur zu intercediren. Am härtesten und unfreundlichsten lautete aber das Schreiben von dem Herzoge Philipp Julius von Pommern, Wolgast, d. 20. Jan. 1613.

Doch, was am aller entschleбенsten das Ende der Selbstständigkeit und politischen Unabhängigkeit der

Die Hanse hätte die Partey des Rathes zu Stralsund genommen, der mit einem Theile der Bürgerschaft zerfallen war, welche sich, freylich ein Hansefisches Verbrechen, zu Hülfe an den Landesherrn gewandt hatte. Die Hanse lud die streitenden Theile nach alter Sitte vor, und wollte darin entscheiden, darauf der Herzog also antwortete: Sie, die Hanssen, sollten sich nicht in fremde Dinge mischen, er habe ihr Original-Schreiben an die Hundertmänner gesehen, sonst würde er es nicht glauben. Lübeck habe seinem Ober-Elter-Water, dem Herzoge Busiglav, versprochen, nichts dergleichen sich zu Schulden kommen zu lassen. Sie würden sich erinnern, was er, im J. 1604, wegen Greifswalde, ihnen zugescrieben habe, da sie sich gleichfalls in die Unruhen dieser Stadt hätten mischen wollen. Er und andere Fürsten hätten sich ja auch nicht in die, vor etlichen Jahren zu Lübeck entstandenen, Unruhen gemischt; sie möchten auf ihre Comtoire sehen, welche zu Grunde gingen, nicht auf das Regieren der Fürsten über ihr Land und Leut. Es liege dem Reich mehr daran, daß Herren und Fürsten regierten, als daß ad tempus gewählte Räte und Bürgermeister dominirten, welche vollends dabey sich eine Nebenherrschaft über andere anmaßen wollten. Dieß sey nun das dritte Mal, daß sie ihm also begegneten, er wolle ihnen melden, daß er den Kaiser, die Fürsten, das Reich und andere Potentaten aufmerksam machen werde, welche Einsicht haben würden, die ja sonst ihrer Macht sich begeben und der Hanse übergeben müßten. Ihre angemessne Cognition sey den

Hanse verkündete, war, daß die Mitglieder der Genossenschaft selbst, die mit andern verwandten Freunden, oder mit der ganzen Corporation in Streit gerietzen, nun selbst nicht mehr den Bund, als einzigen Richter erkennen wollten, vielmehr die streitige Sache bey den Reichsgerichten oder dem Kaiser anhängig machten. Denn unglücklicher Weise war die Furcht vor der höchsten Bundesstrafe, nämlich die vor dem Hanfischen Banne verschwunden, da zu gleicher Zeit die großen

Reichs-Constitutionen zuwider, er habe den Ältern und Hundertmännern verbothen zu Tübeck zu erscheinen; sie sollten ihre vorwiegige Zundthigung lassen und „Eure Füße nicht weiter strecken als ihr befüget;“. Würden sie aber die Hemmung der Commercien verfügen, so würde er schon Rache zu nehmen wissen. — In der Antwort der Hanse aber, März, 1613, berief sie sich auf ihr Recht, das jede Societät über ihre Glieder haben müsse, und das von etlich hundert Jahren auf sie transferirt worden, und wolle sie sich wegen der hohen und schmerzlichen Injurien die Rechtshülfe reservirt haben. Das war es alles, was sie vermochten, und es ist noch dazu ungewiß, ob es gewagt ward die Antwort abzuschicken. (Eine Menge Acten über diese Stralsundischen Handel v. d. J. 1612–1620 findet sich in d. Vol. 242. d. MSS. Brf.). Solche schmählische Behandlung war aber fortan ganz gewöhnlich, und selbst kleine Herren, wie der Graf von der Lippe, verfuhrten auf diese Weise. Der letztere erließ an die Hanse ein anzüglich Antwortschreiben, als sie für die Stadt Lemgo bey ihm intercedirt hatte; (MSS. Brf. Vol. 238.).

Handels-Privilegien immer mehr verkümmert wurden, deren untersagte Benutzung durch jenen Bann, dieser Strafe weiland einen so großen Nachdruck verschafft hatte.

So geschah es, daß z. B. Hamburg, wegen der Klagen anderer an der Elbe belegenen Communen, über die Beschränkung einer freyen Schifffahrt auf diesem Strome, geradehin erklärte, daß sie die Entscheidung der Hanse in dieser Angelegenheit verwerfe, und den Streit beym Reichskammergerichte anhängig gemacht habe. <sup>4</sup> So spielte die Stadt Cöln ihren Streit mit

<sup>4</sup> Stade und Buxtehude, laut des Protocolls d. H. L. zu Lübeck, auf Dionys., im J. 1556, (MSS. Brf. 219.) klagten über Hamburg, daß die letztere Stadt ihnen die Fahrt auf der Süderelbe störe, und unterwarfen sich dem Ausspruch der Hanse. Allein Hamburg erwiederte trotzig: es seyen auf diesem Theile der Elbe viele Inseln, sie besäße dahiß von Alters her einen Zoll, jene Städte umgingen diesen, die Sache gehe zugleich den Grafen von Schaumburg an, sie sey bereits beym Kammergericht anhängig. Als ihr vorgestellt ward, daß jene Städte sich nicht nur wegen Bedrückung von ihrer Seite während der Fahrt auf der Ober- sondern auch auf der Nieder-Elbe beschwerten, und ob sie denn in keinem Puncte sich der Hanfschen Autorität unterwerfen wolle; so antwortete Hamburg sehr empfindlich: jene Städte hätten ihr mehrere Färken auf den Hals geschickt, vor welchen die Sache nun anhängig sey. Es klagten eben damahls auch Bremen und Lüneburg über einen zu Hamburg eigenmächtig aufgelegten Zoll. — Die Erbitterung anderer Städte,

dem Bunde, über den von ihr durch die Niederländisch-Hansische Factoren geforderten Schoß vor dasselbe Gericht; sie wirkte eine Ladung der gesammten Hanse nach Speyer aus, und versetzte dem Ansehn des Bundes durch dieß und ihr anderweltiges Widerstreben eine nie zu heilende Wunde. <sup>6</sup> So verwarf Bremen, welche Stadt um dieselbe Zeit in ihrem Innern eine kirchliche und politische Reform vorgenommen hatte, alle Vermittelung des Bundes; sie spottete der gedrohten und über sie ausgesprochenen Strafen, wollte die richterliche Autorität der Hanse durchaus in dieser innern Angelegenheit, trotz aller früheren Statute, nicht anerkennen. Sie zog dem Urtheil der verwandten Freunde vielmehr die Entscheidung der Kreisgewalt Niedersachsens, den Ausspruch des Bischofs von Bremen, und des Kaisers vor. Der

besonders Magdeburgs über die Beschränkung der freyen Schifffahrt auf der Elbe, durch die Hamburg, kommen gar häufig vor. So sorgte beyhm all gemeinen Verfall jeder nur für sich; es scheint un-  
näh viele andere Beyspiele anzuführen.

- <sup>7</sup> Der Streit ist bekannt, und wird unten bey dem Antwerpischen Comtoir noch erwähnt werden. In dem Protoc. d. H. L. v. J. 1577 (MSS. Brf. Vol. 227.) heißt es unter vielen Belegen: Wegen der Edlnischen Schöffsache war die Citation vom Kammergericht an die Hanse eingelaufen, es ward zwar behauptet, sie sey hier nicht Part sondern Richter; allein man beschloß doch endlich dem Hansischen Syndico die Verhandlung zu übertragen, und einen procuratorem in loco zu constituiren.

Bund sprach zwar den Bann über Bremen aus, aber er blieb wirkungslos, da der Kaiser die Gemeinde in seinen Schuß nahm und jenes Verfahren cassirte. Die widerstrebende Stadt mußte in die Gemeinschaft der Hanse wieder aufgenommen werden, denn also befahl es des Kaisers Majestät. Nicht einmal eine Abbitte, kein entschuldigendes Wort konnten die hochbeleidigten Bundesfreunde von ihr erhalten. Das trotzige Benehmen der Bremischen Deputirten, als ihnen die Sitzung im Bundes-Rath wieder verflattet werden mußte, stütz auf die höhere Unterstützung, zwang die Hanse von allen Forderungen, die wohl in ähnlichen Fällen üblich waren, abzustehen, und mit gekränktem Gemüth den Troß der Bremischen Abgeordneten mündlich zu versprechen.

- Diese anseßige Begebenheit fing im J. 1562 an von der Hanse verhandelt zu werden, es sind darüber eine Menge von Acten in den benutzten, handschriftlichen Nachrichten, besonders in den Protocollen d. H. L. v. d. J. 1562 z. Lüh. Trinitat.; MSS. Brf. Vol. 220. Des Kaisers Ferdinand I. Schußbrief für die Insurgenten in Bremen, der Hanse Verhandlungen mit ihnen und der Kreisversaml. u. a. m. an d. a. D. Vol. 221. Prot. d. H. L. v. d. J. 1567. Vol. 225. Das stolze, widerspenstige, alle Hanßische Ordnung mit Füßen tretende Benehmen in Bremen, auf den Hanse-Tagen v. d. J. 1572 und 1576; kommt in d. Protocoll. dieser Versaml. in d. MSS. Brf. Vol. 227. 228. vor. Nicht allein aber geschah dieß in Bremen, in Rostock hatte sich der Rath gegen die insurgirte Gemeinde an den Kaiser, diese an

Diese und ähnliche Erscheinungen raubten dem Bunde die letzte Hülfe, um einige Einheit unter seinen Mitgliedern zu erhalten. Einige Städte, oder vielmehr ein Theil der gegen den Rath insurgirten Gemeladen, riefen ihren Landesherrn zu Hülfe und wollten vom Hanfischen Schiedsrichteramte nichts mehr wissen. So ward durch diese äußeren Begebnisse die stets schwache Verbindung im Innern selbst aufgelöst.

In solcher Lage enger an den Kaiser sich zu schließen, schien für die Hanse, wie für die Kaiser, wenn sie höhere Zwecke verfolgen wollten, empfehlenswerth. Einige Vorkommnisse ausgenommen, die sich bey dem einen oder andern Theile zeigten, blieb gleichwohl das alte Verhältniß.

Zwar erschienen in dieser Periode kaiserliche Gesandte häufiger denn vordem auf den Hanfischen Versammlungen, sie traten als Vermittler zwischen den streitenden Theilen des Bundes, zwischen diesem und fremden Mächten mehr denn zuvor auf; häufiger erhielten die Hansen Vorschreiben vom Kaiser an fremde Mächte, auch ward gar feyerlicher Ernst von Rudolph II. in dem Streite der Königin Elisabeth mit der Hanse gezeigt: allein im Grunde blieb bis zum dreißigjährigen Kriege das alte Verhältniß, und in der Vermittelung bey fremden Mächten, namentlich in der zwischen den Hansen und

ihren Landesfürsten gewandt; Protoc. d. H. L. v. d. J. 1566. 7. Lübeck, MSS. Brf. Vol. 224. und viele andere Beispiele mehr.

Elisabeth von England, ward die Ohnmacht des Kaisers recht deutlich aller Welt vor Augen gelegt.

Am meisten drang der kaiserliche Hof in die Han- sen wegen einer Türkenhilfe, aber es bedienten sich auch die Städte der alten Ausflächte, und wenn Lübeck ein- mahl die Sache aus einem höhern Gesichtspuncte an- sah, und nebst den Wendischen Städten, im J. 1567, eine solche Steuer bewilligte; so waren doch alle Dro- hungen fruchtlos, die übrigen Bundesgenossen zu etwas ähnlichem zu vermögen. Eölns Vorschlag um dieselbe Zeit, die Hansische Conföderation vom Kaiser bestätigen zu lassen, fand keinen Beyfall, denn man fürchtete des Kaisers Macht und Einmischung eben so sehr, als man hoffen konnte, durch eine engere Verbindung mit ihm, gegen die anwachsende Macht der Fürsten sich zu schützen, und man fürchtete sie um so mehr, als Kaiser Rudolph, aufgebracht durch den Herzog Heinrich Julius von Braun- schweig, der die Hansen als einen Haufen von Rebellen darstellte, die Auslieferung aller ihrer Privilegien, Bünd- nisse u. s. w. mit gar drohenden Worten forderte, — sie aber nicht erhielt. Kein Kaiser war zu finden, der die nöthige Individualität besaßen hätte, um, wäre es auch nur zu eigenem Vortheile gewesen, der Hanse eine hülfreiche Hand zu bethen. Fromme Ermö- hungen zur Eintracht, zu anderer Zeit Drohen, und kraft- lose Verwendungen im Auslande konnten nichts fruchten.<sup>7</sup>

<sup>7</sup> So gut als alle Kaiser wandten sich, wenn sie in einem Kriege mit den Türken verwickelt waren, an



**Auch der in der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts vorgeschlagene Verein zwischen den Reichs-**

die Hanse als Corporation um Hülfe, und es ist nur zu bewundern, wie sie es nicht müde wurden, da sie so gut als nie etwas ausdrückten, und die alt bekannten Ausflüchte anhdren mußten. Ferdinands I. Gesuch im J. 1557 hat bereits Röbeler b. Willebrandt b. d. J. erwähnt. Maximilian II. forderte ein gleiches 1566 und ermahnte die Städte zur Einigkeit, aber diese meinten sie wären nicht uneins, und die kaiserlichen Commissarien, wie grob sie auch wurden, erhielten keine Türkensteuer, sondern wurden auf den nächsten Hanse-Tag verwiesen (Protoc. d. L. MSS. Brf. Vol. 227.); auf diesem aber war das Eblaische Quartier ausgeschlossen, und andere fehlten, und nur Lübeck mit den Wendischen Städten, welche die Sache aus einem höhern Gesichtspuncte ansahen, schienen dazu geneigt; Protoc. d. H. L. v. d. J. 1567, May, zu Lübeck, MSS. Brf. Vol. 225. Gewiß aber war es auch, daß die kaiserlichen Commissarien sich oft gar bald zufrieden gaben, wenn die Hanse ihre Rechnung in ihrer Herberge quittirte, und ihnen ein Geschenk machte. — Kaiser Rudolph II. forderte, auf Anreizung des Herzogs Heinrich Julius von Braunschweig-Lüneburg, die Auslieferung aller Hanfischen Papiere, ein Verzeichniß der Städte, die in ihrem Bunde wären; er erhielt aber nichts. Wie demüthig nun auch der Städte Antwort v. 26. Jan. 1606 lautete, so hätte schwerlich ein anderer, als er, sich damit begnügt, denn in dieser Demuth, die gleichwohl alles abschlug, lag eine große Verachtung, welche aber dieser Kaiser freylich auch gar sehr verdiente. Um so dreister aber antworteten sie durch eine Druckschrift, im

städten und der Hanse leistete, nachdem über ein Jahrhundert darüber verhandelt worden, nach Deutscher Weise gar nichts.

Die Kirchen-Reformation brach aus, und diese veränderte vollends alles. Was für erfreuliche Folgen ihr auch sonst zugeschrieben werden mögen, Deutschland, als ein Ganzes, ist durch sie auf immer zerrüttet, und auch die Einheit in der Hanse gestört worden.

Die Obrigkeiten der einzelnen Hanse-Städte waren zu Anfang, mit sehr geringer Ausnahme, dieser Kirchenverbesserung durchaus abgeneigt; sie konnten aus früheren Erfahrungen nur zu wohl die Früchte, welche ein Aufstand der Gemeinde hervorbringe. Allein um so beharrlicher der Rath, an dem altherkömmlichen Kirchenzustande hing, um so erbitterter wurde das Volk, und um so ungeduldiger ward es einen Prediger zu vernehmen, der von evangelischer Freiheit mit Ernst und Eifer redete, um so begieriger lateinische Worte und Gesänge mit Deutschen zu vertauschen, und den lang entbehrten Wein, des Pfaffen Vorrecht, mit zu genießen.

J. 1609, den heillosen Beschuldigungen, womit Herzog Heinrich Julius zu Braunschweig sie öffentlich angefallen hatte. Diese Abhandlungen sind gedruckt f. Urk. Verz. — Der Unterhandlungen zwischen den Hanse- und Reichsstädten im sechszehnten Jahrhundert wird häufig in den handschriftlichen Acten gedacht, es ist aber nichts gelungen; später sind sie wieder erneuert worden, f. das letzte Buch.

Die Hoffnung, daß, wenn die Klöster aufgehoben würden, manche Huſe Landes wieder an die Bürger kommen könne, und ähnliche irdliche Gefinnungen geſellen ſich zu jenen himmliſchen. Man ſchmelzte ſich mit Verbeſſerung der kirchlichen Zucht, mit Wiederherſtellung des echten, chriſtlich-evangelischen Glaubens, hoffte auch eine größere Freyheit und Gleichheit im politiſchen Gemeinweſen zu erhalten, ſo wie die Reform der ſtädtiſchen Deconomie und ein tadelloſes Regiment leicht beſtellen zu können.

In den von ihren Landesherrn mehr abhängigen Hanſe-Städten war, wenn einmahl der Fürſt der Kirchen-Reform ſich hold bezeugte, die Veränderung alsbald gelungen; der Magiſtrat konnte hier nicht lange widerſtehen. In den Communen, die weniger abhängig von dem Landesherrn waren, vollends in ſolchen, die den unmittelbaren Reichsſtädten zugehörten, oder ihnen ähnelten, war die Widerſtändlichkeit gegen die Neuerung eher möglich; doch geſchah es auch wohl, daß in dieſen Städten die Verbeſſerung angenommen ward, während rings umher noch, außer den Mauern, in den benachbarten fürſtlichen Territorien, alles dem alten Glauben ergeben blieb, weil unabhängig von dem Landesherrn die Gemeinde ihrem Rathe die Verbeſſerung abgedrungen hatte und abdringen konnte.

In dieſen unabhängigeren Communen, wo die Mehrzahl derer, die im Rathſtuhl ſaßen, der Veränderung der Regel nach, durchaus abhold war, wurden gewöhn-

lich, durch eine Insurrection, die dem alten anhängigen Rathsherren vom Rathhause und aus der Stadt vertrieben; die Obrigkeit ward mit evangelisch Gesinnten besetzt, auch wohl eine etwas evangelischer lautende, das ist, demokratischere Form an die Stelle der alten gesetzt, und somit die Absicht der Insurgenten vorläufig erreicht.

Verschiedenen Magistraten gelang es noch zehn, zwanzig oder mehrere Jahre, nachdem der Wittenberger Mönch seine Stimme erhoben hatte, den vorigen Zustand leidlich zu erhalten, andere haben wenigstens scheinbar das Alte bis in die zweite Hälfte des sechszehnten Jahrhunderts behauptet; aber sehr wenigen ist es gelungen, was Cöln gelang, den alten Glauben, und die Ruhe gänglich zu behaupten.

Wie war es anders bey so entschiedener Gesinnung des Volks möglich? Ein Wittenberger Student, ein entsprungener Mönch fand immer, wo nicht bis in die Stadt, doch bis vor die Mauern derselben seinen Weg; das Volk, das zu klagen genug hatte, hörte die neue Mähr von evangelischer Freyhelt so gern, auch die geringste Abweichung, die ein Priester sich vom herkömmlichen lateinischen Gottesdienst erlaubte, schaffte ihm den entschieden größten Zulauf, und durch diesen ward man dreifacher. Die sitzenden und hypochondrischen Handwerker wurden von dem Worte des Herrn gewaltig getroffen, die Salbung theilte sich mit, und die handfesten und zuschlagenden Gewerke vollendeten die Insurrection.

Wald war die Revolution so gut als bey allen Hanse-  
Städten vollendet, und höchst wenige konnten sagen, was  
Bölin auf dem Hanse Tage d. J. 1535 äußerte: sie hänge,  
Höpfe und erlaube die Rezer, sie wolte bey alter Be-  
wohnsheit bleiben und besande sich wohl dabey.<sup>a</sup>

Schon diese ersten Bewegungen, welche die Einfüh-  
rung der neuen Lehre in den Städten begleiteten, könn-  
ten nicht anders als in mancher Hinsicht nachtheilig für  
den Wohlstand, zum Theil für die äußere Freyheit und  
Unabhängigkeit dieser Gemeinden ausfallen. Jede In-  
surrection, wie oft sie auch unternommen wird, um den  
elenden öffentlichen Zustand zu verbessern, pflegt ihn nur  
zu verschlimmern; Maffen, Mönche und Nonnen waren  
dabey beraubt und geplündert, aber das städtische Aera-  
rium wenig gehessert. Hatte die Landstadt einen katho-  
lischen Fürsten zum Herrn, so mußte sie nun, nach  
Einführung der neuen Lehre, gefaßt auf Vertheidigung  
seyn, und zwischen ihr und dem Herrn brachen wohl  
Fehden aus. War der Landesfürst der neuen Lehre er-  
geben, der Stadt-Magistrat ihr abhold; so unterstützte  
jener die Insurgenten, und gewann hier oder da einen  
größern Einfluß auf das bisher von ihm unabhängigere,  
städtische Gemeinwesen.

Abgesehen von allen späteren, die Städte zu Grunde-  
richtenden, größeren Kriegen, mußte auch schon dieser  
Anfang die Einigkeit unter den Verwandten der Hanse

<sup>a</sup> Protocoll d. H. R. u. d. S.; MSS. Brf. Vol. 216.

**Hören.** Die Deputirten der Commünen, die dem Alten, und deroer, die dem Neuen zugehörig waren, konnten sich nicht mehr wie sonst freundschaftlich ansehen; und selbst da, als bey weitem der größere Theil, sich für die Reformation erklärt hatte, dissimulirten doch immer einige, wie z. B. Köln, und diese, in dem Bunde so sehr bedeutende Stadt, ward nun auch immer lauer wegen der Hanfsischen Verbindung.

Aber auch bey den dem neuen Glauben ergebenen Hanse-Städten, hatte, wegen der Einigkeit, die Neuerung manchen nachtheiligen Einfluß. Die Neuerer konnten sich wieder bald zu verschiedenen Meinungen in dogmatischer Hinsicht, die andern waren wildere Zeloten als diese, jenen schien alles zur Erhaltung und zur Reinigung des neuen Glaubens aufzuopfern etwas geringes, diese wollten bedächtiger verfahren; die einen wollten zum schlagen, gesellten sich den kriegerisch lautenden Bändwissen der Protestanten bey, die andern zauderten; diesem Theile schien die Erhaltung der Reformation alles, der andere dachte dabey doch auch an das Bestehen der Hanse. °

So gut als nie konnte bey den Genossen des Bundes, in Bezug auf kirchliche Angelegenheiten, ein Beschluß

- \* Es ist hier nicht der Ort, die Reformations-Geschichte der einzelnen Hanse-Städte zu schreiben, daß aber die allgemeinen Angaben in der Wahrheit sehr begründet sind, davon können auch die bereits gedruckten Nachrichten die häufigsten Beweise geben.

zu Stande kommen; ja nicht einmal ein Antrag konnte deshalb gemacht werden. Nur der verwandten Stadt Münster schreckliches Schicksal, im J. 1534, bewirkte so viel, daß ein Beschluß gefaßt ward, keine Stadt, welche den Wiedertäufern anhänge, und späterhin, welche Sacramentirer Hause, solle in dem Bunde ferner geduldet werden. Aber jenes Beispiel und des Kaisers Edicte waren auch so ernst, und doch konnte man sich kaum verständigen, denn in Wismar waren Rath und Stadt von der Schwärmerey angesteckt, und auch zu Rostock hatte sie Anhänger gefunden. <sup>10</sup>

<sup>11</sup> Mehrere der Hanse-Städte für sich, wie aber der Bund, traten dem Schmalkalbischen Bunde bei, und theilten die Folgen von Kaiser Karls Siegen. <sup>12</sup> Bre-

<sup>13</sup> Die strengen Befehle gegen die Wiedertäufer waren von den Wendischen Städten besonders gefaßt worden, wurden aber auf dem allgemeinen Hanse-Tage, im J. 1535, bekräftigt, wo jedoch Wismar und Rostock sich gar anabaptistisch zeigten; Protocoll d. L. MSS Brf. Vol. 216. auch aus d. Protoc. d. Wend. Städte v. J. 1539. erhellet, daß die Ärkerey in Wismar noch nicht bezeugt war; Lüneburgisch. Archiv. Häufig sind die Strafen in der Folge erneuert, doch bald darauf auch wieder gemildert worden; das Feuer, hieß es, mache die Schwärmer nur immer verworren, andere mildere Strafen wurden zunächst beliebt.

<sup>14</sup> In Hertleben vom Deutschen Kriege Th. 1. B. 8. Kap. 7. S. 1498 werden in dem Abschiede des ersten Tages zu Schmalkalden, als Theilnehmer des Bunde

men und andere Städte des Bundes wurden belagert; Magdeburg fiel in die Acht. Glücklich waren die, welche

des, von Seiten des Hanse-Städte, genannt; Magdeburg und Bremen. Ebendaßelbst Kap. 8. S. 1501. werden in dem S. Bündniß v. 1531 als Mitglieder genannt; Lübeck, Magdeburg und Bremen. Ebendaßelbst Kap. 9. S. 1502. werden in der Erneuerung und Erweiterung des S. Bündnisses, v. d. J. 1536, auf die 10 folgenden Jahre, als Mitglieder genannt: Magdeburg, Bremen, Braunschweig, Goslar, Hannover, Oettingen, Einbeck, Hamburg, Lüneburg, Minden. Ebendaß. Kap. 10. S. 1504. werden in der Schmalk. Bundesordnung, v. d. J. 1536, dieselben Städte, mit Auschuß Hannovers aufgeführt, jedoch ist die Auslassung Hannovers (vergl. S. 1506) nichts weiter wohl, als ein Irthum des Abschreibers oder Druckers. Im 11. Kap. S. 1513. in der Urk., welche die Aufnahme der Herzoge Moriz und Heinrich von Sachsen v. d. J. 1537 in den Schmalk. Bund betrifft, werden Bremen, Goslar, Hannover, Oettingen, Einbeck, Hamburg und Minden genannt. Im 13. Kap. S. 1517. in der Urkunde zwischen dem S. Bunde u. Christian von Dänmark, v. J. 1538, kommen Magdeburg, Bremen, Goslar, Hamburg, Braunschweig, Hannover, Oettingen, Lübeck und Minden vor. In den handschriftlichen Haussischen Nachrichten wird freylich nichts erwähnt, was die Begebenheiten der Städte, während des ersten Religionskrieges, betrifft; aber es ist doch immer nur etwas partielles. Die Wendischen Städte verfahren noch mit der größten Eintracht, jedoch fand Ham-



mit Auslieferung eines Theils ihres Gesandtes, mit Erlegung einer bedeutenden Geldsumme, mit demüthigen und reuevollen Worten zu Gnaden gelangten. Jene beyden Städte, dann Goslar, Braunschweig und Hannover scheinen am meisten gelitten zu haben. Eine Deputation im Namen der Hanse, um die Freunde zu retten, ward an den Kaiser abgefertigt; erlangte aber außer freundlichen Worten zum Zweck nichts. Als die geängstigte Stadt Magdeburg bey der Hanfischen Versammlung, im J. 1553, um Hülfe bat, wagte die Hanse nichts weiter, als sie mit ihrem Gesuche an die einzelnen Städte zu weisen, wer von ihnen es etwa wagen wollte, heimlich oder verstofflen ihr einige Hülfe zu leisten.

burg in ihrer Bedrängniß, im J. 1547, bey diesen ihr näher verwandten Freunden keine Hülfe, und sie erklärte denn auch, daß die Hanfische Verbindung keinen Deut werth sey; (Protoc. d. Wend. St. L. zu Lützen, 1547. MSS. Luneburg. Vol. IV.) — Am interessantesten sind die Acten der Hanfischen Gesandtschaft an Kaiser Karl V. nach Brüssel, im J. 1549, vorzüglich wegen der Bedrückungen von Bremen und Magdeburg, MSS. Luneburg. Vol. IV. Allein auch diese Gesandtschaft fruchtete so gut als gar nichts. Der Kaiser gab zwar jedem Gesandten bey der Audienz die Hand, aber weder hat dem Bischof von Arras, noch bey den andern Räten des Kaisers war etwas günstiges zu erhalten.

Erst Mariä von Seelen schaffte mehr Muth und Lust zu leben. Mit einigen Aufopferungen war die schreckende Gefahr bestanden. Unter mannigfaltiger Furcht und Angst wogt alsdann ein halbes Jahrhundert, unter dem Schutze des elenden Religions-Gelebens, verkehrt, und kurz vor dem Ausbruche des alles zerstörenden dreißigjährigen Kriegs, zeigte sich den Geängstigten noch eine Hilfe, die man kaum hatte hoffen können.

Eine Verbindung zwischen dem mit aller jugendlichen Kraft emporstrebenden, Niederländischen Grenzstaate, und zwischen der alternden Hanse, kam um diese Zeit zu Stande und schien dieser ein neues Leben zu versprechen. Der Vorschlag scheint von den General-Staaten ausgegangen zu seyn.<sup>12</sup> Im Julius des Jahres 1612 ward durch den Syndicus der Hanse, Domann, und durch den ihn begleitenden Lübeckischen Burgemeister Brokes im Haag, der erste förmliche Anfang der Unterhandlung deshalb gemacht. Lübeck war vor allen

<sup>12</sup> In einer Instruction für den Hanfischen Gesandten nach den Niederlanden, den Syndicus Domann, v. d. J. 1618. 24. Jul. auf der Tagsatzung zu Lübeck befehlet, heißt es, er solle den General-Staaten bemerkllich machen: Wie vor etwa sieben Jahren ihre Gesandten dieses Orts (Lübeck) passirt und mit solchen Hanse-Städten wegen der Union geredet, und wie in den Jahren 1612-1616 darüber durch verschiedene Tagsatzungen tractirt und der Vertrag zu Stande gekommen. MBS. Ref. Vol. 24r.

andern diesem Project vorzüglich geneigt, da sie hoffte, durch dessen Ausführung, das schwankende Ansehen in der Oſtsee, gegen die immer lechter werdenden nordischen Mächte, vorzüglich gegen Dänmark zu behaupten. Jene beiden Bevollmächtigten wurden von den General-Staaten und dem Prinzen Moriz von Nassau freundlich aufgenommen, und trugen auf eine Allianz zur Beschüzung der Religion, des Handels, der Privilegien an, batzen aber zugleich von jedem Antheil an dem Kriege der Niederländer mit Spanien befreit zu seyn.

Die Republik fand sich willig, selbst jetzt eine Verbindung einzugehen, obwohl nur noch auf vierzehn thätige Hanse-Städte zu rechnen sey, sie fand sich willig, die von den Städten zu leistende Hälfte in dem etwa wieder ausbrechenden Kriege mit Spanien nicht zu fordern, in der Hoffnung, daß, wenn sie nur erst die guten Folgen dieser Allianz wirklich verspürten, sie auch in diesem Puncte nachgeben würden, und sie willigte, obwohl nur ins Geheim, ein, daß zu Bestreitung der Kosten der im Vorschlag stehenden Allianz selbst von den Niederländischen Schiffen, die nach den Städten kämen, eine Abgabe erhoben würde.

Aber auf der Versammlung der Hansen, in demselben Jahre, konnte, aus Besorgniß vor dem Kaiser, dem gleichwohl in den unschuldigsten Ausdrücken bereits Anzeige von dem Projecte gemacht worden, aus Furcht vor den Kosten, den weit aussehenden Händeln, die

Einstimmung der anwesenden, neun, rathigen Städte, trotz aller Vorstellungen des Syndicus und Lübeck nicht erhalten werden, obwohl die letztern nirgends sonst eine Rettung für die Hanse entdecken konnten.<sup>13</sup>

Nun ging Lübeck mit dem Beispiele voran, ächtete des Kaisers Abneigung gegen solch ein Bündniß nicht, und schloß bereits, im Jahre 1612, mit den General-Staaten ab.<sup>14</sup> Diese Verbindung lautete dem Buchstaben nach indeß so allgemein und so schuldlos, sie war nur allein auf Vertheidigung des rechtlichen Besitzes, auf den freien Handel, und die freie Schifffahrt auf der Ost- und Nordsee berechnet, so daß eben niemand, am wenigsten der Kaiser, dadurch beleidigt zu werden schien. Die wechselseitige Hülfe, die sich die schließenden Theile zusagten, lautete bloß auf den Fall eines gewaltsamen Angriffs, und der Störung des Handels. Gustav Adolph, König von Schweden, trat das Jahr darauf (1614) dieser Verbindung bey.

<sup>13</sup> Wegen der 14 Städte, welche damals vota decussiva hatten, s. unten die Constitution der H., während dieses Abschnitts. — Die Erzählung dessen, was wegen der Verbindung mit den General-Staaten vorfiel, ist nach den handschriftlichen Verhandlungen, auf dem H. L., v. d. J. 1612. im Brschw. Archiv, Vol. 238.

<sup>14</sup> Dieß ist mehrfältig abgedruckt, vergl. d. Urk. Verzeichniß.

Indeß, obwohl niemand bestimmt genannt wird, so war doch unbezweifelt diese Verbindung von Lübeck, von den General-Staaten und Schweden ganz vorzüglich zu Behauptung einer freien Fahrt durch den Sund gemeint, wo die Krone Dänmark stets den Zoll erhobte. Auch verheimlichte dieses Landes König seinen Unwillen gar nicht; seine Gesandten verließen den Haag <sup>15</sup>, und seine Unzufriedenheit mit den Hanse-Städten, vorzüglich mit Lübeck, ließ er zugleich deutlich merken.

Alein es ward doch auch bald genug an einem recht auffallenden Beispiele gezeigt, daß diese Verbindung nicht bloß zur Rettung der freien Handelschiffahrt, sondern auch zu Erhaltung der städtischen Freiheiten in Deutschland gemeint sey. In den Irrungen der Stadt Braunschweig mit ihrem Landesherren, die nun schon so lange anhielten, erschien plötzlich der Prinz Heinrich von Nassau mit einiger Reuteren, mit 600 Wagen, worauf 3000 Musketiere sich befanden, auf Befehl der General-Staaten, im Herzen von Deutschland, zu Hülfe der Stadt. Solch ein Beispiel mußte wohl den übrigen thätigen Hanse-Städten Muth machen, sich anzuschließen, und zu Ende desselben Jahres (1615) ward nun die Verbindung, die Lübeck zuerst gewagt hatte, auf die zehn Hanse-Städte, Bremen, Hamburg, Rostock, Stralsund, Bismar, Magdeburg, Braunschweig, Lüneburg und Greifswalde erweitert. Dieses Bündniß lautete:

<sup>15</sup> Vergl. Mitzema L. 170.

eben so allgemein, eben so harmlos wie jenes; der Freiheit der Deutschen, in die Meere sich ergießenden Ströme ward besonders gedacht.<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Vielfältig abgedruckt, I. Hst. Brj. Von Aitzema J. 191. steht noch, daß wenn die Niederlande 100 zur Hälfte geben, die Städte auf folgende Weise beitragen sollen: Lübeck  $5\frac{1}{2}$ , Bremen  $1\frac{1}{2}$ , Hamburg  $3\frac{1}{2}$ , Rostock und Wismar  $\frac{1}{2}$ , Stralsund 1, Anklam und Greifswalde  $\frac{1}{2}$ , Magdeburg 1, Lüneburg 1; Braunschweigs Quote wird nicht angegeben. Werdenhagen p. IV. 73. weicht aber davon zum Theil ab. Ob Anklam weitem Theil genommen, ist ungewiß. In den handschriftlichen Nachrichten ist in der Folge immer nur von den zehn, mit den General-Staaten verbundenen Hanse-Städten, mit Ausnahme Anklaams die Rede. In dem Protocolle der Tagssatzung der Wendischen, und einiger andern Hanse-Städte, zu Lübeck, im Nov. d. J. 1617, heißt es, im Vol. 240. der MSS. Brf.: daß man Danzig und Hildesheim den Antrag thun wolle, ob sie zum Bündniß mit den General-Staaten beitreten wollten. — Es scheint dieß aber aus dem bereits angeführten Grunde gar nicht der Fall gewesen zu seyn. Auch heißt es in dem Protocolle d. H. Tags, von d. Jahr 1621, Oct.: Danzig und Hildesheim wurden geberthen zu entweichen, da die zehn, mit d. N. Niederl. verbundenen Städte etwas besonderes zu tractiren hätten, welches von jenen sogleich geschah; MSS. Brf. Vol. 248. Braunschweig und Magdeburg waren nach Rehtmeiers Chronik S. 1195. bereits früher dem von Lübeck mit den Gen. Staaten

Man erinnere sich auf die Hülfe jener schwachen Republik verlaßte, wie der Churfürst von Brandenburg den General-Staaten schrieb, die Stadt Magdeburg ihrem Erzbischofe bereits die Huldigung, und die Stadt sah nun auch in jener Verbindung die Hand Gottes, welche sich der Schwachen annimmt.

Es erhielt die Hanse von den General-Staaten, in den nächstfolgenden Jahren, auf ihren Wunsch, zu verschiedenen Zeiten und Mahlen, Vorschreiben an die Könige von Dänmark, Schweden, England, und an den Großfürsten von Rußland; sie vertraten sie durch ihre Gesandten, pflogen Vermittelungen, um ihr die verlorenen Handelsfreyheiten wieder zu verschaffen. Und wenn nun auch dieß hohe Wort nicht immer die Wünsche der Hanseaten ganz befriedigte, da sie ihre älteren, wahrhaft unbilligen, Freyheiten nicht vergessen konnten; so war doch dieses Wort, das immer nachdrucksvoller lautete und wirksamer war, als jedes andere, auch nicht ganz fruchtlos, und erhielt ihnen zum Theil noch den kleinen Rest jener Privilegien.<sup>27</sup>

geschlossenen Bündnisse, am 20. Sept. 1613, beigetreten; vergl. den Auszug der Urkunde des Beyptritts bey Werdenhagen; s. Urkund. Verz. b. d. J.

<sup>27</sup> Mehreres hieher gehörige kommt in d. MSS. Brf. in verschiedenen Theilen vor. So z. B. beschloß die Hanse, im J. 1618, der Streitigkeiten mit Dänmark wegen, an die General-Staaten zu schreiben und eine gemeinschaftliche Legation, in beyder Theile

Verhandlungen für über die mit den Niederlanden  
verbündeten Hansestädte auch gut überhinaus allein,

„in d. J. 1618, u. 1619, und erhielt, den

„Namen, an den König zu senden; Vol. 238. 350. —

„Es wurde ferner die Hanse, in ihren Streitigkeiten

mit Gustav Adolph von Schweden, mit den General-

„Staaten, in d. J. 1618, u. 1619, und erhielt, den

25. Oct. d. J. 1618, ein Vorschreiben an diesen Kö-

nig; MSS. Brf. Vol. 242. Der Niederländische Agent

erklärte bei dieser Gelegenheit zu Lübeck, daß seine

Herren bereit wären, Gut und Blut zu Erhaltung

der Hanse zu wagen; Adhler bey Willibr. S.

292. b. d. J. 1618. MSS. Brf. Vol. 241. — Den

25. Oct. desselben Jahrs erließen die Gener. Staat.

ein Schreiben an den König von Dänmark, worin

sie begehren, daß er ihnen und d. h. Städten die

freie Fahrt in der Ost- und Nordsee und alle Frey-

heiten und Privilegien unangetastet lasse; Vol. 238.

— Es wurde auf dem Tage zu Lübeck, d. Apr. —

May, d. J. 1618, ein Schreiben und eine Deputation

in den Schwed. Streitigkeiten an d. Gener. Staat.

beliebt, und man erwartete zu Lübeck eine Gesandts-

schaft von den Niederlanden, die gemeinschaftl. mit

den Hansen zu Abstellung der Beschwerden in Dän-

mark, an den König dieses Landes abgehen sollte.

Es ward ferner beliebt, da die Gen. Staaten in Al-

lianx mit Schweden, und da sie einen Frieden zwis-

chen Schweden und dem Großfürsten von Rußland

behandelt hätten, sie zu ersuchen, die Hanseischen An-

gelegenheiten in Rußland zu befördern; Protocoll

dieses Tags, in d. MSS. Brf. Vol. 241. Das Vor-

schreiben der General-Staaten für die Hanse an den



sondern vielmehr erblickten sie, in Bezug auf alle Angelegenheiten, welche sie im Inneren Deutschlands mit

Großfürsten von Rußland findet sich in den MSS. Brf. Vol. 245. Mehrere Verhandlungen zwischen der Hanse, den General-Staaten, und Dänmark in d. Vol. 222. 223. MSS. Brf. — Auf dem Tage zu Lübeck, im Jahr 1619, ward von den zehn mit den General-Staaten verbundenen Städten beliebt, wegen der Freyheiten in England die General-Staaten um ein Vorwort zu bitten, weßhalb auch mit ihrem amtesenden Residenten, v. Aligema, daffals Verhandlungen gepflogen wurden; MSS. Brf. Vol. 222. —

Auf der Relation des provisorischen Hans. Syndich, Dr. Steinwisch, auf d. Versamml. z. Lübeck, von dem J. 1620, (MSS. Brf. Vol. 243.) erhellet, daß der durch den König von Dänmark erhöhte Syndzoll, zum Besten der Hanse, durch die Vermittelung des Königs von England und durch das Vorschreiben der General-Staaten, wieder herabgesetzt worden seye. Wenn es aber in dem Entwurfe einer Resolution für den bey der Hanse acreditirten, Niederländischen Gesandten, die auf der Tagsetzung der zehn Städte zu Lübeck, im Jul. 1621, beliebt ward, heißt: den Hanse-Städten wäre durch die General-Staaten in ihren Beschwerden nicht geholfen worden, vielmehr hätten diese nur zugenommen, und wären sie durch ihre Nachbarn (vorzüglich Dänmark) in große Verlegenheit gebracht worden, (Recess dieses J. T. MSS. Brf. Vol. 244); so war dieß eben nichts mehr, als ein Vorwand, um der von den Niederländern geforderten Hülfe in dem widerstandgetroffenen Kriege

ihren Landesherren oder Nachbarn abzumachen hatten; die Vermittelung ihrer hohen Ämtern. Ja sie beschränkten das Vorwort dieser mächtigen Freunde und Bundesgenossen selbst wohl für die Städte, die in der allgemeinen Hanfischen Verbindung standen; und die weiter nicht der Mithilfe mit den General-Staaten begnadeten waren. So erhielt die Hanse, in den Streitigkeiten der Stadt Paderborn mit ihrem Bischofe, überzeugt, daß ihre eigene Vermittelung fruchtlos seyn würde, das mächtige Vorwort der Niederländischen Regierung.<sup>18</sup>

Die Stadt Braunschweig, in ihren andern Streitigkeiten mit ihrem Landesherren, konnte sich einer gleichen Unterstützung von Seiten der General-Staaten rühmen<sup>19</sup>, und Hamburg und Lübeck in ihrem Streite

mit Spanien zu entgehen; und dann so waren die Hanfen wirklich auch gar ungendgarme Menschen. —

Noch im J. 1620 war ein Gesandte der Gen. Staaten Voigt, zum Besten der Hanse nach Schweden abgegangen; MSS. Brf. Vol. 243. u. m. a.

<sup>20</sup> Auf d. Versamml. zu Lübeck ward die von der Stadt Paderborn gesuchte Hilfe abgelehnt, aber eine Gesandtschaft an den Bischof, gemeinschaftlich mit den General-Staaten, beschlossen, wenn diese einwilligen würden, MSS. Brf. Vol. 240. Auch wirkte der Hanfische Syndicus Domann ein Schreiben für die bedrängte Stadt bey den Staaten aus im J. 1618; MSS. Brf. Vol. 241.

<sup>21</sup> S. schon Röhlitz b. Billebrandt b. v. J. 1620. S. 228. 2. Wenn, es jedoch sagt, die Allianz der

mit dem Herzoge von Braunschweig-Lüneburg, Jelle, wegen Durchstechung des Sammerbeichs, eine für beide hochwichtige Angelegenheit, erfreuten sich einer gleichen Unterstützung und Vermittelung <sup>29</sup>, wie denn der Niederländische Resident, J. v. Nizema, zu Lübeck einzeln, oder gemeinschaftlich mit den Hanseischen Deputirten, an die kaiserlichen Höfe abging, und nicht ohne Glück der Freunde Werbung unterstüzte. Er ward oft von der Hanse in ihre Versammlung geladen, nicht weil es

zehn Hanse-Städte mit den Gen. Staaten sey erst in diesem Jahr genehmigt worden, so ist dieß offenbar ein Irrthum. — Schreiben der Hanse an die General-Staaten, Lübeck, 13. Aug. 1620, worin sie ersucht, dem Niederländischen Residenten zu Lübeck den Auftrag zu geben, sich zu dem Herzog v. Braunschweig zu verfügen, um die große Gefahr, die der Stadt Braunschweig bevorstehe, abzuwenden; MSS. Brf. Vol. 242.

30 Halßburg wandte sich in d. Sammerbeichs Sache zuerst an die General-Staaten, der Niederländische Agent ging an d. Brschw. Hof ab. Die Hans. Deputirten wagten gar nichts auf ihrer Versammlung in dieser Angelegenheit zu schließen, bis daß die Niederländischen Commissarien, den 26. May 1620, zu Lübeck ankamen. Zu Volkenburg ward die schwierige Angelegenheit durch Deputirte der Hanse und den Niederl. Residenten Nizema beygelegt, im J. 1620. MSS. Brf. Vol. 243.

mehr ohne ihn unternommen; ein Hanfischer Agent wirkte in Haag.<sup>21</sup>

Aber dieß freundliche Verhältniß konnte schwerlich lange bestehen; wenn nicht die Hanse auch ihrer Seits, im Fall des Ausbruchs des Kriegs der Niederlande mit Spanien, sich thätig zeigen und von ihrer Neutralität lassen wollte, wenn sie nicht, in der großen Sache des Kampfs für die kirchliche und politische Freiheit so mancher Europäischen Staaten, auch thätig Theil nehmen wollte. Zu diesem aber waren die Schwachen und Furchtsamen nicht zu bewegen; Aufopferungen mußte man von ihnen nicht fordern; Alles aufs Spiel zu setzen ihnen nicht zumuthen, ihnen, die bey jeder Allianz nur für sich gewinnen, und ihre precaire, politische Existenz, so lange es gehen wollte, noch durch Neutralität und Zaudern, und durch das furchtsame Anschließen an Mächtige zu fristen bemüht waren.

Mit nicht geringer Mühe hatten die Hanfen ihre Allianz mit den General-Staaten beym Kaiser, bey des Reichs Churfürsten, bey der Niederländisch-Spanischen Regierung, als eine bloß auf den Handel sich beziehende Verbindung, die eigentlich nur die Erneuerung jenes alten Einverständnisses zwischen mehreren Niederländischen Städten, die vordem in der Hanse ge-

<sup>21</sup> Zu Anfang war Dr. N e s s w i g, Hanfischer Agent in Haag, MSS. Brf. Vol. 241, nachmahls Leo a b M i t z e m a, vergl. Schr. Labecks an Braunschweig, 22. Jul. 1623; MSS. Brf. Vol. 245.

wesen, vorgelegt. Wenig wirklichen Glauben mochte dieß alles finden, aber der Kaiser und Spanien mußten auch für jetzt schweigen, und sich mit so elenden Erklärungen begnügen.<sup>22</sup>

Alein schon diese Erklärungen mißfielen zum Theil den General-Staaten, und sie wurden um so unzufrie-

<sup>22</sup> Die Correspondenz dieserhalb zwischen dem Kaiser und der Hanse findet sich in mehreren Bänden der MSS. Brf. Eines dieser kaiserlichen Schreiben soll, des Beyspiels wegen, in d. Urk. Buche, b. d. J. 1617, abgedruckt werden. Mehrere Verhandlungen, zwischen der Hanse und den beyden feindlich gesinnten Regierungen in den Niederlanden, finden sich in den MSS. Brf. Vol. 243. Die wichtigsten sind folgende: Schreiben v. dem Gesandten, Sommer, zu Lübeck, d. 24. Sept. 1616, übergeben; Lübeck's Antwort; Schr. d. Erzherz. Albrecht, Brüssel, d. 12 Febr. 1617, worin er eine categorische Antwort fordert; Antwort der Hanse, d. 2. Jun. dess. J.; Schreiben Albrechts v. 26. Nov. 1617; Schreiben Aligema's v. 2. Febr. 1620 an Lübeck und die Hanse; Beschluß des Lübeckischen Senats für Puh, Gesandten des Erzherzogs Albrecht, 4. Febr. 1620; Antwort an eben denselben von der Hanse auf ihrer Versammlung, im April, d. Jahrs 1620, beschlossen; Werbung des Gesandten der Frau Clara Eugenia, Infantinn von Spanien, Erzherzoginn v. Oestreich an die Hanse; Antwort von der Hanse, Lübeck, 8. Oct., 1621; Antwort der Hanse auf des Gesandten Replik, Lübeck, 11. Oct., 1621; Erklärung des Senats zu Lübeck an ebendenselben, vom 13. Oct., 1621.

bener, als ihr Waffenstillstand mit Spanien zu Ende lief; und als sie vergebens die Hanse aufforderten, gemeinschaftliche Sache in diesem Kriege mit ihnen zu machen.

Zwar mochte es der Republik weniger um die kleine Hülfe zu thun seyn, als vielmehr darum, die Städte und Niedersachsen überhaupt zu dem großen Kampfe eifrig anzuspornen, der gegen Oestreich und den Katholicismus noch einmal durchgefochten werden sollte. Aber nichts in der Welt konnte die Furchtsamen zu einem so heroischen Entschlusse vermögen.

Auf der Hansischen Versammlung zu Lübeck, im J. 1620 und im folgenden, forderten die Niederländischen Deputirten vergebens den Beystand gegen Spanien. Lübeck beharrte darauf, der Bund laute nur auf die Osee, und vergebens war es, sie zu bewegen aus dem höhern Gesichtspuncte die Sache anzusehen, daß es bey der Lage von Europa, um Freyheit, Handel und Religion überhaupt gelte. Aber Lübeck und die verwandten Seestädte waren bald um so unzufriedener und um so weniger zu bewegen, als die Verbindung (1621) zwischen der Republik und dem von ihnen, als ihren Erbfeind betrachteten Könige von Dänmark ihnen bekannt ward. Vergebens waren alle beruhigende Versicherungen der Niederländer. Von kleinlicher Ansicht der Dinge konnten sich die Städte wirklich nicht mehr frey machen, und zum thätigen Antheil bey der näher rückenden Gefahr unter Lillu, konnten weder die General-Staaten,

noch Dänmark, noch Frankreich die Hanse bewegen. Sie fühlten nur zu tief ihr großes Unvermögen, und die Furcht verließ sie nie, wenn sie in den Kampf der Mächtigen sich einließen, daß sie endlich diese Verwegenheit doch am härtesten büßen würden. So beschloßen denn die Städte in ihrer Weisheit alle und jede Anforderungen, die auch von der Spanisch-Niederländischen Regierung nicht fehlten, durch dilatorische Antworten abzulehnen. Vergebens hatte der Resident der vereinigten Niederlande, Joppius ab Alkema, bey der Hanse, im J. 1624, erklärt; daß er eine so elende Antwort, die man ihm schriftlich zustellte, und die er in Stücke zerreißen wollte, zu Constantinopel, zu Algier, bey den Seeräubern nicht würde erhalten haben: die Städte blieben unbeweglich, und wollten in Schriften an die Welt appelliren. <sup>22</sup>

<sup>22</sup> Zu Folge der Protocolle der H. Lage, v. d. J. 1620, und März 1624, in d. MSS. Brf. Vol. 243, 245; der Verhandlungen zwischen dem Niederländischen anß Dänmark über Lübeck zurückkehrenden Agenten Rosßberg mit der Stadt Lübeck, Jan. 1621, und der Antwort des Senats von Lübeck, v. 24. Feb. desselben Jahrs, MSS. Brf. Vol. 244.; eines Schreibens der General. Staaten an die Hanse, Haag, 10. April, 1621, ebendasselbst; des Beschlusses der zehn mit den Niederl. verbundenen Städte auf ihrer Tagfahrt zu Lübeck, im Jul. d. J. 1621, und des Entwurfs der Antwort an die Gen. Staaten und ihren Residenten zu Lübeck, v. 13. Jul. desselben Jahrs; ebendaf. nebst

Nun kamen des Kaisers siegreiche Heere in das nördliche Deutschland; er forderete die Entfernung des Niederländischen Residenten, der die vorgeschlagene Verbindung zwischen Spanien und den Hanse abtriet, und nur mit der friedlichsten Demuth wandte man diese Ansinnen ab.<sup>24</sup> Die Verbindung zwischen beiden Theilen ward durch die Schrecken des Kriegs aufgelöst, und wenn, gegen Ende dieses, Schroffert, der Niederländische Agent, auf eine Erneuerung des alten Bündnisses antrug; so waren doch nur noch sehr wenige Städte, die aus dem allgemeinen Schiffbruch einige Selbstständigkeit gerettet hatten, und auch diese waren unter einander wenig einverstanden.

einem andern Schr. d. Gener. Staaten an die H. v. demselben J. am 18. Jun. Vergl. auch das Protoc. der Tagfahrt, im Oct. 1621, und der Verhandl. der zehn Städte, im Apr. und May des Jahrs 1622, zu Lübeck, in d. MSS. Brf. Vol. 244, 248. In dem Vol. 245. aber, Schreiben der Gen. Staaten an d. H., vom 30. Jan. 1624, und 3. Apr. 1625, so wie vom Statthalter Moritz v. 7. Feb. 1624. — Die Allianz zwischen Dänmark und den Niederlanden, v. 13. May, 1621, ist bereits vielfältig abgedruckt, s. Urk. Verz.

<sup>24</sup> Mehrere Schreiben der General- Staaten an die H., besonders v. d. J. 1627, und v. 5. Sept. 1628, in d. MSS. Brf. Vol. 246, 247; die Forderung des Kaisers kommt in dem Protocoll der Tagfagung der zehn, mit den Niederl. verbundenen Städte, im März d. J. 1628, MSS. Brf. Vol. 248, vor.



So kam, im J. 1645, zwischen den Niederlanden und den Städten Bremen und Hamburg eine Verbindung, zur Beschützung der Nordsee, der Elbe und Weser zu Stande, ungefähr in den Ausdrücken der alten Allianz, und erst im J. 1646 trat Lübeck bey.<sup>25</sup> Auch zeigte sich Braunschweig wohl geneigt, beizutreten, aber sie war schon zu unbedeutend, als daß die General-Staaten ihren Beitritt besonders wünschten, und sie büßte ohnehin alsbald, in ihren Streitigkeiten mit dem Landesherren, ihre Freyheit ein.<sup>26</sup>

Noch auf der letzten scheinbar allgemeinen Tagssagung der Hanse, im Jahr 1669, ward ein Hansischer Resident, Dr. Hünike oder Hüneken, im Haag bestellt, eigentlich aber war es nur der Resident der drey noch etwa enger verbundenen Städte, Lübeck's, Hamburg's und Bremens, und es mußte den übrigen frey gegeben werden, ob sie in ihren Geschäften in den Niederlanden sich seiner bedienen wollten, oder nicht. Ohnehin war von der alten Hanse kaum noch ein Schatten übrig.<sup>27</sup>

<sup>25</sup> Diese Tractate sind verschiedentl. gedruckt, s. d. Urk. Verz. b. d. J.

<sup>26</sup> Viele zwischen Braunschweig und Schraffert gewechselte, hierher gehörige, Schriften stehen in d. MSS. Brf. Vol. 248. 249.

<sup>27</sup> Laut des Protocolls dieses letzten Hanse-Tags in d. MSS. Brf. Vol. 251, woselbst auch das Beglaubigungsschreiben für den Dr. Hüneken, vom 10. Jun. d. J. 1669, befindlich ist.

So endete diese Verbindung, die, wenn sie früher zu Stande gekommen wäre, und wenn die Hansen noch etwas Großes hätten wagen wollen oder können, einige Hilfe und Rettung hätte gewähren müssen, die aber so nur vorübergehend etwas, für die Dauer nichts leistete.

Aber wie hätte auch die Hanse, bey dem Ausbruch des so schrecklichen dreißigjährigen Krieges, entschieden eine Partei ergreifen können? Schon damals war sie ihrem Untergange nah, und ein solcher Orkan ließ befürchten, daß er sie ganz umwerfen werde.

Zwar bewarben sich bey dem Ausbruch dieses Krieges, wie notorisch auch bereits die Schwäche des Bundes war, alle Theile bey ihm entweder um Hilfe, oder doch wenigstens um Neutralität, und bereit war er zur letzten immer, zur ersten nie zu bringen. Die unirten protestantischen Fürsten, der Kaiser, der Churfürst Friedrich von der Pfalz, die Böhmischen Stände wandten sich in der einen oder der andern Absicht an den Bund: allein was den vereinigten Niederlanden nicht gelungen war, das mußte allen diesen, in so fern sie Hilfe begehrten, noch weit weniger gelingen.<sup>28</sup>

<sup>28</sup> Auf dem Deputations-Tage der sechs näher conföderirten Städte, v. d. J. 1609, im April, fragte der Graf Solms, bestellter Oberster ihres Kriegsvolks, Namens des Pfalzgrafen Philipps von Neuburg an: ob sie dem foed. arcano beitreten wollten? Nur auf gewisse Bedingungen schienen einige dazu geneigt.

Nicht glücklicher in ihren Werbungen waren die auswärtigen Mächte. Am meisten schlen noch der Antrag

Aber schon im folgenden Jahre, auf der Versammlung zu Lüneburg, im November, ward sogleich beschloffen, sich nicht einzulassen, da Lübeck bemerkte, daß bereits am kaiserlichen Hofe zu Prag das Gerücht ginge, daß die Städte der Union beigetreten wären, und dieß der günstigen Entscheidung ihres Streits mit England, so wie des Streits der Stadt Braunschweig mit ihrem Landesherren beym Kaiser nachtheilig seyn könnte; s. Protocoll u. Bericht über diese Versammlungen, MSS. Brf. Vol. 238. 250. Ein ganzer Band MSS. Brf. Vol. 244. betrifft größtentheils diese Verhandlungen; Acta Hanziatica in specie das Böhmische Wesen betreffend. 3. B. Schreiben des Böhmischen Stände an die Hanse, Prag, 12. Nov. 1618, und 6. Febr. 1619, worin sie um ein Darlehn, gegen Schuldverschreibung, Zufuhr von Ammunition, Hülfe mit Rath und That, und einen Durchzug oder Musterplatz ihren Leuten zu gestatten, aus Liebe zur evangelischen Lehre, bitten. — Schr. Ferdinands, Königs von Böhmen, daß Lübeck und die übrigen Hanse-Städte seinen Rebellen nicht helfen möchten, denen er vergebens Vermittelung, Frieden und Bestätigung ihrer Privilegien angeboten habe. — Schreiben der unirten protestantischen Fürsten an die Hanse und Lübeck, zur Hülfe gegen die katholische Ligue; allein Lübeck antwortete, sie seyen die geringsten im Lande und der Niedersächsischen Kreis wolle ja Neutralität. — Der Kaiser sandte seine Abgeordneten, Herzog Julius Heinrich zu Sachsen,

des Königs von Schweden, Gustav Adolfs, zu einer nähern Allianz mit den zehn mit den General-Staaten verbundenen Städten, einigen Eingang bey den Hanseaten zu finden. Des Königs Abneigung gegen Dänmark, die er mit den Hansen, vorzüglich mit Lübeck, theilte, seine eingegangene Verbindung mit den vereinigten Niederlanden, sein bekannter, obschon damals weiter noch nicht so erprobter Ernst für die evangelische Lehre, ließen seinen Antrag, im Jahr 1612, zu einer Allianz nicht schände verwerfen.<sup>29</sup>

Alein es dauerte mehrere Jahre bis die Deputirten der Hanse in Schweden erschienen, denn die Angst

und den Hofrath von Elber, und ließ am 20. März 1620, zu Lübeck, den Hansen eine Entschuldigung wegen seines Verfahrens gegen die Böhmen übergeben, und um Hülfe werben. Zu gleichem Zweck erschien daselbst der kaiserliche Reichshofrath, Melander, kurz nachher, im folgenden Jahr 1621, ein gewisser Wertes oder von Wertern, und im J. 1624 Husanus, Meklenburg. Kanzler, mit einer kaiserl. Vollmacht versehen. — Alles aber wirkte nichts. Es finden sich ebendasselbst eine Menge anderer Schreiben der unirten Fürsten. Vergl. d. Procoll d. Versamml. der zehn Städte, März, 1620, zu Lübeck, MSS. Brf. Vol. 243. Ebendas. Schr. Friedrichs v. d. Pfalz, Königs von Böhmen, an die H., Prag, <sup>1. April</sup> 22. März, 1620, um wechselseitige Correspondenz u. Communication der Anschläge ihrer Feinde.

<sup>29</sup> Nach dem Protocoll der Tagsatzung, Oct. 1612, zu Lübeck, durch d. Dtschw. Gesandten; MSS. Brf. Vol. 238.

war unermesslich groß. Freundlich wurden sie von dem Könige und Orenstierna empfangen, sie erhielten das Project der näheren Allianz mitgetheilt, und Hoffnungen für ihren Handel; aber nicht das, was sie zunächst wünschten, Bestätigung ihrer alten Privilegien.<sup>30</sup>

Aus den Verhandlungen auf den Hanse-Tagen erhellet denn auch deutlich genug die Angst und Vorsicht, welche die Schwachen nie verließ. Die Deputirten nahmen sich an Eides Statt eine Versicherung ab, den Vorschlag nicht weiter bekannt werden zu lassen, damit nur vorzüglich der König von Dänmark nichts davon erführe. Sie schwankten, wenn sie bedachten, wie die Mächtigen mit den Schwachen nur ihres eigenen Vortheils wegen Verbindung suchten, und Schweden an Dänmark, Rußland und Polen bedeutende Feinde habe, wie aber auch seine Macht hinwieder auf der Ostsee groß und für sie gefährlich werden könne. Lübeck glaubte indeß, man könne auf die Art, wie mit den Niederlanden geschehen, dieß Bündniß eingehen, und

<sup>30</sup> Der König empfing die Hans. Legation vor einem Stuhl stehend mit bloßem Haupt, die Legaten gratulirten ihm und dem herzlichen Gespons; sie wurden beschenkt mit vier Ohm Wein, sechs lebendigen Ochsen, 21 lebenden Hammeln, einem Elenthier und 360 Schwedischen Thalern; s. Relation d. Hans. Legat. an den König v. Schweden, im August 1620, MSS. Brf. Vol. 244. und die proponirten Artikel im Urk. Buch.

die Schwedischen Fehden in Polen, Irland und Finnland ausnehmen. Doch war Estrakund bereits damals unbedingte für diese Verbindung.<sup>31</sup>

Im Gefühl der eigenen Ohnmacht ward denn, im folgenden Jahre, 1621, beliebt, dem Könige dahin zu antworten: daß in Deutschland die Sachen bereits so weit gekommen wären, daß die Verwirrung der Gemüther jede bestimmte Entscheidung versage, daß sie, die Hansen, nur um eine freundschaftliche Correspondenz und um die Erhaltung der Privilegien bätzen, deren ihre Vorfahren sich zu erfreuen gehabt hätten, gleichsam als wenn dies wirklich noch thunlich und möglich gewesen wäre. Aber selbst darüber, ob auch nur dieser Entwurf einer Antwort wirklich abgehen sollte, konnte man sich nicht verständigen, so besorgt, so furchtsam waren diese ohnmächtigen Nachkommen jener hochherzig gesinnten Bundesfreunde geworden.<sup>32</sup>

Als des Kaisers Völker siegreich in Niederdeutschland waren, und der König von Schweden, im Jahr 1628, einen Abgeordneten an die Städte sandte, der

<sup>31</sup> Joh. Hagens Relation dessen, was auf dem, d. 12. Nov. 1620, ausgeschriebenen Tage der zehn enger verbundenen Hanse. Städte vorgefallen; MSS. Brf. Vol. 248.

<sup>32</sup> Unvorgreifflicher Begriff, wie im Nahmen der Hanse dem Könige von Schweden zu antworten, v. 6. May, 1621; MSS. Brf. Vol. 244. u. Relatio ex conventu Hanf. m. Oct. a. 1621; MSS. Brf. Vol. 248.

sie zu einer Verbindung mit ihm ermuntern sollte, war dieß doch, eben wegen der Gegenwart der siegreichen, kaiserlichen Völker, ganz und gar nicht zu erwarten.<sup>33</sup>

Noch weniger war es zu erwarten, daß ein ähnlicher Vorschlag von Seiten Dänmarks einiges Glück machen würde. Lübeck, dessen Meinung auf die zu fassenden, energievollen Beschlüsse, einen so entschiedenen Einfluß hatte, war, nebst den anderen seefahrenden Communen, hoch empört, über des Königs Verfahren wegen des Sundzolls und anderer den Städten von Alters her zustehenden Freiheiten. Gegen ihn war die Verbindung mit den General-Staaten von Lübeck ganz bestimmt gemeint gewesen, und wahrhaftig es hatte auch nicht an ihrem Willen gefehlt, daß nicht eine blutige Fehde alsbald dieser Verbindung gefolgt war. Wenn der König früh schon sich in die Deutschen Angelegenheiten mischen wollte, wozu ihn seine Ansicht der kirchlichen Angelegenheiten, und die Eifersucht über Schweden vermochten; so mußte sein Benehmen, gegen das, welches Gustav Adolph wählte, schon zu seinem

<sup>33</sup> Protocoll des H. L. zu Lübeck im Sept. und Oct. d. J. 1628; MSS. Brf. Vol. 248. Der Schwedische Gesandte, Christoph Ludwig Rasche auf Sagenitz und Valken Ritter, hatte auf der Versammlung der Hanse im Febr. seine Werbung vorgebracht, später bey Lübeck erneuert, und erhielt auf der Versamml. im Herbst desselben Jahrs unter d. 24. Sept., 1628, die gewöhnliche, ehäufige Antwort; MSS. Brf. Vol. 247.

Nachtheile erscheinen. Statt den Städten des Niedersächsischen Kreises zu schmeicheln, deren Veystand bey seinen Plänen doch nicht ganz unbedeutend scheinen mußte, auf dem Theater, das Zeuge seines Ruhms seyn sollte, und das Zeuge seiner Niederlage ward, statt ihnen zu schmeicheln schienen alle seine Handlungen nur dahin zu gehen, sie gegen sich zu empören. Statt klüglich die Antwort aufzuschieben, wenn die Hanse von alten Privilegien sprach, zeigte er vielmehr sein königliches Ansehen, und ließ sie dieß recht bitter, mit stolzen, höhrenden Worten fühlen. Durch Heeresmacht werde er sie züchtigen, so lautereten die Gerüchte, ihren Seehandel wolle er stören; und wirklich beschwerte er ihn mannigfaltig. Jede Gelegenheit schien er eifrig aufzusuchen, um nur Streit mit ihnen zu haben.

Einer seiner Gesandten, der in der Fehde der Stadt Braunschweig mit ihrem Landeshern als Vermittler dienen sollte, war von dem Hanfischen Kriegsvolke mißhandelt worden; der König forderte Satisfaction, drohte, wandte sich an den Kaiser, wirkte ein Edict gegen die Städte aus, und trieb, trotz aller Bitten und Entschuldigungen der Communen, die ganze Angelegenheit so weit, daß man billig vermuthen mußte, er suche Streit, um andere Pläne, die ihnen nicht günstig seyn konnten, zu erreichen.

Die Kriegsschiffe, die er einige Jahre nachher (1620) in die Elbe legte, die Befestigung Glückstädts, konnten wahrhaftig die besorgten Gemüther nicht beruhigen, und



als er ein Paar Jahre darauf den Antrag zu einer Allianz machen ließ, war es da noch zu bewundern, daß die Städte diesen Vorschlag kaum einer Ueberlegung werth achteten? <sup>34</sup>

<sup>34</sup> Actenstücke wegen der im Braunschweigischen Krieg, im J. 1615, von dem Hanfischen Kriegesvolke gehaltenen Dänischen Gesandten, und Forderung des Königs um Satisfaction, in den MSS. Brf. Vol. 242, worunter, außer den Wechselschriften, zwischen dem Könige und der Hanse, auch ein Paar Mandate, nach des Königs Wunsch, vom Kaiser Mathias, vom 20. Nov. 1617 und 22. Sept. 1618, sich finden. Allein die Städte glaubten, es sey nicht Sitte und von bösen Folgen, daß ihnen also wolle vom Kaiser in Hanfischen Angelegenheiten befohlen werden. — Sie zeigten ihre Ungestlichkeit auf der Tagfahrt der sechs näher correspondirenden Städte zu Lüneburg, im Jul. 1618, über den Eigensinn des Königs bey der begehrten Satisfaction, da man nicht wisse, wohin seine Intention ginge; Protocol dieses Tags, im MSS. Brf. Vol. 241, 248. — In einem Schreiben Königs Christian von Danmark an unsere Stadt Hamburg, Flensburg, den 10. Apr., 1620, sagt er: Er vernehme, daß es in den Streitigkeiten mit dem Braunschweig-Lüneburg-Zellischen Theil zum Krieg kommen werde, ihm als ihrem Landesherren und als Mitglied des Niedersächsischen Kreises, gebüre es das Feuer zu dämpfen; sie, die Stadt, solle allein den Weg Rechens einschlagen, und wenn sie das nicht wolle, so werde er nicht länger still sitzen und zusehen; MSS. Brf.

Dagegen wuchs die Gefahr mit jedem Jahr, mit jedem Tage, mit jeder Stunde. Die katholische Ligue, Spinola's Anrücken, später die Dänischen Rüstungen, das Unglück der Böhmen, die Lage der Stadt Braunschweig, die Streitigkeiten Hamburgs und Lübecks mit dem Herzoge von Braunschweig-Lüneburg über den Cammerbeld, die Siege des Kaisers, oder der ligistischen Völker in Böhmen, in den vordern Reichskreisen, Tilly's Annäherung gegen Niedersachsen, alles dieß ließ drohend genug. Die bewaffnete Neutralität des Niedersächsischen Kreises, die Tilly nicht ehren wollte noch konnte, zog dessen Truppen immer näher, und Bremen,

Vol. 243. — Den Hanfschen Abgeordneten, die zu ihm nach Kopenhagen, zu Anfang des Jahrß 1622, gesandt wurden, ließ er auf ihre Suppliken die härtesten Dinge decretweise zufertigen. Unter dem 7. Jan. 1622 erklärte er ihnen unter andern, nach dem er ihnen ihr Betragen vorgeworfen: durch solche Enormitäten hätten sie alle Privilegien verwirkt, wenn sie je dergleichen gehabt hätten; wenn sie aber behaupteten, daß sie auch bey ihren Suppliken und Wünschen zugleich das Beste seiner Unterthanen suchten; so wisse er selbst dieß am besten zu beurtheilen, er bedürfe keiner fremden Information, seine Unterthanen keinen Procurator, und was sie denn gegen solche Vorrechte, als sie begehrten, wieder biethen wollten? In wie fern sie sich im Nothfall zu einer Verbindung und Defension mit dem Könige verständen? Da doch, wer solche Vortheile genießen wolle, auch die Last mit tragen müsse; MSS. Brf. Vol. 244.

Lübeck, Göttingen, Braunschweig und andere Städte, klagten über Durchzüge, Einquartirungen und Verheerungen der Stadtfelder und des Stadtgebieths durch freyndlliche und feindliche Völker, welche die einen so wohl wie die andern, dem friedlichen Inwohnen ungesähe gleich nachtheilig seyn mußten.<sup>35</sup>

<sup>35</sup> Schon auf dem von den sechs näher verbundenen Städten zu Lüneburg, im May 1615, gehaltenem Convente, sagt Bremen: die Gefahr, die von der katholischen Ligue zu besorgen sey, wäre sehr groß, sie wolle die protestantischen Stifter des Niedersächsischen Kreises occupiren; was es werden solle, wenn Spinola einfalle? Wären die General-Staaten nicht, so wäre schon alles längst dahin; MSS. Brf. Vol. 240. In einem Schreiben der Stadt Bremen, vom 7. Febr. 1624, erklärt sie, wie die katholischen Unions-Truppen ihr immer näher rückten, ja gleichsam unter ihrem Geschütz selbst lägen. Trotz der Sinceratio des Kaisers für Niedersachsen habe Tilly in ihr Stadtgebieth, die Viehland, jenseits der Weser Truppen gelegt. — Braunschweig antwortete darauf, d. 17. Febr. desselben J.: Wohl sey es schlimm genug, doch wenn es dabey bliebe und nichts weiter beabsichtigt würde, sey es noch zu tragen; in ihrem Stadtgericht hätte man auch unlängst 2000 Soldaten einquartirt, neuerlich 500 Dänische Reuter; Tilly habe ähnliches Ansuchen an Göttingen angebracht; — Gott wolle helfen! — Die Hammerdeichs Sache und dessen Durchstechung durch die Kriegssoldaten des Herzogs Christian von Braunschweig-Lüneburg, im J. 1620, als er einige Jahre zuvor sich nur eben mit

Wallensteins Erscheinung in diesen Gegenden, Eilsh's Sieg, des Königs von Dänmark Niederlage bey Lutter, gaben die Städte in des Siegers Gewalt und glücklich waren die zu nennen, die noch innerhalb ihrer Mauern die Einnahme siegender Völker abwehren, und mit Contributionen, Einquartirungen in dem zur Stadt gehörigen Gebiete, wenigstens noch ihre innere Freyheit behaupteten. Doch konnte dieß nur den größeren und bedeutendern Gemeinden gelingen, die minder Mächtigen konnten Wall, Mauern und Thore dem Sieger nicht lange weigern, sie mußten mit Aufnahme des ungezügelter Kriegsvolks manches Bittere geduldig tragen. <sup>36</sup>

den sechs näher correspondirenden Städten in eine Vereinigung eingelassen hatte, griff die beyden Communen Hamburg und Lübeck an ihrem höchsten Interesse an, und zu einer Zeit, wo solch Verfahren doppelt erschrecken mußte. Diese Sache des Sammerdeichs fällt einen ganzen Folio-Band der MSS. Brf. Allein es hat uns unnütz geschienen, dabey länger zu verweilen, da die Angelegenheit aus Rehtmeiers Chronik, und kürzer noch und besser aus Herrn Beckers Gesch. der Stadt Lübeck II. 340 ff. hinlänglich erkannt werden mag, und der Streit nur jene beyden Städte anging, auch sogleich beendigt wurde.

<sup>36</sup> Die Deputirten der Stadt Braunschweig fanden auf ihrer Reise nach Lübeck, im Anfang des Jahrs 1628, zu Lüneburg ein kaiserliches Regiment vor; sie berichteten, daß Holstein, Mellenburg und

Die trübsten Aussichten zeigten sich den Bedrängten:  
Von dem, was sie dulden mußten, gedrückt und aufge-

Pommern voll Kriegsvolk steckten. Der Rath derselben Stadt schrieb seinen Abgeordneten, unter dem 22. Febr. 1628, daß Tilly immer mehr Contribution und Verpflegung der Truppen von Hildesheim, Hannover und Braunschweig begehre; daß er höchst ungehalten sey, daß sich viele Erabaten um Heimsüßte zeigten und fast weit umher streiften; MSS. Brf. Vol. 247. — Auf der Hansischen Tagfahrt, im 8. br. März und April, v. d. J. 1628, zu Lübeck, (wos von der Bericht in Vol. 248 steht) klagte Bremen: Tilly habe in eines ihrer Aemter einige Compagnien gelegt und drohe mit mehreren; monatlich müßte sie 2000 Thaler Contribution zahlen; durch Mordbrand und Plünderung sey ihr, in ihrem Gebiethe ein Schaden von zwey Tonnen Goldes zugefügt worden, vergebens habe sie sich schriftlich an den Kaiser verschiedentlich gewandt; im Frühling, laute das Gerücht, solle die Weser gesperrt werden. — Klostock hatte die Einquartirung in ihre Stadt mit einer an Arnim bewilligten Summe, von 100,000 Thalern, abgewendet, aber Wallenstein erneuerte die Forderung kurz darauf, sie both 150,000 Thaler. — Wißmar hatte an Bedürfnissen der siegreichen Armee einen Werth von 500,000 M. Lüb. aufgewendet und mußte zuletzt Truppen in ihre Mauern aufnehmen. Der Stadt Magdeburg war, im J. 1625, eine Einquartirung von zwey Regimentern zugemuthet worden; bis jetzt hatte sie das Gesuch glücklich abgelehnt, allein durch Sperrung ihres Handels, durch Auf-

schränkt, bildete sich noch eine schrecklichere Zukunft in den beklommenen Gemüthern. Sie sahen im Geiste bereits die Mönche in die lutherischen Kirchen wiederkehren, das ihnen so verhaßte Reich der römisch-katholischen Geistlichkeit, die unbeschränkte Herrschaft des Kaisers, den Verlust dessen, was ihnen am theuersten

haltung der Einkünfte von ihren Landgütern u. s. w. hatte sie einen Schaden von etlichen Tonnen Goldes erlitten. Sie hatte fünf Compagnien in ihren Sold genommen, ihre Festungswerke ausgebessert, bewachte den Paß der Elbe. Als die Kaiserlichen ihrer Vorkäbde sich bemächtigen wollten, widersetzte sie sich. Dieß machte sie bey dem Kaiser verhaßt, ihre Schiffe und Güter wurden angehalten, es ward von ihr eine Contribution und Einnahme kaiserlicher Wälder begehrt; um dem letztern vorzubauen, bewilligte die Gemeinde 100,000 Thaler, und da diese nicht so gleich geleistet werden konnten, noch 30,000. Walsenstein beehrte aber nichts desto weniger Truppen in ihre Vorkäbde zu legen. Sie erwartete eine kaiserliche Commission, um die in Magdeburg deponirten Dänischen Güter in Beschlag zu nehmen. — Hamburg hatte die beehrte Einquartirung in den Vierlanden mit 70,000 Mark Rth. abgewandt, im Amte Rizebüttel war die Einquartirung heftlich. Lüneburg beklagte die fast siebenjährigen Beschwerden ihrer Gemeinde, so daß die Bürger den Zustand nicht mehr tragen konnten; sie hätte gehofft, daß endlich das Elend ein Ende nehmen würde, als man ihr abermahl eine monatliche schwere Contribution aufgelegt habe.

war, ihres Glaubens, ihrer Freyheit und Selbstständig-  
keit vor Augen.<sup>37</sup>

<sup>37</sup> Als Beyspiele kommen, in den MSS. Brf. Vol. 247, mehrere Schreiben der Kriegsobersten, der Generale Lilly und Wallenstein, v. d. J. 1628, an Magdeburg, Braunschweig, Hildesheim u. a., worin sie aufgefodert werden, Contributionen zu bezahlen, u. s. w. Magdeburg hatte Besatzung in den Vorstädten; in das Gebiet der Stadt Braunschweig waren sechs Compagnien Soldaten gelegt. — Von dem Zustande der Gemüther zeugt ein Schreiben des Magistrats der Stadt Braunschweig an die Deputirten derselben, Rammann und Hagen, zum Hanse Tage zu Lübeck, Febr. 1628, worin es unter andern, in einem Postscripte, heißt: „Auch thurten wir den Herren nicht verhalten, daß wir gewiß und glaublich berichtet was massen Jüngst einer in unser Kirchen zu Brudern, (welche er zu sehen, vndt deswegen selbige aufzuschließen beynt offerman begehrt) gewessen vndt sich verlauten lassen; das Chor wäre noch in altem Stande vndt kan das übrige bald repariret werden, und als er gefragt, warumb er das also sagte, ohngescheuet geantwortet, es heissen die Franciscaner die Kirche bei Röm. Kais. Majt. außgebeten und würden baldt wegen erneuerung derselben keiserliche Befehlsschreiben erfolgen.“ — Auch vernahmen sie, fügten sie hinzu, von mehreren Orten her, daß sie bloquirt werden sollten. Die Braunschweigischen Deputirte zum Hanse Tage, Febr. 1628, berichten dagegen ihren Herren: der Syndicus der Stadt Othringen sey zu Lübeck und berichte, daß die

Wirklich war auch, seitdem die Hanse bestand, des Kaisers Macht niemahls so in diesen Gegenden Nieber-Deutschlands erschienen, als eben jetzt. Zwey solche Heerhaufen, die alles gebietzen, alles durchsetzen konnten, wie die von Tilly und Wallenstein, hatte man ja niemahls in diesen Gegenden gesehen, und sie mußten wohl von einem ganz andern Nachdruck seyn, als des Kaisers oder des Reichs Bann und Acht, oder die wirkungslosen Decrete, die von Zeit zu Zeit erlassen wurden.

Als diese alles gebietzenden Herren den Hanse-Städten ihre Schiffe abforderten, um den Feind auch zu Wasser, oder auf seinen Inseln zu verfolgen, konnte es nichts fruchten, dieses Ansinnen, so wie man in andern Zeiten zu thun pflegte, also zu beantworten: die Deputirten seyen darauf nicht instruirt. Der kaiserliche Abgeordnete an die Städte, der Graf von Schwarzenberg, erklärte zu Lübeck: umsonst seyen diese hunderttausend Mann nicht in der Nähe. Die Generale forderten von den einzelnen Städten die Erfüllung ihrer Wünsche, und nur das schien noch einiges zu fruchten, daß man vorstellte, wie man lieber nur den Sommer abwarten sollte, da die Schiffe jetzt, bey winterlicher Zeit, auf den Winterlagern in fremden Ländern wären, und nicht wiederkehren würden, wenn sie diese Vorschlast erführen, auch wohl von den fremden Nationen an der

Mönche des Paulinerklosters und die Warfäger ihre Klöster zu Göttingen wieder eingenommen hätten.



Rückkehr verhindert werden möchten. Gewiß aber war dieß auch ein sehr einleuchtender Grund, um so mehr, da der König Christian von Dänmark so ernstlich von den Städten forderte, dem Kaiser keine Schiffe zuzugestehen, und da in diesem Wunsche auch Schweden mit ihm einverstanden war. Der Hafen von Rostock, Warnemünde, war indeß von den kaiserlichen Völkern besetzt, dagegen zu See von den Dänen gesperrt; Wismar war in jener Händen, Stralsund von ihnen belagert. <sup>38</sup>

<sup>38</sup> Schreiben der Hanse an Lillj, vom 15. Febr. 1628, wegen Anforderung der Schiffe, sehen die anwesenden Deputirte nicht instruit. — Der kaiserliche Abgeordnete, Graf von Schwarzenberg, forderte, unter dem 19. Febr., 1628, von der Stadt Lübeck, zu Folge eines Auftrags von Wallenstein für den Kaiser Schiffe mit ihrem Zubehör, gegen billige Bezahlung. Es melden die Deputirte des Rathes zu Braunschweig zum Hanse-Tage, unter d. 19. Febr., 1628, das harte Schicksal Stralsunds, und daß Rostock wohl auch wegen seines occupirten Hafens capituliren werde. Intercession der Hanse für Rostock, März. 1628, die Sperrung des Hafens Warnemünde aufzuheben, MSS. Brf. Vol. 247. In einem Schreiben Gustav Adolphs, Königs von Schweden, an die Stadt Rostock, e classe nostra ad Landfort, 5. May, 1628, sagt er: die von ihm erbethene Intercession bey dem Könige von Dänmark, zur Aufhebung der Sperre ihres Hafens, hätte er wohl bewilligen wollen, und seine Bemühung würde ihm auch schon gelungen seyn, wenn er nicht gedächte, wie Rostock

In dieser allgemeinen Verwirrung, bei diesem so allgemein verbreiteten, nutzlosen Hingeben in die Hand

gleich den übrigen Hanse-Städten, verblendet gewesen und seine frühern Vorschläge abgelehnt hätte; indeß wenn man ihn nur versichere, daß in ihrem Hafen keine Feinde sich einknisten sollten, und daß sie im Stande wären, dieß abzuwehren, so werde er schon thun, was ihm als Beschützer der Ostsee gebühre. — Auf der Hanseischen Tagsatzung im Febr., März und April, von d. J. 1628, zu Lübeck (laut des Protocolls in den MSS. Brf. Vol. 248.) erklärte Bremen: bey ihr sey noch kein Ansuchen um Schiffe geschehen. Rostock hatte Wallensteins Forderung mit der winterlichen Zeit abgelehnt; Stralsund hatte das Ansuchen auf diesen Convent verschoben; Wismar hatte gleiche Entschuldigung mit Rostock vorgebracht und erklärt, daß der König von Dänmark bereits mehrere ihrer Schiffe angehalten hätte, daß ihre Schiffe zum Zweck nicht taugten. Von Hamburg hatte der Gr. v. Schwarzenberg nur begehrt, er hoffe, daß der Kaiser bey ihr das, was zur Ausrüstung von Schiffen nöthig sey, erhalten werde, worauf die Stadt versetzte: sie hoffe, es werde nicht nöthig seyn, da die Churfürsten, besonders Sachsen, so sehr um den Frieden bemüht wären. — Unter d. 12. Dec. des J. 1627, warb der Dänische Abgeordnete, Dr. Krag, bey den Wendischen Städten: Der König, sein Herr, sey freylich unterlegen, der Feind aber sey am Wasser, wo es breit, er erwarte Hülfe von seinen Freunden; er sey zum Frieden geneigt, wolle die Vermittelung der Städte annehmen. Uebrigens

des Siegers, oder wenigstens bey diesem so ganz ohnmächtigen und kraftlosen Widerstreben gegen den gewaltigen Arm, zeichnete sich doch von erster Stunde

höre er, daß die Kaiserlichen sich nach Schiffen umthäten; er rathe ihnen freundschaftlich die Neutralität beyzubehalten, sie sollten bedenken es gelte ihrer Libertät und Religion. Würden sie dem Kaiser beystehen, werde er nebst England, Schweden und den W. Niederlanden eine Macht zusammen bringen, daß es um ihren Handel geschehen sey; MSS. Brf. Vol. 246. — In der Instruction des Königs für den genannten Abgeordneten heißt es: die Städte sollen dem Kaiser ihre Flotte, Häfen und Proviant versagen, sich nicht gegen den König erklären zur ewigen Infamie; MSS. Brf. Vol. 247. — Als die Hanse bey dem Grafen von Schwarzenberg für Stralsund intercedirte, antwortete dieser: Stralsund habe gleich bey dem Anrücken der kaiserlichen Wölker die Vorstädte abgebrannt, und sich befestigt, den Kaiserslichen läge alles an dem Hafen, damit dieser nicht in der Feinde Gewalt käme, General Arnim, welcher die Blockade commandirte, sey ja selbst Protesstant und der frommsten einer; Stralsund sey keine Reichsstadt, auch habe der Herzog von Pommern zur Befestigung seine Einwilligung gegeben, sie solle es wie Wismar machen, die ja auch von kaiserlichen Wölkern besetzt sey. — Freylich aber klagten auch die, auf der Hanfischen Versammlung anwesenden, Deputirten der letzten Stadt, über die gewaltigen Bedrängnisse, die sie von dieser Einquartirung zu leiden hätten, nicht wenig. MSS. Brf. Vol. 246.

das beherrliche, das kluge und mit Erfolg gekrönte Benehmen einer Hanse-Stadt, nämlich Stralsunds, aus, und eben hierdurch hat auch unbezweifelt diese einzige Gemeinde einiger Maßen zu der bald erfolgten gänzlich veränderten Lage der Dinge mitgewirkt.

Als Wallenstein Herzog in Mecklenburg geworden, seine Völker dieß Land und die benachbarten Gegenden durchzogen, hatte auch Pommern sich in die Hände des Elegers gegeben, nur Stralsund weigerte sich; diese Stadt aber und ihr Hafen waren zu den Plänen zur See gegen Dänmark und Schweden gleichwohl von so großer Bedeutung. Als das feindliche Kriegsvolk anrückte, hatten die Stalsunder ihre Vorstädte abgebrannt und rüsteten sich ernstlich zur Wehre. Vergebens stimmte der Herzog, ihr Landesherr, für die Uebergabe; ununterstützt von der Hanse und von fremden Mächten, vom Feinde berannt und belagert, ging sie, im Febr. 1628, eine Capitulation ein, worin sie zu Geldzahlung und zu manchen andern, harten Puncten sich verbindlich machte, jedoch die Hauptsache, eine kaiserliche Besatzung aufzunehmen, mit Ernst immer gleich eifrig ablehnte.<sup>29</sup>

<sup>29</sup> Eine große Menge von Actenstücken, die Belagerung Stralsunds betreffend, finden sich im Vol. 247. der MSS. Brf. z. B. Capitulation der Stadt Stralsund mit dem Obersten Arnim, v. 11. Febr. 1628; dessen Quittung über die von der Stadt auf Abschlag erhaltenen 30000 Thaler, 12. Febr. 1628; Extract aus dem Auftrage, der dem Stralsund. Deput. auf dem

Aber freylich war Wallenstein mit allem nichts gedient, wenn er nicht Stadt und Hafen selbst inne hatte, wie er denn dieß auch ganz unverhohlen den an ihn abgefertigten Deputirten der Hanse verschiedentlich erklärte. 40

H. Tag mitgetheilt worden, 11. Febr. 1628; Concept eines Vertrags zwischen der Stadt Stralsund und Arnim, im Jun. 1628; Vertrag der Stadt mit Arnim und neue Forderungen von Wallenstein an sie, im Jul. 1628; Zeitung von Stralsund bis z. 20. Jul. 1628. Vorzüglich die Relation der Stralsundischen Deputirten auf der Hans. Tagsatzung, im Sept. und Oct. des J. 1628, in den MSS. Brf. Vol. 248.

40 Als die Hans. Deputirten, <sup>9. May</sup><sub>29. April</sub>, zu Wallenstein nach Wien kamen, erzählt das Protocoll unter andern, da sie für Stralsund bathen: „Es wer J. J. G. ums Geldt nicht zu thun, sie müßten die Stadt haben und garnison darin legen, wenn sie dieselbe noch einnehmen würde, were es gutt, wo aber nicht, sondern in ihrer bestialität verharren, müßte er sie mit gewaldt bezwingen.“ Als die Deputirten antworteten, daß die Stralsunder bereit wären, dem Kaiser ihre Truppen schwören zu lassen, so wie die Stadt gegen Auswärtige zu vertheidigen, und des Kaisers Feinde nicht einzulassen, versetzte Wallenstein: Er bliebe dabey, er müsse sein Volk darin haben, so war er verwahrt; er hab die Sach an den Obristen Arnim remittirt, der wer ein guter Mann, auch kein Welscher, sondern ein Teutscher, und kein Teutscher allein, sondern auch ein Märker, und kein Katholischer, sondern ein Lutherischer, mit dem die

Allein vergebens ließ er späterhin wiederum die Stadt von neuem beschließen; sie hatte Zeit gewonnen, einige Dänische Hülfe erhalten, und endlich auch mit dem thätigen und wackern Könige, Gustav Adolph von Schweden, eine Allianz geschlossen, der ihr einige Mannschafe zu ihrer Vertheidigung überließ, und durch diese Hülfe fremder Mächte, und eine gleiche Zahl ihres eigenen städtischen Heerhaufens, sich behauptet. Auch an die Niederlande hatte sie Vorhen abgeschickt, und um Geld und Vermittelung geworben. Es schien die Behauptung Stralsunds eine allgemeine Angelegenheit der Protestanten in Europa zu seyn. Aber eben diese Aufnahme fremder Völker, und besonders der Schweden, erbitterte Wallenstein um so mehr, denn er hatte oft erklärt, lieber Dänen als Schweden im Reiche zu wissen; alle die, welche es mit den letztern hielten, hatte er für des Kaisers und des Reichs Feinde erklärt, denn der König von Dänmark, fügte er hinzu, sey doch ein Glied des Reichs, der König von Schweden nicht.<sup>41</sup>

Die Hanse aber zeigte sich in dieser wichtigen Angelegenheit untthätig und schwach. Zwar erklärte Stralsund, daß sie ihre Verbindung mit Deutschland be-

Stralsunder wohl handeln könnten; s. d. Protocoll der Hanf. Gesandtschaft zu Wien, 12. Apr. - 12. Jun. 1628, MSS. Brf. Vol. 246.

<sup>42</sup> Zu Folge einer Chiffre in dem angeführten Vol. MSS. Brf. u. e. Schreib. des Magistrats zu Stralsund an Lübeck, Vol. 246.

hauften wolle; daß sie keineswegs an Schweden sich zu ergeben gedenke; daß, wenn nur die verwandten Bundesfreunde ihr hinlänglich Mannschaft schicken würden, sie alle fremde, ausländische Truppen entfernen wolle; daß sie nichts mehr, als dieß wünsche: allein die Hanseischen Genossen traueten ihrer Verbindung mit Schweden entweder wirklich nicht, oder wandten dieß nur vor, um einer thätigen, offenbaren Hülfe, die sie sonst in andern Rücksichten sehr compromittiren konnte, überhoben zu seyn; und alles, was sie von den Freunden nach vielem Bitten erhalten konnte, war ein Vorschuß von kläglichem 15,000 Thalern, wohlverstanden zu fünf Procent Zinsen, denn es waren ja Kaufleute, die das Geld vorschossen!

Bei solchen kriechenden Gesinnungen war an nichts Edeleres zu denken, nur Bitten und Betteln blieb freylich der Hanseischen Brüderschaft unverwehrt, und an diesem hat sie es auch nicht fehlen lassen. Bei Eilly, bey Wallenstein, am kaiserlichen Hofe, bey fremden Mächten, schriftlich und durch abgefertigte, Hanseische legationen, flehte sie um Herstellung des Friedens, um die Rettung und Befreyung Stralsunds, um Milderung der bald von Eilly, bald von Wallenstein zugemutheten Einquartirungen und Contributionen.<sup>42</sup>

<sup>42</sup> Relatio legationis Hanseat. ad imperatorem Ferdinandum II. 12. Apr. - 12. Jun. 1628, MSS. Brf. Vol. 246. Vergl. d. Urkundenbuch. — Als die vier Hanseischen Deputirten Wallenstein zu Wien aufwarteten

Konnten die Hanfen, aber wohl mit Grund sich  
schmeicheln etwas fruchtbares auszurichten? Tilly ant-

sagt das Protocoll: „Als zu J. F. G. wir in das  
Gemach kamen, haben dieselben alsbald vier mit  
samit überzogene Stule setzen lassen, darauf wir uns  
niedersetzen müssen.,, Nachdem sie ihre Werbung  
vorgebracht hatten, antwortete er ihnen wegen des  
Friedens mit Dänmark, daß, wenn der König darum  
bitte, der Kaiser dazu geneigt, und er für sich Be-  
fehl habe deßhalb zu tractiren, und werde er gern  
sehen, daß alsdann die Hanse-Städte auch jemanden  
abordneten, der ihre nothdurft dakey wahre. „Er habe  
Mittel den König auch zu Wasser zu verfolgen und  
in eventum die See commercia auch zu landt zu  
stopffen. Er wollte dem König von Polen 50,000  
Mann gegen Schweden zu Hülfe schicken, so solle  
es sich mit Schweden wohl geben. Stando sagten  
J. F. G.: sie wüßten noch ein mittel, dadurch der  
König von Hispanien mit den Niederlanden Friede  
machen könnte, nemlich daß der König ihnen gebe  
ein privilegium, daß sie mugten zum teuffel fahren;  
et mox post, als er einem jeden zum Abschied die  
Hand bot, dieß redeten sie als ein Catholischer.,, —  
Der Werbung des Dänischen Legaten, Dr. Kraz,  
bey den Städten, ist eben gedacht worden; auf dem  
Convent der zehn Städte, zu Lübeck, in den ersten  
Monathen, d. J. 1628, beschlossen sie, daß ihre Ge-  
sandschaft an den Kaiser, des Königs Wunsch um  
Frieden auch im Allgemeinen gedenken solle, daß es  
ihnen aber nicht zustehe, die Mediation zu überneh-  
men; s. Prot. dieses Convents in MSS. Brk. Val. 248.



wortete barsch nach seiner Weise, Wallenstein dagegen freundlicher, weil er klüger war, und der Städte Neigung, aus so manchen Rücksichten, nicht entbehren wollte. Der König von Dänmark suchte Frieden mit dem Kaiser, wozu die Städte, als Vermitteler, mitwirken sollten; seinen Wunsch trugen sie zu Wien vor, ob sie schon nicht den Muth hatten, als Mediateurs aufzutreten. Am kaiserlichen Hofe wurden sie mit Eangel-Trost abgewiesen. Der Kaiser reichte zwar jedem ihrer Abgeordneten die Hand, in der Antwort aber, die ihnen ward, erhielten sie den Bescheid: daß er zum Frieden mit dem Könige von Dänmark wohl geneigt sey, ihn aber nach solchen Triumphen nicht annehmen könne; daß sie kühn die Lasten eines unvermeidlichen Kriegs tragen möchten, wovon ja auch die kaiserlichen Erbstaaten litten. Braunschweig ward allein besonders begünstigt, da die Stadt zur Eroberung Wolfenbüttels dem General Tilly, zu Folge alter Feindschaft gegen das herzogliche Haus, geholfen hatte; der Kaiser versprach an den Herzog von Baiern, als Director der Ligue, sich zu wenden, auf daß sie der Einnahme der ihr zugemutheten sechs Compagnien frey würde.<sup>42</sup>

<sup>42</sup> Eine unsäglich Menge von Schreiben, Intercessionen und Legationen der Hanse an die Generale Tilly und Wallenstein, an den Kaiser, an den König von Dänmark, an den Herzog von Holstein, an die Churfürsten, an alle und jede, die etwas zu sagen hatten, kommen in den angeführten Bänden der MSS. Brl. vorzüglich im Vol. 248. vor.

Unberechenbar war es, wohin die Vortheile des Siegers ihn noch führen würden. Manches schien nur erst noch entworfen, und die Gemüther mußten stets ängstlicher und scheuer werden, wenn irgend ein neuer Vorschlag von dieser Seite her gemacht ward.

Eben dieß war auch der Fall, als, in den Jahren 1627 und 1628, von Spanien und dem Kaiser den Hanse den Antrag, zu einer engeren Handelsverbindung mit dem ersten Reiche, gemacht ward. Schon am Ende des sechszehnten Jahrhunderts hatte die Spanische Regierung etwas ähnliches in Polen und bey Danzig versucht, weil sie in ihrer Fehde mit den vereinigten Niederlanden und England, den Verkehr zwischen diesen und den Hanse-Städten ungern genug sah. Das seltsame Project, daß Spanien unter andern zugleich einen Hafen in der Ostsee haben wollte, um dort eine Flotte zu halten, und die wechselseitige Schifffahrt der enger zu verbindenden Freunde gegen die Feinde Spaniens zu schützen, mußte an sich fallen.<sup>44</sup>

Wichtiger aber allerdings war der Vorschlag, der, am Ende des Jahrs 1627, von den Spanischen Abgeordneten zu Danzig, und um dieselbe Zeit und späterhin zu wiederholten Malen durch verschiedene kaiserliche Gesandten, bey der gesammten Hanse gemacht ward, und durchgesetzt werden sollte, um so mehr, da jetzt des Kaisers Waffen in den Gegenden, wo die noch

<sup>44</sup> Stralath's Geschichte Danzig; Th. 2., S. 381 u. f.

wirklich activen Hanfischen Mitglieder lagen, so siegreich waren, und da des Kaisers und Spaniens Interesse es zu fordern schien, daß der Vorschlag glücklich ausfalle. Das Project, das ganz den Spanischen Ursprung an sich trug, lautete in seinen Haupttheilen allerdings, trotz mancher scheinbaren Zusicherung des Gegentheils, auf den Zweck, daß den vereinigten Niederlanden, so wie den Engländern, der Handel gelähmt werden sollte, und daß die Hansen gleichsam in den monopolistischen Besitz der Spanisch-Indischen Waren für den Vertrieb im Norden gesetzt, dagegen denn aber auch sie gleichsam ausschließend für ihre Güter an Spanien und die Spanischen Besitzungen geknüpft werden sollten. Dieß alles hoffte man denn, nach Sitte der Zeit, und dem Spanischen Handels-System zu Folge, durch eine privilegierte Compagnie von Portugiesen, Spaniern, Hanseaten, Deutschen überhaupt, und treugebliebenen Niederländern am leichtesten zu bewirken.

Doch dieser Vorschlag konnte unmöglich bey den Hansen Beyfall finden, da, von allem andern abgesehen, sie zwar gar gern das Monopol der Spanisch-Indischen Güter gehabt, dagegen aber, als wohl erfahrene Kaufleute, welche der Könige Eingriffung in ihren Handel nie gekannt, noch je geliebt hatten, eine solche Compagnie, die ausschließend an Spanien geknüpft seyn sollte, der Freyheit des Verkehrs, die sie wohl zu schätzen wußten, zuwider hielten. Sie begehrten desshalb, zu

Anfang der Negociation, nur immer die Herstellung ihrer alten, in Portugal und Spanien innegehabten Freyhelten, deren Ausdehnung, und die Abschaffung der jüngst in diesem Verkehr aufgetommenen Beschwerden; sie begehrten vor allem andern besonders die freye Fahrt für sich, als Neutralen.

Da sie indeß auf das Andringen der kaiserlichen Gesandten sich schon näher einlassen mußten; so ging denn aus allen ihren Aeußerungen ihre Abneigung gegen diesen Vorschlag schon allein aus diesem Grunde hinlänglich genug hervor, daß nach der bey ihnen üblichen Handelsart, ein jeder sein Glück für sich versuchen könne, und unerhört seye, mit einem zusammengeschossenen Fonds, unter Aufsicht und Leitung einer Handels-Direction, durch Compagnie-Vorsteher und Compagnie-Schiffe, den Verkehr zu betreiben. Woher, fragten sie, soll ein solcher Fonds genommen werden? Sie wußten nicht, setzten sie hinzu, wie man solch einen Vorschlag, der dem Kaiser selbst prima fronte wunderbar geschehen, ihren Bürgern annehmlich machen sollte? Wenn aber vollends durch das Project ihr Verkehr mit andern Nationen gestört oder ganz aufgehoben werden sollte, wie sie je dazu bestimmen könnten?

Aus politischen Gründen, setzten sie noch hinzu, sähen sie nicht ein, wie man denn solch einen Vorschlag den übrigen Mächten glaube annehmlich machen zu können? Ob nicht nothwendig die Nordischen, ihnen

benachbarten Könige darüber aufgebracht werden müßten, und wie, wenn Dänmark den Sund sperre, man je hoffen könne, diesen Versuch zu Stande zu bringen?

Wenn die kaiserlichen Abgeordneten nun darauf antworteten, daß der Kaiser und Spanien den fremden Mächten von dieser Verbindung Anzeige machen würden, daß man durch die Mittel, die man hätte, durch eine Seemacht, die man schaffen werde, durch Repressalien, wenn andere etwas dawider unternähmen, die Fremden schon zwingen werde; so mußte doch dieß den Städten um so weniger gefallen, da des Kaisers Absichten jetzt auch allmählig unverhohlener an den Tag kamen.

Seine Abgeordneten wollten nicht zugeben, daß der Spanische Gesandte, Gabriel du Roy, mit den Hansen unmittelbar tractire; jene wollten Herren der Negotiation bleiben; sie erklärten, und der Kaiser selbst that es gegen die an ihn abgefertigte Hanfsische Deputation: es sey Zeit, daß die Städte sich mehr an den Kaiser anschließen, daß die Seemacht, die er habe, die er vollkommener in der Ostsee zu Stande bringen wolle, zu ihrem Vortheil, zu Erweiterung ihres Handels abzuwenden solle, und daß es billig sey, daß sie fremder Abhängigkeit entsagten, dem Kaiser sich mehr ergäben und von ihm und seiner väterlichen Hand die Direction ihres Handelsverkehrs erhielten.

Dies freylich war deutlich genug gesprochen, allein es war auch nur zu deutlich. Es ist aber für Deutschland, so wie für des Kaisers Ansehn, dessen Erweiterung man zum Heil des Reichs in mancher Hinsicht wünschen mußte, stets eine sehr traurige Erscheinung gewesen, daß die kaiserlichen Räte und Abgeordneten, bey jeder günstigen Gelegenheit, so verb ihre Absichten aussprachen, und statt die Gemüther, für eine sehr wünschenswerthe Sache zu gewinnen, stets nur erbitterten und aufschreckten.

Die kaiserliche Leitung ihres Handels konnte den Städten nimmermehr gefallen, ihnen, die schon jede andere Einmischung von jeher in jeder andern Angelegenheit nicht dulden wollten. Wenn sie nun vollends bedachten, zu welcher Zeit ihnen der Antrag gemacht ward, zu einer Zeit, wo des katholischen Kaisers Waffen siegreich waren, wo ihnen, dem größten Theil nach Protestanten, von den Mächten die einzige Hülfe kommen konnte, von denen man sie gerade durch diesen Vorschlag gänzlich abschneiden wollte; so war leicht abzunehmen, daß der ganze Vorschlag in sich zerfallen mußte. Die Insinuation, daß der Kaiser die sogenannten Englischen Monopolisten aus Deutschland verdrängen wolle, kam viel zu spät, die Zeit, wo man mit ernstlicher Unterstützung dieses frühern sehnlichsten Wunsches der Hanse bey ihr so viel hätte wirken können, war längst vorbei, so wie die Handelseifersucht gegen

die Niederlande, welche ihre Uebermacht ruhig genossen. Die früheren Kaiser hatten den Moment versäumt, wo sie in Vereinigung mit den Hansen gegen die Fremdlinge ernst und thätig hätten verfahren, und eben dadurch Hoffnung und Vertrauen auf das kaiserliche Ansehen bewirken können. Jetzt waren die Dinge so weit gekommen, daß die Hansen gern zu der Uebermacht des Handels ihrer Nebenbuhler schwiegen, da sie, umgeben von kaiserlichen und katholischen, siegreichen Heerhaufen, für ihren Glauben, für ihre politische Freiheit und Selbstständigkeit, und das mit Recht, so ängstlich besorgt waren.

Die ganze schlecht berechnete Unterhandlung, schlecht geführt, schlecht beendet, ward denn von beiden Seiten dahin aufgegeben, daß man sie bis zur Herstellung des endlichen Friedens, das hieß so gut, als auf immer, ruhen lassen wollte.

Selbst die Abgeordneten des Kaisers schienen von der Unmöglichkeit der Ausführung überzeugt, und einer von ihnen, der Dr. und Reichshofrath Wenzel, äußerte sich gegen die Städte, daß wenn er früher die Absichten Spaniens hinlänglich eingesehen hätte, er wohl ein ganz ander lautendes Decret, und einen ganz andern Auftrag von Seiten des Kaisers hätte ausbringen wollen.<sup>45</sup>

<sup>45</sup> Es finden sich eine Menge von Schriften, die diese Negociation betreffen, in den MSS. Brf. Vol. 245.

Dhnehl nāhete sich das Ende des kaiserlichen Ansehens im nōrdlichen Deutſchlande bald mehr. Strab-

Eine oder die andere derselben wird im Urkundenbuche folgen. Die vorzüglichsten, die in jenem Bande sich befinden, sind diese: Bericht der beyden Hispanischen Agenten, Baron Tawsky und Gabriel du Roy, wegen des Hispanischen Commercii übergeben zu Danzig, mens. Dec. a. 1627. — Receß der sechs Wendischen Städte, denen der Antrag von den kaiserl. Gesandten zuerst gemacht ward, eod. a. et mens. — Der Wendischen Städte Antwort für die kaiserlichen Gesandten, Lübeck, 18. Dec. 1627. — Bedenken der Stadt Stettin über diesen Vorschlag, v. 21. Jan. 1628. Schriftliche Special-Erklärung der Hanse-Städte an die kaiserlichen Gesandten, den Grafen von Schwarzburg (oder Schwarzenberg) und v. Dr. Reichshofrath Wenzel wegen des Span. Commercii, v. 28. Febr. 1628; derselben Gesandten übergebenes Bedenken, wie das Commercium zwischen Spaniern und Deutschen zu bessern, v. 26. März styl. vet., 1628; Leges et privilegia des in Spanien jüngst (4. Oct. 1624) aufgerichteten Almirantazgo; Resolution der Hanse-Städte an die kaiserl. Gesandten, Lübeck, 31. März; Schreiben der Hanse an den Kaiser, v. 2. Apr. 1628; Protocoll der Verhandlungen der Hans. Deputirten mit den kaiserlichen Gesandten, Grafen von Schwarzburg und dem Reichshofrath Dr. Wenzel, zu Lübeck; Andere Proposition der zweyten kaiserl. Gesandtschaft, vom 8. Nov. 1628; Decret des Kaisers für die Hanse-Städte, Prag, 3. Jun., 1628. — Vergl. die Pro-



funds Feder und glücklicher Widerstand, der Friede mit Dänmark, die Eifersucht auch der katholischen Fürsten über des Kaisers Verfahren, die Beschlüsse des Churfürstentags zu Regensburg, Wallensteins Abdankung, die französischen Intriguen, Gustav Adolfs ruhiges, sinnvolles Verfahren, seine Landung, sein besonnenes Vorrücken, seine Siege, sind die allbekannten Erscheinungen, welche in wenigen Jahren eine ganz andere Gestalt der Dinge herbeiführten.

Aber selbst diese günstigere Lage der Angelegenheiten der Protestanten in Deutschland hat die Hanse nicht wieder aus dem Todesschlaf erwecken können. Magdeburgs bekanntes Schicksal war wohl das schrecklichste, das eine Hanse-Stadt betraf, aber andere litten auch bey dem vielfachen Wechsel des Kriegsglücks, bald mehr, bald weniger, von Freund und Feind. Sie litten einzeln, und trugen, so gut sie konnten, das jeder zugemessene Theil des Elends. Alle gemeinschaftliche Wirksamkeit des Bundes war fortan in dem un-

topolle der Hanse-Tage im Febr., März u. April d. J. 1628, und vom Sept. u. October dess. Jahrs zu Lübeck, in den MSS. Brf. Vol. 248. — Auch sind mehrere, diese Angelegenheit betreffende, Actenstücke bereits gedruckt, z. B. bey Londorp Acta publ. T. III. 1004 u. f. w. vergl. Urk. Berg. b. den Jahren 1627, 1628.

glücklichsten aller Kriege für Deutschland suspendirt, und seit den Westphälischen Friedensschlüssen konnte er auch nicht wieder in altem Glanz hervorgehen, kaum daß ein Schatten oder ein Widerschein, durch die Vereinigung einiger wenigen Städte, den Namen, nicht aber die Sache, bis auf die neuesten Zeiten fortpflanzte.

---

## Vierzehntes Buch.

---

Der dritten Periode zweyter Abschnitt :  
Verhältnisse der Hanse zu Dänmark und  
Norwegen , und allmählicher Verlust ihres  
Ansehens und privilegirten Handels  
dasselbst.

[illegible][illegible]

## Bierzehntes Buch.

Verhältnisse der Hanse zu Dänmark und Norwegen, und allmählicher Verlust ihres Ansehens und ihres privilegierten Handels baselfst.

Der Hansen Handelsherrschaft, ja ihr Ansehen in Europa überhaupt, ging vor allem andern von ihren Herrschaft in den Nordischen Reichen ab. Diese aber war, obwohl hier und da, vorzüglich in Rußland erschüttert, doch durchaus noch nicht gebrochen worden.

Auch dauerte es noch etwa ein halbes Jahrhundert in dieser Periode, bevor rasche consequente Schritte ihren Widersachern gelangen. Der Anwachs der Macht der Nordischen Könige, die guten Wirkungen der Auflösung der Calmarischen Union konnten nicht plötzlich erfolgen.

Dänmark war zu Anfang dieser Periode die größte Macht im Norden; die Union bestand noch. Aber die Schwäche dieses Colosses war auch bekannt genug, sie war bisher immerhin von den Hansen zum eigenen Vortheile benutzt worden, und sie befolgte auch noch mehrere Jahrzehende hindurch, ganz dasselbe angewohnte politische System. Vor allem andern war die Folge jedoch in Verfolgung dieses Systems sehr spätig, Anfangs nahmen auch wohl noch einige der Nordischen

Eräbte daran Theil, später verloren diese, endlich verlor auch Lübeck den Muth. Während der Regierung Königs Johann von Danmark, der ihnen bey seiner Thronbestätigung ihre Privilegien bestätiget hatte, ging es ganz zu Folge der gewöhnlichen Weise. Die Hanseaten sollten den Schweden, die mit ihm im Streit hangelassen waren, keine Zufuhr thun, allem Verkehr mit ihnen entsagen, welches sie, den Umständen nach, bald versprechen, bald sich dem Ansehen mit Gewalt widersetzen, bald ihre Versprechen förmlich wieder gannahmen, oder ins Geheim nicht hielten. Dann erfolgte, daß die Danischen Kriegergeschiffe die Deutschen Kauffahrer aufbrachten, daß die Hanseaten, wie in Danischen Gefangenschaft aufhielten, angehalten wurden, welchem Unglücke die Deutschen ihrer Seits mit gewöhnlichen Repressalien antworteten.

So entstand eine Fehde in den ersten Jahren des sechzehnten Jahrhunderts zwischen dem Könige und den meisten Wendischen Städten. Ein päpstlicher Nuntius, Monmouth, der den Ablass an den Kaiser der Msee verkündigte, brachte mit Mühe, unterstützt vom eintigen päpstlichen und römischen Herren, einen Vergleich zu Stande. Die Zurückgabe der angehaltenen Güter und Schiffe, die Bestätigung der Hanseatischen Handelsprivilegien und eine Entschädigungssumme ward von den Städten versprochen. Dagegen sie, und vorzüglich Lübeck, als die thätigste und mächtigste Einzelnde, gelobten, die Schweden gut, Ruhe und zum Behorfen gegen

den Unions-König, Johann, zu vermögen, und die Freiheit seiner von den Schweden gefangenen Gemahlinn, Christina, zu verschaffen. Sten Sture folgte auch oder schien zu folgen bereit, denn nur mit Hanfischer oder Lübeckischer Hülfe konnte er dem Könige Johann die Spitze bieten; aber der letztere zögerte bis in das Jahr 1504 mit der Erfüllung der gethanen Zusagen, und statt eines Theils der versprochenen Entschädigungs-Summe trat er das Schloß Trittenau an Lübeck ab. Die Ruhe ward in Schweden nicht hergestellt, und Johann bewirkte beym Kaiser Max eine Aechterklärung gegen die widerspenstigen Schweden, und kaiserliche Abmahnungsschreiben an die Hanse-Städte die Geächteten zu unterstützen. Aber die Deutschen Communen, nach gewohnter Weise, kümmerten sich wenig um die kaiserlichen und päpstlichen Befehle. Den König wiederholte seine Verbothe, daß sie den Schweden keine Zufuhr thun sollten, er untersagte den Dänen allen Handel mit den Hanse-Städten, und nach langem Widerstreben, bey der geringen Eintracht unter ihnen, fügten sich die Wendischen Communen auf einer Tagfahrt zu Segeberg, im Jahr 1506, diesen Forderungen. Sie gelobten allem Verkehr mit den Schweden zu entsagen, bis daß diese wieder zum Gehorsam gebracht seyn würden, ja sie gestanden zu, daß ihre Schiffe, welche den Dänen in See begegnen würden, von ihnen angehalten werden könnten, um ihre Certificate einzusehen, die Schiffe zu visitiren, wie denn dies

Alles in einem Vertrage zu Nykoping, im Jahr 1507, förmlich beglaubigt ward.<sup>1</sup>

Doch dieser Vertrag ward kaum eine kurze Zeit gehalten, und wenn es auch den Obrigkeiten in den Städten Ernst gewesen, welches jedoch ungewiß ist, so trieben ihre Bürger dennoch stets einen heimlichen Verkehr mit Schweden, meist von Reval aus. So gerieth man zu wechselseitigen Feindseligkeiten, und seit dem Jahr 1509 wieder zum förmlichen Krieg. Die Lübecker plünderten und brandschakten die Inseln Gottland und Bornholm, der König einige lübeckische Dörfer und Schiffe, große, entscheidende Treffen erfolgten nicht.

Vergebens suchte Lübeck die Hülfe des gesammten Bundes, aber die Zellen hatten sich geändert, nicht einmahl aller Wendischen Städte Theilnahme konnte

<sup>1</sup> Man vergleiche nur die bekannten, gedruckten Nachrichten s. das Urk. Verzeichniß. In dem MS. Hafs. kommt bey dem Recess des Jahrs 1506 die weitläufige Verhandlung über den Streit vor, die Unterhandlungen zu Kiel, wo die Städte sich nicht fügen wollten u. s. w.; aber es hat uns zu weitläufig erschienen, dieß alles der Länge nach hier vorzutragen. Wenn wir die handschriftlichen Nachrichten nur eines solchen Tages einiger Maßen vollständig geben wollten; so würden viele Bogen nicht zureichen, wir begnügen uns mit Angabe der Resultate bey Streitigkeiten, die immer dieselben sind, der Raum versagt jedes andere Verfahren.



die Niederlande, welche ihre Uebermacht ruhig genossen. Die früheren Kaiser hatten den Moment versäumt, wo sie in Vereinigung mit den Hansen gegen die Fremdlinge ernst und thätig hätten vorgeh'n, und eben dadurch Hoffnung und Vertrauen auf das kaiserliche Ansehen bewirken können. Jetzt waren die Dinge so weit gekommen, daß die Hansen gern zu der Uebermacht des Handels ihrer Nebenbuhler schwiegen, da sie, umgeben von kaiserlichen und katholischen, siegreichen Heerhaufen, für ihren Glauben, für ihre politische Freiheit und Selbstständigkeit, und das mit Recht, so ängstlich besorgt waren.

Die ganze schlecht berechnete Unterhandlung, schlecht geführt, schlecht beendet, ward denn von beiden Seiten dahin aufgegeben, daß man sie bis zur Herstellung des endlichen Friedens, das hieß so gut, als auf immer, ruhen lassen wollte.

Selbst die Abgeordneten des Kaisers schienen von der Unmöglichkeit der Ausführung überzeugt, und einer von ihnen, der Dr. und Reichshofrath Wenzel, äußerte sich gegen die Städte, daß wenn er früher die Absichten Spaniens hinlänglich eingesehen hätte, er wohl ein ganz and'ers lautendes Decret, und einen ganz andern Auftrag von Seiten des Kaisers hätte ausbringen wollen.<sup>45</sup>

<sup>45</sup> Es finden sich eine Menge von Schriften, die diese Negociation betreffen, in den MSS. Brf. Vol. 245.

Dhneſin naßete ſich das Ende des kaiſerlichen Anſehens im nördlichen Deutſchlande bald mehr. Strah-

Eine oder die andere derſelben wird im Urkundenbuche folgen. Die vorzüglichſten, die in jenem Bande ſich befinden, ſind dieſe: Bericht der beyden Hiſpaniſchen Agenten, Baron Lawſky und Gabriel du Roy, wegen des Hiſpaniſchen Commercii übergeben zu Danzig, menſ. Dec. a. 1627. — Receß der ſechs Wendischen Städte, denen der Antrag von den kaiſerl. Geſandten zuerſt gemacht ward, eod. a. et menſ. — Der Wendischen Städte Antwort für die kaiſerlichen Geſandten, Lübeck, 18. Dec. 1627. — Bedenken der Stadt Stettin über dieſen Vorſchlag, v. 21. Jan. 1628. Schriftliche Special-Erklärung der Hanſe-Städte an die kaiſerlichen Geſandten, den Grafen von Schwarzburg (oder Schwarzenberg) und d. Dr. Reichshofrath Wenzel wegen des Span. Commercii, v. 28. Febr. 1628; derſelben Geſandten übergebenes Bedenken, wie das Commercium zwiſchen Spaniern und Deutſchen zu beſſern, v. 26. März ſtyl. vet., 1628; Leges et privilegia des in Spanien ſängſt (4. Oct. 1624) aufgerichteten Almirantazgo; Reſolution der Hanſe-Städte an die kaiſerl. Geſandten, Lübeck, 31. März; Schreiben der Hanſe an den Kaiſer, v. 2. Apr. 1628; Protocoll der Verhandlungen der Hanſ. Deputirten mit den kaiſerlichen Geſandten, Grafen von Schwarzburg und dem Reichshofrath Dr. Wenzel, zu Lübeck; Andere Propoſition der zweyten kaiſerl. Geſandſchaft, vom 8. Nov. 1628; Decret des Kaiſers für die Hanſe-Städte, Prag, 3. Jun., 1628. — Vergl. die Pro-

funds fecker und glücklicher Widerstand, der Friede mit Dänmark, die Eifersucht auch der katholischen Fürsten über des Kaisers Verfahren, die Beschlüsse des Churfürstentags zu Regensburg, Wallensteins Abdankung, die französischen Intriguen, Gustav Adolphs ruhiges, sinnvolles Verfahren, seine Landung, sein besonnenes Vorrücken, seine Siege, sind die allbekannten Erscheinungen, welche in wenigen Jahren eine ganz andere Gestalt der Dinge herbeiführten.

Aber selbst diese günstigere Lage der Angelegenheiten der Protestanten in Deutschland hat die Hanse nicht wieder aus dem Todesschlaf erwecken können. Magdeburgs bekanntes Schicksal war wohl das schrecklichste, das eine Hanse-Stadt betraf, aber andere litten auch bey dem vielfachen Wechsel des Kriegsglücks, bald mehr, bald weniger, von Freund und Feind. Sie litten einzeln, und trugen, so gut sie konnten, das jeder zugemessene Theil des Elends. Alle gemeinschaftliche Wirksamkeit des Bundes war fortan in dem un-

topolle der Hanse-Lage im Febr., März u. April d. J. 1628, und vom Sept. u. October desf. Jahrs zu Lübeck, in den MSS. Brf. Vol. 248. — Auch sind mehrere, diese Angelegenheit betreffende, Actenstücke bereits gedruckt, z. B. bey Londorp Acta publ. T. III. 1004 u. f. w. vergl. Urk. Berz. b. den Jahren 1627, 1628.

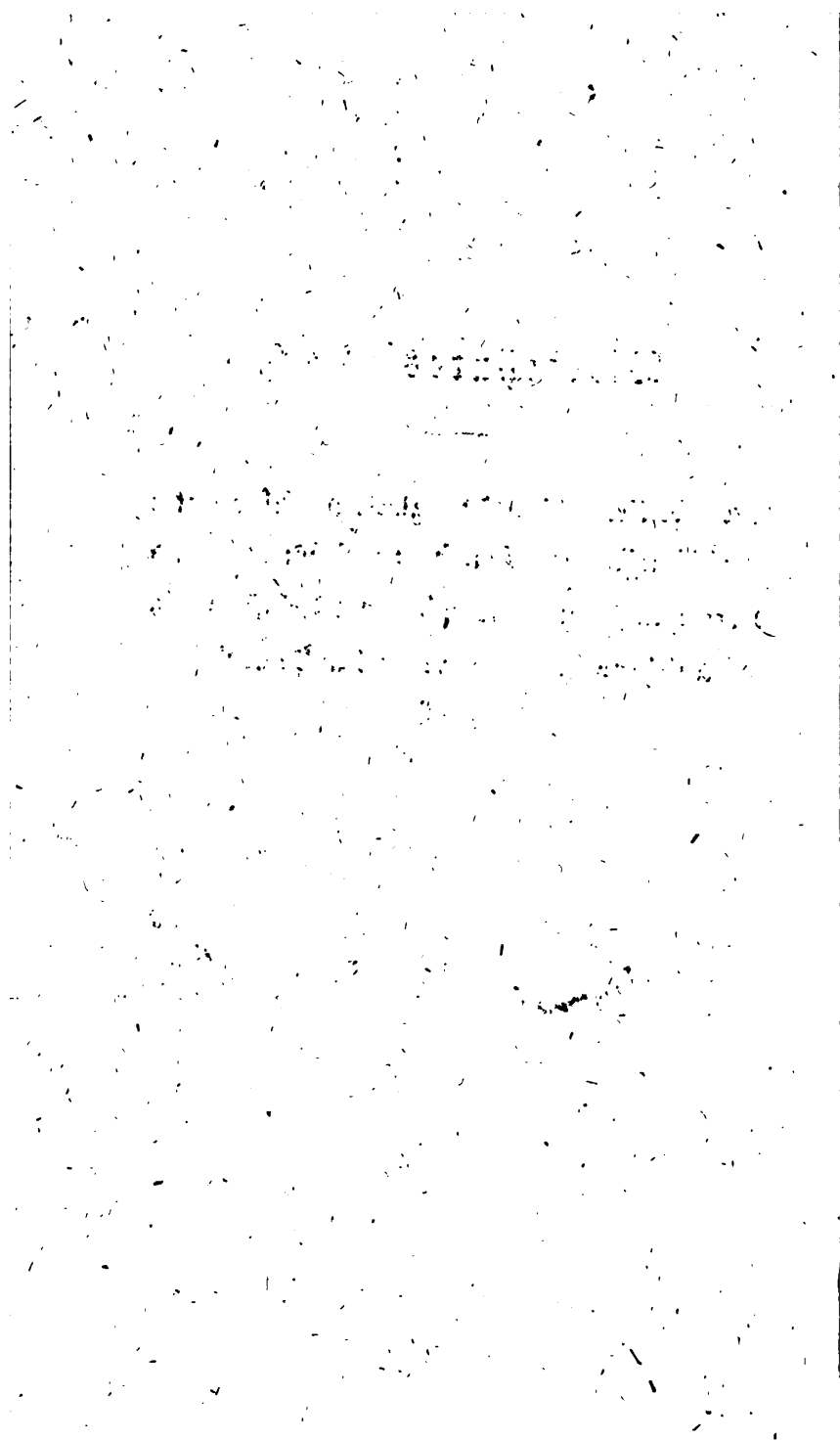
glücklichsten aller Kriege für Deutschland suspendirt, und seit den Westphälischen Friedensschlüssen konnte er auch nicht wieder in altem Glanz hervorgehen, kaum daß ein Schatten oder ein Wiederschein, durch die Vereinigung einiger wenigen Städte, den Namen, nicht aber die Sache, bis auf die neuesten Zeiten fortpflanzte.

---

## Vierzehntes Buch.

---

Der dritten Periode zweyter Abschnitt :  
Verhältnisse der Hanse zu Dänmark und  
Norwegen , und allmählicher Verlust ihres  
Ansehens und privilegirten Handels  
daselbst.



---

## Bierzehntes Buch.

Verhältnisse der Hanse zu Dänmark und Norwegen, und allmählicher Verlust ihres Ansehens und ihres privilegierten Handels daselbst.

---

Der Hanse-Handelsherrschaft, ja ihr Ansehen in Europa überhaupt, hing vor allem andern von ihrer Herrschaft in den Nordischen Reichen ab. Diese aber war, obwohl hier und da, vorzüglich in Rußland erschüttert, doch durchaus noch nicht gebrochen worden.

Auch dauerte es noch etwa ein halbes Jahrhundert in dieser Periode, bevor recht consequente Schritte ihren Widersachern gelangen. Der Anwachs der Macht der Nordischen Könige, die guten Wirkungen der Auflösung der Calmarischen Union konnten nicht plötzlich erfolgen.

Dänmark war zu Anfang dieser Periode die größte Macht im Norden; die Union bestand noch. Aber die Schwäche dieses Colosses war auch bekannt genug, sie war bisher immerhin von den Hanse zum eigenen Vortheile benutzt worden, und sie befolgten auch noch mehrere Jahrzehende hindurch, ganz dasselbe angewohnte politische System. Vor allem andern war die Folge: selbst in Verfolgung dieses Systems sehr thätig, anfangs nahmen auch wohl noch einige der Nordischen

Eräbte daran Theil, später verloren diese, endlich verlor auch Lübeck den Ruß. Während der Regierung Königs Johann von Danmark, der ihnen bey seiner Thronbestätigung ihre Privilegien bestätigt hatte, ging es ganz zu Nichte der gewohnten Weise. Die Hanseaten sollten den Schweden, die mit ihm im Streit lagen, keine Zufuhr thun, allem Verkehr mit ihnen entsagen, welches sie, den Umständen nach, bald versprochen, bald sich bey den Umständen mit Verwalt. widersetzten, bald ihre Versprechen förmlich wieder gänzlich nahmen, oder ins Geheiß nicht hielten. Dann erfolgte, daß die Dänischen Kriegergeschiffe die Deutschen Kauffahrer aufbrachten, daß die Hanseaten, wie in Dänischen Gefangenschaft aufhielten, angehalten wurden, welchem Befehl die Deutschen ihrer Seits mit gewohnten Repressalien antworteten.

So entstand eine Fehde in den ersten Jahren des sechzehnten Jahrhunderts zwischen dem Könige und den meisten Wendischen Städten. Ein päpstlicher Legatus, Monseigneur, der den Ablass an den Kaiser der Otsee verkündigte, brachte mit Mühe, unterstützt von einigen geistlichen und weltlichen Herren, einen Vergleich zu Stande. Die Zurückgabe der angehaltenen Güter und Schiffe, die Bestätigung der Hanseatischen Handelsprivilegien und eine Entschädigungs-Summe ward den Städten versprochen. Dagegen sie, und vorzüglich Lübeck, als die thätigste und mächtigste Gemeinde, gelobten, die Schweden zur Ruhe und zum Gehorsam gegen



den Unions-König, Johann, zu vermögen, und die Freiheit seiner von den Schweden gefangenen Gemahlinn, Christina, zu verschaffen. Sten Sture folgte auch oder schien zu folgen bereit, denn nur mit Hanfischer oder Lübeckischer Hülfe konnte er dem Könige Johann die Spitze bieten; aber der letztere zögerte bis in das Jahr 1504 mit der Erfüllung der gethanen Zusagen, und statt eines Theils der versprochenen Entschädigungs-Summe trat er das Schloß Trilleau an Lübeck ab. Die Ruhe ward in Schweden nicht hergestellt, und Johann bewirkte beym Kaiser Max eine Aechterklärung gegen die widerspenstigen Schweden, und kaiserliche Abmahnungsschreiben an die Hanse-Städte die Gedächteren zu unterstützen. Aber die Deutschen Communen, nach gewohnter Weise, kümmerten sich wenig um die kaiserlichen und päpstlichen Befehle. Den König wiederholte seine Verhörthe, daß sie den Schweden keine Zufuhr thun sollten, er untersagte den Dänen allen Handel mit den Hanse-Städten, und nach langem Widerstreben, bey der geringen Eintracht unter ihnen, fügten sich die Wendischen Communen auf einer Tagfahrt zu Segeberg, im Jahr 1506, diesen Forderungen. Sie gelobten allem Verkehre mit den Schweden zu entsagen, bis daß diese wieder zum Gehorsam gebracht seyn würden, ja sie gestanden zu, daß ihre Schiffe, welche den Dänen in See begegnen würden, von ihnen angehalten werden könnten, um ihre Cerzificate einzusehen, die Schiffe zu visiren, wie denn dieß

Alles in einem Vertrage zu Nykoping, im Jahr 1507, förmlich beglaubigt ward. <sup>1</sup>

Doch dieser Vertrag ward kaum eine kurze Zeit gehalten, und wenn es auch den Obrigkeiten in den Städten Ernst gewesen, welches jedoch ungewiß ist, so trieben ihre Bürger dennoch stets einen heimlichen Verkehr mit Schweden, meist von Reval aus. So gerieth man zu wechselseitigen Feindseligkeiten, und seit dem Jahr 1509 wieder zum förmlichen Krieg. Die Lübecker plünderten und brandschakten die Inseln Gottland und Bornholm, der König einige lübeckische Dörfer und Schiffe, große, entscheidende Treffen erfolgten nicht.

Vergebens suchte Lübeck die Hülfe des gesammten Bundes, aber die Interessen hatten sich geändert, nicht Annahme aller Wendischen Städte Theilnahme konnte

Man vergleiche nur die bekannten, gedruckten Nachrichten s. das Urk. Verzeichniß. In dem MS. Hahn. kommt bey dem Recess des Jahres 1506 die weitläufige Verhandlung über den Streit vor, die Unterhandlungen zu Kiel, wo die Städte sich nicht fügen wollten u. s. w.; aber es hat uns zu weitläufig erschienen, dieß alles der Länge nach hier vorzutragen. Wenn wir die handschriftlichen Nachrichten nur eines solchen Tages einiger Maßen vollständig geben wollten; so würden viele Bogen nicht zureichen, wir begnügen uns mit Angabe der Resultate bey Streitigkeiten, die immer dieselben sind, der Raum versagt jedes andere Verfahren.

sie erhalten, denn Hamburg, eigenem Vortheile nach jagend, blieb Freund des Königs.

Die Flotte der vereinten Städte, vorzüglich Lübeck's Armada, plünderte, im Jahr 1510, mehrere Dänische Inseln, schlug die Dänen zur See, und nahm mehrere Schiffe hinweg. Auch in den folgenden Jahren waren die Lübecker thätig und in den Seegefechten meist siegreich; allein ihr Handel für die Dänischen Provinzen lag ganz, während Hamburg, Danzig und andere Deutsche Seestädte, und was schlimmer, als dieß alles war, die Holländer, vom König Johann begünstigt, in den Verkehr mit einigen Dänischen Provinzen sich immer mehr eindrängten. Im Frieden zu Malmö, den 23. Apr. 1512, versprachen demnach die im Krieg verwickelten Städte, von aller Verbindung mit und von aller Zufuhr nach Schweden zu lassen, ja sie versprachen ihre Waffen mit den Dänen zu vereinigen, wenn die Schweden sich nicht fügen würden, eine Entschädigungssumme dem Könige zu entrichten, statt deren in der Folge das Schloß Trittau, früher ihnen übergeben, wieder abgetreten ward; dagegen ihnen freyer Handel und freye Schifffahrt wieder auf Danmark und Norwegen zugestanden wurde. — Kurz nachher starb König Johann, den 21. Febr. 1513, und Lübeck, nebst ihren Verwandten, hatten bald alle Zusagen vergessen.

Dieselben oder ähnliche Streitigkeiten brachen unter der Regierung seines Nachfolgers, Christians des zwey-

ten, sogleich aus. Er, dessen Pläne im Ganzen für Dänmark wohl ersprieslich waren, verrecknete sich nur in seinen Kräften, in den Mitteln zu den Zwecken, die er sich vorsetzte. Die Schweden sollten besiegt, die Hansen gedemüthigt, die Aristocraten in Dänmark gebeugt werden; aber es war zu viel auf einmal unternommen.

Eine Auflage auf den Verkauf aller Waren in Dänmark, sey es durch Einheimische oder Fremde, das Verboth, daß die Deutschen in mehreren Dänischen Gewässern und an mehreren Dänischen Küsten die angewohnten Fischereyen nicht ferner betreiben sollten, daß sie im Dänischen nicht mit ihren Waren herumgehen, das Bleh aufkaufen und aus dem Lande treiben sollten, die Hinwegnahme eines Schiffes auf der Rehe von Travemünde, das für Schwedische Rechnung mit Waffen, Salz und Tuch geladen war, die Verlegung alles Handels aus Dänmark nach Kopenhagen, wo allein, als dem einzig privilegirten Stapelorte, die Deutschen ferner mit Dänen verkehren sollten — eine Maßregel, die den Deutschen Handel sehr drückte, wie unvollkommen sie auch ausgeführt ward, — die Verlegung endlich der Zollstätte von Helsingør nach Kopenhagen, die den Deutschen Schiffen vollends hoch beschwerlich ward, später die Erhöhung des Zolls vom Häring: dieß Alles nebst so manchen andern Beschwerden, und die dennoch ganz fruchtlosen Vorstellungen, die dagegen von

Seiten der Städte gemacht wurden, mußten, wenn irgend noch der Stolz der Ähnen ihnen bewohnte, eine Fehde herbeiführen.

Christian versuchte es, Schweden mit den Waffen zu erobern. Die Hanfen hatten versprochen, keinen Verkehr mit diesem Lande zu haben, eben so schnell aber ließ Versprechen vergessen. Des Königs blutige Rache an den Schweden veranlaßte bald die gefährlichste Insurrection, denn Gustav Erichson, aus dem Hause Wasa, war glücklich genug dem ungerechten Gefängniß, worin ihn der König hielt, nach Lübeck entkommen. Diese Stadt, vorzüglich durch den Einfluß des damals regierenden Bürgermeisters, Nicolaus Bröms, nahm ihn auf, unterstützte ihn, er kam nach seinem Vaterlande hinüber, und hiermit war alsdann der Krieg unvermeidlich. Gustavs Erichson eben so großes als bekanntes Glück verschaffte denn vornehmlich mit Lübeckischer Hülfe den Schweden die langgesuchte Unabhängigkeit; alle Unternehmungen Christians dagegen scheiterten. Lübeck, die sich um kaiserliche Abmahnung auch jetzt nicht kümmerte, dann Danzig, Wismar und Rostock fielen die Dänischen Inseln an, doch Lübeck that so gut als alles. Ihr Bündniß mit Herzog Friedrich von Holstein, der Abfall des Jütländischen Adels, ließen Christian bald alles fürchten; er flüchtete aus dem Reiche, und Herzog Friedrich erhielt die Dänische, Gustav die Schwedische Krone, und auch Lübeck

und die ihr verwandten Städte sorgten für ihren Vortheil.<sup>2</sup>

Es war dieß Alles nicht so wohl eine Hanfsische Angelegenheit, nicht einmahl eine Angelegenheit, an welcher alle Wendischen Städte Theil nahmen, aber es war doch für alle auf die Nordischen Reiche handelnden Hanseaten von dem unschätzbaren Werthe, daß ihnen durch dieses Spiel Lübeck, welche Stadt sich freylich manche besondere Vortheile zu erwerben wußte, aber auch von allen allein solche Anstrengungen gemacht hatte, doch nun wieder ein freyer Verkehr und die alten verlorenen Handelsfreyheiten in allen Dänischen Besizungen verschafft wurden, wie denn der neue König, Friedrich I. von Dänmark, den Städten darüber, sogleich nach seiner Thronbesteigung, die förmlichste Urkunde ausfertigen ließ.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> S. die bekannten Schriftsteller. Diese, die früheren und die folgenden Streitigkeiten, hat man nur kurz erwähnt, theils weil sie bekannt sind, theils weil sie nicht so wohl in die Hanfsische Geschichte, als vielmehr in die Geschichte der Nordischen Reiche und der Stadt Lübeck gehören. Herr Becker in seiner Geschichte der Stadt Lübeck, liefert am Ende des ersten und anfangs des zweyten Theils mehrere brauchbare, zum Theil nicht sehr bekannte Nachrichten, die wir aber aus dem angeführten Grunde weiter nicht verfolgen wollen.

<sup>3</sup> Sie findet sich bey Marquard u. Willebrandt von dem Jahr 1524. Vergl. das Urk. Verz. Auf dem Hanse-Tage zu Lübeck, im Jahr 1525, ward beliebt,

Es war alles gewonnen, was man irgend hoffen und erwarten konnte, und wenn es auch Lübeck einigen nicht unbedeutenden Aufwand gekostet hatte; so schienen doch die übrigen verwandten, seefahrenden Städte zum Mitgenuß der erlangten Vortheile, ohne daß die meisten von ihnen auch nur den mindesten Aufwand gemacht hatten, gelangen zu können. Das Ansehen der Hanse, oder besser das Ansehen Lübecks war im Norden erhalten worden, ein König von Schweden, ein König von Dänmark war durch sie zur Krone gelangt, und die bestehenden Streitigkeiten zwischen den neuen Königen wurden auch zum Theil (im Jahr 1525) durch Lübeck und die Wendischen Städte schiebsrichterlich verglichen. Dieß alles war ganz der altgewohnten Rolle, der Dictatur der Deutschen Municipalsräten im Norden angemessen. Die Calmarische Union war nun ganz aufgelöst, und wenn von Selten Lübecks und der übrigen Städte das alte politische System ferner befolgt ward, und befolgt werden konnte; so schien ihre Herrschaft hier noch fest und unerschütteret begründet.

Lübeck einiger Maßen zu entschädigen, da die Stadt so bedeutende Auslagen in dem Kriege gehabt habe, und da die erworbenen Privilegien auf sie, ihre Verwandte und die, welche ein ehrbarer Rath zu Lübeck nachmahen würde, lauteten. Nach dem MS. Hafn. Es ist aber wahrscheinlich davon nichts erfolgt.

Die Künste des vertriebenen Königs Christian, seine Cabalen in fremden Länden, gegen die Könige von Dänmark und Schweden, gegen die Hanse und vorzüglich gegen Lübeck, fruchteten wenig und schienen die neu ererbtten Könige vorläufig desto fester an die Erbsitze knüpfen zu müssen. Als er mit Holländischer Hülfe und mit Holländischen Schiffen, im Jahr 1521, in Norwegen landete, und das Glück ihn so anlächelte, daß er Herr des größten Theils dieses Landes ward; so folgte Lübeck sogleich der Einladung Königs Friedrich und sandte Schiffe gegen den Widersacher, denn der Vertriebene durfte nicht wieder zur Krone gelangen, und die Holländer durften nicht, durch einen ihnen günstigen König, die Herrschaft in der Ostsee, im Nordischen Handel erhalten. Auch Rostock, Stralsund und Danzig sandten zu gleichem Zweck einige Schiffe zu Hülfe, und der entfesselte König, bald aller Hoffnungen beraubt, geriet durch Mißverständniß und Verrath in die schmachlichste Gefangenschaft seines Gegners.

Wie wichtig dieß nun für König Friedrich war, und wie unbezweifelt Lübeck zu dem glücklichen Ausgang dieser Angelegenheit mit gewirkt hatte; so wenig wollte er doch in die Forderungen Lübecks willigen, daß den Holländern die Fahrt auf der Ostsee ganz untersagt und der Handel daselbst ausschließlich Lübeck und ihren Freunden zugestanden würde. Alle Gesandtschaften, alle Bitten waren und blieben fruchtlos, und nichts als eine sehr allgemein lautende Zusage konnte vom König





erhalten werden, denn er wollte freilich die Krone behaupten, aber dagegen nicht den Deutschen ein solches Handelsmonopol zugestehen. Seinen Willen, in dieser Hinsicht, hatte er gleich in den ersten Jahren nach seiner Thronbesteigung dadurch gezeigt, daß er die Deutsche Handelscompagnie zu Kopenhagen aufhob, der Dänischen sie einverleibte, und den Deutschen Factoren gebot sich häuslich daselbst niederzulassen.

Ein Paar Vermögende Demagogen zu Lübeck, Jürgen Bullenwewer und Marcus Meyer, wagten es noch zuletzt durch die kühnsten, abenteuerlichsten Mittel, nach König Friedrichs Tode, ihrer Stadt altes Ansehen in diesen Gegenden zu behaupten, die Holländer aus der Ostsee zu bannen und die Nördlichen Reiche in Unterthänigkeit zu erhalten. Der Tod des Königs, im Jahr 1533, und das daraus auf einige Zeit entstehende Zwischenspiel, da die katholische und lutherische Partei im Lande über den zu wählenden Nachfolger sich nicht vereinigen konnten, schienen einen geschickten Zeitpunkt anzubieten. Die Reformation, die um diese Zeit in Lübeck eindrang, die mit Ungestüm von den Bürgern begehrt ward, die Gährungen, die daraus entstanden, durch welche erst Bullenwewer zur Bürgermeisterrwürde, Marcus Meyer zu größerem Ansehen und Einfluß gelangten, die Begierde, durch irgend ein glänzendes Unternehmen sich des Vertrauens derer, die sie dahin

\* Vergl. verschiedene hierher gehörige Urkunden bey Huitfeld, von dem Jahr 1534; f. Urk. Verj.

erhoben, würdig zu folgen, trieb sie an das Kühnste zu wagen, wozu ohnehin ihre Neigung, ihr Charakter sie zu leiten schienen.

Auf Wullenwevers Antrag ward eine Flotte gegen die Holländer ausgesandt, und die Kleinodien der reformirten Kirchen dazu verwandt, die bestimmt war den Niederländern Handel und Schifffahrt auf der Ostsee zu vertheidigen, die aber ihren Zweck wenig erreichte. Wullenwewer eilte, im Jahr 1533, nach Kopenhagen um den Ständen des Reichs Vorstellungen zu thun, daß den Holländern der Sund gesperrt, oder nur einer bestimmten Zahl ihrer Schiffe und für gewisse Waren die Durchfuhr erlaubt werde; aber er erhielt hier, so wie bey Gustav von Schweden gleich abschlägige oder evasive Antworten. Er begnügte sich nun auch nicht mit leeren Klagen über Undank, sondern er griff sogleich zu den verwegensten Mitteln, die beyden Kronen in fremde Hände zu spielen. Euanne Sture sollte Gustaven stürzen und den Thron bestiegen, aber dieser wollte nicht in des verwegenen Mannes Plane eingehen, und auch der Graf von Hoya mochte in Schweden kein Glück. Aber in Dänmark ging es glücklicher. Wullenwewer verband sich ins Geheim mit ein Paar viel vermögenden Männern, den Herren der angesehensten Städte Dänmarks, den Burgemeistern Ambros Volblinder von Kopenhagen, und Georg Rock oder Münster, der dieselbe Würde zu Walmö bekleidete, beyde Deytsche von Geburt. Er versprach überhäufte Hülfe, und sie

sagten die Öffnung der Thore bey der Erscheinung derselben zu, beyde Thelle wollten die Verjagung der katholisch gesinnten Reichsräthe und Bischöffe, sie hielten freyes lutherisches Religions-Exercitium und Aufnahme in den Hanfsichen Bund.

Die Dänischen Reichsräthe schlossen dagegen ein Verschützungsbündniß mit Gustav von Schweden, den 2. Febr. 1534, wegen der dunkeln und drohenden Gewichte und Sagen.

Wallenwewer verfolgte seinen Plan, und da es rascham schien, zuvor mit den Holländern eine Uebereinkunft zu treffen und sie aus dem Spiel zu halten; so wurde ein Congress zwischen den Deputirten von Lübeck und den Niederländern zu Hamburg, im Beseynt anderer Hanfsichen Seestädte, die als Vermitteler erschienen, gehalten, und obschon Wallenwewer auch hier seinen Character keinen Augenblick verläugnete; so mußte doch den Niederländern, durch einen Stillstand auf vier Jahre, die freye Fahrt nach der Ostsee zugestanden werden.

Um so mehr aber sollte nun alles gegen Dänmark gemüthet werden; denn stelen die Wärfel glücklich, so schien es einem Wurf alles gelungen. Als Herzog Christian von Holstein, der lutherisch gesinnt und von den Dänischen, katholischen Reichsräthen nicht geliebt ward, den Antrag der Krone von Seiten der Reichsländer ausschlug, weil er nur durch freye Wahl den Thron besteigen wollte; so wandte sich Wallenwewer

an dem Grafen Christoph von Oldenburg, dem er die Dänische Krone verließ, und der Muth und Tollkühnheit genug besaß das kühne Abenteuer zu versuchen;

Der Krieg fing an, und das erste Glück erklärte sich für die Vermegenen über alle Erwartung günstig; Dänmark ward mit Lübeckischer Hülfe durch den Grafen Christoph größtentheils erobert. Allein Herzog Christian von Holstein, nachmalig König von Dänmark, belagerte nun Lübeck selbst, ein Frieden zwischen Holstein und der Stadt kam zu Stande, des Dänischen Ansehens warfte, und das um so mehr, als Christian auch in Dänmark zu siegen anfangte, und unter dem Namen Christian III. die Krone erhielt. Der Kaiser, unter den Lübeckischen Bürgern, ließ nach, kaiserliche Executionsmandate, und die Androhung der Acht wider denselben, das Sechzigste, Bullenwenn legte seine Bürgermeisterstelle nieder und trat später, nach seinem vermegenen Erbsitzen, Marcus Mevius durch des Kaisers Hand das Leben. Im Jahr 1536 ward der Friede zwischen Dänmark und der Stadt Lübeck zu Hamburg wieder hergestellt.

Das Schicksal, der Ausgang hatten gegen Wallenstein und dessen Partey entschieden, der Schwach konnte er nun bey dem großen Haufen nicht entgegen. Allein wahrhaftig er hatte ganz richtig gesehen, daß nur dann noch Lübeck in seiner alten Größe und das noch ferner eine kraftvolle Hanse bestehen könne, wenn die Nordischen Reiche niedergehalten und den Hollän-

beim der freye Willkür auf der Oefee verwehrt blieb. Er behielt sich, der Mittel, welche Staaten in ihren Verhältnissen zu einander stets gebraucht haben, da hier kein Recht, sondern Kraft, Macht und Klugheit entscheidem. Wäre sein eben begonnenes Werk gelungen, so würde man unerschöpflich in seinem Lobe gewesen sehn, und gewiß hätte er dadurch, wenn auch nicht auf immer, dennoch auf längere Zeit hin, Lübeck und der Hanse Dictatur im Norden erhalten. Der einzige Vorwurf, den man ihm, den man seiner Partey nicht Recht machen kann, ist der, daß er die Mittel nicht hinlänglich überschauet und ein so vorwegenes Unternehmen, zu groß für die Kräfte eines einzigen Staates, so wie sie damals war, unternommen hatte. Indes wird man immer die Kühnheit, die unendliche Thätigkeit und den richtigen Blick des Mannes bewundern müssen; der ein besseres Schicksal verdiente und ohne Zweifel auch gefunden hätte, wenn er nicht in der höchsten Gefahr von der Vaterstadt selbst, von den Verbündeten sich verlassen gesehen hätte, wenn er die Hanse, wie in den besseren Zeiten es der Fall war, zur thätigen Mithilfe hätte vermögen können. Aber er und Lübeck schienen von den Hansern wenigstens Dank zu verdienen, daß sie den Versuch mit großer Aufopferung hätten wagen wollen; statt Dank aber ernteten sie nur Vorwürfe als das Schicksal gegen sie entschieden hatte.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Die Geschichte ist so bekannt, daß es unnöthig ist sie zu belegen. Herr Becker in seiner Geschichte der Stadt Lübeck hat einiges minder Bekannte.

Auf der Versammlung der Hanse-Städte zu Lüneburg und Lünebeck, in dem Jahr 1535, drangen nicht nur die Abgeordneten des Herzogs Ernst von Braunschweig und des Landgrafen Philipp von Hessen auf den Herzustellenden Frieden, wegen der großen Gefahr des hochheiligen Lutherthums; sondern die meisten Deputirten der anwesenden Städte, vorzüglich die von Emden, forderten ein Gleiches. Kaum daß Rostock, Stralsund und Wismar sich etwas mehr auf Lünebeks Seite neigten. Es ward den Lünebeckern, Namens der Hanse, vorgestellt, es sey zu fürchten, daß die Städte ihre innere Freyheit verlieren würden, wenn man auf solche Weise alle Mächtige gegen sich empöre; Herzog oder König Christian sey ein frommer Herr und auf friedlichem Wege von ihm vieles zu erhalten.

Vergebens antworteten die Lünebeckischen Deputirten: Sie wünschten auch Frieden, aber sie wünschten ihn mit Ehre zu schließen. Ihre Stadt habe seit undenklicher Zeit durch den Beytritt zu der einen oder der andern Partey in Dänmark Könige ein- und abgesetzt, und es sey ein lobwürdiges Herkommen, daß kein König daselbst ohne Mitwissen und Einwilligung der Stadt gewählt werden dürfe, es gelte nicht bloß um ihren eigenen Nutzen, der Hanse Getreihen und Verfall sey damit verflochten; wohl hätten sie eine andere Antwort von Seiten der verwandten Freunde erwartet. Alles fruchtete nichts, das Geschrey nach Frieden war so groß, die Furcht vor Gefahr so übermäßig, daß es denn

Friede ward, aber nicht so wie Lüneburg wünschte; die nur dann den Herzog Christian als König anerkennen wollte; wenn er ihr, wenn er der Hanse alle Freyheiten bekräftigt haben würde. \*

Als Christian aber nun einmal auf dem Thron saß, war weiter nicht zu hoffen, was doch alle sehnlich wünschten, die Bestätigung der alten Hanseischen Handelsfreyheiten zu erhalten. Nicht leicht gelang ein Jahr, daß nicht Klagen über die Vermerkseligkeit der Hanseischen Vertheilung in des Königs Reichem vorgekommen wären. Auch ließen die Genossen des Bundes es nicht an Vorstellungen bey dem Könige fehlen. Sie begehrten die Confirmation ihrer alten Freybriefe in den Ausdrücken, wie alle Vorfahren des Königs sie bewilligt; aber Christian half sich, ohne gerade zu dieß zu verweigern, mit der Ausflucht, daß er vor allem andern zuerst die Originale der alten Freyheiten sehen wolle. Fast während seiner ganzen Regierung ward darüber von den Städten berathschlagt: ob und in wie fern man in diese Forderung willigen sollte? Es sey eine Neuerung, antworteten sie, es sey gefährlich; auch andere Potentaten begehrten dieß nicht, er möge nur eben so wie sein Vorfahr im Reich, Friedrich I., bestätigen, es sey gefährlich, dergleichen unschätzbare Freybriefe

\* Zu Folge des Protocolls der Tagsatzung zu Lüneburg und Lünebeck, die auf Johannis an dem ersten Orte anfang und nachher an den andern verlegt ward; in den MSS. Brf. Vol. 216.

dem Meere anzukommen. Wirklich hatten, wie oben im  
 Geheim noch viele andere Weigerungss Gründe. Diese  
 waren: die alten Freyherrn nicht sorgfältig aufbewahrt  
 worden, theils fürchteten einige, daß daraus etwas ent-  
 grübelt werden könne, welches den Städten nachtheilig  
 wäre, zum andern, da sie im Besitz mancher Freyherr-  
 ten waren, die sie durch Geld, Verdienst, War, Prädi-  
 cation und andern Besitz erworben, ob wohl darüber  
 kein Zweifel sich vorfand. 7 Aus diesen Gründen  
 wünschten sie eine General-Confirmation, und wünschten  
 sie um so mehr, weil, wie Lüneburg einst sagte,  
 die Freyherrn, die so dunklen alten, veralteten Sprache  
 abgesetzt wären, daß daraus unabsehbare Unkosten  
 entstehen würden. 8

Auf der Tagung der Wendischen Städte, die am 1. März 1542  
 in Danzig stattfand, wurde die Bitte um eine General-  
 confirmation von dem Jahre 1555. MSH. Ref. Vol. 1. 10. 11.  
 war. A. B. beliebt, daß an Danzig, Obergall und  
 die Pommerischen Städte geschrieben werden solle,  
 damit sie auf nächster Tagefahrt die bey ihnen sich  
 befindenden Dänischen Privilegien mitbringen  
 sollten; und daß sie die alten Schiffe und Kauf-  
 leuten aus Herkommen wegen sich erfinden möch-  
 ten. Die Weigerungss Gründe kamen in den hands-  
 schriftlichen Verhandl. auf dem Wendischen Städte-  
 tag, von dem J. 1542, in dem Archive der Stadt Lüne-  
 burg vor, wo Lüneburg und Rostock sich also äußerten.

Auf der Versammlung der Wendischen Städte, zu  
 Lübeck, im Jahr 1543, Quasimodog. sagt Lüneburg:  
 Dewile dath olde und irrige Dudisch nicht alleine



Als der König im Jahr 1345, bey dem Dänischen Erbthron auf eine Verbindung antrug, irh, gegen die Gefahr, die ihm von den Bewegungen Christenstills zu drohen schien, drangen die Städte abemals auf die Bestätigung ihrer Freyheiten; der Moment schien günstig; allein die Gefahr ging vorüber, die Dänischen Fürstenden beharrten bey der vorläufigen Einsicht der Privilegien, und so geriet es sich auch diesmahl abzuweisen.

Die Unterhandlungen dauerten indeß fruchtlos bis in die letzten Lebensjahre des Königs fort. Im Jahr 1355 war er zu einer bedingten Bestätigung geneigt; da aber die Städte ihren Befehl aufzuerlegen, unbedingte Confirmation zu fordern, auf dem Ausspruch unparteylicher Universitäten sich zu berufen, und von der einen Seite den Ausspruch der alten Freystädte zu behaupten; von der andern aber auch gleichbleibende Bestätigung der herkömmlichen ihnen vortheilhaften Vor-

konde daruth grothe schwerheit und eyn verworren labyrinthus entstaen; handschriftliche Nachrichten ebenfals.

Zu Folge des handschriftlichen Protocols des ersten Städtetags von dem Jahre 1345 in dem kaiserlichen Archiv. Ebenfals in den Verhandlungen von dem folgenden Jahre kommt das Project der Vereinigung zwischen den Städten und dem Könige vor, wo ein Artikel die Bestätigung der Privilegien betrifft; so viel man aber weiß ist dieß ein bloßes Project geblieben.

wohlfürken zu suchen, wenn ihrer auch gar nicht in den Urkunden gedacht werde, und zugleich vorzustellen, daß man den Beschwerden der Dänen in ihrem Verstehe mit den Hanse-Städten zwar abhelfen werde, jedoch ihnen gar nicht gleiche Freyheiten, wie die Deutschen in Dänmark und Norwegen beläßen, zugesprochen könne; so wurde endlich die Confirmation, und der König rückte über den Unterhandlungen, im Jahr 1559, hinweg, ohne daß die Wünsche der Hansen völlig wären befriedigt worden.

Unter seinem Nachfolger Friedrich II. waren sie so glücklich, sobald, in dem ersten Jahre seiner Regierung, wenigstens einen Theil ihrer Wünsche zu erreichen. Der Kaiserliche Reich, von dem Jahr 1556, bekräftigte den Wandfischen, und den ihnen verwandten Städten einen Theil ihrer angewohnten Freyheiten, und wenn schon in diesem Vertrage sehrlich eine gar viel andere Sprache herrschte, als weitläufig üblich war, wenn sie allerdings einen Theil der ehemaligen Freyheiten aufgeben mußten; so konnten sie doch wahrlich noch von Glück sagen, daß sie aus dem Schiffbruche noch so vieles retteten. Wahrscheinlich war der König ihnen so geneigt, weil er, bey der Bestätigung eines ankommenden Throns, von dieser Seite Sicherheit haben wollte.

Einige Jahre nachher, als der König in Streite mit Erik von Schweden verwickelt ward, bath er um

13 In Folge der Verhandlungen auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1553, in den MSS. Bek. Vol. 218.

den Verstand der Hanse; doch diese lehnte es ab. Aber Lübeck, empört, über das undankbare Verfahren der Schweden, gegen sie, verband sich mit Dänmark und wagte zum letzten Male noch eine Fehde gegen einen der Nordischen Könige.

Es war keine Hansische, es war eine bloß Lübeckische Angelegenheit, indefs wäre sie glücklich geführt worden, so hätte der Bund die Vortheile gekostet: allein sie fiel im Ganzen unglücklich aus.

Die Hansischen Seestädte, die mit Lübeck und Dänmark sich nicht verbunden hatten, klagten bitter über die Störung ihres Seehandels durch Dänmark und Lübeck, sie meinten zum Theil, und machten der letztern deshalb Vorwürfe, daß sie auf andern, friedlichen Wegen Handel und Handelsfreiheiten wohl hätten erhalten wollen, wie wenig dazu auch irgend einige gegründete Hoffnung vorhanden war.<sup>12</sup>

Dieser unglückliche Ausgang der Fehde stürzte vollends das Ansehen Lübecks und der übrigen Deutschen Seestädte im Norden, und das zwar nicht bloß durch Schweden, sondern wirklich auch bey Dänmark selbst.

In dem ersten Jahre, nach dem mit Schweden geschlossenen Frieden, zu Stettin, im Jahre 1570, ward eine Gesandtschaft, im Namen der Hanse, von Lübeck

<sup>12</sup> So klagte Straßburg in einem Schreiben an die Quartier- und Wendischen Städte, worin die bittersten Beschwerden über Lübeck geführt wurden; MSS. Brl. Vol. 223.

nach Dänmark gesandt, um die alten Freyheiten in des Königs Reichen zu behaupten, die Abschaffung des neu: aufgelegten lastzolls im Grunde, und des stets mehr aufstommenden eigenen Erhandels des Dänischen Adels zu erhalten. Allein so hatten sich die Zeiten geändert, daß diese Deputation weder bey dem Könige, noch bey dem alten geltenden Reichshofmeister, Peter Ore; zur Auhlung gelangen konnte; und so hatten sich die Zeiten geändert, daß man den Klagen des Comtoirs zu Bergen, über den zunehmenden Handel der Bergener Bürger mit die Deutschen Städte, gar nicht abhelfen konnte: da der Dänseßsche Receß jenen das Recht dazu einräumte.

König Friedrich gebot auch seinen Unterthanen, was von Zeit zu Zeit früher schon war versucht worden, alle Waren nach Kopenhagen zu bringen, und von da alle Bedürfnisse zu holen, daß diese Stadt einziger Stapelplatz und einziger Handelsort für das ganze Reich mit dem Auslande seyn sollte; und wenn es zwar gewiß ist, daß dieß Statut so wenig jetzt, als früher vollkommen schon gehalten werden konnte: so leuchtet doch des Königs Gesinnung daraus nur zu deutlich hervor. Auch erklärte er ihnen noch deutlicher, im Jahr 1572, daß sie sich mehrere Handelsgerechtsame in Dänmark angemacht hätten, als der Buchstabe der alten Privilegien enthielte; er werde dem Dänischen Adel den Handel zur See nicht untersagen, auch könnten die Deutschen Handwerker nicht an den Frey-

zeiten der Hansschen Kaufleute in Norwegen Thell haben, doch wolle er das Comtoir daseibst, laut der Zusage seiner Vorfahren, in Kraft erhalten.

Hamburg, vermöge der weiland ernstlich behaupteten Stapelgerechtigkeit auf der Elbe, hielt um dieselbe Zeit, durch ihr am Ausfluß des Stroms liegendes Botenschiff, Dänischer Unterthanen Fahrzeuge, mit Getreide beladen, an; darauf der König der Stadt Schiffe in Dänmark und Norwegen in Weichlag nehmen ließ, und diese genöthigt ward, zur Auslösung, 100,000 Thaler zu zahlen.

Es zeigte es sich denn freylich immer mehr, daß das Ansehen der Hanse, in dem Reiche, wo es ehemahls so groß gewesen, sich seinem Ende nahe, Der im Jahr 1363 aufgekommene lastgoll im Grunde schien die Deutschen Städte am meisten zu drücken. Bisher war nur ein Schreib- und Tonnengeld, zu Einem Rosfenobel von den Schiffen der Wendischen Städte, erhoben worden; mit geringer Ausnahme einiger wenigen Güter, die etwas mehr erlegen mußten, und mit Ausnahme von Ehicanen, die in sehdervollen Zelten hier wohl entstanden. Die übrigen Hanse-Städte hatten einen etwas höhern Zoll geben müssen. Allein die neue Abgabe war ein Stückgoll, der außer jener allgemeinen Schiffsabgabe gefordert ward. Die Kosten des Kriegs gegen Schweden hatten zur Entschuldigung gedient, und Lübeck, als mit dem König allirt, war anfangs davon befreyt. Allein seit dem Stettiner Frie-

den ward diese einträgliche Abgabe nicht nur beibehalten, sondern nun auch von Lübeck gefordert, ja zuweilen von ihr sogar doppelt begehrt. Auch suchte der König die Zwicktracht unter den Städten, durch Begünstigung der einen vor der andern im Zoll zu erhalten, und versuchte überall nach unumschränkter Willkür.

Wie aber war es zu erwarten, daß Danmark dauernd und auf immer dem Zoll freiwillig wieder entsagen sollte, der, nach einer Angabe, innerhalb eines halben Jahrhunderts, etwa 20 Millionen Goldes eingebracht hatte?<sup>12</sup> Zur Entsagung aber die Dänen mit Gewalt zu zwingen, das stand von dem Bunde nicht mehr zu erwarten. Vergebens waren alle noch so oft versuchte Deputationen und Vorstellungen<sup>13</sup>.

Den Ohnmächtigen blieb, da man die Waffen nicht mehr zu brauchen wagte, nichts übrig, als ihre Klagen

<sup>12</sup> In Folge eines Berichts, den der Lübeckische Syndicus, Brokes, auf der Versammlung einiger Städte, am 4. May, 1620, zu Lübeck, wegen der Entstehung und der Fortschritte dieses Zolls machte; MSS. Brf. Vol. 243.

<sup>13</sup> Die verschiedenen Gesandtschaften deshalb werden schon in den bekannten, gedruckten Nachrichten erwähnt. Ein Schreiben der Hanse an den König, vom 13. Jul., des Jahrs 1579, so wie des Königs, das Gesuch gänzlich ablehnende, Antwort, vom 22. Jul. desselben Jahrs, finden sich in dem handschriftlichen Protocoll der Hansf. Versamml. zu Lübeck, vom dem Jahre 1579, in den MSS, Brf. Vol. 290.

bey Kaiser und Reich vorzubringen, die jedoch eben so wenig helfen konnten. Jedoch es war der einzige Versuch, der noch übrig blieb; und so erließ denn die Hanse, zu diesem Zweck, aus ihrer Versammlung, im Jahr 1579, ein Schreiben an den Kaiser, die Churfürsten und die Reichsstädte.<sup>14</sup>

Auf dem Reichstage zu Augsburg, im Jahr 1582, wurden dieselben Klagen von Lübeck, Namens der Hanse, vorgetragen, und um eine Gesandtschaft von wegen des Kaisers und Reichs an den König gebethen. Die Reichsstädte fügten auch in ihrem Bedenken hinzu, daß kein anderes Mittel bliebe, als daß der Kaiser verordne, alle Dänische Unterthanen, wegen ihres Handels im Reich, mit gleich hohen Zöllen und Schatzungen zu beladen, oder dem Könige, wegen dessen Deutschen Landen, die Belehnung so lange zu verweigern, bis daß er den Beschwerden abgeholfen habe, oder aber endlich den Hanse-Städten zu verstaten, an des Königs Deutschen Provinzen, durch den Spruch des Kammergerichts, sich schadlos zu halten. Und nun erfolgte denn wirklich, daß der Kaiser dem vorgelichenen Reichsgutachten betrat, vermöge dessen, auf Kosten der Hanse-Städte, jedoch im Namen von Kaiser und

<sup>14</sup> Das Schreiben an den Kaiser ist vom 15., an die Churfürsten vom 16. und an die Reichsstädte vom 22. Jul. d. Jahr 1579, zu Folge des handschriftlichen Protocolls dieser Tagfahrt in den MSS. Brf. Vol. 230.

Reich, eine vortreffliche Gesandtschaft abgehen sollte, und wenn, wider Verhoffen, diese nicht einen erwünschten Erfolg in ihren Unterhandlungen haben sollte, deshalb weiter auf dem nächsten Deputations-Tage zu berathschlagen seyn werde.

Aber nach der löblichen Sitte des Reichs geschah von dem Allen nichts, und der König, der recht gut den elenden Zustand des Reichs kennen mochte, ließ zur Strafe den Lübeckern nun auf einige Zeit den gedoppelten Zoll vom Salz abfordern.<sup>15</sup>

Unter Friedrichs Nachfolger, Christian IV.; der bis zu dem Jahre 1648 regierte, war vollends bald nicht mehr an die Bestätigung der alten Freyheiten zu denken.

Zwar zu Anfang seiner Thronbesteigung zeigte er sich gegen Lübeck wenigstens in etwas freundlicher. Diese Stadt ward, bis zu dem Jahre 1604, von dem Lastzoll im Sund befreyt, und dieß hatte die Folge, daß nun jährlich gegen achtzig bis hundert und funfzig Lübeckische Schiffe durch den Sund nach Spanien und Italien segelten.<sup>16</sup>

Allein theils dauerte dieß nicht lange, theils verweigerte der König die Bestätigung der Hanfsichen Frey-

<sup>15</sup> S. Herrn Beckers Geschichte der Stadt Lübeck, Th. II. S. 212-214, und die daselbst angeführten Schriftsteller und Deductionen, besonders Haderslins neue D. Geschichte, Th. 12. S. 212-318.

<sup>16</sup> Zu Folge der oben angeführten handschriftlichen Relation von dem Syndicus Brokes.



helten, um welche Lübeck, im Jahr 1598, bath, unter dem alten Vorwande, wegen vorläufiger Einsicht der Urkunden; theils aber schlen er auch gar keine Hanse, als Corporation, weiter anerkennen, vielmehr nur mit jeder Hanse-Stadt insbesondere unterhandeln zu wollen.<sup>17</sup>

Als Lübeck und die bedeutenden Hanse-Städte sich Braunschweigs annahmen, während der König auf Herzogs Heinrich Julius Seite stand, und es sich traf, daß in dieser Fehde einige seiner Abgeordneten und Unterthanen, so wie einige Ammunition von der städtischen Macht angehalten wurden; so zwang er die Lübecker nicht nur zur Entrichtung jenes verhaßten Lastzollses im Sund, sondern drückte sie auch noch durch andere Abgaben und hielt ihre Schiffe an. Und was war von diesem Könige nicht zu fürchten, der, im Jahr 1610, durch seinen Statthalter und Canzler, dem Dr. Nordanus, Lübeckischen und Hanfischen Abgeordneten, antworten ließ: Der König sey erzürnt, daß Dr. Brambach unlängst eine Schrift herausgegeben habe, darin er die Hanfischen Freiheiten in Dänmark als iura quæsitæ darstelle, da sie doch bloß Gnadensachen wären; er wolle nicht dulden, daß die Städte Scharfrichter zum Hänglingsfang auf Skonen mitnähmen, gleichsam als stehe ihnen zu über Leben und Tod daselbst zu erkennen; er könne nicht dulden, miewohl zu Malmö geschehen, daß die Städte in der Kirche ihre eigenen Stühle hät-

<sup>17</sup> E. Abhler b. d. J.

ten, und diese über den Rathsspruch setzten; daß sie daselbst ihre eigenen Leichensteine, Wapen und Fenster besäßen, wodurch sie sich den Dominat anmaßen wollten; er könne nicht zugeben, daß die Deutschen Kaufmannsdienere, die sich unter seine Herrschaft begäben, von den Kanzeln in Deutschen Kirchen, als Meineidige dargestellt würden, gleichsam als habe und schütze er meineidige Unterthanen; endlich sey das, was in dem Braunschweigischen Kriege unlängst vorgefallen, gegen alles Völkerrecht; er könne nicht zugeben, daß, wie zu Hamburg geschehen, von ihm in den Bierhäusern verkleinerlich geredet werde, und daß man seine Unterthanen, wie unlängst einem Oltmarsen begegnet, das Geld abnähme und sie nackt ausplündere.

In dieser Audienz wollten jene Dänischen Beamten gar nicht einmahl der Lübeckischen Abgeordneten Entschuldigung anhören: sie sollten schweigen, so sprachen sie zu ihnen, sie wären beauftragt, nicht mit ihnen zu disputiren, der König werde fortfahren, die städtischen Schiffe anzuhalten, bis daß er Genugthuung gefunden habe.

In einem Privat-Gespräch fanden die Abgeordneten zwar Gelegenheit aufs beste, die ihnen gemachten Vorwürfe abzulehnen; allein es blieb auch von Dänischer Seite, wegen Rückgabe der Schiffe und der Aufhebung des Zolls, bey dem einmahl erteilten Bescheid. Da so weit war es bereits gekommen, daß die Rärthe des Königs ihrer, wegen eines Ausdrucks, spotteten,

der in einem ihrer Schreiben vom Könige gebraucht ward, worin sie unglücklicher Weise von dessen "gründendem Gedächtniß,, geredet hatten.

So schmähtlich waren sie nie behandelt worden, und Lübeck fühlte auch die Schmach tief genug, aber vergebens forderte sie die Hülfe der Hanse, vergebens stellte sie vor, wie der König in wenigen Tagen 40,000 Bothsleute zusammenbringen könne: die übrigen Deputirten antworteten, sie wollten zu Hanse berichten.<sup>18</sup>

Während des Dänisch-Schwedischen Kriegs, in den Jahren 1611 bis 1613, ließ der König den Lübeckern und übrigen Hanse-Städten anzeigen, daß sie aller Handlung mit Schweden sich zu enthalten hätten, und der Lastzoll im Sund, so wie die andern von ihnen geforderten Abgaben, wurden erhöht. Freylich war dieß, und das Ausbringen der Lübschen Schiffe, welche sich des Schwedischen Handels nicht ganz enthielten, so wie die Unterbrechung ihres Verkehrs mit Dänmark, nichts neues: allein die Art, wie der König gebot, war doch neu, denn er befahl, als wären die Hansen seine Untergebenen, und der Dänische Admiral, Ulfeseld, der vor Travemünde erschien, hätte alle Lübeckischen Kaufahrer verbrannt, wenn nicht glücklicher Weise seine Schiffe zu tief gegangen wären; er blockirte den Hafen,

<sup>18</sup> Zu Folge des handschriftlichen Protocolls der Hansischen Tagfahrt, im November d. Jahrs 1610, zu Råneburg; MSS. Brf. Vol. 250.

und verließ die Kette nicht eher, als bis Lübeck versprach, auf Ein Jahr allem Handel mit Schweden zu entsagen. Freylich segelten die Lübecker auch nachher heimlich nach Schweden, sie wandten sich an den Kaiser Matthias, bey dem sie auch mehrere Abmahnungsschreiben auswirkten, worin er von der ihm und dem Reich zustehenden Herrschaft über die Ostsee sich gar breit vernehmen ließ. Allein die Dänen übten die Gewalt auf dem Meer bis zum Frieden mit Schweden, und kümmerten sich wenig um die prahlenden und doch so leeren Worte des Kaisers.<sup>19</sup>

Lübeck zuerst, dann verbunden mit den bedeutenderen Gliedern des Bundes, schloß nun das bekannte Bündniß mit den General-Staaten ab. Jene wollte es noch einmahl mit dem Schwerte versuchen, sie drang bey den Niederländern auf Krieg; diese aber, da sie den höhern Gesichtspunct der religiösen und politischen Freyheit ihres Vaterlandes und Europa's immer festhielten, willigten nicht in diesen Wunsch. So ward der Friede erhalten, und der König, aufgebracht über jenes Bündniß, versuchte nun um so härter gegen Lübeck und die Hanse, beschränkte den Verkehr in Norwegen, wie er nie beschränkt gewesen, verdoppelte die Abgaben im Sund, und verbotz namentlich den Lübeckern allen

<sup>19</sup> Becker II. S. 327-329, wo die hierher gehdrigen Schriften und Urkunden erwähnt sind. In den MSS. Brf. Vol. 238. findet sich eine vom Könige während dieses Kriegs „neu vermehrte,, Zollordnung.

Handel in seinen Staaten. Und wenn er nun, vornehmlich zu Folge des Vorschreibens der Generalstaaten auch milder sich in der Folge, bezeugte, und den Zoll im Grunde wieder vereinfachte, den Handel verstattete; so blieb er doch in den Grundsätzen unerschütterlich fest.<sup>20</sup>

Er läugnete die Gültigkeit aller den Hanfen in seinen Reichen zustehenden Freiheiten, nur etwa eine *concessio precaria* sollten sie erhalten; er wollte schlechweg die Hanse, als Corporation, nicht anerkennen; und was er den einzelnen Städten etwa zugestehen werde, das sollten sie bey sich seinen Untertanen gleichfalls bewilligen. Ferner sollten sie mit Geschenk und Gaben demüthig vor seinem Throne erscheinen, auch erklären, was sie in Zukunft, so wohl in Friedens- als Kriegzeiten, für solche Gnade ihm zu entrichten gewillt wären.<sup>21</sup>

Die Erfüllung solcher Forderungen schien den Hanfen allerdings ein schmähllicher Tribut. Könige, Kaiser,

<sup>20</sup> Des Königs erhöhte Zollordnung, vom 1. May und 1. August 1615, findet sich in den MSS. Brf. Vol. 238. In der öfters erwähnten handschriftlichen Relation von dem Burgemeister Brokes auf der Tagfahrt, von dem Jahre 1620, aber heißt es: Jetzt werde der verdoppelte Sandzoll nicht mehr, wohl aber der einfache noch begehrt.

<sup>21</sup> Diese Forderungen des Königs sind von dem 6. April 1615; MSS. Brf. Vol. 238.

des Königs Vorfahren, er selbst, sagten sie, hätten die Hanse als Corporation anerkannt und mit ihr, als solchen, unterhandelt; er sey verbunden, die Urkunden seiner Vorfahren zu halten. Aber bey dieser Antwort verheimlichten sie sich nicht, wie die Zeiten sich geändert hätten, und was für Gefahren mit so fester Antwort verbunden wären; der König aber blieb fest bey seinem Willen. Er verstattete den Bremischen Kaufleuten in Norwegen besondere Freyheiten, um die Städte zu trennen; er legte Kriegsschiffe in die Elbe, besetzte Glückstadt, und ließ den Deputirten Rostocks, die sich über eine neue Abgabe beschwerten, antworten: er sey Deconom in seinem Reiche und brauche deshalb niemanden Rechenschaft abzulegen. Die Städte verloren selbst endlich den Muth, um ihre Privilegien zu bitten; ihre Vorstellungen, die sie, im October des Jahrs 1621, auf einer Versammlung entwarfen, sollten nicht eher abgehen, als bis man in Erfahrung gebracht: ob das Gemüth des Königs ihnen geneigter geworden.<sup>22</sup>

<sup>22</sup> Handschriftliches Gutachten des Syndicus Doman, wegen der Strittigkeiten mit Dänmark, in den MSS. Brf. Vol. 238; Schreiben der Hanse an den König, Lübeck, den 14. September, 1615, ebendaselbst. Das Protocoll des Hanse-Tags, von dem Jahr 1615, in den MSS. Brf. Vol. 240; Schreiben der Hanse an den König wegen Bestätigung ihrer Freyheiten, vom 18. Jan. 1619; MSS. Brf. Vol. 238, Protocoll der zehn mit den General-Staaten verbundenen Städte von dem Jahr 1619, in den MSS.

Dies aber war nicht der Fall, und als sie in dem darauf folgenden Jahre, ihre Abgeordneten nach Kopenhagen abfertigten, nicht, um, wie welland, stolz die Erhaltung ihrer erworbenen Rechte zu fordern, sondern in Unterthänigkeit zwei Suppliken zu übergeben; so erhielten sie darauf folgende schmählische, königliche Resolution zur Antwort, die sie mit betrübtem Herzen vernahmen. Durch ihr Benehmen, so hieß es darin, hätten sie sich aller Privilegien verlustig gemacht; die Streitigkeiten der Deutschen Comteiristen zu Bergen mit des Königs Unterthanen sollten auf nächstem Reichstage zu Norwegen entschieden werden; es sey eine bloße Rechtsache. Wenn sie von Beschwerden redeten, so thue der König niemanden unrecht, hätten seine Unterthanen gethan, so wolle er Rechte administriren; wenn sie von Privilegien sprächen, gleichsam als gebührten sie ihnen, so seyen diese seit etlich dreßig Jahren gänzlich erloschen; seine Vorfahren hätten ihre Nachkommen nicht binden können; von ihm hätten sie, die Hansen, keine Bestätigung ihrer Freyheiten aufzuweisen; die Zeiten hätten sich geändert, man bedürfe ihrer nicht mehr; andere Nationen versorgten Norwegen hinlänglich mit Waren, weshalb sie doch selbst zugestanden, früher ihre Privilegien erhalten zu haben; die Niederländer, welche die Lübecker vordem aus der Ostsee ausschließen wollen, brächten Güter die Fülle und in besseren Qua-

Brs. Vol. 241. und zu Folge verschiedener handschriftlichen Nachrichten, in den MSS. Brs. Vol. 243. 244. 248.

ständen, als sie, woben seine Unterthanen, als bey einem freyen Verkehre, sich gut befänden; ihre Freyheiten in England, Schweden, den Niederlanden hätten sie ja gleichfalls verloren, dort möchten sie zuerst um die Wiederherstellung derselben werben, da jene Mächte von ihnen nicht so schmähtlich, als er, beleidigt worden. Der König verwunderte sich, hieß es weiter, wie sie nur um Privilegien bitten könnten, die seine Gnade und Milde ihnen solle zukommen lassen, da ihr Gewissen ihnen sagen müsse, welcher Cabalen und Machinationen sie sich gegen ihn schuldig gemacht, die freylich sämmtlich durch Gottes Vorsehung gescheitert, durch deren Enormität aber alle Privilegien vereitelt wären. Er werfe nicht alle Städte in gleiche Verdammniß, ihr Haupt sey am straffälligsten. Und wenn er denen, die den gebührenden Respect bezeugten, sich gnädig erweisen wolle, was sie denn gegen solche Vortheile zu bierthen gedächten? Er wolle ihnen gnädig seyn, und ihnen mit seinen Unterthanen gleiche Rechte in seinen Reichen zugesetzen, oder wenigstens so viel, daß nur ein kleiner Unterschied zwischen beyden seyn solle. Er wolle gnädig seyn, wie er es gegen Bremen gewesen, wenn sie gelobten, den Gewinn im Handel, den sie aus dem Verkehre mit seinen Unterthanen zögen, nicht gegen ihn, zur Stärkung seiner Feinde, sondern zu seinem und seiner Unterthanen Besten anzuwenden.<sup>23</sup>

<sup>23</sup> Zu Folge des handschriftlichen Protocolls der Versammlung der zehn Städte zu Lübeck, Ende Aprils



So hatte noch nie ein König von Dänmark zu ihnen gesprochen, aber es war der ernstlichste, der endliche Bescheid, nur von des Königs Gnade durften sie hoffen, alle ihre so genannt wohlervorbenen Rechte waren verscherzt.

Während des dreißigjährigen Kriegs ward Handel und Verkehr durch die bekannten Vorfälle nur zu oft unterbrochen.<sup>24</sup> Der König ließ nicht von seiner einmal gewonnenen Ansicht, während dieses unseligen Streits, und nach seinem Tode, nach hergestelltem Frieden blieb auch sein Nachfolger, denselben Grundsätzen ergeben. An die alte Hansische Handelshegemonie war in Dänmark und Norwegen ferner nicht mehr zu denken.

Abgesehen von den kurz vorübergehenden Unterbrechungen, ward der Handel zwischen Dänmark und den Hansen, bis zu dem Jahre 1560, auf die alte Weise geführt. Zwar nahm allmählig durch die Concurrenz der Fremden, der Dänen eigene Thätigkeit, die Hansi-

vom Jahr 1622, wo die Suppliken an den König vom 4. Januar desselben Jahres, und des Königs Resolutionen, vom 7. und 10. Jan. desselben Jahres sich finden, MSS. Brf. Vol. 244; vergleiche das, was oben S. 62. in der Note daraus erwähnt worden. Bey Werdenhagen kommt der Anfang eines Decrets des Königs, vom Jahr 1621, vor, vielleicht sind die Bescheide von dem Jahre 1622 damit gemeint.

<sup>24</sup> Vergl. Beylage bey d. J. 1626 u. a. D. Beckers Geschichte von Lübeck, Th. II. passim.

sche Handels Herrschaft in diesen Gegenden in Etwas ab: aber im Ganzen blieb alles auf dem alten Fuße; die Hanfen waren die am meisten Begünstigten vor allen Nationen, selbst vor den Dänischen Unterthanen. Auch hatten so gut als alle Könige, bis auf Friedrich den II., die alten Privilegien endlich, obschon noch mancher Zögerung, immer förmlich bestätigen, oder wenigstens das Herkömmliche und Uebliche der Hanfischen Vorrechte im Ganzen zugestehen müssen.<sup>23</sup>

So kauften und tauschten denn die Hanfen die Producte der Dänischen Inseln und Halbinseln, durch die Vorrechte bey Abgaben und Zöllen, durch den mehr oder weniger begünstigten Aufenthalt ihrer Kaufleute daselbst, theils wohlfeiler, theils leichter als andere Völker ein, da sie unmittelbar mit den Producenten verkehrten, und führten die Deutschen und West-Europäischen Producte den Dänen unter ähnlichen Begünstigungen zu, so daß sie über die concurrirenden Völker, über des Landes Eingeborene, schon deßhalb, dann wegen ihres größern Handels-Capitals, ihrer Verbindungen in fremden Ländern leicht das Uebergewicht behaupten konnten. Sie betrieben eigenmächtig, fast ausschließlich, an den Schønischen und an den Dänischen Küsten den Hådingsfang, und waren die Herren alles

<sup>23</sup> Im Recesß, von dem Jahre 1507, MS. Hafn., kommt vor, daß König Johann den Hanfen ihre Privilegien bestätigt und der Kanzler dafür 7200 Gulden erhalten habe.

Verkehrs in dem blühendsten Theile der Dänischen Provinzen, nämlich auf Schonen.<sup>26</sup>

Die Klagen der Dänen, daß ihnen in den Hansestädten kein freyer Verkehr verstatet würde; daß Korn, Butter, Fische und ähnliche Waren des ersten Bedürfnisses in solchen Quantitäten von den Deutschen aus Dänmark und Norwegen geführt würden, so daß daselbst Mangel daran entstände: dieß Alles und so manches Andere spricht laut genug von ihrem behaupteten Dominat. König Erlebrich I. bestätigte, im Jahr 1324, alle ihre monopolistischen Freyheiten, wie sie buchstäblich ihnen ertheilt worden, oder herkömmlich sich eingeführt hatten. Unbedingte Handelsfreyheit und unge störter Häringssichfang gegen eine geringe, oder gar keine Abgabe, und privilegirter Gerichtsstand, ward den Städten Lübeck, Hamburg, Rostock, Stralsund, Wismar, Lüneburg und Danzig zugesprochen, und wenn den übrigen Hanseischen Communen die Freyheit in etwas beschränkt ward; so war dieß auch schon früher der Fall gewesen, und die Befugniß, die jenen sieben Städten ertheilt ward, die Communen nachahmte zu

<sup>26</sup> Es ist kein Zweifel über die fernere Betreibung des Häringssichfangs durch die Hansen, an den Schonen und andern Dänischen Küsten; bey den Jahren 1514, 1518, 1519 kommt vieles darüber in den MSS. Brf. Vol. 216. und in den MSS. Laneb. Vol. III. IV. vor. Auch wird dieß aus dem Verlauf der Geschichte sich für weit spätere Zeiten bestätigen.

machen, welche der geringeren Freiheiten genießen sollten, war gewiß, aus unbekannnten Gründen, recht eifrig von ihnen gesucht worden. Den Dänen ward in den Deutschen Städten zwar gleiche Handelsfreiheit, jedoch, nachdem sie erst auf dem Markt, zehn Tage lang mit ihren Gütern ausgestanden hätten, bewilligt, und ohnehin, hatten die Deutschen Communen Mittel genug, diese Freiheit zu erlangen, und sie haben dieß auch sehr gewiß gethan.<sup>27</sup>

Dieser unschätzbare Freiheitsbrief blieb nun auch während der Regierung Königs Christian III. die Basis der Verhältnisse des Handels zwischen beyden Theilen. Zwar wurden diese Verhältnisse durch die bekannten Vorfälle bey Besteigung des Throns des letztern unterbrochen, auch entstanden, während seiner Regierung, manche Klagen, und er war nicht zu bewegen, diese und die früheren Freiheiten förmlich zu bestätigen: allein die Hansen nannten ihn einen frommen und guten Herrn, und die Beschwerden, die sie führten, obschon allerdings bedeutend, griffen doch noch nicht die Seele des Ganzen an.<sup>28</sup>

<sup>27</sup> Das Privilegium ist mehrere Male gedruckt, siehe Art. Berg. Zu Ersparrung des Raums hat man eben deßhalb, und dann weil ganz der alte bekannte Geist darin herrscht, nicht länger dabey verweilen wollen.

<sup>28</sup> Die vorzüglichsten allgemeinen Hanfschen Beschwerden, während der Regierung Königs Christian III., waren folgende: Daß von Seiten des Königs der

Erst unter Friedrich II. und weit mehr noch unter Christian IV. ward die Herrschaft der Deutschen in diesen Landen gänzlich gebrochen.

zehnte Pfennig Abzugsgeld von dem Erbgute der in Dänmark verstorbenen Hansen gefordert werde, sie wünschten, wenn auch das Erbgut derer, von ihnen, welche in Dänmark ansässig gewesen, nicht das von zu befreien stünde, daß wenigstens die Kaufmannsgüter, welche dorthin gesandt worden, und deren Eigenthümer oder dessen Diener dort gestorben solcher Abgabe nicht unterworfen wäre. Sie klagten ferner, daß man von Dänischer Seite die Hanfischen Freyheiten bloß während der Zeit der freyen Märkte zu Falsterbo wolle gelten lassen; daß man ihnen die Sellinge des Sommerhärings untersagen wolle, welches zwar nicht in den Privilegien sich rechtlich begründet finde, jedoch bereits ein altes Herkommen sey; daß die Deutschen Fischer von jedem Bothe 16 Wall geben sollten, da doch laut der Privilegien jede Schuie oder jedes Both nur Einen Schill. grot. zu bezahlen hätte; daß die neun freyen Tage zum Verkehr, einigen der minder begünstigten Städten zwischen Michaelis und Dionysii zu Falsterbo, Elbogen, (Malmö), Ahstede, (Vstad), Landskrona, verkümmert würden. Die Hanfische Versammlung beschloß ferner: Vorstellungen beym Könige um denen, welche zu Vstad ihr Winterlager hielten, den nöthigen Schutz zu gewähren, damit die Erhöhung des Zolls oder das gänzliche Verbot der Ausfuhr des Fleisches zurückgenommen werde, und im Fall, daß das letzte nicht ohne das erste zu

## Der Vertrag zu Odensee zwischen den Hanse und Friedrich II., von dem Jahre 1560, half einigen ihrer

erlangen siehe, lieber sich zu einer etwas erhöhten Abgabe zu verstehen. Die von Stettin und Colberg klagten, daß man von den Ihrigen zu Fahlsterbo einen Grundzins begehre, und die Rostocker, daß die Dänen auf ihren Fischerlagern sich angebauet hätten, welche Danten, laut der Freybriefe, niederszureissen wären. Ferner wollte man von dem Könige begehren, daß die Deutsche Compagnie zu Kopenhagen, wie in den übrigen Städten, hergestellt, und zum Genuß ihrer alten Freyheiten verstatet werde; die Abschaffung aller aufgelegten Bieraccise; daß das freye Markt zu Alsborg ihnen erhalten werde. Auf Gottland solle der erhöhte Zoll auf das Maß zurückgeführt werden, wie König Friedrich I. in seinem Freybriefe dieß festgesetzt habe, so wie daselbst nach altem Herkommen das Eblinische Gewicht und die Lübeckische Elle gelten solle; daß denen von Wismar die freye Fahrt auf die drey Häfen Bewesiel, Lärge und Schiel, wie vordem zugesandt werde, als woher sie Zimmerholz, Steine und andere Waren zu holen pflegten; daß den Edelnern, welche das Recht gehabt, ihren Wein zollfrey durch den Sund zu schiffen, diese Zollfreyheit ihnen so wie denen von Danzig, Deventer, Rostock, Roval und andern wieder verstatet würde, welche über ähnliche Zollbedrückungen zu Helsingör klagten. Zu Folge der handschriftlichen Verhandlungen auf dem Hanse-Tage von dem Jahre 1553, in den MSS. Br. Vol. 218.

Klagen ab, aber manche ihrer früheren Befugnisse wurden auch beschränkt. Die Freiheit des Verkehrs sollte den Dänen in den Hanse-Städten, ohne die früheren Einschränkungen, zustehen; wenn die Wendischen Communen und Danzig ihre Privilegien noch meist unverkümmert behaupteten, so wurden die übrigen doch, wie es scheint, mehr beschränkt. Der Zehnte von dem Erbgut der in Dänmark ansässig gewesenen Deutschen ward zugestanden; auf das Salzen des Sommerhärings ward Verzicht geleistet, und in eine höhere Abgabe von dem Fang und Einsalzen des Härings, so wie in die Accise von Deutschen Bieren gewilligt, welche letztere jedoch nur Ein Mahl entrichtet werden sollte, auch, in so fern das Getränk zum eigenen Verbrauch der Deutschen im Lande verwandt würde, die Accise-Freiheit zugestanden. Die Deutsche Compagnie zu Falsterbo sollte ihrer Freiheiten sich bedienen, die zu Kopenhagen mit der Dänischen daselbst sich vereinigen, in so fern nämlich die Deutschen dort ansässig wären; Unverheirathete, nicht Ansässige sollten daselbst und an andern Orten ihr eigenes Versammlungshaus haben können, jedoch der Ortsobrigkeit unterworfen seyn, mit der sie wegen der etwa zu entrichtenden Abgabe sich zu vertragen hätten. Auch der Verkehr auf der Insel Gottland ward etwas mehr denn zuvor beschränkt.

Wegen des Sundzolls endlich zu Helsingör ward beliebt, daß die sechs Wendischen Städte, nach Erlegung eines Schreib- und Lonnengelds von demselben

bestent seyn sollten. Jedoch bleibt Wein und Kupfer einem Zoll unterworfen. Haben die Schiffe der sechs Wendischen Städte anfrege Schiffspare, so sollen sie Einen Rosenobel entrichten, fahren sie fremdes und nicht eigenes Gut, so entrichtet das Schiff, außer dem Lonn- und Schreibgeld, Zwey, theils für das Schiff, theils für die Güter. Sind unter diesen, ihnen nicht gehörenden Gütern, Waren befindlich, die verzollt werden müssen, als Englische, Schottische und andere nicht Hanßische Artikel, so müssen diese besondere Abgaben entrichten. Werden die Güter der sechs Wendischen Städte in andern Hanßischen Schiffen verführt, so zahlen diese Einen Rosenobel und das Schiff entrichtet den ihm gebührenden Zoll. Durch Certificate und den Eid des Schiffers soll die Beschaffenheit des Schiffs und der Ladung ausgemittelt werden. Die übrigen Ostfischen Hanßen, die mit eigenen Schiffen und Gütern nach dem Sund kommen, zahlen, außer Schreib- und Lonnengeld, Einen Rosenobel, und noch Einen dazu, wenn sie anderer Städte Güter geladen haben, auch müssen sie Kupfer und Wein besonders verzollen. Den Deutschen wird, da die Fahrt durch den Sund ihnen etwa beschwerlich ist, verstattet, jedoch unter gleichen Bedingungen durch den Belt zu fahren. Die Städte geloben, niemanden, der nicht in ihr Recht gehört, den Genuß dieser Freyhelten zu verstaten. <sup>22</sup>

<sup>22</sup> Die Urkunde ist schon gedruckt bey Marquard, s. Urk. Verz., ebendeshalb hat man sich kurz gefaßt.



Allerdings ward durch diesen Vertrag manche Freigehelt, manches Recht der alten Zeit aufgegeben, und wirklich fand die Ratification von Seiten der Städte Schwierigkeiten, allein der König wollte und sie mußten schlechtweg ratificiren.<sup>29</sup>

Günstlich hätten sie sich auch schätzen können, wenn sie nur den Buchstaben dieses Vertrags aufrecht zu halten vermocht hätten. Jedoch so gut ward es ihnen nicht. Es kamen bereits zu König Friedrichs II. Zeit häufige Klagen vor, daß von Dänischer Seite jener Vertrag nicht gehalten worden sey. Dann war der Sundzoll, dann die Accise vom Bier willkürlich erhöht worden. Der König antwortete auf die gemachten Vorstellungen, er setze nicht gemeint, ihre Privilegien zu kränken, jedoch, wie seine Vorfahren auch gethan, die Abgaben in Kriegszeiten zu erhöhen befugt. Zu einer andern Zeit ward von ihnen geklagt, daß des Königs Zöllner auf Falsterbo in Schonen die Deutschen aus denjenigen Städten, die keinen eigenen Vogt daselbst hielten, im Fall sie ein Vergehen begingen, strafte, wogegen sich der Vogt von Lübeck vergebens gesetzt habe; und zu einer andern Zeit befürchtete man, daß der König das Deutsche Compagnie-Haus zu

<sup>29</sup> Auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1362, sprachen vorzüglich Danzig und Eblen gegen die Ratification, auch machte man, jedoch ohne Erfolg, Vorstellungen bey dem Könige; Protocoll p. L. MSS. Brf. Vol. 220.

bestent seyn sollten. Jedoch bleibt Wein und Kupfer  
 einem Zoll unterworfen. Haben die Schiffe der sechs  
 Wendischen Städte ansehnliche Schiffsparc, so sollen sie  
 Einen Rosenobel entrichten, fahren sie fremdes und  
 nicht eigenes Gut, so entrichtet das Schiff, außer dem  
 Tonnen- und Schreibgeld, Zwey, theils für das Schiff,  
 theils für die Güter. Sind unter diesen, ihnen nicht  
 gehörenden Gütern, Waren befindlich, die verzollt wer-  
 den müssen, als Englische, Schottische und andere nicht  
 Hanstische Artikel, so müssen diese besondere Abgaben  
 entrichten. Werden die Güter der sechs Wendischen  
 Städte in andern Hanstischen Schiffen versührt, so zah-  
 len dieselben Einen Rosenobel und das Schiff entrichtet den  
 ihm gebührenden Zoll. Durch Certificate und den Eid  
 des Schiffers soll die Beschaffenheit des Schiffs und  
 der Ladung ausgemittelt werden. Die übrigen Oster-  
 landischen Schiffe, die mit eigenen Schiffen und Gütern  
 handeln, zahlen, außer Schreib- und  
 Tonnen-Geld, Einen Rosenobel, und noch Einen dazu,  
 wenn sie fremde Güter geladen haben, auch

m.

Stärk.

Unterthanen

23 Zu Folge d.  
 sammlung der zehn

Allerdings ward durch diesen Vertrag manche Freiheit, manches Recht der alten Zeit aufgegeben, und wirklich fand die Ratification von Seiten der Städte Schwierigkeiten, allein der König wollte und sie mußten schlechtweg ratificiren.<sup>29</sup>

Günstlich hätten sie sich auch schätzen können, wenn sie nur den Buchstaben dieses Vertrags aufrecht zu halten vermocht hätten. Jedoch so gut ward es ihnen nicht. Es kamen bereits zu König Friedrichs II. Zeit häufige Klagen vor, daß von Dänischer Seite jener Vertrag nicht gehalten worden sey. Dann war der Sundzoll, dann die Accise vom Bier willkürlich erhöht worden. Der König antwortete auf die gemachten Vorstellungen, er wolle nicht gemeint, ihre Privilegien zu kränken, jedoch, wie seine Vorfahren auch gethan, die Abgaben in Kriegszeiten zu erhöhen befugt. Zu einer andern Zeit ward von ihnen geklagt, daß des Königs Zöllner auf Falssterbo in Schonen die Deutschen aus denjenigen Städten, die keinen eigenen Vogt dafelbst hielten, im Fall sie ein Vergehen begingen, strafen, wogegen sich der Vogt von Lübeck vergebens geklagt habe; und zu einer andern Zeit befürchtete man, das Deutsche Compagnie-Haus zu

von dem Jahre 1562, sprach  
gegen die Ratifi-  
cations-Erfolg, Vora-  
us. L. MSS.

litäten, als sie, woben seine Unterthanen, als bey einem freyen Verkehre, sich gut befänden; ihre Freyheiten in England, Schweden, den Niederlanden hätten sie ja gleichfalls verloren, dort möchten sie zuerst um die Wiederherstellung derselben werben, da jene Mächte von ihnen nicht so schmähtlich, als er, beleidigt worden. Der König verwundere sich, hieß es weiter, wie sie nur um Privilegien bitten könnten, die seine Gnade und Milde ihnen solle zukommen lassen, da ihr Gewissen ihnen sagen müsse, welcher Cabalen und Machinationen sie sich gegen ihn schuldig gemacht, die freylich sämmtlich durch Gottes Vorsehung gescheitert, durch deren Enormität aber alle Privilegien vereitelt wären. Er werfe nicht alle Städte in gleiche Verdammniß, ihr Haupt sey am straffälligsten. Und wenn er denen, die den gebührenden Respect bezeugten, sich gnädig erweisen wolle, was sie denn gegen solche Vortheile zu bierthen gedächten? Er wolle ihnen gnädig seyn, und ihnen mit seinen Unterthanen gleiche Rechte in seinen Reichen zugesetzen, oder wenigstens so viel, daß nur ein kleiner Unterschied zwischen beyden seyn solle. Er wolle gnädig seyn, wie er es gegen Bremen gewesen, wenn sie gelobten, den Gewinn im Handel, den sie aus dem Verkehre mit seinen Unterthanen zögen, nicht gegen ihn, zur Stärkung seiner Feinde, sondern zu seinem und seiner Unterthanen Besten anzuwenden.<sup>23</sup>

<sup>23</sup> Zu Folge des handschriftlichen Protocolls der Versammlung der zehn Städte zu Lübeck, Ende Aprils

So hatte noch nie ein König von Dänmark zu ihnen gesprochen, aber es war der ernstlichste, der endliche Bescheid, nur von des Königs Gnade durften sie hoffen, alle ihre so genannt wohlervorbenen Rechte waren verschert.

Während des dreißigjährigen Kriegs ward Handel und Verkehr durch die bekannten Vorfälle nur zu oft unterbrochen.<sup>24</sup> Der König ließ nicht von seiner einmal gewonnenen Ansicht, während dieses unseligen Streits, und nach seinem Tode, nach hergestelltem Frieden blieb auch sein Nachfolger, denselben Grundsätzen ergeben. An die alte Hanfsische Handelsheerrschaft war in Dänmark und Norwegen ferner nicht mehr zu denken.

Abgesehen von den kurz vorübergehenden Unterbrechungen, ward der Handel zwischen Dänmark und den Hansen, bis zu dem Jahre 1560, auf die alte Weise geführt. Zwar nahm allmählig durch die Concurrnz der Fremden, der Dänen elgene Thätigkeit, die Hanfsi-

vom Jahr 1622, wo die Suppliken an den König vom 4. Januar desselben Jahrs, und des Königs Resolutionen, vom 7. und 10. Jan. desselben Jahrs sich finden, MSS. Brf. Vol. 244; vergleiche das, was oben S. 62. in der Note daraus erwähnt worden. Bey Werdenhagen kommt der Anfang eines Decrets des Königs, vom Jahr 1621, vor, vielleicht sind die Bescheide von dem Jahre 1622 damit gemeint.

<sup>24</sup> Vergl. Beylage bey d. J. 1626 u. a. D. Beckers Geschichte von Lübeck, Th. II. passim.

sche Handels Herrschaft in diesen Gegenden in Etwas ab; aber im Ganzen blieb alles auf dem alten Fuße; die Hansen waren die am meisten Begünstigten vor allen Nationen, selbst vor den Dänischen Unterthanen. Auch hatten so gut als alle Könige, bis auf Friedrich den II., die alten Privilegien endlich, obschon noch mancher Besserung, immer förmlich bestätigen, oder wenigstens das Herkömmliche und Uebliche der Hanfischen Vorrechte im Ganzen zugestehen müssen.<sup>25</sup>

So kauften und tauschten denn die Hansen die Producte der Dänischen Inseln und Halbinseln, durch die Vorrechte bey Abgaben und Böllen, durch den mehr oder weniger begünstigten Aufenthalt ihrer Kaufleute daselbst, theils wohlfeiler, theils leichter als andere Völker ein, da sie unmittelbar mit den Producenten verkehrten, und führten die Deutschen und West-Europäischen Producte den Dänen unter ähnlichen Begünstigungen zu, so daß sie über die concurrirenden Völker, über des Landes Eingeborene, schon deßhalb, dann wegen ihres größern Handels-Capitals, ihrer Verbindungen in fremden Ländern leicht das Uebergewicht behaupten konnten. Sie betrieben eigenmächtig, fast ausschließlich, an den Schonenischen und an den Dänischen Küsten den Haringfang, und waren die Herren alles

<sup>25</sup> Im Reces, von dem Jahre 1507, MS. Hafn., kommt vor, daß König Johann den Hansen ihre Privilegien bestätigt und der Kanzler dafür 7200 Gulden erhalten habe.

Verkehr in dem blühendsten Theile der Dänischen Provinzen, nämlich auf Schonen.<sup>26</sup>

Die Klagen der Dänen, daß ihnen in den Hansestädten kein freyer Verkehr verstatet würde; daß Korn, Butter, Fische und ähnliche Waren des ersten Bedürfnisses in solchen Quantitäten von den Deutschen aus Danmark und Norwegen geführt würden, so daß daselbst Mangel daran entsände: dieß Alles und so manches Andere spricht laut genug von ihrem behaupteten Dominat. König Friedrich I. bestätigte, im Jahr 1224, alle ihre monopolistischen Freyheiten, wie sie buchstäblich ihnen ertheilt worden, oder herkömmlich sich eingeführt hatten. Unbedingte Handelsfreyheit und unge störter Häringssichfang gegen eine geringe, oder gar keine Abgabe, und privilegirter Gerichtsstand, ward den Städten Lübeck, Hamburg, Rostock, Stralsund, Wismar, Lüneburg und Danzig zugesprochen, und wenn den übrigen Hanseischen Communen die Freyheit in etwas beschränkt ward; so war dieß auch schon früher der Fall gewesen, und die Befugniß, die jenen sieben Städten ertheilt ward, die Communen nachhohft zu

<sup>26</sup> Es ist kein Zweifel über die fernere Betreibung des Häringssichfangs durch die Hansen, an den Schonen und andern Dänischen Küsten; bey den Jahren 1514, 1518, 1519 kommt vieles darüber in den MSS. Bf. Vol. 216. und in den MSS. Lüneb. Vol. III. IV. vor. Auch wird dieß aus dem Verlauf der Geschichte sich für weit spätere Zeiten bestätigen.

machen, welche der geringeren Freiheiten genießen sollten, war gewiß, aus allbekannten Gründen, recht ernstlich von ihnen gesucht worden. Den Dänen ward in den Deutschen Städten zwar gleiche Handelsfreiheit, jedoch, nachdem sie erst auf dem Markt, zehn Tage lang mit ihren Gütern ausgestanden hätten, bewilligt, und ohnehin, hatten die Deutschen Communen Mittel genug, diese Freiheit zu erlangen, und sie haben dieselbe auch sehr gewiß gethan.<sup>27</sup>

Dieser unschätzbare Freiheitsbrief blieb nun auch während der Regierung Königs Christian III. die Basis der Verhältnisse des Handels zwischen beyden Theilen. Zwar wurden diese Verhältnisse durch die bekannten Vorfälle bey Bestiegung des Throns des letztern unterbrochen, auch entstanden, während seiner Regierung, manche Klagen, und er war nicht zu bewegen, diese und die früheren Freiheiten förmlich zu bestätigen: allein die Hansen nannten ihn einen frommen und guten Herrn, und die Beschwerden, die sie führten, obschon allerdings bedeutend, griffen doch noch nicht die Seele des Ganzen an.<sup>28</sup>

<sup>27</sup> Das Privilegium ist mehrere Male gedruckt, siehe Art. Verg. Zu Ersparung des Raums hat man eben deshalb, und dann weil ganz der alte bekannte Geist darin herrscht, nicht länger dabey verweilen wollen.

<sup>28</sup> Die vorzüglichsten allgemeinen Hansschen Beschwerden, während der Regierung Königs Christian III., waren folgende: Daß von Seiten des Königs der



Erst unter Friedrich II. und weit mehr noch unter Christian IV. ward die Herrschaft der Deutschen in diesen Länden gänzlich gebrochen.

zehnte Pfennig Abzugsgeld von dem Erbgute der in Dänmark verstorbenen Hansen gefordert werde, sie wünschten, wenn auch das Erbgut derer, von ihnen, welche in Dänmark ansässig gewesen, nicht das von zu bestreuen stände, daß wenigstens die Kaufmannsgüter, welche dorthin gesandt worden, und deren Eigenthümer oder dessen Diener dort gestorben solcher Abgabe nicht unterworfen wäre. Sie klagten ferner, daß man von Dänischer Seite die Hansischen Freyheiten bloß während der Zeit der freyen Märkte zu Falsterbo wolle gelten lassen; daß man ihnen die Sellinge des Sommerhärings untersagen wolle, welches zwar nicht in den Privilegien sich rechtlich begründet finde, jedoch bereits ein altes Herkommen sey; daß die Deutschen Fischer von jedem Bothe 16 Wall geben sollten, da doch laut der Privilegien jede Schuie oder jedes Both nur Einen Schill. grot. zu bezahlen hätte; daß die neun freyen Tage zum Verkehr, einigen der minder begünstigten Städten zwischen Michaelis und Dionysii zu Falsterbo, Elbogen, (Malmö), Ahstede, (Vstad), Landskrona, verkümmert würden. Die Hansische Versammlung beschloß ferner: Vorstellungen beym Könige um denen, welche zu Vstad ihr Winterlager hielten, den nöthigen Schutz zu gewähren, damit die Erhöhung des Zolls oder das gänzliche Verboth der Ausfuhr des Fleisches zurückgenommen werde, und im Fall, daß das letzte nicht ohne das erste zu

Der Vertrag zu Odensee zwischen den Hanfen und  
Friedrich II., von dem Jahre 1560, half einigen ihrer

erlangen stehet, lieber sich zu einer etwas erhöhten Abgabe zu verstehen. Die von Stettin und Colberg klagten, daß man von den Thürigen zu Zahlerbo einen Grundzins begehre, und die Rostocker, daß die Dänen auf ihren Fischerlagern sich angebauet hätten, welche Danten, laut der Freybriefe, niederszureißen wären. Ferner wollte man von dem Könige begehren, daß die Deutsche Compagnie zu Kopenhagen, wie in den übrigen Städten, hergestellt, und zum Genuß ihrer alten Freyheiten verstattet werde; die Abschaffung aller aufgelegten Bieraccise; daß das freye Markt zu Alsborg ihnen erhalten werde. Auf Gottland solle der erhöhte Zoll auf das Maß zurückgeführt werden, wie König Friedrich I. in seinem Freybriefe dieß festgesetzt habe, so wie daselbst nach altem Herkommen das Edlnische Gewicht und die Lübeckische Elle gelten solle; daß denen von Wismar die freye Fahrt auf die drey Häfen Bedewiel, Lärge und Schiel, wie vordem zugesandt werde, als woher sie Zimmerholz, Steine und andere Waren zu holen pflegten; daß den Edlnoern, welche das Recht gehabt, ihren Wein zollfrey durch den Sund zu schiffen, diese Zollfreyheit ihnen so wie denen von Danzig, Deventer, Rostock, Roesal und andern wieder verstattet würde, welche über ähnliche Zollbedrückungen zu Helsingbo klagten. Zu Folge der handschriftlichen Verhandlungen auf dem Hanse-Tage von dem Jahre 1553, in den MSS. Br. Vol. 218.

Klagen ab, aber manche ihrer früheren Befugnisse wurden auch beschränkt. Die Freiheit des Verkehrs sollte den Dänen in den Hanse-Städten, ohne die früheren Einschränkungen, zustehen; wenn die Wendischen Communen und Danzig ihre Privilegien noch meist unverkümmert behaupteten, so wurden die übrigen doch, wie es scheint, mehr beschränkt. Der Zehnte von dem Erbgut der in Dänmark ansässig gewesenen Deutschen ward zugestanden; auf das Salzen des Sommerhärings ward Verzicht geleistet, und in eine höhere Abgabe von dem Fang und Einsalzen des Härings, so wie in die Accise von Deutschen Bierem gewilligt, welche letztere jedoch nur Ein Mahl entrichtet werden sollte, auch, in so fern das Getränk zum eignen Verbrauch der Deutschen im Lande verwandt würde, die Accise-Freiheit zugestanden. Die Deutsche Compagnie zu Falsterbo sollte ihrer Freiheiten sich bedienen, die zu Kopenhagen mit der Dänischen daselbst sich vereinigen, in so fern nämlich die Deutschen dort ansässig wären; Unverheirathete, nicht Ansässige sollten daselbst und an andern Orten ihr eigenes Versammlungshaus haben können, jedoch der Ortsobrigkeit unterworfen seyn, mit der sie wegen der etwa zu entrichtenden Abgabe sich zu vertragen hätten. Auch der Verkehr auf der Insel Gottland ward etwas mehr denn zuvor beschränkt.

Wegen des Sundzolls endlich zu Helsingör ward beliebt, daß die sechs Wendischen Städte, nach Erlegung eines Schreib- und Lonnengelds von demselben

besten seyn sollten. Jedoch bleibt Wein und Kupfer einem Zoll unterworfen. Haben die Schiffe der sechs Wendischen Städte anfrege Schiffspart, so sollen sie Einen Rosenobel entrichten, fahren sie fremdes und nicht eigenes Gut, so entrichtet das Schiff, außer dem Lonn- und Schreibgeld, Zwey, theils für das Schiff, theils für die Güter. Sind unter diesen, ihnen nicht gehörenden Gütern, Waren befindlich, die verzollt werden müssen, als Englische, Schottische und andere nicht Hansische Artikel, so müssen diese besondere Abgaben entrichten. Werden die Güter der sechs Wendischen Städte in andern Hansischen Schiffen verführt, so zahlen diese Einen Rosenobel und das Schiff entrichtet den ihm gebührenden Zoll. Durch Certificate und den Eid des Schiffers soll die Beschaffenheit des Schiffs und der Ladung ausgemittelt werden. Die übrigen Ostfrieschen Hansen, die mit eigenen Schiffen und Gütern nach dem Sund kommen, zahlen, außer Schreib- und Lonnengeld, Einen Rosenobel, und noch Einen dazu, wenn sie anderer Städte Güter geladen haben, auch müssen sie Kupfer und Wein besonders verzollen. Den Deutschen wird, da die Fahrt durch den Sund ihnen etwa beschwerlich ist, verstattet, jedoch unter gleichen Bedingungen durch den Belt zu fahren. Die Städte geloben, niemanden, der nicht in ihr Recht gehört, den Genuß dieser Freyhalten zu verstaten.<sup>28</sup>

<sup>28</sup> Die Urkunde ist schon gedruckt bey Marquard, s. Urk. Verz., ebendeshalb hat man sich kurz gefaßt.

Allerdings ward durch diesen Vertrag manche Freiheit, manches Recht der alten Zeit aufgegeben, und wirklich fand die Ratification von Seiten der Städte Schwierigkeiten, allein der König wollte und sie mußten schlechtweg ratificiren.<sup>29</sup>

Glücklich hätten sie sich auch schätzen können, wenn sie nur den Buchstaben dieses Vertrags aufrecht zu halten vermocht hätten. Jedoch so gut ward es ihnen nicht. Es kamen bereits zu König Friedrichs II. Zeit häufige Klagen vor, daß von Dänischer Seite jener Vertrag nicht gehalten worden sey. Dann war der Sundzoll, dann die Accise vom Bier willkürlich erhöht worden. Der König antwortete auf die gemachten Vorstellungen, er sey nicht gemeint, ihre Privilegien zu kränken, jedoch, wie seine Vorfahren auch gethan, die Abgaben in Kriegszeiten zu erhöhen befugt. Zu einer andern Zeit ward von ihnen geklagt, daß des Königs Zöllner auf Falssterbo in Schonen die Deutschen aus denjenigen Städten, die keinen eigenen Vogt dafelbst hielten, im Fall sie ein Vergehen begingen, strafeten, wogegen sich der Vogt von Lübeck vergebens gesetzt habe; und zu einer andern Zeit befürchtete man, daß der König das Deutsche Compagnie-Haus zu

<sup>29</sup> Auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1562, sprachen vorzüglich Danzig und Ebn gegen die Ratification, auch machte man, jedoch ohne Erfolg, Vorstellungen bey dem Könige; Protocol d. L. M.S. Brf. Vol. 220.

Ufede (Wlad) hinwegnehmen und in ein Kornmagazin verwandeln werde.<sup>30</sup>

Unter König Christian IV. schwanden endlich allmählig alle ihre bedeutende Handelsprivilegien dahin. Er erkannte ja, wie früher erwähnt, keine weiter an; der dreißigjährige Krieg, die Thätigkeit der Dänen im Activ-Handel, die Concurrenz der Fremden, brückte den Hansischen Verkehr in diesen Gegenden immer mehr und mehr. Gewohnheit, Lage, Nachbarschaft thaten noch einiges, aber dieß war unbedeutend gegen ehe-  
malis. Die Welt hatte sich verändert, vergebens waren die Bitten der Deutschen Städte, vergebens ihre

<sup>30</sup> Zu Folge des handschriftlichen Protocolls der Hanse-  
Lage, von den Jahren 1567 und 1572, in den MSS.  
Brl. Vol. 225. 227. Auf dem Reichstage zu Augs-  
burg, im Jahr 1582, klagte Lübeck Namens der  
Hanse, daß der Lastzoll im Grunde erhöhet, daß sie  
von jeder Last Ballast, Einen Ortsthaler, von jeden  
hundert Libovsch (?) Holz, einen halben Thaler, von  
jedem hundert Ruessisch Holz, Einen Thaler, eben  
so viel vom Pfunde Speck zahlen mußten. (Häber-  
lin, B. XII. S. 282). Ferner, daß sie von Einer  
Last Korn, Zehn Thaler; von Einer Last Ther, Einen  
Thaler; und eben so viel von Einem Schiffspfunde  
Wachs, Wagenschot, Blauholz und Einem Großhun-  
dert Flagholz; von Einem Sack Pfeffer, einen hal-  
ben Thaler und anderthalb Schilling; von Einer Last  
Salz, Einen Thaler, und wenn man damit auf  
Rußland oder Narva fahre, vier Thaler zu zahlen  
hätten; Häberlin a. a. D. S. 293.

dem Könige und den Seinen gemachten Geschenke. Alles hatte sich so verändert, daß sie ihn nicht mehr wie vordem seines Vorfahren mit dem Titel: königliche Würde, sondern mit dem der Majestät begrüßen mußten. Von Vorrechten vor seinen Unterthanen war bald nicht mehr die Rede, nicht einmal unter gleichen Lasten mit ihnen sollte der Verkehr den Deutschen verstatet seyn, mit Fremden sollten sie etwa auf gleichem Fuße stehen, vielleicht etwas besser. Der Håringsfang scheint allmählig minder ergiebig, und wahrscheinlich durch die Vernichtung der Privilegien und durch die Concurrenz des Niederländischen Hårings immer unbedeutender geworden zu seyn, und mit Einem Worte ihr privilegirter Handel hatte ein Ende.<sup>31</sup>

In Norwegen ging es ungefähr auf gleiche Weise. Zu Anfang dieser Periode zeigte sich noch der Uebermuth der Hanfischen Factore zu Bergen, durch Tumulturen, Zuschlagen und Mord; sie nahmen mit Gewalt, im Jahre 1528, die Martins- und Marienkirche den Einwohnern hinweg, besetzten sie mit Deutschen Predigern und verfuhrn als unumschränkte Herren. Selbst die Deutschen Handwerker zu Bergen wollten unter der Stadtoberigkeit oder des Königs Amtmann nicht stehen, sondern höchstens nur das Deutsche Comtoir als ihre Obrigkeit erkennen. Die Deutschen Kauf-

<sup>31</sup> Einige aus den Archiven entlehnte Urkunden, welche das Gesagte erhärten, werden, wenn der Raum es erlaubt, im vierten Theile folgen.

leute, oder die eigentlichen Comtoir-Inhaber, verthanzten sich durch hohe Mauern gegen die Einwohner der Stadt, und legten vor ihrer Kaufmannsstube ein Blockhaus an, um jenen die Fahrt nach den Nordländern mit Gewalt zu verwehren.

Alle Könige mußten ihnen zuerst noch ihre Freiheiten in Norwegen bestätigen, und geschah dieß nicht, so wurden sie dennoch behauptet. Unter Christian II. versuhr Jürgen Hansen Scriber, sein thätiger Amtmann zu Bergen, zwar mit Ernst und Strenge gegen sie; er ließ einen Deutschen Bäcker vor der Hanfischen Kaufmannsstube aufknüpfen, und untersagte den Fremdlingen allen Detail-Handel: aber Christians Unglück, in welches dieser sein treuer Diener mit verflochten ward, machte, daß dieß Alles bloß etwas Vorübergehendes blieb.<sup>52</sup> Ehem so fruchtlos waren auch im Ganzen einige der späteren Versuche dieser Zeit. Zwar kommen in der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts die Klagen vor, daß Fremde, besonders die Holländer, ober- und unterhalb Bergen zum Nachtheil des monopolisirenden Comtoirs einen Handel betrieben, Klagen, welche die Hanse selbst bey Carl V., als Herrn der Niederlande, anbrachte. Es geschah wohl, daß, bey den bekannten Revolutionen, welche der Königswechsel in Dänmark veranlaßte, der von den Hansen nicht be-

<sup>52</sup> Holbergs Beschreibung von Bergen, I. 182. II. 38. 55. und die Urkunde vom Jahre 1532. bey Willebrands. III. 89.



günstigste König, die übrigen fremden Nationen in Norwegen zu begünstigen suchte; allein dieß war ehemals nicht nur nichts neues, sondern der Hansen Ansehen zugleich hier so fest begründet, daß die ihnen etwa ungünstigen Befehle kaum zur Ausführung kommen konnten. Es klagten die Deutschen, und, wie es scheint, häufiger denn ehemals, daß die Bürger von Bergen nach Norden führen und den Hanssischen Stapel verdrängen, da bekanntlich die Nordlandsfahrer nach Bergen kamen, und dort ihre Fische und andere Waren gegen Deutsche Producte austauschen mußten, denn allerdings erhaselten sich doch die so lang gedrückten und schmählich gemißhandelten Bergener Bürger endlich wieder. Allein die Hansen hatten, wie alles übrige zeigt, nicht nur das ganz entschiedene Uebergewicht, sondern sie waren noch immer die Herren zu Bergen, denn ewiglich zu klagen und über die geringsten Kleinigkeiten die heftigsten Beschwerden zu führen, das war ihnen ganz eigenthümlich. So klagten sie denn auch darüber, daß die Deutschen Handwerker, die sogenannten Schuster, nicht unter des Comtoirs Schutz stehen sollten; über die Chikanen, die man ihnen, wegen ihrer erworbenen Häuser, jenseits der Brücke, über Strand, machte; allein sie behaupteten sich auch in der einen, wie in der andern Hinsicht.

Von der andern Seite beschwerten sich die Vorsteher der Niederlage, über die aus den Hanse-Städten ankommenden Kaufleute, welche einen Contrebande-Handel

ober- und unterhalb Bergen, mit Umgehung des Zwangshafens versuchten, und sogenannte verbotene Reisen nach den Ostney-Inseln, Faröe und Hirtland unternahmen, auch über den Strand anlegten und mit den Bürgern von Bergen unmittelbar verkehrten. Sie klagten über schlechte, aus den Deutschen Städten nach Norwegen geführte, Güter, über unerfahrene Schiffer, über die Ueberschwemmung des Comtoirs mit allerhand verlaufenem, Deutschen Volke, welches dort heimlich einen Handel betriebe; über den Absatz Deutscher Waren in großen Quantitäten an die Normänner, durch die aus Deutschland ankommenden, vaterländischen Kaufleute, wodurch der Niederlage der Vortheil des Detailhandels entzogen wurde; über das Verfahren derer, welche, ohne dazu berechtigt zu seyn, Güter auf eigene Rechnung, bey Befrachtung der Schiffe in den Deutschen Städten, nach Bergen schickten; über die Deutschen Factore, welche sich Untreue zu Schuld kommen ließen, und aus dem Comtoir in des Königs Rechte sich begaben, um so den wohlverdienten Ertrags zu entgehen.

Es beschwerten sich von der entgegengesetzten Seite die Städte, daß die Vorsteher des Comtoirs die ihnen gegebenen Vorschriften nicht streng genug befolgten, daß schlechte Nordische Waren durch sie nach Deutschland gesandt würden, daß sie die Hansische höchste Autorität nicht achteten, keine specielle Rechnung ablegten, eigenmächtig verführten, auch wohl des Eigennuzes wegen

Fremde schlugen, und trotz aller Befehle die barbarischen Spiele nicht abschafften. Endlich waren auch die Städte unter sich von Zeit zu Zeit im Streit, über die von ihren Bürgern nicht geachteten Vorschriften, wegen des Verkehrs mit Norwegen, der Befrachtung der zu zweyen Malen im Jahre nach Bergen abzufahrenden Handelsflotten, wobei die zu Lübeck bestellten Frachtherren, eine zu große Gewalt sich anzumessen schienen, so wie über die Rückkehr jener Schiffe, die nicht beflüßigt nach fremden Ländern, sondern in die Häfen der Städte, von wo sie waren ausgerückt worden, auch zurückkehren sollten.<sup>33</sup>

Jedoch, diese Klagen hatten nie gefehlt, und konnten nicht fehlen; allein hiermit war die Disziplin auf der Niederlage, die altgewohnte Ordnung, das ganze so schlau berechnete System noch nicht über den Haufen geworfen, mochten auch die Umstände fordern, daß man etwa von der Strenge dieser oder jener alten Satzung etwas nachlassen mußte.<sup>34</sup>

Seit der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts aber und nachher änderte sich freylich gar manches; die Nie-

<sup>33</sup> Man vergleiche deshalb die Urkunden aus diesem Zeitraum, bey Willebrandt s. das beygefügte Uf. Verzeichniß; auch kommen viele Nachrichten, deren Details mitzutheilen aus unnütz geglieden hat, in den handschriftlichen Quellen vor.

<sup>34</sup> Vieles der Art wird vornehmlich in dem MS. Hafn. bey den Jahren 1525 und 1540 erwähnt.

berlage ward in ihren Grundfesten angegriffen und über ihren Verfall konnte fortan kein Streit mehr seyn.

Christoph Wolffendorf, Amtmann, oder Lehnsherr zu Bergen, während der letzten Regierungsjahre Königs Christian III. und der ersten Friedrichs II., verfestete, während seiner vierjährigen Statthalterschäfte, von dem Jahre 1556-1560, die Deutsche Colonie daselbst unerbittlichen Wunden.<sup>25</sup>

Die Insolenz der Deutschen Amtsgenossen war nicht, wie in der letzten Zeit mit jedem Jahrzehend gewöhnlich, sie trieben die bürgerlichen Gewerbe in der Stadt, wollten aber dem Könige keine Abgaben zahlen. Endlich legten sie sogar eine Seebrücke und Woge vor ihrer Straße an, deren die Stadteinwohner sich nicht bedienen sollten. Alles dieß, ohne Vorfrage bey der Stadtoprigkeit, oder dem Lehnsherrn. Jetzt forderete sie der letztere zur Rechenschaft. Ihre Freybriefe, welche sie vorzeigten, rechtfertigten ihr Verfahren nicht; sie versprachen, unter Hand und Siegel, nichts ähnliches zu unternehmen, und die von ihnen angelegte Brücke und Woge zum freyen Gebrauche zu verstaten.

<sup>25</sup> Holberg I. 190. sagt bestimmt, daß C. W. in dieser Zeit Lehnsherr von Bergen gewesen. Wenn er II. 87. sagt: daß er 1563 unter Friedrich II. dieß Amt erhalten habe; so ist dieß wohl ein Druckfehler oder Irrthum für 1556; S. 69. heißt es auch, daß Wolffendorf in der Qualität als Lehnsherr von einer Reise nach Kopenhagen, im Jahr 1558, zurück gekommen sey.

Den einer kurz darauf erfolgten, neuen: Stetigkeit mußten sie geloben: daß sie von ihren Verbrauchern und Schenkern die gewöhnlichen Abgaben erlegen, und keinen aus dem Stadtrechte Verwiesenen in ihrem Quartier beherbergen, niemanden auf offener Straße gewaltsam überfallen, jedem gute Arbeit lassen, dem Hofen nicht durch Unrath verderben, ihre Thüren vor den Wächtern der Stadt des Nachts nicht mehr verschließen, noch ohne vorhergegangenes Urtheil sich wie sonst Recht verschaffen wollten. Sie versprachen eine bestimmte hölzerne Brücke auf ihre Kosten stets gut zu erhalten, und treu allen diesen Punkten bey Leib und Lebensstrafe, oder dem Verlußt ihres Gutes nachzukommen.

Kurz darauf entstand ein neuer Zwist, über das durch die Handwerker behauptete Recht auf die St. Holwardskirche: als sie aber mit einem falschen Documente dieß zu beweisen suchten; so wurden sie durch den Lehns Herrn des Betrugs überführt, die Kirche ihnen genommen, und der Ruch Aug an ihnen zu sinken. Wolfendorf ließ ihnen zu wissen, thun, daß sie die Stadt zu räumen, oder den Befehlen des Reichs sich zu unterwerfen hätten. Nun wollten sie zum Theil auf der Brücke, oder dem Comtoir der Kaufleute sich niederlassen, aber auch dieß ward ihnen untersagt, wer sich nicht fügen wollte, mußte nach Deutschland zurückkehren. Die auführerische Kotte war mit einem Schlage vernichtet.<sup>36</sup>

<sup>36</sup> Holberg I. 126-127, vergl. auch den Obenseelischen Bericht von dem Jahre 1560.

Allem, auch gegen das Comtoir der Deutschen Kaufleute zu Bergen, wagte eben dieser Lehnsherr einige sehr entscheidende Schritte, und auch sie gelangen. Er ließ alsbald, nach Antretung seines Amtes, die Häuser niederreißen, wo der Deutschen Kaufleute viele Dirnen sich aufhielten, von wo aus sie unbemerkt ihre Tummelte und Mordthaten, deren Thäter nie ausgeliefert wurden, gewöhnlich begannen. Die flüchtigen Weiber wurden in einem andern Theile der Stadt untergebracht, welcher von der Pforte des Schlosses aus stets beobachtet werden konnte. Der Lehnsherr verbot überhaupt jeden unerlaubten Umgang der kaufmännischen Mönche mit dem freien Weibsvolke, und obwohl dieß schwerlich zu halten stand; so gebot er doch zugleich, daß ihre Concubinen mit ehrenwerthen Bürgerfrauen keinen Kirchenstuhl theilten, keine Gemeinschaft haben sollten.

Die Verweisung oder Demüthigung der Deutschen Handwerker raubte dem Comtoir die rüstigsten Vorfeser. Als Christoph Wolkendorf, im Jahr 1538, von Kopenhagen zurückkehrte, ließ er die Wache des Schlosses verstärken und aller Orten grobes Geschütz aufpflanzen. Die Bürger der Stadt, ängstlich ein Gesichts mit den Deutschen erwartend, fürchteten heimlich ihre besseren Effecten, aber eine mündliche Unterredung, zwischen den Comtoiristen und dem Statthalter, in der Frauenkirche, ließ sogleich alle Furcht schwinden. Unter die empörte Menge trat er, nur von zwey Bedienten begleitet: allein dem, der auf dem Schlosse der Wache

vorstand, hatte er den Befehl hinterlassen, bey einem Tumulte sogleich alles Geschütz auf die Gegend spielen zu lassen. Die Deutschen wollten aus ihren Freybriefen die Befugniß erwelsen, die Handwerker unter ihrem Rechte zu haben; allein weder Walkendorf, noch der König willigten ein.

Zu den Predigern der beyden Deutschen Gemeinden, die weder dem Superintendenten von Bergen, noch der königlichen Kirchenordnung sich unterworfen wollten, sprach er, wie er zu den Handwerkern gesprochen, und sie fügten sich.

Die Erbitterung von Selten der Deutschen war groß, allein wenn sie nun auch haufenweise zu Dreyhundertern zuweilen noch erschienen, auch einen oder den andern von den Schlossteuten erschlugen; so blieb doch Walkendorf unerschütterlich fest bey seinem Systeme, und er ließ alles ebenen, was zwischen dem Schlosse und der Brücke lag, um jede Gefahr im Ausbruche ersticken zu können. <sup>37</sup>

So klug und so ernstlich verfuhr schon dieser Mann, und in dem Odenseelschen Kecß, von dem Jahre 1560, mußten die Deutschen nun auch bereits mehrere ihrer theuersten Privilegien in Norwegen aufgeben. Der wichtigste Punct war, daß sie den Einwohnern von Bergen die freye Fahrt und Ausrüstung von Schiffen nordwärts zugestehen mußten, wodurch diese zur unmittelbaren Theilnahme an dem Nordischen Fischhandel kamen und

das Monopol der Hansen zerstört wurde. Zwar hieß es in dem Vertrage, daß diese Freiheit den Bürgern von Bergen nur auf zwölf Jahre jährlich mit vier und zwanzig Schiffen zustehen sollte, und die Hanse-Städte hofften fromm auf den Ablauf dieser Frist; allein es ward doch auch in des Königs Willen gestellt, ob er alsdann den Bürgern der Stadt mehr oder weniger Schiffe verstaten wolle; und wer konnte nun noch über diesen Willen zweifeln? Die Bergener versprachen keinen Fremden an diesem Handel nach Norden Antheil zu verstaten, und mit den dadurch erworbenen Gütern nicht sogleich nach fremden Ländern, namentlich nicht nach Holland zu fahren, vielmehr zuerst nach Bergen mit ihrer Ladung zurückzulaufen, und wenn sie daselbst keine Käufer fanden, erst dann andere Länder zu besuchen. Der Verkehr zwischen dem Comtoir und ihnen sollte durchaus frey seyn, kein Theil sollte zum Verkauf der Güter nach vorgeschriebenen Preisen gezwungen werden. Fremde Nationen sollten kein Winterlager in Bergen haben dürfen, ihnen jedoch frey stehen, mit den Deutschen, oder den Bürgern der Stadt zu handeln. Der Ankauf von Lebensmitteln, jedoch nur zum eigenen Gebrauche, ward den Deutschen frey gegeben; nur an den bestimmten Plätzen sollten sie aber ihre Güter verkaufen, nicht mit Krämerwaren in den Häusern umhergehen, noch auf der Brücke mit Krämeren oder Händlern ausstehen. Die größeren und kleineren Gewichte und Maße sollten durch den Rath und Amtmann zu



Bergen bestimmt, und von Zeit zu Zeit geprüft werden. Ist wie fern die am Strand aufgeführten Hansischen Gebäude ferner geduldet werden sollten, das ward auf eine demnächst vorzunehmende, nähere Untersuchung ausgesetzt, was denn von diesen Gebäuden ohne Schaden beibehalten werden könne, darüber versprach der König sich den Deutschen mild und gnädig zu beweisen, vorläufig aber sollte daselbst nicht weiter gebaut werden, die Seebau allein ausgenommen, welche in Bau und Verbesserung zu erhalten wären. Alle Deutsche Handwerker, die noch zu Bergen wären, oder ferner dahin kommen würden, sollten gemeinem Stadtrecht und dem Könige unterworfen seyn, ja die Deutschen Kaufleute selbst, in allen Dingen, die das Comtoir nicht betreffen, und in so fern sie nicht durch ihre Privilegien besonders begünstigt wären. Auch sollten, wie es scheint, die Deutschen Kaufgesellen befugt seyn, zu Bergen, oder anders wo, sich bürgerlich niederzulassen, das heißt, des Königs Unterthanen zu werden, wenn sie zuvor mit ihren Deutschen Principalen oder Handelsgeossen, der bisher geführten Geschäfte wegen, ihre Rechnung abgeschlossen hätten. Kein Deutscher Kaufmann sollte dagegen einen Diener eines Bürgers von Bergen annehmen, es wäre denn, daß er bereits seit Jahr und Tag aus seines bisherigen Herrn Dienst getreten sey. Den Deutschen Handwerkern und Kaufleuten sollte zu ihren ausstehenden Schulden verholffen werden; den Norwegern aber gleichfalls der Handel und die freie Ein-

und Ausfuhr auf den Deutschen Märkten und Häfen, so wie die Schifffahrt auf den Strömen der Wendischen und Hanse-Communen frey stehen.<sup>28</sup>

Wie vieles ward nicht von Deutscher Seite durch diesen Vertrag auf ein Mal eingebüßt! Wie viele Ausdrücke waren so gefaßt, daß ihnen in der Folge noch mehr genommen werden konnte! Zwar versuchten sie nachher, wenn der Moment günstig schien, dem einen oder andern Punct zu widerstreben, aber die Könige hätten die Macht dem Vertrage eine ihnen günstige Interpretation zu geben.

So versuchten es die Einwohner des Comtoirs kurz nach jenem Vertrage, das Bollwerk vor der Kaufmannsstube zu Bergen wieder anlegen zu lassen, um den Bürgern des Orts die Fahrt nach den Nordlanden zu verwehren. Allein sie mußten von dem Beginnen alsbald abstehen. Ein anderes Mähl hofften sie, durch den den Nordlandsfahrern und den Einwohnern von Bergen verweigerten Credit, sie nach ihrem Willen zu zwingen, da um bares Geld zu handeln beyden so beschwerlich, als unmöglich schien; doch auch dieß ward durch die Dazwischenkunft des damaligen Lehnsherrn, Mads Scheel, vereitelt.<sup>29</sup>

Zu einer andern Zeit unternahmen es die Vorsteher der Factorey, nicht bloß von den Schiffen, die bey

<sup>28</sup> Die Urkunde steht bey Marquard, vergleiche Urkunden: Verzeichniß bey d. Jahre.

<sup>29</sup> Holberg, II. 96.

der Brücke anlegten, sondern auch von denen, die an anderen Theilen der Stadt vor Anker gingen, Abgaben zu fordern, um dem unerlaubten freien Handel vorzubehalten; allein auch dieß ward ihnen untersagt. Die Klagen des Comtoirs wurden immer lauter, daß durch die freie Schifffahrt der Bürger von Bergen auf die Hanse-Städte, der Niederlage ein tödtlicher Stoß begebracht werde; aber es gab hier keine Hülfe, da der Odenseelsche Recess so ganz entschieden die Befugniß dazu den Norwegern zusprach. Statt der in jenem Vertrage den Bürgern zugestandenen vier und zwanzig Schiffe, trieben sie wohl mit hundert den ehemals ihnen verwehrten Verkehr, nördlich und südlich von Bergen, und wenn die Städte diese Freiheit zu beschränken suchten, wenigstens bey der Ankunft der Einwohner von Bergen in den Deutschen Häfen, bald durch diese, bald durch jene Mittel; so mußte man des klaren Sinnes jenes Vertrags wegen, doch vorsichtlg sehn und den Forderungen der Könige, die so legal begründet waren, sich fügen.<sup>40</sup>

<sup>40</sup> Urkunde bey Willebrandt, vom Jahre 1571, III. S. 111, 112. Holberg I. 154, 155. Handschriftliches Protocoll des Hanse-Tags von den Jahren 1567, 1572; MSS. Brf. Vol. 225, 227. Auf dem H. Tage des Jahr 1584, MSS. Brf. Vol. 234, stellte der Altkermann des Comtoirs zu Bergen vor, daß die Bürger der Stadt Bergen weiland keinen freien Handel gehabt hätten, daß aber seit dem Odenseelschen Recess er ihnen freylich nicht abgesprachen wera

Zwar ließen es die Hansen an manch dienstwillig unterthanig glimpflichem Schreiben an die Könige nicht fehlen, aber alle blieben fruchtlos, denn es war eine andere Welt geworden. Im Jahre 1612 mußten sich die Bedienten des Comtoirs auf Befehl des Königs mustern lassen, und versprechen, einige Schiffe zu seinem Dienste bereit zu halten, gleichsam als wären sie seine Unterthanen geworden. <sup>42</sup>

So mußte man es dulden, daß ein Prediger des Comtoirs von dem Bishofe zu Bergen abgesetzt ward, weil er unvorsichtig in Rede und That war. Neue, bisher unerhörte Zölle und Abgaben wurden von den Königen selbst, und von dem Magistrate zu Bergen, von Zeit zu Zeit ihnen abgefordert, ein eigener königl.

den könne. Indessen werde man ihren Handel noch immer schwächen können, wenn man nur streng darauf halte, daß sie um bares Geld, nicht auf Credit handelten, daß sie ihre Güter nicht in hantische Schiffe laden dürften, daß allen Hanseaten jede Mascopie mit einem Norweger versagt würde. Wenn man aber diesen freien Verkehr nicht störe; so habe das Comtoir ein Ende, da die Norweger die Kosten zu dessen Unterhaltung nicht mit tragen, welche den Deutschen zur Last falle, sie aber eben deswegen den Verkehr zwischen Deutschland und Norwegen mit größerm Vortheile, als die Hansen, betreiben könnten.

<sup>42</sup> Handschriftl. Protocol der Hantischen Versammlung in dem Jahre 1612, in den MSS. Brk. Vol. 238.

der Zöllner dort angestellt; fruchtlos blieb der Beschluß der Hanse, daß das Comtoir lieber sich solle ausspannen lassen, als in diese oder jene neue Abgabe willigen. Die Widerspenstigen wurden ausgepändet und mußten zahlen; nachdem dieß aber geschehen war, und so ein Beispiel für die Zukunft aufgestellt worden, ließ König Christian IV. sich billiger finden. Sie klagten über die Störung ihrer Jurisdiction auf dem Comtoir, ferner, daß bey ihren ausstehenden Schuldforderungen, die Norwegischen Creditoren ihnen vorgezogen wurden. Man hatte der Factoren ihren Weinfeller eingezogen, und ihr das Recht des Weinschanks genommen. Ihr gebes Geschütz, das nun unnöthig geworden war, wurde nach Bremen und Hamburg eingeschifft, ein Theil ging unterwegs unter, der flägliche Ertrag des übrigen ward der verarmten Hanfischen Casse zugewiesen. So tief waren sie gesunken und so wenig von den alten Vorrechten gegen einen König, wie Christian IV. war, zu behaupten.<sup>42</sup>

Die Concurrnz der übrigen Völker, die immer mehr zunahm, riß den Hansen die Handelsheerrschaft in diesen Gegenden vollends aus den Händen. Dänen,

<sup>42</sup> Handschriftl. Protocoll des Hanse-Tags von dem J. 1567, in den MSS. Brf. Vol. 225; Protocoll des H. Tags vom Jahre 1598, ebendas. Vol. 234; vom Jahr 1604, ebendas. Vol. 236; v. Jahre 1608, ebendas. 238; im May des Jahrs 1614 und vom Jun. und Jul. 1619, ebendasselbst Vol. 241.

Schweden, Engländer, Niederländer, Deutsche, die nicht zur Hanse gehörten, sogar Franzosen, obschon in sehr geringer Zahl, nahmen mehr oder weniger an dem Verkehr mit den Norwegern und den dazu gerechneten nördlich belegenen Inseln Theil. Vor allem andern die Niederländer, die durch die ausgebreiteten Märkte, welche sie besuchten, durch ihr anwachsendes Handels-Capital in kurzem über alle übrigen, die Hanse selbst nicht ausgenommen, ein entschiedenes Uebergewicht gewannen.<sup>43</sup>

Wie schlimm dieß Alles nun war, so hätten die Hanfen dennoch, durch den Vorzug einer Fiers, Jahr aus Jahr ein fordbauernden Niederlage, deren keine andere Nation sich zu erfreuen hatte, obwohl bey verklärten Freyheiten, ihr Uebergewicht hier behaupten können, wenn das große Verderben nicht im Innern des Bundes und Deutschlands selbst geherrscht hätte, und wenn nicht ein ganz anderer Mechanismus für den Handel aufgekommen wäre. Die Hanfischen Kauffahrer mußten sich dem Schoß, obwohl zuletzt auf ein Drittel herabgesetzt<sup>44</sup>, dem Handelszwange auf der Factorrey

<sup>43</sup> Holberg I. 169–172, und alle in der Folge angeführte handschriftliche Nachrichten.

<sup>44</sup> Im Decess des Hanse-Tags, von dem Jahre 1554, wird der Schoß angegeben zu 10 Dänischen Witten von jedem Warenwerth zu 25 Wt. Lüb.; MS. Hafn. Der Schoß war im Jahr 1591 von jeglicher Last von

sonnter weniger unterwerfen, und, was so gut wie unerhört bisher war, die Factore begaben sich immer mehr über den Strand, in Norwegisches Recht und heiratheten des Landes Töchter. Die Schiffe aus den Hanasischen Städten fahren ober- und unterhalb Bergen, trieben daselbst einen Verkehr gegen alle bisherige Statute, ja verkauften ihre Schiffe an Norweger. Diese Hanasischen Hochverräther waren aber nicht zu bändigen, da der mächtige Arm des Königs, oder seines Statthalters sie schützte.<sup>45</sup> Die Statute, wegen der verschiedenen Fischarten, besonders des Stöckfisches, um ihn theils in guter Qualität zu erhalten, theils den Monopollen-Handel damit zu behaupten, galten nicht mehr, ja es ward von einigen geantwortet, als man auf die Erhaltung der alten Vorschriften drang, daß, da alle Außerhansen bereits zum Veyispiel mit Isländischem Fisch handelten, die alten Statute nicht mehr gehalten wer-

dren Thalern auf Einen herabgesetzt worden. Urkunde bey Willebrandt von dem Jahre 1595, u. handschriftliches Protocoll der Tagesfahrt, von d. Jahre 1609, in den MSS. Brf. Vol. 238.

<sup>45</sup> Wegen Colbergs Widerstreben, Protocoll des Hanse-Tags, v. J. 1584, MSS. Brf. Vol. 234; Danzigs, Colbergs, Greifswaldes und Anklams Forderungen auf dem Hanse-Tage v. dem J. 1605, ebendaseibst Vol. 236. Von dem überstrandischen Handel reden auch die hierher gehörigen gedruckten Urkunden bey Willebrandt.

den könnten.<sup>46</sup> Die Klagen wurden immer lauter über die statutenwidrige Befrachtung der Schiffe, die nach Bergen abgingen, besonders über die, welche von Rostock, Wismar und Stralsund ausliefen; daß unter andern fremdes, außerhansisches Gut in diesen Schiffen nach Bergen geführt, und dadurch das Comtoir geschwächt und der König, wegen Schmälerung seiner Zölle, aufgebracht würde.<sup>47</sup> Es ward geklagt, daß diese und jene Kaufleute, welche aus verschiedenen Hanse-Städten nach Norwegen ausliefen, dort keine Stuben oder Kammern unterhielten, keine Nachtwachen thun wollten, über Strand und an andern Orten hin mit den Bürgern

<sup>46</sup> Ueber den Isländischen Fisch, s. Camman's MS. von d. J. 1566. Statut über den Osterhavenschen Fisch, der ungeschrubbet in Rippen soll versandt werden, und Klagen über die von Deventer, die den guten Rutscher ungeschrubbt ausschiffen; s. Urkunde v. Willebr. von d. J. 1571. Im Jahre 1619 ward noch von der Versammlung der Städte aus an das Comtoir geschrieben, nicht zu dickes Holz für die Stockfisch-Tonnen zu nehmen, um ein betrüglich größeres Gewicht zu erhalten, noch den guten Fisch mit schlechten Arten zu vermengen. Protocolld dieses Hanse-Tags vom Jun. und Jul. MSS. Brf. Vol. 241 n. f. w.

<sup>47</sup> Urkunde bey Willebrandt, vom Jahre 1595, und handschriftliches Protocolld der Tagsetzungen, v. dem Jahre 1567 und von andern Jahren, in den MSS. Brf. Vol. 225.



von Bergen und andern Eingeborenen des Landes und Fremden verkehrten, jene mit den nöthigen Gütern versehen, um den Nordlandsfahrern, gegen die gewohnten Bedürfnisse, ihre Fische und andere ihnen eigene Güter abzukaufen. <sup>48</sup>

Die Erneuerung aller alten Statute, die Hinzufügung neuer, konnten aber nichts helfen, da die Bürger von Bergen allmählig zum Handel mit den Nordlandsfahrern gelangten, und von den Holländern ihre anderweitigen Bedürfnisse erhielten. Es kamen, stets häufiger die Klagen vor, daß Hansen in fremden Schiffen ihre Güter von und nach Bergen versendeten, gegen die schwer verpönten Statute, worauf so ganz eigentlich die Herrschaft der Hansen begründet war. <sup>49</sup> Klagen, daß die Bürger der Städte Rostock, Wismar und Stralsund nicht wie sonst auf die Orte, von wo sie befrachtet worden, sondern geradezu auf fremde Länder führen, wodurch das Comtoir und dessen Einkünfte geschmälert und der Monopollen-Handel gestört würde;

<sup>48</sup> Besonders kamen auf der Versammlung, von dem Jahre 1567, die Klagen über Stralsund vor; siehe Protocoll dieser Versammlung in den MSS. Brf. Vol. 225.

<sup>49</sup> Bremen und Danzig wurden auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1567, dieses beschuldigt; MSS. Brf. Vol. 225.

Klagen, daß diese Städte gewisse Veysschiffe den Handelsflotten beugefellen; und unter denselben Nahmen einer gewissen Zahl von Lasten, größere Quantitäten hinc und herschiffen, um somit den Abgaben an das Comtoir mehr zu entgehen.

Es geschah aber endlich gar, daß ein Paar einzelne, Hansische, widerspenstige Kaufleute, welche das Comtoir oder die Hanse zur Bestrafung vorforderte, mit einer Appellation an den König von Dänmark drohten.<sup>50</sup>

Es mußte sich ereffen, daß die Bürger von Bergen bey ihrem größern Emporkommen, den Deutschen bey'm Abnehmen ihres Wohlstandes, Vorschüsse thaten, welche denn dagegen die Häuser oder Kammern auf dem Comtoir ihnen verpfändeten, so daß jene zu dem Besiß derselben gelangten, wenn diese nicht zahlen konnten. Dieß schien den Vorstehern des Comtoirs nun allerdings der vollste Verderb zu seyn, und auch meist zum Nachtheile der Deutschen Kaufherren, die mehrentheils darauf allein, nicht aber ihre Factore und Diener, ein Recht hatten. Da man aber aus Furcht vor dem Landesherren dieß gänzlich zu verble-

<sup>50</sup> Dieß that unter andern Claus Scharnebeck, ein Hamburger, zu Folge des Protocolls des Hanses Tags, vom Jahr 1579; MSS. Brf. Vol. 230.

ehen nicht wagte; so suchte man es doch zu erschweren, indem mit Einwilligung des königlichen Statthalters für Deutsche und Norweger bestimmt ward, daß keine Verpfändung der Art, durch bloße Handschrift, weder von der einen, noch von der andern Seite, sondern, daß bloß eine solche, die vor dem Comtoir und Stadtgericht geschehen, gültig seyn sollte. <sup>51</sup>

Allerdings ward hierdurch dem großen Uebel noch einige Zeit vorgebeugt, allein ein Jahrhundert nachher findet man die Bürger von Bergen allmählig im Besitze des größten Theils der Höfe und Kammern des Comtoirs, woraus die Deutschen auf dieselbe Weise vertrieben wurden, wie sie vordem durch Vorschüsse und Verpfändungen, die Bürger der Stadt selbst ausgestoßen hatten.

So verfiel alle Herrlichkeit vorliger Zeiten, und wenn noch im siebenzehnten und achtzehnten Jahrhundert, eine oder die andere Freyhelt hier den wenigen vereinigten Hanse-Städten, oder einzelnen von ihnen zugestanden ward; so ging dieß den altverehrten Bund nicht mehr an. Ein Schein, ein Schatten, und altverehrte Namen und Worte blieben noch lange hin,

<sup>51</sup> Zu Folge des Protocolls der Tagung der Quartier- und Wendischen Städte, vom Jahre 1581, in den MSS. Brf. Vol. 231.

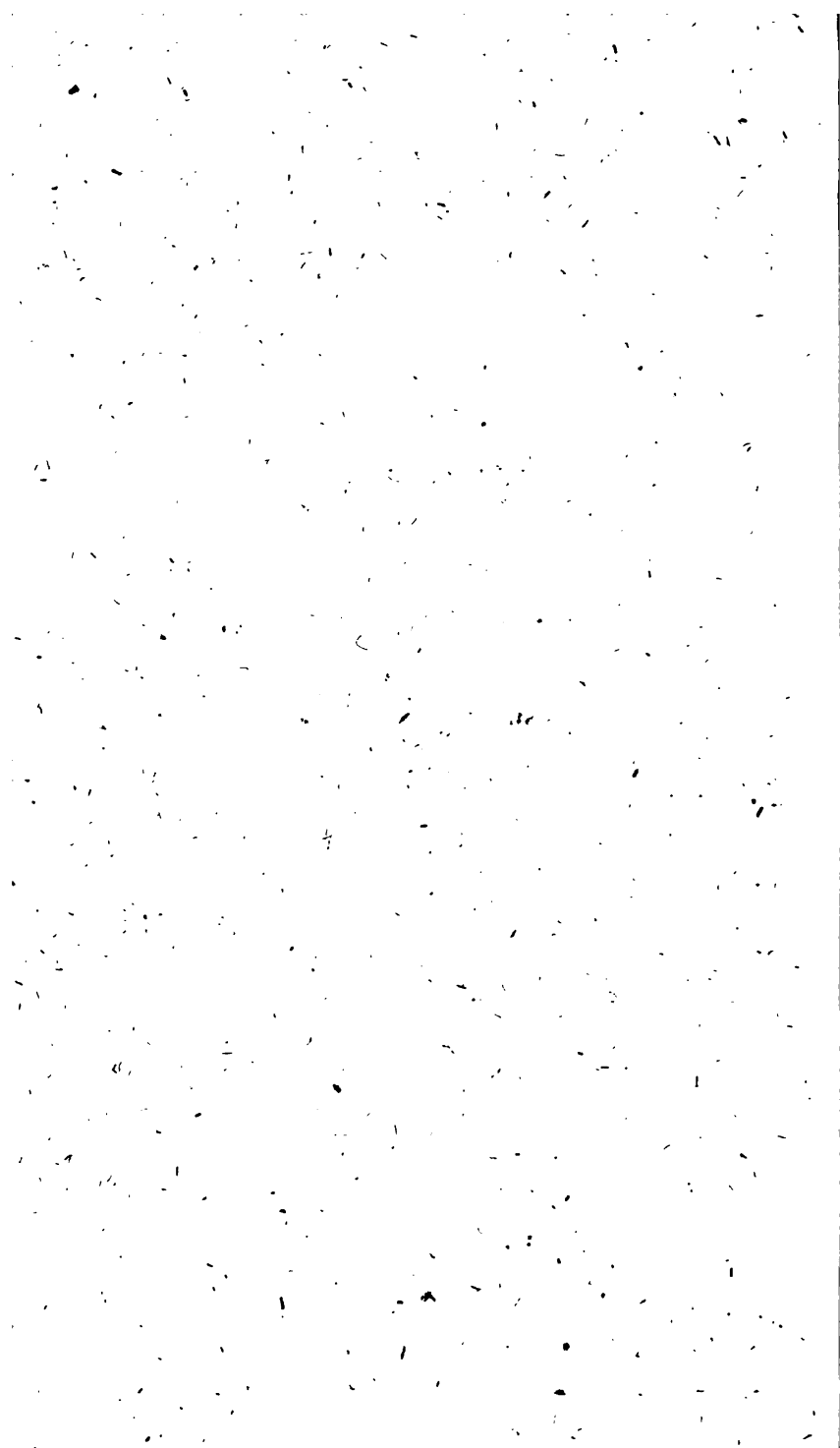
bis auf die spätesten Zeiten, aber die Sache selbst, die so lange, so rühmlich behauptete, hatte längst aufgehört. <sup>52</sup>

- <sup>52</sup> Ueber den Zustand des Comtoirs in der zweiten Hälfte des siebenzehnten und im achtzehnten Jahrhunderte, sich weiter zu verbreiten, hört nicht mehr hierher. In den MSS. Brf. Vol. 251. kommen noch Beschlüsse, von dem Jahre 1668, in Bezug auf das Comtoir vor, die den gänzlichen Verfall hinlänglich beurkunden. Holberg liefert, Th. II. Hauptstück 9. S. 97 u. ff., eine Beschreibung dieses spätern Zustands des. Auch finden sich die sogenannten Grenzbriefe, von den Jahren 1673, 1707, 1747, von den Königen Christian V., Friedrich IV. u. V. bey Willebrandt III. S. 180 u. ff.

## **Fünfzehntes Buch.**

---

**Der dritten Periode dritter Abschnitt:  
Verhältniß der Hanse zu Schweden und  
Rußland, und Verfall ihres Ansehens und  
Handels daselbst.**



---

## Fünfzehntes Buch.

### Geschichte der Verhältnisse der Hanse zu Schweden und Rußland, während der dritten Periode.

---

Zu Ende des fünfzehnten und anfangs des sechzehnten Jahrhunderts, war die Handels Herrschaft der Deutschen Städte in Schweden noch ganz ungestört. Die bekannten Unterbrechungen durch die beiden Unions-Könige, Johann und Christian II., haben sie nicht auf, und als Gustav I. vollends, durch lübeckische Unterstützung, den Schwedischen Thron bestieg; so war es eines seiner ersten Geschäfte, dieser Stadt, ferner Danzig und den Verwandten beyder, d. i. den seefahrenden, Deutschen, Hanseatischen Communen, in so fern Lübeck diesen den Mitgenuß der Freyheiten verstatten wollte, einen Freybrief im Jahr 1523 zu ertheilen, der alles irgend Wünschenswerthe enthielt.

Vermöge dieses wurden sie von der Erlegung jedes Zolls und jeder andern Abgabe im ganzen Reiche freigesprochen, namentlich in den vier vorzüglichsten Handelsstädten, zu Stockholm, Calmar, Söderköping und Åbo, bey der Aus- und Einfuhr, so wie ihnen volle Freyheit des Verkehrs mit allen Eingewohnnen des Reichs verstattet ward. Den Schweden wurde zwar ein gleiches in Lübeck zugestanden, aber der Vortheil, wegen des

weit größern Activ-Handels der Deutschen war offenbar auf Seite der letzteren; und ohnehin wurde die Zusage von ihnen schlecht genug gehalten. Ferner versprach der König, keiner andern Nation irgend einen unmittelbaren Verkehr mit den Schweden zu verstatten, wenigstens keinem Fremden Bürgerrecht in Schweden zu ertheilen, so daß Lübeck, Danzig und ihre Freunde das volle Monopol also genießen sollten. Ja was noch mehr, kein Schwede sollte durch den Sund, oder die Belte fahren, folglich aller westliche Verkehr einzig durch die Hände der Deutschen Communen gehen. Winder wichtig, jedoch immer noch bedeutend genug, waren die übrigen Puncte, welche unparteiische Rechtschülfe, besonders wegen ausstehender Forderungen, freye Ab- und Zufahrt, die Anlegung von Waren-Magazinen im Lande, Abschaffung jedes Abzugs- und Straßendrehts und einige andere Gegenstände betrafen, die hier und an andern Orten bereits früher waren erworben worden. Aber es hieß auch noch ausdrücklich, daß diese Freyheiten geändert und gemehrt werden sollten, wie die von Lübeck es begehrten würden, wie denn endlich auch alle ältern Freyheiten bestätigt wurden; jeder Streit aber über die Faltung dieser Zusagen, sollte durch eine Commission von vier Reichsräthen aus Schweden, und vier Rathsmännern der Städte, die zu Lübeck ihre Zusammenkunft zu halten hätten, entschieden werden.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Am besten ist die Urkunde bey Marquard abgedruckt, vergleiche d. Urf. Verz.



Diese Punkte, welche nur die vorzüglichsten sind, waren, für diese späten Zeiten, wirklich fast unerhört, früher aber selbst kaum je buchstäblich und förmlich also ertheilt worden. Es war indeß auch vorauszusehen, wie denn alsbald erfolgte, daß der König diese unglaublichen Versprechungen weiter nicht halten würde, wenn er nur erst seinen wankenden Thron etwas mehr besetzt, und die Schuldforderung der Lübecker einiger Maßen abgetrogen haben würde, welche auf 68,681 Mark und ferner an barem Vorschuß auf neunzehnhundert Mark, von ihnen angegeben ward. Ein Paar Jahre nachher, im Jahr 1526, ging der König bereits einen Handelsvertrag mit Holland, Brabant, Seeland, West- und Ostfriesland ein; der den Hansen nachtheilig werden mußte; er bestimmte die Preise, um welche die in- und ausländischen Waren verkauft werden sollten; er verbot das Hausiren der Deutschen Krämer auf dem platten Lande und in den Landstädten; beschränkte ihren freien Aufenthalt im Reich; begehrte für die Schwedischen Schiffe gleiche Zollfreiheit in den Hanseischen Häfen, und daß sie die Schwedischen Güter zu höheren Preisen, als sie wollten, annehmen sollten.<sup>2</sup> Diese Verfügungen,

<sup>2</sup> S. Flintberg über den Handel der Hanse-Städte mit Schweden, Deutsche Uebersetzung in Meusels histor. literar. statistisch. Magazin, Th. 1. Zürich, 1802. S. 35. Zu Folge der bekannten Schriftsteller, Tegel, Dalin, Gellius, Quisfeld und besonders einer Dissertation unter Fants Präsidio: de pri-

den könnten.<sup>46</sup> Die Klagen wurden immer lauter über die Statutenwidrige Befrachtung der Schiffe, die nach Bergen abgingen, besonders über die, welche von Rostock, Wismar und Stralsund ausliefen; daß unter andern fremdes, außerhanfisches Gut in diesen Schiffen nach Bergen geführt, und dadurch das Comtoir geschwächt und der König, wegen Schmälerung seiner Zölle, aufgebracht würde.<sup>47</sup> Es ward geklagt, daß diese und jene Kaufleute, welche aus verschiedenen Hanse-Städten nach Norwegen ausliefen, dort keine Stuben oder Kammern unterhielten, keine Nachtwachen thun wollten, über Strand und an andern Orten hin mit den Bürgern

<sup>46</sup> Ueber den Isländischen Fisch, s. Cammans MS. von d. J. 1566. Statut über den Osterhavenschen Fisch, der ungeschrubbet in Rippen soll versandt werden, und Klagen über die von Deventer, die den guten Rutscher ungeschrubbt ausschiffen; s. Urkunde v. Willebr. von d. J. 1571. Im Jahre 1619 ward noch von der Versammlung der Städte aus an das Comtoir geschrieben, nicht zu dickes Holz für die Stockfisch-Tonnen zu nehmen, um ein beträglich größeres Gewicht zu erhalten, noch den guten Fisch mit schlechten Arten zu vermengen. Protocolł dieses Hanse-Tags vom Jun. und Jul. MSS. Brf. Vol. 241 u. f. w.

<sup>47</sup> Urkunde bey Willebrandt, vom Jahre 1595, und handschriftliches Protocolł der Tagsetzungen, v. dem Jahre 1567 und von andern Jahren, in den MSS. Brf. Vol. 225.

von Bergen und andern Eingeborenen des Landes und Fremden verkehrten, jene mit den nöthigen Gütern versahen, um den Nordlandsfahrern, gegen die gewohnten Bedürfnisse, ihre Fische und andere ihnen eigene Güter abzukaufen. <sup>48</sup>

Die Erneuerung aller alten Statute, die Hinzufügung neuer, konnten aber nichts helfen, da die Bürger von Bergen allmählig zum Handel mit den Nordlandsfahrern gelangten, und von den Holländern ihre anderweitigen Bedürfnisse erhielten. Es kamen, stets häufiger die Klagen vor, daß Hansen in fremden Schiffen ihre Güter von und nach Bergen versendeten, gegen die schwer verpönten Statute, worauf so ganz eigentlich die Herrschaft der Hansen begründet war. <sup>49</sup> Klagen, daß die Bürger der Städte Rostock, Wismar und Stralsund nicht wie sonst auf die Orte, von wo sie befrachtet worden, sondern geradezu auf fremde Länder führen, wodurch das Comtoir und dessen Einkünfte gesmälert und der Monopoliën-Handel gestört würde;

<sup>48</sup> Besonders kamen auf der Versammlung, von dem Jahre 1567, die Klagen über Stralsund vor; siehe Protocoll dieser Versammlung in den MSS. Brf. Vol. 225.

<sup>49</sup> Bremen und Danzig wurden auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1567, dieses beschuldigt; MSS. Brf. Vol. 225.

Klagen, daß diese Städte gewisse Veeschiffe den Handelsflotten beugefellen, und unter denselben Namen einer gewissen Zahl von Lasten, größere Quantitäten hinein und herschifften, um somit den Abgaben an das Comtoir mehr zu entgehen.

Es geschah aber endlich gar, daß ein Paar einzelne, Hansische, widerspenstige Kaufleute, welche das Comtoir oder die Hanse zur Bestrafung vorforderte, mit einer Appellation an den König von Dänmark drohten.<sup>30</sup>

Es mußte sich treffen, daß die Bürger von Bergen bey ihrem größern Emporkommen, den Deutschen bey dem Abnehmen ihres Wohlstandes, Vorschüsse thaten, welche denn dagegen die Häuser oder Kammern auf dem Comtoir ihnen verpfändeten, so daß jene zu dem Besiß derselben gelangten, wenn diese nicht zahlen konnten. Dieß schien den Vorstehern des Comtoirs nun allerdings der vollste Verderb zu seyn, und auch meist zum Nachtheile der Deutschen Kaufherren, die mehrentheils darauf allein, nicht aber ihre Factoren und Diener, ein Recht hatten. Da man aber aus Furcht vor dem Landesherren dieß gänzlich zu verble-

<sup>30</sup> Dieß that unter andern Claus Scharnebeck, ein Hamburger, zu Folge des Protocolls des Hanse Tags, vom Jahr 1579; MSS. Brf. Vol. 230.

ehen nicht wagte; so suchte man es doch zu erschweren, indem mit Einwilligung des königlichen Statthalters für Deutsche und Norweger bestimmt ward, daß keine Verpfändung der Art, durch bloße Handschrift, weder von der einen, noch von der andern Seite, sondern, daß bloß eine solche, die vor dem Comtoir und Stadtgericht geschehen, gültig seyn sollte. <sup>51</sup>

Allerdings ward hierdurch dem großen Uebel noch einige Zeit vorgebeugt, allein ein Jahrhundert nachher findet man die Bürger von Bergen allmählig im Besitze des größten Theils der Höfe und Kammern des Comtoirs, woraus die Deutschen auf dieselbe Weise vertrieben wurden, wie sie vordem durch Vorschüsse und Verpfändungen, die Bürger der Stadt selbst ausgestoßen hatten.

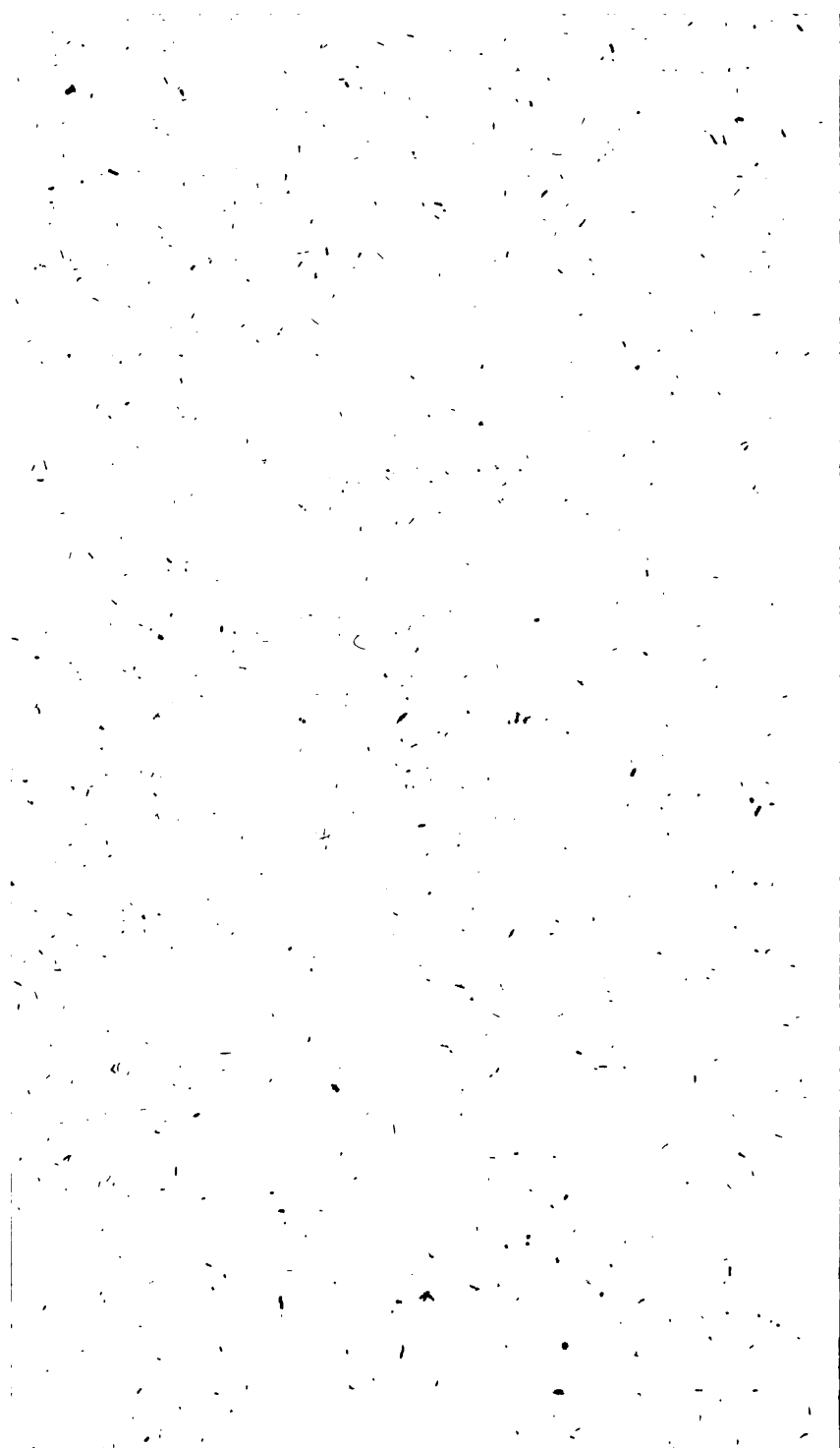
So verfiel alle Herrlichkeit vorliger Zeiten, und wenn noch im siebenzehnten und achtzehnten Jahrhunderte, eine oder die andere Freyhelt hier den wenigen vereinigten Hanse-Städten, oder einzelnen von ihnen zugestanden ward; so ging dieß den altverehrten Bund nicht mehr an. Ein Schein, ein Schatten, und altverehrte Namen und Worte blieben noch lange hin,

<sup>51</sup> Zu Folge des Protocolls der Tagung der Quartier- und Wendischen Städte, vom Jahre 1581, in den MSS. Brf. Vol. 231.

bis auf die spätesten Zeiten, aber die Sache selbst, die so lange, so rühmlich behauptete, hatte längst aufgehört. <sup>52</sup>

<sup>52</sup> Ueber den Zustand des Comtoirs in der zweiten Hälfte des siebenzehnten und im achtzehnten Jahrhunderts, sich weiter zu verbreiten, hört nicht mehr hierher. In den MSS. Brf. Vol. 251. kommen noch Beschlüsse, von dem Jahre 1668, in Bezug auf das Comtoir vor, die den gänzlichen Versall hinlänglich bekrunden. Holberg liefert, Th. II. Hauptstück 9. S. 97 u. ff., eine Beschreibung dieses spätern Zustans des. Auch finden sich die sogenannten Freybriefe, von den Jahren 1673, 1707, 1747, von den Königen Christian V, Friedrich IV. u. V. bey Willebrandt III. S. 180 u. ff.

gern bewilligen. Den Handel wolle er zu befördern suchen, und den Deutschen Städten Lübeck, Hamburg, Danzig und Rostock einen von Zoll und Abgaben freyen Handel in den Seestädten Stockholm, Calmar, Åbo, Söderköping und Nyköping zugestehen, mit der Befugniß alle ihre Güter, welche sie daselbst nicht verkaufen könnten, frey wieder auszuführen. Gold, Silber, Diamanten, Seidenzeuge und ähnliche Luxuswaaren sollten sie an die Wohlhabenderen und Angesehenen des Reichs unmittelbar zu verkaufen befugt seyn. Eben dieß aber schien voranzusetzen, daß sie beym Verkauf der andern, minder kostbaren Waren von der Zwischenhand der Schwedischen Kaufleute abhängig seyn sollten. Er untersagte dagegen die freye Ausfuhr aller Schwedischen Producte, die, nach den Gesetzen des Reichs, auszuführen verboten wären. Die Freyheiten überhaupt sollten nur als Gnade, nicht als wohlverworbene Rechte gelten. Die Bewilligungen sollten bloß den genannten Städten, nicht allen Hansen zustehen; und die alte Weise zu Beilegung eines entstandenen Zwists durch Schiedsrichter sollte aufgehoben seyn. Dagegen begehrte er für diese Begünstigungen, die nur wenig von dem alten Herkömmlichen enthielten, daß seinen Unterthanen auf Deutscher Seite gleiche Vortheile bewilligt würden; daß die Hansen das Reich in Friedens- und Kriegszeiten mit den nöthigen Gütern versehen sollten; er forderte freye Werbung der Mannschaft in der Städte Territorien, um sie gegen alle und jede zu ge-





nige, vier von den Städten ernannte Deputirte der  
Zwist gütlich beigelegt werde.<sup>12</sup>

Allein alle ihre Forderungen blieben nicht nur unerfüllt, denn auch hier war es eine andere Welt geworden, sondern es zeigten sich auch bald noch weit andere drohende Gefahren. Der zerrüttete Zustand Livlands, die innere Spaltung zwischen dem Erzbischof, den Bischöffen, und dem Meister des Landes, das Einfallen der Russen, die Ergebung Revals bey hoher Noth unter Schwedischen Schuß, der Dänen und Polen Plan auf Island, der Ruin der dortigen Hanse-Städte, ihr gleichsam gänzlicher Abfall vom Bunde, dieß Alles schaffte neue Besorgniß, Gefahren, politische Verbindungen und Aussichten, die noch schlimmer vielleicht, als die verweigerte Bestätigung der älteren Freyheiten in Schweden waren.

König Erich, im Besiß von Reval, ließ Lübeck und den Hansen erneuert die Fahrt auf Narwa, welche Stadt bereits unter Russische Herrschaft gekommen war, und wo jene ihren Verkehr mit Rußland betrieben, untersagen. Erich hatte bey der fortschreitenden Macht Rußlands Grund genug zu diesen Forderungen, und obchon

<sup>12</sup> Nach dem Protocoll des Hanse-Tags, von dem J. 1562, an m. D. besonders nach dem daselbst befindlichen Schreiben der Hanse-Städte an den König von Schweden, Lübeck, vom 7. Jul. 1562, und dem diesem beygelegten, von den Hansen entworfenen Formular zur Bestätigung ihrer Freyheiten.

weit größern Activ-Handels der Deutschen war offenbar auf Seite der letzteren, und ohnehin wurde die Zusage von ihnen schlecht genug gehalten. Ferner versprach der König, keiner andern Nation irgend einen unmittelbaren Verkehr mit den Schweden zu verstatten, wenigstens keinem Fremden Bürgerrecht in Schweden zu ertheilen, so daß Lübeck, Danzig und ihre Freunde das volle Monopol also genießen sollten. Ja was noch mehr, kein Schwede sollte durch den Sund, oder die Belte fahren, folglich aller westliche Verkehr einzig durch die Hände der Deutschen Communen gehen. Wiewohl wichtig, jedoch immer noch bedeutend genug, waren die übrigen Punkte, welche unparteiische Rechtshülfe, besonders wegen ausstehender Forderungen, freye Ab- und Zufahrt, die Anlegung von Waren-Magazinen im Lande, Abschaffung jedes Abzugs- und Strandrechts und einige andere Gegenstände betrafen, die hier und an andern Orten bereits früher waren erworben worden. Aber es hieß auch noch ausdrücklich, daß diese Freyheiten geändert und gemehrt werden sollten, wie die von Lübeck es begehren würden, wie denn endlich auch alle älteren Freyheiten bestätigt wurden; jeder Streit aber über die Haltung dieser Zusagen, sollte durch eine Commission von vier Reichsräthen aus Schweden, und vier Rathsmännern der Städte, die zu Lübeck ihre Zusammenkunft zu halten hätten, entschieden werden.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Am besten ist die Urkunde bey Marquard abgedruckt, vergleiche d. Utl. Verz.

Diese Punkte, welche nur die vorzüglichsten sind, waren, für diese späten Zeiten, wirklich fast unerhört, früher aber selbst kaum je buchstäblich und förmlich also ertheilt worden. Es war indeß auch vorauszusehen, wie denn alsbald erfolgte, daß der König diese unglaublichen Versprechungen weiter nicht halten würde, wenn er nur erst seinen wankenden Thron etwas mehr besessigt, und die Schuldbforderung der Lübecker einiger Maßen abgetragen haben würde, welche auf 68,681 Mark und ferner an barem Vorschuß auf neunzehnhundert Mark, von ihnen angegeben ward. Ein Paar Jahre nachher, im Jahr 1526, ging der König bereits einen Handelsvertrag mit Holland, Brabant, Seeland, West- und Ostfriesland ein; der den Hansen nachtheilig werden mußte; er bestimmte die Preise, um welche die in- und ausländischen Waren verkauft werden sollten; er verbot das Hausiren der Deutschen Krämer auf dem platten Lande und in den Landstädten; beschränkte ihren freien Aufenthalt im Reich; begehrte für die Schwedischen Schiffe gleiche Zollfreiheit in den Hansischen Häfen, und daß sie die Schwedischen Güter zu höheren Preisen, als sie wollten, annehmen sollten.<sup>2</sup> Diese Verfügungen,

<sup>2</sup> S. Flintberg über den Handel der Hanse-Städte mit Schweden, Deutsche Uebersetzung in Meusels histor. literar. statistisch. Magazin, Th. 1. Zürich, 1802. S. 35. Zu Folge der bekannten Schriftsteller, Tegel, Dalin, Gellin, Quitsfeld und besonders einer Dissertation unter Faths Präsidio: 40 pri-

welche zum Theil dem Buchstaben jenes Freybriefs geradezu widersprachen, mißfielen Lübeck. Der König trug den Druck mit jedem Jahre mit größerer Ungeduld. Seine Reden auf verschiedenen Reichstagen zeugten davon, all sein Bestreben ging dahin, sich dessen zu entledigen. Hätte er nur erst die Schuld abgetragen, so glaubte er sich nicht weiter gebunden; die Gemeinden des Reichs mußten zu diesem Behufe zum Theil ihre Glocken abliefern, mit Abgaben sich belasten lassen, das Geld war so schwer zu erhalten. Er sprach fortan immer kühner zu den Lübeckern. Die Zollfreyheit ward, im Jahr 1529, dahin beschränkt, daß sie für Lübeck allein, in den bekannten vier Haupt-Handelsstädten, gelten sollte; den übrigen Hanse ohne ward auch dieß verweigert, und Lübeck willigte ein, doch dieß geheim zu halten. Bey der Einschiffung und Niederlage der Güter sollte indeß die alte, vor jenem Vertrage übliche Weise beobachtet werden.<sup>2</sup>

Die Wettbewerbung der Niederländer, die von den Hanse so verabscheut wurden, trieb Lübeck an, gleiche Forderungen zur Ausschließung derselben von allem

mis Sueciae sub Gustavo I. extra Septentrionem initia foederibus. Auch erwähnt der Reichstags-Schluss von dem Jahre 1526 der Unterhandlungen mit den Niederländern.

<sup>2</sup> Hinzberg a. a. O. nach Zegel I. S. 221, Celsius a. m. O. des 2ten Theils der Geschichte Sueciae I., und d. MSS. Bef.

Handel bey dem Könige von Schweden zu machen, wie sie bey Dänmark gethan; sie sprach von ihrem Verdienste um seinen Thron, von rückständigen Forderungen: allein weder König noch Reichsrath wollten in ihr Gesuch willigen. Vergebens war und blieb Wullenwevers Betreiben in Schweden, vergebens die Vorstellungen bey der Stadt Stockholm, daß sie in den Hanßischen Bund aufgenommen werden sollte, wenn sie ihre Treue gegen den König vergäße, die Mißvergnügten des Reichs unterstützen helfe, um Gustav wieder vom Throne zu stürzen. Es verbanden sich die beyden Nordischen Könige vielmehr gegen die stolze Lübeck. Wechselseitig wurden die Personen, Schiffe und Güter der verschledenen Unterthanen angehalten. Vier Jahre dauerte die offene Fehde, Gustav nahm endlich den Lübeckern ihre Zöllfreyheit, und unterwarf sie einer Abgabe von fünf Procent. Wie konnte er ihnen geneigt seyn, da er ihre geheime Hand in einer Verschwörung gegen sein Leben (1536) entdeckt hatte? Im Jahre 1537 ward ein Stillstand auf fünf Jahre geschlossen; das Monopol des Handels war und blieb eingekauft.<sup>4</sup>

Bey der Anfrage, die Lübeck einige Jahre nachher bey den Wendischen Städten machte: ob sie auf ihre

<sup>4</sup> Flintberg a. a. O. S. 38. nach den bekannten Schwedischen Schriftstellern und einem Ms. Celcius a. a. O. der Deutschen Uebersetzung, Th. II. S. 187. In Hanßischen Nachrichten habe ich über dies Alles nichts Befriedigendes gefunden.

Hülfe zählen könne, wenn sie den König mit den Waffen zur Haltung der Privilegien zwingen werde, zeigte es sich deutlich, aus der erhaltenen Antwort, wie wenig hier zu hoffen sey. Die einen wollten die Privilegien zuvor erst einsehen, die andern wissen, in wie fern ihre Bürger daran Theil haben würden, da sie eigentlich nur auf Lübeck lauten. Doch Hamburg sagte gewader zu: der König habe sie in höchster Noth zugesprochen, so könne und werde er sie nicht halten. Zwar erwiderte Lübeck: sie hätte auch vor dem letzten Freybriefe Zolle freyheit in Schwaben gehabt, der Stillstand laufe zu Ende, die Güte sey vergebens versucht, sie wisse wissen, worauf sie bey den benachbarten Schwestern rechnen könne. Allein die Anwesenden wollten sagen, im äußersten Nothfalle einige Hülfe versprechen. Da versetzte Lübeck wieder: wenn dem also sey, so wolle sie zwar für das gemeine Beste noch sorgen, ihren eignen Vortheil aber auch nicht außer Augen lassen. Allein selbst durch diese harsche Erklärung erhielt sie nichts mehr, als die Antwort: man wolle erst vernehmen, was der König zu thun oder zu lassen gesonnen sey.

Vergebens suchten die Deutschen Städte der Ostsee in den folgenden Jahren verschiedentlich bey dem Könige, um die Herstellung ihrer alten Freyheiten nach; er wollte aber, wie auch andere Könige thaten, nur

\* Zu Folge des handschriftlichen Protocolls eines Deutschen Städte-Tags, von dem Jahre 1539, im Lüneburgischen Archive, Vol. IV.

mit jeder Stadt einzeln unterhandeln und keine gemeinschaftliche Forderungen mehr zugestehen. Die Könige wurden lauter, daß der König die Obermacht zu See sich tramer mehr anmaße, und wenn die Städte durch Verhinderung der Zufuhr ihn zu zwingen suchten; so ließ er ihre Schiffe, die auf Sipoland fuhren, anhalten und wegnehmen. Obnehin konnte das alte Zwangsmittel von verlagter Zufuhr nichts mehr fruchten, da andere Nationen, besonders Engländer und Niederländer, bereit waren, den Mangel zu ersetzen; da die Schweden selbst durch ihren Satz mehr emporkommenden Actiohandel, indem sie selbst nach Westen fuhren, die Bedürfnisse sich selbst zu verschaffen bemüht waren, und der Zwischenhand der Hansen um so mehr entbehren konnten. Die Beharrlichkeit des Königs vermehrte die Spaltung unter den Städten. Lübeck meinte nun auch, es sey besser, man möge jede Stadt einzeln tractiren lassen. Die meisten übrigen Wendischen Communen hielten hingegen dafür, bevor die Verbundenen sich also trennten, lieber die Sache ruhen zu lassen und günstigere Zeiten abzuwarten.<sup>6</sup>

Durch einen Vertrag, von dem Jahre 1546, wurden indeß Lübeck, Hamburg, Lüneburg, Rostock und Wismar die Zollfreyheit in den vier Haupt-Handelsstädten des Reichs wieder zugestanden: allein es dauerte

<sup>6</sup> Handschriftliches Protocol eines Wendischen Städte-Tags, von dem Jahre 1542, in dem Lüneburgischen Archive, Vol. IV.

diese Begünstigung kaum zwei Jahre; dann endete  
hoffen, und das auf immer, den Deutschen den Rest  
ihren abgewohnten, herkömmlichen Freiheiten.

Während der ganzen Regierung dieses Königs, bis  
zu seinem Tode, im Jahr 1560, wurde man von Deut-  
scher Seite nicht müde, dann schriftlich, dann mündlich,  
auf die Herstellung der verlorbenen Freiheiten zu wer-  
ben. Dann waren die Aussichten trüber, dann helte-  
rer; dann hoffte man, daß der König wohl geneigt sey,  
einige, wenn schon nicht alle, wieder zu verstaten, oder  
daß er wenigstens einigen Städten größere Freiheiten  
zugestehen werde, doch trug man Bedenken, sich darauf  
einzulassen, weil der König von Danmark leicht auf  
günstige Weise verfahren könne. Zu einer andern Zeit

So sagt Herr Hultberg a. a. O. angef. Orte S. 39/  
zu Folge eines handschriftlichen Briefs R. Andersens  
an G. D. Stenbock, vom 2. April. 1548, und zu Folge  
der bekannten Schwedischen Schriftsteller. Sonder-  
bar ist indeß, daß auf dem Hapse-Tage zu Lübeck  
auf Trinitatis, im Jahr 1549, ausdrücklich vor-  
kommt: man wolle in einem gemeinschaftlichen Schrei-  
ben um die Bestätigung der Privilegien bey dem Ab-  
zuge anhalten, obgleich, in den Jahren 1541 u. 1546,  
vergebens dieserhalb an ihn sey geschickt worden;  
laut des handschriftlichen Protocolls dieses Hapse-  
Tages in den MSS. Brf. Vol. 217. Vielleicht ist aber  
hier das ganze erste Privilegium des Königs ge-  
meint, dessen Erneuerung freylich auf keinen Fall  
mehr zu erwarten stand.



schien: Gustav besonders nur gegen die Stadt Lübeck aufgebracht; es ward der Handel zwischen beiden Theilen gänzlich unterbrochen; dann hieß man Hoffnung zu Unterhandlungen andrug darauf an, daß sie, Lübeckes willen, von ihm zugesandenen Freybriefen, in Deutschen Landen vorgenommen würden. Bald darauf aber ward man einig nicht mehr auf den Buchstaben der alten Freyheiten zu bestehen, sondern auf eine teilliche und trüglliche Moderation sich einzulassen, und bald versuchten es auch wohl noch die von Lübeck, durch die Einmischung in die innern Streitigkeiten des Reichs, den König zu zwingen: allein er verblieb bey seinem einmal gefassten Beschuß, es stand nichts von den verlorenen, alten, großen Freyheiten je wieder zu erhalten.<sup>2</sup>

Unter seinem Nachfolger, König Erich XIV., konnten die Hansen gleichfalls die Erreichung ihrer Wünsche nicht erlangen. Die erbliche Begründung des Throns in der regierenden Familie, Gustavs kraftvolles Reglement, seine Statute um fremde, nicht Hanseatische Kaufleute im Handel mit Schweden zuzulassen, die Ermahnungen für seine Unterthanen im Activ-Handel, in

<sup>2</sup> Zu Folge der handschriftlichen Protocolle des Hanse Tags, von dem Jahre 1549, in den MSS. Brf. Vol. 217; Protocoll von dem Hanse- Tage, der J. 1553, 1557, in den MSS. Brf. Vol. 218, 219. Von einem fruchtlosen Versuche der Unterhandlung zu Lübeck, im Jahre 1553, redet Regel II. S. 349.

der Artz-Schiffahrt auf der Ost- und selbst auf der Westsee, sich immer mehr zu verschärfen, eine Menge anderer Statute, welche den Schwedern im Handel aufhelfen, die Deutschen niederbücken sollten, die größte Nothhabenheit im Reiche, die Uneinigkeit der Hansen, lassen seinen Nachfolger gar viel anders reden, als wohl auch die Herren von Schweden, zu Lübeck auch ihren Verbundenen gesprochen hatten: \*

Als die Deputirten der Städte Lübeck, Hamburg, Danzig, Stralsund und Rostock bey der Krönung Erichs, im Jahr 1561, erschienen und um die Herstellung der alten Handelsfreyheiten anhielten; so schob er, unter dem Vorwande seiner bevorstehenden Reise nach England, eine bestimmte Antwort zunächst auf, denn seine Macht war noch nicht so befestigt, daß nicht die nimmer ruhenden Cabalen Lübeck's ihm hätten gefährlich werden können. Allein, vermöge seiner späterhin ertheilten Erklärung, war an die Wiederherstellung jener alten Freyheiten gar nicht mehr zu denken. Er wünschte, so sagte er ihnen später, aufrichtig ihre Freundschaft, jene Freyheiten aber, die seinem Vorfahren in Zeit der Noth abgedrungen worden, die den Gesetzen und dem Aufblühen des Reichs zuwider wären, könne er nicht zugestehen, was nicht damit stritte, wolle er

\* Hlinberg a. a. O. S. 39 und 40, nach Dalin und Stiermans Commerce - Handel, Theil I. S. 36. 113.

gern bewilligen. Den Handel werde er zu befördern suchen, und den Deutschen Städten Lübeck, Hamburg, Danzig und Rostock einen von Zoll und Abgaben freien Handel in den Seestädten Stockholm, Calmar, Åbo, Söderköping und Nyköping zugestehen, mit der Befugniß alle ihre Güter, welche sie daselbst nicht verkaufen könnten, frey wieder auszuführen. Gold, Silber, Diamanten, Seidenzeuge und ähnliche Luxuswaren sollten sie an die Wohlhabenderen und Angesehenen des Reichs unmittelbar zu verkaufen befugt seyn. Eben dieß aber schien vorauszusetzen, daß sie beym Verkauf der andern, minder kostbaren Waren von der Zwischenhand der Schwedischen Kaufleute abhängig seyn sollten. Er untersagte dagegen die freye Ausfuhr aller Schwedischen Producte, die, nach den Gesetzen des Reichs, auszuführen verbotnen wären. Die Freyheiten überhaupt sollten nur als Gnade, nicht als wohlverworbene Rechte gelten. Die Bewilligungen sollten bloß den genannten Städten, nicht allen Hansen zustehen; und die alte Weise zu Beilegung eines entstandenen Zwists durch Schiedsrichter sollte aufgehoben seyn. Dagegen begehrte er für diese Begünstigungen, die nur wenig von dem alten Herkömmlichen enthielten, daß seinen Unterthanen auf Deutscher Seite gleiche Vortheile bewilligt würden; daß die Hansen das Reich in Friedens- und Krieggzeiten mit den nöthigen Gütern versehen sollten; er forderte freye Werbung der Mannschaft in der Städte Territorien, um sie gegen alle und jedes zu ge-

brauchen, wo er es für nöthig halte, und wenn Meer-  
ber und Geworbene, von Schweden aus, wegen winter-  
licher Zeit, nicht mit dem Nöthigen versehen werden  
könnten, daß die Städte ihnen das benöthigte Geld  
vorschießen sollten; er begehrte ein Niederlagshaus in  
diesen Städten zum freyen Gebrauche; er forderte, daß  
sie alles Handels mit den Russen sich enthalten sollten,  
damit dieser ihr gemeinschaftlicher Feind weder durch  
Kriegsvorrath, noch durch geschickte Männer gestärkt  
würde. <sup>16</sup>

Um solchen Preis die geringen Freyheiten zu erkau-  
fen, wollten die Städte nicht, und wenn, wie dem Kö-  
nige erklärt ward, sie auf den von Gustav zuerst ver-  
stätteten Alleinhandel Verzicht leisten wollten; so bat-  
ten sie doch um die Erhaltung der früheren, älteren Frey-  
heiten, weshalb sie einen Entwurf zu einer solchen Ur-  
kunde übersandten, die ihnen angebotene Allianz aber  
ablehnten. Sie begehrten dem Entwurf zu Folge, völ-  
lige Zollfreyheit, völlig freye Ab- und Zufuhr, unpär-  
teyische Rechtspflege, Befreyung vom Strandrachte, vom  
Abzugsgelde, von vorgeschriebener Taxation ihrer Güter,  
und daß im Fall eines Streits durch vier vom Kö-

<sup>10</sup> Willebrandts Hanfsche Begebenh. S. 175. nach  
Ehytränus. Vergl. das Manifest der Lübecker bey dem  
nachher ausgebrochenen Kriege und das handschrift-  
liche Protocol des Hanse. Tags zu Lübeck, von den  
Jahren 1559 und 1562, in den MSS. Berl. Vol. 230.

nige, vier von den Städten ernannte Deputirte bey  
Zwift gültlich beygelegt werde.<sup>11</sup>

Allein alle ihre Forderungen blieben nicht nur unerfüllt, denn auch hier war es eine andere Welt geworden, sondern es zeigten sich auch bald noch weit andere drohende Gefahren. Der zerrüttete Zustand Livlands, die innere Spaltung zwischen dem Erzbischof, den Bischöffen, und dem Meister des Landes, das Einfallen der Russen, die Ergebung Revals bey hoher Noth unter Schwedischen Schuß, der Dänen und Polen Plane auf Livland, der Ruin der dortigen Hanse-Städte, ihr gleichsam gänzlicher Abfall vom Bunde, dieß Alles schaffte neue Besorgniß, Gefahren, politische Verbindungen und Aussichten, die noch schlimmer vielleicht, als die verweigerete Bestätigung der älteren Freyheiten in Schweden waren.

König Erich, im Besiß von Reval, ließ Lübeck und den Hansen erneuert die Fahrt auf Narwa, welche Stadt bereits unter Russische Herrschaft gekommen war, und wo jene ihren Verkehr mit Rußland betrieben, untersagen. Erich hatte bey der fortschreitenden Macht Rußlands Grund genug zu diesen Forderungen, und obchon

<sup>11</sup> Nach dem Protocoll des Hanse-Tags, von dem J. 1562, an m. D. besonders nach dem daselbst befindlichen Schreiben der Hanse-Städte an den König von Schweden, Lübeck, vom 7. Jul. 1562, und dem diesem beygelegten, von den Hansen entworfenen Formular zur Bestätigung ihrer Freyheiten.

Lübeck und die Hansen die Besorgniß theilten; so wollten sie doch auch die Freiheit ihres Verkehrs mit den Russen nicht gestört wissen; er war zu wichtig.<sup>12</sup>

Reval behauptete nun ein altes Stapelrecht, vermöge dessen man ihr nicht vorbeiz nach Narwa fahren und handeln dürfe; Lübeck und die Hansen klagten, daß die Revaler gegen alte Zusagen den Ihrigen in der Stadt den freien Verkehr mit den Russen untersagt hätten; daß man erst dann den Handel auf Narwa gewähle; daß der Eigennuß der Bürger von Reval an allem Uebel Schuld sey; daß Schweden bloß jenen Vorwand brauche, um den Russischen Handel einzig in seiner Hand zu halten, und ihn ganz zu beherrschen: man konnte, man wollte sich nicht verstehen. Nun griff der König von Schweden mit Gewalt zu, brachte mehrere, besonders Lübeckische, Kauffahrer auf, die nach Narwa segelten, oder von da kamen; die Verhältnisse wurden immer schwieriger und verwickelter, und die stolzen Herren von Lübeck, die nicht dulden konnten, daß der König von Schweden die freie Fahrt auf der Ostsee beschränken, und ihnen Vorschriften deshalb geben sollte, ein Verfahren, das, wie sie sagten, sogleich alle Hanseische Größe zu Grunde richte, beschlossen, da Danmark

<sup>12</sup> Ein Schreiben vom König Siegmund August von Polen, Petrikau, vom 9. April 1563, an Lübeck, erwähnt die Stadt und die Häuse, gemeinschaftliche Sache mit ihm gegen den König von Schweden zu machen; MSS. Brf. Vol. 220.

gleichfalls mit Schweden unzufrieden war, mit dieser Macht sich zu verbinden, und dem Glück der Waffen noch einmahl, es war zum letzten, die Entscheidung anzuvertrauen.

Und was blieb ihnen übrig, da alle Vorstellungen bey dem Könige fruchtlos waren? — Auch ohne die Mitwirkung der übrigen Hanse-Städte, welche Lübeck vergebens anrief, hoffte sie, verbunden mit Danmark, und zum Theil mit Polen, auf einen glücklichen Ausgang.

Auch ihr Unstern wollte, daß der sonst so stolzen und glücklichen Gemeinde fürkän nichts mehr gelingen sollte. Ihre, mit der Dänischen vereinigte Flotte, wenig untereinander im Eintracht, leistete bey weitem nichts, was man gehofft hatte; manche Seeschlachten, manche Kaperungen fielen vor, aber die Schweden, weit entfernt durch diese Abenteurer so gedemüthigt zu werden, daß der alte Zustand wiederum sicher hätte begründet werden können, waren vielmehr in vielen siegreich, und die Fehde schien nur zur Erhöhung und Belebung ihres Muths und ihres Selbstgefühls beizutragen. Vergebens bemühten sich die Lübecker auf den damals gehaltenen Hanseischen und Wendischen Städte-Tagen, die verwandten Freunde zur Unterstützung, zur Theilnahme zu vermögen. Wie eingreifend auch Lübeck sprach, so war doch eine Unterstützung an Geld, Mannschaft oder Schiffen, nicht zu erhalten, und kaum daß etwa nur die Städte, die unter dem Kaiser standen, weil

dieser Mandate deshalb hatte ergoßen lassen, des Handels mit Schweden sich zu enthalten geloben. Nowwäres-ertheile Lübeck nur, sie hätte leichtsinnig den Krieg angefangen, so hieß es, mit Betteln hätte man mehr ausrichten können; die Störung der Schifffahrt durch die Dänen, durch die Lübecker, hatte die übrigen so sehr erbittert. Die Hanse-Städte, die unter Polnischer Herrschaft standen, wollten dagegen die Fahrt auf Marwa nicht zugeben, damit die Russen, die Feinde ihres Königs, nicht gestärkt würden; Lübeck unterlagte auch einige Zeit diese Fahrt, wollte aber schließlich nicht dulden, so lange der Kaiser diesen Handel mit den Russen nicht unterlege, daß andere Völker Geseße auf der Ostsee gäben, daß fremde, westliche Nationen, Engländer, Franzosen, Schotten und andere in diesen russischen Handel sich eindrängten.<sup>13</sup>

Mit dem endlichen Frieden, der zu Stettin, im Jahre 1570, zwischen Dänmark und Lübeck von der einen, und Schweden von der andern Seite, nach vieler Mühe

<sup>13</sup> Ueber den achtjährigen Krieg geben die gedruckten Nachrichten bereits hinlängliche Auskunft. Das Ganze hört mehr in die Geschichte der Nordischen Reiche und der Stadt Lübeck, als in die Geschichte der Hanse, für die letztere ist eigentlich nur das Resultat wichtig, weshalb wir dafür gehalten und kurz zu fassen. Uebrigens finden sich eine Menge handschriftlicher Nachrichten über diese Fehde in den Verhandlungen auf den Hanse-Tagen in den MSS. Berl. Vol. 220-226.



zu Stande kam; fehlten zwar noch einige Ausflüchte für Lübeck und den Handel der Deutschen Seefahrer sich zu eröffnen; allein auch diese endigten zuletzt größten Theils in trügerischen Hoffnungen.

Dieser Vertrag sprach den Lübeckern die freie Fahrt auf Rußland, Medol und Wiburg, und somit den freien Verkehr mit Rußland; jedoch Kriegs-Contributionen ausgenommen, zu, so lange wenigstens, als der Deutsche Kaiser, nicht diesen Handel, der Gefahr Islands wegen, überhaupt allen Deutschen untersagen werde. Wegen der verschiedenen älteren Forderungen Lübecks, machte sich der König ansehnlich, ihre fünf und siebenzig tausend gute Thaler zu zahlen. Es ward ihren Bürgern verfaßt ihre in Schweden ausstehenden Schulden einzutreiben, auch die Summen, welche von der königlichen Kammer, während der Fehde, von ihren Schuldnern erhoben worden, zurückzunehmen. Wegen der von Lübeck weiland in Schweden besessenen Handelsfreyheiten ward ein neuer Vergleich getroffen, allein das Monopol ihres Handels beseitigt, ihre Zollfreyheit waren und blieben verschert.

<sup>14</sup> Der Stettiner Friede ist mehrere Male abgedruckt s. Urk. Verg. Die Notel aber, deren darin Erwähnung geschieht, durch welche die ferner von Lübeck in Schweden zu genießenden Freyheiten bestimmt wurden, haben wir nirgends gefunden, der Inhalt aber, oder der Verlust der älteren Freyheiten ebhellet zum Theil aus dem Friedens-Instrumente selbst, theils aus späteren gedruckten und handschriftl. Verhandl.

Dieser Friede, der so wenig genügt, war doch so schwer mit einer großen Schuldlast, mit dem Ruin der Finanzen, der Stadt Lübeck erkauft, und er wurd endlich in allen seinen Punkten auch so gut, als gar nicht gehalten.

König Johann III. den seinen Bruder Erik, des Throns, entsetzt, und ihn selbst, in dem letzten Jahren seiner Thronbestiegen hatten, schien nur den Frieden gewünscht zu haben, um der vielen Gelüste des Landes vorläufig sich zu erledigen. Er hatte keine bessere Gesinnungen gegen die Dänen, als seine Vorfahren, er sprach als König, als Herr der Däne zu ihnen. Gleich in dem Jahre, nach dem Frieden, forschete er, daß die Lübecker sich alles Verkehrs mit den Dänen enthalten sollten. Sie führten eben jenen Vertrag für sich an, sie sagten, der Kaiser habe diesen Handel mit unverdächtigem Waren nicht verboten, fremde Nationen, betrieiben ihn auch. Sie versprochen, wenn diese, wenn alle übrigen Städte und Völker dasselbe thun wollten, ein Gleiches zu thun, da sie diesen wichtigen Handel nicht geduldig in fremder Hand können übergehen lassen: allein alle Vorstellungen fruchteten nichts und sogleich griffen die Schweden mit der That zu und brachten in dem ersten Jahre, nach dem Friedensschlusse, so viele in den folgenden, mehrere Lübeckische Schiffe auf, die in diesem Handel beschäftigt waren.

Vergebens erhoben die Lübecker ihre Klagen bey Kaiser und Reich, dem Könige von Dänmark, dem

Niederrheinischen Kreise: sie selbst hatten sich immer früher gerettet, dieß war die einzige sichere Hilfe und diese fehlte ihnen jetzt, sie suchten sich selbst. Auch ihre verwandten Freunde erkannten endlich zwar, daß Lübeck in dem letzten Kriege für alle gesacht habe, sie bezeugten ein mitleidendes Gemüth; aber es kam ihnen meist seltsam vor, daß Lübeck einigen Erlass begehrte, andere wollten reserviren, d. h. sie lohnten alles höflich ab. An thätigen Beistand, wenn Lübeck etwa, nach einmahl das Glück der Waffen versuchen wollte, war gar nicht mehr zu denken. Alle Eintracht war dahin. Die livländischen Communen wollten den Verkehr mit Rußland, so viel möglich an sich halten und die übrigen anschließen, die Polnisch gewordenen Hanse-Städte, wie Danzig und Thorn, begehrten, daß Lübeck dem Verkehr mit Rußland entsagen sollte, da ihr Herr im Kriege mit Rußland begriffen wäre; Danziger Kaper brachten der verschmißerten Stadt Schiffe auf. Königsberg, Stralsund forderten zuweilen ein Gleiches, alles lösete sich immer mehr auf.<sup>15</sup>

<sup>15</sup> In Folge des handschriftlichen Protocolls des Hapser-Tage, von dem Jahr 1572, in den MSS. Brf. Vol. 227, woselbst die weitläufigsten Verhandlungen in dieser Hinsicht, auch des Deutschen Kaisers langes und fruchtloses Schreiben an den König von Schweden, vom 6. Jan. 1572, zur Verstattung der freyen Fahrt auf Narwa mit unverdächtigen Waren sich finden. In dem Protocoll des Hapser-Tage, von

König Johann von Schweden beharrte bei seinem Willen, daß aller Verkehr mit den Russen aufgehoben seyn sollte, um indeß der Lübecker Einwendungen zu begegnen, daß ihr Entfagen auf diesen Verkehr nicht helfe, da fremde, westliche Völker denselben über die Ostsee und über den neu entdeckten Weg des weißen Meeres betrieben; so sandte er an England, Frankreich, die Niederlande und Dänmark, um auch diesem Verkehr ein Ende zu machen, aber, wie leicht vorauszusehen war, seine Abgeordneten kehrten unverrichteter Sache zurück, und die Lübecker fanden sich um nichts gebessert. Nun schlug ihnen der König vor, mit seinen Untertanen sich in eine Handelsgemeinschaft einzulassen, sich mit Pässen von ihm zu versehen, und die sich einbringenden Engländer von der Ostsee abzuhalten, in welchem Fall er denn den Verkehr den Lübeckern und den übrigen Deutschen Städten, die daran Theil nehmen wollten, zu verstatten gedente. Aber diese bemerkten bald, daß die königlichen Bedienten mit diesen Pässen in den Deutschen Städten einen Handel trieben, der König somit immer mehr die Herrschaft dieses Theils der Ostsee an sich reiße, und durch solche Mittel die Deutschen zwingen wolle, die Russischen Güter von seinen Untertanen allein zu kaufen. Im heiligen Eifer beschloß nun die Hanse, da die Gesandtschaften nach

dem Jahr 1579, MSS. Brf. Vol. 230, kommen die Forderungen des Königs von Polen und der Städte Antwort vor.

Schweden zu kostbar und vorauszusehen, daß sie nichts ausrichten würde, recht ausführliche Schreiben an den König zu erlassen, und bey Kaiser und Reich auf Reichstagen um Vorsprache zu betteln! So tief waren diese stolzen Herren der Ostsee gesunken!<sup>16</sup>

Die Erklärung, welche der König, im Jahr 1580, den Lübeckern und ihren Freunden ertheilte, schien nur ihrer Ohnmacht zu spotten und im recht innigen Gefühl königlicher Majestät ausgesprochen zu seyn. Wenn

<sup>16</sup> Zu Folge des handschriftlichen Protocolls des Hansen Tags, zu Lübeck, von dem Jahre 1576, vom 25. Jun. bis 27. Aug., in den MSS. Ref. Vol. 228. Die Verhandlungen bey Kaiser und Reich auf dem Reichstage zu Regensburg, von dem Jahre 1576, stehen bey Häberlin B. X. 404–15. B. XI. S. 119; vergleiche auch was einige Jahre später deshalb bey Kaiser und Reich verhandelt ward, B. XII. S. 255 ff. Auch Gustav I. hatte vergebens bey andern westlichen Mächten, besonders bey Maria Königin von England, geworben, dem Handel über Archangel zu entsagen: allein sie antwortete ungefähr auf dieselbe Weise, wie Lübeck; s. Tegels Geschichte Gustavs I. Th. 2. S. 343. Herr Röhss in seiner Geschichte von Schweden (Allgem. Weltgeschichte, Th. 64. S. 160.) führt denselben Schriftsteller an und sagt: die Königin Elisabeth erwies derre, freyer Handel höre zu den Vorrechten ihres Volks. Allein Tegel setzt die Unterhandlung in das Jahr 1556, wo die Königin Maria regierte.

sie sich gänzlich des Russischen Handels, wenigstens auf  
 zwei Jahre, enthielten, antwortete der König, so wolle  
 er großmüthig ihnen seine Gnade gönnen; die ihnen  
 abgenommenen Schiffe seyen zwar mit Recht verfallen,  
 doch wolle er nochmahls untersuchen lassen, ob sie auf  
 feindlichem Boden genommen, und einen Theil des  
 daraus gelöseten Geldes an arme Wittwen und Waisen,  
 aus königlicher Gnade, verabsolgen lassen, und aus an-  
 gestammter Milde ihnen für die confiscirt bleibenden  
 Schiffe und für die, im Tractat von Stettin, verspro-  
 chene Summe Anweisungen auf große Forderungen ge-  
 ben lassen, die er in Deutschland ausstehen habe.

Doch von dem Allen geschah nichts, Lübeds und  
 ihrer Freunde freye Schifffahrt ward vor wie nach ge-  
 hört; ihre Schuldforderungen blieben unbefriedigt; die  
 Zölle in Schweden wurden ihnen stets erhöhet, und sie  
 erschöpften sich in nutzlosen Vorstellungen bey Kaiser  
 und Reich, im Vorschlag von Repräsentationen, von gänzli-  
 cher Aufhebung alles Handels mit Schweden. Viel  
 ward auf Reichstagen deßhalb verhandelt, geschrieben,  
 beschlossen, nichts aber ausgeführt und nach Reichstags  
 Sitte endigte alles schimpflich und fruchtlos.<sup>17</sup>

<sup>17</sup> Siehe z. B. die Verhandlungen deßhalb auf dem  
 Reichstage zu Augsburg, von dem Jahre 1582, in  
 Häberlins neuer Deutschen Reichsgesch. Th. 12.  
 S. 252–318, und Hoffmanns Sammlung unge-  
 druckter Nachrichten, Th. I. S. 510 ff.

Endlich schlen sich noch, nach hergestelltem Frieden, zwischen Schweden und Rußland, im Jahr 1595, zu Teufin, eine bessere Aussicht zu zeigen. Die innern Streitigkeiten, die in Schweden alsbald, nach König Siegmunds Thronbesteigung, im Jahr 1592, zwischen ihm und seinem Oheim ausbrachen, die so gefährlich dem Reiche zu werden drohten, schienen den Lübeckern und den Hansen eine Gelegenheit zu geben, nach alter Sitte dieser zu ihrem Nutzen sich zu bedienen.

Allein die Zeiten hatten sich geändert. Der Lübecker Einfluß in die innern Angelegenheiten des Reichs hatte den ähnlichen Unruhen seit Gustavs I. Zeiten immer mehr abgenommen, ihre Partey im Lande und ihre geheimen Verbindungen waren so gut als ganz dahin. Seit Gustavs Zeit fehlte es nicht an Parteyen im Reiche, aber es gab keine mehr, die an die Deutschen Städte, oder an ihr Haupt, Lübeck, sich verkauft hätte.

So fehlten ihnen denn die Mittel nach alter Weise zu verfahren, es fehlte ihnen die eigene Kraft. Der letzte Krieg mit den Schweden hatte die Obermacht der letzteren zur See nur zu deutlich bezeuget, und wenn ins Geheim der Senat zu Lübeck auch wohl noch die Hoffnung hegen mochte, aus den innern Händeln des Reichs einigen Vortheil zu ziehen: so ging er doch äußerst vorsichtig zu Werke, und griff endlich ganz falsch, da er Siegmunden sich geneigt erklärte. Als Herzog Carl die Krone erhielt, ein Mann, der nicht leicht

verließ, so verschlimmerte sich nur die Lage der Städte, neue Beschwerden, neue Störungen und Gefahren entstanden für sie. Im Jahr 1598 ließ König Siegmund bey dem Rathe zu Lübeck begehren, daß das von dem Herzoge Carl dahin gesandte Kupfer, und einige daselbst sich aufhaltende Schweden, mit welchen der König unzufrieden war, angehalten werden sollten. Der Senat willigte in die Forderung, und der Herzog ließ darauf durch seine Kriegsschiffe mehrere Lübeckische Kaufahrer aufbringen, die Lübecker aus Schweden verjagen und ihre Waren, so wie ihre daselbst ausstehenden Schuldforderungen eintreiben und confisciren. Er athetete nicht die Vorstellung des Niedersächsischen Kreises, noch das Abmahnungsschreiben Kaisers Rudolph II.; denn wie wollten ihn beyde zwingen?

Dagegen beschwerte sich König Siegmund durch einen Gesandten bey der Hansischen Versammlung, in demselben Jahre, daß, besonders aus den Städten Rostock und Stralsund, seinem Feinde Zufuhr geschehe, daß in Braunschweig für seinen Widersacher Truppen geworben und über Hamburg nach Schweden geführt worden; er wollte, daß sie sich überhaupt der Schifffahrt auf Schweden enthielten. Sie möchten bedenken, sagte er, daß wer nicht für ihn wäre, wider ihn sey, daß er ihnen, wenn sie mit ihm wären, ihre Privilegien bestätigen, ja vermehren wolle. Ein anderes Mal, im Jahre 1604, beehrte er die Erlaubniß, in den



Städten Kriegsvolk zu werben, Kriegsbedürfnisse bey ihnen zu kaufen.

Alein bey der geringen Eintracht war nichts gedehliches zu erwarten, und wenn auch einige Zeit der Senat zu Lübeck vielleicht entschlossen war, bestimmter für Siegmund sich zu erklären; so gab er doch gar bald diesen Plan auf, als Carl sich nun auf dem Thron behauptete. Dieser versuhr nach seiner heftigen Gemüthsart hart und wild gegen die Lübecker, diese suchten, da das Glück für ihn entschieden hatte, seine Gnade; sie und die übrigen Städte verweigerten Siegmund in ihren Weichbildern Truppen zu werben, der strengsten Neutralität wollte man sich befleißigen, denn Lübeck berechnete den durch Carls Schiffe erlittenen Schaden auf 100000 Thaler, und an eine Entschädigung war nicht zu denken, ja auch nur eine vorläufige Ausgleichung, um mit einiger Freyheit den Handel zwischen beyden Theilen wieder herzustellen, so schwer. <sup>18</sup>

<sup>18</sup> Beckers Geschichte der Stadt Lübeck II. 252 ff. Röbher bey Willebrandt bey d. Jahre 1599, vornehmlich aber die handschriftlichen Nachrichten in dem Protocoll des Hanse-Tags zu Lübeck, von d. Jahre 1598, MSS. Brf. Vol. 234; Cammanns handschriftliche Nachrichten bey d. Jahre 1604; Protocoll des Hanse-Tags von dem Jahre 1604, woselbst der Antrag des Gesandten des Königs Siegmund, Magnus Rolle, den 24. März, vorkommt, MSS. Brf. Vol. 241; Protocoll des Hanse-Tags auf Cantate zu Lübeck, in d. J. 1605 u. 1606, MSS. Brf. Vol. 236.

König Carl kümmerte sich nicht um die Wünsche der Lübecker, um die Vorschreiben die ihrentwegen an ihn gelangten, um die Birten, um die Vermittelung der befreundeten Schwesterstädte. Es wurde in ganz Schweden, Neval und Deutsch-Norwa von allen durch die Hanfen ein- und ausgeführten Gütern eine Abgabe von zehn Procent erhoben, und die demüthigsten Vorstellungen dagegen, von Seiten der Wendischen Städte, blieben fruchtlos. Noch im Jahre 1608 war die völlige Ausöhnung zwischen dem Könige und der Stadt Lübeck nicht bewerkstelligt, trotz der Bemühungen der Städte Bremen, Hamburg und Stralsund, die sich als Vermitteler gebrauchen ließen. Indeß schienen doch, in diesem Jahre, des Königs Gesinnungen etwas milder zu werden, und somit beschloffen die Städte auf einer ihrer Zusammenkünfte an den König zu schreiben und ihn zu bitten: Er möge sich gnädigst erklären, wessen Lübeck und die anderen Städte, in Bezug auf die zu bewilligenden Freyheiten, sich zu getrösten hätten. So weit war es mit ihnen gekommen!<sup>19</sup>

Man weiß nicht, daß ihre Hoffnungen erfüllt wurden, wohl aber, daß in der kurz darauf entstandenen Fehde zwischen Schweden und Dänmark der Handel der Städte von neuem auf der Ostsee schmähtlich gestört ward, wie es von jenen Mächten, welche sich die Herr-

<sup>19</sup> Zu Folge des Protocolls der Versammlung einiger Städte, im Aug. und Sept., des Jahrs 1608; zu Lübeck, MSS. Brf. Vol. 238.

schäfe nun baselbst anmaßten, nicht anders zu erwarten stand.

Gustav Adolph bezeugte sich während seiner Regierung (1611 bis 1632) den Städten freundlicher, wegen seiner Verhältnisse zu Danmark und Polen und der bekannten großen Plane, die er in Bezug auf Deutschland hegte. Allein mehr als freundliche Worte, mehr als der öfters wiederholte Versuch in nähere Allianz zu seinen weitem Planen mit ihnen zu treten, war auch gar nicht von ihm zu erwarten, denn als monopolisirende Kaufleute haßte er sie wohl mehr noch als irgend einer seiner Vorfahren, eben weil er bessere Einsichten hatte. An die Herstellung der von ihnen weiland innegehabten Handelsvorrechte war nicht zu denken. Die Zeiten waren vorbey, wo man, um solchen Preis, ihren Beystand gegen anderweitige Feinde, wäre er auch viel wichtiger gewesen, erkaufte hätte.

Es beschloßen die Städte, im Jahr 1614, in ihrer Weisheit ein Glückwünschungsschreiben an den König zu erlassen und, nach ihren Ausdrücken, einen glimpflichen Anwurf um die Bestätigung ihrer alten Freyheiten zu thun, und in aller Demuth, um die Abschaffung der neulich vom Könige verordneten und ihnen aufgeladenen, unerträglichen Kaufmannsbeschwerden nachzusuchen. Aber wie glimpflich sie auch bey dem einen und wie demüthig sie bey dem andern verfahren mochten; so waren sie der Erfüllung ihrer Wünsche nach drey Jahren um nichts näher gekommen. Lübeck wie-

verhoffte, im Namen der Hanse, dieselben Bitten, und sie blieben gleich fruchtlos.

Die Klagen, welche sie damals führten, bestanden vornehmlich darin: daß die Hansen nicht von den Schwedischen Seestädten aus sich ins Land begeben dürften, daß sie vielmehr daselbst, und zwar nur während sechs Wochen, verbleiben dürften, oder sich zu einer Abgabe von zwanzig Thalern, für jede Woche mehr, verstehen mußten. Hierdurch wurden sie verhindert, ihre ausstehenden Schulden einzufordern, und gleichwohl, bey einfallendem bösen Wetter oder Frost, und der augenscheinlichsten Unmöglichkeit der Rückkehr von der Abgabe oder Strafe nicht befreyt. Reiseten sie aber aus dem Reich, und ließen ihre Güter daselbst; so forderete man ein unerträgliches Geld für die Aufbewahrung derselben, die noch dazu so schlecht ausfiel, daß sie meist verderben. Bey der Aus- und Einfuhr, klagten sie ferner, seyen Zölle und Imposten so hoch, daß aller Handel aufgehoben würde, außerdem mußten Bier- Accisen, Abgaben von Wechselln u. s. w. entrichtet werden. Ferner, obgleich die Zöllner die Güter, welche sie aus Schweden führten, bey der Ladung visirten; so wurden sie doch an andern Orten, z. B. zu Werholm, von neuem angehalten, die Fässer aufgeschlagen, die leicht verderblichen Waren durch den Aufenthalt verdorben, so daß sie nur die Hälfte werth wären, wenn sie in Deutschland ankämen, und überhaupt durch die verspätete Abfahrt im Herbst den Stürmen und andern

Seegefahren ausgesetzt. In Island aber vollends, in so fern es unter Schwedischer Herrschaft sey, in Norwa und anderen Orten, werde gar kein freyer Handel mehr verstatet, alle Güter müßten an königliche Offiziere und Bedienten verkauft, und diesen von den Hansen wieder abgekauft werden.<sup>20</sup>

Diese Beschwerden waren allerdings groß genug, und das Verfahren des Königs in dieser Hinsicht ganz den Sitten, der Mode angemessen, die damals aufkam, daß die neu und fester begründete oberste Gewalt nach Gutdünken den Handel führte und führen wollte.

Alein vier Jahre nachher fanden sich die Hansestädte noch um nichts gebessert. Sie führten dem Könige zu Gemüth das, warum sie früher ihn bereits geberhen hätten, warum ihre Bundesgenossen, die Generalstaaten, sich für sie verwandt, was ihre Gesandten ihm vorgestellt, wie er sich auch im Allgemeinen ihnen geneigt bezeige, jedoch weiter davon keine Wirkung verspürt worden sey. Sie batheñ aber dreist genug, um die Bestätigung ihrer alten Freyheiten, ja um ihre Erweiterung, und bis daß dieses geschehen, um einen gänzlich freyen Handel besonders mit den Russen.<sup>21</sup>

<sup>20</sup> Zu Folge des Protocolls des Hanse-Tags, zu Lübeck, vom 17. bis 27. May, 1614, MSS. Brf. Vol. 241; Schreiben der Stadt Lübeck an Gustav Adolph, vom 8. Jul. 1617; ebendasselbst, Vol. 242.

<sup>21</sup> Schreiben der Hanse an den König von Schweden, Gustav Adolph, vom 8. October, 1621, in d. MSS. Brf. Vol. 242.

In der That schienen die Städte, durch ihre Verbindung mit den General-Staaten, ziemlich fest geworden zu seyn, daß sie solche Dinge fordern und deren Erfüllung noch erwarten konnten. Der König war weit entfernt, ihnen zu willfahren. Seine, an sie zu verschiedenen Zeiten abgefertigte Gesandten erklärten deutlich genug, was er suchte. Dann begehrte er, daß die Städte sich Polens und aller Verbindung mit diesem Lande, mit dem er im Kriege war, enthalten sollten, daß von Danzig aus nichts gegen ihn unternommen werde; er forderte, diesen Hafen zu schließen; oder ihn gemeinschaftlich mit ihm anzugreifen; er begehrte eine Verbindung mit ihnen, als die Ausführung seiner Plane auf Deutschland reifte, und in dieser Hinsicht sagte er ihnen freundliche Worte, gab ihnen auch wohl allgemeine Versprechungen und Hoffnungen für ihren Handel: allein weiter auch nichts, und die Städte von ihrer Seite suchten nur Handelsvorteile, und wollten auf das ungewisse Spiel einer Verbindung zum Krieg mit dem Könige ihre Existenz nicht wagen.<sup>22</sup>

So geschah es denn, daß Alles in den alten Verhältnissen blieb. Zwar machte ihnen der König Hoffnung gemeinschaftlich im Bunde mit ihnen dem Handel

<sup>22</sup> Verschiedene Anträge des Königs sind bereits oben Buch 13. erwähnt worden. Seines Gesandten Dietz Werbung bey den Hanse-Städten wegen des Königs von Polen und Danzigs, in den MSS. Brf. Vol. 242.

der übrigen Völker besonders auf Rußland zu begegnen: allein es erfolgte nichts. Er war bemüht den Handel seiner Unterthanen stets mehr zu heben, er versuchte als souveräner Herr in seinem Lande, errichtete nach Sitte der Zeit eine allgemeine Handels-Compagnie, und war weit entfernt, auch nur den kleinsten Theil der ehemahligen Ansprüche den Städten von neuem zuzugestehen.<sup>23</sup>

Von nun an war ohne alle Hoffnung ihre Herrschaft in Schweden auf immer dahin. Die Eingeborenen wurden vor allen Fremden begünstigt, die Städte nicht besser, als alle andere Nationen behandelt. Die Nähe, die algewohnten Handelsverbindungen zwischen beyden Theilen erhielten zwar ohne Zweifel immerhin einen nicht unbedeutenden Verkehr selbst bis auf unsere Tage: allein dieß war nicht mehr der altbanseatische

<sup>23</sup> In dieser Rücksicht ist z. B. ein Brief höchst interessant, welchen Gustav Adolph, am 22. Jan. 1625, an den Magistrat zu Lübeck erließ. Unmöglich kann man freundlicher, schonender, väterlicher, liebevoller schreiben, denn auch damahls noch, als freylich Lübeck nicht mehr die alte war, lag ihm daran, sie durch süße Worte zu gewinnen. Aber in keinem Punkte gibt er auch ihren Forderungen nach. Es ist so viel Feinheit mit so viel herzlicher Gutmüthigkeit in diesem Briefe, wobey jedoch nie die Souverainität vergessen wird. Vergleiche *Histoire raisonnée du commerce de la Russie* par Scherer, T. II. p. 176.

**Handel.** Der dreißigjährige Krieg, die Zerrüttungen, die für Deutschland damit verbunden waren, die Auflösung des Hanstischen Bundes zerstörten das alte Ansehen vollends, und wenn noch der Name gehört ward; so galt er nur etwa von den bekannten drei Städten, unter welchen selbst keine Eintracht war. Trotz des behalteneu Namens gab es keinen Hanseatisch-Schwedischen Handel mehr, wenn man anders mit diesem Worte die Begriffe der alten Zeit verbindet.

Mit Rußland endlich, an welches weiland der wichtigste Verkehr des gesammten nordöstlich-Hanseatischen Handels geknüpft war, wurden gleichfalls die Verhältnisse immer schwieriger, und die Deutschen mußten auch hier ihre Herrschaft in andere Hände allmählig abgeben sehen.

Ihre Niederlage zu Nowgorod war bekanntlich, durch den Großfürsten Iwan Basiljewitsch, zu Grunde gerichtet worden, und so lange er auf dem Throne saß, schlen auch eben keine Hoffnung die alten Verhältnisse wieder herzustellen. Im Jahr 1498 scheint zwar ein Versuch durch eine, von Lübeck, Dörpt, Reval, Riga und dem Orden in Livland abgefertigte Gesandtschaft nach Rußland gemacht worden zu seyn, die aber an den Grenzen des Reichs, wegen Unsicherheit, umkehrte; auch waren die Forderungen der Russen, wie man auf einer, zwischen beyden Theilen nachher zu Narwa gehaltenen Tagfahrt vernahm, so beschaffen, daß alle bisherige Hoffnung scheiterte. Sie begehrten nämlich



schlechtweg die Auslieferung der Obrigkeit von Reval und Riga, welche einigen Russen das Leben abgesprochen hatte, sie ließen sich nicht dadurch besänftigen, daß man ihnen eine Griechische Kirche in Dörpt und Reval verstaten wollte, sie beharrten auf ihrer Forderung und erklärten, daß die vier Deutschen Kaufleute, die sie als Geiseln von Nowgorod nach Moskau geführt hätten, nun auch den Tod leiden sollten. Somit zer-  
 schlugen sich alle weiteren Verhandlungen.<sup>24</sup>

<sup>24</sup> Wir haben keine andere Gewährsmänner für diese Nachricht als Röhler bey Willebrandt S. 241 und Willebrandts Hanfsche Begebenh. S. 114; die daselbst vorkommenden, in etwas sich widersprechenden Nachrichten, hat man auf die im Text angegebene Art zu vereinigen gesucht. Wenn unsere Vermuthungen über eine bey Willebr. vorkommende Urkunde S. 100 gegründet sind (s. weiter unten), zu Folge welcher wir annehmen, daß sie in das J. 1504 falle, obschon bey W. 1564, welches jedoch offenbar falsch ist, angegeben wird; so ist vom Großfürsten Iwan Wasiljewitsch auf das Vorschreiben des Kaisers Maximilian I. den Hansen die Errichtung des Comtoirs, am Ende der Regierung jenes Jars, zugestanden worden, worauf die Urkunde sich bezieht. Allein es ist ausgemacht gewiß, daß die Niederlage nicht wieder recht errichtet worden ist, wie aus allen späteren Verhandlungen deutlich genug erhellet. Daß im Jahr 1503 Friede zwischen Liv- und Rußland ist geschlossen worden: das sagt z. B. Arndt in der Risl. Chronik II. S. 182. Eines Tractats vom J. 1504 wird aber nicht gedacht.

Sobald sein Nachfolger, Basilej Iwanowitsch, (1505) den Thron bestiegen hatte, so lebten die Hoffnungen auf, das confiscirte Gut wieder zu erhalten, und die Niederlage zu Nowgorod in ihrem alten Glanz herzustellen zu sehen, um so mehr, da die von Dörpt berichteten, daß der verstorbene Großfürst einen Enkel aus der ersten und einen Sohn aus der zweiten Ehe hinterlassen, und daß durch die Theilung des Reichs, und den Streit in der regierenden Familie die Macht geschwächt, und die Hansen um so eher zu ihren alten Vorrechten gelangen würden. Dieß jedoch erfolgte nicht. Allein die Wichtigkeit der Aufrichtung des Comtoirs und das Betreiben des Handels auf alte Weise, durch den Stapel zu Nowgorod, schien den versammelten Deputirten, auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1506, um so wichtiger, da die Fahrt über Wiburg und Stockholm, diese verbotene Fahrt, und dieser Contrebande-Handel mit den Russen, immer mehr aufkam, wodurch die Errichtung des Comtoirs nur um so mehr erschwert und den verschmälerten Eträchten in Holand besonders der größte Abbruch geschah. Selbst die Russen wünschten, daß der Verkehr über Holand gehe, daß jener untersagt würde. Aber alle Verbote schienen nur wenig zu fruchten, da selbst Hamburg sich äußerte, wenn andere fremde Nationen nicht gleichfalls von jenem Handel mit den Russen über Wiburg abgehalten werden könnten: so würden alle Strafen nichts helfen, ja nur nachtheilig seyn. Es zeigten sich hier

Die Gebrechen, die allmächtig auf allen Niederlagen bemerkt wurden; die alten Einrichtungen und Statute zu Behauptung des Monopols wurden wenig geachtet, die Fremden drängten sich immer mehr und mehr in den bisher ausschließend von den Hansen geführten Verkehr, und die Kaufleute des Bundes selbst suchten mit Uebergang der vorhandenen Statute ihren eigenen Vortheil. Es ward zu Folge alten Herkommens beliebt, daß alle solche Contrebandiers, Ehre, Gut, ihr Hansisches Recht verlieren, in keiner Stadt als Bürger aufgenommen werden, und außerdem in Geldstrafe verfallen seyn sollten, und dennoch war dem Uebel nicht ganz abzuhelfen. Es wollte die Erneuerung der alten Statute nichts fruchten, daß keine Fremde, namentlich keine Holländer, die Russische Sprache in Livland lernen sollten, daß sie mit den Russen in Livland nicht unmittelbar handeln, sondern bloß mit ihren Schiffen an den Livländischen Küsten erscheinen und der Zwischenhand der Hansen sich bedienen sollten, daß kein Silber nach Rußland geführt, sondern bloß Tauschhandel getrieben werden, daß man nicht mit Russen auf Borg handeln sollte, und wie die alten Statute weiter lauten mochten.

Die Errichtung des Comtoirs war zu Erhaltung der alten Handelsherrschafft unumgänglich nöthig, und es ward beliebt, daß die Hanse der Gesandtschaft, welche der Meister von Livland an den Großfürsten abfertigen wollte, einige Deputirte beysügen solle, um die Her-

Sobald sein Nachfolger, Basilej Iwanowitsch, (1505) den Thron bestiegen hatte, so lebten die Hoffnungen auf, das confiscirte Gut wieder zu erhalten, und die Niederlage zu Nowgorod in ihrem alten Glanz herzustellen zu sehen, um so mehr, da die von Dörpt berichteten, daß der verstorbene Großfürst einen Enkel aus der ersten und einen Sohn aus der zweyten Ehe hinterlassen, und daß durch die Theilung des Reichs, und den Streik in der regierenden Familie die Macht geschwächt, und die Hansen um so eher zu ihren alten Vorrechten gelangen würden. Dieß jedoch erfolgte nicht. Allein die Wichtigkeit der Aufrichtung des Comtoirs und das Betreiben des Handels auf alte Weise, durch den Etapel zu Nowgorod, schien den versammelten Deputirten, auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1506, um so wichtiger, da die Fahrt über Wiburg und Stockholm, diese verbotene Fahrt, und dieser Contrebande-Handel mit den Russen, immer mehr aufkam, wodurch die Errichtung des Comtoirs nur um so mehr erschwert und den verschwieberten Städten in Umland besonders der größte Abbruch geschah. Selbst die Russen wünschten, daß der Verkehr über Umland gehe, daß jener untersagt würde. Aber alle Verbote schienen nur wenig zu fruchten, da selbst Hamburg sich äußerte, wenn andere fremde Nationen nicht gleichfalls von jenem Handel mit den Russen über Wiburg abgehalten werden könnten: so würden alle Strafen nichts helfen, ja nur nachtheilig seyn. Es zeigten sich hier

Die Gebrechen, die allmählig auf allen Niederlagen bemerkt wurden; die alten Einrichtungen und Statute zu Behauptung des Monopols wurden wenig geachtet, die Fremden drängten sich immer mehr und mehr in den bisher ausschließlich von den Hansen geführten Verkehr, und die Kaufleute des Bundes selbst suchten mit Uebergang der vorhandenen Statute ihren eigenen Vortheil. Es ward zu Folge alten Herkommens beliebt, daß alle solche Contrebandiers, Ehre, Gut, ihr Hansisches Recht verlieren, in keiner Stadt als Bürger aufgenommen werden, und außerdem in Geldstrafe verfallen seyn sollten, und dennoch war dem Uebel nicht ganz abzuhelfen. Es wollte die Erneuerung der alten Statute nichts fruchten, daß keine Fremde, namentlich keine Holländer, die Russische Sprache in Livland lernen sollten, daß sie mit den Russen in Livland nicht unmittelbar handeln, sondern bloß mit ihren Schiffen an den Livländischen Küsten erscheinen und der Zwischenhand der Hansen sich bedienen sollten, daß kein Silber nach Rußland geführt, sondern bloß Tauschhandel getrieben werden, daß man nicht mit Russen auf Borg handeln sollte, und wie die alten Statute weiter lauten mochten.

Die Errichtung des Comtoirs war zu Erhaltung der alten Handelsherrschafft unumgänglich nöthig, und es ward beliebt, daß die Hanse der Gesandtschaft, welche der Meister von Livland an den Großfürsten abfertigen wollte, einige Deputirte beysügen solle, um die Her-

Stellung der Niederlage zu erhalten.<sup>25</sup> Allein dieß scheint nicht ausgeführt worden zu seyn, und Meister, Bischöffe und Städte von Island sandten nun allein nach Rußland. Sie vertrugen sich mit dem Zar über das sichere Geleit für die Unterthanen beyder Theile im Verkehr; die Isländer sollten in Rußland von aller Folter befreyt seyn, die Russen aber, namentlich die Nowgoroder und Pleskower, nur einer kleinen Abgabe bey der Ausfuhr aus Island unterworfen werden und bey ihrer Ankunft an des Landes Grenzen einen Wegwaiser erhalten.<sup>26</sup>

Von der Errichtung des Comtoirs scheint aber gar nicht die Rede gewesen zu seyn. Eben dieß einseitige Verfahren der Isländer aber fand bey den übrigen Hanse-Städten, besonders zu Lübeck, keinen Beyfall, welche den Russischen Handel gänzlich nicht allein in Islands Händen wissen wollten, vielmehr die Errichtung der ehemahligen Niederlage und die freye Theilnahme daran von allen noch vorhandenen Hanse-Städten, wenn sie irgend könnten und wollten, vorzüglich wünschten.

Die Hansen beschloßen, den Römischen Kaiser um Vorschreiben und eine legation an den Großfürsten zu

<sup>25</sup> Nach dem handschriftlichen Protocolle des Hanse-Tags zu Lübeck, von den J. 1506, 1507 u. 1511, in dem MS. Hafn.

<sup>26</sup> Nach Gadebusch, Müller, Meubt II, 177; dieß geschah im Jahre 1509.

bitten, allein es geschah wenig oder nichts, wie leicht vorauszusehen war.<sup>27</sup> Sie überlegten ferner: ob man auf Nowgorod Verzicht leisten und den Handel in Narwa einleiten sollte? Da man aber viele Bölle daselbst entrichten zu müssen befürchtete, Narwa nicht in der Hanse war, der Stadt gegenüber die Russische Feste Zwangorod lag, von wo aus leicht ein Ueberfall geschehen und die Güter geplündert werden konnten, und da man endlich bedachte, daß, wenn man einmahl diesen Weg eingeschlagen habe, es vielleicht um so schwerer seyn würde, zu den alten Rechten, die man in Nowgorod inne gehabt hatte, wieder zu gelangen: so tröstete man sich noch immer mit der Hoffnung besserer Zeiten. Auch wollte man jenes noch nicht den übrigen Holländischen Städten Dörpt, Reval, Riga zu leide thun, durch welche der vorzüglichste Verkehr mit Rußland ging, obschon die Lübecker über Riga und Reval klagten, daß man ihnen daselbst bald kein Korn und Salz zu kaufen verstatten wolle, daß Riga eigenmächtig einen Pfundzoll von den ankommenden Schiffen erhöhe, und daß beyde sich nicht den gemeinen Statuten wegen des Silbers und der Münze unterwerfen wollten. Die Holländer antworteten aber, wenn ihnen solche Vorwürfe gemacht wurden, troßig: sie hielten ihre Bursprache den Handel betreffend, die würden sie halten, und den Zoll, bis sie wegen ihrer ge-

<sup>27</sup> Abhler bey Willebrandt bey dem Jahre 1511.

im Jahr 1521, eben beschworen. Den Hof zu Nowgorod möchten, so schloß man endlich, die von Dörpt be-  
setzen, Priester und Knechte daselbst anstellen, und da-  
bey möge, wer wolle, zu Dörpt oder Narwa mit den  
Russen handeln. Es begehrt die Lübeder von den  
Livoländern, sie sollten, wie welland es der Fall gewe-  
sen, nicht durch den Sund gehen, sondern bloß mit  
ihren Schiffen auf die Trave kommen, welche Einschrän-  
kung sich diese keineswegs wollten gefallen lassen. Lübeck  
beehrte, sie möchten sie mit Korn versorgen. Die  
Livoländer barhen, die übrigen Städte sollten ihnen ra-  
then, wie zu verhindern sey, daß die Edelleute des Lan-  
des nicht Handel trieben, worauf man ihnen kurz ant-  
wortete: in ihrer Städte Rath saßen treffliche Leute,  
sie möchten sich selbst raten.<sup>21</sup>

So wurde der Zwiespalt stets größer zwischen bey-  
den Theilen, und obschon immerhin, theils in Livland,  
theils durch dieß Land hin, in Rußland, ein Verkehr

<sup>21</sup> In Folge des Protocolls der Hanfischen Versamm-  
lung zu Lübeck, in dem MS. Hafn., woselbst es un-  
ter andern heißt: Item gewaldige Disputation van  
verleggung des Cunthors tho Nongarden, doch  
entlich dilt mall entslathen datt wolde einer den  
hoff allda annemen vpe sine plicht leth men ge-  
sechen, de Dorpeschen mogen hoven knecht vnd  
prester nha older gewohnheit setten, de stede  
konnen dulden dat de wolde mochte tho Narue  
vnd Dorpte kopolagen mitt den Russen.



mit den Russen betrieben ward; so war doch die alte Weise, die strenge Handels Herrschaft durch das Comtoir verloren, und die freye Theilnahme daran, durch die übrigen Hanse - Städte, mehr und mehr beschränkt worden.

Es ward verschiedentlich in der Folge auf Hanstischen Tagssamungen beschlossen, eine Gesandtschaft an den Großfürsten zu senden, das Comtoir zu Nowgorod mit aller Macht wieder herzustellen; die Wichtigkeit ward allgemein gefühlt, und dennoch geschah nichts endliches, was diesen Wünschen entsprochen hätte.<sup>32</sup>

So blieb die Lage der Dinge während der Regierung des Großfürsten Wassilej Iwanowitsch, und so auch unter dem Zar Iwan Basiljewitsch, dem Tyrannen. Das Comtoir ward nicht wieder aufgerichtet, die Einigkeit zwischen den Städten nicht wieder hergestellt, vielmehr immer mehr und mehr gestört. Dann schienen die holländischen Städte die Wiederbelebung des Comtoirs zu wünschen, dann waren sie entschieden dagegen; dann war die Frage: ob auch die Nowgoroder sich wieder fügen und ihre Güter auf die Niederlage bringen würden, da sie den freyen Handel gekostet hätten, und diesem nunmehr ergeben wären. Ein andres Mal ward beschlossen, daß die Wendischen Städte den Holländern eine Vollmacht schicken sollten, um im Nahmen aller

<sup>32</sup> Abhier bey d. Jahre 1525, bey Willebrandt S. 247. u. MS. Hafn. auch das Protocol des Hanse - Tags von dem Jahre 1525.

mit dem Zar zu unterhandeln, welches sie wohl um so eher thun könnten, da sie vorzüglich an dem Verfall des Comtoirs Schuld gewesen.<sup>33</sup>

Da die Ländler sahen, daß man ernstlich zu Errichtung des Comtoirs Anstalt traf, bezeigten sie sich lauer, antworteten nicht auf die Anfrage, in wie fern die Errichtung möglich sey. Die Wendischen Städte beliebten darauf noch ein Mal an sie zu schreiben, zugleich aber auch an den Zar, den sie im Nahmen der 73 Hanse-Städte um die Herstellung der Niederlage zu Nowgorod, und der damit verbundenen Privilegien batzen, da diese dem Russischen Reiche so erspriesslich gewesen, auch den Russischen Nahmen, wie sie zierlichst hinzusetzten, in fremden Ländern bekannt gemache habe.<sup>34</sup>

Es ist ungewiß, ob dieser Brief abgegangen, aber es ist sehr sicher, daß nichts darauf erfolgt ist, was ihren Wünschen entsprochen hätte.

<sup>33</sup> Zu Folge des Protocolls eines Wendischen Städte-Tags, vom Jahr 1538, im Lüneburgischen Archive, Vol. III. Dasselbst sagte Hamburg unter andern: man müsse erst wissen, was überhaupt zu erhalten stehe "da de Ingeseten tho Nowgarden nicht altho willich vimme afbrok wyllen ohrer fryen handlung."

<sup>34</sup> Handschriftl. Protocoll des Wendischen Städte-Tags im Lüneburgischen Archive, Vol. III., von dem Jahre 1539, woselbst auch das Concept eines Schreibens der Wendischen Städte an Iwan Worsilum, Großfürsten in der Ruscham, vorkommt.

Als die Iivländischen Städte somit allen Verkehr, den die übrigen Deutschen mit den Russen führen konnten, an ihr Land gebannet hatten, das Comtoir nicht wieder aufgerichtet ward, der Verkehr über Wiburg, theils untersagt war, theils durch Schwedens wachsende Macht beherrscht ward; so fingen sie nun an, ihrem Eigennutze allein nachstrebend, den Grundsatz, seit dem Jahre 1540, aufzustellen, daß Gast mit Gast in Iivland nicht handeln dürfe, daß also alle Hanseaten nicht unmittelbar bey ihnen mit den Russen verkehren, sondern daß sie gleich allen anderen Fremden von den Kaufleuten der Iivländischen Städte abhängig seyn und ihrer Zwischenhand sich bedienen sollten, wodurch diese dann Herren der Presse, Herren des ganzen Verkehrs wurden.

Die Iivländer vertieften sich auf ihre Bursprache, auf alte Gewohnheit, und ihr seltsames bisheriges Betragen war nun auch auf einmahl klar und deutlich genug. Allerdings war es Hansisches, ja man kann sagen in älteren Zeiten fast allgemeines Handelsrecht in Europa, daß Gast mit Gast nicht unmittelbar frey verkehren dürfe; aber dieß hatte nie mit aller Strenge zwischen Hansen und Hansen gegolten, und offenbar hatte in Iivland der Verkehr mit Russen den übrigen verschwisterten Communen weiland, zum Theil wenigstens, ganz frey zugestanden. Allein der Verfall des Bundes, der jeden seinem eigenen Vortheile nachjagen ließ, machte die Iivländer gegen alle Vorstellungen der

übrigen Städte hart und halsstarrig, vielmehr untersagten sie den verwandten Freunden allen unmittelbaren Verkehr auch mit den Bauern und mit den Bürgern in den kleinen Städten Livlands, ferner mit den dahin kommenden Holländern und Schweden, sie untersagten gänzlich allen Verkehr bey sich dem westlich belegenen Drittel der Hanse, wie denn darüber die Klagen von Campen, Deventer, Zwoll und Nimwegen laut wurden: mit einem Worte, sie behandelten die übrigen verwandten Städte auf denselben Fuß, wie alle übrige Fremde, einige noch härter.<sup>35</sup>

Vergebens waren alle noch so oft wiederholte Vorstellungen, vergebens der Beweis, daß es anders gewesen durch die noch lebenden und in Livland vormahls verkehrenden Kaufleute. Die Hanftischen Statute, in Bezug auf den Vorgkauf mit den Russen, wegen der Ausfuhr des Silbers nach Rußland, der Flosswrafe und wie diese Statute weiter lauteten, achteten die Livländer nicht, denn sie suchten nur ihren Vortheil, wollten die Russen nur an sich knüpfen und kümmerten sich wenig

<sup>35</sup> Zuerst, so viel uns bewußt, kamen die Klagen über den gestörten, freyen Handel in Livland auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1549, vor, nach dem Protocoll dieser Tagfahrt in den MSS. Brf. Vol. 216. und im MS. Hsfu. Ferner gedenkt diejer Eidung das Protocoll eines Wendischen Städte-Tags, von den Jahren 1542 und 1545, im Lüneburgischen Archiv, Vol. IV.

und die Güte der Russischen Waren, da man sie ihnen abkaufen mußte. Eigenmächtig verbotnen sie den übrigen Städten Zinn, Drath, Messing, Kupfer dem Russen zuzuführen, und es half nichts, daß die Hanse beschloß, dieß sey gegen den alten freyen Handel.<sup>26</sup>

Dieß gewaltige, unfreundliche Verfahren trieb die übrigen Städte der Ost-, West- und Südsee um so mehr zu der Ueberzeugung, daß die Errichtung des Comtoirs in Nowgorod doppelt nöthig sey. Die Stadt Reval, die einzige von den drey Nidländischen Städten, schien auch, vielleicht aus Eifersucht gegen die übrigen, dazu geneigt. Auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1549, waren die Russischen Pässe für die abzufertigende Hanstische legation an den Zaren angekommen, aber sie waren nicht von dem letztern, sondern bloß von dem Bojaren zu Nowgorod unterzeichnet; man war ungewiß, ob dieß volle Sicherheit gewähre, indeß ward beliebt, es darauf zu wagen und zu sehen, wie weit die Gesandtschaft kommen würde. Durch einen Pfundzoll in Nidland sollten die Kosten der Gesandtschaft aufgebracht werden, und Lübeck, Hamburg, Danzig, Königsberg mit den drey Nidländischen Städten wurden zu dieser Gesandtschaft ernannt. Allein wie ernstlich dieß auch von den Hansen, die einen Verkehr nach Nidland und Rußland hatten, gemeint war; so wenig wollten

<sup>26</sup> Protocol des Hanse-Tages, von dem Jahre 1549, MSS. Brf. Vol. 217.

doch besonders Riga und Dörpt hierin willigen. Sie erklärten: die Privilegien, die man ehemals in Rußland befaßen, würde man doch nicht wieder erhalten, die Unsicherheit in diesem Lande sey groß, die Zeit des Friedens, zwischen Rußland und den Abländern, gehe zu Ende, in dem ersten Staate sey keine Ordnung, die Großen beraubten die Fremden, und die Russischen Kaufleute kauften jetzt selbst von den Bauern das Pelzwerk, man werde nicht mehr vermögen, daß die Russen die Waren an die wieder zu errichtende Niederlage zu Nowgorod brächten; in Rußland regiere jetzt ein Tyrann, die Deutsche Jugend könne daselbst nichts lernen; wenn auch ein Joseph dahin ginge, so müsse er doch versterben; es sey nicht Eigennuß, der sie so reden lasse, setzten die von Riga hinzu, sie hätten wenig Handel nach Nowgorod, mehr nach Pleskow und Smolensk. Wenn sie gegen den Pfundzoll sprächen, so suchten sie das gemeine Beste, denn bis jetzt seyn sie glücklich genug gewesen, den Handel in ihren Städten frey von Abgaben dieser Art zu erhalten, da sie aber dem Meßter und Bischof angehörten, und diese alte Privilegien vom Kaiser hätten, welche beyde berechtigten Zölle anzulegen; so würden diese alsbald dem Beispiele folgen, welches die Städte ihnen zu geben vorhätten.

Die übrigen Communen aber, welche diese Gründe wohl zu würdigen mußten, beharrten auf der Gesandtschaft, obschon Riga und Dörpt sagten, sie würden bei-

nen Antheil daran nehmen. Da aber auf solche Weise der Pfundzoll in Livland nicht eingeführt ward, die westlichen Städte unmittelbar die Kosten der Gesandtschaft tragen sollten; so ward von den meisten die Sache ad referendum genommen, und, so viel man weiß, die Legation auch weiter gar nicht zu Stande gebracht.<sup>37</sup>

Denn auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1553, ward dieselbe Gesandtschaft von neuem beschlossen, und da Riga noch immer widerstrebte; so sollte Reval, im Namen der Livländischen Communen, mit Lübeck, Cöln, Hamburg und Königsberg dahin abgehen: wenn aber kein Pfundzoll in Livland zu erhalten stehe; so sollten den einzelnen Städten, durch eine allgemeine Contribution, die Auslagen wieder erstattet werden. Jedoch gedachte man auch der, so ganz veränderten Lage der Dinge, wie die fremden, nicht hanseatischen Kaufleute in der Folge, selbst wenn die Errichtung des Comtoirs gelingen sollte, durch die Preussischen und Livländischen Städte zu den Russischen Waren gelangen würden, zur immerwährenden Niederhaltung des Comtoirs, weshalb man zuvor von den letzteren eine Erklärung forderte.<sup>38</sup>

<sup>37</sup> Zu Folge des handschriftlichen Protocolls des Hanse-Tags zu Lübeck, von dem Jahre 1549, in den MSS. Brf. Vol. 247.

<sup>38</sup> Protocoll des Hanse-Tags zu Lübeck, von d. Jahre 1553, MSS. Brf. Vol. 218.

Im folgenden Jahre, 1554, aber war man in der schwierigen Unterhandlung um nichts weiter, und die Holländer um nichts nachgiebiger geworden. Lübeck, mit den ihr näher befreundeten und benachbarten Städten, drang auf die Wiedererrichtung der Niederlage zu Nowgorod. Riga aber widerstrebte im Mahnen aller livländischen Städte und fügte den alten Gründen noch diese hinzu. Sie, die Livländer, könnten keinen Pfundzoll bey sich zugeben, da so viele fremde Nationen, die bey ihnen des Handels wegen erschienen, dadurch ansgesbracht werden würden. Sie widerriethen eine Gesandtschaft nach Rußland, da dort kein Recht gelte. Sie sprachen gegen die Errichtung des Comtoirs, da die von Smolensk und Pleßkow ohnehin ungehindert mit ihren Gütern nach Island kämen, und da, wenn jene Niederlage auch wirklich wieder errichtet würde, man beanoch die Russen nicht werde vermögen können, dahin vorzugs- oder ausschließungsweise die Waren zu bringen, indem sie über Polen mit den Oberdeutschen, namentlich den Augsburgern und Nürnbergern, einen Handel angeknüpft hätten.

Es kam zu harten Reben zwischen beyden Theilen. Die lübeckische Parthey fand in allem, was Riga vorbrachte, bösen Willen, um den Alleinhandel mit Rußland zu behaupten; sie setzte es durch, daß abermahls eine Legation an den Zaren, ein Pfundzoll in Island, und die Aufrichtung des Comtoirs beschlossen ward, fügte sich indeß zuletzt dahin, daß man noch ein Mahl



auf Weihnachten eine Deputation nach Livland versuchen sollte, und daß, wenn die Städte daselbst bey sich den übrigen Hanse einen freyen Handel mit den Russen verstatten wollten, man damit sich begnügen wolle.<sup>39</sup>

Welt entfernt aber, daß die Livländer von ihrem eigenmächtigen Verfahren gelassen hätten, zwangen sie vielmehr die übrigen Freunde, wenn sie mit ihren Gütern bey ihnen anlangten, diese zu bestimmten, ihnen vorgeschriebenen Preisen zu verkaufen. Hamburg klagte, daß man den Ihrigen den freyen Salzhandel störe, daß sie einen Verlust von 100000 Gulden auf diese Weise gemacht hätten.<sup>40</sup> Alle Vorstellungen, welche die Hanse bey den Städten und dem Meister von Livland, gegen dieß unerhörte, unbrüderliche Verfahren machten, blieben fruchtlos. So unglücklich waren diese Verhältnisse als der bürgerliche Krieg in Livland ausbrach, als die fremden Mächte, und der Russische Tyrann in das Land fielen, und war es nun zu verwundern, daß diese schönen Besitzungen dem Deutschen Reiche, der Verbindung mit den Hanse entziffen, und somit ein harter Schlag gegen den Bund, gegen Livland, und gegen das Deutsche Reich vollführt ward!

Bei dieser geringen Eintracht unter den verschiedenen Theilen der Hanse, bey diesem Zwist, zwischen den Livländischen und den westlich belegenen Städten, der

<sup>39</sup> Zu Folge des Protocolls des Hanse-Tags, vom Jahre 1554, in den MSS. Brf. Vol. 218.

<sup>40</sup> Protocoll e. Tags der Wendischen, der Quartier-Städte u. Bremens, zu Lübeck, v. d. J. 1555, MSS. Brf. Vol. 219.

geschehen war, um nicht einen Feind, der alles zu verschlingen schien, wenn er Europäische Waffenkunst kennen lernte, zum Nachtheile aller Nachbarn zu stärken.

Der König von Schweden und die Holländer hatten auf der gemeinen Hansischen Versammlung, von dem Jahre 1556, deßhalb alles wohl zu erwägen, wie diesem höchst gefährlichen Verkehre, wo sogar die Russen anfangen auf der See nach England zu fahren, vorgebaut werden könne.

Man beliebe nun an die Könige von England, Dänmark, Polen, den Römischen Kaiser, den Herzog von Preußen sich zu wenden, die Gefahr, die der ganzen Christenheit daraus entsände, vorzustellen, und man hoffte durch diesen Grund selbst in England Gehör zu finden. Allein die letzte Nation hatte, bey der Entfernung von Rußland, nichts von da zu fürchten, mochte es noch so mächtig, noch so civilisirt werden, und diesem noch erfolgte denn auch die Antwort, die man leicht erwarten konnte. <sup>41</sup>

<sup>41</sup> Nach dem Auszuge aus dem Hansischen Reesse des Hanse-Tags zu Lübeck, in dem Jahre 1556, in dem MS. Hafn. und MSS Brf. Vol. 219. In dem erstern heißt es unter andern: Dat de Russen ok mitt ohren schopen sich in Engellant begenen, vnd allda aller gelegenheit sich erkunden vnd darnth der gantzen Dudeschen Nation in der hantirung groten schaden geuen wurde u. s. w. Ob dieß wirklich der Fall bereits war, oder bloß eine Vorpiegelung der Angst, läßt man dahin

Alle Nachbarn Rußlands waren, so wie die entgegen-  
 gegen-standen, bisher immer bemüht gewesen, den  
 Russen die Zufuhr von Kriegsbedürfnissen abzuschnei-  
 den, und zu verhindern, daß Künste, Gewerbe, Kenn-  
 nisse allen Art durch unterrichtete Männer bey diesen  
 Vorkarren nicht aufkämen. Zar Iwan Wasiliemitsch II,  
 hatte indeß, im Jahr 1548, sich durch eine Gesandts-  
 chaft an Kaiser Carl V. gewandt, und unter trüglichen  
 Vorspiegelungen, die Griechische mit der Römischen  
 Kirche zu vereinigen, um Theologen gebathen, zugleich  
 aber auch um Rechtsgelehrte und vorzüglich um Künst-  
 ler und Handwerker. Dreyhundert solche, von der Ge-  
 sandtschaft geworbene Deutsche kamen mit des Kaisers  
 Pässe nach Lübeck, um von da nach Upland und so  
 weiter gen Rußland zu ziehen. Reval wandte sich so-  
 gleich an Lübeck, mit der Bitte, diesen Doctoren und  
 Handwerkern den Durchzug zu versagen, da dieß zum  
 höchsten Verderben der Deutschen Nation gereiche, es  
 auch gegen beschriebenes Recht sey, solchen lauten den  
 Durchzug zu gestatten; und obgleich Lübeck zuerst es  
 verweigen fand, so die kaiserlichen Pässe gar nicht zu

gestellt seyn. Und scheint es jedoch unwahrscheinlich,  
 daß die nördlichen, rohen Russen bereits sogleich  
 nach der Entdeckung des Wegs nach der Dwina,  
 sich sollten im eigenen Activ-Handel und in eigener  
 Activ-Schiffahrt so versucht haben. — Die Vor-  
 stellungen von Seiten Schwedens sind bereits oben  
 erwähnt worden.

arbeit, auch dafür hielt, daß diese Leute den Weg durch Preußen und Polen eingeschlagen würden; wenn nicht ihnen die Einschiffung in Lübeck versage, wollten auch, bey den bekannten Streitigkeiten mit den Livländern, sich nicht sogleich willfährig bezeigen wolke: so wurden doch endlich zu Lübeck diese Leute bewogen, wieder in ihre Heimath zurück zu gehen; der Russische Gesandte selbst auf einige Zeit in Lübeck verhaftet, beym Kaiser Court die nöthigen Vorstellungen gemacht, und das ganze weitläufige Unternehmen des Zars hierdurch vereitelt.<sup>42</sup>

Als der Zar einige Jahre nachher, beym Kaiser Ferdinand I. ein gleiches Ansuchen anbringen ließ, und Holz sich äußerte, daß er aus Italien und Frankreich Offiziere, Handwerker und Künstler erhalten könne; und bloß den Deutschen, welche ein besonders gutes und kluderes Volk wären, den Vorzug geben wollte; so fand er doch um so weniger Eingang am kaiserlichen Hofe; da man von der großen Gefahr, die daher den entferntesten Deutschen Besitzungen drohte, besser bereits unterrichtet war.

<sup>42</sup> Der Antrag Revals, und Lübeck's Verlegenheit kommen in dem Recesß der Wendischen Städte, auf ihrer Versammlung zu Witten, auf vincula Petri, im Jahr 1548, in dem Lüneburgischen Archive Vol. IV. vor. Die übrigen Nachrichten hat bereits Herr Becker in dem 2ten Theile der Geschichte Lübeck's S. 134 nach Ehytræus und Hennings's Rheslandischer Chronik.

Diese Gefahr zeigte sich denn auch gar bald mit allen schrecklichen Folgen, als der Zar den wüthendsten Anfall auf Umland that und alles mit Feuer und Schwert verheerte. Ein Unglück das zum Ruin Umlands, zum allmählichen Verderben der Hanse mitwirkte, und das dem Hansestade Russischen Handel eine gänzlich veränderte Richtung gab.

In Umland lebte der Meister mit dem Bischof von Riga im Streit. Polen, Schweden, Dänmark, wenigstens ein Dänischer Prinz, hatten Pläne auf dieses Land, die auch, bald mit größerem, bald geringerm Glück ausgeführt wurden. Die Ordensregierung zerfiel, die alte Organisation des Landes löste sich auf und dennoch war es, wegen der benachbarten Russen, so wichtig für alle übrige Mächte des Nordens, diese Provinz, die bisher, und noch zu Anfange des sechzehnten Jahrhunderts, durch den tapfern Meister Wolcher von Plettenberg, gegen die Fortschritte der Russen, als unschätzbare Schutzmauer gedient hatte, wenigstens in der Hand eines West-Europäischen Fürsten zu erhalten.

Zar Iwan Basilewitsch, der von der schlechten Verfassung des Landes, und von der Wichtigkeit dieser Besitzung wohl unterrichtet schien, fiel mit unerhörter Grausamkeit, Macht und Glück in diese unglückliche Provinz, im Jahre 1557, ein, und das Jahr darauf kam unter andern Dörfer und Narwa in seine Gewalt.

Als bey dem Ausbruche dieser Feinde, forderte der Jar, von den übrigen Hanse-Städten, sich der Fahrt auf Holand zu enthalten; der Meister und die Städte der letzten Gegend begehrtten, daß man den Verkehr mit den Russen, der über Wiburg geführt ward, unterlassen sollte. Die Hanse forderten darauf, denn die Russen waren zur See nicht gefährlich; daß ihnen die Holländer den alten freien Handel bey sich vorstatten sollten, dann wollten sie sich als Brüder und Freunde betragen; allein dieß war von den eigenstündigen und eigennützigten Menschen nicht zu erhalten.<sup>41</sup>

In der That scheint die letzte Ursache des erfolgten Unglücks den holländischen Städten, und ihrem kleinlichen Eigennutz ganz vorzüglich bezumessen zu seyn. Vielleicht waren sie an dem Ausbruche dieses hochgefährlichen Kriegs nicht ganz unschuldig, und wie dem nun auch immer seyn mochte, sie benahmen sich während des Kriegs gewiß nicht, wie sie hätten thun sollen.

Bei der innern Zerrüttung des Landes, bey dem Mangel an einem Meister, auf welchem Plettenbergs Geist geruht hätte, ließ sich alles nachmahls eingetretene Unglück leicht voraussehen.

Die holländischen Gemeinden und der Meister des Landes, die so schnelle die übrigen Hanse bisher behandelt hatten, begehrtten nun wiederhohle von ihnen,

<sup>41</sup> Reccß des Hanse-Tags zu Lübeck, von dem Jahre 1557, in dem MS. Hafn.

Hülfe, an Geld und Mannschaft in diesem Kampf; so wandten sich an den Kaiser, und Ferdinand I. forderte die Hanse auf, mit aller Macht den Bedrängten Beystand zu leisten; andere benachbarte Fürsten wendeten ein Gleiches, denn die Gefahr schien so groß. Der Kaiser antwortete den Hansischen Communen, auf der holländischen Ansuchen, den Handel mit den Rüssen, und Kiewa besetze einige überflüssige Schiffe auf, die zu diesem Zweck auf Wiburg fuhren.

Es war zu jeder Zeit, vollends bey dem damaligen Zustande des Bundes, wo so manche Theile bereits abgefallen und geschwächt waren, sehr schwer eine thätige Unterstützung zu erhalten, und das Betragen der holländischen Communen hatte man noch gänzlich nicht vergessen, es war im feilschesten Andenken. Bey den mannigfaltigen Verhandlungen über die zu leistende Hülfe zeigte sich dies alles deutlich genug. Die Hanse vermied Kaiser und Städte an das Reich; die Steuer die sie zur Türkenhülfe zu geben habe, wollte sie ihnen zwar weit lieber zutheilen: allein dies achteten jene von der andern Seite für einen lieberlichen Trost, denn die Langsamkeit der Reichsbeschlüsse und der Reichshülfe sey, sagte man, unäussersichtlich bekannt.

Verschiedene Hanse-Städte hatten bey dem Ausbruch des Kriegs den Holländern einige Zufuhr von Pulver, Geschütz und Kriegsgenüthschaften verstatet, allein sie forderten Geldhülfe oder Hülfe an Volk. Wirklich beschloß auch die Hanse einige Male eine fünfjährige

Contribution, aber es mag wenig oder nichts erfolgt  
 seyn; da so wenig Städte thätig in Gefangungen  
 waren. Selbst und einige andere Communen machten  
 es indess ernstlich genug und sahen die Gefahr gar  
 wohl ein; obgleich sie wollten auch den alten freien Han-  
 del in Island wieder haben, und hierzu waren selbst  
 die Isländischen Städte, in dieses Noth, nicht zu be-  
 wegen. Sie verwarfen die Noth, die deshalb vorge-  
 schlagen ward, suchten Ausflüchte, und sprachen im All-  
 gemeinen, daß sie den übrigen Städten die Freyheit  
 nicht vorzuziehen wollten, wozu sie durch Nothdruing  
 berechtigt seyen. Man erschöpfte sich in wechselseitigen  
 Vorwürfen und in Versprechungen von Isländischer  
 Seite, wenn die Gefahr nur einmal vorüber sey; aber  
 verständigen konnte man sich nicht.

Die südbaltische Partei erklärte: die Isländer seyen  
 an dem Unglück Schuld, sie hätten die im Jahr 1552  
 beschlossene Gesandtschaft an den Zar aus Eigennutz  
 hintertrieben, wenn diese zu Stande gekommen wäre,  
 so hätte man den Frieden erhalten können, denn der  
 Zar, der die nöthigen Pässe dazu ertheile, sey aufge-  
 bracht worden, daß die Gesandtschaft nicht erfolge sey,  
 er habe in seiner Kriegserklärung diesen Grund ange-  
 führt; sie seyen selbst Schuld, daß die Schweden nun an-  
 dere Wege zum Russischen Handel versuchten, da sie  
 ihnen bey sich die nöthige Freyheit unterlegen hätten;  
 sie, die westlichen Städte, wären weit entfernt; die  
 Russen durch Zufuhr von Kriegsbedürfnissen stark zu



wollen, das libeckische Schiff, das Kewal aufgebracht, habe einigen wenigen Schwefel enthalten, der einem Fremden zugehöre; und nun erkläre man es doch für verfallen; sie seyen bereit zur thätigen Unterstützung, wenn man ihnen die alte Freyheit des Handels im Inland zugesiehet wolle, bereit unter diesen Bedingungen allen Handel mit den Russen einzustellen, der Fahrt auf Wiburg, auf andere Orte zu entsagen, wenn man nur hieß zugesiehet wolle, ja nur bewirken könne, daß auch andere fremde Nationen diesem Verkehr entsagten, daß Engländer, Dänen, Schweden, Polen, Litauer, Holländer, Griechen u. s. w. weder über Archangel noch Wiburg, noch über andere Orte der Ostsee mit den Russen, ja daß die Livländer selbst nicht mit ihnen verkehrten. Lubeck habe alte Freybriefe, welche sie berechtigte, selbst im Fall eines Kriegs zwischen Russen und Livländern, eladen freien Handel mit den ersten zu haben, doch wolle sie und es wollten auch ihre Freunde keine Kriegsbedürfnisse ihnen zusüßten, ja sie wolle dem Genuß ihrer Privilegien für jetzt gänzlich entsagen, wenn die fremden Völker ein Gleiches thun würden.

Dies Alles mußten die Livländer freylich beschönigend zu überlegen. Die unterbliebene Legation, sagten sie, sey nur ein Vorwand zum Krieg von Seiten des Zars, er habe Tribut von Holland gefordert, spreche das Land als seine Provinz an; sie könnten nicht zugeben, daß ihre Feinde gestärkt würden, sie seyen zu schwach, allen andern Nationen den Handel mit den

Russen zu sperren, man negotirte desshalb mit andern Mächten der Ostsee, und hoffte glücklich zu seyn; die Könige die entworfene Note nicht unterzeichnen, wußten sie einen unbedingten freien Handel: das ansehnliche Quasier bey sich zugesichert sollten, sie würden aber, was man verheißend erörtern könnte, nicht bewilligen.

So ward viel vergebens hin und wieder mündlich und schriftlich verhandelt. Holandern indessen, die sich kalt und gerissen. Der Zar besah einen Theil, Mecklenburg die Gegen unterwarf sich Schweden, der Dänische Prinz Magnus haufte in und um Dese, die andrer Theil unterwarf sich mittelbar oder unmittelbar Polen.

Die langen, unglücklichen und mit so vieler Bitterkeit geführten Unterhandlungen sind, außer den gedruckten Nachrichten, besonders nach dem Protocoll des Wapischen und Quartier-Schiedstags, welches zu Bremen war, von dem Jahre 1558, zu Bruck gehalten, in den MSS. Br. Vol. 219; nach dem Protocoll des Hanse-Tags auf Jacobi zu Lübeck, von dem Jahre 1559, ebendasselbst Vol. 220; und nach dem Protocoll des Hanse-Tags, von dem J. 1566, ebendasselbst Vol. 224; und besonders nach der ebendasselbst befindlichen Relation des holländischen Syndicus, Dr. Sandermanns, über diese Streitigkeiten erzählt. Auch mehrere der folgenden handschriftlichen Nachrichten, da bey Gelegenheit der Marwarfahrt stets des frühern Ursprungs dieser und der Geschichte jener holländischen Handel gedacht wird, sind benützt worden.

nen Antheil daran nehmen. Da aber auf solche Weise der Pfundzoll in Livland nicht eingeführt ward, die westlichen Städte unmittelbar die Kosten der Gesandtschaft tragen sollten; so ward von den meisten die Sache ad referendum genommen, und, so viel man weiß, die Legation auch weiter gar nicht zu Stande gebracht.<sup>37</sup>

Denn auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1553, ward dieselbe Gesandtschaft von neuem beschlossen, und da Riga noch immer widerstrebte; so sollte Reval, im Nahmen der livländischen Communen, mit Lübeck, Cöln, Hamburg und Königsberg dahin abgehen: wenn aber kein Pfundzoll in Livland zu erhalten stehe; so sollten den einzelnen Städten, durch eine allgemeine Contribution, die Auslagen wieder erstattet werden. Jedoch gedachte man auch der, so ganz veränderten Lage der Dinge, wie die fremden, nicht hanseatischen Kaufleute in der Folge, selbst wenn die Errichtung des Comtoirs gelingen sollte, durch die Preussischen und livländischen Städte zu den Russischen Waren gelangen würden, zur immerwährenden Niederhaltung des Comtoirs, weßhalb man zuvor von den letzteren eine Erklärung forderte.<sup>38</sup>

<sup>37</sup> Zu Folge des handschriftlichen Protocolls des Hanse-Tags zu Lübeck, von dem Jahre 1549, in den MSS. Brf. Vol. 247.

<sup>38</sup> Protocoll des Hanse-Tags zu Lübeck, von d. Jahre 1553, MSS. Brf. Vol. 218.

Es nicht erfolgt, obgleich von hier aus es, nach der  
 damaligen Lage, am besten möglich schien, zu einem  
 solchen unabhängigen Handel mit den Russen zu ge-  
 langen. Es war nachher die Frage: ob man nicht da-  
 selbst oder zu Zwangorod eine Niederlage anlegen wollte;  
 und man hatte Grund zu glauben, daß der Zar diese  
 Unternehmen befördern würde.<sup>453</sup> Nur erst dann, als  
 alle Verhandlungen mit den Holländern fruchtlos waren

453 Auf der Versammlung der Deutschen Städte, von  
 dem Jahre 1542, (Hansb. Archiv. Vol. IV.) lag  
 bereits der Wunsch der Stadt Narwa vor, in die  
 Hanse aufgenommen zu werden, wenn man sie vom  
 Besuchen der Tagessammlungen und der Copulation;  
 ihres Unvermögens, halber, frey sprechen wollte;  
 auch beschlossen die Versammelten, jedoch sub  
 ratificatione omnium civitatum. Auf der Tagfahrt  
 eben dieser Städte, von dem Jahre 1545, kam die  
 Frage vor: ob man etwa zu Narwa oder Zwangorod  
 ein Comtoir errichten wolle; ebenfalls. Ma-  
 lein laut des Protocolls des Hansa Tags von dem  
 Jahre 1554, ward auf die Frage: ob man Narwa,  
 welche im vorigen Jahre um die Aufnahme in die  
 Hanse förmlich nachgesucht habe, aufnehmen wolle  
 oder nicht? nichts weiter geantwortet, als daß die  
 nach Rußland abzusandende Gesandtschaft sich na-  
 her deshalb erkundigen solle; nach den MSS. Erf.  
 Vol. 218. Und oft und immer drangen die Städte  
 auf die den Holländern auf freyen Verkehr, dann  
 wollten sie jeden andern Versuch, selbst die Errich-  
 tung des Comtoirs zu Zwangorod, aufzuheben.

und blieben, als diese Provinz die Waare mehrerer Herren unentgeltlich geworden war, als Nowgorod von den Russen eingenommen worden, die fremden Nationen auf verschiedenen Wegen in diesen Handel sich setzten, nur dann erst gingen Lübeck und einige der Wendischen Städte, die mit den Russen Geschäfte zu machen pflegten, an einen regelmäßigen Handel auf Nowgorod einzutreten und suchten mit den Russen freyer zu verkehren, als es in Island möglich war. Dann wirklich, ließ man sich sehr reichlich nachlagern, hing die Stadt fest an dem Bande so lange wie immer es möglich war.

So entstand die sogenannte Fahrt auf Nowgorod, wo Lübeck und ihre Freunde mit den Russen nun unmittelbar verkehrten. Es ist unbekannt, in wie fern, der Zar diesen Handel begünstigte, allein es ist gewiß, daß er diesen Verkehr gern sah, und es ist wahrscheinlich, daß sich die Hansen hier einiger Maßen der alten Zollfreyheit zu erfreuen hatten, die sie weiland in Nowgorod besaßen, und die eigentlich das einzige, aber auch das unschätzbarste, Privilegium der vorigen Zeiten war. Auf jeden Fall ist es deutlich, wie vielen Werth Lübeck auf diesen Verkehr legte, da sie trotz aller Hindernisse, trotz so mancher Einbuße, welche sie bey dieser Fahrt, dann durch die Schweden, dann durch die Polnischen Grenzbeuteer machte, dennoch so beharrlich dabey blieb.<sup>44</sup>

<sup>44</sup> Als auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1554, die Rede von Errichtung des Nowgorodischen Com-

Die Holländer sahen diesen Verkehr höchst ungern, und da sie allmählig und vorzüglich unter Dänische und Schwedische Herrschaft kamen, so waren es nun die Könige dieser Länder, welche den Handel unterlagerten, unter sehr bekannten Vorwänden, der auch nicht ganz ohne Grund war, daß Rußland, ihr Feind, dadurch gestärkt werde. Schweden, im Besitz von Abo und allmählig von mehreren holländischen Orten, mit einer Seemacht versehen, war der gefährlichste Feind; die überflüssigen Schiffe wurden aufgebracht, der Krieg brach zwischen Lübeck und Schweden aus, und durch den Stettiner Frieden war die freie Fahrt wenig gesichert; auch nächst fortbauerten die Erbsungen fort, jedoch ließ Lübeck nie von diesem Verkehr, trotz aller Kapereyen der Schweden, trotz alles jähligen Verlusts.

Die holländischen Städte aber waren über diesen von ihnen unabhängigen Handel höchst erbittert, er that ihnen Eintrag. Lübeck erklärte, wenn man ihr freien Handel in Holland zugestehen wolle, oder verhindern könne, daß die übrigen westlichen Völker auf Narwa führen, so wolle auch sie den Handel aufgeben, Kriegs-Contrebande führe sie den Russen nicht zu.

Folgt man nun von den daselbst belessenen Freyheiten und Privilegien sprach, konnte man in den alten Reccessen nichts eben finden, Sicherheit und wenig oder keine Zölle, hieß es, seyen daselbst das beste gewesen; handschriftliches Protocoll dieser Versammlung a. a. D.

Das eine mit das andere war gleich unumgänglich zu erhalten. Das Verhältniß zwischen den Hooländern und den übrigen Hanfen ward immer lauer, man ward sich fremder, und ohne gänzlich abgechieden zu werden, war dennoch das Band so gut als ganz aufgelöst, um so mehr, da die Hooländischen Communen die eigene Regierung mehr und mehr einbüßten und dem Willen ihrer neuen Herren, ihren Plänen und Zweeken, die mit denen der Hanfen oft so widersprechend waren, theils willig, theils gezwungen folgen mußten.

Dann und wann erschienen noch Deputirte der Hooländischen Städte auf den Hanse-Tagen, allein das frühere, einträchtige Verhältniß war nicht wieder herzustellen.

So harrt Reval auf der städtischen Versammlung, von dem Jahre 1572, um Hülfe gegen die Russen, sie entschuldigte mit der großen Noth ihre Unterwerfung an den König von Schweden, der ihr jedoch ihre Privilegien meist gelassen habe, weshalb sie auch hoffe, in Verbindung mit der Hanse zu bleiben. Allein es mißfiel schon, daß Reval ihrem neuen Herrn versprochen hatte, wie es sich von selbst verstand, kein Bündniß mit seinen Feinden einzugehen. Die Deputirten der Stadt wurden auf die Städte der Fremden in der Versammlung niedergelegt, sie protestirten, man ließ sie dann auf die alt gewohnte Stelle zu, hatte aber nichts für sie als christliches Mitleid; von aller Contribution wollte man die Stadt frey sprechen, sie möchte der

Freiheiten der Hanse sich bedienten, bögigen aber auch bey sich einen freyen Handel den Schwedern verstaten. Nevat wünschte nur erst die große Gefahr von Rußland abgewandt, und bat um Versprache bey Kaiser und Reich, welche eine Gesandtschaft nach Moskau und Schweden absenden möchten, damit sie, die Stadt, wie im Straltmer Frieden versprochen worden, in den Kaiser zurückgegeben werde, wenn die gehaltenen Kosten ihrem Könige erstattet würden; sie fragte auch ob nicht dazu ein Pfundzoll bey den Städten zu erheben seyn möchte? <sup>42</sup>

Die Hansen wünschten allerdings die Stadt Reval, so wie Lifland überhaupt, wieder in Deutsche Hand zu bringen: allein die Sache schien doch so unmöglich, daß von ihnen wenig thätige Schritte geschahen. Heimlich eine Unterstützung zu geben, einiges Kriegsgeschäft zu überlassen, eine fünffache Contribution zu Gunsten Nevats zu bewilligen, welche den Deputirten dieser Gemeinde zum Theil sogleich ausgezahlt wurde, dieß war es etwa alles, was man erhalten konnte, denn die Hanse und der Kaiser wollten keinen offenbaren Theil an einem Kriege nehmen, um nicht Rußland zum Feind zu bekommen. Der König von Schweden wollte Reval an Deutschland nicht abtreten, bevor er nicht die Kriegskosten erstattet erhalten, und an dieser Summe

<sup>42</sup> Zu Folge des Protocolls dieses Hanse-Tags, von dem Jahre 1572, zu Lübeck, in den MSS. Brf. Vol. 227.



fehlte es bey dem Kaiser wie bey den Hanfen. Die letztern drängen zwar wiederholt bey dem kaiserlichen Hofe auf eine Gesandtschaft nach Moskau, diese willigten auch darein; allein wie groß die Noth nun war, so konnten doch weder das Reich noch die Hanfen die nöthigen Gelder anschaffen, die Gesandtschaft kam nicht zu Stande, und Holland blieb den Feinden Preys gegeben. Die Klagen der Hanfen über die Holländer, über die Störung ihres freien Verkehrs, über einen Zuschlag von fünf Procent, den Riga in ihrem Hafen angelegt hatte, dauerten fort; die Verhinderung der Fahrt auf Narwa, dann durch die Schweden, dann durch die Polen dauerte gleichfalls fort, und Fremde trieben ihr Spiel in dem Russischen Verkehr.<sup>48</sup>

Endlich scheint die Eroberung Narwa's, im Jahr 1581, durch die Schweden, dem Verkehr Lübeck's und der mit ihr verbundenen Städte auf Rußland eine andere Richtung gegeben zu haben.

Unzufrieden mit den Chirakanen, die Schweden den Lübeckern und ihren Freunden im Handel mit Rußland bisher immer gemacht hatten, und die auch jetzt nicht nachließen, mußten sie wohl suchen an einem andern Orte, als wo sie bisher den Verkehr betrieben hatten, ihre Geschäfte zu machen. Ihr Bestreben richtete sich

<sup>48</sup> Zu Folge des Protocolls des Hanse-Tags, von dem Jahre 1576, zu Lübeck, und von dem Jahre 1579, obenbaselbst in den MSS. Brf. Vol. 228. 230.

nun um so mehr, durch jene Erhebung der Schweden gebrungen, vornehmlich auf die Wiedererrichtung einer förmlichen Niederlage zu Pleskow und Nowgorod nach alter Weise. Auch hat Zar Feodor Iwanowitsch den Lübeckern und den mit ihnen einigen Städten, die Begünstigung vor andern Nationen, in den Jahren 1586 und 1588 ertheilt, so daß nur der halbe Zoll von ihnen gefordert werden sollte, auch ihnen die Häfen von Pleskow und Nowgorod wieder anweisen lassen.

Wie erfreulich dieß nun auch immerhin war, so konnte doch bey der ganz veränderten Lage aus so manchen bekannten Gründen, die alte Handels Herrschaft und der alte Flor dieser Niederlagen nicht wieder erreicht werden. Auch sind diese zugestandenen Freyheiten von Zeit zu Zeit wieder unterbrochen worden, zupellen wie es schien durch die eigene Schuld der Deutschen. Nicht aufgeblüht sind die Comtolre niemahls wieder. Auf jeden Fall blieben die Lübecker dadurch immer in großer Abhängigkeit von Schweden und Polen, denn, da die Russen von den Küsten der Ostsee verdrängt waren und blieben; so mußten sie nun immer den Hin- und Hergang durch das Schwedische oder Polnische Hinderniß, oder andere Besetzungen dieser Mächte nehmen. Es fehlte auch nicht an Klagen über die Beschwerden, die man von beyden Mächten deshalb auszustehen hatte. Aber es scheint, daß die Lübecker den Verkehr dennoch betrieben, und indem sie mit einiger Feinheit, dann durch die Polnischen, dann durch die Schwedischen Besetzungen

vorzüglich ihren Wegnahmen, dadurch bald die eine, bald die andere Macht zum Nachgeben zwangen. Bald nämlich drohten sie den Schweden bloß durch die Polnischen Besitzungen, den Polen nur durch die Schwedischen ihren Handel mit Rußland zu führen; beyde aber wünschten gleichwohl die Rußnießung eines Durchfuhrzolls allein zu behaupten. In diesem Zustande scheint sich denn der Handel Lübecks und vielleicht einiger Wendischen Städte mit Rußland, während Feodors Regierung, behauptet zu haben. <sup>49</sup>

<sup>49</sup> Die Wahrheit der gegebenen Vorstellung des Verkehrs mit Rußland, während dieser Zeit, erhellet aus dem Protocolle des Hanse-Tags, von dem Jahre 1584, in den MSS. Brl. Vol. 232. Dasselbst heißt es, daß man zwar eine Gesandtschaft nach Rußland für höchst nöthig halte, daß man aber zuvor, durch Schreiben an den Zar, sein Heil versuchen wolle. Der Fahrt um Norwegen auf Archangel wollte man durch Errichtung einer Residenz zu Nowgorod, Pleßkow, Dörpt oder anderswo Abbruch zu thun suchen. — In der *Histoire raisonnée du commerce de la Russie* par Scherer T. II. S. 167 u. ff. findet sich ein merkwürdiges Schreiben von Stanislaus Loshnigky, einem Polnischen Beamten, zu Dörpt, an die Lübecker auf ihrem Comtoire zu Pleßkow, vom 16. Jul. 1585, und die Antwort der letzteren an den ersten, vom 28. Jul. desselben Jahrs. Der erste klagt, daß die Lübecker von Pleßkow ihren Rückweg nach Deutschland nicht über Dörpt nähmen, sondern wohl über Narwa und andere Orte, daß aber des Königs Wille sey, über

**Blath** bey dem Ausbruche dieser Fehde, forderete der Jar, von den übrigen Hanse-Städten, sich der Fahrt auf Holand zu enthalten; der Meister und die Städte der letzten Gegend begehrtten, daß man den Verkehr mit den Russen, der über Wiburg geführt ward, unterlassen sollte. Die Hanfen fordereten voraus, denn die Russen waren zur See nicht gefährlich, daß ihnen die Holänder den alten freyen Handel bey sich vorstatten sollten, dann wollten sie sich als Brüder und Freunde betragen; allein dieß war von den eigensinnigen und eigennütigen Menschen nicht zu erhalten.<sup>41</sup>

In der That scheint die letzte Ursache des erfolgten Unglücks den livländischen Städten, und ihrem kleinen Eigennuß ganz vorzüglich bezumessen zu seyn. Vielleicht waren sie an dem Ausbruche dieses hochgefährlichen Kriegs nicht ganz unschuldig, und wie dem nun auch immer seyn mochte, sie benahmen sich während des Kriegs gewiß nicht, wie sie hätten thun sollen.

Bey der innern Zerrüttung des Landes, bey dem Mangel an einem Meister, auf welchem Plettenbergs Geist geruht hätte, ließ sich alles nachmahls eingetretene Unglück leicht voraussehen.

Die livländischen Gemeinden und der Meister des Landes, die so schnöde die übrigen Hanfen bisher behandelt hatten, begehrtten nun wiederhohle von ihnen,

<sup>41</sup> Receß des Hanse-Tags zu Lübeck, von dem Jahre 1557, in dem MS. Hafn.

seines Nachfolgers Regierung; oft in Russischen Angelegenheiten gebraucht; und es war sehr unschätzbar,

daß der König von Polen sich wohl beschreiben werde, nur habe einem Großfürsten von Rußland in seinem Gehörte nichts zu befehlen, weßhalb er ihnen geboten habe den Russischen Weg über Narwa zu Wasser und Land allein einzuschlagen. Sollten sie aber wider Verhoffen vom dem einen oder andern Theile fernner geplagt werden; so würden sie gleich den Holländern und Engländern den nördlichen Handelsweg auf Rußland einschlagen. — Alles ist deutlich bis auf die Unterschrift: Die Deutschen und Engländer des Deutschen Comtoirs zu Pleskow. Wir vermuthen, daß Engländer ein Druckfehler sey; denn es ist schwer zu glauben, daß die Deutschen, selbst in dieser spätern Zeit gemeinschaftlich mit den Engländern hier eine Factorcy gehabt hätten, sie, die sich einander so sehr haßten. Auch bedurften die Engländer solcher Niederlage hier um so weniger, da sie über Hochangel und ihre übrigen Niederlassungen im Norden einen Verkehr mit den Russen betrieben. — Köbeler sagt bey Willebrandt S. 277, bey dem Jahre 1595, daß von der Hanse beliebt ward, den Zacharias Meyer an den Großfürsten abzuschicken, und daß er sich zu Pleskow erkundigen solle: ob die Höfe für die Hanfischen Hausleute wieder errichtet worden, und die zugesagte Befreyung von der Hälfte des Zolls gehalten werde; „ob der im 1586ten Jahre ausgegebenen nachher aben. revidirten und nach Beschaffenheit in eine andere Form gesetzten alten Ordnung und Schrage, so ohnvermuthet am Mangantischen Comtoir gehalten, und

Contribution, aber es mag wenig oder nichts erfolgt seyn; da so wenig Städte thätig in Selbstablösungen waren. Lübeck und einige andere Communen meinten es indesß ernstlich genug und sahen die Gefahr gar wohl ein: obgleich sie wollten auch den alten freien Handel in Island wieder haben, und hierzu waren selbst die Isländischen Städte, in diesem Noth, nicht zu bewegen. Sie verworfen die Note, die deshalb vorgeschlagen ward, suchten Ausflüchte, und sprachen im Allgemeinen, daß sie den übrigen Städten die Freyheit nicht vorzuziehen wollten, wozu sie durch Verträge berechtigt seyen. Man erschöpfte sich in wechselseitigen Vorwürfen und in Versprechungen von Isländischer Seite, wenn die Gefahr nur einmal vorüber sey: aber verständigen konnte man sich nicht.

Die Lübeckische Partey erklärte: die Isländer seyen an allem Unglück Schuld, sie hätten die im Jahr 1552 beschlossene Gesandtschaft an den Zar aus Eigennutz hintertrieben, wenn diese zu Stande gekommen wäre, so hätte man den Frieden erhalten können, denn der Zar, der die nöthigen Pässe dazu erteile, sey aufgebracht worden, daß die Gesandtschaft nicht erfolge sey, er habe in seiner Kriegserklärung diesen Grund angeführt; sie seyen selbst Schuld, daß die Städte nun andere Wege zum Russischen Handel versuchten, da sie ihnen bey sich die nöthige Freyheit untersagt hätten; sie, die westlichen Städte, wären weit entfernt, die Russen durch Zufuhr von Kriegsbedürfnissen stärken zu

war um so schädlicher, da eine gemeinschaftliche Gesandtschaft von der Hanse und dem Römischen Kaiser,

waren angewiesen worden, um deren Wiedergabe sie zu bitten. — In der Instruction der Hanse an ihre Deputirten nach Rußland, von dem Jahre 1602, heißt es ebenfalls S. 143: daß da durch die Kriege in Rußland, und durch die Livländischen Handel die Deutschen Höfe, welche ehemals zu Nowgorod und Pleskow bestanden, eingegangen wären, und die Hanse verschiedentlich vertheilt habe, wie dem Handel wieder aufzuhelfen sey; daß daher sie sich bereits an die Kaiser, nämlich Iwan Basiljewitsch (II.) und an Feodor Iwanowitsch gewandt und von diesen Kaiser für ihre abgustandenen Befanden erhalten, mit der Versicherung, daß wenn sie antworten würden, ihnen die Höfe zu Nowgorod, Pleskow und an andern Orten einzigerne werden sollten; auch seien die Höfe das mehr wirklich reparirt und die Lübecker vom halben Zoll befreit worden. — In einer Vorstellung der Deputirten, welcher sich nachmahls nicht übergeben, S. 151, kommt vor: Und weil wir nun aus dem Briefe befinden, den der Kaiser Feodor Iwanowitsch an den Rath zu Lübeck, im Jul. 7096, d. i. 1588, geschrieben, daß er nicht bloß die genannte Stadt, sondern auch die andern, welche mit ihr einig, begnadigen wollen, so. — Endlich kommt ganz bestimmt in einer Vorstellung der Deputirten, vom 16. April 1603, S. 158, vor: Weil aber der fromme und hochlobliche Kaiser Feodor Iwanowitsch, seliger Gedächtniß, ihnen den Lübeckern und andern Städten zwey andere Höfe, einen zu Pleskow, und den andern zu

bleibet oft beliebt, nie, der Kosten wegen, zu  
 1716. 1717. 1718. 1719. 1720. 1721.

großen Naugarten, wieder gegeben, und sie, im J.  
 1704 (1786), durch zwey Baisaren dem Sach: Meyer  
 anweisen lassen, auch was zerfallen wiederum: bauen  
 und bessern zu lassen, vermöge Sr. Majestät: Brief  
 und Siegel an den Rath zu Lübeck abgegangen; wel-  
 che in der Kanzley aufgefunden werden konnten u. s. w. —  
 In dem Paß vom Jar Feodor Iwanowitsch auf die  
 von Hannischer Seite abzufertigende Deputation (wel-  
 cher an Lübeck, gerichtet, und nun dem J. 1706, d. i.  
 1588, ist, und dar zugleich gewisse angeordnete Frey-  
 heiten enthält. Art. 68. kommt vor: daß die Lübeder  
 diesen Paß sich erhalten durch Sach: Meyer, daß ein  
 Vor schreiben vom Kaiser Rudolph zugleich überbracht  
 hatte, worin um freyen Handel zu Nowgorod, Ple-  
 skow und Moskau, und um die Restitution der Fäu-  
 sen zu Nowgorod und Plestow nach dem Alten, und  
 um die Annahme des Lübedischen Gesandten ungehal-  
 ten ward. Der Jar begnadigt die Lübeder und die  
 andern Städte, welche mit ihnen auf Einem Stande  
 belegen und einig sind, nach Nowgorod, Plestow,  
 Moskau und Kolmogorod zu kommen, um mit den  
 Russen zu verkehren, weßhalb er ihnen auch die Hölz-  
 einräumung, die sie weithin und so wie sie dieselben zu  
 Nowgorod und Plestow vordem besessen hätten, er  
 verspricht nur die Hälfte des Zolls, den andere Maro-  
 nen geben, von ihnen zu fordern, ihre abzufertigen-  
 den Gesandten gern aufzunehmen, und ihnen sicher  
 Geleit zu ertheilen, auch ihre weitere Werbung anzuhö-  
 ren und ferner darauf zu beschließen. — Man ver-  
 gleiche die Nachrichten, welche in den Chroniken von



Standes kam. Alles was man günstiges unter Zar

Röhler und Willebrandt bey den Jahren während der Regierung Zar Feodors vorkommen. Außer diesen wollen wir noch folgende Nachrichten aus handschriftlichen Notizen beyfügen. In dem Protocolle d. Hanse-Tags, von d. Jahre 1591, in den MSS. Brf. Vol. 233, kommt folgendes vor: Die Städte seyen in guter Correspondenz mit dem Großfürsten, er habe wegen einer an ihn abzufertigenden Gesandtschaft und Errichtung einer Niederlage sehr gnädig geantwortet. Auch habe sich der Deutsche Kaiser zu Abfertigung einer Gesandtschaft an den Zar geneigt erklärt, so lange aber der unglückliche Krieg im Norden dauere, könne man kein sicheres Geleit erhalten, und man müßte die eine wie die andere förmliche Gesandtschaft aufschieben. In dem Protocolle des Hanse-Tags, von dem Jahre 1598, kommt über die früheren Verhandlungen mit Rußland, in den MSS. Brf. Vol. 234, folgendes vor: Die früher an den Großfürsten (Feodor) beschlossene Gesandtschaft sey aus bewegenden Ursachen ausgesetzt worden. Zacharias Meyer sey, im Jahre 1593, als praenuntius abgefertigt worden, da er Rußlands kundig sey, der auch die bereits angeführte Befreyung von der Hälfte des Zolls u. s. w. mitgebracht habe. Im J. 1594 habe der Statthalter zu Pleskow aber wiederum den ganzen Zoll gefordert, indem er behauptet, die Deutschen hätten sich manchen Unterschleif zu Schulden kommen lassen. Ebd. schrieb deshalb an den Großfürsten, an Boris Feodorowitsch, Statthalter zu Pleskow, und an die Deutschen daselbst, daß sie, um allen Unterschleif zu

Freyheiten der Hanse sich bedienen, dagegen aber auch bey sich einen freyen Handel den Schwedern verstatton. Dabey wünschte nur erst die große Gefahr von Rußland abgewandt, und daß um Vorsprache bey Kaiser und Reich, welche eine Gesandtschaft nach Moskau und Schweden absenden möchten, damit sie, die Stadt, wie im Straliner Frieden versprochen worden, an den Kaiser zurückgegeben werde, wenn die gehaltenen Kosten ihrem Könige erstattet würden; sie fragte nur, ob nicht dazu ein Pfundzoll bey den Strälern zu erheben seyn möchte?<sup>47</sup>

Die Hansen wünschten allerdings die Stadt Reval, so wie Hooland überhaupt, wieder in Deutsche Hand zu bringen: allein die Sache schien doch so unmöglich, daß von ihrer wenig thätige Schritte geschahen. Heimlich eine Unterstützung zu geben, einiges Kriegsgeschick zu überlassen, eine fünffache Contribution zu Gunsten Revals zu bewilligen, welche den Deputirten dieser Gemeinde zum Theil sogleich ausgezahlt wurde, dieß war es etwa alles, was man erhalten konnte, denn die Hanse und der Kaiser wollten keinen offenbaren Theil an einem Kriege nehmen, um nicht Rußland zum Feind zu bekommen. Der König von Schweden wollte Reval an Deutschland nicht abtreten, bevor er nicht die Kriegskosten erstattet erhalten, und an dieser Summe

<sup>47</sup> In Folge des Protocolls dieses Hanse-Tags, von dem Jahre 1572, zu Lübeck, in den MSS. Brf. Vol. 227.

setzte es bey dem Kaiser wie bey den Hanseaten. Die  
 Knechten drangen zwar wiederhöft bey dem ersten und  
 dem Reiche auf eine Gesandtschaft nach Moskau, diese  
 willigten auch darein; allein wie groß die Mühe  
 war, so schickten doch weder das Reich noch die Hanseaten  
 die nöthigen Gelder anzukschaffen, die Gesandtschaft kam  
 nicht zu Stande, und Kholm blieb den Feinden Preys  
 gegeben. Die Klagen der Hanseaten über die Holländer,  
 über die Störung ihres freyen Verkehrs, über einen  
 Zoll von fünf Procent, den Riga in ihrem Hafen  
 eingelegt hatte, dauerten fort; die Verhinderung der  
 Fahrt auf Narwa, dann durch die Schweden, dann  
 durch die Polen dauerte gleichfalls fort, und Fremde  
 trieben ihr Spiel in dem Russischen Verkehr. <sup>42</sup>

Endlich scheint die Eroberung Narwa's, im Jahr  
 1581, durch die Schweden, dem Verkehr Lübeck's und  
 der mit ihr verbundenen Städte auf Rußland eine an-  
 dere Richtung gegeben zu haben.

Unzufrieden mit den Chiraken, die Schweden den  
 Lübeckern und ihren Freunden im Handel mit Rußland  
 bisher immer gemacht hatten, und die auch jetzt nicht  
 nachließen, mußten sie wohl suchen an einem andern  
 Orte, als wo sie bisher den Verkehr betrieben hatten,  
 ihre Geschäfte zu machen. Ihr Bestreben richtete sich

<sup>42</sup> In Folge des Protocolls des Hanse-Tags, von dem  
 Jahre 1576, zu Lübeck, und von dem Jahre 1579,  
 ebenbaselbst in den MSS. Brf. Vol. 228. 230.

nun um so mehr, durch jene Erhebung des Schweden  
gebrungen, vornehmlich auf die Wiedererrichtung einer  
formlichen Niederlage zu Pleskow und Nowgorod nach  
alter Weise. Auch hat Zar Feodor Iwanowitsch den  
Lübeckern und den mit ihnen einigen Städten, die Be-  
günstigung vor andern Nationen, in den Jahren 1586  
und 1588 ertheilt, so daß nur der halbe Zoll von ihnen  
gefordert werden sollte, auch ihnen die Häfen von Ple-  
skow und Nowgorod wieder anweisen lassen.

Wie erfreulich dieß nun auch immerhin war, so  
konnte doch bey der ganz veränderten Lage aus so man-  
chen bekanneten Gründen, die alte Handelsherrschaft und  
der alte Flor dieser Niederlagen nicht wieder erreicht  
werden. Auch sind diese zugestandenen Freyheiten von  
Zeit zu Zeit wieder unterbrochen worden, zumellen wie  
es schien durch die eigene Schuld der Deutschen. Nicht  
aufgeblüht sind die Comtolre niemahls wieder. Auf  
jeden Fall blieben die Lübecker dadurch immer in großer  
Abhängigkeit von Schweden und Polen, denn, da die  
Russen von den Küsten der Ostsee verdrängt waren und  
blieben; so mußten sie nun immer den Hin- und Her-  
weg durch das Schwedische oder Polnische Land, oder  
andere Besitzungen dieser Mächte nehmen. Es fehlte  
auch nicht an Klagen über die Beschwerden, die man  
von beyden Mächten deshalb auszustehen hatte. Aber  
es scheint, daß die Lübecker den Verkehr dennoch be-  
trieben, und indem sie mit einiger Feinheit, dann durch  
die Polnischen, dann durch die Schwedischen Besitzungen

vorzüglich ihren Wegnahmen, dadurch bald die eine, bald die andere Macht zum Nachgeben zwangen. Bald nämlich drohten sie den Schweden bloß durch die Polnischen Besizungen, den Polen nur durch die Schwedischen ihren Handel mit Rußland zu führen; beide aber wünschten gleichwohl die Rußnießung eines Durchfuhrzolls allein zu behaupten. In diesem Zustande scheint sich denn der Handel Lübecks und vielleicht einiger Wendischen Städte mit Rußland, während Feodors Regierung, behauptet zu haben. <sup>49</sup>

<sup>49</sup> Die Wahrheit der gegebenen Vorstellung des Verkehrs mit Rußland, während dieser Zeit, erhellt aus dem Protocolle des Hanse-Tags, von dem Jahre 1584, in den MSS. Brf. Vol. 232. Dasselbst heißt es, daß man zwar eine Gesandtschaft nach Rußland für höchst nöthig halte, daß man aber zuvor, durch Schreiben an den Zar, sein Heil versuchen wolle. Der Fahrt um Norwegen auf Archangel wollte man durch Errichtung einer Residenz zu Nowgorod, Pleskow, Dörpt oder anderswo Abbruch zu thun suchen. — In der *Histoire raisonnée du commerce de la Russie* par Scherer T. II. S. 167 u. ff. findet sich ein merkwürdiges Schreiben von Stanislaus Koschnitzky, einem Polnischen Beamten, zu Dörpt, an die Lübecker auf ihrem Comtoire zu Pleskow, vom 16. Jul. 1585, und die Antwort der letzteren an den ersten, vom 28. Jul. desselben Jahrs. Der erste klagt, daß die Lübecker von Pleskow ihren Rückweg nach Deutschland nicht über Dörpt nähmen, sondern wohl über Narwa und andere Orte, daß aber des Königs Wille sey, über

Ein gewisser Zacharias Meyer, Lübeckischer Bürger, ward von den Hansen, während Feodors und

Dörpt allein zu gehen, und daselbst den Zoll zu entrichten. Er droht mit Confiscation und, andern noch höhern Strafen, wenn jenes nicht unterlassen würde, doch will er, wenn anders es sich begründet fände, den Klagen über die Polnischen Zollbedienten zu Dörpt abhelfen. Die Antwort der Lübeckischen oder Deutschen Kaufleute lautete dahin: daß sie allerdings mit allzuharten Zöllen und Abgaben zu Dorpat geplagt würden, und daß sie die von ihnen erhandelten Russischen Güter vor der Ausfuhr zum Verkauf ausbieten müßten, welches sie mehrere Wochen aufhalte, ohne daß gleichwohl ein Bürger von Dörpt ihnen etwas abkaufe, wodurch sie denn einen unermesslichen Verlust machten. Sie könnten aber durch das Schwedische und Russische Gebiet ihre Güter fahren, ohne auch nur den kleinsten Theil des Polnischen zu berühren, sie thäten es nicht, könnten es aber, wenn sie wollten. Der Zöllner zu Dörpt behandle sie ärger, als Türken, Juden und Russen; der Krug gebe so lange zu Wasser bis er bräche. Außerdem habe ihnen der Prinz Johann Petrowitsch Schuiskoi zu wissen gethan, daß er, Stanislaus Kochnigky, von ihm begehrt habe, daß keiner von ihnen (den Inhabern des Deutschen Comtoirs zu Pleskow) weder zu See noch zu Land nach Narwa, sondern allein nach Dorpat gehen solle; der Prinz aber glaube, dieß Unsinnen stamme von ihnen den Kaufleuten her, welches sie in neue Angelegenheiten in Rußland bringen könne. Uebrigens lasse er der Russische Prinz ihm Kochnigky wissen,

seines Nachfolgers Regierung; oft in Russischen Angelegenheiten gebraucht; und es war sehr unschätzbar,

daß der Kaiser sich wohl beschreiben werde, nur habe einem Großfürsten von Rußland in seinem Gehirne nichts zu befehlen, weshalb er ihnen geboten habe den Russischen Weg über Narwa zu Wasser und Land allein einzuschlagen. Sollten sie aber wieder Verhoffen von dem einen oder andern Theile fernher geplagt werden; so würden sie gleich den Holländern und Engländern den nördlichen Handelsweg auf Rußland einschlagen. — Alles ist deutlich bis auf die Unterschrift: Die Deutschen und Engländer des Deutschen Comtoirs zu Pleskow. Wir vermuthen, daß Engländer ein Druckfehler sey; denn es ist schwer zu glauben, daß die Deutschen, selbst in dieser spätesten Zeit gemeinschaftlich mit den Engländern hier eine Factorcy gehabt hätten, sie die sich einander so sehr haßten. Auch bedurften die Engländer solcher Niederlage hier um so weniger, da sie über Hochangel und ihre übrigen Niederlassungen im Norden einen Verkehr mit den Russen betrieben. — Köhler sagt bey Willebrandt S. 277, bey dem Jahre 1595, daß von der Hanse befehlet ward, den Zacharias Meyer an den Großfürsten abzusenden, und daß er sich zu Pleskow erkundigen solle: ob die Höfe für die Hanstischen Kaufleute wieder errichtet worden, und die zugesagte Befreyung von der Hälfte des Zolls gehalten werde; „ob der im 1586ten Jahre ausgegebenen nachher aber revokirten und nach Beschaffenheit in eine andere Form gesetzten alten Ordnung und Schrage, so vormals am Mangantischen Comtoir gehalten, und

daß dieser Mann sich verstand, der in Rußland hiers  
gewesen, des Landes und der Sprache kundig war; daß

den Russen dieß hat zu haben über  
sich zu lassen, nachgelesen wurde, auch als es um die  
Bedeutung des Hofes und der residirenden Haus-  
haltung daselbst zu sehen, und falls, daß etwas un-  
gewöhnliches dagegen vorgenommen worden, verspätet  
wurde, den Residirenden insofern solches zu  
untersuchen u. s. w. Hieraus scheint zu erhellen,  
daß irgend eine Niederlage zu Nowgorod, schon  
wahrscheinlich, eine sehr unvollkommene gewesen sey.  
Zwar heißt es ebendasselbst nachher: Der Kaiser soll  
dem Großfürsten bitten, daß der Hof binnen Neu-  
garten nach dem Alten aufgerichtet werde; dieß  
aber ist mit der früheren Nachricht wohl nicht im Wi-  
derspruch; denn die Hansen suchen hier nur die Wie-  
derherstellung des Hofes auf die alte Weise, welche  
freilich da so wohl, als selbst zu Pleskow, damals  
nicht vorhanden seyn mochte. — In den Actenstücken  
über die holländische Gesandtschaft nach Moskau an Zar  
Boris Feodorowitsch, im Jahr 1603, bey Wille-  
brandt, kommen noch verschiedene Notizen vor, die  
eben jene Vorstellung des frühern Handels, unter Zar  
Feodor Iwanowitsch, bestätigen. Daselbst heißt es  
S. 126, daß die von Boris Feodorowitsch den Ge-  
sandten ertheilte Antwort ganz zuwider sey der vom  
Kaiser Feodor Iwanowitsch, im Jahr 1604 und 1606,  
d. i. 1586 und 1588, ertheilten Bestimmung vom hülfsen  
Zoll. Ferner S. 129 sagen die Deputirten dem Kanz-  
ler des Zar Boris: daß ihnen durch den Zar Feodor  
Iwanowitsch zwei Höfe zu Nowgorod und Pleskow



war um so schädlicher, da eine gemüthschaftliche Gesandtschaft von der Hanse und dem Römischen Kaiser,

an die Kaiserliche Majestät in Wien, geschickt worden.

Wären angewiesen worden, um deren Wiedergabe sie bitten. — In der Instruction der Hanse an ihre De-

putirten nach Rußland, von dem Jahre 1602, heißt es ebenfalls S. 147: daß da durch die Kriege in

Rußland, und durch die Livländischen Handel die Deutschen Höfe, welche ehemals zu Nowgorod und

Pleskow bestanden, eingegangen wären, und die Hanse verschiedentlich verheerlich habe, wie dem Handel wie-

der aufzuheben sey; so hätten sie sich bereits an die Kaiserliche Majestät, nämlich Johann Wilhelm (II.) und

Geodor Iwanowitsch gewandt und sich diesen Häfen für ihre abgelaufene Befanden erhalten, mit der Ver-

sicherung, daß wenn sie antworten würden, ihnen die Höfe zu Nowgorod, Pleskow und an andern Orten

eingestrichen werden sollten; auch seien die Höfe daselbst wirklich reparirt und die Häcker vom halben

Sohl befreit worden. — In einer Vorstellung der Deputirten, welche sich nachmals nicht übergaben,

am S. 151, kommt vor: Und weil wir nun aus dem Briefe befinden, den der Kaiser Geodor Iwanowitsch

an den Rath zu Lübeck, im Jul. 7096, d. i. 1588, geschrieben, daß er nicht bloß die genannte Stadt,

sondern auch die andern, welche uns ihr einig, begnadigen wollen, so.

Endlich kommt ganz bestimmt in einer Vorstellung der Deputirten, vom 16. April 1603, S. 158, vor: Weil aber der fromme und hoch-

lobliche Kaiser Geodor Iwanowitsch, seliger Gedächtniß, ihnen den Häckern und andern Städten zwei

andere Höfe, einen zu Pleskow, und den andern zu

bleiben oft beliebt, nie, der Kofin wegen, zu

großen Naugarten, wieder gegeben, und sie, im J. 1704 (1736), durch zwei Bajaren dem Zach Meyer anweisen lassen, auch was zerfallen wiederum bauen und bessern zu lassen, vermöge Sr. Majestät. Brief und Siegel an den Rath zu Lübeck abgegangen; welche in der Kanzley aufgefunden werden konnten u. s. w. — In dem Paß vom Zar Feodor Iwanowitschufft die von Hannischer Seite abzusertigende Deputations (welcher an Lübeck, gerichtet, und von dem J. 1706, d. i. 1588, ist, und dar zugleich gewisse gestandene Freyheiten enthält. 1716). kommt mit: daß die Lübecker in diesen Paß sich zuhätten durch Zach Meyer, daß ein Vorschreiben vom Kaiser Rudolph zugleich überbracht hatte, worin im freyen Handel zu Nowgorod, Pleskow und Moskau, und um die Restauration der Häuser zu Nowgorod und Pleskow nach dem Allen, und um die Ausnahme des Lübeckischen Gesandten umgehaltet ward. — Der Zar begnadigte die Lübecker und die andern Städte, welche mit ihnen auf Einem Blatte belegen und eintz sind, nach Nowgorod, Pleskow, Moskau und Kolmogorod zu kommen, um mit den Russen zu verkehren, weßhalb er ihnen auch die Hölse einräumt, die sie weiland und so wie sie dieselben zu Nowgorod und Pleskow vorhem besessen hätten, er verspricht nur die Hälfte des Zolls, den andere Nationen geben, von ihnen zu fordern, ihre abzusertigenden Gesandten gern aufzunehmen, und ihnen sicher Geleit zu ertheilen, auch ihre weitere Werbung anzuhören und ferner darauf zu beschließen. — Man vergleiche die Nachrichten, welche in den Chroniken von

Standte kam. Alles was man günstiges unter Zar

Köhler und Willebrandt bey den Jahren während der Regierung Zar Feodors vorkommen. Außer diesen wollen wir noch folgende Nachrichten aus handschriftlichen Notizen beyfügen. In dem Protocolle d. Hanse-Tags, von d. Jahre 1591, in den MSS. Brf. Vol. 233, kommt folgendes vor: Die Städte seyen in guter Correspondenz mit dem Großfürsten, er habe wegen einer an ihn abzufertigenden Gesandtschaft und Errichtung einer Niederlage sehr gnädig geantwortet. Auch habe sich der Deutsche Kaiser zu Abfertigung einer Gesandtschaft an den Zar geneigt erklärt, so lange aber der unglückliche Krieg im Norden dauere, könne man kein sicheres Geleit erhalten, und man müßte die eine wie die andere förmliche Gesandtschaft aufschieben. In dem Protocolle des Hanse-Tags, von dem Jahre 1598, kommt über die früheren Verhandlungen mit Rußland, in den MSS. Brf. Vol. 234, folgendes vor: Die früher an den Großfürsten (Feodor) beschlossene Gesandtschaft sey aus bewegenden Ursachen ausgesetzt worden. Zacharias Meyer sey, im Jahre 1593, als praenuntius abgefertigt worden, da er Rußlands kundig sey, der auch die bereits angeführte Befreyung von der Hälfte des Zolls u. s. w. mitgebracht habe. Im J. 1594 habe der Statthalter zu Pleskow aber wiederum den ganzen Zoll gefordert, indem er behauptet, die Deutschen hätten sich manchen Unterschleif zu Schulden kommen lassen. Laskowicz schrieb deshalb an den Großfürsten, an Boris Feodorowitsch, Statthalter zu Pleskow, und an die Deutschen dafelbst, daß sie, um allen Unterschleif zu

Ein gewisser Zacharias Meyer, Lübeckischer Bürger, ward von den Hansen, während Feobors und

Dörpt allein zu gehen, und daselbst den Zoll zu entrichten. Er droht mit Confiscation und andern noch höhern Strafen, wenn jenes nicht unterlassen würde, doch will er, wenn anders es sich begründet fände, den Klagen über die Polnischen Zollbedienten zu Dörpt abhelfen. Die Antwort der Lübeckischen oder Deutschen Kaufleute lautete dahin: daß sie allerdings mit aufzuharten Zöllen und Abgaben zu Dorpat geplagt würden, und daß sie die von ihnen erhandelten Russischen Güter vor der Ausfuhr zum Verkauf aufbiehen müßten, welches sie mehrere Wochen aufhalte, ohne daß gleichwohl ein Bürger von Dörpt ihnen etwas ablaufe, wodurch sie denn einen unarmesslichen Verlust machten. Sie könnten aber durch das Schwedische und Russische Gebiet ihre Güter fahren, ohne auch nur den kleinsten Theil des Polnischen zu berühren, sie thäten es nicht, könnten es aber, wenn sie wollten. Der Zöllner zu Dörpt behandle sie ärger, als Türken, Juden und Russen; der Krug gebe so lange zu Wasser bis er bräche. Außerdem habe ihnen der Prinz Johann Petrowitsch Schuiskoi zu wissen gethan, daß er, Stanislaus Kochuisky, von ihm begehrt habe, daß keiner von ihnen (den Inhabern des Deutschen Comtoirs zu Pleskow) weder zu See noch zu Land nach Narwa, sondern allein nach Dorpat gehen solle; der Prinz aber glaube, dieß Unsinnen stamme von ihnen den Kaufleuten her, welches sie in neue Angelegenheiten in Rußland bringen könne. Uebrigens lasse er der Russische Prinz ihm Kochuisky wissen,

spätern Vortraben dieses Mannes zugeschrieben wer-

gegen fremde Nationen, namentlich gegen Engländer und Holländer. Es ist noch zu bemerken, daß ob schon nach diesen Nachrichten unter Geodor den Hansen die Hölse zu Nowgorod und Wleskow wieder zuerkannt worden, die Hansische Gesandtschaft, im J. 1603, den ersten an einen gemeinen Bauer vermietet fanden, s. die bekannten Acten der Gesandtschaft bey Willebrandt. — Diese zerstreuten, mühsam gesammelten Nachrichten, enthalten alles, was über das Handelsverhältniß zwischen Lhed, ihren Freunden und Rußland, während der Regierung des Zars Geodor Iwanowitsch, von uns hat in handschriftlichen und gedruckten Nachrichten aufgefunden werden können. Es kommt außer diesen noch eine Urkunde bey Willebrandt III. S. 100 vor, überschrieben: de Schrage tho Neuwgarten. Sie hat zur Seite das Jahr von 1564. Sie enthält, nebst einer geschichtlichen Einleitung, über den Gang des Russisch-Hansischen Handels, die Ordnung für die Honsen zu Nowgorod, wie sie ihre Geschäfte daselbst betreiben sollen, ihre gemeinschaftliche Wohnung oder Factorey halten u. s. w. Im zweyten Bande der Geschichte des Hansischen Bundes ist diese, so wie eine frühere handschriftliche Schrage aus der Kopenhagener Bibliothek von uns benutzt worden, um eine Vorstellung von der Deutschen Niederlage zu Nowgorod zu geben. Weiter scheint uns nun diese Urkunde auch eben nicht von Gebrauch seyn zu können. Denn nach der Angabe von dem Jahre 1564 fällt diese Verordnung in die Regierung Iwan Wasiljewitsch II., wo man den Handel auf Narwa betrieb.

Dies war die letzte Verhandlung, welche Kaiserens des alten Hofes nach Rußland abgefertigt ward, und diese war in ihrer Werbung für die verhandelten Städte nicht glücklich. Der Zar nahm die Gesandten, ließ denselben Abgeordneten einen freundlichen Empfang zukommen, so oft er wollte durchaus nie von einer Hanse, von vereinbundenen Städten hören, um ihnen Irthümen zuzusetzen. Inbezug allein begnadigte er, und alles, was an Privilegien erworben ward, ging diese Städte nur, aber den Bund nicht weiter an. Es war gewiß nicht den Abgeordneten, nicht Lübeck Schuld, daß die Sache so ausfiel. Während der ganzen Unterhandlung kommt keine Spur eines gegründeten Verdachtes von Eigennuß vor, sondern es scheint vielmehr ein Mangel an geographischen Kenntnissen am kaiserlichen Hofe die Ursache davon gewesen zu seyn. Man mußte nämlich, daß einige Städte des Bundes unter polnischer Herrschaft standen; gegen Polen aber war der Zar mit Recht sehr erbittert, und so warf er alle übrige in gleiche Verdammniß, und blieb dabei, er kenne die übrigen Städte nicht. Vorzüglich aber mußte schon von Seiten der kaiserlichen Abgeordneten zu Werke gegangen werden, denn bey aller Höflichkeit, die ihnen ward, erließen sie doch zur Antwort, wenn sie einmüthig einstimmig auf ihrem Willen bestanden: sie seyen unerschämmt und sollten bedenken mit wem sie zu thun hätten.

Den Lübeckern ward verflattet, Höfe, Niederlagen und Cantains auf ihre Kosten, nach alter Sitte, zu

Mongorob, Pleskow, Zwangerob, Wolmogorob und vor der Stadt Archangel zu errichten, und daselbst so wie zu Moskau freyen Handel zu betreiben; sie sollten befreyt seyn von allen Zöllen, mit Ausnahme einer Abgabe beym Wiegen der Güter; ihre Waren sollten weder einer Visitation, noch einer willkürlichen Preisbestimmung unterworfen, vielmehr die Kaufleute nur verbunden seyn, den Zöllnern ein glaubhaftes Verzeichniß ihrer Güter einzureichen.<sup>52</sup>

Wie unschätzbar diese Freyheiten nun waren, so gingen sie doch nur allein Lübeck an, für die übrigen Städte aber war nichts gewonnen, so wie denn auch ein gemeinsamer, privilegirter, Hansischer Handel auf Rußland von der Zeit an gänzlich nicht mehr bestanden hat. Vielmehr trug dieser Freybrief nur dazu bey die Rälle, die schon groß genug war, zwischen den Gliedern des Bundes zu vermehren. Auf der Rückreise aus Rußland trennten sich die Gesandten von Stralsund unwillig von den

<sup>52</sup> Die weitläufigste Nachricht von dieser Gesandtschaft mit allen Actenstücken findet sich bey Wilbrandt III. von S. 121 an; das Privilegium steht auch bey Marquard, Lünig und Scherer, vergleiche d. Urk. Verz. Die sämmtlichen Abdrücke sind mangelhaft, einer kann aus dem andern etwas verbessert werden. Die Verordnung Lübeck's für ihre Kaufleute in Rußland, oder die sogenannte erneuerte Schrage, findet sich ebenfalls bey Marquard, Lünig und Scherer.

überdauern. Jene sagten diesen: sie hofften nicht, daß die Stadt Lübeck eigenmächtig nur allein, mit Ausschluß aller übrigen, dieser Freiheiten sich bedienen würde; worauf diese erwiderten: sie wollten zu Hause treulich berichten.

Auf den nachfolgenden Händelschen Versammlungen entstand eben hierüber viel Streit. Auf der Tagsatzung, von dem Jahre 1604, ward beschlossen, daß da keine Stadt von der andern sich trennen und besondere Privilegien auf den fremden Factoreyen haben dürfe — welches jedoch nie ganz genau der Fall gewesen; — so solle Lübeck vorläufig, und im Namen aller übrigen, die Häuser in Rußland ankaufen und besitzen, aber auch so lange die Kosten dieses Ankaufs, so wie die der Gesandtschaft allein tragen, bis man die Einwilligung der Freiheiten auf alle erhalten haben werde, weshalb an den Zar im Namen aller geschrieben werden sollte.<sup>53</sup>

Alein es ist keine Spur, daß die Wünsche der Hanse erfüllt wurden, und bey den bekannten Dmitrischen Unruhen, ist es selbst sehr unwahrscheinlich, daß auch nur Lübeck zu einem, einiger Maßen dauernden Genuß

<sup>53</sup> Werdenhagen erwähnt der Streitigkeiten P. IV. cap. 9. p. 51. Vollständiger sind sie in dem Protocolle des Hanse-Tags zu Lübeck, von dem Jahre 1604, in den MSS. Brl. Vol. 236, in dem Protocolle des Hanse-Tags, von dem J. 1696, ebendasselbst. Es beliebte damals die Hanse ein Gratulations schreiben an den neuen Großfürsten, und einen Prodnuntium abzusenden.



jener privilegierten Höfe gelangt sey. Jedoch scheint die letztere Stadt, bis um die Mitte des siebenzehnten Jahrhunderts, einige Privilegien etwa im Zolle in Rußland behauptet zu haben.<sup>24</sup>

Endlich aber waren auch selbst noch größere Freyheiten in Rußland, als man je gehabt hatte, nun bald von geringem Werthe, da man immerhin durch das Schwedische Territorium hindurch mußte, um auf eine leichte Weise zu den Russen zu gelangen, und da die Schweden die Deutschen Städte, namentlich die Lübecker, mit so unerhörten Zöllen belegten, wenn sie nach Rußland und von da zurückzogen. Der Weg aber durch die Polnischen Besizungen, wo es ohnehin eben nicht besser seyn mochte, hatte andere Beschwerden, und endlich der Weg über Archangel war für die Communen der Ostsee so weit, so abgelegen.

Es mißfiel den Deutschen Städten, daß in den Verträgen zwischen Schweden und Rußland, von

<sup>24</sup> Herr Becker in seiner Geschichte Lübeck's, Th. 2. S. 443, zu Folge eines Wipps, erwähnt, daß im Jahre 1652 ein gewisser Hugo Schockmann, Bürger und Kaufmann zu Lübeck, nach Rußland abgeordnet ward, um wegen der Handels-Privilegien der Stadt daselbst Vorstellungen beym Zar zu machen, bey welchem über den Mißbrauch der Münze und der Zollfreyheiten viele Klagen eingelaufen waren. Er wirkte nur das aus, daß die Lübecker gleiche Freyheiten mit den Schweden genießen sollten, wie sie diesen würden bewilligt werden.

den Jahren 1595 und 1609, der Verkehr mit den Russen allein über Reval und Wiburg gehen sollte, welches selbst dem kurz zuvor den Lübeckern wenigstens zugestandenem Privilegio zuwider schien. Dann klagten die Deutschen, daß ihnen von den Schweden zu Reval und Narwa 10 Procent, bey aller Ein- und Ausfuhr, abgefordert wurden, und als von den Wendischen Städten deshalb gemachte Vorstellungen wurden nur mit Verachtung erwidert. Die Schwedischen Zöllner schienen noch die ankommenden Fremdlinge mehr zu mißhandeln, als es der Wille der Könige war, da sie bald die Schiffe anhielten, die Pässe verweigerten, Vorschüsse für die Krone begehrten, und wenn die Kaufleute sich widersetzten, ihnen ihre Güter wegnahmen und sich bezahlt machten. So mußte denn der Verkehr von allen Nationen über die Ostsee mit den Russen immer mehr abnehmen, dagegen die Zar durch Herabsetzung des Zolls die Aus- und Einfuhr über das weiße Meer erleichterten.<sup>55</sup>

Dann und wann, wie etwa nach dem Frieden zu Stolhawa, im Jahr 1617, zwischen Rußland und Schweden, schien, nach langer Störung durch die innern Unruhen Rußlands und die Kriege mit den Nachbarn, eine neue Aussicht sich zu eröffnen, und es wandten

<sup>55</sup> Scherer T. I. p. 192-194; die Klagen über die Schwedischen Zölle kommen unter andern in dem Protocoll des Hansa-Tags, vom Jahre 1608, in den MSS. Brf. Vol. 238, vor.

sich auch wohl dienenden; noch überdies Städte schriftlich an den Zar Michael Feodorowitsch, und erhielten von ihren Bundesgenossen, den Dänen, Schweden, Polen schreiben an ihn: welche sichergeben konnte der Handel nicht stehen? dann die Schweden ließen nicht ab, ihren Besatz zu verstärken; es wurde nachher auch der Kaiser Leopold sehr allerdings der Wichtigkeit des Russischen Handels, trotz aller seiner kaiserlichen Untersuchungen, recht wohl einsehend, und war hochungestimmt, daß der Handel über Mangel stets mehr aufblühen sollte. Seine Befehle mit Kasan gingen dahin, daß der Handel über die Dnieper nicht mehr aufblühen sollte, dann wurde auch noch ein Brief an den Kaiser von einer Versammlung der Dänischen und einiger anderen Städte zu Lübeck, im Nov. des Jahr 1617, kommt, worin es heißt: zehn bis zwölf Tausend, während der Ungemüßheit der Regierung in Russland, und des Kriegs zwischen diesem Reiche und Schweden der Handel mit dem Russen darnieder gelegen, nun aber Frieden geschlossen worden, und die Häfen und Städte, worin die Hanen bisher ihre Privilegien gehabt, theils in Schwedische, theils in andere Hände gekommen; so wollte man nun Versuche machen, den Handel wiederherzustellen; nach dem Protocoll des Handelsabsatzes in den MSS. Brf. Vol. 220: Im Jahr 1618 ward beliebt: die General-Statuten um Vorwissen an den Zar zu ersuchen; im folgenden Jahre sollte man ein solches wirklich, und es ward deshalb beschlossen, dieß Schreiben an den Zar, begleitet von einem Briefe, im Namen der Hanse, abzusenden; Protocoll der Versammlung, dieses Jahre in den MSS. Brf. Vol. 238. 241. Es beschlossen die zu Lübeck im Febr., März und April versammelten Städte, im J. 1622, wegen der Beschwerden im Russischen Handel, ein Schreiben an den Zar Michael Feodorowitsch abzugeben zu lassen.

hien sollte. Dem die Einkünfte, die den den Durchfuhr durch seine Besitzungen erhoben wurden, mußten ihm soothbar sein, da bestehender diesen Verkehr ward, und ohne Zweifel wollte er auch, daß seine Unterthanen nicht zugewandt von allen anderen zu dem Besuche dieser so gesuchten Russischen Güter gelangen sollten, weil auch sie dadurch gewinnen mußten. Allein Gustav Adolph wollte auch ganz entschieden, und man weiß, warum, er ließ so ernstlich beschließen, daß der Handel sehr selten über Kholm gehen sollte. Die Schweden aber die zu Romagrod eine Art Alibiologie behaupten zu haben schienen, zogen den Begriß des Handels vorz, was ward ihnen vom Könige streng untersagt, und ihnen geordnet über Kholm zu gehen, und Befestigungen dagegen blieben zu halten; der König setzte den Schwedern mit den schmeichlichsten Worten aus einander, wie und warum sie nur über Kholm handeln möchten, welches die alte bekannte, der Hanse verbandte Stapelstadt des östlichen Theils der Ostsee sey, die so bequem gelegen wäre. Er stellte ihnen vor, wie nur ihr eigenes Wohl ihm am Herzen liege, und wie er mit ihnen ein gleich großes Interesse habe, den Handel über Archangel, durch die ständige Wiederherstellung desselben über die Ostsee zu unterdrücken.

Alein Gustav Adolph, so wie seine Nachfolger, und die ihnen gehörenden Holländischen Städte, wollten diesen Verkehr beherrschen, Zölle nach Umständen von der Durchfuhr erheben, und diese ewigen Störungen

ließen diesen Verkehr immerhin fruchtbar, und den reich-  
fernten über Archangel kamet mehr und mehr gedeihend;  
Erschienen einige zu Kopenhagen, wie zu V. die Hamburger;  
so wurden sie so gehalten, daß sie sich nicht mehr  
der Kommen zu weichen und wahrscheinlich war diesen,  
an der Nordsee gelegen, die Fahrt über Archangel, wo  
man weniger Bölle zu erwarten hatte, noch minder be-  
schwerlich, als den übrigen Kommen. Den Absatz-  
fern war, im Jahre 1648, von Schweden versprochen  
worden, daß man zu Narwa und Kopenhagen von allen Rus-  
sischen Producten nur zehn vom Tausend erheben wollte;  
allein es ward das doppelte, das dreifache begehrt. So  
beherrschte Schweden hier den Russischen Verkehr, bis  
zu der Zeit, da Carolus des Zwölften Unbesonnenheiten  
und Peters des Großen Unternehmungen hier einen an-  
dern Handel begründeten.<sup>57</sup>

Schon lange war der alte Hanseische Handel nach  
Rußland verschwunden, denn daß verschiedene Hanse-  
städte noch länger einen Verkehr betrieben, da doch  
alle gemeinschaftliche Freyheiten aufgehört hatten, das  
war nur Sache der einzelnen Städte, aber nicht mehr  
eine gemeinschaftliche Angelegenheit. Von der Zeit an,  
da man keine gemeinschaftliche Freyheiten mehr erhalten  
und behaupten konnte, hört die Geschichte des alt Han-

<sup>57</sup> Vergl. *Essai sur le commerce de la Russie*, T. I. S.  
194 - 199. und Gustav Adolphs Brief, der höchst  
merkwürdig ist, und an Form und Gehalt von der  
Klugheit des Königs einen so laut redenden Beweis  
gibt, ebendasselbst, T. II. S. 176 - 182.

den zu müssen; gleichwohl ward er nach Hanfscher  
 Sitte nicht belohnt, wie er es verdient hatte.<sup>20</sup>

Alles aber, was geschichtlich vorauszugeht, zeigt, daß  
 die Jahreszahl falsch ist, und daß statt 1564 wahr-  
 scheinlich gelesen werden müsse 1504. Es heißt das  
 selbst, das Comtoir habe seit 1484 zwanzig Jahre  
 darnieder gelegen, welches dann 1504 macht, dieß  
 stimmt damit zusammen, daß darin von Iwan Wa-  
 siljewitsch die Rede ist, welches der erste dieses Na-  
 mens war, und der bis zum Jahre 1505 regiert hat.  
 Der Römische Kaiser Maximilian, der darin vor-  
 kommt, ist gleichfalls der Erste dieses Namens.  
 S. 101 muß statt 1514 gelesen werden 1504. Es  
 ist auch aus andern Nachrichten bekannt, daß am  
 Ende der Regierung Iwans Wasiljewitsch Versuche  
 zur Herstellung der Nowgorodischen Niederlage ge-  
 macht worden sind; diese Schrage aber ist damals  
 wahrscheinlich durchgesehen worden in der Hoffnung,  
 daß das Comtoir wieder werde errichtet werden, ob-  
 schon es nicht geschehen ist. Die mangelhaften Jahres-  
 zahlen kommen auf Rechnung der ganz gewöhnlichen  
 Unachtsamkeit Willebrandts. Die Urkunde hat  
 übrigens als Ordnung für das Comtoir aber immer  
 einen Werth, man sieht daraus, wenn sie auch nie  
 ausgeführt ward, wie die Einrichtung seyn und der  
 Handel geführt werden sollte, in dieser Hinsicht ist  
 sie auch früher von uns benutzt worden.

<sup>20</sup> Von des Mannes Abenteuer und seinen Klagen be-  
 richtet Abhler bey dem Jahre 1599. Doch hat er  
 sich bey der Hanfschen Gesandtschaft, im J. 1603,  
 wieder gebrauchen lassen.

Während der Regierung des Zar's Denis Godunow, welcher Godunow, kam endlich eine förmliche Hanfische Gesandtschaft nach Rußland zu Stande, über die man so lange debattirt hatte, welche sich an die des Deutschen Kaisers anschließen sollte und die ausblieb. Der punktirte von Lübeck und Stralsund, in Begleitung vom J. Meyer, der schon an sechzehn Mal in Rußland gewesen, gingen, im Januar des Jahrs 1603, im Namen der Hanse ab, begleitet von den besten Hoffnungen, von den heißesten Wünschen, mit staatlichen Geschenken versehen, und brachten in Moskau beym Zar ihre Werbung an.

Auch bey so ganz veränderter Lage der Dinge zeigte sich noch in manchen Zufälligkeiten, welchen Werth man auf den Verkehr mit Rußland, besonders zu Lübeck, legte. Als Zacharias Meyer, im J. 1599, nach Moskau als Prædicator abgehen sollte, und dieß in der Stadt bekannt ward; so konnte er sich nur den Leuten nicht retten, die alle in ihn drangen, sogleich abzureisen, nach Lübeck bey d. Jahre. — Als in demselben Jahre ein Russischer Gesandte an den Deutschen Kaiser durch Lübeck, Hamburg, Lüneburg über Braunschweig reiste, ward er von den Lübeckern umgehoben, mit seinem ganzen Gefolge festgehalten, und unentgeltlich weiter geschickt; zu Folge eines Schreibens der Stadt Lüneburg an Braunschweig, vom letzten Aug., 1599, in den MSS. Brf. Vol. 236. — Es kommt so oft in allen Hanfischen Papieren vor, daß der Russische Handelszweig der erste, der wichtigste, das Fundament aller übrigen sey.

Dies war die letzte Verhandlung, welche Maßens der alten Hanse nach Ruckdab abgefertigt ward, und diese war in ihrer Werbung für die verbündeten Städte nicht glücklich. Der Zar nahm die Gesandten, trotz dem Abgeordneten einen freundlichen Empfang abzugeben, allein er wollte durchaus nie von einer Hanse, von verbündeten Städten hören, um ihnen Freheiten zuzugesprechen. Inbed allein begnadigte er, und alles, was an Petitionen erworben ward, lag diese Städte nur, aber den Bund nicht weiter an. Es war gewiß nicht der Abgeordneten, nicht Lübeck Schuld, daß die Sache so ausfiel. Während der ganzen Unterhandlung kommt keine Spur eines gegründeten Verdachts von Eigennuß vor, sondern es scheint vielmehr ein Mangel an geographischen Kenntnissen am Zarischen Hofe die Ursache davon gewesen zu seyn. Man wußte nämlich, daß einige Städte des Bundes unter Polnischer Herrschaft standen; gegen Polen aber war der Zar mit Recht sehr erbittert, und so warf er alle übrigen in gleiche Verdammniß, und blieb dabei, er kenne die übrigen Städte nicht. Vorzüglich aber mußte schon von Seiten der Hanseischen Abgeordneten zu Werke gegangen werden, denn bey aller Höflichkeit, die ihnen ward, erließen sie doch zur Antwort, wenn sie einmahl etwast auf ihrem Willen bestanden: sie seyen unverschämt und sollten bedenken mit wem sie zu thun hätten.

Den Lübeckern ward verflattet, Höfe, Niederlagen und Cantains auf ihre Kosten, nach alter Sitte, zu



Novgorod, Pleskau, Zwangerod, Kolmogorod und vor der Stadt Archangel zu errichten, und daselbst so wie zu Moskau freyen Handel zu betreiben; sie sollten befreyt seyn von allen Zöllen, mit Ausnahme einer Abgabe beym Wiegen der Güter; ihre Waren sollten weder einer Visitation, noch einer willkürlichen Preisbestimmung unterworfen, vielmehr die Kaufleute nur verbunden seyn, den Zöllnern ein glaubhaftes Verzeichniß ihrer Güter einzureichen.<sup>52</sup>

Wie unschätzbar diese Freyheiten nun waren, so gingen sie doch nur allein Lübeck an, für die übrigen Städte aber war nichts gewonnen, so wie denn auch ein gemeinsamer, privilegirter, Hansischer Handel auf Rußland von der Zeit an gänzlich nicht mehr bestanden hat. Vielmehr trug dieser Freybrief nur dazu bey die Kälte, die schon groß genug war, zwischen den Gliedern des Bundes zu vermehren. Auf der Rückreise aus Rußland trennten sich die Gesandten von Stralsund unwillig von den

<sup>52</sup> Die weitläufigste Nachricht von dieser Gesandtschaft mit allen Actenstücken findet sich bey Wilhelms III. von S. 121 an; das Privilegium steht auch bey Marquard, Länig und Scherer, vergleiche d. Urk. Verz. Die sämmtlichen Abordte sind mangelhaft, einer kann aus dem andern etwas verbessert werden. Die Verordnung Lübeck's für ihre Kaufleute in Rußland, oder die sogenannte erneuerte Schrage, findet sich ebenfalls bey Marquard, Länig und Scherer.

überdauern. Jene sagten diesen: sie hofften nicht, daß die Stadt Lübeck eigenmächtig nur allein, mit Ausschluß aller übrigen, dieser Freiheiten sich bedienen würde; worauf diese erwiderten: sie wollten zu Hause treulich berichten.

Auf den nachfolgenden händischen Versammlungen entstand eben hierüber viel Streit. Auf der Tagsatzung, von dem Jahre 1604, ward beschlossen, daß da keine Stadt von der andern sich trennen und besondere Privilegien auf den fremden Factoreyen haben dürfe — welches jedoch nie ganz genau der Fall gewesen; — so solle Lübeck vorläufig, und im Namen aller übrigen, die Häuser in Rußland ankaufen und besitzen, aber auch so lange die Kosten dieses Ankaufs, so wie die der Gesandtschaft allein tragen, bis man die Einwilligung der Freiheiten auf alle erhalten haben werde, weshalb an den Zar im Namen aller geschrieben werden sollte.<sup>53</sup>

Allein es ist keine Spur, daß die Wünsche der Hanse erfüllt wurden, und bey den bekannten Dmitrischen Unruhen ist es selbst sehr unwahrscheinlich, daß auch nur Lübeck zu einem, einiger Maßen dauernden Genuß

<sup>53</sup> Werdenhagen erwähnt der Streitigkeiten P. IV. cap. 9. p. 51. Vollständiger sind sie in dem Protocolle des Hanse-Tags zu Lübeck, von dem Jahre 1604, in den MSS. Brf. Vol. 236, in dem Protocolle des Hanse-Tags, von dem J. 1696, ebendaselbst. Es beliebte damals die Hanse ein Gratulations schreiben an den neuen Czar, und einen Prodnuntium abzusenden.

jener privilegierten Höfe gelangt sey. Jedoch scheint die letztere Stadt, bis um die Mitte des siebenzehnten Jahrhunderts, einige Privilegien etwa im Bolle in Rußland behauptet zu haben.<sup>54</sup>

Endlich aber waren auch selbst noch größere Freyheiten in Rußland, als man je gehabt hatte, nun bald von geringem Werthe, da man immerhin durch das Schwedische Territorium hindurch mußte; um auf eine leichte Weise zu den Russen zu gelangen, und da die Schweden die Deutschen Städte, namentlich die Lübecker, mit so unerhörten Zöllen belegten, wenn sie nach Rußland und von da zurückzogen. Der Weg aber durch die Polnischen Besizungen, wo es ohnehin eben nicht besser seyn mochte, hatte andere Beschwerden, und endlich der Weg über Archangel war für die Communen der Ostsee so weit, so abgelegen.

Es mißfiel den Deutschen Städten, daß in den Verträgen zwischen Schweden und Rußland, von

<sup>54</sup> Herr Becker in seiner Geschichte Lübeck's, Th. 2. S. 443, zu Folge eines Wppts, erwähnt, daß im Jahre 1652 ein gewisser Hugo Schockmann, Bürger und Kaufmann zu Lübeck, nach Rußland abgeordnet ward, um wegen der Handels-Privilegien der Stadt daselbst Vorstellungen beym Zar zu machen, bey welchem über den Mißbrauch der Münze und der Zollfreyheiten viele Klagen eingelaufen waren. Er wirkte nur das aus, daß die Lübecker gleiche Freyheiten mit den Schweden genießen sollten, wie sie diesen würden bewilligt werden.

den Jahren 1595 und 1609, der Verkehr mit den Russen allein über Reval und Wiburg gehen sollte, welches selbst dem kurz zuvor den Lübeckern wenigstens zugestandenem Privilegio zuwider schien. Dann klagten die Deutschen, daß ihnen von den Schweden zu Reval und Narwa 10 Procent, bey aller Ein- und Ausfuhr, abgefordert wurden, und alle von den Wendischen Städten deshalb gemachte Vorstellungen wurden nur mit Verachtung erwidert. Die Schwedischen Zöllner schienen noch die ankommenden Fremdlinge mehr zu mißhandeln, als es der Wille der Könige war, da sie bald die Schiffe anhielten, die Pässe verweigerten, Vorschüsse für die Krone begehrten, und wenn die Kaufleute sich widersetzten, ihnen ihre Güter wegnahmen und sich bezahlt machten. So mußte denn der Verkehr von allen Nationen über die Ostsee mit den Russen immer mehr abnehmen, dagegen die Zar durch Herabsetzung des Zolls die Aus- und Einfuhr über das weiße Meer erleichterten. <sup>55</sup>

Dann und wann, wie etwa nach dem Frieden zu Stolhawa, im Jahr 1617, zwischen Rußland und Schweden, schien, nach langer Störung durch die innern Unruhen Rußlands und die Kriege mit den Nachbarn, eine neue Aussicht sich zu eröffnen, und es wandten

<sup>55</sup> Scherer T. I. p. 192-194; die Klagen über die Schwedischen Zölle kommen unter andern in dem Protocoll des Hansa-Tags, vom Jahre 1608, in den MSS. Brf. Vol. 238, vor.

Bedürfniß der Errichtung einer Residenz, daselbst über-  
zeugte, und vom Rath und den Schöffen der Stadt  
die vorläufigen Bedingungen und Zusagen erwarb, um  
die Niederlage daselbst zu errichten.<sup>12</sup>

- <sup>12</sup> Von den vielfachen Verhandlungen wollen wir einige  
aus den benutzten Archiven anführen. Der Abschluß  
von dem Jahre 1545, zwischen der Hanse und der  
Stadt Antwerpen, ist vielfältig gedruckt, aber es  
hat eine ausdglliche Mähe und viel Unterhändelns  
bedurft, bevor dieser zu Stande kam. — Es heißt  
in dieser sogenannten Composition von dem angeführ-  
ten Jahre, daß seit dem Jahre 1516 Verhandlungen  
wären gepflogen worden; im Jahre 1518 war, wie  
bereits erwähnt, eine Hanfsche Deputation in Ant-  
werpen und unterhandelte. In den MSS. Br. Vol.  
216. Nr. 3. kommen vor: Articuli vp de Residen-  
tien to Antwerpen v. 2. 1527 to Antwerpen vnd  
29 avgeren vnd darup gehandelt. — Verbael  
van der vergaderinge in der Stad to Antwerpen  
1527 twischen den gedeputerden van derzelven  
Stadt vnd den gedeputerden von der gemenen  
Hanse, van der Residentie u. s. w. — Articuli die  
in der communication ende mindelyke vergadde-  
ringen seyn versproken tusschen de gedeputerden  
der 6 Wendeschen Städte und den Olderluden und  
Secretairs dudiescher Nation oft Hanzo, vnd an  
der andern sids tusschen den gedeputerden der  
Stadt Antwerpen. Nebst mehreren andern von dem  
Jahre 1527. — Vertrag der Deputirten von Lübeck,  
Edln und Hamburg, mit der Stadt Antwerpen, von  
dem Jahre 1541, worin die Stadt verspricht, alles

hen sollte. Man sah Einkäufen die bey den Durchfuhr durch seine Besitzungen erhoben wurden, mußten man nachsehen; denn, je höher der dieser Verkehr war, und ohne Zweifel wollte er auch, daß seine Unterthanen noch zugewiesen von, nicht anderen aus dem Besitz dieser so gesuchten Russischen Güter gefangen sollten, weil auch sie dadurch gewinnen mußten. Allein Gustav Adolph wollte auch ganz ausschließen, und man weiß kaum warum er die so ernstlich beschloß, daß der Verkehr nicht über Kandal gehen sollte. Wie aber auch aber die in Romgorod eine Art Niederlage behauptet zu haben schienen, sogen den Begalben Danks davon ließ ward ihnen vom Könige streng untersagt, und ihnen geheißen über Dival zu gehen, und Befestigungen dagegen blieben fruchtlos. Der König sagte den Abweckern mit den schmeichelestesten Worten aus einander, wie und warum sie nur über Dival handeln möchten, welches die die befaßte, der Dänke verwandte Stapelstadt des östlichen Handels der Ostsee sey, die so bequem gelegen wäre. Er stellte ihnen vor, wie nur ihr eigenes Wohl ihr am Herzen liege, und wie er mit ihnen ein gleich großes Interesse habe, den Handel über Archangel, durch die ständige Wiederherstellung desselben über die Ostsee zu unterdrücken.

Alein Gustav Adolph, so wie seine Nachfolger, und die ihnen gehörenden Holländischen Städte, wollten diesen Verkehr beherrschen, Zölle nach Umständen von der Durchfuhr erheben, und diese ewigen Forderungen

Comtoirs-Ordnung zu Grunde gebracht ward; Einrichtungen, worauf zehn, zwanzig und mehrere Jahre hingingen.<sup>13</sup>

Vor allem andern schien es nöthig, um zu dem endlichen Zweck zu gelangen, daß ein Fonds ausgemittelt würde, um die nöthigen Kosten zu bestreiten, und nach langem Debattiren, nach den verschiedenartigsten Vorschlägen, bey dem wenigen Ernste, den mehrere Theile der Hansen zeigten, ward ein neuer

<sup>13</sup> Der Vertrag mit der Stadt Antwerpen, von dem Jahre 1545, steht bey Marquard und Lünig, vergl. Urk. Verz. Wir werden später davon reden, da im Jahre 1563 eine endliche Uebereinkunft getroffen wurde, jene aber darin verschmolzen und zum Theil dadurch gedabere ward. — Allmählig hat man sich von Brügge nach Antwerpen begeben, und die wenigen Vorsteher mdgen denn auch nach und nach dahin gefolgt seyn. Ein bestimmtes Jahr läßt sich nicht angeben. Sammann in seinem Wspt. sagt dieß auch, und fügt hinzu: im Jahre 1549 komme zuerst ein Schreiben des Comtoirs zu Antwerpen an die Hanse vor. Er sagt ferner, daß in demselben Jahre die von Brügge von der Hanse begehrt hätten, den Stempel wieder in ihre Stadt zu verlegen, worauf ihnen geantwortet worden: man werde die alten Bündnisse nicht vergessen. Bey einem Einzuge Königs Philipp II. in dem Jahre 1549, zu Antwerpen, kommen, bey dem Streit zwischen kaufmännischen Corporationen daselbst, wegen ihres Rangs bey dem Empfange, auch die Hansen vor; Röbher, S. 251.

stehen. Verkehr auf Eben dummheit aber zerfiel auch die Hanse immer mehr in sich; der dreißigjährige Krieg, so manche besäthigte Erschütterungen drückten allen Haß des ohnehinwilligen Stöße nieder. Was die Genossen des alten Bundes noch etwa hier behaupteten, das ging, hier, wie alle Dingen; aus dem Bröckeln der Einzelnen hervor; die Räte, die Lage; die Kenntnisse; das bedeutendere Handelskapital, gab es dieser oder jener Stadt in diesem nordöstlichen Verkehr immer noch einiges Gewinnt. Bis auf diese Stunde ist Schwedens Verkehr mit Rußland bedeutend genug. Aber an die alte ausschließende Herrschaft war schon lange, schon seit dem sechszehnten Jahrhunderte nicht mehr zu denken. Und so war es auch nicht möglich, das Ansehen und die Handelsbeherrschung im Westen von Europa zu behaupten; da eben diese auf die Beherrschung im Norden und Nordosten gegründet gewesen war.

Was die Verfahrn so tug, so fest zusammen gehalten hatten, zerfiel und ward großen Theils die Beute fremder Völter. Mit den Veränderungen in Holland und Preußen war doch der bedeutende Verkehr, mit dem hin- und her, südlich gelegenen Völkern, mehr oder weniger gekürzt worden. Die Preussischen und Holländischen Städte, von der Zeit an, als sie fremde, Polnische oder Schwedische Herrschaft etwa anerkannten, mußten einem andern, als dem Deutsch-Hanftischen, Interesse folgen.



## Sechszehntes Buch.

---

Der dritten Periode vierter Abschnitt:  
Verhältniß der Hanse zu den Niederlanden,  
während der dritten Periode.

Vergebens wurden in der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts noch einige Verträge und Verhändlungen zwischen den Wendischen Städten und den Holländern, Friesländern und Westfalen versucht, um die ehemals

Beispielen in dem Recess des Jahr 1507, MS. Hafn.:

Dat dat Cunthor tho Brügge also gschwackett wert, ja gar tho grunde geiet, als die vornembste orsake, dat de Hollander und andere frembde Nationen je lenger je mehr bauen olde gewonheit so stark, in de neringe in den steden gestadet werden, derohalven vorlathen all de olden articulen den recessen inuorhiuet wegen der bürgerheftlichen vorrechten, hoges poene, als holdene: Sonderlich in dem Recesse 1446, 1447 also lathende etc. Nämlich den Holländern in Lipland keinen freyen Handel zu gestatten, ihnen die Russische Sprache nicht zu lehren, in den Hanse-Städten für Fremde keine Schiffe zu bauen noch sie ihnen zu verkaufen, keinen Fremden mit den Hanseischen Freybreien zu verhandigen, keinen solchen als Diener anzunehmen, solchen Fremden zum Ockermann oder Kaufmannsdiener auf dem Comptoir zuzulassen, keine Fremde auf Hanseische Schiffe zu nehmen, mit keinem von ihnen Wascopen zu haben, keinem Hansen zu verstaten, daß er sich fremder Factore bediene, noch Aliens Hansen im Commissions-Handel bedürftlich zu seyn, oder sie in den Hanse-Städten als Bürger aufzunehmen, und, Dente-Waren ausgenommen, alle andern westlich gesandten Güter zum Stapel nach Brügge, oder wo der Stapel sonst in den Niederlanden sey, zu staden.

herrschaft in den Dänen fern zu halten, vorgehend wurden die alten Statute erneuert, welche jede Mascope mit diesen so verhassten Nebenhütern unterjagte; es ward bald darauf unmöglich irgend etwas der Art gegen sie, oder gegen die Engländer und gegen andere Völker, Oberdeutsche, Lombarden, Brabantier und Flanderer, geltend zu machen, um so mehr, da das Comtoir in Rußland nie wieder recht gehelien mochte, und später die Niederlage zu Bergen, und die größeren Freßheulen in Schweden und Dänmark verscheryt wurden.

In dem *Alteuropäischen Archiv*, Vol. I., wird der Vertrag von dem Jahre 1503 erwähnt, zwischen den Dänischen Schonen und den Landen Holland, Seeland und Westfriesland, zu Endigung der Fehde zwischen beiden Theilen. Von dieser Gelegenheit wird des Stillstandes zu Kopenhagen, vom dem J. 1441, (s. Th. II.) zwischen beiden Theilen, erwähnt und hinzugefügt: daß dieser verschiedentlich erneuert worden sey, unter andern zu Münster, am 25. Sept. des Jahres 1479, auf vier und zwanzig Jahre; da aber dieser nun im Mon. des Jahres 1501, ablaufe, so ward er durch den Vertrag von dem Jahre 1503 bis zu Michaelis 1504 verlängert, um einen Versuch, zur endlichen Beilegung aller Streuigkeiten, zwischen beiden Theilen, auf Begehren des Erzhersogs Philipp, zu machen. Jener Vertrag von dem Jahre 1503 ist unterzeichnet von Seiten der Hansen Hans, Elisabeth, Tage des Jahres 1503 durch die Deputirten der Schonen, die Westlender, und den Secretär

Durch diese Ertheilungen büßten die Hanse die Uebermacht oder das Monopol der Zufuhr der nordöstlichen Producte nach dem Westen ein; sie Niederlagen und die damit verbundenen oder sonst erworbenen größten Freiheiten aber, hatten sie eben in ihrer Herrschaft

des Comtoirs zu Brügge; und von Seiten der Lande, den 17. October, des Jahrs 1503, im Nahmen des Erzbischofs von dem Grafen Engelbrecht von Nassau als Statthaltergeneral. — Aus einer Verhandlung zu Kopenhagen, vom 27. Jul. des Jahrs 1513, im Lüneburgischen Archive, Vol. 1h., erhellet, daß man daselbst vergebliche Versuche zu Beilegung jener Streitigkeiten zwischen den Windischen Städten und verschiedenen Provinzen des Niederlandes machte; man beschloß endlich, daß Lübeck und Amsterdam die verschiedenen Stimmen ihrer Parteyen sammeln, und vor dem 16. October zusammen bringen sollten, und daß alsdann, auf Befehl, eine neue Zusammenkunft beider Theile zu Bremen gehalten werden sollte. Es ist bekannt, und oben erwähnt, wie zu Marcus Meyers und Wittenwevers Thun: vergebens Vergleichs- und Schlichtungsversuche mit und gegen die Niederländer gemacht wurden. — Allein schon weit früher, in dem Jahre 1506, als auf dem Hause Tage die alten Gesetze zur Unterdrückung der Ausbreitung des Handels, der Fremden, besonders der Holländer, zur Sprache kamen, sagten mehrere, unter andern Eblinque, Hamburg: die Städte zu erkennen, sollten allein nicht, man müsse sie auch haben, wenn es durch die Regie bet her entfallen und wolle sich nicht entziehen, MS. Hain.

ganz vornehmlich unterstützt. Es war eine ganz richtige Behauptung, daß, ohne solche Factoren, ohne den Bann und Zwang der Eingebornen des Landes, der Fremden und der Hansen an sie, an die sogenannte Haltung des Stapels, die bisherige Herrschaft nicht behauptet werden könne. Sicher war es, daß ohne die Niederlagen und die Freheiten im Nordosten, die des Westens, und umgekehrt die letzteren nicht ohne die ersteren zu erhalten ständen, denn wechselseitig unterstützten und hielten sie sich aufrecht und mußten es thun.

Der alte Mechanismus war durch die Zerstörung und den Verfall der Comtoire zu Grunde gerichtet; keine Statute, keine Strafen, kein noch so ernstlicher Wille konnte Hansen und Nicht-Hansen ferner zwingen, ihn beizubehalten; die neu aufkommende Welt drückte die Geburt der früheren Zeiten unvermeidlich todt. Ja es ist seltsam, daß man nur hoffen konnte, durch das Aufleben alter Formen und Gebräuche wieder zu der vorigen Handels Herrschaft zu gelangen, wenn es nicht eine gewöhnliche Täuschung der Menschen wäre, sich zu schmeicheln, daß durch die Wiederherstellung jener, unter denen man glücklich war, das verschwundene Wohlfeyn wieder zu erwerben stehe, ohne jedoch den verschwundenen Geist, der in den alten Formen lebte, wieder aufzuwecken zu können.

In den Niederlanden hatte sich zuerst die geringe Achtung des alten Handels-Mechanismus, schon zu

Ende des funfzehnten Jahrhunderts, gezeigt, und ein freyer Handel war bereits entschieden aufgetommen. Das Unglück, das die Stadt Brügge betraf, trug dazu vorzüglich bey; die Wohlhabenheit anderer einzelnen Städten und Individuen in den Niederlanden, die größere Ordnung, der bessere Credit hatten hien einer ganz veränderten Art des Handels, frey vom alten Stapelzwange, Eingang verschafft, und die Hanfen selbst hatten großen Theils sich dieser ergeben.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Alle Hanfische Acten find voll der Beweife für diese Behauptung; selbst die gedruckten Nachrichten bey Willebrandt zeugen bereits davon. — Auf einer Versammlung der Sächsischen und Wendischen Städte, von dem Jahre 1501, am Margarethen-Abend, erklärten die ersten den letzteren, daß sie ihre Lächer nicht mehr auf den Stapel zu Brügge bringen wollten, da andere Hanfen und Außerhanfen sich auch nicht mehr daran hielten. Die Wendischen Städte rietzen davon ab, damit die Niederlage erhalten werde, die nur eben erst wieder einiger Maßen hergestellt worden, die so theuer erworben wäre, und erst neuerlich so viel gekostet habe, um eine günstige Entscheidung vom Hofe zu Flandern zu erhalten; sie rietzen um so mehr dazu, da man den Brüggern noch 16000 Gulden schuldig sey. Die übrigen großen Städte, Elbn, Danzig, Münster, die Städte von Preußen und Livland hielten auch noch den Stapel und setzten dem Allgemeinen ihr Privat-Interesse nach. Zu Folge des Protocolls im Lüneburgischen Archiv, Vol. I. — Im J. 1507 und 1512 erklärte

So zerstreute sich die Residenz, und nicht bloß die freyen Jahrmärkte anderer Niederländischen Städte wurden häufiger besucht, sondern der ganze westliche Welthandel vertheilte sich in andere Gegenden der Niederlande und zog sich vorzüglich nach Antwerpen und Amsterdam.

Vergebens waren die Versuche der Hanfischen Versammlungen, die Niederlage zu Brügge aufrecht zu erhalten, vergebens die Versprechungen, die sie deßhalb jener Stadt gaben, um sie durch die Verlegung ihrer Factorien nicht zu beleidigen, die Flandrischen Freyheiten nicht zu verscherzen, und nicht an eine Geldsumme gemahnt zu werden, welche die Stadt Brügge an sie zu fordern hatte. Was war zu thun? Das Tief des Zwyns war freylich nicht ganz unsichtbar, doch den größern Schiffen immer unzugänglicher geworden. Aber weit schlimmer als dieß war es unzweifelst, daß die übrigen Völker immerhin mehr von Brügge sich gleichfalls wegzogen, nach andern Niederländischen Orten mit ihren Gütern kamen, und die

Danzig, es sey unmöglich, alle Güter wie vordem auf den Stapel nach Brügge zu bringen; Köhler bey Willebrandt S. 244. — Im Jahr 1507 u. 1517 wollten die von Campen ostwärts der Maas keinen Schuß zahlen, und wiederholten diese Erklärung zugleich mit der von Bremen im J. 1521; Köhler S. 245. und MS. Hafn. bey den angeführten Jahren.

die von der Hanse beladen wurden, zum verfallenen Brau-  
sen nicht aufgehoben werden können; so würden gewiß

dahin. Der Kaufmann mit seinen Mätern zu Brügge  
31. Dantschkeim. Lissa. Kibick. fager. Wenn einige  
32. Waren (so in Schiffe nahen) daß sie die Kosten der  
33. Befahrung der selben zum Stapel nicht anhalten  
34. können; so muß man ihnen eine Widerrung ma-  
35. chen. Es ist war also die Fahrt durch den Jown, da  
36. man griffe: über die Kosten des Aus- und Um-  
37. schiffens beim Stapel schiedlich zu haben, tragen  
38. können; so ist es so ist es doch die Wahrheit. Un-  
39. geachtet man kann, daß man man eine Zeit bestim-  
40. men will, widerstandslos die spanische Konstante  
41. auf dem Eintritte ihre Waren zu Brügge soll stehen  
42. und so ist es, die zum Stapel der Hanse und zum Vor-  
43. theile der Aufseher zu reichen werden, dann mehrere  
44. und mehrere zu haben und in anderen Orten  
45. und Städten die Stapelkosten sich selbst zu kaufen. Die  
46. Kosten gehören, daß in einzelnen bestimmt werde,  
47. was demselben wären, und daß die Befähigung das  
48. für zu sorgen hätten, wie den Aufseher der Han-  
49. sel der Huch, und jede Abnahme an ihrer Schiff-  
50. fahrt vermehrt würde. Also ist es, daß die Jhr-  
51. gen umbedingt mit ihrer Ware, über und nach  
52. dem Jown setzen sollten; ein Gleiches behauptete  
53. man von den Schiffen mit derselbe beladen. Nach  
54. diesen Hin- und Herreden sollten die alten Reesse  
55. mit Freige aufrecht erhalten werden; hauptsächlich  
56. sollte den Fremden und vorzüglich den Holländern  
57. der Verkehr in den Städten nach Möglichkeit be-  
58. fördert, und sie sollten von Hochmuth Russen



alle Hoffnungen erfüllt worden seyn: allein dies war unmöglich.

Handel besonders abgehalten werden; kein Hanfisches Fahrzeug sollte an einen Fremden verkauft, auf keinem Hanfischen Werft für Ausländer Schiffe gebaut, kein Hanfisches Gut auf fremde Schiffe geladen werden. Jedes Hanfische Schiff, im Osten beladen, das westwärts nicht nach einer im Bunde befindlichen Stadt, sondern etwa nach England oder Schottland fahre und das keine Dentsche Ware geladen habe, sollte den Stapel zu Brügge besuchen. Was vornehmlich Stapelware gewesen, sollte es auch bleiben, und Ländel hielt dafür, es sey gut den Anlauf dieser Waren den Außerhanfen in den Häften zu unversagen. Die Schächischen Communen erklärten, daß für einige Güter, als Kupfer, Kupferroth, Wolle und Ziegenfelle nicht auf den Stapel nach Brügge gebracht könnten: da diese Waren theils die Seefahrt nicht anhalten könnten, theils die Hochdeutschen, besonders die Fugger, damit handelten, und diese ihnen den Handel verderben würden, wenn sie zum Stapel gezwungen seyn sollten. Ländel ward hierüber sehr aufgebracht, sie allein, daßerten dessen Despotie, könnte das Comtoir nicht aufrecht halten, wenn es zu Grunde gehe, müßte man die Schande bedenken, die über die Hanse kommen werde. Eben diese Stadt und Elb waren dafür, daß das Comtoir von Brügge nicht hinweg verlegt werden solle. Magdeburg sagte: Die Schwierigkeiten, die Niederslage zu Brügge aufrecht zu erhalten, bestanden absonderlich darin, daß das Zwen untief und zu gefährlich zu befahren sey, daß die Märkte zu Bergen

Es wurde von mehreren Städten, namentlich den Wendischen, im Jahre 1530, ein Schöffbrief begehrt, worin bestimmt ward, was für Abgaben an die Residenz bezahlt werden sollten, weil man vor allem andern einen Fonds haben mußte; allein das Alles fruchtete nichts. So viele bedeutende Theile der Hanse, wie z. B. die Sächsischen Städte, Braunschweig an ihrer Spitze, ferner die Preussischen mit Danzig waren, trotz aller Verbindungen, nicht zu vermögen, den neuen Schöffbrief zu besiegeln. Die Sachsen wollten nicht eher eine solche Abgabe bewilligen, als bis das Comtoir

in Antwerpen so sehr wären verlängert worden, daß der gemeine Kaufmann zu Brügge nicht gern bleiben wollte, und daß mehrere Städte gewisse Güter nicht zum Stapel bringen wollten. Danzig sagte: Durch das Verlegen des Comtoirs werde man die schönen Flandrischen Privilegien einbüßen, die Hochverräthen worden in den Besitz der Flämischen Lächer kommen, man möge also lieber das Comtoir zu Brügge aufrecht erhalten, wenn gleich der Zufluß nicht mit großen Schiffen zu befahren sey. Indes ward endlich dennoch eine Hanßische Deputation bekehrt, die mit der Stadt Antwerpen tractiren sollte. — In den Jahren 1530, 1532, 1535 ward bald ein Vertrag mit Brügge geschlossen, daß das Comtoir dort bleiben solle, alle alten Statute in der Rücksicht erneuert, bald mit den Antwerpern negociirt, bald mit diesen wieder abgebrochen, weil sie unfreundlich sich zeigten; vergl. Kbbler bey den angeführten Jahren, und zu Folge des MS. Hafn.

wieder aufgerichtet sei, sie wollten Silber, Strick, Kupfer und Kupferrath, dann und wann auch noch andere Waren, nicht zum Stapel bringen; sie wollten Theil am Kaufmannsrechte bei Herstellung des Comtoirs haben und zu der Abnahme der Rechnung zugezogen werden. Es mißfiel ihnen, daß sie auch stillschweigend der Maas zum Schoß verpflichtet seyn, und daß sie nur Hanftischen Factoren ihre Güter nach den Niederlanden zu senden sollten. Die Danziger und Preußen wollten ihre vorzüglichsten Güter, als Korn, Getreide, Wagnschiff, Igel, Rasse, Stapholz und dann und wann noch andere Güter, von der Verbindlichkeit sie zum Stapel zu bringen, ausgenommen wissen. Sie wollten, eben so wenig als die Sachsen, der Gesellschaft mit Außerhansen und dem Gebrauche fremder Factoren entsagen. Köln sollte ihre alte Aversional-Summe von 100 Gulden jährlich statt des Schoßes, nicht aber diese Abgabe selbst vom Werthe ihrer eingeführten Güter, wie die übrigen Städte doch thun sollten, zahlen: und so konnte man sich schlechterdings nicht mehr, über die Fundamente, worauf jede Hanftische Factoren beruhen mußte, verhandeln. Der neue Schoßbrief ward in den Jahren 1555 und 1560 auf Hanse-Tagen betheilt und darüber verhandelt, aber erst mehrere Jahre nachher, konnte man sich allmählig darüber vereinbaren, als die Residenz nach Antwerpen kam, oder wenigstens die Hoffnung auslebte, daselbst ein neues Comtoir dauernd zu begründen.

Unter den stiftlichen Versammlungen, welche der Hanse-Tagen über den Zustand der Niederländischen Residenz, vorkommen, den tausendfältigen Acten, Beschlüssen und Schreiben geben die Klagen der Vorsteher des Comtoirs zu Brügge, welche sie bey Lübeck und auf den Hanfischen Versammlungen, in den Jahren 1535 und 1539, über den stätlichen Zustand des Ganzen vorbrachten, die beste Auskunft.

Die Schöffbriefe von den Jahren 1530, 1535, 1540, sind in dem MSS. Brf. Vol. 216. bestimmet, freywillig eine endliche Menge Verhandlungen darüber, wie, und warum sie nicht in Kraft kamen, finden sich eben das selbst und in den Protocollen der Hanse-Tage dieser Jahre, in den folgenden Bänden der MSS. Brf. Auf einer Versammlung der Wendischen und Sächsischen Städte, von dem Jahre 1542, im Febr. 1543, nehmung. Archiv-Vol. IV. wurden die letztern zur Versiegelung des Schöffbriefs und zur Zahlung der Laxe für die abzufertigende Legation nicht zu bringen, sie wollten, das Comtoir solle zuvor hergestellt werden, und hatten bald diese bald jene Einwendung. Es strekten die Wendischen Städte den Sächsischen, wenn sie den Schöffbrief versiegeln wollten, folgenden Vorwand aus: daß Wille, Wiclot und Kupfer nicht zum Stoppel gezwungen seyn sollten, daß man ihnen ein Jahr bewilligen wolle, um sich von den Anserhanfischen Factoren los zu machen, daß ihre Kaufleute Theil an dem Vorsteheramt der Niederlage haben, und daß diese aus ihrem Willen Erwählten bey Abnahme der Rechnung zugegen seyn, und daß die

In dem ersten Aufsatze bedachteten sie, daß der  
 Rath, d. i. die Vorsteher der Backerei zu Brügge, jezt

Ährigen auf des Comtoirs Kosten, so wie alle an-  
 ders, im Fall des Bedrucks, vertheidigt werden soll-  
 ten. — Allein die Confirmation des Schaffbriefs er-  
 folgte noch gar nicht alsbald darauf; MSS. Brf.  
 Vol. 216. — Nach vielfachem Streite kam man in  
 den Jahren 1530, 1535 und 1540 überein, daß nur  
 Stapelgüter westlich der Maas Schoß zahlen sollten;  
 wie schwer es aber hielt, dieß durchzusetzen, ist aus  
 den Debatten der Wendischen Städte klar, die sich  
 kaum vereinigen konnten, gleichwohl der Erhaltung  
 der Niederlage noch am geneigtesten waren. Lübeck  
 war immer für die strengste Meinung und wollte,  
 daß auch Wendhe-Waren Schoß geben sollten, um  
 so mehr, da nicht so viele Stapelgüter wie vordem,  
 als Kupfer, Flach, Werg, Talg nach dem Westen  
 geführt würden. Die übrigen Städte aber, beson-  
 ders Hamburg, wollten von ihren Wendhe-Waren  
 keinen Schoß zahlen, die letztere rechnete vorzüglich  
 Bier unter diesen Artikel; nach dem Protocolle des  
 Wendischen Städte-Tags, zu Lübeck, im September  
 des Jahrß 1538, im Lüneburgischen Archive Vol. III.  
 Auf der Versammlung eben dieses Theils der Hanse  
 von dem Jahre 1539, (ebendasselbst) ging es in dem-  
 selben Ton fort, Lübeck konnte ihre strengere Mei-  
 nung nicht durchsetzen. Als Lüneburg fragte: was  
 Wendhe-Ware sen, ward geantwortet, daß zu Folge  
 des Beschlusses, von dem Jahre 1470, dazu gehö-  
 ren: Bier, Wein, Häring, Korn, Wex, Ther und  
 Wagenschoß.

so schwach wären, daß nur noch sechs Personen daran Theil hätten, von denen noch dazu zwei bald abgehen würden. Die daseibst bisher residirenden Kaufleute verließen meist Brügge und ließen sich ostwärts nieder. Unter ihnen war ein voller Aufstand gegen die Vorsteher entstanden, und die Insurgenten hätten erklärt: sie würden trotz der dem Comtoire zugestimmten Hanseischen Beschlüsse keinen Schoß weiter zahlen, da ihre Privilegien und Freiheiten zu Grunde gegangen wären; ihre Freunde in den Hanse-Städten hätten sie auch ermahnt, keinen Schoß weiter zu geben, bis daß die von der Hanse bestellte Deputation in den Niederlanden, zur Wiederaufrichtung des Comtoirs, erschiene. Vergebens hätten gegen solches Verfahren die Oiberleute und der Kaufmannsrath alle mögliche Vorstellungen, Ermahnungen und Drohungen ergehen lassen; ihnen fehle alle Macht, ihre Autorität aufrecht zu erhalten, es fehle ihnen an Geld; es sey die ganze Niederlage in der neuesten Empörung, jeder Kaufgeselle thue, was er wolle, das Regiment stehe still, alle Statute, alle Beschlüsse der Hanse hätten keine Kraft mehr. Niemand zahle einen Stüber, und die Kaufgesellen ließen sich verlauten, daß die von der Hanse beschlossene und ihnen mitgetheilte Schoßordnung von den Vorstehern des Comtoirs erfunden und untergeschoben sey. Die Factore, welche die Güter aus den Hanse-Städten empfangen, seyen gleich den Kaufgesellen gesinnt, des Comtoirs Vorsteher wagten es nicht, sie um Schoß anzusprechen.

Daher bitten sie aufs wehmüthigste die Hanfische Versammlung möge alsbald eine Deputation, zur Herstellung mindestens einiger Ordnung, in die Niederlande senden; oder man möge sie ihres Amtes entledigen, denn ohne Geld, ohne Gewalt seien sie unermöglicht der gänzlichen Zerrüttung vorzubauen.<sup>6</sup> Sie überschickten die Namen der rebellischen Kaufleute, Factors und Empfänger Hanfischer Stapelgüter, unabhängig von der Niederlage, die theils keinen Schoß zahlen, theils sonst die Statute des Comtoirs nicht befolgen wollten.<sup>7</sup>

In dem Jahre 1519 erklärten die Vorsteher der Niederlage an Lübeck: sie sey so herabgekommen, daß statt der ehemahligen sechs Oberleute und achtzehn Rathmänner, jetzt nur drey der ersten und neun der letzten vorhanden seyen, deren Zahl sich immerhin noch mehr vermindere; aller Gehorsam, alle Ordnung, alles Regiment habe ein Ende. Das Uebel komme daher, daß die alten Reccessen nicht mehr gehalten würden, daß die Hanse-Städte selbst, unter einander uneins; die gemeinsamen Beschlüsse nicht mehr achteten, und daß dieser Geist des Ungehorsams sich den auf dem Com-

<sup>6</sup> Dieß hatten sie schon früher begehrt, z. B. im Jahre 1517, nach Köhler bey Willebrandt, S. 245, und im Jahre 1530 nach Cammanns Mspt.

<sup>7</sup> Die Klagen der Vorsteher des Comtoirs zu Brügge an Lübeck gesandt, von dem Jahre 1535, den 8. November, finden sich in den MSS. Brf. Vol. 216 nr. 10.

sollte Verbleibende müssigke. Hieraus entspringe Besetzung bey dem Prinzen und der Obrigkeit der Niederlande, also daß den Deutschen ihre Privilegien geschnitten, und die Zölle ihnen erhöhet würden. Dieser Ungehorsam, die Verweigerung dem Schatz zu zahlen, die Anfechtungen an fremden und das Verlegen der Geschäfte nach andern Orten, z. B. nach Antwerpen, seyen die Ursachen des gänzlichen Verfalls. Den Schatz

- \* Mehrere Klagen über Kränkung der Freiheiten kommen hier und da im Verlauf der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts vor. Z. B. im J. 1514 ward über die Bedrückungen und Auflagen bey dem Verkauf und der Einfuhr des Österreichischen Biers in Brügge geklagt, und Labeck erließ deshalb, im Namen der Wendischen Städte, ein Schreiben an die drey großen Flandrischen Städte, laut des Protocolls der Versammlung der Wendischen Städte, zu Labeck, im April, des Jahr 1514, im Lüneburgischen Archiv, Vol. II. — Auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1518, kamen die Klagen über die Zollerhöhung in Holland, Brabant und Seeland vor. Labeck bemerkte, daß die Städte daselbst ohne die Einwilligung des Prinzen keine Macht hätten, darin etwas zu ändern, und Edln sagte — denn es war freylich eine schlimme Zeit — daß Repressalien von Seiten der Hanse-Städte die Zölle nur noch mehr in die Höhe treiben, und wenn dieß einmahl geschehen wäre, sie nicht wieder herabgesetzt werden würden; Protocoll dieser Versammlung, in den MSS. Brf. Vol. 216.



heist, welchen die Banntheuer Städte verweigert hätten, wollten die Kaufleute aus andern Städten nicht bestehen, indem sie sagten: jene seien ihre Herren nicht. Seit dem Jahre 1330 habe das Comtoir bis auf diese Stunde keinen Pfennig Schoss mehr erhoben. Die Schossordnung, von dem Jahre 1335, hätten Köln und Braunschweig und die ihnen zugehörigen Städte nicht besiegelt, und somit sey sie un- und kraftlos geblieben. Die nachher beschlossene Gefandtschaft, aus sey vernehmen Städten, zu Wiederherstellung der Ordnung, sey unterblieben, und da sie die Vorsteher, die von der Hanse gefaßten Beschlüsse, im Jahr 1335, bekannt gemacht, keinen besiegelten Schossbrief aber hätten vorzeigen können; so sey ein voller Aufruhr entstanden. Sie hätten deshalb, daß jede Stadt die aus ihr gebührenden Ungehorsamen strafe, da ihnen die Mittel dazu fehlten. Die Lasten und Ausgaben der Niederlage wären indeß beträchtlich genug. Die Erhaltung der Bedienten; die Bezahlung der Grundrente; die Ausbesserung der der Niederlage gehörenden und nun leerstehenden Häuser; mehrere jährliche Geschenke, aus alten Zeiten üblich, die an den Burgundischen Hof und sonst gemacht werden müßten, die um so nöthiger wären, damit nicht alle Freyheiten zu Grunde gingen, indem die Zölle ohnehin immer drückender und sämmtlich verpachtet wurden; die vielen Ausgaben, die wegen der Siegestriumphe und anderer öffentlichen Züge erfordert würden, und wobey die Niederlage dennoch paradien

sollte Kräftigkeit nicht verliere. Hieraus erfolgte Verweigerung bey dem Prinzen und der Obrigkeit der Niederlande, also daß den Deutschen ihre Privilegien geschmälert, und die Zölle ihnen erhöht wurden.\* Dieser Ungehorsam, die Verweigerung den Schatz zu zahlen, die Anfechtungen an fremden und das Verlegen der Geschäfte nach andern Orten, z. B. nach Antwerpen, seyen die Ursachen des gänzlichen Verfalls. Den Schatz

\* Mehrere Klagen über Kränkung der Freyheiten kommen hier und da im Verlauf der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts vor. Z. B. im J. 1514 ward über die Bedrückungen und Auflagen bey dem Verkauf und der Einfuhr des Oesterischen Biers in Brügge geklagt, und Labeck erließ deshalb, im Namen der Wendischen Städte, ein Schreiben an die drey großen Flandrischen Städte, laut des Protocolls der Versammlung der Wendischen Städte, zu Labeck, im April, des Jahrs 1514, im Lüneburgischen Archiv, Vol. II. — Auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1518, kamen die Klagen über die Zollerhöhung in Holland, Brabant und Seeland vor. Labeck bemerkte, daß die Städte daselbst ohne die Einwilligung des Prinzen keine Macht hätten, darin etwas zu ändern, und Ebln sagte — denn es war freylich eine schlimme Zeit — daß Repressalien von Seiten der Hanse-Städte die Zölle nur noch mehr in die Höhe treiben, und wenn dieß einmahl geschehen wäre, sie nicht wieder herabgesetzt werden würden; Protocoll dieser Versammlung, in den MSS. Brf. Vol. 216.

zur Vertheidigung der hochheiligen Hanfischen Jurisdiction, den Vorschriften gemäß, verfahren wollte; so ward er von Mathern Schöff, einem Eölnner, mit Häuften geschlagen. Des Rath von Brabant nahm sich des Widerspenstigen an, und untersagte dem Alderman und Kaufmannsrathe zu Antwerpen bey 1000 Carlegulden Strafe, ja bey Verlust aller Freyheiten, irgend etwas gegen diesen Hanfischen Hochverräther zu unternehmen. In andern Streitigkeiten geschah dasselbe. Vermöge der Ordnung der Vorsteher der Residenz, sollten die in Antwerpen hausgesessenen Hansen, in der neuen Wohnung einen Factor halten, Kammer und Nachhause mieten, eine Abgabe an das Comite zahlen und alsdann mit den Hanfischen Freyheiten geknüpft werden: mehrere ließen sich dieß gefallen, aber jener Mathern Schöff widersetzte sich auch hier, gab mehreren Hansen bey sich Wohnung, appellirte an den Hof von Brabant, und viele andere folgten diesem, alle bisherige Hanfische Ordnung störenden Beispiele; die Erneuerung der alten Statute und Strafen wollte nichts fruchten.<sup>27</sup>

Endlich aber kamen andre Unglücksfälle von außen dazu, die vollends das Gedeihen der Niederländischen

<sup>27</sup> Die Geschichte wird ebendasselbst in dem Protocol des Hanse-Tage, von dem Jahre 1572, weitläufig erzählt, und ähnliche Klagen und die Beschlüsse dagegen kommen auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1576, MSS. Brf. Vol. 228, vor.

mußte: ließ Alles koste und nichts Fey vorhanden. Der  
 Deutsche Kaufmann zu Brügge bestände jetzt noch aus  
 vier Personen, welche — obgleich unmöglich — zu all  
 diesen Auslagen Rath schaffen sollten. Längst würden  
 sie die Vorsteher auch alles aufgegeben haben, wenn  
 sie nicht, auf ihr Lehenlilches Viken, von den beyden  
 Städten, Hamburg und Lübeck, einen Vortheil, von  
 vierhundert Gulden, erhalten hätten. Diese Summe hät-  
 ten sie zu Ausbesserung der verfallenden Gebäude der  
 Niederlage verwandt, welche die Stadt Brügge habe  
 einziehen wollen, wenn man sie nicht in vollichem We-  
 sen erhalte. — Die Hanfischen Waren, sonst nur von  
 und an Hansen zum weitem Verkauf nach den Nieder-  
 landen gesandt, wurden jetzt den Auserhanfischen Facto-  
 ren committirt, und durch solche Fremdlinge aus den  
 Bundesstädten verschrieben, besonders geschähe dies zu  
 Antwerpen und Amsterdam. Da ferner die auf dem  
 Comtoir Residenten wenige, oder keine Geschäfte hät-  
 ten; so würde es verlassen, und die Comtoiristen begab-  
 en sich nach Amsterdam und Antwerpen, verkehrten  
 sich daselbst, wurden Bürger, setzten aber ihre alten  
 Verbindungen mit den Hanse-Städten fort, unabhän-  
 gig von der Hanse und dem Comtoir, sie verkehrten  
 mit ihnen und übernahmen Expeditions- und Commis-  
 sions-Geschäfte für sie. Die Einwohner in den Hanse-  
 Städten traten in Compagnie und hätten Schiffs-Port  
 mit Auserhansen; den Fremdlingen werde gegen alte  
 Ordnungen, Recht und Handel in den Communen des

Dunkel zu sehr erleichtert; durch Brände würden das  
 selbst die Stapelgüter zum Theil angekauft; die Hoch-  
 deutschen rüsten den Hanfischen Verkehr gleichfalls Schä-  
 den, und auf Märkten sowohl, als auch außer densel-  
 ben, käufe jetzt jedermann und verkaufe zu jeder Zeit;  
 die Niederländischen Lächer würden nicht mehr auf den  
 Stapel gebracht, sondern zum Theil frey verkauft; und  
 Schiffer und Arbeiter wollten nicht mehr um den alten  
 Lohn die Dienste leisten. — Sie trugen deshalb vorauf  
 an, daß man unter andern höhere Güte auf die Aufste-  
 hansen in den Hanse-Städten legen solle, daß man  
 dagegen bemüht seyn möge, die noch vorhandenen Pri-  
 vilegien in den Niederlanden, davon mehrere denn gänz-  
 lichen Erbschaften nahe wären, aufrecht zu erhalten, und  
 zu überlegen, ob, da sich der Haupthandel nach Am-  
 sterdam und Antwerpen verlege, das Comtoir daselbst  
 oder an welchem Orte sonst es aufzurichten frey thäte;  
 daß man die alten Freybrieße, die man auf diese Ge-  
 genden habe, und davon die Copien bey dem Comtoir,  
 die Originale zu Lübeck und in andern Städten wären,  
 auffuchen, renoviren lasse und sie wieder ins Leben zu-  
 rückführe, daß man eine Deputation aus der Mitte der  
 Städte ihnen zum Trost und zur Hülfe nach den Nie-  
 derlanden senden möge.?

• Eben daselbst, Nr. 11. u. 12. Auch findet sich dort  
 ein Schreiben Lübeds an die Stadt Campen, vom  
 Jahre 1529, worin von jener begehrt wird, daß sie  
 die alten Freybrieße für den Hanfischen Handel bey

Bei diesen Lage der Dinge schien eben: übrig zu bleiben, als entweder den Handel nach und mit den Niederländern ganz zu geben; oder jeder alten Gewohnheit, nach welcher er bisher war vertrieben worden, zu entsagen: oder eben, da sich der Verkehr vorzüglich nach Antwerpen und Amsterdam zog, dafelbst einen Versuch zu einer privilegierten Residenz zu wagen.

Von dem Verfall von Brügge an, war eine Partei unter den Hanseaten der Meinung ergeben, daß man zu Antwerpen dies versuchen sollte, ob man schon wegen der Traus in der Folge weniger den Antwerpern, als den Flandernern vertraute. Gegen Amsterdam sprach aber der alte, als gütliche Groß der Wendischen Städte, da diese Stadt, verbunden mit den übrigen Holländern, so thätig in eigener Seefahrt nach der Ostsee war, und in so mancher Fehde gegen die Wendischen Communen mit gekochten hatte. Seit dem Anfange des sechzehnten Jahrhunderts, besonders seit dem Jahre 1566, wurde, theils mündlich, theils schriftlich, mit dem Rath und den Schöppen zu Antwerpen, über die Begründung einer solchen Niederlage oft und vielfach verhandelt.

sich aussuchen möchte, die bey den Mariken zu Brügge dahin wären gebracht worden, um auf dem nächsten Hanse-Tage weiter darüber zu verhandeln. In eben dem Vol. 216 der MSS. Brk. kommt vor, daß im J. 1498 die Privilegien des Brügge'schen Comtoirs nebst andern Acten nach Campen wären geschickt worden.

„Die aber die Rettung der Hansen sind, wird  
Befrage, aufgegeben und an einem andern Orte eine  
Messe, zu begreifen; so nämlich die Vorsteher jener  
Stadt Vorstellungen dagegen: man fürchtete auch, daß  
man die Gläubigen Priestern dadurch einbüßen, und  
die Einnahme, welche Bräutigam vorgeschaffen hatte, zu  
verzehren und so ganz bestimmt wird nun zugleich den  
Gläubigen die Verführung zu verschiedenen Dingen  
gegeben, daß die nicht der Zeit sein solle, auch schon  
da, auf dem Hansen-Tage, während der bereits ange-  
fangenen Unterhandlungen mit den Werken, noch be-  
schließen, die die Verlager soll in der Gedächtnisse bleiben.“

Indeß bemühten sich ebenfalls andere Länder, um die  
 Befreiung des Samens durch ihre Frauen zu haben; Wie-

Abhler, S. 247, sagt unter andern, bey d. Jahre 1530: Es begehrten die von Brügge zu wissen: ob die Hanse den, im Jahre 1520, mit ihnen errichteten Vertrag vollziehen wolle, und die Niederlage bey ihnen bleiben werde oder nicht, im letzten Falle aber forderften sie die Erstattung des erlittenen Schadens und die Wiederbezahlung des vorgeschossenen Geldes. Man entschuldigte sich, daß der Vertrag für jetzt nicht ganz vollzogen werden könnte. — Noch im Jahre 1535 beschloß die Hanse, das Comtoir solle zu Brügge bleiben, ernannte eine Deputation zur Visitation desselben, gab einen neuen Schöffbrief, und bestätigte alle alte Statute, die auf der Niederlage sonst üblich gewesen; laut des handschriftlichen Protocolls des Hanse-Tags von diesem Jahre, in den MSS. Br. Vol. 216.

so, und die entgegengesetzten Stempel hatten den äußeren  
 und beschließen helfen, schiffen ihre Güter am Rhein  
 hinab, also, daß der Kaiser's Kammer, Keller und  
 Posthäuser zum Theil leer ständen. Wenn man seine  
 Kennenung hatte, so könnte auch das Comptroliramt ge-  
 wohnt werden. Wenn der deutlich betrachteten Quasidur  
 sey, bald Rechnung abgelegt, dann es sey kein Pfennig  
 angekommen; sie könnten den alten Schatz nicht ab-  
 streiben, viel geschweige diese neue. Greuter sollte zu und  
 für sich unternommen, wenn mehreren Städten Bloß ad  
 referandum, dergestalt und nicht publizirt worden  
 sey. Eine Abgabe von Marksteins zu erheben, sey vollends  
 unmöglich; der alte Schatz sey noch am besten; jedoch  
 muß darüber mit Angst gehalten werden, die Ungleichheit  
 die durch der Eilenden Unerschlichkeit vorangetrieben wird,  
 gehoben werden. In dem fortwährenden Don. thum,  
 den Vorstehern, daß sie bei so weniger Einkünften, jedoch  
 sich 650 Tausend Zinsen, für schließende Zeit, bezahlt  
 den, und die Schulden tilgen sollten, welche Hans Bach  
 der auf das alte Haus am Kornmarkt zu fordern habe.  
 Dieser, welcher Obermann des Comptrolirs, der durch  
 Betrug, da er gleichsam alle Aemter in sich vereinigt  
 habe, das Comptroliramt verlassen und seinen Posten  
 gesucht, werde zwar jetzt gerichtlich vor dem Hofrathe  
 Drabant verfolgt; allein das Ende dieses Verfahrens  
 so bald nicht abzusehen. Da endlich die ständige und  
 Seeländischen Zölle immer gesteigert würden; so riefen  
 sie zu Repressionen in den Deutschen Städten. Sie



Reisenber und Radmer sey die neue Kestlung allerdings zu weit abgetogen, daher sie ihre Wohnung bey den Bürgern der Stadt nähmen, wodurch unter den Deutschen die Rindschafft und Freundschaft verloren gehe, weshalb sie die Vorsteher, noch für das Beste hielten, daß man einem der Hanffschen Hausgesessen zu Antwerpen das alte Ostersche Haus am Kornmarcke einwandern möge, dieses acathesey zu machen suche, um daselbst die Krämer und Reisenden zu beherbergen. Sie hätten einen Secretär angenommen, auf drey Jahre, mit welchem, da er der Schwert kündig, sie auf Lebenszeit abschließen wollten, wenn es den Herren von Lübeck also gefiele und das Comtoir ferner bestehen würde. Man sollte ihnen melden, wie sie sich bey der Veränderung in der Regierung und der Anfañß des Herzogs von Alençon zu verhalten hätten, und vor allem andern sollte man sie unterstützen, weil sie sonst das Comtoir verlassen müßten.<sup>21</sup>

Lübeck antwortete auf diese Klagen mit Hoffnungen, mit Trost, aber es ergab sich auch aus der Antwort deutlich genug, daß sie, die so ehtig früherhin war, lauer geworden sey. Sie versprach ihre Bürger vorzufordern und sie zur Zahlung des Schoffes zu ermahnen, „damit endlich ein Anfañß gemacht werde.“ So vertröstete sie auch das Comtoir wegen Abschaffung der fremden Factore und wegen der

<sup>21</sup> Schreiben des Comtoirs an Lübeck, vom 26. Oct. 1581, und 29. May 1582, in den MSS. Brf. Vol. 231.

andern Gebrechen. Was aber die vorgeschlagenen Re-  
pressalien betraf, um die Niederländer zur Verringerung  
der von ihnen eigenmächtig erhobten Zölle zu vermindern;  
so erklärte sich die Stadt entschieden dagegen,  
weil unter andern die Niederländer andere Be-  
wege alsdann suchen und der Seebote Häfen  
leer bleiben würden. Nichts aber beauftragte so  
sehr, als eben dies, den Ruin der Hanseischen Handels-  
herrschaft. Ehemals verfuhr man mit dem Verbot  
alles Verkehrs mit den Ländern, mit welchen man un-  
zufrieden war, um die kleinste Kränkung in den Pri-  
vilegien durch Fremde zu rächen, jetzt wagte man nicht  
einmal diese Repressalien, da man den Handel ganz zu  
verlieren befürchtete, indem er unabhängig von den  
Hansen betrieben werden konnte.<sup>32</sup>

Die Berichte von dem Comtoir wurden meist im-  
mer trauriger. Die Schulden, schrieb Glaser des Jahr  
darauf, seien so groß, daß er keine Hilfe mehr sehe,  
und die Schuldbriefe zum Theil von der Art, daß in  
Zeit von vier und zwanzig Stunden, die Vorsteher an-  
recht, Haus und Gut verkauft werden könnten. Diese  
Noth veranlaßte bey einigen Städten, daß dem Com-  
toir eine milde Besteuerung ward; selbst Cöln wollte nun  
auf einige Jahre Schoss bewilligen, aber Danzig be-  
merkte, Cöln sey durch ihre heillose Widerspenstigkeit  
an allem Unglücke Schuld, und komme nun mit ihrem

<sup>32</sup> Schreiben Lübeck's an Glaser, vom 28. Jul. 1582,  
MSS. Br. Vol. 231.

Anerkennung zu spät. Dann wollte man nun wieder die Abgabe einführen, so heiße das vollends den geringsten Rest der Handlung den Fremden zuzagen; Niederländer und Engländer seien bereits fast im alleinigen Besitz; die Abgaben in Holland und Seeland machten es den Hansen, ja fast allen Fremden unmöglich, daselbst weiter zu verkehren, mehrere ihrer Bürger wollten den holländischen Frezsheten gänzlich entsagen.<sup>23</sup>

Indeß beliebten die Städte, der Schoss solle erhoben werden, weil man sonst gar keine Häufe wisse; in verschiedenen Orten, besonders den nördlichen Niederlanden, sollten deshalb Erheber bestellt werden, als z. B. zu Enkhuizen, Dortrecht, Amsterdam u. s. w., aber im Jahr 1591 erfuhr man, daß gar kein Schoss erhoben, oder bezahlt worden, und daß dieß alles unausgeführte Beschlüsse geblieben wären.

Somit schien bald alles vollends zu Grunde zu gehen. Die Staaten von Holland und die Stadt Amsterdam antworteten oft gar nicht, wenn man über die neuen Zölle sich beschwerte. Prätor caballirte und hegte die Gläubiger der Factoren zu Antwerpen, daß sie ihre Bezahlung forderten; an Geld fehlte es; der Oiber-

<sup>23</sup> Schreiben Lübecks an Braunschweig, vom 12. Dec. 1582; Bericht von Glaser über des Comtoirs Verschaffenheit an Braunschweig, vom 4. Febr. 1583, und Braunschweigs Antwort in den MSS. Brf. Vol. 231. Protocol des Hanse-Tags, von dem Jahre 1584, in den MSS. Brf. Vol. 232.

Schoßbrief, im Jahre 1554, beliebt, der denn auch allmählig, obgleich mit den oft behaupteten Widersprüchen von Braunschweig und den Sächsischen Städten, von Danzig und den Preußen, und von der Stadt Köln, angenommen ward, also daß endlich wieder, seit dem Jahre 1557, ein Schoß vom Niederländisch-Hanseatischen Verkehre erhoben ward, und diese Verordnung, im Jahr 1562, bekräftigt werden konnte. Nach dem längwierigsten Streite schien denn endlich diese Hilfsquelle eröffnet und den nöthigen Vorrath zu gewähren, nach einem Streite unter den Städten, der oft alle Eitracht zu zerstören, und die Ruinen des Bundes völlig zu sprengen drohte.

Diese Abgabe sollte von allen Hansischen Gütern, ohne Unterschied, westlich der Maas, mit Ausnahme der Wente-Ware, nämlich des Weins, Korns, Biers und Härlings entrichtet werden, unter Androhung manigfältiger Strafen und zuletzt bey dem Verluste der Hansischen Freyheit. Gleich hoch verpönt ward alle Handels- und Schiffsgemeinschaft mit den Außerhansen, niemand aus den dem Bunde verwandten Städten sollte einem solchen unmittelbar Güter zusenden, jene Wente-Ware abgerechnet, noch von ihm Waren unmittelbar, um sie auf dessen Rechnung zu verhandeln, empfangen, vielmehr sollte aller Verkehr mit Fremden durch die Hand der Residirenden auf dem Comtoire, gehen. <sup>14</sup>

<sup>14</sup> Der Schoßbrief, von dem Jahre 1554 und confirmirt im Jahre 1562, findet sich in mehreren von uns

Um dieselbe Zeit ward nun auch vom Könige Philipp die Bestätigung der älteren, im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhunderte, von den Herzogen Johann und Anton von Brabant, den Deutschen und Hanse ertheilten Privilegien wieder erhalten, worin die nöthigen

benutzten Urkipen, er soll in dem Urkundenbuche, abgedruckt werden. — Die unendlichen Streitigkeiten darüber aber finden sich in den Protocollen der Hanse Tage, von dem Jahre 1549, MSS. Brf. Vol. 217, von den Jahren 1553 und 1554, Vol. 218; in dem Protocoll der Versammlung der Wendischen und Quarten Städte, von dem Jahre 1555, und des Hanse Tags, von dem Jahre 1556, MSS. Brf. Vol. 219; ferner in den Acten des Hanse Tags, von den Jahren 1559 u. 1562, Vol. 220 u. f. w. Es ist unmöglich, diese Streitigkeiten zu erzählen in all ihrem Detail, da dazu mehrere Bände erfordert würden. Uns hat es geschehen, daß sie um so eher kurz nur berührt zu werden brauchten, da es die alten Streitigkeiten sind, die immer wiederkehren, vermöge deren die Sachsen und Danzig von den meisten, durch sie nach den Niederlanden gefährten Gütern keinen Schoß geben wollten, Edln aber nichts weiter, als die bekannten 100 Gulden jährlich ein für immer zahlen wollten. Riga und die Livländischen Städte wollten Salz, Wachs und andere Waren vom Stapel ausgenommen wissen, auch zeigte sich Hamburg von Zeit zu Zeit schwierig. Aus den in diesen handschriftlichen Nachrichten befindlichen Rechnungen des Comtoirs ergibt sich, daß, im Jahre 1557, zuerst wieder regelmäßig Schoß erhoben ward.

bessert werden, aber der Hausmeister Wittenborn meldete: der Rath von Antwerpen habe sich verhalten lassen; es stehe den Hanfen nicht zu; einseitig zu dem Verkauf dieser Häuser zu schreiten. Nun ward Bremen befehlt, da Köln sich immer mehr von der Hanse abzusondern schien, um die Direction der Niederländischen Angelegenheiten zu übernehmen und zu versuchen: ob man nicht einen Riepsmann für das große Haus zu Antwerpen finden und das kleine verkaufen könne — aber nichts gelang. Spanische Soldaten wurden in das erstere, im Jahre 1624, wieder einquartiert, und lagen zwanzig bis dreißig Jahre darin, es ward dadurch so zu Grunde gerichtet, daß von den hundert und siebenzig Kammern keine mehr bewohnbar war, daß man auf dem Boden nicht ohne Lebensgefahr gehen konnte, und daß der Regen vom Dach bis in den Keller drang; alles wüste und leer stand, da die Spanier, was nur immer möglich war, herausgenommen und verkauft hatten. <sup>27</sup>

<sup>27</sup> In Folge des Protocolls der Hanfischen Versammlung, von dem Jahre 1609, MSS. Brf. Vol. 238; von dem J. 1614, Vol. 240; von den Jahren 1615, 1617, ebendasselbst; Schreiben Tobias Wittenborns, Hausmeisters zu Antwerpen, an den Lübeckischen Burgemeister Brokes, vom 9. Nov. 1618, in den MSS. Brf. Vol. 245; Protocoll des Hanse-Tags, von dem Jahre 1619, im Monate Jun. und Jul. in den MSS. Brf. Vol. 241; Recesß der zehn näher mit einander verbundenen Städte, von dem J. 1622,

Um die Schande abzuwälzen, daß dieß Gebäude ganz in Trümmer zerfalle, wollte Lübeck einige Unterstützung geben, und gab auch wirklich etwas, um das Haus einiger Maßen ins Trockene zu bringen: allein von den wenigen noch übrigen verwandten Städten, Hamburg, Bremen und Braunschweig war nichts zu erhalten, denn diese warfen zum Theil Lübeck vor, sie habe noch nicht Richtigkeit mit ihrer Rechnung gemacht. Woher aber sollte man auch die Kosten des Anschlags von mehr denn 20,000 Gulden zur Reparatur hernehmen? Das wenige, was Lübeck vorgeschossen hatte, reichte nicht hin, die übrigen wollten nicht thätig helfen, über die wechselseitigen Forderungen konnte man nicht eins werden, und so schien man das Gebäude seinem Schicksale überlassen zu müssen. <sup>28</sup>

ebendas. Vol. 244. In Folge des schriftl. Berichts des Hausmeisters auf der Versammlung einiger Städte, v. J. 1624, war das große Haus zu Antwerpen von den Spanischen Soldaten besetzt; die Infantinn in den Niederlanden versicherte, durch eine Note, unter dem 26. Jul. desselben Jahrs, die Erledigung, aber sie erfolgte nicht, denn die zehn näher verbundenen Städte erließen eine Supplik an die Infantinn zu diesem Zweck, im Febr. 1628 (MSS. Brf. Vol. 245. 248.). und der Bericht von Sebastian Boltane an Lübeck, vom 12. Febr. 1647, sagt deutlich genug, die Spanischen Soldaten hätten 20 bis 30 Jahre darin gelegen und alles verwüstet; ebend. Vol. 249.

<sup>29</sup> Schreiben Lübecks an Braunschweig, vom 26. August 1656, MSS. Brf. Vol. 249. Bergedorfscher Recess, vom May, 1660, ebendas. Vol. 251. Schreiben Lübecks an Braunschweig, vom Febr. 1665, ebendaselbst Vol. 250. Ein Aufsatz, vom Jahr 1669, ebendaselbst

Das Hanfische Haus zu Brügge sprach ein gewisser Robbison, als sein Eigenthum, an, und behauptete, daß der letzte Hausmeister es ihm, beauftragt von den Städten, abgetreten habe: diese läugneten es.<sup>29</sup>

Die Hanse selbst hatte sich aufgelöst und längst war aller gemeinschaftliche, nach gewissen Statuten betriebene Hanfische Handel auf die Niederlande zu Ende. Seit der Plünderung Antwerpens war dieß bereits der Fall, die Ordnung wurde zerstört und nie wieder hergestellt. Was für einen Verkehr auch die einzelnen Mitglieder hierher betreiben mochten, so hing er von der Kraft jeder einzelnen Stadt, von ihrer Lage, ihrem local-Verhältnisse ab, er beruhte nicht mehr auf gemeinschaftlichen Freiheiten, und an die ehemalige Handelshegemonie war schon längst nicht mehr zu denken.

Die nördlichen Niederländer, die Mitglieder des neuen, mit aller jugendlichen Kraft ausblühenden Freistaats, bemächtigten sich des Verkehrs immer mehr; ihre Verbindung mit den Hanse-Städten, in den ersten Jahrzehenden des siebenzehnten Jahrhunderts, hat den Deutschen durchaus keine Vortheile im Handel auf die Niederlande vor andern befreundeten Nationen verschafft, und sie, diese handelskundigen Republikaner, waren auch weit entfernt irgend etwas der Art zu bewilligen, da sie selbst nach allen Seiten hin den eigenen Activ-Handel zu betreiben aufs eifrigste bemüht waren.

Vol. 251. Ueberschlag dessen, was zur Reparatur des Hanfischen Hauses zu Antorf erfordert wird, und was bereits von Lübeck ausgelegt worden, das letzte betrug 2450 fl.

<sup>29</sup> Zu Folge des Protocolls der Versammlung, von dem Jahre 1668, MSS. Brf. Vol. 251.



## Siebenzehntes Buch.

---

Der dritten Periode fünfter Abschnitt:  
Verhältniß der Hanse zu England, während  
der dritten Periode.



---

## Siebenzehntes Buch.

### Verhältniß der Hanse zu England, während dieser Periode.

---

Mit England haben sich die alten Handelsverhältnisse der Hanse glücklicher und dauernder gehalten, als mit den Niederlanden, doch war es leicht vorauszusehen, daß beym allgemeinen Zertrümmern ihrer Freyheiten, die, welche sie auf jenem Eilande besaßen, dem Untergange gleichfalls nicht würden entgehen können.

Bis um die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts wurden hier die Privilegien der Genossenschaft erhalten, ihr Verkehr auf die alte Weise betrieben, ihre Factoreyen daselbst blühten und gediehen, trotz mancher Einschränkungen, die freylich zu keiner Zeit fehlten und fehlen konnten, da die Bestrebungen der Engländer nach eigenem Activ-Handel immer größer wurden, und da sie vorzüglich deshalb die Begünstigungen der Hanse, schon aus alten Zeiten, mit neidlichem Auge ansahen.

Trotz der Bestätigung der älteren Freybriefe, durch Heinrich VII. und VIII., brachen manche Streitigkeiten zwischen beyden Theilen aus, manche Vergleichsversuche wurden gemacht, jene wurden beygelegt, und der un-

Stadt Antwerpen abgeschlossen worden: sie, sammtlich auch Braunschweig, Hamburg und andere Städte, wollten von dem Vertrage nichts wissen, und wenn auch die letzteren endlich mäßig gewonnen wurden; so blieb die erstere doch, wie den nordöstlichen Städten, immerhin ganz widerspenstig. Danzig wollte nichts von einem Reiz zu erhebenden Schoss wissen, sie beschwerte sich, daß das neue Haus schlecht, und zu weit von der Börse abgelegen sey; sie klagte, im Jahr 1566, über die gehinderte Wiederausfuhr ihres Getreides, über den sogenannten Kornlöf, daß man fruchtlos Kosten aufwende; daß die Stadt Antwerpen, theils ihre Versprechungen nicht halten wolle, theils nicht könne, da sie zu sehr von dem Landesherrn abhängig sey; daß die alten brabantischen Privilegien wenig hülfen; daß man in den Seeländischen Zöllen keine Milderung erhalten, welches mehr werth seyn würde, als alle andere Freisheiten; daß das stattlich erbaute Gebäude mit seinen Stocken und Thürmen, einem Palaste ähnlicher, als eines Residenz, den Gebrechen nicht abhelfen könne, und daß die bewilligten Summen zu dessen Bau nicht zureichten; daß man den Antwerpenern eine Handelsfreiheit in den Hanse-Städten zugestanden habe, die höchst verwerflich sey; daß eine schreckliche Sklaverei durch das ihnen gegebene Versprechen entstanden seye, die Güter nirgends anders in den Niederlanden, als in ihre Stadt zu bringen; daß man bedenken möge, wie viel man schon, als noch das Comtois zu Mongoroth und der Ham-

Fremdheiten untersagte, Englische Güter in fremde Länder zu führen, namentlich Englische Lächer auf den Niederländischen Markt zu bringen, da die Englischen Adventurierer dieß selbst und ausschließend thun wollten.

Dann klagten die Engländer, daß ihnen in den Deutschen Städten das Recht verweigert, oder verzögert werde, und daß ihren Fischern in Island von den Hansen übel mitgespielt worden; die letzteren beschloßen darauf, daß diesen Beschwerden abgeholfen werden sollte. Dann klagten die Engländer, daß ihre Fährte in der Ostsee, zur Zeit Königs Christian II. von Dänmark, gestört worden sey, und da er die Schuld davon den Hansen beymaß; so erbitterte dieß die ersteren gegen die letzteren also, daß man vergebens, zu Brügge, im Jahre 1520, die Streitigkeiten beizulegen versuchte.<sup>2</sup>

Darauf untersagte ihnen der König, Heinrich VIII., die ungehorsenen Lächer aus England auszuführen, und als die Hansen sich auf ihre alten Freyheiten beriefen, erhielten sie die Antwort: Der König sey Herr in seinem Lande und könne nach Gutdünken Verordnungen

<sup>2</sup> Vergl. Köhler bey Willebrandt, bey den Jahren 1511 und 1520, MS. Hafn. bey d. J. 1511 und eine Urkunde bey Willebrandt und Rymer, s. Beyl., worin König Heinrich VIII. von England Bevollmächtigte ernennet, um mit den Hansen zu Brügge zu unterhandeln und die entstandenen Streitigkeiten beizulegen.

machen. Alle Vorstellungen der Hanfischen Residenz zu London waren einige Zeit lang ganz fruchtlos. Späterhin mögen indeß die Streitigkeiten ausgeglichen worden seyn, auch beschlossen die Städte, da der König wohl bey den von ihren Kaufleuten zu erlegenden Consumen von Zeit zu Zeit betrogen werde, daß jeder diese genau entrichten, oder zur Strafe das doppelte dem Könige und der Hanse bezahlen sollte.<sup>3</sup>

Es beschwerten sich die Deutschen in England Residenten, daß wenn irgend ein Engländer durch Einen, ihrer Factoren Verwandten, sey beleidigt worden, die ganze Residenz dafür haften und entgelten sollte.<sup>4</sup>

Ein anderes Mahl klagten die Engländer über einige Beschränkung ihres Verkehrs in den Deutschen Städten, namentlich zu Danzig, dann, daß die Strahlfunder ein Englisches Schiff aufgebracht hätten und alle Hanfen ohne Unterschied sollten nun dafür büßen. Die Freyheiten wurden beschränkt, und das Comsoir mußte eine bedeutende Summe zur Strafe an den König

<sup>3</sup> E. Köhler bey d. Jahren 1521 und 1530, und Cammanns Ms. bey den Jahren 1521, 1522, 1530. Wolf in seiner summarischen Erzählung, bey Haderlin, in dessen analect. med. aevi p. 176, sagt: zu Zeiten der Könige Heinrich VII. VIII. seyen zwischen beyden Theilen Streitigkeiten entstanden, und deßhalb in den Jahren 1491, 1497, 1499, 1520 und 1521 verschiedene Tagfahrten gehalten worden.

<sup>4</sup> Cammanns Ms. bey d. Jahre 1535.

zahlen.<sup>5</sup> In den Streitigkeiten zwischen Hans I. von Frankreich und Heinrich VIII. von England suchten die Hansen, da beide um Hülfe bey ihnen warben, nach gewohnter Sitte, der Neutralität sich zu befleißigen.

Wie manche Klagen indeß von der einen, oder der andern Seite, über die Störung der guten Verhältnisse, über die Kränkung der Freyheiten auch entstanden; so waren doch die vorzüglichsten derselben, deren die Deutschen in England sich zu erfreuen hatten, der alte geringe Zoll nämlich bey der Aus- und Einfuhr nicht gekränkt worden, wenigstens ward die gesetzliche Kraft dieser Privilegien nie bezweifelt, sondern sie wurden nur zur Strafe, oder der Repressalien wegen, einige Zeit etwa unterbrochen, eben so schnell aber auch immer wieder hergestellt. Ja Eduard VI. selbst bestätigte noch alle Hansische Freyheiten in England, gleich seinen Vor-

- <sup>5</sup> Receß der Wendischen Städte, von dem Jahre 1538, im Lüneburgischen Archive, Vol. III. Röhler S. 249. Die Streitigkeiten über das weggenommene Englische Schiff, durch die Stralsunder, werden am weitläufigsten erwähnt in dem MS. Hafn. bey dem Jahre 1521. Die Hanse beschloß, daß Stralsund dem Comtoir wieder bezahlen solle, was es an den König zur Strafe habe entrichten müssen, und daß die Städte eine statliche Legation nach England, zu Behauptung ihrer Privilegien, an den König senden sollten, welcher die von Stralsund einen gelehrten Mann, zur Vertheidigung ihrer Sache, bepflegen möchten.

fahren, und obgleich, im ersten Jahre seiner Thronbesteigung, 1547.<sup>6</sup> Es war Sitte, und das zeugt von der Hansen Einfluß und Herrschaft in England, daß die Könige in ihren Verträgen mit Frankreich die Hansen mit einzuschließen pflegten.<sup>7</sup>

Bedeutender als jene Eidbrüche und wechselseitigen Beschwerden, in der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts, schienen die Klagen zu seyn, die über manche Unordnungen auf der Hansischen Niederlage zu London geführt wurden, da sie so oft in dieser Zeit bereits vorkommen. Diese Unordnungen bezogen sich vorzüglich auf die unter den daselbst Residenten eingerissenen Verschwendungen in Kleidern, Essen und Trinken, auf das übermäßige Spielen mit Karten, Würfeln, das Dobbeln, und die Ausschweifungen mit Weibern. Die Hanse erließ, deßhalb, mehrere Statute, oft und viel wiederholt, daß der Speisemeister des Comtoirs auf die Zehrung eines Einzelnen nicht mehr denn vier Schillinge oder acht und vierzig Bremer Grote gut thun sollte, die Ofterwoche und Fastnacht ausgenommen. Es

<sup>6</sup> Ueber die Anträge der Könige von Frankreich und England bey den Städten, im Jahre 1545, zur Hilfe gegen den andern Theil findet sich eine Nachricht in dem Receß der Wendischen Städte, von d. Jahre 1545, im Lüneburgischen Archive, Vol. IV. — Die Bestätigung der Privilegien durch Eduard steht bey Marquard, s. Wepl.

<sup>7</sup> Anderson beym Jahre 1518.



ward geborhen, daß die Residirenden sich nicht als Edelleute kleiden, daß in der Kleidung zwischen Kaufleuten und Knechten ein Unterschied erhalten werden solle, um so mehr da solche Pracht in Kleidern mit Marbern und Zobeln, frommer Leute Kinder abhalte, des großen Aufwands wegen, das Comtoir fortan zu besuchen; daß keiner lieberliche Weiber auf die Niederlage bringen und bey sich schlafen lassen, oder mit ihnen irgend einen Umgang pflegen solle, da eben hieraus so viel Zwist mit den Engländern entsände; daß keiner der Residirenden auf seiner Kammer speissen, sondern den gemeinsamen Tisch mit halten, keiner besondere Gastgebothe geben, zur rechten Zeit zu Bette gehen sollte, und wie die Einschärfung der Beobachtung der alten klösterlichen Zucht weiter lauten mochte. Verschiedentlich wurden Commissionen und Visitationen von der Hanse in dieser Hinsicht beliebt, die mit aller Auctorität versehen waren, um diesen Unordnungen vorzubauen. Die alten Comtoirgesetze wurden gebessert, von Zeit zu Zeit dem Residirenden vorgelesen und dem Oidermann aufgegeben, über deren Beobachtung streng zu halten. Jedoch ist die Reform, wie es scheint, nie ganz gelungen, und der Aufwand und die Verschwendung sind hier größer, die Zucht und Ordnung weniger streng, als auf den andern Niederlagen, besonders zu Bergen, gewesen. Ein Oidermann hatte selbst Bankerott, und wie es scheint, nicht ganz unverschuldet, gemacht, und ob er schon des Handels kundig, wollte man den-

nicht, wenigstens nicht ohne das Gutachten des Comtoirs zum Handel daselbst zuzulassen, des Statuts wegen, welches den Bankerottirern den Genuß aller Hanseischen Freiheiten untersagte.<sup>7</sup>

Es ward sehr streng verboten, bey gleicher Strafe und unter der Bedrohung, in keiner Hanse-Stadt, als Bürger aufgenommen zu werden, daß alle in England anwesende Deutsche des sogenannten Vorgekaufs mit den Engländern sich enthalten, d. h. daß sie keine Güter von ihnen auf Credit nehmen sollten, da dieß so häufig von Einzelnen der Verschwendung Ergebenen geschah, die alsdann, wenn sie nicht zahlen konnten, nach Deutschland flüchteten, die Engländer betrogen und den bessern Theil der zurückgebliebenen Landsleute in manche

<sup>7</sup> *Sammanns* Ms. bey dem Jahre 1506. Am weitläufigsten finden sich die Statute, zur Erhaltung der guten Ordnung auf dem Comtoir, in dem Beschluß der Versammlung von dem J. 1506, in dem MS. Hafn. Es erhellet deutlich daraus, daß die Hanse deßhalb so sehr gegen Spiel, Ausschweifung u. s. w. war, weil die Verschwendung die Gefellen zur Veruntreuung der Güter ihrer Herren verführte; die sogenannten Meister aber zum Bankerott verleitet. Man soll spielen dürfen um eene collatie wyns edder beer und nicht hdyer; und man soll sich der frowkens enthalten, weil daraus vele hemeliken hates vnde verfolgens entstanden, worans des Königs Offiziere Gelegenheit nahmen, das Comtoir zu verfolgen.

Unannehmlichkeiten führten.<sup>9</sup> Da endlich minderjährige und solche Leute, die der Englischen Sprache und des Englischen Tuckkaufs nicht hinlänglich kundig waren, zur Residenz auf das Comtoir geschickt wurden, wodurch manche Gebrechen und mancher Schaden entstand: so ward mehrere Male beschlossen, daß nur Volljährige und nur die, welche ein oder wenigstens ein halbes Jahr die Sprache gelernt hätten, zum Handel auf dem Comtoir zugelassen werden sollten.<sup>10</sup> Dagegen aber kommen die Klagen über Gebrauche und Neuerungen, welche den alten Mechanismus des Handels auf den Niederlagen zu Grunde richteten, ihn in Außerhanstische Hände spielten hier, in dieser Zeit, noch selten, seltener als an andern Orten vor. Einige der Art werden indeß erwähnt.

So ward es ernstlich untersagt, daß kein Hanse, bey Verlust aller Privilegien, einen andern vor einem Englischen Gerichte belangen solle; daß die Gesellen auf

<sup>9</sup> In dem angeführten Recesß, von den Jahren 1506 und 1511, im MS. Hafn., heißt es: daß kein Deutscher Englische Tücher auswärts schicken solle, es sey denn, daß er einen gleichen Werth deponire. So viel wenigstens scheint der dunkle Ausdruck in dem MS. sagen zu wollen.

<sup>10</sup> MS. Hafn. und Cammanns Wspt. bey dem J. 1530, und Recesß von dem Jahre 1535, in den MSS. Brf. Vol. 216. Recesß von dem Jahre 1549, in dem MS. Hafn.

dem Comtoir nicht einen Nebenhandel mit Englischen Tüchern auf eigene Rechnung, ohne Wissen ihrer Herren, betreiben sollten; aber kaum Ein Kopf kommt das Statut vor, daß die in England Residenten keine dort erkauften Güter an Auktionen diesseits des Meers senden sollten, und daß, wer dem Comtoir den Schoß veruntreue, in den Städten dazu, nach der Rückkehr, anzuhalten sey. Diese Beschwerden, die einzigen der Art, die in dieser Zeit etwa erwähnt werden; und vorzüglich das, daß sie so selten vorkommen, zeigen, daß die Fundamente der Niederlage, noch gänzlich nicht so erschüttert waren, als Miß zu derselben Zeit bey der Niederländischen Factorey bereits der Fall war.<sup>11</sup>

Das Comtoir in London blühte, trotz dieser vorübergehenden Störungen und Unordnungen, bis auf Edwards VI. Zeiten. Wenn auch die Hanfischen Freyheiten dann und wann angegriffen wurden, — eine Sache, die zu keiner Zeit fehlte —; so wurden diese Beschwerden doch auch abgeschafft, der Kanzler des Reichs den Deutschen zum Protector angewiesen<sup>12</sup>, ihre Freyheiten ausdrücklich bestätigt, der alte geringe Zoll bey der Ein- und Ausfuhr behauptet, und ihnen nicht bloß die Waren, die in den Städten producirt wurden, sondern auch alle

<sup>11</sup> MS. Hafn. bey d. Jahren 1511, 1525. Abhler bey dem Jahre 1530. S. 247. und Cammanns Rfpt. bey diesem Jahre. Recesß des Hanse-Tags, von dem Jahre 1535 in den MSS. Brf. Vol. 216.

<sup>12</sup> Cammann am angeführten Orte.

übrige aus fremden Ländern abstammend, unter diesen geringen Abgaben einzuführen verstatet, und die Ausfuhr Englischer Güter unter gleich geringen Kosten nicht bloß nach den Hanse-Städten, sondern aller Orten hin, nur nicht nach des Reichs notorischen Feinden, zugelassen. Dagegen aber ward den Engländern keineswegs ein gleich freyer, unge störter, oder im Zoll privilegirter Verkehr in den Städten bewilligt, es ward vielmehr die Herrschaft des Handels von den Deutschen behauptet, fremder Factoren sich nicht bedient, die Handelsgesellschaften und Schiffsgemeinschaft mit Engländern vermieden und die gemeinsame Residenz im Flor erhalten, der Schoß entrichtet, woraus denn, so wie aus dem Ertrag der vermiethten Kammern und Wohnungen auf der Niederlage, die Ausgabe bestritten und stets ein guter Vorrath gewonnen wurde. Wenigstens findet man alle die Klagen noch gar nicht, oder doch in sehr geringem Maße, welche in den Niederlanden, und selbst in Bergen, bereits in dieser Zeit vorkommen.<sup>12</sup>

<sup>12</sup> Bey Rymer wird ein Vertrag zwischen König Heinrich VII. von England und der Stadt Riga, vom Jahre 1498, erwähnt, der zum Theil den obigen Behauptungen zu widersprechen scheint. Es heißt darin: beyden Theilen steht ein freyer wechselseitiger Verkehr zu, die Engländer, welche nach Riga handeln, sind frey von allem und jedem Zoll. Die von Riga zahlen von ihren Schiffen und Gütern in England die alten geringen Zölle aller Hanseaten; von allen Gütern aber, die sie von andern Völkern

Allein seit der Regierung Eduards VI. änderte sich freylich gar manches; er nahm ihnen, im Jahre 1552,

einführen, geben sie den höhern Zoll, den alle übrige Fremde in England zu entrichten schuldig sind, und die Rigaer und der Meister von Livland entsagen der von den Engländern ihnen in frühern Zeiten bewilligten Geldsumme. Jener Punct von gänzlicher Zollfreyheit der Engländer, und der Gleichstellung der Rigaer bey der Einfuhr fremder Güter nach England mit allen übrigen Fremden, war offenbar ein Eingriff in das Fundament der Englisch-Hanseatischen Freyheiten. Allein es ist ungewiß, inwiefern dieß gedauert, ungewiß, was unter der gänzlichen Befreyung der Engländer vom Zoll zu Riga zu verstehen sey. Es ist sehr gewiß aber, daß die Hansen den Engländern durchaus nicht solche Freyheiten zugestanden, wie sie in England hatten, und wenn es von den Rigaern geschehen ist, so ist dieß zuverlässig etwas sehr partielles und wahrscheinlich auch nur etwas temporäres gewesen. Die großen Streitigkeiten über diese Puncte fangen erst später an. Die Livländer aber haben niemanden, selbst meistens Theils den übrigen Hansen nicht einen ganz freyen Verkehr bey sich zugestanden, wie hätten sie dieß den Engländern bewilligen sollen? — Daß das Comtoir in London wohlhabend war, ergibt sich aus den vorhandenen Rechnungen in den MSS. Brs. und dem Vorfuß, (s. oben) der von hieraus der Niederländischen Factorey gemacht ward. — Die Hansen wollten sämmtlich, trotz des bekannten Utrechter Vertrags, den Engländern keineswegs solche Rechte in

alle ihre Freyheiten und setzte sie auf gleichen Fuß mit allen übrigen Fremden.

Schon im Jahr 1549 begehrte er von den Hansen, daß sie seinen Feinden, namentlich den Schotten, keine Zufuhr leisten sollten, und ob schon die Städte bemerkten, daß sie laut alter Gewohnheit wohl dazu berechtigt wären, wenn sie nur der Zufuhr der Kriegsbedürfnisse sich enthielten; so ward dennoch beliebt, dem Könige zu willfahren. Engländer waren in die Elbe eingelaufen und hatten Matrosen hinweggeführt, um sie im Kriege gegen Frankreich zu brauchen, und Hamburg,

ihren Städten zugestehen, welche sie in England besaßen. So z. B. heißt es in dem Reces, von d. Jahre 1535, im MS. Hafn.: die Städte sollen streng darauf halten, daß den Engländern und Schotten kein Aufenthalt des Winters in den Deutschen Communen verstattet werde, wie dieß von den Schotten denn auch bereits bey Köhler, S. 244, bey dem Jahre 1507 und bey mehreren andern Jahren, vorkommt, damit nämlich diese nicht in einem eigenen Activ-Handel mit den Städten sich festsetzen sollten, während sie, die Hansen, in England, Jahr aus Jahr ein, ihre privilegirte Residenz hatten. — Uebrigens siehe wegen der im Text erwähnten Freyheiten theils das, was in den ersten Bänden dieser Geschichte vorkommt, theils Nic. Wolffs summarische Erzählung in Häberlins analect. med. aevi S. 173–175, theils die weiter unten erwähnte handschriftliche Nachricht über den Zustand des Comtoirs zu London vom Hanfischen Syndicus Sudermann,

wie die Hansen überall, war besorgt, deshalb in Weltläufigkeiten mit Frankreich zu gerathen.<sup>14</sup> Da jedoch alles geschah, was König Eduard, in Bezug auf die Schotten, nur irgend begehren konnte; so hielt man sich von seiner Seite ganz sicher, als er unerwartet für seine Unterschänen einen gleich freyen Handel in den Hanse-Städten, so wie diese ihn in England genössen, begehrte. Er klagte besonders über die Beschränkung des Verkehrs der Engländer zu Danzig. Er beschwerte sich, daß die in England residirenden Deutschen vielen Fremden den Genuß ihrer Freyheiten verstatteten, und daß durch den Vortheil des geringen Zolls, der diesen zu Theil wurde, seine Einkünfte litten. Wie entschieden nun auch dagegen die Statute der Hanse lauteten, so ist es doch gewiß, daß von Einzelnen, jezt so gut als vormahls, und wie es scheint, jezt mehr denn weiland diese übertreten wurden, oder daß wenigstens jezt die Aufmerksamkeit des Königs, oder seines geheimen Rathes mehr darauf gerichtet ward. Die Hier nicht bloß durch Hanfisches Capital den privilegirten Handel in England zu betreiben, sondern auch fremde Gelder darin anzulegen und diesen erweiterten Handel der Freyheiten gleichfalls theilhaftig zu machen, ja wohl gar mit Engländern sich zu associiren und diese an dem geringen Zoll Theil nehmen zu lassen, dafür aber sich Antheil

<sup>14</sup> Röhlert bey dem Jahre 1549, S. 250. I, Cammann & Wspt. und Protocoll des Hanse-Tags, von dem Jahre 1549, in den MSS. Br. Vol. 219.



am. Gewinnst zu bedingen, kam immer mehr auf. Doch mag es auch sein, daß dieser Vorwurf von Hanfischer und Englischer Seite in einem andern Sinne genommen wurde. Denn wie wenig auch die Städte es billigten, daß fremdes, Außerhanfisches Eigenthum contrebandsweise von Deutschen nach England geführt, und dem privilegierten geringen Zoll nur unterworfen würde; so wollten sie doch gar nicht von dieser Befreiung die von den Ihrigen eingeführten, zwar in fremdem Lande producirten, jedoch ihr Eigenthum gewordenen Güter, davon ausgenommen wissen. Der König aber, so wie seine Unterthanen, waren ohne Zweifel eben so wenig mit jenem als diesem zufrieden, obwohl das erstere durch die älteren Freybriefe den Hanfen zustand.

Wenn der König nun hierüber unzufrieden war, so waren es die Englischen Kaufleute, besonders die Adventurierer, und die Kaufleute von London nicht minder. Diese klagten vorzüglich darüber, daß die Hanfen, durch jene Zollfreyheiten begünstigt, im Besiz des ganzen Handels wären, da sie in Zöllen und sonst weit mehr, als die Engländer selbst, privilegiert wären. Sie sprachen auch deutlicher als der König, denn sie beschwerten sich, daß die Hanfen nicht bloß die Güter, welche in ihren Städten productet wurden, sondern auch die Güter fremder Nationen auf ihren Schiffen unter jenen geringen Zöllen einführen, und die Englischen Güter nicht bloß nach den Deutschen Häfen, sondern auch nach andern Ländern, besonders Englisches Tuch, nach

den Niederlanden führten, so daß die Engländer in ihrem Verkehr mit dem Auslande gestört wurden, da sie bey der Ausfuhr höhere Abgaben als jene zu entrichten hätten. Sie klagten ferner, daß die Hanfen namentlich deßhalb, im Jahre 1551, vier und vierzig tausend Englische Tücher ausgeführt hätten, während die Engländer, als minder Privilegirte, nur 1100 hätten ausführen können; daß die Hanfen durch ihre Verbindung in England die Preise der Ein- und Ausfuhr nach Belieben bestimmten, die Englischen Märkte beherrschten und alle Kaufleute des Königreichs aus dem Felde schlugen.

Diese Klagen waren freylich nichts Neues; allein sie wurden immer lauter und dringender, da der Engländer eigener Handel immer mehr sich hob, der König die verminderten Gefälle immer unwilliger trug. Somit wurden denn durch einen Beschluß des geheimen Rathes den Hanfen alle ihre Privilegien genommen, denn sie seyen, hieß es, keine anerkannte Corporation, ihre Freyheiten bezögen sich nicht auf Individuen oder bestimmte Städte, weshalb sie denn immer mehrere nach Guebücken zu dem Genuß derselben zulassen, zum Nachtheile der königlichen Zolleinkünfte und dem gänzlichen Verderb des Reichs. Es ward behauptet, daß sie ehemahls nur ihre heimischen Güter nach England und die Englischen allein nach ihrer Heimath verschifft hätten, jetzt aber das Gegentheil zum Verderb der Unterthanen des Königs thäten. Eine Behauptung, die

jedoch offenbar grundlos war. Vermöge des Utrechter Vertrags setzen den Engländern gleiche Freyheiten, in Preußen und den Hanse-Städten zugesichert worden, welche Zusage ihnen aber besonders zu Danzig nicht gehalten werde.

Darauf wurden die Hansen bey der Ein- und Ausfuhr wie die übrigen Fremden mit einer höhern Abgabe belegt, einer Abgabe, die sogleich die Aus- und Einfuhr in die Hände der Engländer spielte. Und vergebens waren alle Vorstellungen und Legationen an den König.

Um indeß diesen Beschwerden der Engländer, so wie verschiedenen Unordnungen und manchem statutenwidrigen Verfahren auf der Niederlage zu London zu begegnen, ward von den Hansen, nächst Erneuerung der alten Verordnungen, vorzüglich folgendes näher bestimmt.

Die Zahl der Städte, welche der Hanfischen Freyheiten sich zu bedienen hätten, sollte genau angegeben werden, damit von den Vorstehern des Comtoirs nur diese und ihre Bürger, nicht aber andere mit den Freyheiten vertheidigt würden, wie wenig man auch gemäß

<sup>15</sup> Außer den eben angeführten handschriftlichen Nachrichten und dem Protocoll des Hanse-Tags, vom dem Jahre 1553, in den MSS. Brf. Vol. 218, ist die Erzählung nach Anderson Vol. 2. ed. in 4. bey dem Jahre. 1552. S. 90. 91. Er folgt vorzüglich Wheeler's tr. of commerce. Lond. 1610. vergl. auch Wolff in Hübner's anal. mod. aevi S. 176.

war, dem Könige ein Verzeichniß desselben zu übergeben. Es ward verboten, daß die jungen Kaufleute, die mit geringem Capital in den Handel sich einlassen und eben deshalb mit Fremden Mascopee machen, dieser bey schwerer Strafe entsagen sollten; daß kein Hanse von England Tücher nach den Niederlanden unverkocht, oder an Auserwählten sende; daß jeder, der große Geschäfte mache, durch einen Eid sich verbindlich stelle, daß er sein eigenes, Hanssches und kein fremdes Capital anlege; daß kein Schiffer sich unterstehen solle, in England, auf dem Tuchmarke, zu Blackwellhall, oder in den Scheerhäusern zu kaufen; daß kein Hansscher Schiffer sich von Engländern auf Frankreich, oder nach andern fremden Häfen hin befrachten lasse, damit der König nicht an seinen Zöllen leide, daß deshalb die Schiffer mit den nöthigen Certificaten sich versehen; daß die Vorsteher des Comtoirs nicht die der Factoren gehörigen Geider zum eigenen Handel verwenden; daß sie nicht den Schoß aus eigener Willkür vermindern sollten, und daß endlich die Stadt Straßburg ihre Schuld dem Comtoire abtragen solle.<sup>16</sup>

Zu so manchem man sich nun auch verstand, und so entschieden man sich mit Wäßigung der Freyheiten bedienen wollte, so wenig ward doch ihre gänzliche Wiederherstellung zu des Königs Lebzeiten erlangt. Und

<sup>16</sup> Protocol des Hanse. Tags zu Lübeck, vom dem J. 1549, MSS. Brl. Vol. 217. und dem MS. Hafn. bey dem Jahren 1549, 1558.

wirklich mußten auch alle diese Beschlüsse dem Könige und den Engländern unzulänglich scheinen, denn die Hansen wollten damit nur dem Mißbrauche ihrer ihnen zugesicherten Freyheiten vorbeugen, von dem kleinsten Theil ihrer alten Privilegien selbst aber gänzlich nicht lassen.

So geschah es denn, daß die Hansen erst unter Eduards Nachfolgerinn, Maria, die in allem ihm entgegen war, wieder sogleich, im ersten Jahre ihrer Thronbesteigung, zu dem Genusse der alten Freyheiten gelangten, das dagegen lautende Statut von dem vorigen Könige, Eduard, ward zurückgenommen. Und wenn es nun auch in dem darüber ausgefertigten Diplome hieß, daß die Freyheiten nicht zum Nachtheile der Krone mißbraucht werden dürften; so sollten doch die Unschuldigen nicht für die Uebertreter haften. Wenn aber bestimmt den Engländern die alten Freyheiten in den Hanse-Städten, besonders in Preußen, vorbehalten wurden; so war auch dieß weiter nichts Neues, sondern alles ward in der letzten Hinsicht eben so unbestimmt gelassen, wie zuvor.<sup>17</sup>

<sup>17</sup> Recesß der Legaten der Hansen und der Königl. Commissarien in England, London (lateinisch) 24. Oct. 1553; und Copia mandati reginae Mariae, apud Westmonast. 17. Dec. anno regni mei primo; MSS. Brf. Vol. 218. Eine Acte des Parlaments, vom 24. Oct. 1553, befreit die Hansen von der tonnage und poundage; s. weiter unten.

Dagegen wurde den Hansen noch ganz ausdrücklich die Ein- und Ausfuhr aller einheimischen, väterländischen und fremden Güter unter dem geringen alten Zoll, und die freie Ausfuhr der ungesfärbten Englischen Tücher nach England und Antwerpen bewilligt. Durch einen Befehl der Königin erhielten sie, unter dem großen Siegel, die Befreyung von tonnage und poundage, so daß sie nur 3 Pfennige nicht 15 vom Pfunde zu zahlen hatten; das Parlament wollte indeß nicht einwilligen. Am aller schwersten hielte es, die freie Ausfuhr der ungeschorenen und unbereiteten Tücher zu erhalten, um so mehr, da nach einem alten Statute ihnen die Ausfuhr eines solchen Tuchs, das über 4 Pfund werth war, untersagt seyn sollte, der Preis aber aller Tücher im Verlauf der Zeit über jene vier Pfund gestiegen war, so daß sie deren Ausfuhr ganz hätten unterlassen müssen, da doch von deren weitem Verkauft in Niederdeutschland sonst viel Nahrung entstand. Endlich ward bewilligt, daß die Ausfuhr solcher rohen Tücher unter dem Werthe von sechs Pfunden auf drey Jahre ihnen verstattet seyn, nach deren Verlauf aber von neuem bey der Königin nachgesucht werden sollte. Sie erhielten ferner, daß die Strafe für die statutenwidrig ausgefallenen und verkauften Tücher bloß den Verkäufer oder Verfertiger nicht den Käufer treffen solle. Und da ein alter Streit gegen das Comtoir, in Sachen Adrian Köfeler und Lorenz Frenzels, durch Waldwin Smidt wieder rege gemacht, und der Silber-

mann der Doctoren und seine Gehülffen vor das Gericht der Erchequer citirt wurden; so bewirkten sie bey der Königin, daß die Sache gänzlich niedergeschlagen und jenem Smide, bey Strafe von 4000 Pfunden, gebohren ward, sie nicht weiter zu verfolgen. Vergebens aber bemühten sie sich, von dem Gerichtssprengel der Erchequer, mit dem sie unzufrieden waren, ganz besetzt zu werden, und ihren alten Richter, den Groß-Kanzler, wieder zu erhalten. Durch einen Spruch des geheimen-Raths war, wegen des Streits zwischen dem Major nebst den Bürgern der Stadt London und den Hansen, nach vielem Wortwechsel, die Sache so entschieden, daß die letztern den freyen Einkauf der Lächer, auf dem Markte zu Blakwellhall, haben, daß der Major keine eigenmächtige Abgabe von ihren Gütern, ihren Fischen und ihrem Salz nehmen sollte. Auch von den Eplecanen der londoner Bürger beym Packen der Güter, wo die Hansen ihre eigenen Packer und Lichter gebrauchten, wurden sie durch einen Spruch des geheimen Raths befreyt, und die Beschwerde über die Wiffitatoren, welche die Schiffe aufhielten, durch einen Spruch des Groß-Kanzlers hinweggeräumt.<sup>18</sup> So gelangten

<sup>18</sup> Bericht dessen, was die Hanfische Legation in England, im Jahre 1553, ausgerichtet, MSS. Brf. Vol. 218. Vergleiche überhaupt über die Wiederherstellung der Freyheiten durch die Königin Maria, das, was bey Anderson, bey dem Jahre 1553, T. II. p. 97. nach Wheeler erzählt wird. Ueber die verstattete

sie denn, freilich nach vieler Anstrengung, zum Genuß ihrer alten Freiheiten wieder, und es ist kaum einzusehen, wie die Königin und ihr geheimer Rath, dem Interesse ihrer Nation so ganz zuwider, dieß alles zugestehen konnten. Das Parlament hatte zum Theil nicht einwilligen wollen; der Mayor, die Stadt London waren höchst aufgebracht. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Neigung ganz anders zu handeln, als der Vorsatz gethan, etwas, mehr vielleicht Bestechungen, welche die Hanse anwandten, gewiß aber die Unterstützung des kaiserlichen Gesandten, Hans von Werden oder Werbern, und des Polnischen Legaten, mitwirkten. Auch benutzte die Hanssche Gesandtschaft die Umstände klug genug, sie schob die Schuld der Suspension ihrer Freiheiten auf die scheltbare Gesinnung des Herzogen von Northumberland, welchem die Königin nicht wenig aufgesessen war, und der mit dem Leben, wegen seiner Thaten gegen sie, hatte büßen müssen.

Nun erfolgte auch, im Jahre 1554, von Selten der Hanse eine neue Ordnung für das Comtoir zu London.

Ausfuhr der rohen Lächer, wenn sie den Werth von sechs Pfunden nicht überstiegen, steht die Urkunde bey Rymer und Willebrandt, vergl. Beyl. bey dem Jahre 1554, auch befindet sich bey Rymer eine andere Urkunde von demselben Jahre, s. Beyl. worin die Königin die Hanse von der tonnage und poundage befreyt, zu Folge einer Acte des Parlaments vom 24. Oct. des Jahrs 1553.



Sie schärfte die alten Statute zur Haltung der guten  
 Ordnung, der klösterlichen Zucht auf der Factoren ein,  
 verbot, wie von Alters her es Sitte war, alle Han-  
 dels- und Schiffsgemeinschaft mit Außerhansen, schieb  
 die Art vor, wie aus den Residenten zu London die  
 Vorsteher des Comtoirs, der Aldermann mit den be-  
 den Beisitzern und den übrigen neun Rathmännern,  
 erwähnt werden, wie sie ihre Jurisdiction üben sollten,  
 daß niemand sich zu neuen in England zu entrichtenden  
 Abgaben verstehen sollte, und wie die alten Ordnungen  
 weiter lauten mochten. Allein es zeichnete sich diese  
 Verfassung dadurch vorzüglich aus, daß so genau be-  
 stimmt ward, wer eigentlich zu den Hansischen Freyhel-  
 ten in England zugelassen werden sollte, da eben dar-  
 aus, daß so viele Fremde daran Theil nahmen, die  
 häufigen Beschwerden der Englischen Regierung, und  
 das mannigfaltige Ungemach für die Hansen vorzüglich  
 entstanden war. So wurden die 66 Städte nament-  
 lich aufgeführt, welche zur Hanse damals allein ge-  
 zählt werden sollten, nur aber ein ehelich geborener  
 Bürger in einer solchen Stadt sollte der Freyheiten in  
 England genießen, ein Fremdling aber, der Bürgerrecht  
 baselbst erwerbe, sollte für seine Person auf immer da-  
 von ausgeschlossen, und nur erst seine, in der Hanse-  
 Stadt geborenen, ehelichen Söhne dazu berechtigt seyn.  
 Auch sollten nicht unerfahrene junge Leute den Handel  
 treiben, ein zweijähriger Aufenthalt in England und  
 auf dem Comtoir sollte der Regel nach vorausgehen, um

theils die Sprache, theils bey einem Meßter den Handel, die Kenntniß der Bücher, und des Landes Recht und Gelegenheit erlernt zu haben. Alle ledige Gesellen aber, die in den den Hanse-Städten untergebenen Ortschaften, oder in London, worin jene liegen, geboren sind, sollten nicht eher auf dem Comtoir zugelassen werden, als bis sie in einer der sechs und sechzig Städte Bürgerrecht erworben hätten, auch nachdem sie Bürgen gestellt, daß, wenn sie das Comtoir verlassen würden, sie in einer Hanse-Stadt sich ankaufen und eine Bürgerstochter heirathen wollten. Auch die Schiffe, die in London ankamen, sollten gleichfalls Bürgen stellen, daß sie der Hanse verwandt seyen. Durch Zeugnisse von den Obrigkeiten der Städte ausgefertigt, durch Fragen, die der Aldermann an die Ankommenden zu richten habe, und durch Eid, sollten diese verschiedenen Punkte ausgemittelt werden.<sup>19</sup>

<sup>19</sup> Die Comtoirs-Ordnung ist bereits verschiedentlich gedruckt, s. das Urk. Verzeichniß, bey dem Jahre 1554. Sie ist in sechs Abschnitte getheilt. 1) Vom Bezirk der Hanse, mit Benennung der Städte, und mit welchem Unterschiede die, welche nur in dem Kreis der Hanse, nicht in einer wüthlichen Bundesstadt geboren, der Privilegien sich zu erfreuen haben sollen. 2) Von der Qualifikation der Personen, die zu dem Gebrauch der Privilegien zugelassen werden sollen. 3) Wie aus diesen qualificirten Personen die Vorsteher des Comtoirs, der Aldermann, die beyden Weyßer und der Kaufmannsrath zu er-

In der That war die Wiedherstellung der verlorenen Freyheiten ein unschätzbarer Vortheil für die Hansen, und alles mußte aufgewandt werden, um wenigstens nicht, durch eigene Schuld, sie alsbald wieder zu verschmerzen; auch benutzten sie dieselben sogleich mit großer Thätigkeit. Nach einer authentischen Nachricht, die über die Wichtigkeit dieser Freyheiten die beste Auskunft gibt, wurden von den Hansen, vom Januar bis November, des Jahrs 1554, etwa 36000 Fächer aus England geführt, wovon zwey Drittel weiß und ungefärbt, ein Drittel aber gefärbt seyn mochten. Zu Folge ihrer alten Zollfreyheiten von drey Pfennigen Sterling

wählen sey. 4) Die ökonomischen Statute zu Aufrechterhaltung der guten Ordnung in dem Hause und den Hallen. 5) Die Polizey-Ordnung für Kaufmann, Schiffer und junge Gesellen. 6) Von der Jurisdiction und dem Rechtswange des Aldermanns. — Es hat uns indeß unnöthig geschienen, länger dabey zu verweilen, da eines Theils diese Urkunde in Wätern, die jedem zugänglich sind, gefunden wird, und da der Raum hier zu sparen war, andern Theils weil die ganze Ordnung durch die eintretenden Unglücksfälle kaum ein Paar Jahre in voller Kraft blieb, endlich weil die ganze Einrichtung nur besser geordnet hier erscheint, das Wesen und der Geist derselben selbst aber in frühern Zeiten bereits vorhanden war. Auch ist im zweyten Theile, bey der Beschreibung des Comtoirs und zur Erläuterung der vorhandenen fragmentarischen Nachrichten aus jenen frühern Zeiten diese spätere Urkunde benutzt worden.

hatten sie einen Vortheil über die Fremden von 8850 Pfund Sterling, da diese nämlich von jedem weißen Tuche einen Ausfuhrzoll von 5 s. 9 pf., und von jedem gefärbten 9 s. 3 pf. zu entrichten hatten. Außerdem ließen die Hansen ihre Tücher durch ihre eigenen Packer einpacken, und waren zu einer geringern Abgabe an die Zöllner für ihre Bemühung, zu einem geringern Kranengethe, als die übrigen Fremden, verbunden; rechnete man ferner, daß beym Verlusste der Hansischen Freyheiten die Tücher zu Antwerpen von den Engländern gekauft werden mußten, und daß alsdann jedes Tuch wenigstens 5 s. oder auch wohl Ein Pfund St. theurer zu stehen kam; ferner, daß die Hansen durch das Färben der 24000 weißen Tücher auf das Stück etwa Ein Pfund St., bey dem endlichen Verkauf aber etwa fünf Pfund Bl. auf das Stück gewönnen; so konnte man den Vortheil bey der Ausfuhr, den die Hansen vor den übrigen Völkern hatten, in dieser Zeit auf 51185 Pf. St. rechnen. Schwer schien es zu bestimmen, welche Vorzüge sie vor den Fremden bey der Einfuhr hatten. Ein Theil der Englischen Güter ward durch bar eingeführtes Geld oder Wechsel gekauft, und dieß war ganz zollfrey, wenn man aber auch annahm, daß die Englischen Waren mit Deutschen Gütern gekauft wären: so würde, da die Hansen nur 3 Pfennige vom Pfunde an den König, und eben so viel als Schoß an das Comtoir, die Fremden aber 15 Pfennige an den König vom Pf. zahlten, noch ein Vortheil für die Deutschen von 6750

Nf. Sterling, bey der Einfuhr des genannten Jafre, sich ergeben. Wenn man nun ferner anschlug, daß die übrigen Völker in England nicht an jeden frey verkaufen durften, daß dieß aber den Hansen erlaubt war, ferner daß sie eigentlich weniger als drey Pfennige vom Pfunde bey der Einfuhr zahlten, indem der Werth der eingeführten Güter vor ein Paar hundert Jahren festgesetzt worden, welcher seit der Zeit gleichwohl sehr gestiegen; wenn man ferner bedachte, daß der Zoll in einem gewissen Verhältnisse von angegebenen Maßen als Paken, Fässer, Ballen, Lasten entrichtet ward, welche gleichfalls größer als sonst waren; ferner daß sie von den eingeführten Gütern aus Frankreich weniger zahlten; daß sie frey waren von einer Menge Abgaben, welchen die übrigen Fremden gleichwohl unterworfen wurden, als Kirchspiels-Abgaben zu Erhaltung der Kirche und der Geistlichen, Wachtgeld, Beytrag zur Reinigung der Straßen in London, Auflagen, welche der Major daselbst erhob, Abgaben vom Gelde und den Wecheln, Stadtzoll, dem Kopfgelde, wenn ein Ausländer das Land verließ, von dem Aufgebots zur Jury oder einer dafür zu erlegenden Geldstrafe, und daß keine Ausländer, die Deutschen ausgenommen, ihrer eigenen Schiffe sich bedienen durften, nebst manchen andern Vorzügen: so schien es sehr mäßig angeschlagen, alle diese Vortheile vor den übrigen Fremden, in dem Verlaufe der angegebenen zehn bis elf Monate, auf 61,254 N. St. oder 385,896 Carlsgulden zu rechnen. Dabey denn immer

noch der Vortheil, welchen die Hanse-Städte aus diesen, durch jenen Englischen Handel so sehr vermehrten Verkehr in ihrem Innern zogen, nicht in Anschlag gebracht war.<sup>20</sup>

Es war indeß, bey der bekannten Bestimmung der Adventurerer, der Englischen Kaufleute überhaupt, und der der Stadt London insbesondere, und bey ihrem Bestreben ihren Actio-Handel immer weiter zu treiben, leicht vorauszu sehen, daß der ruhige Genuß so großer Freyheiten den Hansen nicht lange zustehen würde. Die Befürmten der Major und Rath der Stadt London die Königin und ihren geheimen Rath; die Hansen wurden vorgesordert, vertheidigten sich und erhielten wirklich eben so oft die erneuerte Zusicherung, daß die Königin geneigt sey, sie bey ihren Privilegien zu schützen.

Allein am 23. März, im Jahre 1555, wurde der Aldermann und Kaufmannsrath der Deutschen zu London vor den geheimen Rath der Königin gefordert, und

<sup>20</sup> Ein vortreflicher Aufsatz vom Hanfischen Syndicus Sudermann, wovon das Angeführte ein Auszug, der aber in seinem Detail von großer Wichtigkeit ist, und recht anschaulich nicht nur die Vortheile zeigt, welche die Hansen in ihrem Verkehr mit den Engländern hatten; sondern der auch dazu dienen kann, uns geführ zu erklären, wie sie überhaupt in anderen Ländern einen privilegirten Handel betrieben, findet sich in den MSS. Brf. Vol. 218 und soll ganz seiner Wichtigkeit wegen, in dem Urkundenbuche, abgedruckt werden.

es wurden ihnen die Beschwerden des Majors und des  
 Raths der Stadt London mitgetheilt, worin diese sa-  
 gen: daß durch den geringen Zoll der Hansen die kö-  
 niglichen Einkünfte litten, daß sie die Englischen Güter  
 nur in eigenen, nicht in Englischen Schiffen versüß-  
 ten, dagegen nicht duldeten, daß Hanfische Güter in  
 anderen, als Hanfischen Schiffen, versüßt würden, wo-  
 durch die vaterländische Schifffahrt leide; daß die Tucha-  
 bereiter die Statute zu Verfettigung guter Tücher nicht  
 hielten, weil, wenn die Englischen Kaufleute auch nur  
 die guten kaufen wollten, die schlechteren dennoch bey  
 den Hansen einen festen Absatz fänden, wozu denn die  
 Tuchmacher auch den Markt von Blackwellhall verließen  
 und in den Häusern, dem Stahthofe gegenüber, ihre  
 Tücher verkauften; ferner daß die Hansen den Handel  
 der Engländer zu Antwerpen verdrängten, da sie daselbst  
 unperheiratet wären, Einer für eine große Zahl die  
 Factor-Geschäfte übernahm; daß sie geringeren Abga-  
 ben, während ihres Aufenthalts zu Antwerpen und bey  
 der Ausfuhr der Güter von dort, unterworfen wären,  
 als die Engländer; daß die Deutschen das immerwäh-  
 rende Steigen der Preise der Ostischen und Englischen  
 Waken veranlaßten, indeß während der Suspension ih-  
 rer Freyheiten, die Englischen Kaufleute Gold und Sil-  
 ber genug eingeführt hätten, welches jetzt von den Han-  
 sen wieder ausgeführt würde, da sie, vermöge alter  
 Freybriefe, dazu und zum Probiren und Walviren der  
 Englischen Münzen berechtigt wären; daß die Engländer

der aller Orten durch die Oesterlinge vertrieben würden, zu Bergen in Norwegen, in Island und an andern Orten; daß da sie ehemals in mehreren Deutschen Orten, als zu Hamburg, Danzig und Lübeck, Häuser, gleich den Deutschen zu London, gehabt, ihr Handel daselbst jetzt so mit Abgaben sey belegt worden, daß sie nicht nur ihre Häuser, sondern den ganzen Handel daselbst hätten aufgeben müssen; daß die Deutschen sich in den Besitz des Verkehrs zwischen England und dem Niederlande gesetzt, die Engländer aber wegen ihres Verkehrs mit den Hochdeutschen auf Eine Stadt beschränkt hätten, ja vollends nun eine Niederlage Englischer Güter zu Hamburg für die Hochdeutschen errichtet hätten, welche diesen weit bequemer, als Antwerpen sey, so daß die Oberdeutschen die Niederlande nicht mehr besuchten, vielmehr die Englischen Tücher, welche weiß und unbereitet nach Hamburg gebracht, daselbst gefärbt und weiter bereitet würden, von da über Leipzig bezogen.

Auf diese halb wahren, halb falschen Vorstellungen erklärte der geheime Rath den Hansen, daß da sie so eine Menge Güter fremder Völker nach England brächten, dadurch aber den Englischen Handel zu Grunde richteten, und so viele weiße Tücher, dem jüngsten Abscheide zuwider, ausführten und zwar nicht bloß nach Antwerpen, sondern auch nach andern Orten, und in Hamburg namentlich die Niederlage, zum Verkehr mit den Hochdeutschen, errichtet hätten; so geschähe es ihnen, gar keine Tücher aus England nach den Nieder-



laubert zu schiffen, nach andern Orten aber nur Ein Viertel ungesärbte und Drey Viertel gesärbte Tücher auszuführen, und gegen Drey Viertel Waren eigener Producte ihrer Städte, nur Ein Viertel solcher aus fremden Ländern, unter ihrem alten geringen Zoll, einzuführen, bey Uebertretung dieses Befehls aber in dem einen wie in dem andern Fall, hätten sie zu erwarten, daß sie fortan gleichen Abgaben mit den andern Fremden unterworfen würden.

Nun riefen Oldermann und Kaufmannsrath um Hülfe bey der Hanse, um Abfertigung einer Legation, da bey dieser Suspension ihrer Freyheiten Engländer, Hochdeutsche und Fläminger sich des Verkehrs nur zu sehr bemächtigten. <sup>21</sup>

In den nächst folgenden Jahren wurden deßhalb von den Städten mehrere Versammlungen gehalten, Legationen nach England abgefertigt und manche Beschlüsse

<sup>21</sup> In Folge eines Schreibens des Oldermanns und Kaufmannsraths zu London an den Rath zu Lübeck, vom 10. Apr. 1555, nebst Beylagen A. und B., wovon die erste die Klagen der Stadt London über die Hanse, und die andere den Beschluß des geheimen Rathes enthält; MSS. Brf. Vol. 219. Die Beschwerden der Engländer kommen auch bereits bey Köhler, bey dem Jahre 1554. S. 253. 4., vor. Wolff zu Häberlins analect. med. aevi S. 177 sagt: daß bereits im December des Jahrs 1554. vom Englischen geheimen Rathe gegen die Hansen sey verfahren worden.

gefaßt: allein es war durchaus unthunlich, die alten Freyheiten wieder zu erhalten.

Um, zur Bestreitung der Kosten der Gefandtschaften, der üblichen Bestechungen u. s. w. das Nöthige anzuschaffen, ward beliebt, den Hanfsüßen Schoß in England von dem Warenwerth eines Pfundes, von zwey auf drey und von den Wechseln von einem auf zwey Pfennige Sterling zu erhöhen. Man wollte schlechtmeg auf die Herstellung aller Freyheiten bestehen, sich durchaus nicht dem Spruch der Richter unterwerfen, sondern bloß auf Unterhandlungen sich einlassen; jedoch was man sonst nie gewollte, auch dann auf Unterhandlungen sich einlassen, wenn diese in England, und nicht in Dänischen Landen, vorgenommen werden sollten. Es ward beliebt, den Hanfsüßen Schiffen, die von Spanien und Frankreich nach England zu fahren pflegten, ins Geheim anzudeuten, daß sie keine Französische und Spanische Güter vorläufig dahn führen möchten, und daß die Certificate der Schiffer über die Ladung genauer ausgefüllt würden.

Es erhellet deutlich genug aus den handschriftlichen und mündlichen Verhandlungen der Hansen, in jener Zeit, daß sie nur allzu oft fremdes Eigenthum mit ihren Privilegien vertheidigten, und dadurch die königlichen Einkünfte schmälerten, auch die Englischen Kaufleute immer mehr gegen sich ausbrachten. Besonders ward es den Dantzigern vorgeworfen, daß fast keines ihrer Schiffe nach England käme, an dessen Ladung

nicht, gäנג gegen alle Statute, Holländer, Schweden oder Engländer Antheil hätten.<sup>22</sup>

Die Hanfsche Deputation an die Königin, im Jahre 1555 oder 1556, richtete so gut als nichts aus, und es ward bloß beliebt, eine neue Legation abzufertigen, und ein altes verzweifeltes, jetzt um so gewagteres Mittel anzuwenden, nämlich allen Handel mit England zu verbieten. Jeder Hanfsche Schiffer sollte schwören, daß er England meiden, und im Fall eines Unwetters er dazu genöthigt werde, dennoch daseibst nichts verkaufen, sondern sich alsbald davon machen wolle; jeder Schiffer sollte dagegen, wenn er in einen Hanfschen Hafen zurückkomme, mit Certificaten versehen seyn, wo er seine Waren geladet habe; alle Fremdlinge aber, die in den

<sup>22</sup> Die Belege finden sich in dem Protocoll des Tags der Wendischen und Quartier-Städte, vom Jul. des Jahrs 1555, und in dem des Hanse-Tags, vom Oct. 1556, und in den daseibst vorkommenden Berichten des Secretärs des Comtoirs und des Hanfschen Syndici Sudermanns, der als Legat mit dem Doctor Wönnies in London gewesen war. Die Nachrichten, die sich darüber bey Adhler, beyd. T. 1555, 1556, S. 255 - 257, finden, und die zum Theil verwirrt und dunkel sind, können nach obigem berichtigt werden, so wie dieß auch wegen der Folge der Fall ist. Vergl. auch Wolff a. a. O. S. 178 u. ff. woselbst sich etnige, von dem Angeführten zum Theil abweichende Nachrichten finden; man hat geglaubt, sich an die Acten vorzüglich halten zu müssen.

Deutschen Städten einkaufen, sollten Bürgerschaft stellen, daß sie nichts davon nach England führen wollten, und alle Englische in Deutschen Häfen ankommende Schiffe sollten mit ihrer Ladung wider absegeln müssen.<sup>23</sup>

Alein weder dieses Verbot noch das Schreiben an die Königin, noch die Hanfische abermahls an sie abgefertigte Legation, noch endlich das Flug genug von ihnen ausgewirkte Vorschreiben von ihrem Gemahl, Philipp von Spanien, konnten die beabsichtigte Wirkung haben. Maria verblieb bey ihrem Entschluß, sie starb darüber hin, und die Hansen gelangten zum Genuße ihrer Privilegien nicht wieder.<sup>24</sup>

Man erfuhr zugleich, wie dieß denn leicht vorauszu-  
sehen war, daß jenes Verbot alles Verkehrs mit Eng-  
land, theils nicht länger gehalten werden könne, theils  
von mehreren Städten und Theilen der Bruderschaft nicht  
gehalten worden sey, daß, wenn es länger bestehen  
sollte, die Fremden in den alleinigen Besitz des Ver-

<sup>23</sup> Die Ordnung, deren sich von allen gemeinen Hanse-  
Städ<sup>ten</sup> gesandten Deputirte besondere genöthetigte  
Städ als Lübeck, Cölln, Braunschweig, Bremen,  
Hamburg und Danzig endlich in eventum gegen die  
Engellischen zu gebrauchen vergleichet und vortragen  
23. Sept. 1557, binnen Lübeck; MSS. Brf. Vol. 219.

<sup>24</sup> Das Schreiben der Hanse an die Königin, von d.  
Jahre 1557, auf dem Hanse-Tage desselben Jahrs  
beliebt, steht in den MSS. Brf. Vol. 219. und die  
übrigen Acten dieser und der nächst folgenden Jahre;  
ebendasselbst.

festes mit England sich setzen würden. Allerdings mußte diese Maßregel, die ehemals, als die Hanse die verschiedenen Zweige des nordöstlichen Handels in ihre Hände gebannt hatten, sehr zweckmäßig befunden wurde, jetzt beim Verlust dieser Herrschaft nur nachtheilig wirken. Auch gestand Lübeck dieß selbst ein, meinte aber, jenes Verbot zurückzunehmen, heiße die Hanse mit unauflöslicher Schande übergießen. Dageß ward auf einer Hanfischen Versammlung, von dem Jahre 1558, Bescheid beschlossen, in den Niederlanden den Verkehr zwischen Engländern und Hanse wieder frey zu geben, doch sollte der unmittelbare, von den Hanse nach England und von den Engländern nach den Hanse- Städten Verlehrs noch untersagt bleiben. Aber auch dieß ward wenig gehalten.<sup>25</sup>

Sobald als Elisabeth den Thron bestieg, wandten sich die Städte schriftlich, und durch Legationen, mit kaiserlichen Vorschreiben versehen, zu Wiederherstellung der alten Freyheiten an sie.

Wie vertrauensvoll sie aber waren, und wie freundlich auch die erste Audienz, im May, des Jahrs 1560, bey der Königin ausfiel, welche ihren Deputirten erklärte, daß, was aufgehoben wurde, nicht aufgehoben sey: so konnte doch schlechterdings nicht das erhalten werden, was sie so ernstlich suchten, die Wiederherstel-

<sup>25</sup> Zu Folge des Protocols einer Versammlung der Botschaften und Quartier-Städte und Bremens, im Oct. des J. 1558, zu Bremen, in den MSS. Brf. Vol. 219.

lung der alten Privilegien. Die von der Königin ernannten Commisſionen erklärten geradezu, daß dieß nicht geſchehen werde, jene Freiheiten gälten bloß den in London reſidirenden Deutſchen; und als die Hanſiſchen ſagten darauf erwiderten, daß ſie ſich alldann gar nicht weiter einlaſſen könnten, und nun eine etwas mildere Aeußerung erfolgte: ſo blieben doch die Engliſchen Commiſſäre in der Hauptsache gleich hartnäckig. Die Königin wollte die erhöhten Zölle nicht herablaſſen, die Hanſen mußten das Verzeichniß derer, die zu ihrer Communiſchaft gehörten, übergeben, und ſie thaten es wirklich, obſchon ungern und cum proteſtatione de latifama interpretatione. Der endliche Beſchluß der Königin aber, der ihnen am 5. Auguſt auf ihrer Bittbeſchalle eröffnet ward, beſriedigte ſie in keiner Hinſicht. Sie wandten ſich an den in England anweſenden ſchwediſchen Geſandten, den Grafen Helfenſtein, der auch die beſten Gefinnungen ſeines Herrn in dieſer Sache bezeugte: jedoch eine Hülfe von Seiten des Kaiſers war allzu weltſchichtig.<sup>26</sup>

Es ſchrieben nun die Städte verſchiedentlich in den nächſtfolgenden Jahren, an die Königin, ihre Antwort aber lautete ſtets dahin, daß ſie durchaus nicht die alten

<sup>26</sup> Zu Folge der Relation des Hanſiſchen Syndicus Sudermann, die er auf dem Hanſe-Tage, von dem Jahre 1562, machte, in den MSS. Brf. Vol. 220, wegen ſeiner Geſandſchafts-Reiſen nach England, beſonders im Jahre 1560.

Freihalten beständigen werde noch könne, daß sie aber ihnen nur halb so viel Zoll bei der Aus- und Einfuhr, als den übrigen, am meisten begünstigten, fremden Nationen abfordern wolle, daß sie im Zoll ihren eigenen Unterthanen gleich gesetzt werden sollten, und daß sie wohl bedenken möchten, wie sie dadurch, wenn sie der veränderten Zeiten und des veränderten Tauschwerthes des Geldes und der Waren eingedenk wären, wirklich eine größere Freiheit erhielten, als alle ihre alten Privilegien ausmachten, daß übrigens zu Befriedigung der Streitigkeiten, zwischen ihnen und der Bürgerschaft der Stadt London, Commissäre ernannt werden sollten, aus diese zu wählen.<sup>27</sup>

Die Hansen wollten sich aber ungern von diesen Behauptungen überzeugen, und ungern sich vor bestellten Commissarien, als ihren Richtern, in ihrem Streite mit dem Major von London stellen, da, wie sie sagten, die Königin hierzu nicht befugt sey, vielmehr alsdann in ihrer eigenen Sache spreche; sie wollten vielmehr andere Könige und Fürsten als Schiedsrichter anerkennen, oder aber dem Spruche der Universitäten sich unterwerfen, von welchem allen aber die Königin nichts hören wollte.

Elisabeth beschränkte die Ausfuhr der weißen, ungefärbten Tücher, selbst unter den erhöhten Zöllen, auf

<sup>27</sup> Antwort der Königin an die Hanse, vom 7. Jul. 1561, MSS. Brf. Vol. 220; und vom 26. März, 1564, ebendaf. Vol. 221.

hinzuwinkend: Sie, und was gefährlicher, als dies Alles war, sie forderte für ihre Unterthanen gleich freyen Ein- und Verkauf in den Hanse-Städten, zu Folge des Altesner Vertrags, mit der Drohung, daß, wenn sie diese nicht zugesessen würden, sie im Zoll durchaus den übrigen Fremden gleich gesetzt werden sollten. Und so das Comtoir zu so enormen Bewilligungen keine Verfügung zu haben vorgab: so ward von dem königlichen geheimen Rathe ihm erklärt, daß bis auf Michaels, des Jahres 1564, eine Gesandtschaft von den Hanse sich in England einfänden und erklären solle, ob sie die Vorrechte der Könighen annehmen wollten oder nicht. Darauf baten die Vorsteher des Comtoirs bey den Hanse-Städten, daß sie diesen Forderungen nachkommen möchten, weil sonst zu befürchten sey, daß die Königin die Ausfuhr aller Tücher ihnen untersage, und sie den Fremden im Zolle völlig gleich setzen würde. Wirklich war auch die Ausfuhr der Tücher auf einige Zeit verboten worden, als die Stadt Cöln einen Zoll von Einem Thaler auf jedes Englische, bey ihr eingeführte Tuche gelegt hatte.<sup>28</sup>

Da alles so ganz und gar nichts fruchtete, so blieb ihnen freylich nichts übrig, als an den Kaiser sich zu

<sup>28</sup> Schreiben des Alderman und Kaufmannsraths zu London an die Hanse-Städte, vom 13. August, 1564, in den MSS. Br. Val. 228. und der Königin Schreiben an die Hanse, Westminster, vom 26. März, 1564, ebendas, Vol. 220.



wenden. Diesem stellten sie unter andern vor, wie sie jährlich etwa 40000 Lächer vordem aus England auszuführen geglaubt, wovon sie 2500 Pfund an Abgaben bezahlt, jetzt aber 28000 Pfund davon zu zahlen gezwungen müßten; und wenn sie vollends, wie alle übrige Fremde, behandelt werden sollten, das Doppelte würden entrichten müssen; daß auf diese Weise die Engländer allein ihre Lächer nur in der Fremde verkaufen könnten und somit das Monopol erhalten würden, wie denn nun wirklich Englische Lächer, die vordem auf der Frankfurter Messe zu drey bis fünf und zwanzig Gulden gekauft worden, jetzt mit drey bis fünf und dreyßig bezahlt werden müßten. Sie stellten vor, daß ihre Häuser und Niederlagen in England, zu London, Boston und Lynn in Gefahr wären; daß ihre staatliche Armatur zur See leide. Die einzige Hülfe sey, daß den Engländern aller Verkehr mit dem Reich und der Verkauf aller Englischen Güter in Deutschland untersagt werde.

Es ist nicht deutlich, wie die Häuser von solchem Beginnen viel Vortheil erwarten konnten; allein es ist merkwürdig, daß sie ihren Gesandten auftrugen, im Fall der Kaiser, die Kur- und Fürsten etwa die Englischen Lächer auf immer verbieten wollten, um die Verarbeitung der Deutschen Wolle im Vaterlande mehr empor zu bringen, sich bestimmt dagegen zu erklären, weil der Handel dadurch allzu sehr leiden würde, und

der Verkehr mit England gleichwohl so ungemein vortheilhaft sey. 29

Doch so schnell ging es ohnein in Reichsachen nicht, alles, was zunächst erworben zu seyn scheint, waren neue Vorschreiben des Kaisers an die Königin, die durch die Vorsteher ihrer Factoren zu London überreicht wurden. Allein die königlichen geheimen Räte, besonders aber Cecil, — „der mit vast unsauberer geßtigter Schmitzrede die Erbaren Städte angezkyppt“ antworteten; daß sie dem Kaiser die Sachen falsch vorgestelt, und ihnen wohl bekann seyn werde, wie sie ihre alten Freyhelten mißbraucht und vermischt hätten; daß es bey der früheren Erklärung, wessen sie sich zu erfreuen haben sollten, sein unabwendbares Bemenden habe. Wirklich, so setzten die Vorsteher der Factoren in ihrem Briefe an Lübeck hinzu, wirklich glaubten sie, daß die Vorschreiben aller Potentaten der gesammten Christenheit bey dieser Königin nichts fruchten würden. 30

In der That, was war noch zu hoffen von einer Königin wie diese, die so Vieles, mit so Wenigem, gegen so viel Mächtigere durchgesetzt hatte? Sollte sie

29 Instruction an die Römisch-kaiserliche Majestät und andere Chur- und Fürsten auf dem Hause-Tage, von dem Jahre 1562, beschlossen, MSS. Brf. Vol. 220.

30 Schreiben des Aldermanns und Kaufmannsraths des Comtoirs zu London an Lübeck, vom 28. Febr. 1562, MSS. Brf. Vol. 226.

nicht die Schwäche der Hanse, des gesammten Deutschen Reichs, des Kaisers, Europas lage, den ganz veränderten Handel kennen? War es zu erwarten, daß sie den Hanse- alte Freybriefe halten sollte, die wirklich, durch Mißbrauch, längst verwirrt und in sich bey einer gänzlich veränderten Lage so ungerecht waren, daß sie ganz eigentlich zum Verderben der Engländer lauteten? In der That versuhr die Königin mit aller, unter solchen Umständen nur zu erwartenden Schonung, sie wollte nur die Deutschen ihren eigenen Unterthanen gleich setzen, sie aber noch immer höchst bedeutend, vor allen andern Völkern, begünstigen; sie begehrte nur gleiche Freyheiten für ihre Unterthanen in den Hanse-Städten, eine Forderung, die, trotz des bekannten Artikels in dem Utrechter Vertrage, rechtlich wohl begründet, aber nie eben erfüllt worden war.

Die Unordnung, die um diese Zeit auf dem Comtoir zu London einriß, mehr noch die geringe Eintracht der Städte unter einander, in diesen Streitigkeiten mit der Königin, erleichterten ihr den Sieg.

Auf dem Comtoir zu London, wo damals Peter Ciffler Vorsteher oder Aldermann war, wurden viele Klagen, besonders von den Englandsfahrern zu Lübeck und Hamburg, über dessen schlechte Administration geführt: daß er eigenmächtig, ohne den Kaufmannsrath zu befragen, verfuhr, des Comtoirs Gelder zu seinem Nutzen verwende, und die von der Königin von England verstattete, und auf 5000 Tücher herabgesetzte, jähr-

liche Ausfuhr parteilich unter die Hansen verschelte. Zwar vertheidigte er sich in einem Schreiben, das nach Cöln von ihm geschickt ward, läugnete die Wahrheit der angeführten Beschuldigungen und versicherte, durch den Aufwand eigenen Geldes, die Niederlage, vier Jahre hindurch, von dem gänzlichen Verderben gerettet zu haben, daß allein die Oer der Lübecker und Hamburger, welche jährlich gern 20000 Tücher ausführen wollten, durch die von der Königin auf 5000 herabgesetzte Hanfische Ausfuhr überhaupt nicht besriedigt werden könnte. Er drang vielmehr auf Satisfaction.<sup>31</sup>

Alein von der andern Seite erhoben sich nur weit größere Beschwerden gegen ihn, daß er nämlich seltener, als sonst Sitte gewesen, Oidermann und Kaufmannsrath des Mittwochs zusammen berufen habe, um Recht zu sprechen; daß sich beyde überall weniger denn sonst versammelten, und keine Protocolle über die Verhandlungen geführt hätten. Peter Eißler habe, hieß es ferner, seit fünf Jahren keine Rechnung abgelegt, ob er schon behauptete, dieß geschehe jährlich im Januar; er habe des Comtoirs Gelder, über 2000 Pfund, zu Wechselgeschäften gebraucht, während der Gehalt des Geldes in England sey verringert worden, so daß das Comtoir, auch bey dessen Wiedererstattung, einbüßen müsse. Wegen der parteilichen Vertheilung der auszuführenden Tücher sey vordem Sitte gewesen, daß

<sup>31</sup> Nach dem MS. Brf. Vol. 222. von den Jahren 1563. 1564.

man alle, zu London residirende Deutsche befragt habe, für wen sie handelten, wie viel Geld, Güter und bereits gekaufte Lächer sie hätten, über welches alles jedes bei seinem Eide dem Aldermann ein Verzeichniß übergeben, welcher alsdann, zu Folge dieser Verzeichnisse und Angaben, so wie der zur Ausfuhr verstateten Lächer eine mögliche gute Proportion bewirkt habe, so daß jeder zufrieden gewesen; dagegen Peter Eißler nach eigenem Gurdünken dem, der bereits die Lächer gekauft gehabt, die Ausfuhr verstatet und auf andere, welche sie noch kaufen und ausschiffen wollten, keine Rücksicht genommen habe. Berner ward behauptet, wenn zu Zeiten der Königin Maria gute Bedingungen wären erhalten worden, so sey dieß der Hanse, nicht sein Verdienst, daß aber ein Vorrath in der Cassé sey, komme daher, weil man den Schoß ordentlich bezahlt habe. Dagegen er, Eißler, im Jahre 1563, vom Comtoir verreisét wäre und die Rechnung, die Administration der Cassé und das Regiment solchen jungen Gefellen übertragen habe, wodurch denn vieler Nachtheil entstanden sey.<sup>32</sup>

Um indeß diesen treulosen Bedienten nicht zu erbittern, ward ihm aufgegeben, binnen vier Monathen Rechnung abzulegen, auch sollte ein anderer, statt seiner

<sup>32</sup> Schreiben des Aldermanns und gemeinen Kaufmanns der Englandsfahrer zu Hamburg an den Senat daselbst, vom 22. Aug. 1564; MSS. Brf. Vol. 223.

bestellt, oder mehrere Vorsteher gewählt werden.<sup>33</sup> Im Jahre 1566 ward er seiner Stelle entsetzt, verweigerte lange die Ablage der Rechnung, erschien endlich auf der Hanfischen Versammlung zu Lübeck in diesem Jahre mit troßigen Worten, übergab die Rechnung und ein Empfehlungsschreiben der Königin Elisabeth und ihres Schatzmeisters, mit denen er es, gegen Eid und Pflicht, gehalten zu haben schien. Seine Rechnung enthielt die Ausgabe, nicht die Einnahme, und da er die letztere endlich auch lieferte, so wurden beyde gleichwohl so mangelhaft befunden, daß ihm aufgegeben ward, eine genauere Rechnung zu übergeben.<sup>34</sup>

Aber hierüber vergingen Jahr und Tag und die Rechnung scheint nie völlig befriedigend ausgefallen, und vielleicht nie ganz liquidirt worden zu seyn.<sup>35</sup> Indes

<sup>33</sup> Protocoll des Quartier- und Wendischen Städte-Tags zu Lübeck, im Jahre 1564; MSS. Brf. Vol. 223.

<sup>34</sup> Protocoll des Hanse-Tags, vom Jahre 1566; ebeno daselbst, Vol. 224.

<sup>35</sup> Aus dem Protocolle des Hanse-Tags, von dem J. 1567. (MSS. Brf. Vol. 225.) erhellet, daß Ciffler dem erhaltenen Auftrage noch nicht nachgekommen war. Aus einem Schreiben des Londonischen Comtoirs an Lübeck, vom 20. Sept. 1567. (MSS. Brf. Vol. 225.) ergibt sich, daß er lange die Rechnung hingehalten, daß sie endlich zwar dem Comtoir eingehändigt ward, welches sie nach Lübeck schickte, daß sie aber nicht klar befunden ward. Es erhellet aus dem Protocolle des Hanse-Tags, von dem Jahre 1572, (MSS. Brf.

auch nach der Absetzung Peter Eiffers schienen die Beschwerden, über die schlechte Ordnung und Verwaltung des Comtoirs, nicht aufzuhören. Wie ernstlich es auch dem neuen Oibermann aufgegeben ward, jährlich die Rechnung gegen Johannis nach Lübeck zu schicken, so wenig ward doch diesem Statute nachgelebt, oder vielmehr nur zum Scheine nachgelebt. In den Zeiten eines gänglichen Verfalls denkt jeder zunächst an sich, so auch damals die Comtoire. Dagegen suchten die Hansen bey ihrer Geldverlegenheit mehr denn je, wo irgend auf den Niederlagen ein Vorrath war, eine Anweisung darauf zu geben, um anderen versinkenden Factoreyen aufzuhelfen, und, da die Städte säumig in Zahlung ihrer Contributionen waren, die Kosten der etwa vorzunehm-

Vol. 227.), daß Eiffers Rechnung damals noch nicht liquidirt war. Aus dieser mag einiges im Auszuge hier stehen. P. Eiffers hatte von den Jahren 1560-1566 auf dem Comtoir eingenommen: 2925 Pfund Sterl. 11 fl. 7 Pf. Es scheint aber dieß nicht die ganze Einnahme des Comtoirs gewesen zu seyn. Der Schoß, der ihm durch die Schoßmeister, in dem J. 1560, überliefert ward, betrug, zwischen acht bis neunhundert Pfund St. Unter den Ausgaben kommt unter andern vor: Neujahrsgeſchenk an den Hof, 24 Pfund St. 13 fl. 4 Pf. Dann mehreres, welches das Comtoir nicht konnte passiren lassen, als für Gewatterstehen, was P. Eiffers in seiner Krankheit verbrauchte u. s. w. Des Hansischen Syndicus Eubermanns Gold, den er aus diesem Comtoir zog, schien sich jährlich auf 250 Pfund Flämisch zu belaufen.

nenden Gesandtschaften durch gleiche Anordnungen zu bestreiten. Allein die Comtoire, die noch einen Vorrath hatten, wollten auf Nothfälle denselben zur Befriedigung eigener Bedürfnisse aufbewahren, und überhaupt ungern den Hansischen Versammlungen den genauen Zustand ihrer Finanzen eben deshalb veroffenbaren.<sup>36</sup>

So entschuldigten sich z. B. die Vorsteher der Niederlage zu London, im Jahr 1567, bey Lübeck, daß sie nicht alsbald die von ihnen begehrten 1335 Carlsgulden an Supermann — wahrscheinlich zu Unterstützung des Niederländischen Comtoirs, oder zur Französischen Gesandtschaft — bezahlt hätten. Nicht aus Ungehorsam sey es geschehen, sondern weil in diesen schweren Zeiten nur mit Mühe ein Vorrath errungen werde, die jährlichen Ausgaben des Comtoirs aber auf 800 Pfund St. stiegen, der jährliche Aufwand zu Unterhaltung der der Factoren gehörigen Häuser zu London, Lynn und Boston, bedeutend wäre, die gleichwohl, wenn sie nicht in baulichem Wesen erhalten würden, dem königlichen Fisco anheim fielen. Der Schoß sey so bedeutend, daß ihn niemand endlich in solcher Höhe tragen könne. Sie wären zwar bereit die Rechnung jährlich nach Lübeck zu übersenden, jedoch sey dieß ehemahls auch eben nicht

<sup>36</sup> Auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1566, ward dem Comtoir aufgegeben, jährlich seine Rechnung am Johannis nach Lübeck zu senden; Protocoll dieses Tags, in den MSS. Br. Mel. 224.



stark gewesen, damit bey der Uebersiedlung sie nicht ihren Feinden, durch Zufall, in die Hände falle, und dadurch die Könige veranlaßt würden, wenn sie eine gewisse Einsicht in ihren Verkehr bekämen, ihnen ihre Privilegien vollends zu nehmen; sie wollten zwar die begehrte Summe dieß Mal an Sudermann bezahlen, hätten aber in Zukunft mit solchen Abgaben, in diesen Zeiten der Noth und der Trübsale, verschont zu werden.<sup>27</sup>

So wahr dieß Alles zum Theil seyn mochte, so deutlich leuchtete doch auch daraus die Absicht des Comtoirs hervor, von der Hanse sich mehr und mehr unabhängig zu erhalten. Die Rechnungen der folgenden Jahre waren mangelhaft, nicht speciell genug, gaben über Einnahme und Ausgabe nicht volle befriedigende Auskunft. Mehrere Städte hatten Forderungen an das Comtoir wegen gemachter Geldvorschüsse, und das Comtoir hinwieder andere an einzelne Städte. Es kamen auf den Hanse-Tagen die Behauptungen ganz unverhohlen vor, die Vorsteher gingen schändlich mit dem vorhandenen Vorrath um, und verwendeten ihn zu ihrem Privatvortheile. Die wechselseitigen Forderungen des Comtoirs an die Städte, dieser an jenes, sollten vorläufig niedergeschlagen werden oder unliquidirt bleiben, und vor allem, andern sollte die Factoren zu London der zu Antwerpen einen Vorstoß von 2000 Pfund geben; aber

<sup>27</sup> Schreiben des Comtoirs zu London an Lübeck, vom 20. Sept., 1567; MSS. Brf. Vol. 226.

igte zu London. entschuldigte sich mit ihrem Unvermögen, und man mußte ihr nachgeben und auf bessere Zeit die Sache verschieben. Der. Ciffier war noch im Jahre 1576 mit 317 Pfund St. im Rückstand, sein Nachfolger im Regiment, Zimmermann, war gleichfalls dem Comtoir verschuldet. Es wurden viele Klagen auf der Societät wegen Unterschleifs mit Ansehensreichem durchgeführt, um so mehr, da den Angehörigen und Werberatheten zu Antwerpen die Comtoir-Freyheit daseibst auf einige Zeit zugestanden worden, und diese ein Gleiches auf der Niederlage zu London forderten, welches auch die Hanse ihnen nicht ganz abschlagen konnte. Es bathe das Comtoir, um die Verminderung des Schosses, der im Jahre 1555 um drey Pfennige von den Waren und um einen Pfennig von Wechseln war erhöhet worden: allein die Hanse willigte nicht ein.<sup>38</sup>

<sup>38</sup> Auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1572, überbrachte der Secrerär des Londonschen Comtoirs die summarische Rechnung von den Jahren 1559-1571; die Einnahme belief sich auf 19,823 Pfund Sterl., die Ausgabe auf 15,977 Pfund St., Rest: 3846 Pfund St.; laut des Protocolls des H. Tags, vom dem Jahre 1572, zu Lübeck, in den MSS. Brf. Vol. 227, wo auch die Belege zu dem, was im Texte sonst angeführt worden, gefunden werden. Die übrigen angeführten Nachrichten sind auch dem Protocolle des Hanse-Tags, von dem Jahre 1576, MSS. Brf. Vol. 228. und dem der Versammlung der Wendischen Städte, Bremen und Braunschweig, zu

In st. mündigen Abreden des Comtoirs, ließ sich nun die Involtracht der Stadt, die durch ihre Privat-Rücksichten, bey der beharrlichen Weigerung der Königin, die alten Freyheiten zu erneuern, immer mehr zunahm.

Es war zwar der entschiedene Wille der Hansen, durch Beharrlichkeit, durch Ehikanen des gestörten Actio-Handels der Engländer nach Deutschland, die Königin zu mildern Bedingungen zu vermindern; aber der ganze

Lübeck, im Jahre 1577, ebendaf. Vol. 229. erzählt.

In eben diesem Bande findet sich die von dem Comtoir nach Lübeck eingeschickte Rechnung, vom 7. Jan. 1576, bis zum 19. Jan. 1577. Wenn es der Ramm erlaubt, so wird sie im Urkundenbuche abgedruckt werden. Einige der vorzüglichsten Punkte sind diese. Am Anfang des Jahres 1575 ward den Schosmeister an Schuldverschreibungen und barem Gelde gestellt: 8327 Pfund 4  $\beta$ .  $\frac{1}{2}$  Pf. Die Schosmeister hatten vom 7. Jan. 1576 bis 2. Jan. 1577 an Schoß-Brüchen, Renten und anderen Gefällen bar eingenommen: 1648 Pfund 2  $\frac{1}{2}$   $\beta$ . — Die Ausgaben werden ziemlich genau angegeben, Reparation des Hauses und der Gerichschäften, Sold des Aldermanns, der Schreiber, Kosten der Legationen u. s. w. Der Syndicus Sudermann erhielt das Jahr 100 Pfund. Daben ist bemerkt an Daler übergewechselt 121 Pfund 6  $\beta$ .  $\frac{1}{2}$  Pf. Es werden die Schuldforderungen, welche das Comtoir an einzelne Städte hatte, und dieselben an das Comtoir angeführt. An barem Gelde vorzüglich 464 Pfund 14  $\beta$ .  $\frac{1}{2}$  Pf.

Zustand des Deutschen Reichs machte die Befestigung bürgerlicher Repressalien so gut als unthunlich. Als die Hansen den Englischen Adventurieren die freie, privilegirte Aufnahme, und den freien, privilegirten Handel bey sich versagten; so wandten sich jene nach Emden, wo man sie gern und freudig aufnahm. Die Streitigkeiten nämlich, in welche Elisabeth mit Spanien, wegen gewisser Handels-Statuta, verwickelt ward, machten, daß die Adventurieren die Niederlande meiden mußten; nun aber ward es für sie ein um so dringenderes Bedürfniß, einen Platz zu suchen, wo man die Englischen Güter hinschiffen, und von wo sie vertrieben werden könnten. Emden war dazu wohl belegen, diese Stadt war nicht in der Hanse, den Statuten des Bundes, welche die Englische Actv-Handlung beschränkten, nicht unterworfen, zugleich aber mit einem Hafen wohl versehen. <sup>31</sup>

Hierher versetzte sich denn auch alsbald ein sehr lebhafter Verkehr; allein die Stadt Hamburg, deren Bürger im Englischen Tuchhandel sehr bedeutende Geschäfte machten, sah es ungern, daß dadurch dieser Er-

<sup>32</sup> Daß Emden früher höchst wahrscheinlich im Bunde war, ist zu seiner Zeit angeführt worden, daß sie es aber in diesen späteren Zeiten nicht war, ist selbst aus gedruckten Nachrichten bekannt genug. Der Abzug der Engländer aus den Niederlanden nach Emden hat in dem Jahre 1563 oder 1564 Statt gefunden; MSS. Brf. Vol. 224. 4034

werthszwang in andere Hände überging, und wünschte endlich, wenn es nicht anders seyn könnte, die Adventurierer lieber in ihren eigenen Ringmauern aufzunehmen, und ihnen den freien Verkehr zu gestatten, ein Haus ihnen einzuräumen, Befreyungen und Privilegien ihnen zugestehen, da ihre Bürger doch durch die Aufnahme und den Antheil an dem Zwischenhandel gewinnen konnten, im andern Fall aber diesen Gewinnst Emden überlassen mußten.

In der That sind alle Aeußerungen der Hamburgischen Deputirten auf den Hanse-Tagen viel besonnener, einsichtsvoller und verständiger, als die der übrigen. Sie bemerkten, wie die Welt sich geändert, wie die Kraft der Städte ab, der Könige zugenommen, wie durch Troß gegen eine Regentin, wie Elisabeth sey, nichts auszurichten stehe, wie man sich vorläufig fügen müsse, um nicht alles zu verlieren.

So geschah es denn, daß Hamburg die Adventurierer bereitwillig, gegen einen geringen Zoll, aufnahm, und, mit Ausnahme einiger Güter, ihnen freie Aus- und Einfuhr, eine privilegirte Residenz nebst einem Vorsteher derselben aus ihrer Mitte, eine Court und einen Courtmeyster, gestand, und im Jahre 1567 beschloß einen förmlichen Vertrag auf zehn Jahre mit ihnen errichtete. 40

40 Wann die Adventurierer sich zuerst in Hamburg niedergelassen, ist aus gedruckten und handschriftlichen Nachrichten ungewiß. Wahrscheinlich kamen sie um

Dies einschlägige Verfahren war ein Verriß an der Hanßischen Majestät, und vernichte alle Hoffnungen, je zu den alten Privilegien in England wieder zu gelangen, mit einem Schlage freylich vernichten. Aber der Hamburgische Sendt konnte gewiß recht gut den Verfall des Bundes, seine Ohnmacht und sein fruchtloses Streben, seine Freyheiten wieder zu erhalten, und somit war es verständig und vortheilhaft für Hamburgs Bürger, diesen Vertrag einzugehen; aber eben dadurch ward nun auch die Spaltung unter den Gliedern des Bundes noch viel größer denn zuvor.

Auf der Hanßischen Versammlung, im Jahre 1772, zu Lübeck, wurden Hamburg bittere Vorwürfe gemacht; allein ihre Deputirten antworteten fest und verwegen: da alles fruchtlos gewesen, um die alten Freyheiten

das Jahr 1566. Alsdenn ward das Jahr darauf jener Vertrag geschlossen. Die Existenz dieses ist aus gedruckten und handschriftlichen Nachrichten bekannt. Er wird angeführt in dem später zwischen beyden Theilen geschlossenem Vertrage, von dem J. 1611, siehe Marquard Beyl. Lit. D. S. 194. Es ist in den handschriftlichen Nachrichten häufig von diesem Tractate die Rede, allein ihn selbst hat man nirgends aufgefunden, es ist ungewiß, in wie fern er gleichlautend mit oder abweichend von dem spätern war. Aber das allgemein daraus im Texte Ausgeführte, kommt in allen Hanßischen Verhandlungen der Zeit vor. Anders so wohl, als andere Gerichten, sind hier indess in manchen Punkten verfallen.

wieder zu erhalten, und sie gefehen, wie die Engländer sich nach Emden begeben; dort mit Fremden und Hanseaten freien Verkehr betreiben hätten; so habe der Rath ihrer Stadt für gut gehalten, jenen Vertrag mit ihnen einzugehen, und dieß um so mehr, da die Engländer, vermöge des älteren Vertrages, ein Recht hätten, einen gleich freien Handel in den Seebäfen, so wie diese in England zu betreiben, um so mehr da jene ohnehin aller Orten sich jetzt einzufänden, selbst in den unumschränkten Verkehr mit den Russen. Durch ihren mit den Adventurieren eingegangenen Vertrag hätten sie der Hanse auch den Verkehr geschafft, daß die Erlaubniß der von ihnen aus England auszuführenden, weißen, unbereizten Fische sei erweitert worden; durch ihren Vertrag hätten sie die Wäffen von Englischen Freibeutern befreit. Wenn die Hanse darauf bestände, daß Hamburg diesen zuzunehmen solle, so möge man wohl bedenken, was dieß für Folgen haben würde, sie würden, wie wohl ungern, in diesem Falle vom gemeinen Rathschlage sich absondern.

Auch schien die Königin bereits auf alles gefaßt zu seyn und mit aller Kraft jedem Schlage begegnen zu wollen, wie sie denn, im Jahre 1572, mit Carl IX. von Frankreich, einen Vertrag einging, daß, im Fall dem Handel ihrer Unterthanen in den Niederlanden, Deutschland, Preußen oder Schweden, Eintrag geschehen würde, sie einander wechselseitig sich vertreten, und die Waren der Kaufleute jener Länder, wo ihnen Unrecht

geschehen, in beyden Reichern, bis zur erhaltenen Ver-  
nugthung, confisciren müssen.<sup>41</sup>

Nach jener Erklärung der Stadt Hamburg blieb  
der von ihr mit den Engländern abgeschlossene Vertrag  
in Kraft. Als aber nach Verlauf der zehn Jahre,  
auf welche er lautete, über dessen Erneuerung die Frage  
entstand, so ward diese von der Hanse der Stadt Ham-  
burg aufs ernstlichste untersucht, und aufs bestimmteste  
nach zu Folge der Erklärung des Kaisers Maximilian II.  
beschlossen, daß keine Stadt einen Vertrag mit den Eng-  
ländern, ohne Vorwissen und Einwilligung der anderen,  
wählend den Wendischen, oder der benachbarten Städte,  
eingehen sollte.<sup>42</sup>

Eufsenburg warb indeß nach Ablauf jener zehn Jahre  
bey dem Rath zu Hamburg schriftlich und durch einen  
Legaten, im Jahre 1577, um die Erneuerung und Ver-

<sup>41</sup> Vorzüglich das Protocol des Hanse-Tags, von d.  
Jahre 1572, in den MSS. Brf. Vol. 227; wegen  
des Tractats mit Carl IX., s. Anderson II, 138.

<sup>42</sup> Protocol des Hanse-Tags, vom Jahre 1576, MSS.  
Brf. Vol. 228. Köhler, bey dem Jahre 1576, hat  
die Nachricht, daß Kaiser Max dasselbe gebothen  
und gerathen habe. Die übrigen bey Köhler das  
selbst befindlichen, hiesher gehöri gen Nachrichten, sind  
sehr schlecht und unverständlich abgedruckt, und falsch;  
man hat sich bemüht, aus anderen und besseren Quel-  
len sie hier zu berichtigen. Die falschen und offens-  
bar verdorren Nachrichten sind in andere Schrif-  
steller, z. B. Pöberlin u. s. w., übergegangen.



Magerung der freyen Residenz ihrer Kaufleute daselbst: aber der Senat antwortete; wegen des Decrets des Hans, vermöge er dieß nicht; doch gestattete er ihnen noch Ein Gnadenjahr, um vor dem Abzuge ihre ausstehenden Schulden einzutreiben.

Bitters und harte Worte fielen von beyden Seiten auf der Verformung einiger der angesehensten Edelleute im Jahre 1778. Daß alle Unterhandlungen mit der Königin so schlecht abgelaufen; ward dem Aelteren Hamburgs Schuld gegeben, die Deputirten dieser Stadt aber, hofften noch gütlich die Sache beizulegen. Nigten sich jenem Beschlus, fragten aber an: ob, wenn von der Königin die der Englischen Court zu Hamburg vorgelegten Punkte angenommen würden, diese alsdann in Hamburg bleiben dürfe? Darauf die anderen versetzten, da die Engländer jetzt in einer Lage wären, daß sie so gut als gar keinen andern Handel, als über Deutschland hätten, man bey der Königin auf die unbedingte Bestätigung der alten Freyheiten bestehen wolle. Nun drangen die Hamburger darauf, daß ihnen mindestens versattet würde, die Engländer, bis zur endlichen Bestätigung der Königin, und bis zum nächsten Hanse-Tage bey sich zu behalten: allein auch darin wollten die übrigen nicht willigen; jedoch, wenn den Hansern ein durchaus freyer Handel und Wandel in England versattet würde (das hieß, ein Handel auf den Fuß der ehemahligen Privilegien), so sollte auch den Engländern in allen Hanse-Städten der Verkehr frey stehen,

nenden Gefandtschaften durch gleiche Anordnungen zu befreiten. Allein die Comtoirs, die noch einen Vorrath hatten, wollten auf Nothfälle denselben zur Befriedigung eigener Bedürfnisse aufbewahren, und überhaupt ungern den Hauslichen Versammlungen den genauen Zustand ihrer Finanzen eben deshalb veroffenbaren.<sup>36</sup>

So entschuldigten sich z. B. die Vorfleher der Niederlage zu London, im Jahr 1567, bey Lübeck, daß sie nicht alsbald die von ihnen begehrten 1335 Carlsgulden an Supermann — wahrscheinlich zu Unterstützung des Niederländischen Comtoirs, oder zur Französischen Gefandtschaft — bezahlt hätten. Nicht aus Ungehorsam sey es geschehen, sondern weil in diesen schweren Zeiten nur mit Mühe ein Vorrath errungen werde, die jährlichen Ausgaben des Comtoirs aber auf 800 Pfund St. stiegen, der jährliche Aufwand zu Unterhaltung der der Factoren gehörigen Häuser zu London, Lynn und Boston, bedeutend wäre, die gleichwohl, wenn sie nicht in baulichem Wesen erhalten würden, dem königlichen Fisco anheim fielen. Der Schoß sey so bedeutend, daß ihn niemand endlich in solcher Höhe tragen könne. Sie wären zwar bereit die Rechnung jährlich nach Lübeck zu übersenden, jedoch sey dieß ehemahls auch eben nicht

<sup>36</sup> Auf dem Hause Tage, von dem Jahre 1566, ward dem Comtoir aufgegeben, jährlich seine Rechnung am Johannis nach Lübeck zu senden; Protocoll dieses Tage, in den MSS. Bst. Hel. 224.

ablich gewesen, damit bei der Uebersendung sie nicht ihren Feinden, durch Zufall, in die Hände falle, und dadurch die Könige veranlaßt würden, wenn sie eine gewisse Einsicht in ihren Verkehr bekämen, ihnen ihre Privilegien vollends zu nehmen; sie wollten zwar die begehrte Summe gleichwohl an Sudermann bezahlen, dächten aber in Zukunft mit solchen Abgaben, in diesen Zeiten der Noth und der Trübsale, verschont zu werden.<sup>27</sup>

So wahr gleich Alles zum Theil seyn mochte, so deutlich leuchtete doch auch daraus die Absicht des Comtoirs hervor, von der Hanse sich mehr und mehr unabhängig zu erhalten. Die Rechnungen der folgenden Jahre waren mangelhaft, nicht speciell genug, gaben über Einnahme und Ausgabe nicht volle befriedigende Auskunft. Mehrere Städte hatten Forderungen an das Comtoir wegen gemachter Geldvorschüsse, und das Comtoir hlnwieder andere an einzelne Städte. Es kamen auf den Hanse-Tagen die Behauptungen ganz unverhohlen vor, die Vorsteher gingen schändlich mit dem vorhandenen Vorrath um, und verwendeten ihn zu ihrem Privatvorthelle. Die wechselseitigen Forderungen des Comtoirs an die Städte, dieser an jenes, sollten vorläufig niedergeschlagen werden oder unliquidiert bleiben, und vor allem andern sollte die Factoren zu London der zu Antwerpen einen Vorschuß von 2000 Pfund geben; aber

<sup>27</sup> Schreiben des Comtoirs zu London an Lübeck, vom 20. Sept. 1567; MSS. Brf. Vol. 226.

igke zu London entschuldigte sich mit ihrem Unvermögen, und man mußte ihr nachgeben und auf bessere Zeit die Sache verschieben. Pet. Eißler war noch im Jahre 1576 mit 317 Pfund St. im Rückstand, sein Nachfolger im Regiment, Zimmermann, war gleichfalls dem Comtoir verschuldet. Es wurden viele Klagen auf der Faccon wegen Unterschleifs mit Außerhansischem Gute geführt, um so mehr, da den Angeklagten und Werpelratheten zu Antwerpen die Comtoir-Freyheit daselbst auf einige Zeit zugestanden worden, und diese ein Gleiches auf der Niederlage zu London forberten, welches auch die Hanse ihnen nicht ganz abschlagen konnte. Es bath das Comtoir, um die Verminderung des Schosses, der im Jahre 1555 um drey Pfennige von den Waren und um einen Pfennig von Wechseln war erhöhet worden: allein die Hanse willigte nicht ein.<sup>38</sup>

<sup>38</sup> Auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1572, überbrachte der Secreär des Londonschen Comtoirs die summarische Rechnung von den Jahren 1559-1571; die Einnahme belief sich auf 19,823 Pfund Sterl., die Ausgabe auf 15972 Pfund St., Rest: 3846 Pfund St.; laut des Protocolls des H. Tags, von dem Jahre 1572, zu Lübeck, in den MSS. Brf. Vol. 227, wo auch die Belege zu dem, was im Texte sonst angeführt worden, gefunden werden. Die übrigen angeführten Nachrichten sind nach dem Protocolle des Hanse-Tags, von dem Jahre 1576, MSS. Brf. Vol. 228. und dem der Versammlung der Wendischen Städte, Bremen und Braunschweig, zu

Zu so stänckhaltigen Uebereinkommen das Comtoir hätte sich nur die Ansehung der Städte, die durch ihre Privat-Rücksichten, bey der beharrlichen Weigerung der Königin, die alten Freyheiten zu erneuern, immer mehr nähmen.

Es war zwar der entschlossene Wille der Hansen, durch Beharrlichkeit, durch Ehikanen des gestörten Actio-Handels der Engländer nach Deutschland, die Königin zu mildern Bedingungen zu vermindern; aber der ganze

Lübeck, im Jahre 1577, ebendaf. Vol. 229. erzählt. — In eben diesem Bande findet sich die von dem Comtoir nach Lübeck eingeschickte Rechnung, vom 7. Jan. 1576, bis zum 19. Jan. 1577. Wenn es der Rappm. erlaubt, so wird sie im Urkundenbuche abgedruckt werden. Einige der vorzüglichsten Punkte sind diese. Am Anfang des Jahres 1575 ward den Schoßmeistern an Schuldverschreibungen und barem Gelde gestellt: 8327 Pfund 4  $\beta$ .  $\frac{1}{2}$  Pf. Die Schoßmeister hatten vom 7. Jan. 1576 bis 2. Jan. 1577 an Schoß-Brüchen, Renten und anderen Gefällen bar eingenommen: 1648 Pfund 2  $\frac{1}{2}$   $\beta$ . — Die Ausgaben werden ziemlich genau angegeben. Reparation des Hauses und der Gerichschäften, Sold des Oibermanns, der Schreiber, Kosten der Legationen u. s. w. Der Syndicus Sudermann erhielt das Jahr 100 Pfund. Dabey ist bemerkt an Daler übergewechselt 121 Pfund 6  $\beta$ . 3 Pf. Es werden die Schulforderungen, welche das Comtoir an einzelne Städte hatte, und dieselben an das Comtoir angeführt. An barem Gelde vorräthig 464 Pfund 14  $\beta$ .  $\frac{1}{2}$  Pf.

Zustand des Deutschen Reichs machte die Befolgung bürgerlicher Repressalien so gut als unpunklich. Als die Hanse den Englischen Adventurieren die freie, privilegirte Aufnahme, und den freien, privilegirten Handel bey sich versagten; so wandten sich jene nach Emden, wo man sie gern und freudig aufnahm. Die Streitigkeiten nämlich, in welche Elisabeth mit Spanien, wegen gewisser Handels-Statute, verwickelt ward, machten, daß die Adventurierer die Niederlande meiden mußten; nun aber ward es für sie ein um so dringenderes Bedürfnis, einen Platz zu suchen, wo man die Englischen Güter hinführen, und von wo sie vertrieben werden konnten. Emden war dazu wohl belegen, diese Stadt war nicht in der Hanse, den Statuten des Bundes, welche die Englische Activ-Handlung beschränkten, nicht unterworfen, zugleich aber mit einem Hafen wohl versehen. <sup>32</sup>

Hierher versetzte sich denn auch alsbald ein sehr lebhafter Verkehr; allein die Stadt Hamburg, deren Bürger im Englischen Tuchhandel sehr bedeutende Geschäfte machten, sah es ungern, daß dadurch dieser Er-

<sup>32</sup> Daß Emden früher höchst wahrscheinlich im Bunde war, ist zu seiner Zeit angeführt worden, daß sie es aber in diesen späteren Zeiten nicht war, ist selbst aus gedruckten Nachrichten bekannt genug. Der Abzug der Engländer aus den Niederlanden nach Emden hat in dem Jahre 1563 oder 1564 Statt gefunden; MSS. Brf. Vol. 224.

werbszweig in andere Hände übergieng, und wünschte endlich, wenn es nicht anders seyn könnte, die Adventurierer lieber in ihren eigenen Ringmauern aufzunehmen, und ihnen den freien Verkehr zu verstaten, ein Haus ihnen einzuräumen, Befreyungen und Privilegien ihnen zuzugestehen, da ihre Bürger doch durch die Aufnahme und den Antheil an dem Zwischenhandel gewinnen konnten, im andern Fall aber diesen Gewinnst Emden überlassen mußten.

In der That sind alle Aeußerungen der Hamburgischen Deputirten auf den Hanse-Tagen viel besonnener, einsichtsvoller und verständiger, als die der übrigen. Sie bemerkten, wie die Welt sich geändert, wie die Kraft der Städte ab, der Könige zugenommen, wie durch Troß gegen eine Regentin, wie Elisabeth sey, nichts auszurichten stehe, wie man sich vorläufig fügen müsse, um nicht alles zu verscherzen.

So geschah es denn, daß Hamburg die Adventurierer bereitwillig, gegen einen geringen Zoll, aufnahm, und, mit Ausnahme einiger Güter, ihnen freye Aus- und Einfuhr, eine privilegierte Residenz nebst einem Vorsteher derselben aus ihrer Mitte, eine Court und einen Courtenmeister, zugesandt, und im Jahre 1567 beschloß einen förmlichen Vertrag auf zehn Jahre mit ihnen errichtete.<sup>40</sup>

<sup>40</sup> Wann die Adventurierer sich zuerst in Hamburg niedergelassen, ist aus gedruckten und handschriftlichen Nachrichten ungewiß. Wahrscheinlich kamen sie um

Dies einfache Verfahren war ein Verrath an der Hanfschen Majestät, und mußte alle Hoffnungen, je zu den alten Privilegien in England wieder zu gelangen, mit einem Schläge freylich vernichten. Aber der Hanfburgliche Sendt kannte gewiß recht gut den Verfall des Bundes; seine Ohnmacht und sein fruchtloses Streben, jene Freyheiten wieder zu erhalten, und somit war es verständig und vorthellhaft für Hamburgs Bürger, diesen Vertrag einzugehen; aber eben dadurch ward nun auch die Spaltung unter den Gliedern des Bundes noch viel größer denn zuvor.

Auf der Hanfschen Versammlung, im Jahre 1572, zu Lübeck, wurden Hamburg bittere Vorwürfe gemacht; allein ihre Deputirten antworteten feck und verwegen: da alles fruchtlos gewesen, um die alten Freyheiten

das Jahr 1566. Alsdenn ward das Jahr darauf jener Vertrag geschlossen. Die Existenz dieses ist aus gedruckten und handschriftlichen Nachrichten bekannt. Er wird angeführt in dem später zwischen beyden Theilen geschlossenem Vertrage, von dem J. 1611, siehe Marquard Beyl. Lit. D. S. 194. Es ist in den handschriftlichen Nachrichten häufig von diesem Tractate die Rede, allein ihn selbst hat man nirgends aufgefunden, es ist ungewiß, in wie fern er gleichlautend mit oder abweichend von dem spätern war. Aber das allgemein daraus im Texte Angeführte, kommt in allen Hanfschen Verhandlungen der Zeit vor. Anders so wohl, als andere Scribenten, sind hier indes in mancher Freyhümer verfallen.



wieder zu erhalten, und sie gesehen, wie die Engländer sich nach Emden begeben; dort mit Fremden und Hanseaten freyen Verkehr betrieben hätten; so habe der Rath ihrer Stadt für gut gehalten, jenen Vertrag mit ihnen einzugehen, und dieß um so mehr, da die Engländer, vermöge des älteren Vertrags, ein Recht hätten, einen gleich freyen Handel in den Seebägen, so wie diese in England zu begehren, um so mehr da jene ohnehin aller Orten sich jetzt einträngten, selbst in den unmittelbaren Verkehr mit den Russen. Durch ihren mit den Adventurieren eingegangenen Vertrag hätten sie der Hanse auch den Vortheil geschafft, daß die Erlaubniß der von ihnen aus England auszuführenden, weißen, unbereiteten Fische sey erweitert worden; durch ihren Vertrag hätten sie die Woffen von Englischen Freyheutern befreyt. Wenn die Hanse darauf bestünde, daß Hamburg diesen zuzunehmen solle, so möge man wohl bedenken, was dieß für Folgen haben würde, sie würden, wie wohl ungern, in diesem Falle vom gemeinen Rathschlage sich absondern.

Auch schien die Königin bereits auf alles gefaßt zu seyn und mit aller Kraft jedem Schlage begegnen zu wollen, wie sie denn, im Jahre 1572, mit Carl IX. von Frankreich, einen Vertrag einging, daß, im Fall dem Handel ihrer Unterthanen in den Niederlanden, Deutschland, Preußen oder Schweden, Eintrag geschehen würde, sie einander wechselseitig sich vertreten, und die Waren der Kaufleute jener Länder, wo ihnen Unrecht

geschehen, in beyden Reichern, bis zur erhaltenen Genehmigung, confisciren möchten.<sup>41</sup>

Nach jener Erklärung der Stadt Hamburg blieb der von ihr mit den Engländern abgeschlossene Vertrag in Kraft. Als aber nach Verlauf der zehn Jahre, auf welche er lautete, über dessen Erneuerung die Frage entstand, so ward diese von der Hanse der Stadt Hamburg aufs ernstlichste untersucht, und aufs bestimmteste auch zu Folge der Erklärung des Kaisers Maximilian II. beschlossen, daß keine Stadt einen Vertrag mit den Engländern, ohne Vorwissen und Einwilligen der anderen, wenigstens der Wendischen, oder der benachbarten Städte, eingehen sollte.<sup>42</sup>

Esobers warb indeß nach Ablauf jener zehn Jahre bey dem Raths zu Hamburg schriftlich und durch einen Legaten, im Jahre 1577, um die Erneuerung und Ver-

<sup>41</sup> Vorschlag des Protocoll des Hanse-Tags, von d. Jahre 1572, in den MSS. Brf. Vol. 227; wegen des Tractats mit Carl IX., s. Anderson II, 138.

<sup>42</sup> Protocoll des Hanse-Tags, vom Jahre 1576, MSS. Brf. Vol. 228. Köhler, bey dem Jahre 1576, hat die Nachricht, daß Kaiser Max dasselbe gebothen und gerathen habe. Die übrigen bey Köhler dem selbst befindlichen, hierher gehörigen Nachrichten, sind sehr schlecht und unverständlich abgedruckt, und falsch; man hat sich bemüht, aus anderen und besseren Quellen sie hier zu berichtigen. Die falschen und offenbar verdorren Nachrichten sind in andere Schriften, z. B. Präberlin u. s. w., übergegangen.

Angerung der freyen Residenz ihrer Kaufleute daselbst: aber den Senat antwortete; wegen des Decrets des Hanse, vermöge er dieß nicht; doch gestattete er ihnen noch Ein Gnadenjahr, um vor dem Abzuge ihre ausstehenden Schulden einzutreiben.

Bittere und harte Worte fielen von beyden Seiten auf der Versammlung einiger der angesehensten Goldschmied im Jahre 1778. Daß alle Unterhandlungen mit der Königin so schlecht abgelaufen; ward dem Aelteren Hamburgs Schuld gegeben, die Deputirten dieser Stadt aber hofften noch glücklich die Sache beyzulegen. Abgen sich jenem Beschlusse, fragten aber an: ob, wenn von der Königin die der Englischen Courte zu Hamburg vorgelegte Punkte angenommen würden, diese allein in Hamburg bleiben dürfe? Darauf die anderen versetzten; da die Engländer jetzt in einer Lage wären, daß sie so gut als gar keinen andern Handel, als über Deutschland hätten, man bey der Königin auf die unbedingte Bestätigung der alten Freyheiten bestehen wolle. Nun drangen die Hamburger darauf, daß ihnen mindestens verstattet würde, die Engländer, bis zur endlichen Bestätigung der Königin, und bis zum nächsten Hanse-Tage bey sich zu behalten: allein auch wolten die übrigen nicht willigen; jedoch, wenn den Hansen ein durchaus freyer Handel und Wandel in England verstattet würde (das hieß, ein Handel auf den Fuß der ehemahligen Privilegien), so sollte auch den Engländern in allen Hanse-Städten der Verkehr frey stehen,

das Meß gleichfalls auf dem nächsten Fuß, näherlich ohne auch nur so, wie die Hansen selbst, bey der Aus- und Einfuhr begünstigt zu seyn. Um indess die Hamburger zu beruhigen, welche fürchteten, daß, bey Verstreitung der Adventurierer, aus ihrer Mitte diese an einem andern Deutschen Orte sich niederlassen, und dieser alle die Vortheile daraus ziehen würde, die sie bisher getossen: so ward ihnen versprochen, daß nirgendes sonst eine Englische Residenz auf Hanfschem Boden geduldet werden sollte.<sup>42</sup>

Freilich schmeichelte man sich auf solche Weise, die Königten zu günstigeren Gesinnungen zu führen: allein man schmeichelte sich hier zu viel. Wachsthum hatte Elisabeth in diesem Falle eine gerechte Suche; wann sie, zu vertheidigen; es hatten sich allmählig ihre Kaufleute so aufgenommen, daß sie mit eigenem Capitale den Handel betreiben, hier und dahin ihre Werkplätze im Auslande verlegen konnten, wo man, der daraus erspitzenden Nahrung wegen, sie gern aufnahm. Die Königten in voller Eintracht mit ihrem Volke, mit ihren Kaufleuten, in Eintracht mit ihrem vortrefflichen Minister Cecil, in Eintracht mit sich selbst, wohl bekannt mit der Unheiligkeit, dem Verfall der Städte, dem ganz unheiligen Zustande des Deutschen Reichs, gewohnt ganz andern Mächten, und ganz andern Stürmen, mit

<sup>42</sup> Protocol der Versammlung der Wendischen Städte, Bremen und Braunschweig, zu Albeck, vom 1. Jun. 1578; MSS, Brf. Vol. 229.

Blind zu begreifen: wie konnten sich nur die Städte schmeicheln, daß sie in diesem Kampfe siegen würden? Sie schienen gar nicht begreifen zu wollen, welcher Geist in dieser Königin lebe, nicht den ganz veränderten Zustand von Europa einsehen zu wollen, sondern saßen immer wie der blindesten Halsstarrigkeit von ihren alten Forderungen, als wohlverordneten Rechten, worüber vor einem bürgerlichen Richter entschieden werden sollte.

Indeß um gerecht zu seyn, so hatte sich auch in den der Ausweisung der Engländer aus Hamburg vorausgehenden vierzehn Jahren, die Kraft Elisabeths noch nicht so der Welt gezeigt, als nachher der Fall war. Ihr Zwist mit Philipp von Spanien, sein Verhältniß zum kaiserlichen Hofe, die Anträge, die er den Hanse machen ließ, gaben immer noch einige Hoffnung; die bekannte Lethargie des Deutsch-Oesterreichischen Hauses schien durch das Familien-Interesse hinwegfallen zu müssen; Philipp von Spanien aber, wie katholisch er auch gesinnt war, und wie ernst von der andern Seite der größte Theil der Deutschen Städte an dem Luthershumme hing, schien doch der Hanse Angelegenheit, um die königliche Jungfrau zu demüthigen, zu der Feindschaft machen zu müssen. Freilich wichen die Hanse den vermögenden und seltsamen Anträgen, die der König ihnen machen ließ, aus; sie wollten nicht in seine Gewalt sich begeben, sie suchten nur Freiheiten des Handels im katholischen Niederlande, in Spanien und Portugal für

sch zu gewinnen. Im Jahre 1564 hatten sie sogar von ihm begehrt, daß er bey Elisabeth für sie eine Vorbitte einlegen und suchen sollte, ob und in wie fern sie ihre alten Privilegien in England wieder erhalten könnten. Aber wenn auch seine Vorbitte bey Marien viel wirken konnte und wirklich wirkte, was war von seinen Unterhandlungen bey Elisabeth zu hoffen?<sup>44</sup>

Selbst während der Zeit, als die Engländer in Hamburg ihre Residenz hielten, konnten gleichwohl von den Hanfen keine besseren Bedingungen erhalten werden, als die, welche ihnen die Königin, gleich nach ihrer Thronbesteigung, im Jahre 1560, zugestanden hatte. Ja nicht einmahl diese wurden ihnen ernst, redlich und treu gehalten. So erklärte das Comtoir, im Jahre 1576, auf der Versammlung der Städte, daß man mit Mühe die Lizenz, oder die Erlaubniß des Jahrs fünf oder sieben, höchstens acht tausend Stück unbereitete, weiße Lächer auszuführen, von der Königin, oder ihrem geheimen Rathe erhalten könnte; es würden die Residirenden zu London, zu Folge eines Parlaments Statuts, von dem Jahre 1567, angehalten Ein Zehntel dieser Lächer in England bereiten und durch die dortigen Tuchbereiter verderben zu lassen. Die Königin, hieß es ferner, habe die Ausfuhr der Cantinchenfelle einem ihrer Höflinge, als Monopol, übergeben, mit wel-

<sup>44</sup> Protocoll der Versammlung der Quartiers und Wendischen Städte zu Lübeck, vom Jahre 1564; MSS. Brf. Vol. 223.

die Ausfuhr eine bloße Gnadenfache sey, daß die Königin darüber allein zu entscheiden habe, weshalb denn die londoner Kaufleute stets trostlicher würden. Man müsse die Engländer, wenn sie mit ihren Schiffen in hantischen Häfen ankämen, höflich empfangen, aber vom Kauf und Verkauf abhalten.<sup>48</sup>

Dies alles bekräftigte den Theil der Hansen, besonders Lübeck, der durch Strenge und Troß die Königin zu zwingen hoffte, in den verben Maßregeln fortzufahren. Aber Elisabeth und ihr Freund Cecil verstanden es, Troß mit Troß zu erwidern, und damit zugleich so viel Klugheit zu verbinden, als die Hansen in der ganzen Unterhandlung niemals zeigten. Innerer, kaum ihnen ein Schlag unerwartet, auf den sie nicht gefaßt waren; Elisabeth schien alles vorhergesehen zu haben und auf jeden Fall die dienlichsten Maßregeln bereit zu halten.

Da zu Folge des hantischen Decrets, von dem Jahre 1576, die Engländer bald nachher Hamburg verlassen sollten; so näherte sich der königliche geheime Rath den Maßbildenden zu London, um durch schönere Aussichten, die er ihnen zeigte, jenen Schlag abzuwenden. Er stellte ihnen vor, wie man sie jüngst bey der Ausfuhr, bis zu

<sup>48</sup> Bericht des Secretärs auf der Versammlung der Wendischen Städte, Braunschweigs und Bremens, vom 1. Jun. des Jahres 1578; MSS. Brf. Vol. 229. Nach Köbter, bey demselben Jahre, erwähnt dieses Berichtes.

Bei solcher Lage der Dinge schienen die Hansen selbst einige Zeit den Muth zu verlieren, fernerehin auf die Herstellung der alten Privilegien zu dringen; es ward den Residenten aufgegeben der Lizenz der Ausfuhr sich zu bedienen, und nur mit aller Kraft sich den wilden Ansprüchen des Majors zu widersetzen. <sup>46</sup>

Vielleicht hätten die Hansen in ihren Unterhandlungen damals mehr Glück gehabt, wenn sie dem Ansuchen der Königin, um einen baren Vorschuß an Geld, hätten willfahren können: aber freylich konnte niemand etwas dieser Art von den Städten erwarten, wer irgend mit ihrem Finanzzustande vertraut war. <sup>47</sup>

Elisabeths Lage, die eben damals nicht die günstigste schien, und der Bericht, den Georg Hsemann, des Comtoles Secretär, auf dem Hansa-Tage deshalb abstattete, brachten die Hansen zur Verfolgung des früher von ihnen eingeschlagenen Wegs zurück. Er sagte, die Königin stehe jetzt mit allen übrigen Nationen so, daß den Engländern so gut als gar kein anderer Handel, als der mit den Hansen übrig bleibe, eben, deshalb solle man diesen einzigen Zeitpunkt benutzen, und auf die Bestätigung der alten Freyheiten dringen. Das bisherige Verfahren sey zu lau und zu schwach. Bediene man sich ferner der sogenannten Lizenz der Ausfuhr der Tücher, so habe man nie ein sicheres Fundament; dadurch werde immer mehr die Meinung verbreitet, daß

<sup>46</sup>  
<sup>47</sup> } Ebendaselbst.



die Ausfuhr eine bloße Gnadenfache sey, daß die Königin darüber allein zu entscheiden habe, weshalb denn die londoner Kaufleute stets trostlicher würden. Man müsse die Engländer, wenn sie mit ihren Schiffen in hantischen Häfen ankämen, höflich empfangen, aber vom Kauf und Verkauf abhalten.<sup>48</sup>

Dies alles bekräftigte den Theil der Hansen, besonders Lübeck, der durch Strenge und Troß die Königin zu zwingen hoffte, in den verordneten Maßregeln fortzufahren. Aber Elisabeth und ihr Freund Cecil verstanden es, Troß mit Troß zu erwidern, und damit zugleich so viel Klugheit zu verbinden, als die Hansen in der ganzen Unterhandlung niemals zeigten. Innerer kam ihnen ein Schlag unerwartet, auf den sie nicht gefaßt waren; Elisabeth schien alles vorhergesehen zu haben und auf jeden Fall die dienlichsten Maßregeln bereit zu halten.

Da zu Folge des hantischen Decrets, von dem Jahre 1576, die Engländer bald nachher Hamburg verlassen sollten; so näherte sich der königliche geheime Rath den Regierenden zu London, um durch schönere Aussichten, die er ihnen zeigte, jenen Schlag abzuwenden. Er stellte ihnen vor, wie man sie jüngst bey der Ausfuhr, bis zu

<sup>48</sup> Bericht des Secretärs auf der Versammlung der Wendischen Städte, Braunschweig und Bremens, vom 1. Jun. des Jahres 1578; MSS. Brf. Vol. 229. Nach Köhler, bey demselben Jahre, erwähnt dieses Bericht.

dem Belaufe von 10000 weißen Tüchern, begünstigt habe; daß die übrigen Klagen unbedeutend, und ihre alten Freheiten, unter Eduard VI., bereits vermerkt worden wären.<sup>49</sup> Allein trotz dieser süßen Worte wurden die Engländer aus Hamburg vertrieben, und bemerkt ward, werth ist es mit wie viel Mäßigung Elisabeth diese Verleumdung ausnahm. Als der Courtmeister von Hamburg mit seinen Klagen nach London kam, ward dem Deutschen Oibermann und Kaufmannsrathe des Comtoirs durch den geheimen Rath eröffnet, daß auf gleiche Weise gegen sie vorgefahren werden würde, daß die Lizenz der Ausfuhr der weißen Tücher sogleich suspendirt seyn sollte, die, wie die Rache flüchtig hinzusetzen, wohl eher wäre vermehrt worden, wenn jenes lästige Decret von der Hanse nicht erfolgt wäre.<sup>50</sup>

Aber kurz darauf, im August des Jahres 1578, ward ihnen wieder die Ausfuhr einiger Tücher gestattet, um sie zur Rücknahme des beschwerlichen Beschlusses zu vermögen, und in der That scheinen die Minister die Vorseher des Comtoirs endlich so gewonnen zu haben, daß diese an Lübeck schrieben, wenn man sich freundlicher gegen die Engländer in Hamburg benähme; so habe man alle Hoffnung, daß die Königin einen freyen Handel den Deutschen auch gestatten werde, man möge

<sup>49</sup> Schreiben des Comtoirs an Lübeck, vom 11. Jul. 1578; MSS. Brf. Vol. 229.

<sup>50</sup> Ebendesselben Schreiben an dieselbe Stadt, vom 18. Jul. 1578; MSS. Brf. Vol. 229.

nur zu Folge des Utrechter Vertrags den Engländern auch ihren freyen Verkehr in Deutschland zugesichert. Allein Lübeck hielt wenig bey der Ausdehnung der Engländer aus Hamburg, und hielt jenes Vorpiegeln für keine Hoffnungen, und gewiß hatte Lübeck hierzu auch ganz recht.<sup>51</sup>

Aus dem Briefwechsel zwischen den Hanfen und der Königin in den Jahren 1578 und 1579, geht deutlich genug hervor, wie beharrlich und fest beyde Theile auf ihrem Plan bestanden. Die Königin drang auf die Wiederherstellung der Englischen Court zu Hamburg, auf Freyheit des Verkehrs für die Ihrigen in allen Hanse-Städten, laut des Utrechter Vertrags, und nur dann versprach sie ihnen die Rechte und Freyheiten der Engländer in ihrem Reiche zuzugesuchen; die älteren Privilegien aber, wodurch die Hanfen, mehr denn ihre eigenen Unterthanen, begünstigt waren, setzen unter Eduard VI. bereits veraltet, von der Königin Maria aufgehoben worden, nimmermehr werde sie diese wieder verstaten. Die Hanfen dagegen wollten von keinem Verlehrs der Engländer in Deutschen Länden etwas wissen, bevor sie nicht in den Besitz ihrer uralten, theuer erworbenen Freyheiten wieder wären versetzt worden; selbst aber in diesem Falle wollten sie ihnen keine

<sup>51</sup> Schreiben des Comtoirs an Lübeck, vom 16. Nov. 1578; MSS. Brf. Vol. 229. und Protocoll der Versammlung der Wendischen Städte, Braunschweig und Bremen, vom 1. Jan. 1578, ebendasselbst.

Zustand des Deutschen Reichs machte die Befolgung beherrschender Repressalien so gut als unmöglich. Als die Hansen den Englischen Adventurieren die freye, privilegirte Aufnahme, und den freyen, privilegirten Handel bey sich versagten; so wandten sich jene nach Emden, wo man sie gern und freudig aufnahm. Die Streitigkeiten nämlich, in welche Elisabeth mit Spanien, wegen gewisser Handels-Statute, verwickelt ward, machten, daß die Adventurierer die Niederlande meiden mußten, nun aber ward es für sie ein um so dringenderes Bedürfniß, einen Platz zu suchen, wo man die Englischen Güter hinschiffen, und von wo sie vertrieben werden könnten. Emden war dazu wohl belegen, diese Stadt war nicht in der Hanse, den Statuten des Bundes, welche die Englische Activ-Handlung beschränkten, nicht unterworfen, zugleich aber mit einem Hafen wohl versehen. <sup>29</sup>

Hierher versetzte sich denn auch alsbald ein sehr lebhafter Verkehr; allein die Stadt Hamburg, deren Bürger im Englischen Tuchhandel sehr bedeutende Geschäfte machten, sah es ungern, daß dadurch dieser Er-

<sup>29</sup> Daß Emden früher höchst wahrscheinlich im Bunde war, ist zu seiner Zeit angeführt worden, daß sie es aber in diesen späteren Zeiten nicht war, ist selbst aus gedruckten Nachrichten bekannt genug. Der Abzug der Engländer aus den Niederlanden nach Emden hat in dem Jahre 1563 oder 1564 Statt gefunden; MSS. Brf. Vol. 224.



sonnend von Lebenslust scheiden, senktest mit steter  
 Mühe, verlorst die eben stehenden Bunt aus dem Augen-  
 und hat erst dann immerwährenden Schlag, wenn es  
 gewiß war, daß er am sichersten und schwersten treffen  
 würde.

Die verschiedenen Schreiben, zwischen der Hanse und  
 der Königin gewechselt, beweisen das oben Ange-  
 führte; die Hanfischen sind besonders weitläufig,  
 aber es ist gänzlich nichts weiter daraus zu lernen,  
 sie finden sich in den Braunschweigischen MSS. nebst  
 anderen Urkunden, deren einige, wenn der Raum  
 es gestattet, im Urkundenbuche abgedruckt werden  
 sollen. Die vorzüglichsten sind: 1) Schreiben der  
 Wendischen Städte an die Königin, vom 9. Jun.  
 1578; 2) Antwort der Königin, vom 15. Dec. 1578;  
 3) Schreiben der Stadt Lübeck an die Königin, vom  
 17. Febr. 1579; 4) Schreiben der Hanse aus ihrer  
 Versammlung an die Königin, vom 8. Jul. 1579;  
 5) Antwort von der Königin, Grooten, 3. Buch  
 1579; 6) Schreiben der Städte Lübeck, Bremen und  
 Hamburg an die Königin, Hamburg, 29. Dec. 1579,  
 sämmtlich in den MSS. Brf. Vol. 230. — Decret  
 des königlichen geheimen Rathes gegen die Deutschen  
 zu Königs, vom 7. Apr. 1579, mit Bezug auf das  
 Decret, vom 9. Decemb. 1578; Deutsch, MSS. Brf.  
 Vol. 229. Es ist dieß das Decret, dessen Andax-  
 ten erwähnt, es wird im Urkundenbuche folgen. —  
 Die Königin sagt in einer ihrer Antworten, da  
 die Hanfen immer dieselben Argumente vorbrachten:  
 es sey unnütz, den Stein des Sisyphus immer fort-  
 zuwälzen. — Uebrigens beruht die im Text gege-

In Folge eines Beschlusses des Hanse vom Jahre 1579, welcher zum Theil einen Andern von dem Jahre 1557, erneuerte, der mit großem Geheimniß betrieben ward, wurden; in dem Jahr, daß die Königin nicht nachgeben würde; Lübeck, Hamburg und Bremen zum stehenden Ausschuss für die Englischen Angelegenheiten verordnet. In allen Städten sollten, zu Folge dieses Beschlusses, von den mit ihren Schiffen und Waaren ankommenden, oder dafelbst sich befindenden Engländern, eine Abgabe, die der erhobten, von den Hanse in England begehrten gleich wäre, abgefordert werden, weil man guthausig glaubte, daß wurde Elisabeth noch

bene Erzählung auf jenen Urkunden, und auf einem Bedenken des Hanseischen Syndicus, wie man sich gegen England zu benehmen habe, von dem Jahre 1578 oder 1579, und dem Protocolle des Hanse Tags von dem letzten Jahre, in den MSS. Brf. Vol. 229. 230. Es ist des Syndicus juristische Verbleibung aus jenem sehr einleuchtend. Sein Hauptargument ist, die Hanse hätten bey Eingehung des Unrechtes Vertrags 210,000 Pfund Sterk. an Kriegs-kosten fast ganz schwinden lassen; und damit ihre Privilegien gekürzt, und was man gekauft, das höre einem von Gott und Reichthum u. s. an. Vergl. Underkow T. II. an mehreren Orten, besonders S. 131, 32, 34. Manche Jahreszahlen bey ihm sind falsch. Des Schiffsmaterialien und Kriegsmunition zum Theil von den Hanse erhalten wurden kommt dafelbst vor. Jedes fremde Hanseische Schiff soll 4 bowstaves mitbringen u. so w.

sucht, die hohen Abgaben herabzusetzen, und wußt man hoffen, damit einen Geldvorrath zu erhalten, um davon die anderweitigen Einnahmen und Ausgaben zu bestreiten. Es sollten die in den Städten sich befindenden Engländer, mit ihren Gütern für die hohen Abgaben und den Druck, den die Deutschen in England zu erdulden hätten, haften; ihre Güter sollten zum Theil mit Zwang belegt werden. Dieß Verfahren, von dem man sich viel versprach, nannte man Caucion oder Cagay-Caucion. Man wollte sich ferner an Kaiser und Reich machen und die ganze Angelegenheit zu einer gemeinschaftlichen Sache machen; auch mit Spanien desselb trachten, dessen Feindschaft gegen England wohl bekannt war.<sup>13</sup>

Diese Mittel, die freilich die einzigen seyn mochten, die übrig blieben, bekräftigten indeß die Ohnmacht der Hanse aufs vollkommenste; wie viel anders wären sie ehemals verfahren, und wie wenig war etwas frucht-

<sup>13</sup> Diese Nachrichten kommen bereits bei Köhler und Anderson, bey diesen Fakten vor, schon unvollkommen und mit Fehlern. Wir sind den handschriftlichen Nachrichten gefolgt, vorzüglich folgend dem Dem. Protocoll des Hanse-Tags zu Lübeck, Trinitatis, 1579, MSS. Ref. Vol. 230. und einem Schreiben Lübeck's an Braunschweig, vom 16. Oct. und 12. Dec. 1579, welchem letztern die geheime Instruction beigefügt ist, nebst der Bemerkung, worüber sich die Städte, im Jahr 1577, verglichen hatten, ebendasselbe.



bares von diesen zu hoffen! Der Ausschuss jener drei Städte, die sich freylich nahe benachbart, und in dieser Hinsicht wohl gewählt waren, um, nach Erforderniß der Umstände, einen schnellen Entschluß zu fassen, war in sich wenig übereinstimmend. Bremen war in dieser Sache lau gesinnt, da sie keinen bedeutenden Handel nach England hatte; Hamburg, die am meisten von allen dahin handelte, war entschieden, gegen alle strenge Maßregeln, denn zu Hamburg kannte man die Königl. ihre Mittel, den elenden Zustand der Hanse und des Reichs; Lübeck war entschieden für die strengen Maßregeln, so auch der Hanfische Syndicus, als Jurist, er gewann auch Köln für diese Maßregeln, da er aus dieser Stadt gebürtig war; Dänzig war eine Zeit lang im Ganzen mit Lübeck einverstanden, so auch Braunschweig, und die Vorsteher des Comtoirs, besonders der Obermann Zimmermann, so lange als sie hofften, daß die Städte durch Eintracht und Strenge etwas würden ausrichten können.<sup>54</sup>

Indeß änderte sich gar bald vieles in den Bestimmungen aller dieser. Die sogenannten Capitulationen von den Städten zum Theil unvollkommen und schlecht ausgeführt und verfehlt ihren Zweck; und bey

<sup>54</sup> Mehrere Schreiben und Aufträge in dem angeführten Vol. 22. vom Comtoir, vom Syndicus der Hanse u. s. w. besonders des letztern Bedenken, wie man sich gegen England zu benehmen habe, vom J. 1579.

Kaiser und Reich ging alles nach gewohnter Sitte, langsam und schlecht.

Es wandten sich die Städte an den Kaiser und die Kurfürsten, auf deren Versammlung, am 8. Jan. 1589, zu Prag, wo sie die Adventurierer als scheussliche Monopolisten darstellten, ihre Vertreibung begehrten, und den Kurfürsten, die viele Englische Tücher brauchten, vorstellten, daß die Engländer ein Pack Tuch, das man ehemahls zu 40–50 Pfund gekauft habe, jetzt um 100 Pfund verkaufen. Der Abgeordnete der Städte, Ca- llt Schein, Lübeckischer Syndicus, erhielt denn auch zu Prag vom Kaiser ein Schreiben an die Grafen Ed- zard und Johann von Ostfriesland, zu Vertreibung der Englischen Adventurierer, die er bey sich aufgenommen hatte. Lübeck wandte sich an die Reichsstädte auf ihrer Versammlung zu Ulm, welche ein Vorschreiben für die Hanse an die Kurfürsten, auf deren bevorstehenden Zu- sammenkunft zu Nürnberg, erließen; der Hanfische Syn- dicus Sudermann hatte zu Köln bey den Spanischen Gesandten verhandelt und von ihnen das Versprechen er- halten, daß sie die Hanfische Angelegenheit ernstlich auf dem Kurfürstentage unterstützen wollten. Dabey wurden noch Christliche Unterhandlungen mit der Königin fort- gesetzt, die aber in nichts nachgab. Kaiser Rudolph II.,

Es erhellt dieß aus den angeführten Acten, beson- ders aus mehreren Schreiben des Comtoirs, welche weiter unten erwähnt werden.

König Stephan von Polen erließ ein Schreiben zu Gunsten der Hanse an die Königin, aber aus ihrer Antwort erhellte deutlich genug, daß von ihr durch kein Mittel mehr zu gewinnen sey. Ein neues Edict vom Kaiser an den Grafen von Ostfriesland, wie streng es auch lautete, schien wenig zu fruchten; der Graf remonstrirte, wandte sich an die Königin, welche alsbald ihre Gesandten nach Dänmark, Polen, Preußen und an den Kaiser abfertigte. Da der Lübeckische und Hansische Syndicus beim Kaiser aber auf die Vertreibung der Engländer drang, weil sie Monopolisten wären, und diesen der Aufenthalt im Reiche, nach den Reichs-Consultationen, untersagt sey; so entstand die Frage: ob sie denn wirklich Monopolisten wären? weshalb die Stadt Frankfurt ausgegeben ward, darüber ein Gutachten auszustellen, welches günstig für die Hansen ausfiel, während die Stadt Lübeck dem Kaiser deshalb einen so weitläufigen Bericht überreicht hatte, daß die kaiserlichen Räte ihn nicht lesen wollten, bevor er nicht ins Kurze gezogen sey. 46

47. Außer den bekannten gedruckten Nachrichten bey Köhler und Anderson bey diesen Jahren, und Häberlins N. L. Reichsgesch. Th. 11. 12. 13. wo zugleich manches aus handschriftlichen Reichstags-Acten vorkommt, welches man hier, da das Buch jedem zugänglich ist, nicht weisläufig hat wiederholen wollen. Vorzüglich aber nach vielen, mehrere Bände füllenden, handschriftlichen Nachrichten im Braunschweig. Archiv, besonders Vol. 231, wo sel-

Die Königin blieb die Karten hin, schenkte sammeln auf einige Monate die höheren den Häusern aufgelegten Abgaben, unter der Bedingung des freien Handels und der Aufnahme ihrer Unterthanen in den Handelsstädten, und der Zurücknahme der von diesen den Engländern aufgelegten 7½ Proc.; sie schien sich bald in Unterhandlungen einlassen zu wollen, bald nicht und sandte ihre Abgeordneten nach Deutschland an Kaiser und Fürsten. \*

genbe Urkunden, die bedeutenderen und, so viel uns bewußt, noch nie gedruckt sind: Kaiser Rudolphs Schreiben an Elisabeth, Prag, 20. Febr. 1581; Ebendieselbe an die Grafen Edzard und Johann von Ostfriesland, Prag, 22. Febr. 1581; Beschluß des Englischen geheimen Rathes auf die Wäite des Hansischen Altermanns - um Abschaffung beschwerlicher Decrete, Richmond, 2. Dec. 1581; Antwort der Königin an den Kaiser, Westminster, 1581; Beschluß des Englischen geheimen Rathes vom letzten Jan. 1582 *Kylo Anglico*, v. 1. 1583. Ferner sind benützt: Schreiben Lübeds an die Aufsfürsten, um auf ihrer Versammlung zu Prag sich der Sache anzunehmen, vom 6. Dec. 1579; Instruction für Gellert Schein auf den Tag zu Prag, welcher ein Schreiben Lübeds an Braunschweig, vom 8. Jan. 1580, beyliegt u.

\* Nach den bereits angeführten handschriftlichen auch späteren gedruckten Nachrichten. Es scheinen in diese Zeit ein Paar Entwürfe zu einer Ausgleichung der Streitigkeiten zwischen der Königin und den Hansern zu gehören, die aber weiter nicht zu Stande gekommen ist; sie finden sich in Habsburgian anal.

Nach langem Unterhandeln, nach vielen schriftlichen und mündlichen Vorträgen des Englischen Gesandten Glipping, der Hanse- und Reichsstädte, der Kurfürsten, Fürsten und Stände, kam denn auf dem Reichstage zu Augsburg, im Jahre 1582, ein Schluß zu Stande, daß man zwar noch mit der Königin unterhandeln, die Abentheurer aber in Deutschland nicht weiter dulden wolle. Dies war ein rechter Schluß nach Reichstagsweise, womit man etwas zu haben schien und wirklich nichts hatte. Dem Unbefangenen konnte es schwerlich einem Augenblick zweifelhaft seyn, wenn man auch nur die Verhandlungen auf diesem Reichstage ansah, was am Ende von beyden Theilen siegreich aus dem Streite scheiden würde; und wenn man vollends näher von dem Innern der Hanse, dem wechselseitigen Mißstreben ihrer Theile, dem Zustande des Comites, dem Verfaßten der einzelnen Städte, der Deutschen und andern Fürsten unterrichtet war; so konnte man keinem Augenblick zweifeln, daß die Königin nicht zuletzt siegen würde.

Dies bey den umfänglichen, langweiligen Unterhandlungen, die beym Kaiser und auf dem Reichstage geführt wurden, zu verweilen, ist es billig, einen Blick in den Zustand des Innern der Hanse um diese Zeit zu thun.<sup>58</sup>

med. aevi p. 204, 209. Das erste dieser Actenstücke scheint nach einer darin vorkommenden Stelle in das Jahr 1580 zu gehören; beyde sind sine die et consule.

<sup>58</sup> S. Hb. erlin u. a. O. auch verschiedene bereits gedruckte Urkunden, als das Decret des Kaisers für

Als die Englische Residenz, um das Jahr 1579, zu Hamburg aufgehoben ward, fand sie eine freundliche Aufnahme zu Emden in Ostfriesland. Diese Stadt hatte kurz zuvor um die Reception in den Bund geworben, man sah wie wichtig es sey, so die ganze Küste, von Frankreich bis Rußland, den Engländern zu sperren, aber man zauderte mit Einwilligung in jenes Gefuch, und die Verkeilung der Engländer aus Hamburg ließ die Emdener die Verfolgung desselben vorläufig auch ganz aufgeben. Als die Adventurlerer, zu Folge kaiserlicher Befehle, Emden räumen mußten, so hatten sie bereits an andern Orten sich eine Ansiedelung zu verschaffen gewußt. In Elbing, einer Hanse-Stadt, fanden sie Aufnahme und dies störte wieder die Ausführung mancher Hanfischen Beschlüsse; auch in Holland schienen sie sich niederlassen zu wollen; in Nürnberg hatten sie um eine Residenz geworben, und der Rath war nicht abgeneigt, gegen eine Abgabe von zwey Procent, sie zu verstaten. Wohin man sah da waren Englische Gesandte, in Polen, den Nordischen Reichen, in Deutschland. Dänische Fürsten standen im Solde der Königin und warh bereit sie zu unterstützen. Den Adventurlerern

den Englischen Gesandten, vom Sept. 1582, das Schreiben der Königin an den Kaiser, vom May 1583, und dessen Antwort vom 7. Jun., vergleiche das Verzeichniß der gedruckten Urkunden, bey diesem Jahre. Protocol des Hanse-Lags zu Raneburg; M&S. Ref. Vol. 81. n. 4.

fehlte es nicht an Geld, nicht an Espionen, sie bestachen, wo es nöthig schien, dagegen die Hansen oft die dringenden Gesandtschaften, z. B. die an den König von Polen, aus Mangel an einem hinlänglichen Geldvorrathe, nicht abfertigen konnten. Was aber half es, daß die Angelegenheit nun eine Reichssache geworden war, da alles um so langsamer nur und um so schlechter gehen mußte? <sup>59</sup>

- <sup>59</sup> Daß die Engländer in Nürnberg um eine Residenz angehalten haben, kommt in einem Schreiben Lübeck's an Braunschweig, vom 16. Oct. 1579, bereits vor, MSS. Brf. Vol. 230. Daß Emden in die Hanse aufgenommen seyn wollte, ist auch aus den gedruckten Nachrichten, z. B. bey Köhler, bekannt. Die Wichtigkeit dieser Stadt, die man wohl einsah, leuchtet aus einem „Einsätzigen Diskurs und Gutachten vom Jahre 1579“, MSS. Brf. ebendaselbst, hervor. Aus der Instruction der Hanse für den Syndicus Calixt Schelm, auf dem Kurfürsten-Tage zu Prag, vom Jahre 1579, ergibt sich, daß die Engländer, in demselben Jahre, wenn nicht schon im Jahre 1579, sich in Emden niedergelassen haben, ebendaselbst. In Elbing eine Court zu errichten, ward ihnen anfangs durch den König von Polen, auf Betreiben der Danziger, noch untersagt; Schreiben Lübeck's an Braunschweig, vom 28. Apr. 1580, ebendaf. Negotiationen, welche die Königin deßhalb mit dem Könige von Polen pflegte, kommen öfters vor, unter andern eine Urkunde in den MSS. Brf. Vol. 213, ein Brief von dem Könige Stephan von Polen an Elisabeth, vom 22. März 1581. — Es ist übrigens sehr

Das Mittel gegen die Engländer, die sogenannte *Gegen-Cautio*n, die Abnahme eines hohen Zolls zu  $\frac{7}{8}$  Procent von allen Englischen Gütern, schien anfangs noch ganz gut von Städten zu gehen, da dieß Mittel von den Hansen allein abhng. Danzig, ja selbst Cöln; von welcher Stadt man gar wenig glaubte hoffen zu dürfen, folgten sich; in Lübeck ward mit großem Eifer verfahren; aber bey andern Seestädten fand man bald mehr Kokfinn, so daß Lübeck erklärte: wenn es nicht allen Ruhm und Ehre beträfe, so würde sie die Hanse ganz aufgeben.<sup>60</sup>

Niemand traute den Hamburgern. Auf einer Versammlung zu Lüneburg, im Jahre 1580, da man ernstlich in sie drang, mit Ja oder Nein zu antworten, ob sie wieder mit den Engländern sich in besondere Verträge einlassen wollten, verließen die Hamburgischen Deputirten einen Befehl ihres Senats, und verließen sogleich die Versammlung, um nach ihrer Vaterstadt zurückzukehren. Auf eben dieser Tagfahrt erklärte bereits der

schwer anzugeben, wann die Adventürierer bestimmt an diesem oder jenem Orte, zu Emden, Hamburg, Elbing, Stade, sich niedergelassen haben, da dieß allmählig und zuerst immer gleichsam verstohlen geschah. Daher auch so verschiedene Jahre darüber in den gedruckten, auch selbst wohl in den handschriftlichen Nachrichten und Acten der Hanse vorkommen.

<sup>60</sup> Schreiben Lübeck an Braunschweig, vom 28. Apr. und 13. Aug. 1580, MSS. Brk. Vol. 230.



Lübeckische Burgemeister, die sogenannte Egen-Cautiön habe nichts gefruchtet, sie sey zu gelinde, zu ungleich von einigen Städten gar nicht ausgeübt worden. Hier berichteten die Danziger, sie hätten die Englischen Bürgen anhalten lassen, allein andere Städte ihres Quantiers verführen anders; treulos betrügen sich Thorn und Elbing, die letzte Stadt practicire gemeinschaftlich mit den Engländern manches am Polnischen Hofe. Die Preussischen Städte sagten, daß sie ohne ihren Herzog nicht folgen könnten, dieser wolle an die Königin schreiben; der Stadt Danzig mußte man die Cautiön vorläufig erlassen, damit sie nicht allen Handel an Elbing verlore. Nichts wollte gelbesen; die beliebten Gesandtschaften an den Kaiser, den König von Polen und den Herzogen von Preußen, konnten aus Mangel an Geld zum Theil nicht zu Stande kommen.<sup>61</sup>

Die beyden Städte Hamburg und Lübeck sagten sich die bittersten Dinge; was aber war bey solchem Zustande im Innern noch zu erwarten? So erklärte Hamburg: es thue ihr leid, daß das Comtoir in so betrübtem Zustande sey, daß es zum Verkauf seines Silbergeräthes habe schreiben müssen; allein man hätte nicht zu so strengen Mitteln gegen die Königin greifen sollen, wenn man nicht zugleich die Gewißheit gehabt habe, sie auch halten zu können, man hätte lieber den Engländern die Residenz in Hamburg verstaten, lieber eine Legation

<sup>61</sup> Protocoll dieser Versammlung; MSS. Brf. Vol. 231.

an die Königin senden, und ihre milde Aeußerung, vom Jahre 1579, benützen sollen. „Zudem so hatt es Jesho mit den Kunigreichen Engellandt wie mit andern Kunigreichen mehr viell eine andere gestalt, also es vor zwey oder dreyhundert Jahren gehabt hat.“ Die Schreiben, so fuhren die Abgeordneten dieser Stadt fort, an den Kaiser, an die Königin, an den Grafen von Ostfriesland würden nicht viel fruchten, Elisabeth werde ihre trefflichen Oratores nach Deutschland schicken, die Hanse verunglimpfen; dem Kaiser sey es ohnehin kein rechter Ernst. Werde der Stadhof einmahl verlassen, nähmen ihn die Adventurier in Besitz, so würden ihn die Hansen nie wieder erhalten. Zu keiner Zeit hätten diese so das Monopol, als eben nun gehabt, da den Deutschen der Anlauf der Tücher in England, und deren Verschiffung nach Deutschland untersagt sey. Jetzt trete ein, was sie, die Hamburger, oft gesagt und geschrieben: ihre und anderer Hanfischen Städte Bürger säßen nahrungslos, während die Adventurierer durch Umwege die Hanse-Städte umgingen und ihre Tücher vertrieben. Es sey unmöglich, ohne gänzlichen Ruin auf diese Weise länger fortzufahren. Aus ihrer Stadte-Casse könnten sie dem Comtoir keine Vorstrüffe thun, sie hätten dergleichen schon bis zum Belauf von 22,000 Mark gemacht. Auf der letzten Tagung zu Lüneburg, im Jahre 1580, hätten ihrer Stadt Gesandte protestirt und die Versammlung verlassen, dagegen habe Lübeck gleichfalls protestirt, welches ihnen seltsam dünke,

ſie reprobirten hiermit, die ſtrengen Maßregeln hätten ſie nie gebilligt, ſtets dagegen gerathen.<sup>62</sup>

Hierauf antwortete Lübeck: wie ſie bloß den gemeinſchaftlichen Beſchlüſſen gemäß verfahren ſey, wie ſeit zwey und zwanzig Jahren fruchtlos mit der Königin unterhandelt werde, daß Hamburg an allem Unglücke ſchuld wäre, indem ſie ſich zuerſt abgeſondert, einſeitig den Engländern eine privilegirte Reſidenz zugeſtanden habe, und daß, wenn darüber auf gemeinſchaftlichen Tagſahrten hätte Rath gepflogen werden ſollen, die Hamburgiſchen Deputirten ſich ſtets dahin erklärt hätten, Befehl zu haben, aufzuſtehen und die Sitzung zu verlaſſen: nur Hamburg und Hamburg allein ſey alles Unglücks Urheber.<sup>63</sup>

Raum daß unter ſolchen Umſtänden Lübeck noch einigen Muth beſitzt, aber ihren tiefen Gram, ihren bittern Unwillen drückte ſie ſo aus. „Zu beclagen iſt es aber billichen, daß es nunmehr leider dahin gerathen vund wir für augen ſehn müſſen, daß zu vnſer aller ſchimpff ſpott vnd endlichem vntergangt die fürnemſten Glieder ſich von vnß gleich reiſſen, waß wir bauen ſie niederwerffen und eine ſolche trennung vnter vns vnd den Cunthoren machen, daß dieſelbigen zu ewigen Zeiten mit keinem Radt nicht wieder zuſammengur-

<sup>62</sup> Schreiben Hamburgs an Lübeck, vom 5. May, 1581; MSS. Brf. Vol. 231.

<sup>63</sup> Schreiben Lübeds an Hamburg, vom 19. May, 1581; MSS. Brf. Vol. 231.

bringen noch zu repariren sein werden, welches alleine aus dem scheddlichen eigennutz als einem quelle alles unglücks und verderbs der regimenten und societät herfließen thut.“ 64

Auf den Versammlungen der Städte in dieser Zeit zeigte sich auch ganz unverhohlen, wie schwer es seyn müsse, hier einigen Trost zu finden. Ohne Geld, blieb es, sey nichts auszurichten, nach der jetzigen Welt lauff müsse man bey Hofe durch Verehrungen und Praktiken sich Hülfe schaffen; die Bedienten des Comtoirs wollten aus Mangel an Bezahlung abdanken; was man anfangen solle, wenn ein Hansisches Schiff oder gar eine Flotte von den Engländern angehalten würde? Wirklich schienen die Abgeordneten zu ahnen, daß von da her der schwerste Schlag erfolgen würde. Die Engländer, hieß es ferner, hätten sich in Elbingen angesiedelt, es sey zu fürchten, daß der König von Polen für seine Städte mit der Königin abschleße, daß diese den Preußen Privilegien zugesteh, daß die Adventurierer sich auch in Livland ansiedeln würden, da dieß Land zum Theil an Polen gekommen. Es sey die höchste Eintracht und der größte Ernst nöthig. Ohne Strafen sey nichts auszurichten; gänzlichen Ausschluß von allem Verkehr und Verweigerung der Ausnahme in die Gülden für die Abtrünnigen schlug Lübeck vor, aber es war unmöglich, dieß auszuführen.

<sup>64</sup> Schreiben Lübecks an Braunschweig, vom 12. May, 1581; ebendaf.

Um Geld zu erhalten, ward denn eine zehnfache Contribution beliebt, allein die meisten Städte zahlten nicht, das ganze Sächsische Quartier blieb im Rückstand; die Communen daselbst sagten, sie gebrauchten das Comtoir nicht um einen Heller. Man wollte eine statliche Gesandtschaft aus den vier Quartier-Städten und dem Hanseischen Syndicus bestehend, an den König von Polen abfertigen; allein außer Danzig, die jetzt noch am meisten dabey interessirt war, wollte keine der übrigen einen Theil der Kosten übernehmen. Man begnügte sich an Elbing zu schreiben und fruchtlos zu drohen, und den Schreiber des londonischen Comtoirs nach Danzig und Warschau abzufertigen, der nichts ausrichten konnte, vielmehr berichtete, daß der König sehr ungehalten sey, weil die zugesagte, oder angekündigte Gesandtschaft nicht erschiene. Dagegen vernahm man, daß die Königin mit dem Könige von Polen, wegen Aufnahme der Adventurerer, unterhandle, daß die wechselseitigen Gesandten hin- und hergingen, daß zum Reichstage zu Warschau der Englische Legat eingeladen worden, daß die Gefahr unendlich sey — und die Hansen konnten zu keinem Pfennig Rath schaffen.

Bei jeder Frage zeigte sich die Erbitterung der Gemüther, und die verschiedene Ansicht der Dinge. Hamburg wollte von keiner Legation nach Polen etwas wissen, nach England solle man senden, wie auch der Kaiser gerathen habe, und noch einmahl eine friedliche Unterhandlung versuchen. Dief schien den andern Städten

zum Theil verkleinert. Indeß kam die Legation nach England, im Jahre 1585, zu Stande; versehen mit kaiserlichen Vorschreiben, wurde sie dem Aufsehe nach gut empfangen, nach einem halbjährigen Aufenthalte aber, mit dem trostlosen Bescheide entlassen: daß, wenn man nicht die gegen die Adventurierer erlassenen Decrete zurücknähme, und die Residenz in Hamburg verflöte, die Königin bey ihren Decreten beharren müsse. Die Legation nach Polen scheint gar nicht zu Stande gekommen zu seyn, obschon Danzig erklärte, daß sie für nichts stehe, wenn es nicht geschähe; daß Preußen und Livland der Hanse entsagen würden, daß sie bisher alles aufgeopfert habe, und ihrer Unschuld wegen protestire, wenn alles zu Grunde gehe. Die Abtrünnigen zu Elbing wurden auf den Hanse-Tag, von dem Jahre 1584, citirt, erschienen nicht, wie zu erwarten stand, und so geschah auch ferner nichts weiter gegen sie.<sup>65</sup>

<sup>65</sup> Eine Menge Acten, in den MSS. Brf. Vol. 231 und 232, liefern die Belege zu dem Angeführten, auch findet sich mehreres in den gedruckten Nachrichten bey Köhler, bey den Jahren von 1581 - 85. Die vorzüglichsten jener handschriftlichen Notizen sind enthalten, in dem Auschreiben Lübeds zu einer Versammlung der Quartier- und Wendischen Städte, auf den 16. Oct. 1581, und dem Protocolle dieser Versammlung. MSS. Brf. Vol. 231. Da kam unter andern ein Antrag zur Union und Vermittelung mit England, von dem Herzoge von Anjou Alençon vor (s. zugleich Köhler), dem die Hanse aber wenig achtete.

So trostlos stand alles, um aber den ganz unseligen Zustand recht zu überschauen, wird billig noch, aus dem Schreiben der Vorsteher des londonischen Comtoirs, in dieser Zeit, einiges zu erwähnen seyn, da diese, in England anwesend, über das Benehmen der Königin, die Hoffnungen der Engländer, und den eigenen gänzlichen Verfall der Factorey die beste Auskunft geben konnten.

So klagten sie denn, daß bey den Hansen nicht der Eifer gefunden würde, den man bey den Engländern wahrnahm, deren Bestreben auf Preußen gerichtet sey, wo sie den König von Polen mit Danzig zu entzweyen suchten, alte, auf Preußen lautende und vermohrte Privilegien aussuchten, um sie geltend zu machen. Allen Orten seyen ihre Espione verbreitet, sie kenneten die Intrigue, die zwischen den Städten herrsche, griffen durch Druckschriften die Hansen an, cabalirten bey Kaiser und Fürsten. Der Königin Gesandten seyen nach Deutschland, vorzüglich an den Pfalzgrafen, den Kurfürsten von Sachsen und den Landgrafen von Hessen abgegangen, die Engländer scheuten keine Geschenke, keine

tete, und von dem auch wirklich gar nichts zu erwarten stand. Schreiben Lübeds an Braunschweig, vom 21. Apr. 1582; Schreiben des Comtoirs zu London an Lübed, vom Sept. 1582; an Braunschweig, vom 21. Jan. und 13. Jul. 1583; an Lübed, vom 18. März 1583. Schreiben Danzig an Lübed, v. 12. Nov. 1582, und eine Menge anderer Briefe und Acten der Jahre 1584, 1585 u. f. w.

Besteckungen. Dem Grafen von Ostfriesland hatten sie eine goldene Stütze, etlich hundert Engellorren und dessen Gemahl schöne goldene Ketten verehrt; sie wärenden beyrn Könige von Polen; dem Herzoge von Preußen gleiche Wege einschlagen, und sie verstanden es, „durch södenne hüpfel lustige und schöne Berehrungen die Augen und gemüet der Herren zu belustigen. Es sey nit thig, daß die Hanse bey hoch und wohlgebachten Herren es sich auch etwas kosten lasse, sonst möchten sie vaff kalten gemüet es gegen sie werden.“ 66

Im folgenden Jahre (1581) klagten sie über Mangel an Geld, einen Theil des Silbergeräths, welches dem Comtoir zugehöre, hätten sie einschmelzen lassen, und wenn man sie nicht in kurzem mit 300 Pfund St. unterstützte, so müßten sie die Residenz verlassen und das Comtoir aufgeben. Indes dauerten die gehässigen Detrete der Königin fort. Am Preußischen Quartiere sey am meisten gelegen, und dieß holte von den Hanseatischen Beschlüssen gar nichts. Daß den Engländern in den Städten abgeforderte Abgabe von  $7\frac{1}{2}$  Procent sey zu gering, die Deutschen in England müßten an alten und neuen Abgaben  $12\frac{1}{2}$  Procent zahlen. Die letzteren, welche Waren nach England brächten, wollten an das Comtoir keinen Schoss mehr zahlen, um so mehr, da sie erführen, daß sie nicht durch die, den Engländern in

66. Schreiben des Comtoirs an Lübeck, vom 23. Jul. und 6. Aug. 1580; MSS: Bk.



den Städten abgenommenen, höchsten Abgaben entschädigt werden sollten. — Zum Trost aber erhielten die Vorsteher der Factorey von Lübeck aus die Ermahnung, beharrlich bey der Residenz auszuhalten, einen andern Trost konnte man ihnen nicht geben.<sup>67</sup>

Um so lauter aber wurden ihre Klagen: daß Lübeck ihre Bitten um Unterstützung den anderen Städten mitgetheilt habe, sey zwar gut, allein bey so langsamem Verfahren gehe das Comtoir zu Grunde, die Ausgaben blieben indeß vor wie nach, die Factorey löse sich auf, der Handel stehe still, die Kaufleute verließen das Comtoir, die Kammern ständen leer, das Haus werde baufällig, das noch übrige Silbergeschirr werde auch bald verthan seyn. Jährlich müßten sie an die Stadt London hundert Pfund Sterl. Renten für ihre Häuser zahlen, und gewönnen aus der Miesche nicht vierzig; Kaufleute und Schiffer wollten ihnen nicht mehr gehorchen, da sie der Privilegien sich ferner nicht zu erfreuen hätten. Die Königin verachte das Beginnen der Städte; aus ihrer Antwort an den Kaiser gehe deutlich genug hervor, daß durch Schreiben bey ihr nichts auszurichten sey. Von steten Gesandten bey ihr, bey dem Kaiser, dem Könige von Polen, dem Herzoge von Preußen sey allein noch etwas zu hoffen; halte doch der Graf von Ostfriesland seinen immerwährenden Gesandten bey

<sup>67</sup> Schreiben des Aldermanns zu London an Lübeck, v. 23. Febr. 1581; MSS. BrL. Vol. 291.

Kaiser und Reich ging alles nach gewohnter Sitte, langsam und schlecht. 55

Es wandten sich die Städte an den Kaiser und die Kurfürsten, auf deren Versammlung, am 8. Jan. 1582, zu Prag, wo sie die Adventurierer als scheussliche Monopolisten darstellten, ihre Vertreibung begehrten, und den Kurfürsten, die viele Englische Tücher brauchten, vorstellten, daß die Engländer ein Pack Tuch, das man ehemahls zu 40–50 Pfund gekauft habe, jetzt um 100 Pfund verkauften. Der Abgeordnete der Städte, Calixt Scheln, Lübeckischer Syndicus, erhielt denn auch zu Prag vom Kaiser ein Schreiben an die Grafen Ezzard und Johann von Ostfriesland, zu Vertreibung der Englischen Adventurierer, die er bey sich aufgenommen hatte. Lübeck wandte sich an die Reichsstädte auf ihrer Versammlung zu Ulm, welche ein Vorschreiben für die Hansen an die Kurfürsten, auf deren bevorstehenden Zusammentunft zu Nürnberg, erließen; der Hanfische Syndicus Sudermann hatte zu Köln bey den Spanischen Gesandten negotiiert und von ihnen das Versprechen erhalten, daß sie die Hanfische Angelegenheit ernstlich auf dem Kurfürstentage unterstützen wollten. Dabey wurden noch christliche Unterhandlungen mit der Königin fortgesetzt, die aber in nichts nachgab. Kaiser Rudolph II.,

Es erhellt dieß aus den angeführten Acten, besonders aus mehreren Schreiben des Comtoirs, welche weiter unten erwähnt werden.

ten, sie trieben ihren Handel fort, er nähme täglich zu, die Hanfen hätten den ihrigen verloren; jene sparten keine Arbeit, kein Geld, keine Gesandten. <sup>68</sup>

Nun erhielt das Comtoir endlich zwar einige Almosen von einigen treu und milthiglich gesinnten Städten, so daß das Ganze noch nicht aufgegeben ward, aber geholfen konnte ihm nicht werden. Man deliberirte bereits, ob man die hinteren Gebäude der Residenz, die man in den besseren Zeiten des Comtoirs den Englischen Tuchbereiteren abgemietet hatte, jetzt vermischen oder ganz abgeben solle. <sup>69</sup>

Bei dem gänzlichen Verfall im Innern des Rundes, bei seiner Ohnmacht blieb nichts übrig, vollends da auch die letzte Gesandtschaft (1585) nach England, nach langer Anstrengung zu Stande gebracht, fruchtlos abgelaufen war, als in dem Schneckengange der Reichstags-Verhandlungen ferner fortzufahren. Auf dem Reichs-Deputations-Tage zu Worms, im Jahre 1586, ward von Lübeck und den mit ihr einverstandenen Städten auf die ernstlichere Befolgung des Reichstagsbeschlusses von dem Jahre 1582, und das öffentliche Verbot der Aufnahme der Engländer gedrungen, aber es war hier bei Kaiser und Reich der Ernst so wenig, als bei mehreren einzelnen Fürsten, ja selbst bei einigen Hanse-

<sup>68</sup> Schreiben des Comtoirs an Lübeck, vom 1. Jul. 1581, 9. März 1582, 18. März 1583; MSS. Brf. Vol. 231. 232.

<sup>69</sup> Acten von dem J. 1584, in den MSS. Brf. Vol. 232.

Städten zu finden. Noch immer waren diese Fremdlinge zu Emden und zu Eibingen, und mehr oder weniger öffentlich oder geheim fanden sie selbst in anderen Städten des Bundes Aufnahme. In Hamburg sogar hatte man sie hinwieder provisorisch zugelassen, denn diese Stadt wollte, bey dem wenigen Ernst, den die Hansen zeigten, diese Quelle der Nahrung nicht andern zufließen sehen, auch hoffte sie vielleicht hiermit einige mildere Maßregeln bey der Königin zu bewirken. In-  
 desß der übrigen verwandten Städte wegen mußte Hamburg auch auf der Wiederherstellung der Privilegien in England bestehen, und da diese nicht erhalten werden konnte; so verließen die Engländer, nicht ganz im Frieden, die Stadt, im August, 1587. 70

Mit dem Verkehr war den Adventurieren aber die Elbe weit gelegener als die Ems, die Mogoth, oder der seltliche Haf. Als sie Hamburg verließen, so wurden sie mit offenen Armen in Stade aufgenommen. Der Magistrat dieses Orts, einer Hanse-Stadt, die aber wenig von Bedeutung, und im Wohlstande tief gesunken war, bewilligte den Fremdlingen alles, was sie irgend wünschen konnten. So erhielten sie eine freye Residenz; wurden einem geringeren Zolle, als sie zu Hamburg hatten geben müssen, unentworfen; ein privilegirter Gerichtsstand ward ihnen zugestanden, so daß der

70. Mehrere gedruckte Urkunden, die das Angeführte erläutern, siehe in der Beylage. Vergl. auch Kbh. f. v. d. J. u. f. w.

Courtmeister die unter den Engländern entstandenen Streitigkeiten allein entscheiden sollte, Criminalfälle ausgenommen; es ward ihnen ferner ein freyes Residenzhaus, oder eine Court, eine Börse, eine Kirche und eigener freyer Gottesdienst, nebst einigen andern Puncten bewilligt: mit einem Worte, sie erhielten, was weiland die Hansen in andern Ländern sich zu verschaffen gemußt hatten, wenn auch nicht ganz mit so übermäßigen Begünstigungen.

Dies war ein sehr harter Schlag für Hamburg. Sie wünschte die Residenz der Engländer bey sich zu haben, und hatte ungern genug den Beschlüssen der Hanse und des Kaisers zu gefallen deren Ausnahme, nur unter der Bedingung verweigert, daß den Hansen ihre Privilegien in England wieder, wo nicht ganz, doch zum Theil, eingeräumt würden, und daß die Engländer in keiner andern Bundes-Stadt eine Ausnahme finden sollten. Daß nun die letztern an den Ufern der Elbe selbst, und noch dazu weiter den Strom hinab, von einer dem Bunde verwandten Stadt aufgenommen werden, und daß ihnen dadurch alle die Vortheile entzogen werden sollten, welche sie weiland von der Englischen Residenz in ihren Mauern gehabt, das konnten sie unmöglich geduldig ertragen.

Der Senat von Hamburg schickte eine Deputation nach Stade, die dem Rathe daselbst Vorstellungen darüber machen mußte. Es hätten, so erklärte jene, die Engländer Hamburg verlassen, weil man von Seiten

des Senats auf den Privilegien der Hanse in England bestanden habe, zu Folge des Beschlusses der Städte und des Reichs; alle Unterhandlungen hätten übrigens immer dahin gelautet, daß, wenn die Adventurierer sich irgendwo in Deutschland niederlassen sollten, sie ihre Residenz in Hamburg zu nehmen hätten, weshalb diese Stadt darauf ein wohl erworbenes Recht besäße. Sie könnten und würde es nicht zugeben, daß in Stadt eine solche Niederlassung, zu ihrem Nachtheile, zu Verkümmern ihres Gewerbes, ihrer Zölle, ihrer Einkünfte Statt fände; ihr seye nicht unbewußt, was heimlich für Machinationen in England gegen sie betrieben würden. Stadt sey so gut, als sie selbst, den Beschlüssen der Hanse und des Reichs unterworfen. Im Fall sie aber nicht den Contract wieder auflösen wolle, so müßten sie, die Hamburger, wenn alles fruchtlos befunden würde, mit Gewalt sich Rechte schaffen. Sie stellten vor, welcher Gefahr sich Stadt aussetze, da Spanien mit dem Kaiser, dem Reiche und der Hanse einverstanden sey, daß die Engländer nicht in Deutschland begünstigt würden; welche Armada der König von Spanien jetzt eben ausrüste, dergleichen man noch niemals gesehen; wie der Herzog von Parma aus den Niederlanden unridlich erscheinen könne: es möchte deshalb die Stadt wohl bedenken, was sie thäte; sie hätte nicht also rasch verfahren, vielmehr ein Körnlein Salz bey dem Geschäfte anwenden sollen.

Dagegen antworteten die von Stade: Ihnen sey unbewußt, was die Hanse und das Reich beschloßen, auch was die erste für Freyheiten in England gehabt, von denen sie nichts genossen hätten, wohl aber Beyschwestern dazu geben müssen; sie seyen ehrliche Leute, hätten stets ihr Wort gehalten und würden den Contract nicht wieder aufheben: mit dergleichen Zumuthen bitten sie verschont zu bleiben. Es seye nur Brotheld, was aus den Hamburgern rede, sie ihres Theils untersagten nicht den Engländern nach Hamburg, wie auch noch jüngst geschehen, zu fahren und von da Güter auszuführen; sie seyen geschützt gegen Gewalt, womit ihnen Hamburg drohe, durch dem Landfrieden, durch besondere kaiserliche Privilegien; zu Recht seyen sie vor dem Kammergerichte erbörig; sie würden nicht muthwillig das Stück Brod, das ein guter Gott ihren verarmten Bürgern zuweise, damit sie sich des Hungers erwehren, ausschlagen, und müßten, was Spanien und den Herzogen von Parma betreffe, sich auf Gott und ihre gute Sache verlassen.

Vergebens antworteten die Hamburger, daß dieß Ausfluchte seyen; sie konnten nichts weiter erhalten, und die Englische Residenz blieb zu Stade; die Stadt blühte schöner auf, die leeren Häuser und Pockräume fanden Miethsleute, und die Bürger des Orts lebten, trotz der Eplonen der Hamburger, mit den Engländern in schönster Eintracht. <sup>71</sup>

<sup>71</sup> Die hierher gehörigen Urkunden des Jahr 1587 sind in der Beilage angeführt, vergleiche auch (Pratje's)

Dieser Abfall aber einer verwandten Stadt, war der Hanse und den Hamburgern ein doppelter Gräuel. In Eibing, in Emden, in Stade ansässig, schienen sie im Stande, alle gegen sie ergriffenen Maßregeln fruchtlos zu machen. Allein viel schlimmere Unfälle standen den Unglücklichen noch bevor.<sup>72</sup>

Die Störung des Verkehrs zwischen den Hanse und England, die besseren Verhältnisse mit Spanien, das Bedürfniß dieses Landes nach Getreide, Schiffs- und Kriegsmaterialien, Philipps Streit mit der Königin, gaben dem Hansischen Handel auf Portugal und Spanien ein größeres Leben. Aber Elisabeth sah dieß ungern; sie warnte die Städte; als contrabande Gut werde sie es anhalten lassen, wenn man sich nicht füge, ihren Feind dürften sie nicht unterstützen: aber die Hanse behaupteten, das Recht dazu stehe ihnen unbezweifelt zu; sie fuhrten fort diesen vortheilhaften Verkehr zu betreiben. Allein seitdem die Spanische Armada so schmachlich geendigt hatte, und Elisabeths Seemacht stets zunahm und die Meere beherrschte; so wurde am Ausfluß des Tajo, im Jahre 1589, 30. Jun., eine Flotte

Altes und Neues aus den Herzogthümern Bremen und Verden, B. 3. Nr. 10. S. 301; B. 5, 103.

<sup>72</sup> Daß die Engländer auch ihre Verbindungen zu Eibingen und Emden beizubehalten suchten, davon zeugen mehrere Urkunden bey Nymder, vgl. Nymalage. Allerdings war ihnen aber Stade auf der Elbe am wichtigsten.



von etwa sechzig Hanfischen Schiffen, mit Getreide und Kriegsmunition beladen, von den Engländern angehalten und alle Vorräthe, dieß nur wieder zu erhalten, waren und blieben fruchtlos. Schon früher hatten einzelne Glieder der Hanse wohl einiges gelitten, aber ein so harter Schlag drückte sie vollends nieder, und dieser kam ihnen fast ganz unerwartet.<sup>73</sup>

Der König von Spanien ermunterte die Städte zum Ernst, zur Verbindung mit ihm; aber sie wollten auch nicht von dem Verkehr mit seinen Niederländischen Insurgenten lassen. Elisabeth vertheidigte den gethanen Schritt in einer Druckschrift; die Hansen antworteten, oder wollten antworten, ohne eben einen recht geschickten Mann zu finden, der die argen Schmähungen der Königin hätte widerlegen können. Auf ihren Versammlungen ward beliebt, an den Kaiser sich zu wenden, um zu hören, ob er endlich Ernst brauchen und das Edict zur Vertreibung der Engländer anwenden wolle. Um geschärfte Mandate gegen Stade sollte er angerufen, ein Gleiches beim Könige von Polen gegen Elbing gebethen werden. Lübeck machte auf den Hanfischen

<sup>73</sup> S. Camden res Angl. regnante Elizabetha. Lond. 1717. p. 604. Er sagt ibidem hätten die Engländer die Hanfischen Schiffe genommen, und kurz zuvor war von ostl's Tagi die Rede. Vergl. andere gedruckte Hanfische Nachrichten, z. B. Röbeler bey d. Jahre 1589, Rhevenhiller's Annal. Ferd. T. III., Haderlin, T. 15, 240.

Versammlungen die Vorschläge, den Engländern den Ankauf des Getreides in Deutschland zu verbieten, alle Englische Läden in den Städten zu untersagen, aber die übrigen stimmten nicht ein, und bezeugten sich lau. Dem Englischen Gesandten in Dänmark, Christoph Parkins, der seiner und seiner Königl. Sache gewiß, ein drohend schimpflich Schreiben an die Hansen erlassen hatte, antworteten sie koch, stolz und langweilig, denn Worte waren es ja allein, die sie hatten. Sie sammelten Verzeichnisse ihres, durch die Englischen Flotten, im Jahre 1589, und späterhin erlittenen Verlustes, baten bey dem Kaiser und andern um Vorschreiben an die Königl., und gelegentlich wurden ihre Bitten durch den Kaiser und den König von Polen auch wohl erwähnt: aber mit so vielem schönen Eifer versuhr niemand als Elisabeth.

Dem Kaiser schien es noch immer wenig Ernst; viele Deutsche Fürsten waren im Dienst und Sold der Königl.; Elbing, Stade, Emden freueten sich des Aufenthalts der Engländer in ihrer Mitte, trotz der Mandate, welche der Kaiser, und der König von Polen, auf Andringen Danzigs, bey hohen Strafen erlassen hatten; aber jene Städte wußten ganz wohl diese Mandate zu umgehen. Während der Zeit waren die Königl. und ihr Gesandte, Parkins, an den Nordischen Höfen, bey Polen, bey den Deutschen Fürsten, thätig genug, und durch der letzteren Unterstützung ward

die gänzliche Vertreibung der Engländer wenigstens für  
jetzt noch verhindert. <sup>74</sup>

Aus des Kaisers Schreiben, aus den Verhandlungen des Englischen Gesandten am kaiserlichen Hoflager erhellet deutlich genug, wie lau jener gesinnt war, wie viel andere Dinge ihn beschäftigten. Es hatten die Reichs- und Hanse-Städte, auf dem Reichstage von dem Jahre 1594, zu Regensburg, um endlichen Ernst gegen die Adventurierer; auch ward das Statut, vom Jahre 1582, zu ihrer Vertreibung erneuert, jedoch eben so wenig ausgeführt. Es erhielten die Hansen Vorschreiben vom Kaiser an die Königin, sie versuchten nochmals zu unterhandeln, und Elisabeth, die wohl wußte, wie weit ihre Unterthanen im Activ-Handel indeß fortgeschritten waren, und in weich elendem Zustande die Städte und das Reich sich befanden, antwortete selbst auf das kaiserliche Vorschreiben „fast scharpff und abschlegig“ und ließ die Hanfischen Beschwerden beym Kaiser durch ihren Gesandten, Ehrst-

<sup>74</sup> S. die gedruckten Nachrichten bey Köhler, besonders bey den Jahren 1589, 1590, 1591, 1594. Dann sind benutzet die handschriftlichen Protocolle des Hanse-Tags und der Versammlung von Hamburg, Lübeck und Lüneburg, von dem Jahre 1591, und andere in den MSS. Br. Vol. 232. Auch Gralaths Geschichte von Danzig, II. 377; vorzüglich aber mehrere Urkunden bey Rymer von den Jahren 1591, 1592; s. Depl.

Rißt Parthen, mit den bekannten Gründen willkürlich.  
So dauerte es noch einige Jahre, bevor endlich der  
Schritt geschah, der vor funfzehn, zwanzig oder dreißig  
Jahren wohl etwas hätte fruchten können, nun aber,  
wie gewöhnlich, mit Schimpf und Schande für Kaiser-  
Reich und Städte endigte.<sup>75</sup>

Im Jahre 1597, den 1. August, ward zu Prag  
von Kaiser Rudolph II. das Mandat zur Vertreibung  
aller Engländer, hingen drey Monarchen, aus Deutschen-  
landen publicirt. Es lautete, nach Art kaiserlicher De-  
crete, stolz und groß gegen die Königin. Mit allen  
hohen Strafen sollte gegen die, welche ferner auf Deut-  
schem Boden die verhassten Adventurierer, hegen würden,  
verfahren werden; aber es beyrkundete denn auch die  
Welt und Nachwelt, indem es die Geschichte der Strei-  
tigkeiten, zwischen England und den Städten, besonders  
seit den letzten funfzehn Jahren entblet, die Ohnmacht  
und das ganz verächtliche Betragen von Deutscher Seite,  
ohne daß die Conciplenten die Schmach, die eben daraus  
hervorging, auch nur zu ahnden schienen.<sup>76</sup>

<sup>75</sup> Vergleiche besonders des Kaisers Schreiben an Eliza-  
beth, von dem Jahre 1593, und Parthen's Un-  
terhandlungen am kaiserlichen Hofe, von dem Jahre  
1596, bey Namer; siehe Urkunden, Verzeichniß.  
Ferner Camden a. a. O. S. 704. Häberlin,  
XVIII. 666. Bericht von dem, was seit 1591 in  
Englischen Sachen vorgefallen, auf dem Haupte-  
tage, vom Jahre 1598; MSS. Brf. Vol. 234.

<sup>76</sup> Das Folgende findet sich in Meusel's Freisabtrieben  
III, bey Häberlin XX, 606, in weilaufigem  
Auszuge, und vollständig in den MSS. Brf. Vol. 234.

Den Städten, welche es ernstlich mit der Vertreibung der Adventurierer meinten, ward nach funfzehn jährigem Sollicitiren ihre Bitte gewährt, sie vertrieben auch sogleich die Engländer und ließen das Edict an ihren Rathhäusern anschlagen. Mehrere Fürsten, Herren und Städte, die bey dem Kaiser um Abschaffung oder Milderung des Decrets bethen, erhielten eine abschlägige Antwort; dieß bewirkten die Hansen, vorzüglich Lübeck, welche letztere Stadt ihre Freude darüber auf der Versammlung der Hansen, von dem Jahre 1598, bezeugte, auf welcher denn noch ein Hanfisches Nebenstatut zur kräftigen Handhabung des kaiserlichen Mandats gegeben ward.

Allein während dieser Versammlung selbst, ließen bereits Englische Schiffe auf der Elbe ein, man wollte das Ausladen verhindern, aber die Engländer behaupteten, ihre Schiffe wären auf Rechnung der Italiäner geladen. Einige Städte darüber entrüstet, hielten auch wirklich zum Theil diese Güter an, aber deßhalb entstand bereits viel Geschrey; manches mußte man ausladen lassen, weil es bereits vor dem Mandate bestellt und bezahlt worden war. Andere Städte, z. B. Braunschweig, antworteten nach alter Sitte, wie sie gern streng gegen die Engländer verfahren wollten, wenn die übrigen, besonders die an der See gelegenen Communen, auf gleiche Weise verfahren wollten. Manche kräftige Maßregel ward ad referendum von andern genommen. Dieser war es wirklich Ernst, jener nicht,

alle aber hoffen, daß Elisabeth eben durch dieses Mandat, zu Unterhandlungen und zum Nachgeben, durch die Vollziehung desselben werde bewogen werden. Eine Spanische Gesandtschaft ermunterte die Städte, zum Ernst gegen England, zur Verbindung mit Spanien, versprach Unterstützung selbst durch die Waffen, begehrte jedoch auch Entsagung alles Verkehrs mit den insurgirenden Niederländern, bey Zusagung aller möglichen Vortheile; allein die Hanse gaben nichts als eine aufschiebende Erklärung, und ein Versprechen obenhin die Neutralität zu halten. Ein Mandat von den Städten, gegen den Vorkauf, den Absatz gestreckter Tücher u. s. w., welches vorzüglich gegen die Engländer gerichtet war, ward erlassen; die Wolle sollte nicht aus Deutschland geführt, in den Städten die feinen Tuch-Manufacturen mehr empor gebracht werden.

Allein bey dem allen war nicht zu hoffen, daß selbst nur von Seiten der Städte mit Eintracht dieß Mandat einige Zeit aufrecht erhalten werden würde, es war nicht zu hoffen, daß Elisabeth zum Nachgeben durch solche Menschen je würde vermindert werden.<sup>77</sup>

<sup>77</sup> Urkunde bey Rymer; s. Verlage. Schreiben der Stadt Emden, Adolphs von Holstein, Otto's von Braunschweig an Elisabeth, von dem Jahre 1597, und vorzüglich das Protocoll des Hanse-Tags, vom Jahre 1598, in den MSS. Brf. Vol. 234. Crediten Italien für den Grafen Barlaimont von Laloi, den Obersten Georg Westendorff und Johann Neukirchen,

Die Königin verfuhr ganz anders; obwohl schon am Ende ihres schönen Lebens, dennoch mit so viel Kraft und Klugheit, daß bald durchaus nichts vortheilhaftes für die Städte mehr zu erwarten stand. Elisabeths Gesandte und Schreiben gingen an den Kaiser und die ihr verwandten Deutschen Fürsten ab, welche das Decret, als ein von der Hanse erschlächtes, darstellten. Da aber die Adventurierer gleichwohl Stade und das Deutsche Reich zu melden genöthigt wurden; so warben mehrere Niederländische Städte um ihre Aufnahme, und sie gaben Widdelburg den Vorzug, um den ersten Sturm vorübergehen zu lassen, contrabandweise den Abfaß ihrer Güter in Deutschland zu behaupten, und wenn der Sturm nachließ, sogleich wieder an die Ufer der Ems oder der Elbe zurückzuführen.<sup>72</sup>

vom Könige von Spanien nach Dänmark bestimmt, und mit Aufträgen an die Hanse versehen. Der Gesandten Werbung und Lütbeds Antwort darauf, vom 25. May 1597, in den MSS. Brf. Vol. 234. Kaiserliches Edict für Stade, daß es bey dem Pöbels-Mandat sein Bewenden habe, Prag, 25. Febr. 1598, ebendasselbst. Mandat Lütbeds gegen Verkauf, vom Jahre 1598, s. Beyk und Braunschweigs Edict in den MSS. Brf. a. a. D.

<sup>72</sup> S. mehrere Urkunden bey Rymer, der Stadt Ordnungen Schreiben an die Königin, vom Jahre 1597 n. f. w.; vergl. das Urkunden-Verzeichniß. Daß sie nach Widdelburg gegangen bezogen einhellig alle handschriftliche und gedruckte Nachrichten, z. B. Hda Berlin XX, S. 603 ff.

Den Hansen, die in London ihre Residenz hielten, ward angezeigt, daß sie gleichfalls aus England gewiesen werden sollten, und nach manchem Aufschub, den sie erbathe und erhielten, weil die Königin schon durch die Drohung die Städte und das Reich zu anderen Besinnungen zu vermögen hoffte, wurden sie, den 4. August, von dem Major von London und den Sheriffs, welche zehn Tage zuvor bereits von dem Stadthofe, im Nahmen der Königin, Besitz genommen hatten, aus ihren Häusern gänzlich vertrieben. Als sie nicht gutwillig dieselben räumen wollten, so drohte ihnen der Major mit den Constables: „hierauff, so meldete das Comtoir an Lübeck, seint wir entlichern weill es Immer anders nicht sein mögen mit betrübniß unsers gemüths der OIderman voran und wir andern hernacher zur Pforte hinauß gegangen vnd ist die Pforte nach vns zugeschlossen worden haben auch die Nacht nicht darenn wohnen mögen. Gott erbarm es!“<sup>79</sup>

Verwiesen aus dem Reiche aber wurden sie nicht, wie es anfangs drohend hieß, nur aller Handel ward

<sup>79</sup> Der Königin Decret gegen die in England residirenden Hansen, vom 19. Jan. 1598; Aufschub der Ausführung des Mandats, vom 24. Febr. desselben Jahrs bis zu Ende März; Beschluß des Englischen geheimen Raths vom Stadthofe Besitz zu nehmen, vom 25. Jul. desselb. Jahrs; Schreiben des OIdermanns und Comtoirs zu London an Lübeck, vom 25. Jul. und 13. Aug. 1598, sämtl. in den MSS. Brf. Vol. 234.



ihnen unterlegt, sie schienen halb gefangen in England haften zu sollen für alles, was den Engländern in Deutschland Nachtheiliges begegnen würde. Höchst ernstlich war von der Königin nur das gemeint, daß sie die Ältern, von den Hansen besessenen Grenzbetten nie, wohl aber einige Privilegien im Zoll vor andern Nationen ihnen zugestehen, freyen Handel aber in Deutschland für die Engländer und freye Residenz, gleichfalls unter geringen Abgaben, bewilligt haben wollte.<sup>80</sup>

Ein von dem Könige von Polen an Elisabeth abgefertigter Gesandte, Paul Dzialin, der wegen der den Polnischen Unterschänen und den Hansen von den Englischen Flotten genommenen Güter und wegen der verkümmerten Hansischen Privilegien, zu verb, zu verweigen sprach, ward von der Königin schöbde abgewiesen und ihm der Mangel an Weltkenntniß und dem, was schicklich sey, vorgeworfen; er erhielt von dem geheimen Rathe die bekannte Antwort, welche immer von Elisabeth, in allen diesen Angelegenheiten, ertheilt ward. Eine Hamburgische Legation konnte im Jahre 1599 bey der

<sup>80</sup> Die Antworten, welche die Königin oder ihre Gesandten ertheilten, sind immer dieselben, es hat uns nütz erschienen, sie stets zu wiederholen, vergleiche wegen der Antwort, die sie den Polen ertheilen ließ, Röhl er bey dem Jahre 1597. Was von den Englischen Deputirten zu Bremen dem kaiserlichen Abgeordneten, Baron Winkwitz, und den Städten geantwortet ward, findet sich ebendaf, bey dem J. 1601.

Königinn eben so wenig etwas ausrichten, und dennoch glaubten die Hansen, daß der Zeitpunkt eben jetzt günstiger wäre, da in dem geheimten Rathe ihr vorzüglichster Feind gestorben und ein Theil der Engländer unzufrieden mit den Adventurierern sey, welche wirklich ein gewisses Monopol hatten, wodurch Bauern, Bürger und Adel litten. Mehrere angesehenen Engländer hatten den Bedienten des Comtoirs gesagt, Elisabeth meine es so schlimm nicht, sie möchten um die Wiedereinsetzung in den Stadthof nur anhalten; die Königin werde nachgeben, ihrer Ehre wegen könne sie den ersten Schritt nicht thun. Allerdings lag ihr vorzüglich nur daran, den gewaltsamen Zustand aufzuheben und ihren Unterthanen den Absatz in Deutschland zu verschaffen; aber wahrhaftig waren auch dieß Alles leere oder falsch verstandene Vorspiegelungen, denn die Bedienten des Comtoirs glaubten, daß Elisabeth nun zum gänzlichen Nachgeben geneigt und zwar in den Puncten geneigt wäre, welche die Hansen so sehrlich wünschten, nämlich zur Herstellung ihrer alten Privilegien. <sup>82</sup>

<sup>82</sup> Wegen der Gesandtschaft aus Polen, s. auch Grath a. a. D. und Camden l. c. p. 746. Es berichteten die Polen und Danziger auf einer Versammlung der Städte, daß sie nichts ausgerichtet hätten; siehe Abhler bey dem Jahre 1598. Elisabeth sandte, nach Camden l. c. p. 749., Georg Carew an den König von Polen, im Jahre 1597, ab, der ihr Betragen rechtfertigen und den Polnischen und Preussischen Städten, um sie zu gewinnen

Die Königin verbot ihren Unterthanen, im Jahre 1599, die Ausfuhr nach der Elbe und Weser, aber dieß war schwerlich ernstlich gemeint, sie wollte nur so oder anders zu einer beseynten Residenz für die übrigen in Deutschland gelangen. Es war sehr gutmüthig, wenn die Bedienten des Comtoirs glaubten, daß man durch Eintracht und Beharrlichkeit die Königin schon zum Nachgeben

nen und von den übrigen Hansen zu trennen, freye Schifffahrt auf Spanien, besonders mit Getreide anboth, jedoch alle Kriegsammunition ausgenommen, und der ihnen Hoffnung machen mußte, zu dem Gebruß der alten Privilegien zu gelangen, indest sollten sie diese als Gnade und nicht als Recht annehmen. In Elbing legte er, im Jahr 1598, einige Streitigkeiten bey, die zwischen den Bürgern der Stadt und dem häufig daselbst sich aufhaltenden Engländern ausgebrochen waren. Die Hamburgischen Gesandten waren den 14. May, des Jahrs 1599, in England angekommen, wurden aber nicht zur Audienz bey der Königin gelassen. Der geheime Rath vernahm sie, ließ sie zwey Stunden lang warten und sie erhielten endlich eine schimpfliche Antwort schriftlich; nach einem Schreiben der Vorsteher des Comtoirs an Lübeck, vom 28. Jul. 1599., in den MSS. Brf. Vol. 236. Seldenus in seinem Marculano lib. 2. cap. 20. erwähnt eine Deputation der Hamburger an die Königin, welche um freye Schifffahrt nach Portugal und Spanien für sich und die Hansen gebethen habe, welches die vom J. 1599 gewesen zu seyn scheint.

werde zwingen können. Niemand aber konnte weiter eine solche Hoffnung hegen, der irgend eine zu der Zeit gehaltene Versammlung der Städte betrachtete. Klagen kamen genug vor, daß die Glieder des Bundes zum Theil selbst nicht ernstlich das Mandat zu requiriren suchten, daß mit Ablegung des Namens der Adventuriers die Engländer wieder in Emden, im J. 1599, kurz nachher in Stade angekommen und freudig aufgenommen worden wären, daß kein Beschluß des Kaisers, kein Decret der Hanse treu und ernstlich gehalten werde. Nun wandten sich die Städte an den kaiserlichen Hof, bathen um Erklärung des Mandats, daß nämlich unter den Adventurierern alle Engländer zu verstehen seyen, aber es stand nichts zu erhalten. Indes wurde abermahl mit England unterhandelt, Englische Gesandte kamen nach Bremen, zum Theil in Dänischen, zum Theil in Hanfsischen Angelegenheiten. Der Kaiser sandte dahin seine Commissäre, besonders den Baron Minkwitz; die Städte wollten ernstlich die Sache betreiben, und doch mußte jeder aus dem Anfange der Unterhandlungen sogleich sehen, daß die Königin in nichts wesentlichem nachgeben würde, als plötzlich die Nachricht von ihrem Tode einlief. Nun wollten die Hansen um so weniger weiter sich einlassen, da sie oft das, was ein verstorbener König beharrlich verweigert hatte, von dem Nachfolger alsbald erhielten. Die Unterhandlungen wurden abgebrochen, die Hansen sandten ihre Abgeordneten nach England an den König Jakob;

allein im Jahre 1506 kamen sie mit der Nachricht zurück, alles sey verloren und auch bey diesem Könige alles gänzlich fruchtlos.<sup>82</sup>

<sup>83</sup> S. die gedruckten Nachrichten bey Röbler, bey den Jahren 1598 - 1605. Mehrere Urkunden vorzüglich bey Nymmer, in diesen Jahren; siehe das Urkundens-Verzeichniß bey den Jahren 1599, 1601, 1602, 1603. Anderson bey eben diesen Jahren. Wheeler, der Advocat der Adventurier, sagt, bey dem J. 1601, daß die Hanfen zu Grunde gerichtet wären, und ihre einzige Hülfe noch der Spanische Handel seye; diesen müßten die Engländer ihnen nehmen. Von den zwey und siebenzig weiland mächtigen Städten, sey nur der Nahme noch übrig. — Aus den handschriftlichen Nachrichten wollen wir noch einiges anmerken. Im Jahre 1599 hatten die Engländer sechs Schiffe mit Tüchern nach Emden gesandt, sie behaupteten, keine Adventurier zu seyn; unergründlich, schrieb das Comtoir an Lübeck, am 28. Jul. 1599, (MS. Brf. Vol. 206.) seyen sie in ihren Praktiken. Ebendaselbst kommt vor, wie Parlins mit ihnen, den Vorstehern des Compoirs, privatim unterhandelte, um sie zu vermdgen, im Nahmen der Hanse zu suppliciren, welches sie aber nicht wollten, in der Hoffnung, daß wenn die Städte nur streng aushielten, alles doch gut gehen würde. Der Königin Verboth, daß die Engländer nicht nach der Elbe und Weser handeln sollten, ist vom 11. Jul. 1599, in den MSS. Brf. Vol. 236. — In einem Schreiben der Vorsteher des Comtoirs an Lübeck, vom Anfange<sup>84</sup> des Jahrs 1599, ebendaselbst, melden sie die Unzufriedenheit der Englischen Bauern, Bürger und des

Der zutrennungsvoll schienen sie indeß von diesem Könige eine Erhörung ihrer Bitten erwartet zu haben,

Nobels über die Adventurierer; es würden seit der Unterhandlung des Handels mit Deutschland kaum halb so viele Lächer, als vordem, ausgeschifft. Am Tage, da die Deutschen aus dem Stahlhofe vertrieben worden, sey ihr Hauptfeind, Burglei, Groß Theßaurier, gestorben. Der Kanzler, der Oberrichter und Bewahrer des Siegels sagten: die Adventurierer seyen Monopolisten, und nähmen sie es dem Kaiser nicht abel, daß er sie verbanne. Nur einer der geheimen Räte sey ihr Freund. Die Adventurierer behaupteten dagegen, daß sie in ihrem Handel durch die Englischen Interloper gestört würden, und bathen bey der Königin um Aufrechthaltung ihres Monopols. Die Interloper aber sagten: sie und die Fremden zahlten doppelten Zoll, und beständen doch; wenn man ihnen ihr Gewerbe untersage, so würden die Adventurierer vollends Monopolisten. Auch verfietskete die Königin einem Interloper Jackson, unter dem alten, geringen weiland zu erlegenden Zoll die Erlaubniß, Lächer auszuführen. — In einem Schreiben, vom Dec. des Jahrs 1602, an Hildesheim sagt Lübeck: mit den Engländern sey es nun dahin gekommen, daß im Februar zu Bremen, im Jahre 1603, gütliche Unterhandlungen eröffnet werden sollten, weshalb die Städte im vorigen August eine zwölffache Contribution beliebt hätten; MSS. Hrf. Vol. 235. Ebenndaselbst kommen die Verhandlungen von Wintwiz zu Hamburg und Stade vor. Zu Stade forderte er vom Rathe ein Verzeichniß der Engländer und Eng-

um so schmerzlicher aber empfanden sie nun die spöttische und höhnische Abweisung ihres Gesuchs. Somit blieb

lichen Güter daselbst und machte seinen Auftrag, sie zu arretiren, bekannt. Die Stader aber importirten, wie sie dem kaiserlichen Edicte, von dem Jahre 1597, gefolgt, und drey Jahre nachher auch keinen Engländer aufgenommen hätten; da sie aber gehört, daß man ihnen zu Augsburg, Frankfurt, Ulm, Nürnberg, Hamburg und an anderen Orten im Reich den Aufenthalt verstatte, so hätten sie ein Gleiches gethan, hätten deshalb mit den extremis einzuhalten und gütliche Handlung mit den Engländern zu versuchen, als wozu sie geneigt wären. Die Engländer hielten keine Court, übten kein Monopol, sie, die von Stads, hätten kein Monitorium dagegen erhalten, auch habe die Königin ihre Gegenmandate aufgehoben. Rintwig ließ sich diese Vorstellung gefallen, doch sollten die kaiserl. Decrete in Kraft bleiben, wenn die Königin nicht die Deutschen wieder in den Besitz des Stadhofs setze, ihnen den Genuß ihrer Privilegien verstatte, und binnen vier Monathen ihre Unterhändler nach Deutschland schicken würde. Die Stader wollten dazu allen Fleiß anwenden. Actum 12. Febr. 1602. — Schreiben der Hanse an König Jacob I. und an das Parlament, worin sie um ihre Privilegien bitten; MSS. Brf. Vol. 241. In dem Protocolle einer städtischen Versammlung, von dem Jahre 1604, zu Lübeck; eben daselbst Vol. 236. kommt vorzüglich folgendes vor: Auf den Antrag des Comptirs zu London ward ein abermahliges, weitläuftigeres Schreiben an den König Jacob I. und das Parlament, zu Wiedererlangung

hnen denn nichts übrig, als das, was sie bisher fruchtlos genug gesucht hatten. Sie ermangelten nicht, dem

der Privilegien beschloßen. Es geschieht der zu Bremen mit den Engländern eröfneten Unterhandlungen Erwähnung, und wie dieß durch die Hanfen nach dem Tode der Königin sogleich abgebrochen wurde; ferner wird erwähnt, "daß sie promotoriales beym Kaiser suchten; eine Gefandtschaft nach England befehten, welche Lübeck, Edin, Bremen, Hamburg, Danzig und Stralsund aufgetragen ward, zu welcher man besonders den Dr. Kreffting aus Bremen und Domatru aus Stralsund, als der Sachen kundig, sich erbat. Die Gefandtschaft sollte ausgehobne Vollmacht haben, einen neuen Aldermann und Secretär, wenn es nöthig sey, zu wählen, und zu beschließen, in wie fern die Schriften und das noch übrige Silberwerk des Comtoirs nach Deutschland zu schaffen seyn möchten oder nicht, und ob man den Englischen Tuchmachern und anderen Leuten daselbst ferner eine Pension bewilligen wolle. Die Vorschläge, daß die Wolle aus den Städten nicht ausgeführt werden solle, um die Manufacturen mehr empor zu bringen, ferner alle Ein-, Aus- und Durchfuhr Englischer Lächer durch die Hanse-Städte zu untersagen, und deshalb auch an die Reichsstädte zu schreiben, wurden zum Theil ad referendum genommen. Stade und Elbing, wie man früher theilweise beliebt hatte, sollten nicht von der Hanse ausgestoßen, sondern die amicitia noch versucht werden. — Aus dem Protocoll einer Versammlung der Städte, vom J. 1605, (MSS. Brf. Vol. 236.) erhellet, daß die Gefandtschaft



Kaiser beßhalb zu berichten, sie wollten an das Publicum durch Druckschriften appelliren, an das Parlament sich wenden, worin sie einige Freunde zu haben vermeinten, beym Kaiser um die Haltung der Reichs-Postgesetze, wegen des Ausfuhrverbothes der Wolle anhalten, ein Gesetz, das nie ernstlich gegeben, nie gehalten ward, noch werden konnte; sie wollten die feinen Tuch-Manufacturen in den Städten empor bringen, und freueten sich, daß man es bereits an einigen Orten dahin gebracht habe, daß man eine Elle Tuch zu drittelpfennig bis drey Thälern habe zu Stande bringen können; über die geschlossenen Aemter standen dem Aufkommen solcher Manufacturen gar sehr im Wege, und eine kraftvolle Ordnung, wie sie Lübeck erließ, mochten die andern nicht. Mit Elbing und Stade wollte man negociiren, dann wieder die fiscalische Klage aufschieben, dann beym Rathmetgerichte und dem Reichstage sollicitiren, den Kaiser an sein Pönal-Mandat mahnen, die Kaiserlichen Rärche bestechen, mit dem Englischen Gesandten in Spanien, wohin die Hansen einen Agenten sandten, tractiren. Man sieht aber deutlich genug die Ohnmacht und Verzwelfung aus dem allen hervorleuchten, wie sie unvorsig und ungenüß, dann noch die-

durchaus nichts ausgerichtet, daß ihr spöttisch und höhnisch geantwortet worden, und über die halben Maßregeln, die nun noch zu ergreifen standen, ward gar lang und breit verhandelt.

sein, dann nach jenem griffen, im Innern schon überzeugt, daß nichts weiter helfen werde.<sup>23</sup>

Indeß waren die Adventurierter ungestört zu Stadt angelanded, ja sie hatten beym Kaiser die förmliche

<sup>23</sup> Protocol der Hanfischen Versammlungen, von den Jahren 1605, 1606, 1608, 1609, in den MSS. Brf. Vol. 236, 237, 238. Es kommt in den Acten dieser und der folgenden Jahre häufig vor, daß die Deutsche Wolle nicht nach England geführt werden sollte, wie sonst häufig geschehen; dagegen ward, vergl. Anderson a. a. D., Englische Wolle immer noch von Zeit zu Zeit, durch die Hansen nach den Niederlanden, auch wohl nach Deutschland geführt; auch nach handschriftlichen Nachrichten. Es scheint, daß man gröbere Deutsche Wolle mit Vortheil nach England, und feinere von da selbst nach Deutschland mit Vortheil führen konnte. Auf jeden Fall ist klar, wie schlecht es damals mit der Bereitung feinerer Lächer in Deutschland stand. Aus den Reichstags-Verhandlungen des sechzehnten Jahrhunderts ist einleuchtend, daß, der verschiedenen Lage der einzelnen Theile des Reichs wegen, das allgemeine Verbot der Ausfuhr der Wolle nicht gehalten werden konnte, daß die Städte anfangs dagegen waren, und daß ihre geänderte Meinung keine rechte Ausfuhr fand. — Daß die geschlossenen Kämmer sehr im Wege standen, und daß Lübeck dagegen eine Ordnung erließ, die von den übrigen nur ad referendum genommen ward, kommt in dem Protocoll einer Versammlung, vom Jahre 1619, vor; MSS. Brf. Vol. 241.

Erlaubniß dazu sich zu verschaffen genoußt. König Jacob konnte sogar an den ohnmächtigen Kaiser Rudolph schreiben, und ihn bitten den Contract zwischen der Stadt Stade und den Abventurirern zu confirmiren, voraussetzend, daß er seines so hoch lautenden frühern Edicts nicht mehr gedenken werde. Jacob hielt es nicht einmahl für rathsam in die Bitte der Stadt Stade zu willigen, worin sie auf die immerwährende Residenz der Engländer bey sich antrug, da, wie er klüglich genug sagte, er seine Unterthanen nicht zwingen könne noch wolle einen andern Ort zu wählen, wenn es ihnen gerathener scheinen möchte.<sup>24</sup>

In der That fand sich dieser Ort auch gar bald, denn die Hamburger, eifersüchtig auf Stade, und wohl bekannt mit dem elenden Zustande der Hanse und des Reichs, schlossen, im Jahre 1611, mit den Engländern über eine, in ihrer Stadt zu haltende Residenz, verständig ab, nach den Umständen noch vorsichtig und vor-

<sup>24</sup> Im Protocolle der Hanfischen Versammlung, vom Jahre 1608, a. a. D., kommt vor, daß Stade ein widerliches Decret beym Kaiser ausgewirkt habe, daß Gran sin, Hanfischer Agent beym kaiserlichen Hofe, Vorstellung dagegen machen, den kaiserlichen Rikol eines bessern belehren, und den kaiserlichen Råthen von der Städte thåtigen Erkenntlichkeit etwas unter den Fuß geben solle. Die Briefe von dem Könige Jacob an Stade, Nov. 1608, und an den Kaiser Rudolph, wahrscheinlich von demselben Jahre, stehen in den MSS. Brf. Vol. 238.

theilhaftig genug. Sie gingen den Vertrag auf unbestimmte Zeit, gleichsam auf immer ein, erneuerten und erweiterten ihn im Jahre 1628. Auf die Vorwürfe der Hansen mußten sie geantwortet, auch wurden sie ihnen in reichem Maße zugesellt, blieben aber die Antwort nicht schuldig. Der Kaiser hatte ihnen dazu ein Indult, jedoch keine Confirmation bewilligt. Nicht, obwohl das wollten die Hamburger übernehmen, in England zu werben, daß nämlich den Hansen daselbst die Gleichstellung mit den Eingeborenen des Landes im Zoll bewilligt würde, eine Sache, welche die Bundesfreunde unter Elisabeth immer stolz verworfen hatten, und jetzt allmählig nur allzusehr zu wünschen schienen. Auch dieser Vortheil, den sie früher so leicht hätten behaupten können, war und blieb für sie verloren; Hamburg trübte sich nur noch, durch ihren Vertrag, den Hansen den Stahlhof in England wieder verschafft zu haben. Jedoch war dieser Hof, so wie die übrigen Gebäude, ohne die von nun an auf immer verscherzten Privilegien, wenig mehr werth.

Unter keiner der folgenden Regierungen konnten weder die alten Privilegien, noch die Gleichstellung im Zoll mit den Eingeborenen erhalten werden. Der dreißigjährige Krieg brach aus, der Bund löste sich immer mehr auf, und der Altengländische, privilegierte Handel mit England hatte für immer ein Ende.<sup>55</sup>

<sup>55</sup> Die bereits angeführten Proccesse, so wie die der folgenden Jahre, z. B. von 1622, 1623 u. s. w.,

• Gleich beym Ausbruch des Streits, zu Zeiten der Königin Elisabeth, konnte jeder, der mit dem innern Zustande der Hanse, Deutschlands und Englands bekannt war, nur dieß und kein anderes Ende erwarten. Die Uneinigkeit unter den Gliedern des Bundes, endlich der schlechte Zustand des Comtoirs zu London selbst, die Treulosigkeit seiner Vorsteher, ihre Unfähigkeit, ihr Eigennuz mußten das Unglück, statt es zu mildern oder aufzuhalten, nur noch beschleunigen und vermehren. Es ist billig davon noch einiges zu erwähnen.

Schon während der Regierung der Königin Elisabeth ward auf Cölns Vorschlag, um das Jahr 1591, Thor Loh, oder Thor Loh, zum Aldermann des Comtoirs, mit 100 Pfund Gehalt und freyer Wohnung, bestellt. Es fehlte sehr, seit Zimmermanns Abgange, im Jahre 1588, an geschickten Männern zu diesem Amte. Ein gewisser Hintmann hatte seit der Zeit gleichsam eigenmächtig dem Ganzen vorgestanden, und er dirigitirte auch, seit Thor Lohs Ernennung, im Grunde ferner fort; dieser war nur zum Schein da, die Engländer nannten ihn eine Aldermanns-Puppe; Hintmann aber, im Streit mit andern auf dem Comtoir Residenten,

in den MSS. Brf. Vol. 232, 240.; vergl. auch die gedruckten Nachrichten bey Kbhler bey denselben J., Hüberlin u. a. Der Vertrag von den Jahren 1611 u. 1618, zwischen Hamburg und den daselbst residirenden Engländern, ist bereits verschiedentlich gedruckt, vergl. Beylage b. d. J.

schien es entschieden mit der Königin und mit den Engländern zu halten. Einige hintere Häuser (Achterkammern), beym Stahlhof, an der Kirche, die Themse hinab belegen, hatten die Deutschen auf verschiedene Jahre sich zu verschaffen gewußt. Hintmann hatte, während seiner Direction, sie an Englische Tuchmacher vermietet, und diese ließen sich ungeschweht verlauten, daß die Deutschen sie bald ganz einbüßen würden. Eine von dem Stahlhofe abgesonderte Straße, weiland von Deutschen bewohnt, war nun von Englischen Handwerkern besetzt, und der Major der Stadt übte daselbst bereits die Jurisdiction. Ja schon damals hatte Hintmann, innerhalb der Pforten des Stahlhofs, die besten Warenhäuser an Engländer vermietet, und den Hanfen wurde der Raum, unter nichtigem Vorwande, abgeschlagen. So parteylsch aber verfuhrn der Oibermann und Hintmann, daß sie den Engländern verflatterten mit falscher Wage zu wiegen, während der Deutschen Güter durch Königl. Bediente genau und streng gewogen wurden. Der Lord Major, so klagten die Residenten, werde bald im Innern der Pforte regieren und einen Pferdestall daraus machen; Thor lahn und Hintmann gingen nicht an Hof, nicht auf die Börse, sie verträten die Deutschen nicht, sie bauerten und rissen ein nach Wohlgefallen, legten keine Rechnung ab, und wie die Klagen weiter laurten. Diese ungehildten und treulosen Bedienten wurden von der Hanse abgesetzt, Hermann Langerman, als Oibermann, und Heinrich Damsdorff zum

Secretär bestellt. Aber jene hatten zur Verachtung der Hanse so beigetragen, daß niemand ihr Ansehen wieder herzustellen vermochte, vollends als die Streitigkeiten mit der Königin und deren Decrete sie nun aus dem Hofe vertrieben.<sup>86</sup>

Die Einkünfte nahmen indeß stets ab. Die Vossiger des Comtoirs erhielten almsosenweise von den Städten kaum etwa die Hälfte ihres Gehalts; so von ihnen verlassen, baten sie den König Jacob wieder um die Zulassung zu ihrem Stahlfhofe, und versprochen entgegenmäßig eine Residenz für die Engländer in Deutschland. Zwar nahmen die Hanse-Städte dieß sehr übel auf, jedoch gelangten die in England Residenten eben dadurch wieder zum Besiß ihrer Höfe daselbst, obschon ohne die vormals daran geknüpften Privilegien.<sup>87</sup>

Die Finanznoth, der abnehmende Handel und die abnehmenden Einkünfte machten, daß die Städte den Beschluß faßten, die Häuser zu Vossin und Linn zu verkaufen, aber sie fanden kein annehmlches Gebot. Des Comtoirs noch übriges Silberwerk ward nach Zürich gebracht, so wie dessen Schriften, Freybriefe und

<sup>86</sup> Protocoll der Versammlungen, von d. Jahre 1591, in den MSS. Brf. Vol. 233.

<sup>87</sup> Nach dem Protocoll der Versammlung von dem J. 1606. Indes behaupteten die Hamburger später, daß den Deutschen der Stahlfhof, wegen ihres mit den Engländern eingegangenen Contractis, wäre eingeräumt worden.

den Eitel. Das Silber ward eingeschmolzen, um die Vorsteher, die man noch, in Hoffnung besserer Zeiten, beibehielt, daraus zu unterstützen. Ein bloßer Inspector, Namens Goldschos, ward endlich bestellt, ihm wurde ein kleiner Gehalt ausgesetzt, und aufgegeben einen Theil der Häuser zu verkaufen, die andern zu vermischen und daraus die Reparatur-Kosten des übrigen Theils zu bestreiten.<sup>22</sup>

Ueber diesen Verwieser der Niederlage aber entstanden alsbald Klagen. Mit seiner Rechnung war man unzufrieden; alles zerfiel; Weiber wohnten auf dem Stadhofe. Als Goldschos starb, so ward Jangermann an seine Stelle erwählt, diesem folgten andere. Einiges ward durch Vermietzen der Häuser an Engländer und Deutsche, selbst noch in spätern Zeiten, gewonnen. Von dem althanseatischen Handel, den Freiheiten, die daran geknüpft gewesen, war aber bald gar nicht einmal mehr die Rede.<sup>23</sup>

Während der Regierung Königs Jacob und dessen nächsten Nachfolgers waren die Vorschriften der vereinigten Niederlande, als damaligen Bundesgenossen der

<sup>22</sup> Protocol der Hausschen Versammlungen von den Jahren 1606, 1609, 1612, 1615 a. a. D. Protocol der Versamml. von dem Jahre 1614.

<sup>23</sup> So kommt in Lübeck's allgemeiner Hausschen Rechnung, von dem Jahre 1668, noch vor: Empfangen vom Stadthof zu London im J. 1636: 4200 Thaler und 1000 rthl. im J. 1656.



Hanse, alles, was zur Hülfe noch übrig blieb: allein etwas recht erspriessliches war doch auch davon nicht zu erwarten; an die Erinnerung der alten Vorrechte war gar nicht mehr zu denken. Bey der Republik England suchten die noch übrigen verbundenen Städte, und es waren ihrer damals nur noch sehr wenige, etwa zwey bis drey, durch ihren Gesandten Leo von Alsema einige Begünstigungen; aber sie wurden, wie es scheint, höflich abgewiesen. Cromwell bewilligte ihnen, daß sie in den zwischen England und Frankreich geschlossenen Frieden mit eingeschlossen würden, eine Sache, die gar unschuldig war, die sie in so späten Zeiten bey mehreren Mächten suchten und leicht erhielten, die auch früher ähnlich gewesen und wobey weiter von alten Freyheiten auch nicht einmal mehr die Rede war. Wenn Carl II. aber einzelnen Städten, Hamburg, Bremen, Lübeck und Danzig auf einige Zeit die Befreyung von der Navigations-Acte zugestand; so war dieß zwar ein recht großer Vortheil, wenn er nur dauernd hätte behauptet werden können: allein es war schon keine alte und kraftvolle Hanse mehr, es waren nur noch einzelne Städte übrig, welche dieser Freyheit theilhaftig wurden, nur auf diese und die neue Hanse beziehen sich diese Freyheiten. Mit Elisabeths Absterben hat die Althansatisch-Englische Geschichte bereits ein Ende.<sup>20</sup>

<sup>20</sup> Die Verbindung der Hansen mit den vereinigten Niederlanden s. oben. Wegen der Urkunden, die auf die Verhältnisse zwischen England und den noch übr-

Königin eben so wenig etwas ausrichten, und dennoch glaubten die Hansen, daß der Zeitpunkt eben jetzt günstiger wäre, da in dem geheimen Rathe ihr vorzüglichster Feind gestorben und ein Theil der Engländer unzufrieden mit den Adventurierern sey, welche wirklich ein gewisses Monopol hatten, wodurch Bauern, Bürger und Adel litten. Mehrere angesehenen Engländer hatten den Bedienten des Comtoirs gesagt, Elisabeth meine es so schlimm nicht, sie möchten um die Wiedereinsetzung in den Stathof nur anhalten; die Königin werde nachgeben, ihrer Ehre wegen könne sie den ersten Schritt nicht thun. Allerdings lag ihr vorzüglich nur daran, den gewaltsamen Zustand aufzuheben und ihren Unterthanen den Absatz in Deutschland zu verschaffen; aber wahrhaftig waren auch dieß Alles leere oder falsch verstandene Vorspiegelungen, denn die Bedienten des Comtoirs glaubten, daß Elisabeth nun zum gänzlichen Nachgeben geneigt und zwar in den Puncten geneigt wäre, welche die Hansen so sehnlich wünschten, nämlich zur Herstellung ihrer alten Privilegien. <sup>81</sup>

<sup>81</sup> Wegen der Gesandtschaft aus Polen, s. auch Graslath a. a. D. und Camden l. c. p. 746. Es berichteten die Polen und Danziger auf einer Versammlung der Städte, daß sie nichts ausgerichtet hätten; siehe Röhlert bey dem Jahre 1598. Elisabeth sandte, nach Camden l. c. p. 749., Georg Carew an den König von Polen, im Jahre 1597, ab, der ihr Betragen rechtfertigen und den Polnischen und Preussischen Städten, um sie zu gewin-

gen Beyträge zu erhalten. Der damalige Verweser des Stadthofs, Jacobfen, schrieb, bat und flehte bey Lübeck; diese Stadt trug die Noth den übrigen vor, schriftlich und auf den letztern schwachen Versammlungen, von den Jahren 1668 und 1669 mündlich, ohne daß man eine entscheidende Hülfe erhalten konnte. Jacobfen bat, daß nur der vordere Theil der ehemahligen Hanfschen Häuser, nach der Straße oder der Themse hin wieder ausgebaut werden sollte, um die Engländer zu beruhsigen: allein da niemand contributren wollte, so schlug er vor, daß man den Bau durch Engländer auf ihre Kosten betreiben lassen möge, welche denn den Vorschuß abwohnen sollten. Indes konnten die Städte diesen keine Gewißheit wegen Entschädigung geben, wenn sie etwa herausgeworfen würden. So mißglückte auch dieser Vorschlag sogleich; doch fanden sich späterhin einige, da man, durch eine Erklärung des Königs, vom Jahre 1668, im Besitz gesetzt ward. Mancher Ausschub des Besitzes eingreifens des leeren Platzes durch den Fluss, ward bey'm Könige und dem Parlamente ausgewirkt. Lübeck drang von neuem auf die Contribution der Städte, niemand sollte gezwungen werden, und jeder, zu Folge seines Beytrags, die Dividende von der Mische erhalten; aber es war so gut als nichts gemeinschaftliches mehr zu Stande zu bringen, wie kläglich auch Lübeck über die Schmach that „solch ein Monument alter Größe“ zu verlassen. Der Verweser drohte alles aufzugeben, da er manche Vorschüsse gemacht hatte.

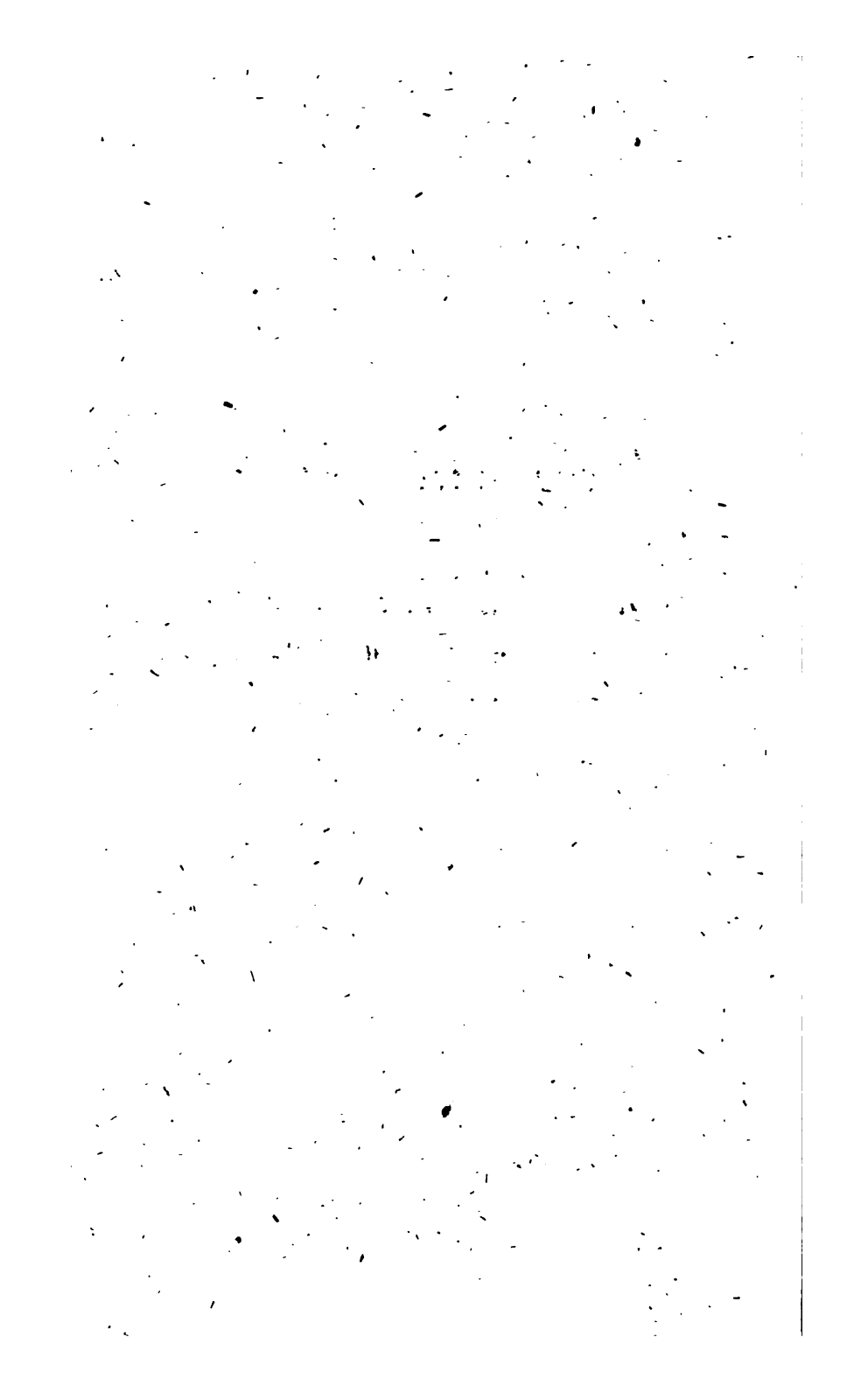
Wollte allen Antheil aber die alten, vordem zum Bunde gehörenden Städte ausschließen, wagte man auch nicht, wiewohl sie nicht getragen konnten oder wollten. Hamburg erbot sich endlich einen Theil des Hofes wieder aufzubauen, ein anderer sollte von den übrigen Städten, auf gemeinschaftliche Kosten errichtet werden. Nichts endliches konnte auf diesem letzten Hanse-Tage, vom Jahre 1669, zu Stande kommen. Was später geschah war das Werk der neuen Verbindung der drei oder vier Städte, die nach der Zerstörung des Ganzen noch einiger Maßen zusammen blieben.<sup>92</sup>

<sup>92</sup> Die Nachrichten wegen der letzten Verhandlungen, über die Erhaltung des Stadhofs, finden sich in d. MSS. Brf. Vol. 250, 251, in folgenden Acten: Schreiben Lübeds an Braunschweig, vom 9. Sept., u. 25. Nov. 1667; Jacobsens an Lübed, vom 28. Oct. desselben Jahrs; Schreiben Lübeds an Braunschweig, v. 29. Febr. 1668; Protocol der Versamml. der Städte Lübed, Hamburg, Braunschweig und Bremen, zu Lübed im Jul. 1668; Schreiben Lübeds an Braunschw., vom 15. Sept. 1668, 28. Jan. 1669; Bremens und Hamburgs an Braunschweig, vom 26. u. 27. April 1669; Protocol der Versammlung vom Jahre 1669; Jacobsens Schreiben aus London an diese Versammlung, vom 28. May, 1669.

## Achtzehntes Buch.

---

Der dritten Periode sechster Abschnitt:  
Verhältniß der Hanse zu Frankreich, Portugal,  
Spanien und Italien.



---

## Achtzehntes Buch.

### Verhältniß der Hanse zu Frankreich, Portugal, Spanien und Italien, während der dritten Periode.

---

Der Verkehr der Hansen mit Frankreich scheint zu Anfang dieser Periode noch immer unvollkommen gewesen zu seyn; wenige Nachrichten sind darüber vorhanden; der ganze damalige Zustand läßt nichts anders erwarten. Frankreich hatte im Kunstfleiß noch wenige Fortschritte gemacht; Wein und Salz mochten etwa die Hauptproducte seyn, die man daselbst eintauschen konnte. Indesß wurden von alten Zeiten her, besonders die nördlichen Küsten, von den Hansen besucht, vornehmlich Rochelle; auch wurden die Güter, welche der Zwischenhandel den Hansen gewährte, von ihnen zum Theil wohl hieher geführt, wenn nicht der Niederländische, allgemeine Markt, wo Deutsche und Franzosen gemeinschaftlich hinkamen, bereits zu dem wechselseitigen Tausche zu-  
reichete.

Die Streitigkeiten zwischen Frankreich und England, die ewigen Feinden zwischen beyden Theilen, hatten die Fahrt der Hansen auf Frankreich oft gestört, viele Klagen und Verträge waren darüber entstanden; dieß Uebel schien indesß jetzt etwas nachzulassen. Als Blandern immer

mehr aufhörte der allgemeine West-Europäische Markt zu seyn, so mag auch der directe Verkehr zwischen Frankreich und den Hansen immer mehr zugenommen haben. Auf jeden Fall; aber scheint es, daß die Oberdeutschen Städte, besonders nach Lyon hin, einen weit größern Verkehr mit Frankreich hatten, als die Hanseaten; denn jene haben wenigstens weit mehrere Freybriefe und Privilegien von den Königen von Frankreich, als diese, aus jenen Zeiten aufzuweisen.<sup>1</sup>

Die Nachrichten sind zu Anfang dieser Periode noch sehr spärlich. In den ersten Jahren des sechzehnten Jahrhunderts kommt die Klage vor, daß Französische Seeräuber sich bis nach der Ostsee gewagt und dort ein Lübeckisches Schiff aufgebracht hätten, weshalb eine Deputation an König Franz. I. gesandt ward oder abgesandt werden sollte.<sup>2</sup>

In den Streitigkeiten dieses Königs mit Carl V. wurden den Hansen von jenem Antrags zur Freundschaft

<sup>1</sup> Die Privilegien für die Deutschen Kaufleute in den Privilegien des Stilles und bey Lönig, vergleiche Werlage, aus dem sechzehnten Jahrhunderte gehen offenbar nur die Oberdeutschen Städte an. Die Hansen reden nie von diesen Privilegien. In allen Hanseischen Acten werden bloß die wenigen erwähnt, welche die Hansen wirklich in frühern Zeiten erhalten hatten, deren in den beyden ersten Theilen dieses Werks ist gedacht worden, und die von Zeit zu Zeit in dieser Periode bestätigt wurden.

<sup>2</sup> Köhler, bey dem Jahr 1559.



und längeren Verblindung gemacht, Anträge nicht nur zur Befestigung der alten Freyheiten, sondern auch zu ihrer Vermehrung, wie er denn bey allen Deutschen Fürsten und Ständen, während seiner Thron- mit dem Kaiser verglichen Verbindungen suchte. Als der königliche Antrag auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1535, vorkam, entging es auch den Erbkönigen gar nicht, daß Franz I. ohne Zweifel verborgene Absichten dabey habe, und daß man, wegen seiner Verhältnisse mit dem Kaiser, bey einer an ihn abzuordnenden Gesandtschaft mit Vorsicht zu Werke gehen müsse: so nämlich äußerten sich Braunschweig, Cöln und andere bestimmte darüber. Die letzte Stadt war der Meinung, man solle nur den Antrag benutzen, um einige in Frankreich confisquirte Lächer wieder zu erhalten, und den Secrétaire des Comtoirs in Brügge vernehmen, in wie fern er etwa in Bezug auf den Französischen Handel von seinen Obern beauftragt sey. Auf Bremens Antrag wurden die alten Französischen Privilegien, vom König Philipp, aus dem dreizehnten Jahrhunderte verlesen.<sup>3</sup> Danzig war für die Verfolgung des Antrags, für die Absfertigung einer Gesandtschaft nach Frankreich. Andere waren lauer und furchtsamer, sie wollten der Majorität beitreten. Hamburg meinte man müsse erst wissen, was der König weiter beabsichtige, und den Secrétaire von

<sup>3</sup> Vergl. wegen dieser Privilegien, was in den beyden vorhergehenden Theilen dieser Hanseischen Geschichte erwähnt worden ist.

Mühsge-verstehen, warum man der bisherigen Franzö-  
 sischen Privilegien sich nicht mehr bediene. Lübeck hatte  
 keinen unmittelbaren Verkehr mit Frankreich, auch die  
 übrigen Städte gleichfalls nicht, oder wenigstens einen  
 unbedeutenden. Die noch bey dem Bunde haltenden  
 Niederländischen Communen, namentlich Campen schie-  
 nen am meisten dabey interessirt. Die letzte Stadt  
 äußerte sich dahin, daß sie vor fünfzig Jahren die Fran-  
 zösischen Privilegien habe confirmiren lassen, daß sie die  
 Originale verwahre, die Copien aber darnach nach Lü-  
 beck geschickt, nachher auch noch Ein Wahl die Confir-  
 mation der Freyheiten ausgewirkt habe; daß etwa vor  
 siebenzehn bis achtzehn Jahren nach Frankreich gesandt  
 worden wäre, wegen des Nachtheils, welcher von Fran-  
 zösischer Seite den Städten zugesügt worden; daß die  
 von Hansen zustehenden Freyheiten beym Pariser Parla-  
 ment verwahrt würden, daß sie aber allmählig außer  
 Übung gekommen, da man ihre Renovation verläumet  
 habe, gleichwohl in Frankreich Sitte sey, daß wie dem  
 Tode eines Königs alle von ihm ertheilten Freyheiten  
 auch stürben. Der Handel nach Frankreich betreffe vor-  
 züglich den Salzkauf; man möge eilen diesen Antrag  
 zu benutzen. Der Secretär der Niederländischen Fac-  
 tory erzählte von alten, zu Brügge in Copie vorhan-  
 denen, Französischen Freybriefen. Lübeck war der Mei-  
 nung, daß man eine Gesandtschaft an den König ab-  
 fertigen sollte; allein dieß schien der Verhältnisse wegen,  
 worin der Kaiser zum Könige stand, wenig Befall zu

finßen. Man begnügte sich daher durch das Comtoir zu Brügge, den Antrag weiter verfolgen zu lassen, indem, wenn auch weiter nichts erhalten würde, als die Sicherheit in Französische Häfen einzulaulen und freyen Handel daselbst zu betreiben, dieß auch schon wichtig genug sey.<sup>4</sup>

Diesem zu Folge ward denn das Jahr darauf (1536) eine Confirmation der frühern Freyheiten von Franz I. erworben. Aber diese gewährte weiter nichts, als was früher bereits von anderen Königen war verstattet worden: Schutz nämlich gegen die durch Franzosen veranlaßten Störungen des Verkehrs zu Wasser und Land und in den Häfen des Reichs, worüber Klagen entstanden waren. Es bestätigte der König die alten von seinen Vorfahren ihnen ertheilten Freyheiten; er bewilligte freye Ein- und Ausfuhr aller nicht verbotenen Güter, bey Bezahlung der früher gewöhnlichen, geringen Abgaben, freyen Verkehr mit seinen Untertanen zu Wasser und zu Land. Dieß aber ist es auch alles, was man daraus erfährt; über den Gang und Umfang dieses Verkehrs ist weiter gar nichts daraus abzunehmen. Eben so wenig mehr erhellet aus dem Freybriefe von Heinrich II., den die Hansen sechszehn Jahre nachher erhielten, und der genau in denselben allgemeinen Ausdrücken, wie der frühere, abgefaßt ist.<sup>5</sup>

<sup>4</sup> Nach dem Protocolle des Hanse-Tags, von d. J. 1535, in den MSS. Brf. Vol. 216, u. dem MS. Hafn. b. d. J.

<sup>5</sup> Vergl. die Beplage, bey den Jahren 1536, 1552.

Indeß scheint der Hanfische directe Verkehr mit Frankreich, wie es ohnehin aus dem bessern Gedeihen jenes Landes, und dem Verfall des Niederländischen, allgemeinen Marktes, sich von selbst ergeben mußte, in dieser Zeit immer mehr und mehr zugenommen zu haben. Oefters kam der Antrag vor, da zugleich von Zeit zu Zeit Hanfische Schiffe von Franzosen und den mit ihnen meist gleichmäßig handelnden Schotten aufgebracht würden, für immer einen Hanfischen Advocaten, Procurator oder Gesandten in Frankreich zu halten, auch wohl eine besondere städtische Gesandtschaft an die Könige von Frankreich abzusenden, da diese zu Folge der verschiedenen politischen Conjunctionen bald mehr bald weniger den Hansen sich näherten, und ihnen freundliche Anträge, größere und schönere Hoffnungen machen ließen. Allein nicht nur Jahrzehende, sondern ein halbes Jahrhundert hindurch, ist über diese Vorschläge viel und mannigfaltig verhandelt worden, ohne daß jedoch je diese Pläne und Hoffnungen ganz scheitern erfüllt und ausgeführt worden zu seyn. Theils lag die Schuld an der Langsamkeit, womit alle Hanfische Beschlüsse zu Stande kamen, an den schlechten Finanzen, welche die schönsten Gelegenheiten so oft verschmerzen ließen, theils an dem immer mehr einbrechenden Verfall des Bundes, theils an den Unruhen, die in Frankreich ausbrachen, an den Kriegen, die über Europa kamen, und endlich an den schwankenden Gesinnungen des Französischen Hofes selbst.

So ward bereits, im Jahre 1549, beschlossen, daß ein solcher Advocat, oder nach neuerm Ausdruck, ein Consul in Frankreich gehalten werden, und daß die Niederlage zu London ihm den Gehalt auszahlen sollte; aber die letztere mag sich dessen gewelgert haben, und selbst die kleinste Ausgabe war damals bereits so schwer auszumitteln, als daß acht oder zehn Jahre vergingen, bis man sich endlich dahin zu vereinbaren schien, daß von den Hansischen Schiffen, die nach Frankreich führen, eine Abgabe zur Bestreitung des Soltes, für jenen anzustellenden Bedienten, erhoben werden sollte, ohne jedoch das erwünschte Werk wirklich zu Stande zu bringen. \*

Indeß wurden die Ausdrags von Seiten Frankreichs zu Anfang der Regierung Karls IX. und während der Regentschaft seiner Mutter, immer mehr erneuert, und es wurden den Hansen Hoffnungen zu größern Freyheiten gemacht. Es waren ihre Streitigkeiten mit der Königin Elisabeth von England nicht unbekannt, und man hoffte von Französischer Seite dieser durch ein engeres Anschließen an die Hansen wege zu thun, ihr, die von Catharina von Medicis so gehaßt war.

So kommt denn auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1562, vor, daß man von Französischer Seite den Bundesfreunden eine Niederlage, oder ein Comtoir an

\* In Folge des Protocolls des Hanse-Tags, von den Jahren 1549 und 1559, in den MSS. Brf. Vol. 217, 220. und in dem MS. Hafa. bey den J. 1549, 1557.

anem gelegenen Orte, verflatten wolle, und die Privilegien zu vermehren geneigt sey. Lübeck; damahls immer für das Aufblühen der in den Niederlanden wieder zu errichtenden Factoren zu Antwerpen aufs eifrigste besorgt; unter andern, weil ihre Bürger unmittelbar nach Frankreich, der Entfernung wegen, wenig handelten, war zwar gegen diese Begründung einer neuen Niederlage in Frankreich, indem sie fürchtete, daß diese der Niederländischen schädlich seyn würde, und daß beyde aufrecht zu erhalten, um so schwerer seyn müsse, da; wenn Krieg zwischen Spanien, den Niederlanden und Frankreich ausbreche, man dennoch genöthigt seyn werde, eine von beyden aufzugeben. Lübeck setzte ferner hinzu: seht sey man von Französischer Seite zwar bereit, die Kosten zur Errichtung einer solchen Factoren zu tragen, und andere günstig genug lautende Versprechungen zu geben; wenn man aber einmahl sich dort werde niedergelassen haben, so würde ganz anders verfahren werden. Ueberall sey bey den jetzigen Unruhen, eine Gesandtschaft nach Frankreich abzufertigen, gefährlich, die Sache zu lange aber auszuschieben bedenklich, und wie man sich auch immer benehmen möge, den Antrag ganz abzulehnen oder anzunehmen mit gleicher Gefahr verbunden, weßhalb man wohl am besten thäte, sich im Allgemeinen nur auf die Confirmation der alten Privilegien zu beschränken.

Indeß hielten andere dafür, daß es nichts ganz unerhörtes sey, eine Residenz in Frankreich zu haben,

da man vordem bereits auf einige Jahre eine solche zu Bordeaux gehabt habe; als man einst mit Brügge zerfallen sey, daß der gemeine Kaufmann damahls gute Geschäfte bereits daselbst durch Tücher, Wein und andere Artikel gemacht habe, und daß gar wohl zu Antwerpen und Frankreich Comtoirs zu gleicher Zeit bestehen könnten, die, mit einander in Correspondenz, dem Ganzen höchst zuträglich seyn würden, vollends, wenn das Comtoir zu London eingehehen sollte, und wenn man in Frankreich die in England verscherten Privilegien wieder erhalten könne: da in dem ersten Lande ja auch bereits zum Theil gute Wollze gefunden und auch einige gute Tücher daselbst gemacht würden.

Wirklich ward denn auch dem am Dänischen Hofe accreditirten, Französischen Gesandten, Carl Danjon, der den Antrag gemacht, und das Ganze betrieben hatte, freundlich geantwortet, vorläufig eine Gesandtschaft befehle und die ihr mitzugebende Instruction beschließen.

Die letztere gibt einige Auskunft über den Handel, über die Hoffnungen und Wünsche der Hanse; sie lautet in Ihren Hauptpuncten also. Die Gesandtschaft solle die Confirmation der alten Freyheiten zunächst begehren, die Gesinnung der Königin Mutter, in Bezug auf die Errichtung eines Comtoirs in Frankreich, näher zu erforschen bemüht seyn, und im Allgemeinen die Geneigtheit der Hanse dazu, wenn es anders mit ihren anderweitigen Geschäften bestehen könne, erklären, sich zugleich aber bey den Comodiren zu Antwerpen und

drey Stiegel. Das Silber ward eingeschmolzen, um die Vorsteher, die man noch, in Hoffnung besserer Zeiten, beybehielt, daraus zu unterstützen. Ein bloßer Inspector, Namens Goldschoe, ward endlich bestellt, ihm wurde ein kleiner Gehalt ausgeworfen, und aufgegeben einen Theil der Häuser zu verkaufen, die andern zu vermieten und daraus die Reparatur-Kosten des übrigen Theils zu bestreiten.<sup>22</sup>

Ueber diesen Verwieser der Niederlage aber entstanden alsbald Klagen. Mit seiner Rechnung war man unzufrieden; alles zerfiel; Weiber wohnten auf dem Stadhofe. Als Goldschoe starb, so ward Langermann an seine Stelle erwählt, diesem folgten andere. Einiges ward durch Vermietten der Häuser an Engländer und Deutsche, selbst noch in spätern Zeiten, gewonnen. Von dem althanseatischen Handel, den Freyheiten, die daran geknüpft gewesen, war aber bald gar nicht einmal mehr die Rede.<sup>23</sup>

Während der Regierung Königs Jacob und dessen nächsten Nachfolgers waren die Vorschreiben der vereinigten Niederlande, als damahligen Bundesgenossen der

<sup>22</sup> Protocoll der Hanfsichen Versammlungen von den Jahren 1606, 1609, 1612, 1615 a. a. D. Protocoll der Versamml. von dem Jahre 1614.

<sup>23</sup> So kommt in Lübecks allgemeiner Hanfsichen Rechnung, von dem Jahre 1668, noch vor: Empfangen vom Stadhoff zu London im J. 1636: 4200 Thaler und 1000 rthl. im J. 1656.



Hanse, alles, was zur Hälfte noch übrig blieb: allein etwas recht erpressliches war doch auch davon nicht zu erwarten; an die Gewinnung der alten Vorrechte war gar nicht mehr zu denken. Bey der Republik England suchten die noch übrigen verbundenen Städte, und es waren ihrer damals nur noch sehr wenige, etwa zwey bis drey, durch ihren Gesandten Leo von Alkema einige Begünstigungen; aber sie wurden, wie es scheint, höflich abgewiesen. Cromwell bewilligte ihnen, daß sie in dem zwischen England und Frankreich geschlossenen Frieden mit eingeschlossen würden, eine Sache, die gar unschuldig war, die sie in so späten Zeiten bey mehreren Mächten suchten und leicht erhielten, die auch früher ähnlich gewesen und woben weiter von alten Freyheiten auch nicht einmal mehr die Rede war. Wenn Carl II. aber einzelnen Städten, Hamburg, Bremen, Lübeck und Danzig auf einige Zeit die Befreyung von der Navigations-Acte zugestand; so war dieß zwar ein recht großer Vortheil, wenn er nur dauernd hätte behauptet werden können: allein es war schon keine alte und kräftvolle Hanse mehr, es waren nur noch einzelne Städte übrig, welche dieser Freyheit theilhaftig wurden, nur auf diese und die neue Hanse beziehen sich diese Freyheiten. Mit Elisabeths Absterben hat die Altkonföderation Englische Geschichte bereits ein Ende. <sup>90</sup>

<sup>90</sup> Die Verbindung der Hansa mit den vereinigten Niederlanden s. eben. Wegen der Urkunden, die auf die Verhältnisse zwischen England und den noch übr-

einem gelegenen Orte, verflotten wolle, und die Privilegien zu vermehren geneigt sey. Lübeck, damals immer für das Aufblühen der in den Niederlanden wieder zu errichtenden Factoren zu Antwerpen aufs eifrigste besorgt, unter andern, weil ihre Bürger unmittelbar nach Frankreich, der Entfernung wegen, wenig handelten, war zwar gegen diese Begründung einer neuen Niederlage in Frankreich, indem sie fürchtete, daß diese der Niederländischen schädlich seyn würde, und daß beyde ansecht zu erhalten, um so schwerer seyn müßte, da, wenn Krieg zwischen Spanien, den Niederlanden und Frankreich ausbreche, man dennoch genöthigt seyn werde, eine von beyden aufzugeben. Lübeck setzte ferner hinzu: seht sey man von Französischer Seite zwar bereit, die Kosten zur Errichtung einer solchen Factoren zu tragen, und andere günstig genug lautende Versprechungen zu geben; wenn man aber einmahl sich dort werde niedergelassen haben, so würde ganz anders verfahren werden. Ueberall sey bey den jetzigen Unruhen, eine Gesandtschaft nach Frankreich abzufertigen, gefährlich; die Sache zu lange aber aufzuschieben bedenklich, und wie man sich auch immer benehmen möge, den Antrag ganz abzulehnen oder anzunehmen mit gleicher Gefahr verbunden, weshalb man wohl am besten thäte, sich im Allgemeinen nur auf die Confirmation der alten Privilegien zu beschränken.

Indes hielten andere dafür, daß es nichts ganz unerhörtes sey, eine Residenz in Frankreich zu haben,

da man vormem bereits auf einige Jahre eine solche zu Bordeaux gehabt habe, als man einst mit Brügge zerfallen sey, daß der gemeine Kaufmann daimahls gute Geschäfte bereits daselbst durch Tücher, Wein und andere Artikel gemacht habe, und daß gar wohl zu Antwerpen und Frankreich Comtoire zu gleicher Zeit bestehen könnten, die, mit einander in Correspondenz, dem Ganzen höchst zuträglich seyn würden, vollends, wenn das Comtoir zu London eingehen sollte, und wenn man in Frankreich die in England verscherzten Privilegien wieder erhalten könne: da in dem ersten Lande ja auch bereits zum Theil gute Wolle gefunden und auch einige gute Tücher daselbst gemacht würden.

Wirklich ward denn auch dem am Dänischen Hofe accreditirten, Französischen Gesandten, Carl Danzay, der den Antrag gemacht, und das Ganze betrieben hatte, freundlich geantwortet, vorläufig eine Gesandtschaft beleihe und die ihr mitzugebende Instruction beschloffen.

Die letztere gibt einige Auskunft über den Handel, über die Hoffnungen und Wünsche der Hanse; sie lautet in ihren Hauptpunkten also. Die Gesandtschaft solle die Confirmation der alten Freyheiten zunächst begehren, die Gesinnung der Königin Mutter, in Bezug auf die Errichtung eines Comtoirs in Frankreich, näher zu erforschen bemüht seyn, und im Allgemeinen die Geneigtheit der Hanse dazu, wenn es anders mit ihren anderweitigen Geschäften bestehen könne, erklären, sich zugleich aber bey den Comodiren zu Antwerpen und

konnten wegen der besondern Forderungen, die beſſer zu machen ſeyn möchten, näher erkundigen. Vor allem andern ſolle alsdann die freie Ab- und Einfuhr, als aller Comtoire Fundament, geſucht werden, ferner Minderung der Zölle, wenigſtens Gleichſtellung der Hanſen mit den Eingeborenen Frankreichs in dieſer Hinſicht, Befreyung von allen im Lande üblichen Abgaben für die Reſidenten auf der Factoren, die Erlaubniß für den Ohermann und Kaufmannsrath die Jurisdiction über ihre Untergebenen zu üben, das Recht für alle ſich frei zu verſammeln und Statute unter ſich zu machen; endlich wollte man ſich bemühen, eine ſchnelle und minder koſtpflichtige Rechtspflege, durch den Ausſpruch des Königs, in allen Streitigkeiten mit des Landes Einwohnern, Freyheit der Religionsübung und freie Wahl der Orte, wo die Reſidenz zu halten ſeyn möchte, zu erhalten. Zugleich wurden die Legaten beauftragt, um eine Verminderung des Salzpreiſes, der durch die Pachtung in der letzten Zeit ſo hoch getrieben worden ſey, zu werben, und ſich wegen einer in Frankreich für die Hanſen anzustellen ſolchen tauglichen Perſon, als Conſul, näher zu erkundigen.<sup>7</sup>

Aber es dauerte viele Jahre, bevor die Legation wirklich zu Stande kam, denn es fehlte an Geld, und an dem Vertrauen der einzelnen Städte, die nöthigen

<sup>7</sup> In Folge des Protocolls des Hanſa-Tags, von dem Jahre 1562, zu Lübeck, in den MSS. Brf. Vol. 220.

Worsschiffe beschafft zu machen, weil, wenn diese einmal gemacht waren, es so gut als unmöglich blieb, sie je von der Corporation wieder zu erhalten. Auf verschiedenen Hansischen Versammlungen wurden die Legaten bereits ernannt; Danzig drang auf ihre Abfertigung, und drohte mit des Königs Unnade, wenn man seinen trefflichen Antrag so schnell abweisen wolle. Es flagten die Städte, die vornehmlich auf Frankreich handelten, verschiedentlich über die Nachlässigkeit und Faulheit in allen Deliberationen, daß noch immer kein Advocat oder Consul in Frankreich angestellt worden sey, der sie bey den öfteren Kränkungen an Schiff und Gut, die sie zu leiden hätten, schützen und ihnen zu Recht verhelfen könne. Es ward darauf, im Jahre 1568, der frühere Beschluß, wie die Kosten zur Erhaltung eines Consuls aufzubringen seyn möchten, verbessert, und genau bestimmt, was von den Schiffen, die nach Frankreich handelten, bezahlt, und wie und wo diese Abgabe erhoben und verwandt werden sollte; so daß jeder, der mit dem Hansischen Unwesen der Zeit nicht vertraut war, leicht glauben mußte, daß nun die Sache gewiß ausgeführt werden würde: allein, so viel man weiß, ist dieß alles nie zur Ausführung gekommen, und alles noch so ernstlich lautende bloßes Project geblieben. \*

\* In Folge der Protocolle von den Versammlungen und den übrigen Hansischen Acten, in den Jahren 1564, 1566, 1567, 1568, in den MSS. Brf. Vol. 220, 224, 225, 226. Die Verordnung von dem Jahre 1568,

Indeß war doch die Gesandtschaft nach Frankreich endlich wirklich so weit gekommen, daß die dazu Beordneten, der Hanßische Syndicus Sudermann und der Depu'tirte der Stadt Danzig, Cleophas May, bis nach Antwerpen bereits gekommen waren, wo sie des Comtoirs Sachen sich annehmen und dann nach Frankreich ziehen sollten. Danzig schien sich vorzüglich für die bessere Einrichtung des Handels auf Frankreich zu interessiren, selbst mehr als für das Niederländische Comtoir. Zu Antwerpen aber empfingen die Legaten ein Schreiben des Königs, Carl IX., worin er ihnen rief, der bekännten bürgerlichen Unruhen wegen, ihre Reise nach seinem Hoflager nicht weiter fortzusetzen. Somit ward von Französischer Seite die Ausführung dessen gehindert, was zuvor durch die gewohnte Hanßische Indolenz so lange geruht hatte. Nun aber waren in den folgenden Jahrzehenden, da dieß einmahl mißlungen, alle erneuerte Anträge von Danzay vergebens, denn es war ja schon einmahl die Hälfte des Wegs, und das zwar vergebens gemacht worden, die Kosten aber eines so großen Unternehmens waren wahrhaftig nicht zum zweenen Mahle aufzubringen. Es kamen die gewaltigen ligistischen Unruhen in Frankreich hinzu, und so endigten alle früheren, weitgreifenden Projecte von selbst. °

wie die Schiffe zu der Erhaltung des Consa's u. s. w. beitragen sollten, wird, wenn es der Raum erlaubt, in dem Urkundenbuche folgen.

° In Folge der Verhandlungen der Städte auf ihren Versammlungen in den Jahren 1568, 1572, 1576,

Erst unter Heinrich IV., nach hergestellter Ordnung, kam, um das Jahr 1604, eine Hanfsische Gesandtschaft, die zugleich nach den Niederlanden und England beauftragt war, bey diesem beider Könige an, und erhielt von ihm die Confirmation der früheren Privilegien, im Ganzen mit denselben Worten und von gleichlautendem Inhalte, wie sie von Franz I. und Heinrich II. erhalten worden, eben so allgemeinen Schutz zusagend, ohne daß man irgend etwas genaues darüber erführe, worin eigentlich die alten Freyheiten, worauf sich bezogen wird, bestanden hätten, oder wie und womit der Handel vorzüglich wäre geführt worden. Das einzige Neue in dieser Urkunde besteht darin, daß ihnen die unterbliebene Bestätigung ihrer Freyheiten, während der Regierung der letzten Könige, nicht angetröhnet, und sie desshalb in dem Genuß derselben nicht gestört werden sollten.<sup>10</sup>

1578, 1579, in den MSS. Brf. Vol. 226 - 230. Das Schreiben König Karls IX. soll, wenn es der Raum erlaubt, im Urkundenbuche folgen.

<sup>10</sup> Das Privilegium Heinrichs IV. ist an verschiedenen Orten bereits abgedruckt, vergl. Beyl. bey dem J. 1604. In diesem Privilegio kommt noch vor, daß die Hanfen kurz zuvor eine Gesandtschaft an den König abgesandt gehabt hätten, von dieser hat man aber in den Hanfsischen Acten weiter keine Nachricht gefunden. Daß indeß die, im Jahre 1606, vorzüglich nach Spanien bestimmte angesandte und kostbare Legation auch auf der Reise dahin, den 29.

Brügge verhielt, warum man der bisherigen Französischen Privilegien sich nicht mehr bediene. Lübeck hatte keinen unmittelbaren Verkehr mit Frankreich, auch die übrigen Städte gleichfalls nicht, oder wenigstens ihren unbedeutenden. Die noch bey dem Bunde haltenden Niederländischen Communen, namentlich Campen schienen am meisten dabey interessirt. Die letzte Stadt äußerte sich dahin, daß sie vor fünfzig Jahren die Französischen Privilegien habe confirmiren lassen, daß sie die Originale verwahre, die Copien aber damahls nach Lübeck geschickt, nachher auch noch Ein Mal die Confirmation der Freyheiten ausgewirkt habe; daß etwa vor siebenzehn bis achtzehn Jahren nach Frankreich gesandt worden wäre, wegen des Nachtheils, welcher von Französischer Seite den Städten zugesagt worden; daß die den Hansen zustehenden Freyheiten beym Pariser Parlament verwahrt würden, daß sie aber allmählig außer Übung gekommen, da man ihre Renovation versäumt habe, gleichwohl in Frankreich Sitte sey, daß wie dem Tode eines Königs alle von ihm ertheilten Freyheiten auch stürben. Der Handel nach Frankreich betreffe vorzüglich den Salzkauf; man möge eilen diesen Antrag zu benutzen. Der Secretär der Niederländischen Factorcy erzählte von alten, zu Brügge in Copie vorhandenen, Französischen Freybriefen. Lübeck war der Meinung, daß man eine Gesandtschaft an den König abfertigen sollte; allein dieß schien der Verhältnisse wegen, worin der Kaiser zum Könige stand, wenig Beyfall zu



finnen. Man begnügte sich daher durch das Comtoir zu Brügge, den Antrag weiter verfolgen zu lassen, indem, wenn auch weiter nichts erhalten würde, als die Sicherheit in Französische Häfen einzulaufen und freyen Handel daselbst zu betreiben, dieß auch schon wichtig genug sey.\*

Diesem zu Folge ward denn das Jahr darauf (1536) eine Confirmation der frühern Freyheiten von Franz I. erworben. Aber diese gewährte weiter nichts, als was früher bereits von anderen Königen war verstattet worden: Schutz nämlich gegen die durch Franzosen veranlaßten Störungen des Verkehrs zu Wasser und Land und in den Häfen des Reichs, worüber Klagen entstanden waren. Es bestätigte der König die alten von seinen Vorfahren ihnen ertheilten Freyheiten; er bewilligte freye Ein- und Ausfuhr aller nicht verbotenen Güter, bey Bezahlung der früher gewöhnlichen, geringen Abgaben, freyen Verkehr mit seinen Unterthanen zu Wasser und zu Land. Dieß aber ist es auch alles, was man daraus erfährt; über den Gang und Umfang dieses Verkehrs ist weiter gar nichts daraus abzunehmen. Eben so wenig mehr erhellet aus dem Freybriefe von Heinrich II., den die Hansen sechszehn Jahre nachher erhielten, und der genau in denselben allgemeinen Ausdrücken, wie der frühere, abgefaßt ist.<sup>5</sup>

\* Nach dem Protocolle des Hanse-Tags, von d. J. 1535, in den MSS, Brf. Vol. 216, u. dem MS. Hafn. b. d. J.

<sup>5</sup> Vergl. die Beilage, bey den Jahren 1536, 1554.

Indeß scheint der Hanfische directe Verkehr mit Frankreich, wie es ohnehin aus dem bessern Gedeihen jenes Landes, und dem Verfall des Niederländischen, allgemeinen Marktes, sich von selbst ergeben mußte, in dieser Zeit immer mehr und mehr zugenommen zu haben. Diefers kam der Antrag vor, da zugleich von Zeit zu Zeit Hanfische Schiffe von Franzosen und den mit ihnen meist gleichmäßig handelnden Echotten aufgebracht würden, für immer einen Hanfischen Advocaten, Procurator oder Gesandten in Frankreich zu halten, auch wohl eine besondere städtische Gesandtschaft an die Könige von Frankreich abzusenden, da diese zu Folge der verschiedenen politischen Conjunctionen bald mehr bald weniger den Hanfen sich näherten, und ihnen freundliche Anträge, größere und schönere Hoffnungen machen ließen. Allein nicht nur Jahrzehende, sondern ein halbes Jahrhundert hindurch, ist über diese Vorschläge viel und mannigfaltig verhandelt worden, ohne daß jedoch je diese Plane und Hoffnungen ganz scheinen erfüllt und ausgeführt worden zu seyn. Theils lag die Schuld an der Langsamkeit, womit alle Hanfische Beschlüsse zu Stande kamen, an den schlechten Finanzen, welche die schönsten Gelegenheiten so oft verscherzen ließen, theils an dem immer mehr einbrechenden Verfall des Bundes, theils an den Unruhen, die in Frankreich ausbrachen, an den Kriegen, die über Europa kamen, und endlich an den schwankenden Gesinnungen des Französischen Hofes selbst.

So ward bereits, im Jahre 1549, beschlossen, daß ein solcher Advocat, oder nach neuem Ausdruck, ein Consul in Frankreich gehalten werden, und daß die Niederlage zu London ihm den Gehalt auszahlen sollte; aber die letztere mag sich dessen geweißert haben, und selbst die kleinste Ausgabe war damals bereits so schwer auszumitteln, als daß ocht oder zehn Jahre vergingen, bis man sich endlich dahin zu vereinbaren schien, daß von den Hanfischen Schiffen, die nach Frankreich führen, eine Abgabe zur Bestreitung des Solbes, für jenen anzustellenden Bedienten, erhoben werden sollte, ohne jedoch das erwünschte Werk wirklich zu Stande zu bringen. \*

Indeß wurden die Auserzage von Seiten Frankreichs zu Anfang der Regierung Carls IX. und während der Regentschaft seiner Mutter, immer mehr erneuert, und es wurden den Hansen Hoffnungen zu größern Freyheiten gemacht. Es waren ihre Streitigkeiten mit der Königin Elisabeth von England nicht unbekannt, und man hoffte von Französischer Seite dieser durch ein engeres Anschließen an die Hansen weße zu thun, ihr, die von Catharina von Medici, so gehaßt war.

So kommt denn auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1562, vor, daß man von Französicher Seite den Bundesfreunden eine Niederlage, oder ein Comtoir an

\* Zu Folge des Protocolls des Hanse-Tags, von den Jahren 1549 und 1559, in den MSS. Brf. Vol. 217, 220. und in dem MS. Hafa. bey den J. 1549, 1559.

anem gelegenen Orte, verflatten wollte, und die Privilegien zu vermehren geneigt sey. Lübeck, damahls immer für das Aufblühen der in den Niederlanden wieder zu errichtenden Factoren zu Antwerpen aufs eifrigste besorgt, unter andern, weil ihre Bürger unmittelbar nach Frankreich, der Entfernung wegen, wenig handelten, war zwar gegen diese Begründung einer neuen Niederlage in Frankreich, indem sie fürchtete, daß diese der Niederländischen schädlich seyn würde, und daß beyde ansecht zu erhalten, um so schwerer seyn müßte, da, wenn Krieg zwischen Spanien, den Niederlanden und Frankreich ausbrechen, man dennoch genöthigt seyn werde, eine von beyden aufzugeben. Lübeck setzte Terner hinzu, daß man von Französischer Seite zwar bereit, die Kosten zur Errichtung einer solchen Factoren zu tragen, und andere gütlich genug lautende Versprechungen zu geben; wenn man aber einmahl sich dort werde niedergelassen haben, so würde ganz anders verfahren werden. Ueberall sey bey den jetzigen Unruhen, eine Gesandtschaft nach Frankreich abzufertigen, gefährlich; die Sache zu lange aber aufzuschieben bedenklich, und wie man sich auch immer benehmen möge, den Antrag ganz abzulehnen oder anzunehmen mit gleicher Gefahr verbunden, weshalb man wohl am besten thäte, sich im Allgemeinen nur auf die Confirmation der alten Privilegien zu beschränken.

Indeß hielten andere dafür, daß es nichts ganz unerhörtes sey, eine Residenz in Frankreich zu haben,

da man vorbem bereits auf einige Jahre eine solche zu Bordeaux gehabt habe; als man einst mit Brügge zerfallen sey, daß der gemeine Kaufmann damals gute Geschäfte bereits daselbst durch Tücher, Wein und andere Artikel gemacht habe, und daß gar wohl zu Antwerpen und Frankreich Comtoirs zu gleicher Zeit bestehen könnten, die, mit einander in Correspondenz, dem Ganzen höchst zuträglich seyn würden, vollends, wenn das Comtoir zu London eingehehen sollte, und wenn man in Frankreich die in England verscherten Privilegien wieder erhalten könne: da in dem ersten Lande ja auch bereits zum Theil gute Wollse gefunden und auch einige gute Tücher daselbst gemacht würden.

Wirklich ward denn auch dem am Dänischen Hofe accreditirten, Französischen Gesandten, Carl Danjon, der den Antrag gemacht, und das Ganze betrieben hatte, freundlich geantwortet, vorläufig eine Gesandtschaft be-  
stehe und die ihr mitzugebende Instruction beschloffen.

Die letztere gibt einige Auskunft über den Handel, über die Hoffnungen und Wünsche der Hanse; sie lautet in ihren Hauptpunkten also. Die Gesandtschaft solle die Confirmation der alten Freyheiten zunächst begehren, die Gesinnung der Königin Mutter, in Bezug auf die Errichtung eines Comtoirs in Frankreich, näher zu erforschen bemüht seyn, und im Allgemeinen die Geneigtheit der Hanse dazu, wenn es anders mit ihren anderweitigen Geschäften bestehen könne, erklären, sich zugleich aber bey den Comtoiren zu Antwerpen und

konnten wegen der besondern Forderungen, die beßhalb zu machen seyn möchten, näher erkundigen. Vor allem andern sollte alsdann die freie Ab- und Einfuhr, als aller Comtoire Fundament, gesucht werden, ferner Minderung der Zölle, wenigstens Gleichstellung der Hansen mit den Eingeborenen Frankreichs in dieser Hinsicht, Befreyung von allen im Lande üblichen Abgaben für die Residenten auf der Factorey, die Erlaubniß für den Hermann und Kaufmannsrath die Jurisdiction über ihre Untergebenen zu üben, das Recht für alle sich frey zu versammeln und Statute unter sich zu machen; endlich wollte man sich bemühen, eine schnelle und minder kostspielige Rechtspflege, durch den Ausspruch des Königs, in allen Streitigkeiten mit des Landes Einwohnern, Freyheit der Religionsübung und freye Wahl der Orte, wo die Residenz zu halten seyn möchte, zu erhalten. Zugleich wurden die Legaten beauftragt, um eine Verminderung des Salzpreises, der durch die Pachtung in der letzten Zeit so hoch getrieben worden sey, zu wirken, und sich wegen einer in Frankreich für die Hansen anzustellenden tauglichen Person, als Consul, näher zu erkundigen.<sup>7</sup>

Alein es dauerte viele Jahre, bevor die Legation wirklich zu Stande kam, denn es fehlte an Geld, und an dem Vertrauen der einzelnen Städte, die nöthigen

<sup>7</sup> Zu Folge des Protocolls des Hanse-Tags, von dem Jahre 1562, zu Lübeck, in den MSS. Brf. Vol. 220.

Vorschüsse deshalb zu machen, weil, wenn diese einmal gemacht waren, es so gut als unmöglich blieb, sie von der Corporation wieder zu erhalten. Auf verschiedenen Hanfsischen Versammlungen wurden die Legaten bereits ernannt; Danjou drang auf ihre Absertigung, und drohte mit des Königs Ungnade, wenn man seinen trefflichen Antrag so schnöde abweisen wollte. Es klagten die Städte, die vornehmlich auf Frankreich handelten, verschiedentlich über die Nachlässigkeit und Faulheit in allen Deliberationen, daß noch immer kein Advocat oder Consul in Frankreich angestellt worden sey, der sie bey den öfteren Kränkungen an Schiff und Gut, die sie zu selbst hätten, schützen und ihnen zu Recht verhelfen könne. Es ward darauf, im Jahre 1568, der frühere Beschluß, wie die Kosten zur Erhaltung eines Consuls aufzubringen seyn möchten, verbessert, und genau bestimmt, was von den Schiffen, die nach Frankreich handelten, bezahlt, und wie und wo diese Abgabe erhoben und verwandt werden sollte; so daß jeder, der mit dem Hanfsischen Unwesen der Zeit nicht vertraut war, leicht glauben mußte, daß nun die Sache gewiß ausgeführt werden würde: allein, so viel man weiß, ist dieß alles nie zur Ausführung gekommen, und alles noch so ernstlich lautende bloßes Project geblieben.<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Zu Folge der Protocolls von den Versammlungen und den übrigen Hanfsischen Acten, in den Jahren 1564, 1566, 1567, 1568, in den MSS. Brf. Vol. 220, 224, 225, 226. Die Verordnung von dem Jahre 1568,

Indeß war doch die Gesandtschaft nach Frankreich endlich wirklich so weit gekommen, daß die dazu Berordneten, der Hansische Syndicus Sudermann und der Deputirte der Stadt Danzig, Eleophas May, bis nach Antwerpen bereits gekommen waren, wo sie des Comtoirs Sachen sich annehmen und dann nach Frankreich ziehen sollten. Danzig schien sich vorzüglich für die bessere Einrichtung des Handels auf Frankreich zu interessieren, selbst mehr als für das Niederländische Comtoir. Zu Antwerpen aber empfingen die Legaten ein Schreiben des Königs, Carl IX., worin er ihnen rief, der bekännten bürgerlichen Unruhen wegen, ihre Reise nach seinem Hoflager nicht weiter fortzusetzen. Somit ward von Französischer Seite die Ausführung dessen gehindert, was zuvor durch die gewohnte Hansische Indolenz so lange geruht hatte. Nun aber waren in den folgenden Jahrzehenden, da bloß einmahl mißlungen, alle erneuerte Anträge von Danzigh vergebens, denn es war ja schon einmahl die Hälfte des Wegs, und das zwar vergebens gemacht worden, die Kosten aber eines so großen Unternehmens waren wahrhaftig nicht zum zweyten Mahle aufzubringen. Es kamen die gewaltigen städtischen Unruhen in Frankreich hinzu, und so endigten alle früheren, weltgreifenden Projecte von selbst.\*

wie die Schiffe zu der Erhaltung des Consuls u. s. w. beitragen sollten, wird, wenn es der Raum erlaubt, in dem Urkundenbuche folgen.

\* Zu Folge der Verhandlungen der Städte auf ihren Versammlungen in den Jahren 1568, 1572, 1576,



Erst unter Heinrich IV., nach hergestellter Ordnung, kam, um das Jahr 1604, eine Hanfsche Gesandtschaft, die zugleich nach den Niederlanden und England beauftragt war, bey diesem beider Könige an, und erhielt von ihm die Confirmation der früheren Privilegien, im Ganzen mit denselben Worten und von gleichlautendem Inhalte, wie sie von Franz I. und Heinrich II. waren erhalten worden, eben so allgemeinen Schutz zuzugend; ohne daß man irgend etwas genaues darüber erführe, worin eigentlich die alten Freyheiten, worauf sich bezogen wird, bestanden hätten, oder wo und womit der Handel vorzüglich wäre geführt worden. Das einzige Neue in dieser Urkunde besteht darin, daß ihnen die unterbliebene Bestätigung ihrer Freyheiten, während der Regierung der letzten Könige, nicht angetröhnet, und sie desshalb in dem Genuß derselben nicht gestört werden sollten.<sup>10</sup>

1578, 1579, in den MSS. Brf. Vol. 226-230. Das Schreiben König Karls IX. soll, wenn es der Raum erlaubt, im Urkundenbuche folgen.

- <sup>10</sup> Das Privilegium Heinrichs IV. ist an verschiedenen Orten bereits abgedruckt, vergl. Beyl. bey dem J. 1604. In diesem Privilegio kommt noch vor, daß die Hansen kurz zuvor eine Gesandtschaft an den König abgefertigt gehabt hätten, von dieser hat man aber in den Hanfschen Akten weiter keine Nachricht gefunden. Daß indeß die, im Jahre 1606, vorzüglich nach Spanien bestimmte angesehen und kostbare Legation auch auf der Reise dahin, den 29.

Diese alten Privilegien, waren immer in den späteren Confirmationen gedacht wirt, mochten überall wenig, selbst den Städten bekant seyn, es war aber Hanfische Sitze davon immer zu reden, und sie sich bestätigen zu lassen, um wenigstens alsdann daraus gegen eine etwa eintretende Erhöhung der üblichen Zölle oder einen neuen Druck anderer Art gründlich zu argumentiren. Einige Zollfreiheiten mögen sie besessen haben, obschon keine solche, wie in den Nordischen Ländern, oder in England; es mag dadurch bewirkt worden seyn, daß die Erhöhung der Zölle nicht in dem Maße Statt fand, als bey manchen andern fremden Nationen, und dieß war allerdings schon viel werth; es mag endlich dadurch erhalten worden seyn, daß ihre Schiffe und Güter nicht zu oft von Französischen Seefahrern oder von Französischen Obrigkeiten beraubt und beschlummert wurden, und

Jan. 1607, bey dem Könige Heinrich IV. im Louvre zur Audienz zugelassen ward, die freundlichste Aufnahme fand, und am 2. Februar eine Antwort an ihre Committenten und den erbetenen Befehl an die Bedienten des Königs in den Französischen Häfen erhielt, um den Privilegien gemäß gegen die Hansen zu verfahren, dieß erheller aus Fabricii memor. Hamburg. S. 185, woselbst in dem Leben des Hamburgischen Bürgermeisters, H. Voglers, der ein Mitglied dieser Gesandtschaft war, eine Relation ihrer Verhandlungen sich befindet. Jedoch von neuen oder erweiterten Freiheiten ist weiter gar nicht die Rede.

auch dieß war nicht unbedeutend, obßhon die Klagen darüber, besonders von Seiten Hamburgs, zur Zeit der Regierung Ludwigs XIII., wohl von neuem vorkommen. Offenbar aber wußte man so eigentlich selbst nicht, wie die alten Privilegien, von denen man immer sprach, lauteten, denn es ward beschlossen, daß Seavern und Campen diese alten Französischen Freybrieße, die sie bey sich verwahrten, herausgeben sollten, wozu aber besonders die letztere Stadt, wenn sie übrigens dergleichen wirklich hatte, wenig geneigt schien, da, nach ihrer Behauptung, sie für deren Bestätigung weiland. bedeutende Summen ausgelegt, nichts aber aus der gemeinen Casse dagegen wieder erhalten habe. Man wandte sich nun auch an den Secretär des Königs von Frankreich und ersuchte ihn diese alten Freybrieße bekannt zu machen, es ist aber nichts erfolgt, und in den Freyheiten, die ihnen Ludwig XIV. zugestand, ist auch weiter von keinen früheren, als denen von Ludwig XI., die Rede.<sup>11</sup>

So scheint sich denn, so viel als die allgemeinen Unruhen erlaubten, die Sache bis auf Ludwig XIV. erhalten zu haben. Was dieser König aber den Hansen, im Jahre 1655, bewilligte, das geht wirklich den alten

<sup>11</sup> Zu Folge der zum Theil bereits angeführten handschriftlichen Nachrichten, und zu Folge dessen, was auf der Versammlung, von den Jahren 1604 und 1608, in den MSS. Bf. Vol. 241, 238, unter andern vorkommt. Vergl. auch Kähler Ob. Willebrandt, bey dem Jahre 1600, S. 243.

Die ansehnlichen Freiheiten aber, die von diesem Könige den Deutschen überall ertheilt, und zu deren Mitgenuß die Hansen verstattet wurden, lauteten vorzüglich dahin. Es ward ihnen der freie Handel in

in dieser Beziehung auch für Deutsche gehalten worden, theils aus dem Anfange des Privilegii von dem Jahre 1503, worin es bestimmt heißt, daß auf Bitte Simon Seyes, der im Namen Anton Welfers und Conrad Füllens und ihrer Compagnie sich an den König gewandt habe, dieser Freybrief ertheilt werde. Die Oberdeutschen und Hansen handelten aber damahls gar nicht gemeinschaftlich mit einander, vielmehr war die Eifersucht der Letztern über die große Compagnie der erstern eben um diese Zeit am größten. Als aber der König den Deutschen im Allgemeinen jene Privilegien ertheilt hatte, so wußten besonders die Herren von Lübeck, die davon unterrichtet worden, es leicht durch eine Befendung dahin zu bringen, daß man sie und ihre Freunde auch zum Genuß dieser Freiheiten zuließ. Dennoch schmolzen beide Theile, wie aus spätern Nachrichten erhellet, keineswegs in Eins zusammen. Nach unserm Dafürhalten widerspricht es auch dieser Vorstellung nicht, wenn es in dem Privilegio von dem Jahre 1503 heißt, daß Seyes dies nicht bloß für die Compagnie, sondern für alle Deutsche begehre und erhalten habe, da unter diesen Deutschen, wie aus den spätern Nachrichten sich zu ergeben scheint, nur die übrigen Oberdeutschen im Genuß der Augsburgischen Compagnie verstanden zu werden.

Portugal bewilligt, freye Einfuhr von Gold und Silber und freye Wiederausfuhr desselben, wenn sie es im Lande nicht vertauschen oder anlegen können, selbst dann, wenn sie es in Portugiesische Münze hätten umprägen lassen. Sie sollten von allem durch sie eingeführten Messing, Kupfer, Zinn, Silber, Quecksilber, von Messen, Blei, Zinn, Eisen und Pelzwerk nicht mehr denn 10 Procent Zoll<sup>24</sup>, von allen übrigen Gütern aber die im Lande gewöhnlichen Abgaben entrichten. Es soll ihnen erlaubt seyn alle ihre Waren, die sie nicht in Portugal verkaufen können, frey nach andern Ländern auszuführen; sie sollen keinen Abgaben bey dem Einkauf und der Ausfuhr der Güter unterworfen seyn, die aus Indien oder den neuen Inseln kommen, das eine wie das andere soll ihnen frey zustehen, jedoch mit Ausnahme des Einkaufs der Waren von den Schiffen, die eben damals in Lissabon lagen und nach Indien bestimmt waren, oder von da zurückkämen. Die Schiffe, welche sie in Portugal bauen lassen, sollen sie frey gebrauchen und aller Orten damit hinfahren dürfen, ausgenommen jedoch die neuentdeckten Länder. Wenn sie in Lissabon,

<sup>24</sup> Diese Waren sind von den Oberdeutschen zunächst eingeführt worden, denn das Privilegium lautet auf die Augsburgerische Compagnie. Wie weit die Hanssen nachmahls von diesen und den folgenden Freyheiten Gebrauch gemacht haben, ist ungewiß; vom Schiffbauholz waren die letzteren durch ein besonderes Privilegium Abgaben frey.

außerhalb oder innerhalb der Mauern, sich Häuser bauen, so sollen sie für sich und ihre Waren darin ganz unbesichert seyn; sie sollen ferner von aller Landes-Contribution befreit bleiben, und wenn zwischen Portugal und den Herren der Länder, wo die Städte liegen, Unfrieden entsteht, so sollen sie darunter nicht leiden, ihre Güter nicht angehalten, sondern ihnen ein Termin von Einem Jahr und Tag zur Räumung des Landes, im Fall dieß nothwendig erachtet würde, verstattet werden. Sie sollen ihre eigenen Mäster haben, und sich ihrer bedienen, jedoch mit Zugiehung der Portugiesen, die dieß Geschäft sonst treiben. Vor allen andern sollen sie von des Königs Zöllnern im Zollhause schnell abgefertigt werden, und eben so sollen des Königs Münzmeister, wenn ihnen die Deutschen Silber zum Münzen bringen, sie vor allen anderen schnell bedienen. — Diese Freiheiten aber sollen fünfzehn Jahre dauern, und nicht bloß für die Augsburgerische Compagnie, sondern für alle Deutsche, die mit einem Handels-Capitale von 10000 Ducaten handeln, gültig seyn. Von den Waren, welche sie von den in Lissabon jetzt bereit liegenden Flotten, die nach Indien bestimmt sind, oder von da in zwey Jahren zurückkommen, kaufen, soll die Compagnie fünf Procent Accise, die andern in Lissabon befindlichen Deutschen aber zehn Procent für die nächsten zwey Jahre bezahlen.<sup>15</sup>

Ferner erhielten sie alle einen privilegierten Gerichtsstand, und wurden bloß dem Oberrichter unterge-

<sup>15</sup> Privilegium von dem Jahre 1503, s. Wyl. b. d. Z.

ben.<sup>26</sup> Es ertheilte ihnen der König, am 30. Aug. des Jahres 1509, auf funfzehn Jahre folgende neue Freyheiten. Es soll ihnen die Anzeige von den dazu bestellten Portugiesischen Beamten gemacht werden, wenn Schiffe mit Gütern für sie in dem Hafen zu Lissabon ankommen, damit sie bey der Ausladung zugegen seyn können; wenn sie aber nicht kommen, noch in ihrem Nahmen jemanden senden, gleichwohl in der Stadt sind, so sollen die Portugiesen die Waren auszuladen berechtigt seyn. Die Accise oder den Zehnten sollen sie entrichten, wenn die Waren in das Zollhaus gebracht, von den wollenen Tüchern aber dann, wenn sie verkauft werden. Ist die Abgabe indeß einmahl entrichtet, so steht ihnen der Handel damit, wohin sie wollen, frey; eben so können sie alle Güter, die sie kaufen, in jeden fremden oder Portugiesischen Schiffen weiter führen, ausgenommen Zucker. Keiner von des Königs Officialen oder Zollpächtern soll das Recht haben, in ihren Häusern Visitationen, wegen angeblich unverzollter Güter, vorzunehmen; als allein auf Befehl des königlichen Ober-Kentmeisters, wenn dieser von beglaubigten Leuten vernommen, daß sie heimlich dergleichen in ihren Häusern hätten; in welchem Fall jener mit den Zollpächtern einen Notar in ihre Wohnungen schicken soll. Auch sollen sie keinen Zoll von den Gütern geben, die sie zu ihrer eigenen und ihres Hauses Nothdurft gebrauchen, selbst nicht von dem feinen Tuche, das sie

<sup>26</sup> Privilegium von den J. 1504, 1508, s. Beyl. 5. d. J.

zu ihrer Kleidung, oder dem groben Zeuge, welches sie zu ihren Paccen und Säcken gebrauchen, jedoch sollen sie mit ihrem Eide geloben, daß sie diese Artikel nur dazu verwenden und nicht verkaufen wollen. Auch mögen sie kaufen und verkaufen, zu welchem Preise sie wollen oder können, jedoch den Pfeffer ausbechieden, der seinen bestimmten Preis hat; und wenn an den Gütern, welche sie verkaufen, ein Fehl gefunden würde, so sollen die Käufer binnen drey Tagen gehalten seyn, das gekaufte Gut ihnen wieder zurückzugeben, oder sich mit ihnen über eine Verminderung des Kaufpreises zu vertragen; auch soll es ihnen frey stehen, die von ihnen eingekauften Specereien in ihre Häuser zu bringen, und sie einschiffen zu lassen, wann sie es für gut finden. Jeder Contract, zwischen ihnen und dem Indischen Hause geschlossen, soll sogleich durch einen Notar in ein Buch verzeichnet werden, oder weiter nicht gültig seyn. Ihr eingeführtes Gold und Silber soll auf dem Zollhause insgeheim verzollt werden, alsdann aber der Verkehr damit ihnen frey stehen. Sie sollen aller Freyheiten der Portugiesen sich zu erfreuen haben, jedoch mit Ausnahme des Handels nach den neuentdeckten Ländern. Auch sollen sie zu ihrem eigenen Gebrauche in ihren Häusern Gewicht und Wage haben, jedoch nicht um darnach zu verkaufen. Zur Beschleunigung der Rechtsstreite soll der Schulze zu Iffabon ihr Richter seyn, in allen bürgerlichen und peinlichen Sachen, die in oder um Iffabon, in einem Bezirk von sechs Meilen, vor-



sollen, sie seyen Kläger oder Beklagte, jedoch die privilegirten Personen, gegen die sie klagen, ausgenommen; der Schulze soll sprechen ohne Appellation bis zu der Summe von zehn tausend Reis, und beyrn Rechtsproceß über höhere Summen soll die Appellation an den Rath der bürgerlichen Sachen gehen, wo der Gubernurator mit Zugiehung einiger Rechtsgelehrten die Sache endlich entscheiden soll; alles in möglichster Kürze, also daß auch von des Schulzen erstem Spruch in wichtigen Angelegenheiten von dessen interlocutorischen Urtheilen nicht soll appellirt werden können. Kein Justizbedienter, ausgenommen den Schulzen, soll das Recht haben, in ihre Häuser zu gehen, er sey denn von jenem abgefertigt, oder es verfolge ein Diener der Justiz die Uebelthäter auf der That. In jeder Compagnie der Deutschen sollen die Kaufleute, ihre Doctore und Diener bis zu sechs Mann, Waffen tragen dürfen zu jeder Zeit, jedoch nichts ungebührliches damit anfangen, auch sollen die Spanier, die in ihrem Dienste sind, diese Freyheit nicht genießen. Wenn einer von den Deutschen stirbt, und kein anderer Factor mit dem Verstorbenen weiter dessen Angelegenheiten betreiben half; so soll der Schulze, mit Zugiehung zweyer anderen Deutschen Factore und einem Notar, des Verstorbenen Verlassenschaft aufnehmen, und sie alsdann den beyden Landsteuten überantworten, die sie aufbewahren sollen, bis die Erben oder deren Bevollmächtigte sich einfinden werden. Sie sollen das Recht haben, auf Zeltern und Maulseeln zu reiten, und

im Lande auf ihren Reisen gegen Geld, Herberge und Unterhalt empfangen. Die Freyheit, daß sie nur den fünften Pfennig als Zoll geben, wird anheben, wenn der Termin der jetzigen Verpachtung der Zölle zu Ende geht, und es soll dieß Alles, so wie die frühern Privilegien, auf funfzehn Jahre gelten.<sup>17</sup>

Es verstattete derselbe König das Jahr nochher allen Deutschen in Lissabon wohnenden Kaufleuten alle die Freyheiten, die den Bürgern von Lissabon zustanden.<sup>18</sup>

Kurz darauf bestätigte und erläuterte der König die frühern Privilegien ihnen zu Gunsten, da über ihre Interpretation und Ausübung Streit entstanden war; jedoch ward hinzugefügt, daß alle diejenigen Deutschen, welche die Auslagen zu Erhaltung der Privilegien nicht hätten mittragen wollen, sie auch nicht mit genießen sollten.<sup>19</sup>

In der That waren dieß sehr bedeutende Begünstigungen. Wirklich aber wurden sie auch den Hanseaten von Emanuels Nachfolger, Johann III., im Jahre 1528, noch von neuem bestätigt, und er besreyte sie, nebst allen Fremden, vier Jahre zuvor, von der den Portu-

<sup>17</sup> Privilegium von dem Jahre 1509, s. Beyl.

<sup>18</sup> — — — 1510, —

<sup>19</sup> Privilegia — — — 1517, ebendas. Etwas in diesen Urkunden ist dunkel und offenbar schlecht übersetzt, allein die Uebersetzung oder Copie, welche in den MSS. Brf. vorkommt, ist um nichts besser, oder fehlerfreyer als die, welche Cassel hat abdrucken lassen.

gesehen erhalten Kleiderordnung.<sup>20</sup> Jedoch kommen auch unter der Regierung dieses Königs Klagen über Beeinträchtigung dieser Freybriefe vor. Auf der Hanfsischen Versammlung, im Jahre 1535, hieß es, daß im vergangenen Jahre die Hanfen, besonders die Lübeckischen, Hamburgischen, Bremischen und Danziger Schiffe vielen Druck in Portugal hätten erdulden müssen, und es ward nach langem Berathschlagen ein Schreiben an den König zur Haktung der Privilegien beliebt. Aber seltsam genug wußte man auf der Hanfsischen Versammlung selbst nicht, wie die Privilegien eigentlich lauteten, noch wo sie befindlich wären. Bey Campen, Danzig und an anderen Orten hatte man sie vergebens gesucht, der Secretair des Comtoirs zu Brügge, Oluff Rodders, ward deshalb vernommen; allein er wußte auch nichts anzugeben; endlich ließ die Stadt Bremen ein solches Privilegium verlesen. Diese Stadt war sehr thätig in der ganzen Angelegenheit, und schien bey dem Handel auf Portugal besonders interessirt zu seyn. Auch sollte dem Niederländischen Comtoir, wie vorbem. Sitte gewesen, ausgegeben werden, die Sache weiter zu verfolgen; der Brief an den König ward am Schluß der Versammlung aufgesetzt und verlesen.<sup>21</sup>

<sup>20</sup> Vergl. die Privilegien in den Beyl. bey den Jahren 1528 und 1515, besser 1524.

<sup>21</sup> Zu Folge des Protocolls dieses Hanse-Tags, in den MSS. Brf. Vol. 216, und MS. Hafn. b. d. J.

Während der Regierung des Königs Sebastian, bis zum Uebergange Portugals unter Spanische Herrschaft, stießen alle weitere Nachrichten, in wie fern die Hansen ihre früher erworbenen Privilegien behauptet und durch den Verkehr dafelbst sich ihrer bedient haben. Nachdem Portugal aber an Spanien kam, findet sich einiges wieder aufgezeichnet, was sowohl auf den Portugiesisch- als Spanisch-Hanfschen Verkehr sich bezieht; während des letztern in den frühern Zeiten dieser Periode kaum anders gedachte wird, als daß zuweilen einige Hanfsche Schiffe, die von und nach Spanien fahren, vorkommen.

Als Philipp II. von Spanien sich Portugals bemächtigt hatte, waren die Hansen, wie immer bey solchen Veränderungen, höchst thätig, um den glücklichen Ausgange der Freude über die Eröberung zu benützen. So warben sie denn alsbald bey ihm um die Bestätigung ihrer alten Freyheiten in Portugal, da manche Hamburgische und Lübeckische Schiffer über deren Verunsicherung klagten. Auch war damals ein Hanfscher Consul in Portugal angesetzt, dem befohlen ward ihre Bitten gehörigen Orts zu übergeben. Da man aber immer so schlecht die früher erhaltenen Privilegien aufbewahrt hatte und kannte, und viel mehr an das Uebliche und Herrschaftliche, das meist auch weit mehr werth war, als der Buchstabe, sich zu halten pflegte; so ward dem Consul aufgegeben, die Privilegien oder wenigstens ihren Inhalt herbey zu schaffen, jene, wie man vernahm,

wurden in einer Capelle zu Lissabon aufbewahrt; es contribuirten die Hanfen wirklich darnach zu dem darin gehaltenen Gottesdienste eben aus diesem Grunde.<sup>22</sup>

So wenig aber waren die Bürger aus den Städten des Bundes, die sich in Lissabon aufhielten, um diese Zeit mit den Oberdeutschen dafelbst in Eins verschmelzen, daß sie vielmehr große Beschwerden ein Paar Jahre darauf bey König Philipp II. von Spanien und dem Herzoge von Parma in den Niederlanden vorbrachten, wie nämlich ein Augsburgger, mit Namen Hans Kleinart, in die Stelle ihres bisherigen Hanfischen Consuls, Friedrich Daxlsen, sich gedrängt habe, der von ihren Privilegien nichts wisse, und dessen Entfernung sie eben so eifrig, als die Herstellung ihrer alten Freyheiten suchten.<sup>23</sup>

Auch bestätigte König Philipp II. den Deutschen und allen übrigen fremden Kaufleuten, im Jahre 1559, wegen ihres guten Benehmens bey dem Ueberfall der Engländer zu Lissabon, ihre Freyheiten, und so mögen denn auch die Hanfen die übrigen hiermit confirmirt erhalten haben.<sup>24</sup> Doch ist ungewiß, in wie fern sie

<sup>22</sup> In Folge des Protocolls einer Versammlung der Wendischen und Quartier-Städte zu Lübeck, vom Jahre 1581, MSS. Brf. Vol. 231.

<sup>23</sup> Nach dem Protocolle der Hanfischen Versammlung, vom Jahre 1584, in den MSS. Brf. Vol. 232.

<sup>24</sup> Die Urkunde bey Cassel s. Weyl. bey dem J. 1589. In der That kommt in spätern Hanfischen Nach-

sich darin zu erhalten wußten oder nicht. Nur das weiß man zuverlässig, daß Philipp II. während seiner Regierung, und daß Philipp III. wenigstens zu Anfang der seinigen, nach den damaligen politischen Verhältnissen dem Verkehr der Hanse mit Portugal und Spanien geneigt seyn mußten.

Die Niederländer, die vor der Insurrection am thätigsten in dem Verkehr mit Spanien und Portugal gewesen waren, die durch ihren zunehmenden Wohlstand, ihr größeres Handels-Capital, ihre Lage, dazu mehr als die Hanse geschikt waren, durften und konnten fortan öffentlich zu diesem Verkehr nicht zugelassen werden, eben weil sie Rebellen waren. Die Engländer, die an Umfang ihres Handels, an Handels-Capital gleichfalls bedeutend zugenommen hatten, und allmählig ein Uebergewicht über die Hanse behaupteten, konnten gleichfalls nicht mehr aufgenommen werden, da sie mehr oder weniger im offenen oder geheimen Kriege mit Spanien begriffen waren. Gleichwohl bedurften die Könige des letztern Landes die Zufuhr mancher Güter, vorzüglich der Schiffsbedarfnisse aus dem Norden, auch im Fall der Noth die Hülfe fremder Schiffe und Matrosen. Es bedurften Spanien und Portugal einer Zwischenhand um die Waren beyder Indien selbst an ihre Feinde abzugeben, sie suchten ein Markt für ihre Güter, so

richteten auch vor, daß man diese allgemeine Zusicherung des Königs für eine besonders Verkörtigung der holländischen Freyheiten hielt.

ausgedehnt als möglich, wenn sie auch unmittelbar ihre Feinde im Handel nicht zulassen konnten. Indes war und blieb dieser Verkehr für die Hansen mit manchen Beschwerden verbunden.

Eine Flotte, die sie mit Getreide, Kriegs- und Schiffsbedürfnissen für Spanien oder Portugal abgelandet hatten, ward durch Englische Schiffe, während der Regierung der Königin Elisabeth, bekanntlich aufgebracht und als gute Beute von ihr erklärt. Die vereinigten Niederlande übten zwar keine so große Gewaltthat gegen die Hansen, da sie es ganz wohl wußten, daß ihnen jene als Zwischenhändler selbst sehr nützlich wären, und daß viele Niederländer, in Hanfischem Nahmen und auf Hanfischen Schiffen, einen Verkehr nach Spanien und Portugal betrieben: allein es konnte ihnen doch auch nicht gleichgültig seyn, daß die Hansen ihren Feinden, sey es nach dem den Spaniern treu gebliebenen Theile der Niederlande, sey es nach Portugal und Spanien selbst, Getreide, Kriegs- und Schiffsmaterialien führten, da sie dieß alles selbst am liebsten allein gehabt und ihren Feinden entzogen hätten. So geschah es denn, daß die vereinigten Niederlande den Hansen bald dieß bald jenes Hinderniß in den Weg legten. Von der andern Seite aber trug es sich zu, denn diese Klagen wurden immer erneuert, daß die Hanfischen Schiffe, die nach Portugal und Spanien kamen, von den Königen angehalten, zum Kriegsdienst ausgerüstet, dazu gezwungen, nach fremden Welttheilen

Während der Regierung des Königs Sebastian, bis zum Uebergange Portugals unter Spanische Herrschaft, flossen alle weitere Nachrichten, in wie fern die Hansen ihre früher erworbenen Privilegien behauptet und durch den Verkehr dasselbst sich ihrer bedienen haben. Seitdem Portugal aber an Spanien kam, findet sich einiges wieder aufgezeichnet, was sowohl auf den Portugiesisch- als Spanisch-Hanfischen Verkehr sich bezieht; während des letztern in den frühern Zeiten dieser Periode kaum anders gedachte wird, als daß zuweilen einige Hanfische Schiffe, die von und nach Spanien fahren, vorkommen.

Als Philipp II. von Spanien sich Portugals bemächtigt hatte, waren die Hansen, wie immer bey solchen Veränderungen, höchst thätig, um den glücklichen Moment der Freude über die Eroberung zu benützen. So wurden sie denn alsbald bey ihm um die Bestätigung ihrer alten Freyheiten in Portugal, da manche Hamburgische und Lübeckische Schiffer über deren Verwundung klagten. Auch war damals ein Hanfischer Consul in Portugal angestellt, dem befohlen ward ihre Bitte gehörigen Orts zu übergeben. Da man aber immer so schlecht die früher erhaltenen Privilegien aufbewahrt hatte und kannte, und viel mehr an das Uebliche und Herkömmliche, das meist auch weit mehr werth war, als der Buchstabe, sich zu halten pflegte; so ward dem Consul aufgegeben, die Privilegien, oder wenigstens ihren Inhalt herbey zu schaffen, jene, wie man vernahm,



wurden in einer Capelle zu Hissabon aufbewahrt; es contribuirten die Hansen wirklich damals zu dem darin gehaltenen Gottesdienste eben aus diesem Grunde.<sup>22</sup>

So wenig aber waren die Bürger aus den Städten des Bundes, die sich in Hissabon aufhielten, um diese Zeit mit den Oberdeutschen dafelbst in Eins verschmelzen, daß sie vielmehr große Beschwerden ein Paar Jahre darauf bey König Philipp II. von Spanien und dem Herzoge von Parma in den Niederlanden vorbrachten, wie nämlich ein Augsburger, mit Namen Hans Kleinart, in die Stelle ihres bisherigen hanfischen Consuls, Friedrich Pawlsen, sich gedrängt habe, der von ihren Privilegien nichts wisse, und dessen Eiferung sie eben so ernstig, als die Herstellung ihrer alten Freyheiten suchten.<sup>23</sup>

Auch bestätigte König Philipp II. den Deutschen und allen übrigen fremden Kaufleuten, im Jahre 1559, wegen ihres guten Benehmens bey dem Ueberfall der Engländer zu Hissabon, ihre Freyheiten, und so mögen denn auch die Hansen die übrigen hiermit confirmirt erhalten haben.<sup>24</sup> Doch ist ungewiß, in wie fern sie

<sup>22</sup> Zu Folge des Protocolls einer Versammlung der Wendischen und Quartier-Städte zu Lübeck, vom Jahre 1581, MSS. Brf. Vol. 231.

<sup>23</sup> Nach dem Protocolle der hanfischen Versammlung, vom Jahre 1584, in den MSS. Brf. Vol. 232.

<sup>24</sup> Die Urkunde bey Cassel s. Wepl. bey dem J. 1589. In der That kommt in spätern hanfischen Nach-

gesandt, im Kriege gebraucht und oft so lange behalten wurden, bis sie ganz unbrauchbar geworden waren.

Daben fanden sich die Hansen in einem ganz eigenen Gedränge zwischen der Begierde zu gewinnen, und ihrem Gewissen oder ihren religiösen Gesinnungen. Alle oder gewiß bey weitem die meisten, seefahrenden Hansestädte waren protestantisch, sie waren wirklich dieß von ganzem Herzen, und wenn entschieden eine Partey ergriffen werden mußte; so waren sie auch in dieser Hinsicht entschieden gegen Spanien. Aber unglücklicher Weise hatten die protestantischen Mächte, es hatten die Könighen von England, die Könige von Dänmark und Schweden ihnen ihre Privilegien genommen, ihre Handels Herrschaft beschränkt, also daß sie der Neigung ihres Herzens nicht freudig folgen konnten. Am meisten neigten sie sich zwar zu den vereinigten Niederlanden hin, deren Verfassung der ihrigen am nächsten kam, woselbst immerhin noch einige Städte, aus alten Zeiten, mit ihnen in Bundesfreundschaft standen. Jedoch mußten die Hansen auch in diesen Gegenden von licenzen, von der Störung ihres freien Verkehrs manches leiden, und dann so waren auch die Niederländer halbe, nämlich reformirte Ketzer, die Hansen meist lutheraner.

Bei diesem Zustande der öffentlichen Angelegenheiten, und bey diesen geheimen Gesinnungen, mußte es sichtlich den Hansen am wünschenswerthesten scheinen, daß zwar die protestantische Partey in Europa das

Uebergewicht behalte, daß ihnen aber auch bey dem Kampfe der größern Mächte, die Neutralität für ihren Handel zugestanden werde. — Die Erfüllung dieses Wunsches aber, mußte bey ihrer Ohnmacht für sie um so erfreulicher seyn, da sie für ihren Wohlstand bey einer verstatteten, neutralen, freyen Fahrt so viel gewinnen, bey der wirklichen Theilnahme am Streite aber doch keinen Ausschlag geben konnten.

Dies jedoch war eben so schwer zu erhalten, da die mächtigen Vorsehter der beyden gegen einander streitenden Parteyen solche freye Fahrt ihnen zugestehen wenig geneigt, vielmehr aufs eifrigste wechselseitig bemüht waren, sie von der einen Seite auf die andere gänzlich hinüber zu ziehen, um, wie gering auch ihre Hülfe seyn möchte, dem Feinde durch die entzogene Zufuhr, eine Wunde bezubringen.

So lauteten denn die Anträge von Spanischer Seite, zu Ende der Regierung Philipps II. und zu Anfang der von Philipp III., sehr bestimmt auf diesen Zweck. Eine Statthalter, aus den Spanischen Niederlanden, von dem Erzherzoge Albrecht, in seinem Nahmen und im Nahmen des Königs von Spanien, nach Danmark und an die Hansen bestimmte Gesandtschaft, die aus dem Grafen Barlaumont von Laloi, dem Obersten Georg von Westendorff und Herrn Johann Neukirch bestand, machte, im Jahre 1597, bey Lübeck den Antrag dahin: daß die freundliche Besinnung des Königs, die er ihnen

früher bezeugt habe, stets dieselbe sey; daß er durch seinen Gesandten am kaiserlichen Hofe stets darauf habe antragen lassen, die Städte in ihren Streitigkeiten mit England zu unterstützen, und ihnen zu ihren verlorenen Freyheden wieder zu verhelfen; daß er geneigt sey ihnen die herrlichsten Freyheden in Portugal und Spanien zu verschaffen; und daß er ihnen zu Gunsten den schweren Zoll von dreißig Procenten, der jüngst in Spanien aufgelegt worden, abnehmen wolle. Allein er müsse beklagen, so hieß es ferner, daß er nicht gleiche Gesinnung bey den Städten gefunden habe, welche seinen rebellischen Niederländern nicht nur Freyheit des Handels verstateten, sondern auch in Compagnie mit ihnen ständen, obwohl diese in wahre Seeräuber ausarteten, und in dem schändlichen Geschäfte von der Königin von England, ganz gegen ihre Würde unterstützt würden. Demnach begehrte er ernstlich den Niederländischen Rebellen allen Handel mit den Hanse-Städten, wenigstens auf einige Zeit, abzuschneiden, und ihnen keine östlichen Waren, besonders kein Getreide, welches sie nicht entbehren könnten, zuzuführen. Sollte jedoch den Städten dieß allzu beschwerlich scheinen; so möge doch eine wirkliche Neutralität von ihnen beobachtet werden, wenigstens müßten die unter Spanischer Herrschaft gebliebenen Niederländischen Provinzen auf gleiche Weise von ihnen unterstützt werden, weßhalb man die Hansen durch öffentliche Patente in diesem Verkehre von allen Abgaben befreien, und gegen alle Gefahr sichern werde.

Es erborth sich der König von Spanien ferner die Städte gegen England in seinen Schuß zu nehmen, sie mit Schiffen, Munition, Geld und Mannschafft, zu Bekämpfung des gemeinschaftlichen Feindes, nach aller erheblichen Nothdurft zu versehen, und Commissäre in die Städte zu senden, welche die Güter, die von da nach Spanien und Portugal gesandt würden, bezeichnen sollten, damit auf diese Weise ihr Handel dahin frey bleibe, die Rebellen der Niederlande aber davon ausgeschlossen würden; wenn sie anders nicht andere zu gleichem Zweck dienliche Mittel vorzuschlagen wüßten.<sup>22</sup>

Es war leicht einzusehen, wie denn auch geschohe, daß zunächst Lübeck eine evasive Antwort auf solchen Antrag gab, und auf die Versammlung der Hanse sich berief, ihre Angelegenheiten beym Kaiser gegen die Engländer empfahl, zur Neutralität sich erborth, aber auch die Gesandtschaft ersuchte, daß der König von Spanien

<sup>22</sup> Als der Syndicus Sudermann, im Jahre 1585, in den Niederlanden war, so wurden ihm bereits Anträge der Art gemacht, wie aus seinem Schreiben an Lübeck, vom 5. May, desselben Jahrs, zu Eöln datirt, erhellet; in den MSS. Brf. Vol. 292. Der förmliche Antrag durch die Spanisch-Niederländische Gesandtschaft zu Lübeck, im Jahre 1597, ist nach den MSS. Brf. Vol. 234. Vergl. Köhler bey den Jahren 1597 und 1598. Dieser indeß veranlaßt bey diesen Jahren das, was damals und später vorgefallen. Die Hanfische Gesandtschaft nach Spanien ist erst im Jahre 1606 abgegangen.

seinen Gelehrten gleiche Neutralität zu beobachten befehlen möge.<sup>26</sup>

Das Jahr darauf erschien denn der Doctor Conrad Hecke, beauftragt von dem Könige von Spanien und dem Erzherzoge Albrecht von Oesterreich, Gubernator der Niederlande, mit gleicher Werbung, und ward den 12. Junius, in voller Versammlung, zur Audienz gelassen. Mit vielen schönen Worten drang er auf die Vorschlagung des frühern Antrags; er versprach, im Namen seines Herrn, daß ihre Freyheiten in den Besitzungen des Königs nicht nur erhalten, sondern auch noch vermehrt, besonders aber, daß ihnen in Sevilla eine besreyete Factorrey verstatet werden sollte, jedoch forderete er auch eben so categorisch, daß die Rebellen in den Niederlanden von aller directen oder indirecten Theilnahme an dem Handel mit des Königs Unterthanen ausgeschlossen blieben, und daß man deshalb genau anzeigen solle, wer wirklich natural Oesterlingisch sey. Die Neutralität scheine gleichsam nur zu Gunsten der Rebellen zu gelten. Die Hansen möchten nur Ernst zeigen und die freugebliebenen Provinzen der Niederlande mit ihren Schiffen und Gütern besuchen, um ihre daselbst ihnen zustehende Freyheiten zu behaupten; aber es sey unumgänglich nöthig, daß ernstlich auf die genaue Ausfertigung der Pässe und Certificationen für Güter, Schiffe und Mannschaft gesehen würde, und dieß sey um so

<sup>26</sup> Labeets Antwort auf den Antrag ist vom 25. May, 1597, in den MSS. Brf. Vol. 224.

wahrscheinlicher, da mehrere rebellische Niederländer, um der Hanfischen Freyheiten sich bedienen zu können, in den Städten des Bundes sich niedergelassen hätten. Der König sey bereit wegen der in Spanien angehaltenen Hanfischen Schiffe, volle Satisfaction zu geben. Er erblicke sich, wie denn damit in diesem Jahre bereits ein Anfang sey gemacht worden, den Hansen und ihnen allein nur die Erlaubniß zuzugestehen nach Brasilien, Guinea, und anderen abgelegenen Ländern und Inseln zu fahren, jedoch unter der Bedingung, daß sie von da wieder auf Iffabon zurückliefen, damit er, wie von Afters her die Einrichtung sey, daselbst seinen Zoll erheben könne; er fordere, daß die, welche dagegen fehlten, gestraft würden. Er begehre denn aber auch das Recht in ihren Häfen Kriegsvolk zu werben, und für seine Flotten und seiner Unterthanen Schiffe die Befugniß gegen Ungewitter und wegen der rebellischen Seeräuber Schuß daselbst zu suchen, wogegen seine Kriegsschiffe ihnen hinwieder alle Hülfe leisten sollten. Ganz besonders aber begehre er, daß ihre beyden Hauptströme, die Elbe und Weser, so geschützt würden, daß die Rebellen daselbst nicht Spanische Schiffe fernerhin nehmen könnten. Zu allen diesen Zwecken aber möchte es heilsam seyn, wenn die Städte eine Ligue mit ihm, dem Könige, eingingen.<sup>27</sup>

Im Nahmen des Erzherzogs Albrecht, von dem der Abgeordnete besonders beauftragt war, um den fol-

<sup>27</sup> In Folge der angeführten MSS. Brf. Vol. 234.

Während der Regierung des Königs Sebastian, bis zum Uebergange Portugals unter Spanische Herrschaft, stießen alle weitere Nachrichten, in wie fern die Hansen ihre früher erworbenen Privilegien behauptet und durch den Verkehr dasselbst sich ihrer bedient haben. Nachdem Portugal aber an Spanien kam, findet sich einiges wieher aufgezeichnet, was sowohl auf den Portugiesisch- als Spanisch-Hanfischen Verkehr sich bezieht, während des letztern in den frühern Zeiten dieser Periode kaum anders gewahr wird, als daß zuweilen einige Hanfische Schiffe, die von und nach Spanien fahren, vorkommen.

Als Philipp II. von Spanien sich Portugals bemächtigt hatte, waren die Hansen, wie immer bey solchen Veränderungen, höchst thätig, um den glücklichen Moment der Freude über die Eroberung zu benützen. So warben sie denn alsbald bey ihm um die Bestätigung ihrer alten Freyheiten in Portugal, da manche Hamburgische und Lübeckische Schiffer über deren Verminde- rung klagten. Auch war damals ein Hanfischer Consul in Portugal angesetzt, dem befohlen ward ihre Bitte gehörigen Orts zu übergeben. Da man aber immer so schlecht die früher erhaltenen Privilegien aufbewahrt hatte und kannte, und viel mehr an das Uebliche und Herkömmliche, das meist auch weit mehr werth war, als der Buchstabe, sich zu halten pflegte; so ward dem Consul aufgegeben, die Privilegien, oder wenigstens ihren Inhalt heraus zu schaffen, jens, wie man vernahm,



wurden in einer Capelle zu Hissabon aufbewahrt; es contribuirten die Hansen wirklich damals zu dem darin gehaltenen Gottesdienste eben aus diesem Grunde.<sup>22</sup>

So wenig aber waren die Bürger aus den Städten des Landes, die sich in Hissabon aufhielten, um diese Zeit mit den Oberdeutschen dafelbst in Eins verschmolzen, daß sie vielmehr große Beschwerden ein Paar Jahre darauf bey König Philipp II. von Spanien und dem Herzoge von Parma in den Niederlanden vorbrachten, wie nämlich ein Augsburgger, mit Namen Hans Kleinert, in die Stelle ihres bisherigen hanfischen Consuls, Friedrich Pawlsen, sich gedrängt habe, der von ihren Privilegien nichts wisse, und dessen Entfernung sie eben so eifrig, als die Herstellung ihrer alten Freyheiten suchten.<sup>23</sup>

Auch bestätigte König Philipp II. den Deutschen und allen übrigen fremden Kaufleuten, im Jahre 1559, wegen ihres guten Benehmens bey dem Ueberfall der Engländer zu Hissabon, ihre Freyheiten, und so mögen denn auch die Hansen die ihrigen hiermit confirmirt erhalten haben.<sup>24</sup> Doch ist ungewiß, in wie fern sie

<sup>22</sup> Zu Folge des Protocolls einer Versammlung der Wendischen und Quartier-Städte zu Lübeck, vom Jahre 1581, MSS. Brf. Vol. 231.

<sup>23</sup> Nach dem Protocolle der hanfischen Versammlung, vom Jahre 1584, in den MSS. Brf. Vol. 232.

<sup>24</sup> Die Urkunde bey Cassel f. Weyl. bey dem J. 1589. In der That kommt in spätern hanfischen Nachs

sich darin zu erhalten wußten oder nicht. Nur das weiß man zuverlässig, daß Philipp II. während seiner Regierung, und daß Philipp III. wenigstens zu Anfang der seinigen, nach den damaligen politischen Verhältnissen dem Verlehr der Hansen mit Portugal und Spanien geneigt seyn mußten.

Die Niederländer, die vor der Insurrection am eifrigsten in dem Verlehr mit Spanien und Portugal gewesen waren, die durch ihren zunehmenden Wohlstand, ihr größeres Handels-Capital, ihre Lage, dazu mehr als die Hansen geschikt waren, durften und konnten fortan öffentlich zu diesem Verlehr nicht zugelassen werden, eben weil sie Rebellen waren. Die Engländer, die an Umfang ihres Handels, an Handels-Capital gleichfalls bedeutend zugenommen hatten, und allmählig ein Uebergewicht über die Hansen behaupteten, konnten gleichfalls nicht mehr aufgenommen werden, da sie mehr oder weniger im offenen oder geheimen Kriege mit Spanien begriffen waren. Gleichwohl bedurften die Könige des letztern Landes die Zufuhr mancher Güter, vorzüglich der Schiffsbedarfnisse aus dem Norden, auch im Fall der Noth die Hülfe fremder Schiffe und Matrosen. Es bedurften Spanien und Portugal einer Zwischenhand um die Waren beyder Indien selbst an ihre Feinde abzugeben, sie suchten ein Markt für ihre Güter, so

richteten auch vor, daß man diese allgemeine Zufuhrung des Königs für eine besonders Befräftigung der holländischen Freyheiten hielt.

ausgedehnt als möglich, wenn sie auch unmittelbar ihre Feinde im Handel nicht zulassen konnten. Indes war und blieb dieser Verkehr für die Hanfen mit manchen Beschwerden verbunden.

Eine Flotte, die sie mit Getreide, Kriegs- und Schiffsbedürfnissen für Spanien oder Portugal abgeleitet hatten, ward durch Englische Schiffe, während der Regierung der Königin Elisabeth, bekanntlich aufgebracht und als gute Deute von ihr erklärt. Die vereinigten Niederlande übten zwar keine so große Gewaltthat gegen die Hanfen, da sie es ganz wohl wußten, daß ihnen jene als Zwischenhändler selbst sehr nützlich wären, und daß viele Niederländer, in Hanfischem Nahmen und auf Hanfischen Schiffen, einen Verkehr nach Spanien und Portugal betrieben: allein es konnte ihnen doch auch nicht gleichgültig seyn, daß die Hanfen ihren Feinden, sey es nach dem den Spaniern treu gebliebenen Theile der Niederlande, sey es nach Portugal und Spanien selbst, Getreide, Kriegs- und Schiffsmaterialien führten, da sie dieß alles selbst am liebsten allein gehadt und ihren Feinden entzogen hätten. So geschah es denn, daß die vereinigten Niederlande den Hanfen bald dieß bald jenes Hinderniß in den Weg legten. Von der andern Seite aber trug es sich zu, denn diese Klagen wurden immer erneuert, daß die Hanfischen Schiffe, die nach Portugal und Spanien kamen, von den Königen angehalten, zum Kriegsdienst ausgerüstet, dazu gezwungen, nach fremden Mächten

gesandt, im Kriege gebraucht und oft so lange behalten wurden, bis sie ganz unbrauchbar geworden waren.

Daben fanden sich die Hansen in einem ganz eigenen Gedränge zwischen der Begierde zu gewinnen, und ihrem Gewissen oder ihren religiösen Gesinnungen. Alle oder gewiß bey weitem die meisten, seefahrenden Hansestädte waren protestantisch, sie waren wirklich dieß von ganzem Herzen, und wenn entschieden eine Partey ergriffen werden mußte; so waren sie auch in dieser Hinsicht entschieden gegen Spanien. Aber unglücklicher Weise hatten die protestantischen Mächte, es hatten die Königin von England, die Könige von Dänmark und Schweden ihnen ihre Privilegien genommen, ihre Handels Herrschaft beschränkt, also daß sie der Neigung ihres Herzens nicht freudig folgen konnten. Am meisten neigten sie sich zwar zu den vereinigten Niederlanden hin, deren Verfassung der ihrigen am nächsten kam, woselbst immerhin noch einige Städte, aus alten Zeiten, mit ihnen in Bundesfreundschaft standen. Jedoch mußten die Hansen auch in diesen Gegenden von licenzen, von der Störung ihres freien Verkehrs manches leiden, und dann so waren auch die Niederländer halbe, nämlich reformirte Ketzer, die Hansen meist lutheraner.

Bei diesem Zustande der öffentlichen Angelegenheiten, und bey diesen geheimen Gesinnungen, mußte es sichtlich den Hansen am wünschenswerthesten scheinen, daß zwar die protestantische Partey in Europa das

Uebergewicht behalte, daß ihnen aber auch bey dem Kampfe der größern Mächte, die Neutralität für ihren Handel zugestanden werde. — Die Erfüllung dieses Wunsches aber, mußte bey ihrer Ohnmacht für sie um so erfreulicher seyn, da sie für ihren Wohlstand bey einer verstatteten, neutralen, freyen Fahrt so viel gewinnen, bey der wirklichen Theilnahme am Streite aber doch keinen Ausschlag geben konnten.

Dies jedoch war eben so schwer zu erhalten, da die mächtigen Vorfechter der beyden gegen einander streitenden Parteyen solche freye Fahrt ihnen zugestehen wenig geneigt, vielmehr aufs eifrigste wechselseitig bemüht waren, sie von der einen Seite auf die andere gänzlich hinüber zu ziehen, um, wie gering auch ihre Hülfe seyn möchte, dem Feinde durch die entzogene Zufuhr, eine Wunde bezubringen.

So lauteten denn die Anträge von Spanischer Seite, zu Ende der Regierung Philipps II. und zu Anfang der von Philipp III., sehr bestimmt auf diesen Zweck. Eine statlich, aus den Spanischen Niederlanden, von dem Erzherzoge Albrecht, in seinem Nahmen und im Nahmen des Königs von Spanien, nach Danmark und an die Hanse bestimmte Gesandtschaft, die aus dem Grafen Barlaumont von Laloi, dem Obersten Georg von Westendorff und Herrn Johann Neutkirch bestand, machte, im Jahre 1597, bey Lübeck den Antrag dahin: daß die freundliche Bestimmung des Königs, die er ihnen

früher bezeugt habe, stets dieselbe sey; daß er durch seinen Gesandten am kaiserlichen Hofe stets darauf habe antragen lassen, die Städte in ihren Streitigkeiten mit England zu unterstützen, und ihnen zu ihren verlorenen Freyheiten wieder zu verhelfen; daß er geneigt sey ihnen die herrlichsten Freyheiten in Portugal und Spanien zu verkotten; und daß er ihnen zu Gunsten den schweren Zoll von dreyßig Procenten, der jüngst in Spanien aufgelegt worden, abnehmen wolle. Allein er müsse beklagen, so hieß es ferner, daß er nicht gleiche Gesinnung bey den Städten gefunden habe, welche seinen rebellischen Niederländern nicht nur Freyheit des Handels verstateten, sondern auch in Compagnie mit ihnen ständen, obwohl diese in wahre Seeräuber ausarteten, und in dem schändlichen Geschäfte von der Königin von England, ganz gegen ihre Würde unterstützt würden. Demnach begehrte er ernstlich den Niederländischen Rebellen allen Handel mit den Hanse-Städten, wenigstens auf einige Zeit, abzuschneiden, und ihnen keine östlichen Waren, besonders kein Getreide, welches sie nicht entbehren könnten, zuzuführen. Sollte jedoch den Städten dieß allzu beschwerlich scheinen; so möge doch eine wirkliche Neutralität von ihnen beobachtet werden, wenigstens müßten die unter Spanischer Herrschaft gebliebenen Niederländischen Provinzen auf gleiche Weise von ihnen unterstützt werden, weßhalb man die Hansen durch öffentliche Patente in diesem Verkehre von allen Abgaben befreien, und gegen alle Gefahr sichern werde.

Es erbot sich der König von Spanien ferner die Städte gegen England in seinen Schutz zu nehmen, sie mit Schiffen, Munition, Geld und Mannschaft, zu Bekämpfung des gemeinschaftlichen Feindes, nach aller erheischenden Nothdurft zu versehen, und Commissäre in die Städte zu senden, welche die Güter, die von da nach Spanien und Portugal gesandt würden, bezeichnen sollten, damit auf diese Weise ihr Handel dahin frey bleibe, die Rebellen der Niederlande aber davon ausgeschlossen würden; wenn sie anders nicht andere zu gleichem Zweck dienliche Mittel vorzuschlagen wüßten.<sup>22</sup>

Es war leicht einzusehen, wie denn auch geschohe, daß zunächst Lübeck eine evasive Antwort auf solchen Antrag gab, und auf die Versammlung der Hanse sich berief, ihre Angelegenheiten beym Kaiser gegen die Engländer empfahl, zur Neutralität sich erbot, aber auch die Gesandtschaft ersuchte, daß der König von Spanien

<sup>22</sup> Als der Syndicus Sudermann, im Jahre 1585, in den Niederlanden war, so wurden ihm bereits Anträge der Art gemacht, wie aus seinem Schreiben an Lübeck, vom 5. May, desselben Jahrs, zu Edin datirt, erhellet; in den MSS. Brf. Vol. 232. Der förmliche Antrag durch die Spanisch - Niederländische Gesandtschaft zu Lübeck, im Jahre 1597, ist nach den MSS. Brf. Vol. 234. Vergl. Köhler bey den Jahren 1597 und 1598. Dieser indeß veranlaßt bey diesen Jahren das, was damals und später vorgefallen. Die Hanfische Gesandtschaft nach Spanien ist erst im Jahre 1606 abgegangen.

früher bezeugt habe, stets dieselbe sey; daß er durch seinen Gesandten am kaiserlichen Hofe stets darauf habe antragen lassen, die Städte in ihren Streitigkeiten mit England zu unterstützen, und ihnen zu ihren verlorenen Freyheiten wieder zu verhelfen; daß er geneigt sey ihnen die herrlichsten Freyheiten in Portugal und Spanien zu verschaffen; und daß er ihnen zu Gunsten den schweren Zoll von dreyßig Procenten, der jüngst in Spanien aufgelegt worden, abnehmen wolle. Allein er müsse beklagen, so hieß es ferner, daß er nicht gleiche Gesinnung bey den Städten gefunden habe, welche seinen rebellischen Niederländern nicht nur Freyheit des Handels verschaffeten, sondern auch in Compagnie mit ihnen ständen, obwohl diese in wahre Seeräuber ausarteten, und in dem schändlichen Geschäfte von der Königin von England, ganz gegen ihre Würde unterstützt würden. Demnach begehre er ernstlich den Niederländischen Rebellen allen Handel mit den Hanse-Städten, wenigstens auf einige Zeit, abzuschneiden, und ihnen keine östlichen Waren, besonders kein Getreide, welches sie nicht entbehren könnten, zuzuführen. Sollte jedoch den Städten dieß allzu beschwerlich scheinen; so möge doch eine wirkliche Neutralität von ihnen beobachtet werden, wenigstens müßten die unter Spanischer Herrschaft gebliebenen Niederländischen Provinzen auf gleiche Weise von ihnen unterstützt werden, weshalb man die Hansen durch öffentliche Patente in diesem Verkehre von allen Abgaben befreien, und gegen alle Gefahr sichern werde.



Es erböth sich der König von Spanien ferner die Städte gegen England in seinen Schutz zu nehmen, sie mit Schiffen, Munition, Geld und Mannschaft, zu Bekämpfung des gemeinschaftlichen Feindes, nach aller erheblichen Nothdurft zu versehen, und Commissäre in die Städte zu senden, welche die Güter, die von da nach Spanien und Portugal gesandt würden, bezeichnen sollten, damit auf diese Weise ihr Handel dahin frey bleibe, die Rebellen der Niederlande aber davon ausgeschlossen würden; wenn sie anders nicht andere zu gleichem Zweck dienliche Mittel vorzuschlagen wüßten.<sup>22</sup>

Es war leicht einzusehen, wie denn auch geschehe, daß zunächst Lübeck eine evasive Antwort auf solchen Antrag gab, und auf die Versammlung der Hanse sich berief, ihre Angelegenheiten beym Kaiser gegen die Engländer empfahl, zur Neutralität sich erböth, aber auch die Gesandtschaft ersuchte, daß der König von Spanien

<sup>22</sup> Als der Syndicus Sudermann, im Jahre 1585, in den Niederlanden war, so wurden ihm bereits Anträge der Art gemacht, wie aus seinem Schreiben an Lübeck, vom 5. May, desselben Jahrs, zu Eöln datirt, erhellet; in den MSS. Brf. Vol. 232. Der förmliche Antrag durch die Spanisch-Niederländische Gesandtschaft zu Lübeck, im Jahre 1597, ist nach den MSS. Brf. Vol. 234. Vergl. Abhles bey den Jahren 1597 und 1598. Dieser indeß veranlaßt bey diesen Jahren das, was damals und später vorgefallen. Die Hanfische Gesandtschaft nach Spanien ist erst im Jahre 1606 abgegangen.

seinen Gelehrten gleiche Neutralität zu beobachten befehlen möge.<sup>26</sup>

Das Jahr darauf erschien denn der Doctor Conrad Hecke, beauftragt von dem Könige von Spanien und dem Erzherzoge Albrecht von Oestreich, Gubernator der Niederlande, mit gleicher Werbung, und ward den 19. Junius, in voller Versammlung, zur Audienz gelassen. Mit vielen schönen Worten drang er auf die Verrathschlagung des frühern Antrags; er versprach, im Namen seines Herrn, daß ihre Freyheiten in den Besitzungen des Königs nicht nur erhalten, sondern auch noch vermehrt, besonders aber, daß ihnen in Sevilla eine befreyte Factorrey verstatet werden sollte, jedoch forderete er auch eben so categorisch, daß die Rebellen in den Niederlanden von aller directen oder indirecten Theilnahme an dem Handel mit des Königs Unterthanen ausgeschlossen blieben, und daß man deßhalb genau anzeigen solle, wer wirklich natural Oesterlingisch sey. Die Neutralität scheine gleichsam nur zu Gunsten der Rebellen zu gelten. Die Hansen möchten nur Ernst zeigen und die freugebliebenen Provinzen der Niederlande mit ihren Schiffen und Gütern besuchen, um ihre dafelbst ihnen zustehende Freyheiten zu behaupten; aber es sey unumgänglich nöthig, daß ernstlich auf die genaue Ausfertigung der Pässe und Certificationen für Güter, Schiffe und Mannschaft gesehen würde, und dieß sey um so

<sup>26</sup> Lübeck's Antwort auf den Antrag ist vom 25. May, 1597, in den MSS. Brf. Vol. 224.

worthwendiger, da mehrere rebellische Niederländer, um der Hanfischen Freyheiten sich bedienen zu können, in den Städten des Bundes sich niedergelassen hätten. Der König sey bereit wegen der in Spanien angehaltenen Hanfischen Schiffe, volle Satisfaction zu geben. Er erblicke sich, wie denn damit in diesem Jahre bereits ein Anfang sey gemacht worden, den Hansen und ihnen allein nur die Erlaubniß zuzugestehen nach Brasilien, Guinea, und anderen abgelegenen Ländern und Inseln zu fahren, jedoch unter der Bedingung, daß sie von da wieder auf Hispanien zurückliefen, damit er, wie von Alters her die Einrichtung sey, daselbst seinen Zoll erheben könne; er fordere, daß die, welche dagegen fehlten, gestraft würden. Er begehre denn aber auch das Recht in ihren Häfen Kriegsvolk zu werben, und für seine Flotten und seiner Unterthanen Schiffe die Befugniß gegen Ungewitter und wegen der rebellischen Seeräuber Schutz daselbst zu suchen, wogegen seine Kriegsschiffe ihnen hinwieder alle Hülfe leisten sollten. - Ganz besonders aber begehre er, daß ihre beyden Hauptströme, die Elbe und Weser, so geschützt würden, daß die Rebellen daselbst nicht Spanische Schiffe fernerhin nehmen könnten. Zu allen diesen Zwecken aber möchte es heilsam seyn, wenn die Städte eine Ligue mit ihm, dem Könige, eingingen.<sup>27</sup>

Im Nahmen des Erzherzogs Albrecht, von dem der Abgeordnete besonders beauftragt war, um den sah-

<sup>27</sup> Zu Folge der angeführten MSS. Brf. Vol. 234.

sehen und betrüglischen Wäffen und Certificatien, vorge-  
bauen, forderete er noch besonders: Da viele aus den  
rebellischen Niederlanden, besonders aus Amsterdam sich  
scheinbar, als Bürger, in den Hanse-Städten nieder-  
gelassen hätten, sich besetzt mit Wäffen versehen, die  
Freiheit der Neutralen ansprächen und an den Spani-  
schen Küsten frey handelten; so werde rascham fern, kö-  
nnen aufzunehmen, der nicht zuvor vom Könige begna-  
digt worden, wobei denn zugleich angezeigt werden  
müsse, in welcher Stadt er sich niedergelassen, gedanke.  
Es sey der König bereit den Hansen denselben Handel  
auf alle seine Europäische Besizungen zugestehen, jedoch  
unter der Bedingung, daß sie die Fahrt auf die Länder  
der Rebellen, besonders auf Holland und Seeland einstim-  
men, da diese ihnen den freyen Handel auf die Spani-  
schen Besizungen nicht zugestehen wollten. Der König  
wollte indeß, wenn die Rebellen, England und Frank-  
reich ihnen die freye Fahrt auf die Länder der Spa-  
nischen Krone bewilligten, ein Gleiches auf seiner Feinde  
Länder verstaten, weshalb sie bey diesen mit Güte oder  
Gewalt dieß zu bewirken suchen sollten. Jedoch ver-  
setzte er sich von selbst, daß dieser den Neutralen auf  
Feindes Land zugestandene Verkehr einzig in Bezug auf  
solche Waren nachgelassen würde, die in Kriegszeiten  
überall verstatet wären. <sup>21</sup>

<sup>21</sup> Mandat des Erzhertogs Albrecht, welches der Doctor  
Hede den Hansen mittheilte, vom 9. Apr. 1598,  
in den MSS. Bgl. Vol. 234.

Manches war in diesen Anträgen den Städten ganz  
erfreulich zu vernehmen, und ganz hatten sie auch dies  
benutzt; allein manches mochten und konnten sie auch  
nicht bewilligen. Daher sie denn antworteten, wie es  
leicht zu erwarten stand: daß sie für des Königs gute  
Dienste dankten, daß sie gern seine treuen Lande be-  
suchen wollten, wenn nur nicht so große Gefahr damit  
verbunden wäre, und daß sie die übelgen Anträge Christi-  
an's referendum nehmen mußten, theils, besonders in  
Bezug auf die Spernung ihrer Häfen für die Nieder-  
länder, behaupteten, daß könne nur von Kaiser und  
Reich beschloffen werden, indem sie sehr wohl wußten,  
wie wenig alsdenn dies je geschehen werde. Indeß  
war man bereit, die angefangenen Unterhandlungen mit  
dem Doctor, nach seiner Rückkehr, weiter fortzusetzen,  
da sein Antrag doch so manches wahrhafte Wunschens-  
werthe enthielt, weshalb, um ihn in guter Laune zu er-  
halten, sie auch in der Herberge ihn frey hielten, und  
ihm einen goldenen Löwll versetzten.

Die Versammlung war so zahlreich, wie sie selten  
um diese Zeit zu seyn pflegte, die Deputirten vor-  
zwölff, meist der angesehensten Städte waren anwesend.  
Aber mehrer, und besonders Lübeck und Hamburg, klag-  
ten auch, daß ihre Kaufleute und Schiffer, trotz der  
seyerlichsten Zusicherungen, seit dem Jahre 1583, in  
Spanien und Portugal vieles zu dulden hätten, obwohl  
der König immer und stets von neuem darauf gedru-  
gen habe, daß die Städte seine Lande besuchen möchten.

Hofenbergs: Wenn die Hanseischen Schiffe nicht angehalten, zu des Königs Anordnungen gehorchen würden, wenn sie aber Schaden gelitten hätten, so sey ihnen Nöthes nicht nur nicht erloßt, sondern nicht einmal ein Geld oder Dienstgeld bewilligt worden.<sup>29</sup>

Indeß kam einige Jahre nachher die sichere Nachricht an, daß König Philipp III. in allen seinen Landen einen Zoll von 30 Procent bey der Aus- und Einfuhr aufgelegt; auch verschiedene Waren aus dem Hanseischen Gebiet einzuführen gänzlich unterlagt habe: da aber bey solchem Druck der Handel nicht weiter mit Vortheil geführt werden konnte, jedoch nach sicheren Nachrichten, dieß Statut in dem Niederlanden und auf den Antrag der Spanisch-Burgundischen Regierung Sankt gefunden hatte; so beschloß man daselbst Vorstellungen zu machen, und im Fall, daß sie glücklich ausfallen sollten; eine Gesandtschaft nach Spanien zu senden, einen Agenten, am Spanischen Hofe, einen Consul zu Lissabon und einen andern zu Sevilla zu bestellen, die Kosten aber zu dem osten durch eine Abgabe von den Schiffen und Gütern der nach Spanien und Portugal handelnden Hanse zu erheben.<sup>30</sup>

Auch scheint es, daß die schwere Abgabe ihnen zu Gunsten gemildert oder zurückgenommen ward. Jedoch lehrten immer neue Verschwerden wieder, und die ganze

<sup>29</sup> Protocoll des Hanse-Tags a. a. D.

<sup>30</sup> Protocoll der Versamml. von dem Jahre 1604, in den MSS. Brf. Vol. 241.

tege, die Verhältnisse Spaniens, der Niederlande und der Hanse ließen nichts anders erwarten.

Auf der Hanfischen Versammlung, im Jahre 1606, berichtete Kampferbeck, der als Hanfischer Consul zu Lissabon in Vorschlag gekommen war, einstimmig mit andern, daß daselbst bey Trommelschlag sey bekannt gemacht worden, wenn die Hanse nicht besser für die Certification der Güter sorgen, sie nicht nur für die Zukunft der Abgabe von dreßsig Procent wieder unterworfen, sondern auch für die vergangene Zeit den Betrag nachbezahlen sollten. Darauf denn die Städte die früher gefassten Beschlüsse der Abserrigung einer Legation nach Spanien, der Anstellung der Consuln, und der Einführung einer Abgabe von allen nach den Spanischen Besitzungen zu führenden Gütern, zu Bestreitung der deßhalb erforderlichen Kosten, erneuerten. Man wollte zugleich die Oberdeutschen Reichsstädte, mit denen man jetzt, beym Verfall des Ganzen, weit einträchtiger als zuvor handelte, auffordern, dieß auch genehm zu halten und gemeinschaftliche Sache mit den Hanse zu machen. <sup>21</sup>

In der That kam denn auch die Gesandtschaft nach Spanien, ganz gegen alle Hanfische Langsamkeit, bereits in diesem Jahre zu Stande, welches für ihre Wichtigkeit laut genug spricht; es reisten die Abgeordneten, bestehend aus dem Hanfischen Syndicus, Dr. Domann,

<sup>21</sup> Protocoll der Versamml. von dem Jahre 1606, in den MSS. Brf. Vol. 236.

den Rathsherren Heinrich Brokes von Lübeck, Hieronymus Vogeler von Hamburg, und Krusoltz von Holtenau Danzig, den 12. Nov. 1606, von Lübeck und Hamburg ab, und kamen mit denselben Wagen und Pferden, den 2. April des Jahrs 1607, zu Madrid an, worauf sie einige Wochen nachher bey dem Könige zur Audienz gelassen wurden.

Alles, was zur guten Aufnahme, zu freyer, statthafter, sparsamer Bewirthung gehörte, fanden sie dort in reichem Maße vor. Der König, die Königin, sein alles vermögender Minister, der Herzog von Lerma, gaben viele schöne Worte, und die Grandes, denen sie ihre Aufwartung machten, folgten, wie es sich vom selbst verstand, jenen erlauchten Beyspielen. Nur der bey dem Herzoge von Lerma alles verändernde Don Roderigo de Calderona legte seine finstere Weise nicht ganz ab; jedoch schien er ihren Wünschen nicht durchaus abgeneigt.

Alekin es war schon ein böses Zeichen, als, kurz nach ihrer Audienz, des Königs geheimer Secretär, Andreas de Prado, von ihnen begehrte, daß sie dem Könige einige, zu Lissabon angelommene, Hanfschiffe zu seinen Diensten, auf zwei Monate, überlassen möchten. Zwar willigten sie ein, um nicht gleich zu Anfang des Königs Unwillen auf sich zu laden, wie entschieden sie auch gerath, um die Abfertigung solcher Forderungen zu werben, beauftragt waren. Indess traf es sich glücklicher Weise, daß die Schiffe bereits abgereiset waren, bevor man von der Einwilligung Gebrauch



machen konnte; späterhin aber wurden einige angehalten, und zum Dienst des Königs wirklich gebraucht.

Dem Staatsrathe überantworteten sie ihre Aufträge, ihre Bitten und Beschwerden. Aber wie sehr sie auch auf die Beschleunigung des Geschäfts drangen, so waren sie dennoch bis in den achten Monat zu Madrid aufgehalten. Bald waren die von ihnen eingegebenen Schriften zu weitläufig, und sie mußten ins Kurze gezogen werden, dann ward bezweifelt, daß die Gesandten mit hinlänglichen Vollmachten versehen wären; und wie die Epikonen weiter lauten mochten. Wahrscheinlich aber zögerte man Spanischer Seits mit der endlichen Entscheidung, weil zugleich über einen Waffenstillstand mit den insurgirten Niederländern verhandelt ward, der, wenn er vollkommen gelang, die Nothwendigkeit sehr verminderte, die Hansen zu begünstigen, und das Ganze anders einzuleiten fordern mußte. Dann aber wollte auch die Spanische Regierung, wenn sie den Hansen Freiheiten bewilligte, daß gleiche oder ähnliche von ihnen den Spaniern in den Städten zugestanden werden sollten. Es ward ihnen deshalb eine Schrift vom Staatsrathe übergeben, worin denn unter andern gefordert ward, daß den in den Hanse-Städten sich aufhaltenden Unterthanen des Königs verstattet werden sollte, in ihren Häusern Gottesdienst zu halten und die Messe zu hören; Forderungen, welche die Gesandten nicht bewilligen konnten und deshalb sich mit dem Mangel an gehöriger Instruction entschuldigten.

Wenig erfreulich war es ferner, daß ein Lübeckischer Schiffer, Johann Volin, der einem dieser Gesandten angehörte, und nach Venedig bestimmt war, von der Inquisition zu Sevilla mit Schiff und Gut angehalten ward, weil man ein Paar Deutsche, protestantische Bächter bey ihm gefunden hatte; erst nach vielen Vorstellungen konnte seine Freyheit erhalten werden. Verschiedentlich waren die Hanfsichen Deputirten unter sich uneins über die zu verhandelnden Gegenstände; einer von ihnen verfiel in schwere Krankheit. Als sie endlich nach halbjährigem Aufenthalte, in fünf verschiedenen Diplomen, den Willen des Königs vernahmen, wie erstaunt waren sie da nicht, als darin so gar wenig von dem, was sie gebethen hatten, enthalten, und alles mit so vielen Clauseln versehen war, daß die ganze Mühe, die Zeit, die Kosten, die sich auf ein Paar Tonnen Goldes belaufen, so wenig belohnt schienen!<sup>22</sup>

<sup>22</sup> Vergleiche den Auszug des Protocols der Hanfsichen Gesandtschaft nach Spanien bey Werdenhagen, von dem Jahre 1607, s. Beyl. bey diesem Jahre. Es ist von dem ganzen weitläufigen, schlechten Werke eins der besten Actenstücke und wohl übereinstimmend mit dem, was in den MSS. Brf. Vol. 245. vorkommt; vergleiche auch die bereits oben erwähnten Memor. Hamburg., von Fabricius, T. I. S. 120. und Willems Nachricht über diese Gesandtschaft von Ziegra; Hamburg, 1774. 4. so wie die Urkunden selbst, die in mehreren Sammlungen bereits (s. das Verz. der Urkunden in der Beylage)

Es wurden ihnen in den verschiedenen Diplomen be-  
 eilen, vorzüglich unter König Emanuel erworbenen

abgedruckt worden. Es heißt bestimmt bey Ber-  
 denhagen, Fabricius und Willens, so wie  
 in den MSS. Brf., daß die Legaten fünf Diplome  
 erhielten, und es finden sich auch fünf Diplome in  
 den gedruckten Sammlungen, vergl. Beyl. bey dem  
 Jahre 1607, obgleich sie fälschlich ebendaselbst, theils  
 zu den Jahren 1647, 1648 und 1650 gezählt wer-  
 den. Jedoch ist folgendes zu bemerken. Zwey von  
 jenen fünf Diplomen, die sich auf Castillen be-  
 zogen, waren ganz gleichlautend; das eine Exemplar  
 war von dem Secretär des Königs unterzeichnet,  
 das andere sollte von den Hansen ratificirt zurückge-  
 sandt werden. Folglich bleiben nur vier Diplome  
 übrig. Es finden sich aber in den gedruckten Samms-  
 lungen, s. Beyl. bey dem Jahre 1607, wirklich fünf.  
 Dieß verhält sich so. Die eine dieser Urkunden (bey  
 Abreu Phil. IV. p. VI. 63. Marquard Beyl.  
 98. König P. sp. Cont. Th. II. Fortsetzung 183.  
 Schmanß I. 60r. Dumont T. VI. I. 422.) ist  
 nichts weiter als ein Project, welches der Hanfsche  
 Syndicus Domann, der Mitglied dieser Gesandts-  
 schaft war, aufgesetzt und dem Staatsrath überge-  
 ben hatte, welches Project in mehreren Punkten  
 geändert, nicht angenommen und von dem Könige  
 in einer andern Form, mit andern lautenden Arti-  
 keln, den Deputirten zurückgegeben ward, unter dem  
 7. Nov. bey Abreu Ph. III. P. I. 283. Bis dahin  
 ist alles klar, die Beweise der Richtigkeit dieser Dar-  
 stellung des durch die spätern Secreten so höchst

Freiheiten in Portugal für dieß Recht nicht nur erweitert, sondern auch noch vermehrt, und großen Theils auf die Königreiche Castilien und auf Andalusien insbesondere ausgedehnt. Zugleich forberten die veränderten Verhältnisse, besonders die Lage Spaniens zu den vereinigten Niederlanden, manche Bestimmungen und Aenderungen der früher zugestandenen Freiheiten.

So ward ihnen denn in den Königreichen Castilien das Recht zugestanden, Kaufhäuser zu haben, die von aller Einquartirung und andern lasten frey seyn sollten, ferner Consulen in den Seehäfen zu halten, welche der König bestätigen wolle, die, zu Folge dieser Tractate

Verwarrenen liegen in den Urkunden selbst, wenn man sie aufmerksam liest und mit einander vergleicht. Aber merkwürdig ist es, daß in den Jahren 1547 und 1548 bey den erhaltenen Bestätigungen der alten Freiheiten auch jenes Project des Syndicus in den Bevilagen, als ein den Hanfen, im J. 1607, ertheiltes Privilegium vorkommt, obwohl es in manchen Puncten der Transaction vom 7. Nov. widerspricht. Dieß vermag man nur so zu erklären, daß man in der spätern Zeit alles bestätigte, was sich von alten Urkunden vurfand, wie dieß denn Hanfsche Citte war, dergleichen zu suchen; dieß aber von Spanischer Seite unbeschadet um so eher geschehen konnte, da in diesen beyden Transactionen vom Anschluß der Niederländer im Spanischen Handel vorzüglich die Rede war, welcher Punct durch den nun geschlossenen Frieden zwischen den Niederlanden und Spanien von selbst wegfiel.

und einer von ihm gegebenen Instruction, ihr Amt verwalten sollten. Es ward ihnen frey gestellt, einen Agenten an des Königs Hof zu halten; von allen öffentlichen Diensten, Vormundschaften und ähnlichen lasten, es seye denn, daß sie selbst einwilligen würden, wurden sie befreit. Sie sollen weder zu Wasser noch Land zum Kriegsdienste gezwungen, durch Privatpersonen keiner persönlichen Haft unterworfen werden, nur der vom Könige ihnen verordnete Richter soll dazu die Befugniß haben; ihre Schiffe und Güter sollen weder mit Arrest beschlagen, noch unter dem Namen von Repressalien verkümmert werden, auch die Unschuldigen nicht für die Schuldigen haften. In ihren Wohnungen sollten sie frey von Einquartierung bleiben, und die Befugniß haben auf gesattelten und gezäumten Maulthieren, Zeltern und andern Pferden zu reiten und der Fußgewehr zum eigenen Gebrauche, so wie ihrer Agenten und Factoren sich zu bedienen, vorausgesetzt, daß dieselbe freye Leute wären, welchen der Aufenthalt im Reiche verstattet worden, auch soll ihnen für ihr Geld, Herberge und Unterhalt nicht verweigert werden. Ihnen wird freyer Handel zugesagt; einen Zoll von ihrer eingeführten Silbermünze sollen sie nicht entrichten; auch ihnen die Freyheit stehen, nicht nur ihre eingeführten Gold- und Silbermünzen wieder auszuführen, sondern auch dasjenige Gold, welches sie gegen ihr eingebrachtes Silber in dem Reichthümlichen eingetauscht haben möchten. Im Fall eines Kriegs, oder anderer ähnlichen Unfälle soll es ihnen

frei stehen; binnen Jahr und Tag, mit ihren Gütern das Reich zu verlassen, wenn den Unterthanen des Königs in den Städten ein Gleiches bewilligt wird. Sie haben die Erlaubniß, sich der geschworenen Wäfler zu bedienen. Wenn die Vermolter, Schatzmeister und Richter der verbotenen aus- und eingehenden Waren Verdacht haben, daß die Hansen in ihren Häusern dergleichen Güter aufbewahren, so soll doch nur der Richter selbst, oder ein von ihm abgeordneter Officiant oder Notar zur Visitation ihrer Wohnungen befugt seyn, und diese soll nur in Gegenwart des Hanfischen Richters oder dessen Bedienten, zur Vermeldung alles Ungehörs, Statt finden. Es steht ihnen frey, alle Schiffe aller Nationen, die in den Königreichen handeln dürfen, zu besichtigen; ferner in ihren Häusern Wage und Gewicht zu haben, doch soll niemand gezwungen werden, dornach die Güter anzunehmen, wenn er es vorzieht, sie auf öffentlicher Wage wiegen zu lassen. Ihr ihnen verordneter Richter soll in bürgerlichen, wie in peinlichen Fällen zu Sevilla, und sechs Meilen im Umfange der Stadt sprechen, und bey seinem Spruche, wenn die streitige Summe nicht 10000 Maravedis übersteigt, die Sache ihr Bewenden haben, betrifft sie aber einen Streit von höherm Werthe oder privilegirte Personen; so soll er zwey Rechtsgelehrte sich beygefallen und mit ihnen das Endurtheil sprechen. Nur von einer streitigen Sache, die 100 Ducaten an Werth übersteigt, soll die Appellation an den Rath zu Sevilla frey seyn;

doch soll der ihnen verordnete Richter sowohl die von ihm gefällten Urtheile, als auch die des Raths, allein zur Execution bringen; so wie er denn in allen bürgerlichen und peinlichen Fällen allein über sie zuerst zu sprechen hat, ausbeschrieben das, was die königlichen Gefälle betrifft. Schnelle Rechtspflege wird ihnen auferlegt zugesichert. Keiner von des Königs Dienern soll ohne Befehl und rechtmäßige Ursache in ihre Häuser gehen. Wenn aber einer von ihnen verstorben, so sollen der Richter, nebst dem Hansischen Consul und zwei Mitzeleuten in das Sterbehaus sich begeben, den Nachlaß inventiren und ihn dem General-Depositär oder dem Consul übergeben, damit er den wirklichen Erben zukomme. Sie befehlen strengen Zucht zum Zollhaus; jeder der ihre Privilegien trübt, soll bis zur Summe von fünfzig Ducaten in Strafe genommen werden können. Es soll ihnen frey stehen, in allen Häfen auch auf allen Erdmen, wo es bisher vergönnt gewesen ihren Verkehr mit allen und jeglichen Wärem zu betreiben, wenn sie nur nicht aus den Vereinigten Niederlanden oder andern verbotenen Orten kommen. Umwiegend sollen die Officianten die Visitation der Hansischen Schiffe vornehmen; und wenn jens oder die Zollpächter einige Wächter darauf setzen wollen; so soll dieß auf ihre eigene oder des Königs Kosten geschehen. Die Zollbedienten sollen, um die durch sie einzutreibende Abgabe zu erheben, die Güter nicht höher schätzen als nach ihrem wirklichen Werthe, auch nicht besetzt setzen.

einen Theil derselben nach dem also gesetzten Preis auf Abschlag des Zolls, ihnen hinwegzunehmen; mit dem Ein Nacht vergollten Waren aber soll ihnen gänzlich freyer Handel zustehen, ohne daß sie zum Verkauf an irgend jemanden gezwungen werden können. Sollen jemand von ihnen in des Königs Reichen Schiffbruch leiden, so soll das gerettete Gut den Eigenthümern oder deren Erben verbleiben. Welche Hönke-Schiffe eben ihrem Veytrag zu den Kosten verweigern würden, die nicht die Erwerbung dieser Freyheiten veranlaßt wärent, die sollen auch von dem Genuß ausgeschlossen bleiben, bis sie den ihnen zukommenden Veytrag antwörten haben werden. Sollte endlich Streit über die Erklärung dieser Privilegien entstehen, so soll diese immer zu Gunsten der Städte gegeben werden.

Diese Begünstigungen in den Königreichen Castilien wurden ihnen nun auch noch besonders für Andalusien und dann für Portugal nicht nur zugesandt, sondern sie wurden auch in Bezug auf diese beyde Provinzen theils noch erweitert, theils gemencht. So ward ihnen nicht bloß die Wiederausfuhr ihres eingeführten Goldes und Silbers, sondern auch dessen, was sie dafür und für den Verkauf ihres Getreides und ihrer Kriegsmunition an goldenen und silbernen Münzen erworben haben würden, zugesandt. Wenn der bürgerliche oder peinliche Nachseßreiß von der Art ist, daß Bürgerschaft angenommen werden kann, so soll, wenn diese geistlich wird, keine gefängliche Haft gegen sie Statt finden. In



den Portugiesischen Ambassaden heißt es ferner, in Bezug auf die Rechtspflege, daß wenn die Streitenden Theile beyde Spanisch sind, die Berufung an die Deutsche Hanse frey stehen soll, betrifft der Streit aber einen Spanischen und Fremden, so soll die Appellation an das Gericht zu Sevilla (2) gehen; gehöret der Streit an diesen Rath, so soll der Präsident zwey höchstachtbare Rechtsgelehrte als Commissäre bestellen, welche die Sache endlich in letzter Instanz entscheiden sollen. Im beyden, aber den Privilegien für Portugal sowohl, als für Andalusien wird noch erwähnt, daß nur, im Fall eines Verdachts der Aufbewahrung verdächtiger Waaren eine Visitation ihrer Häuser Statt finden solle, und dieß zwar einzig in Gegenwart eines Notars und nicht ohne daß ihnen zugetheilten Conservador ihrer Truhelein oder ihren Richter um die Einwilligung befragt zu haben, es sey denn, daß ein Verbrecher auf solcher Thats verfolgt würde. Für Andalusien wird besonders zugesagt, daß die Schiffe nicht durch Soldaten visitirt werden sollen; goldne Waaren sollen sie, aber weisse von zuzeigen nicht gehalten seyn. Für beyde Provinzen, Portugal und Andalusien, ward ihnen zugesichert, daß keine, auf Spanische Rechnung angekommenen Güter aus den Schiffen geladen werden sollen, es sey denn den Schiffen und Eigenthümern, wenn sie an demselben Orte sich befinden, drey Stunden zuvor, davon Anzeige geschehen. Die ausgeladenen Güter aber, sollen sie berechtigt seyn, Jahr und Tag in des Königs Rathhaus

zu deponiren, und wenn, aus Mangel an Raum, sie von da hinweg gebracht werden müssen; so sollen sie in ein benachbartes Haus niedergelegt werden können, das wohl verwahrt und mit zwey Schlössern zu versehen ist, zu deren einem der Eigenthümer, zum andern der öffentliche Beamte den Schlüssel haben soll. Den Eigenthümern aber stehe frey, ihre Güter daselbst zu befehen, wann sie wollen; vor Ablauf Eines Jahres sollen sie zu Belegung des Zolls nicht angehalten werden können, wollen sie aber denselben entrichten: so sollen sie vor andern, obwohl diese sich früher eingestellt, in ihrem Geschäfte befördert werden. Alles durch sie eingeführte Gold, Silber und Getreide, alle Lebensmittel, alles Schiffbauholz, die Masten und Rufen, alle Kriegsmunition und zur Schifffahrt gehörige Güter, Segel, Segeltuch, Tane, Hanf und Werg sind zollfrey. Auch sollen alle die, welche zu Sevilla oder an andern Orten ankommen und sich daselbst niederlassen, von allen ihren Schwären und Geräthen, Kleidern, Knechten, Rissen und Decken, worin sie ihre Güter aufbewahren, abgabsfrey seyn. Alle übrige von ihnen eingeführte Waren sollen zu einem Zoll von acht Procent, und außerdem zu einem Admiralkräts-Zoll von fünf Procent einzig und allein verbunden seyn. Sie sollen die Befugniß haben, frey den Preis ihrer Güter zu bestimmen, und so so theuer oder wohlfeil zu verkaufen, als es ihnen zuträglich ist. Haben sie aber Ein Mal den Zoll entrichtet, so soll ihnen der Handel mit den Gütern durch

die Waare des Königs ganz frey stehen und keine neue Abgabe weiter abgefordert werden. Sollten die Waaren, die man ihnen abgekauft hat, nicht gut befunden werden; so soll innerhalb drey Tagen die Reclamation eingebracht und eine neue Uebereinkunft deßhalb getroffen werden; daselbe soll bey den durch die Hansen eingekauften Gütern Statt finden. Wenn sie goldene oder silberne Münzen wollen im Lande prägen lassen, so sollen sie vor allen andern gefördert werden. In und außerhalb der Stadt Sevilla können sie Häuser und Läden bauen und anlegen, welche von allen Beschwerden als Einquartirung und andern lassen frey seyn sollen. Alle durch sie ausgeführte Güter sind, mit Ausnahme von fünf Procent an Administrations-Zoll, gänzlich abgabenfrey, die Spicereyen aber, die aus Andalusien ausgeführt werden, sollen auch dieser Abgabe nicht unterworfen seyn. Diese letztern Güter, welche sie eingekauft haben, können sie, so lange sie wollen, bis zur Einschiffung derselben, in ihren Häusern aufbewahren. Ihr nicht in Waren angelegtes Geld können sie durch Wechsel übermachen. Sollte der König Hanfische Schiffe bedürfen, so soll zuvor der Chef von der königlichen Flotte oder dessen Stellvertreter dieß dem Hanfischen Consul anzeigen, und des Schiffers Einwilligung gesuchet, das Schiff aber nach seiner Größe und seinen Laffen tarirt, darnach der Sold bezahlt und im Fall es verunglückt, der Werth erstattet werden. Auch sollen die Schiffer nicht bis zu irgendwo eintretender Winter

Nahen Zeit aufgehalten werden; sollte indeß des Königs Dienst dieß fordern so soll ihnen Winterlager verstattet und für die Zeit, wo sie still liegen und die Möglichkeit ihrer Abfahrt nach ihrem Vaterlande abwarten müssen, die nöthige Entschädigung gegeben werden. Endlich soll ihnen vergönnt seyn, in Sevilla ein Kaufhaus zu errichten, wozu ihnen ein bequemer Ort nicht nur angewiesen werden soll, sondern zu dessen Baukosten auch der König behüßlich zu seyn verspricht: sollten sie aber zu dessen Einrichtung neuer Privilegien bedürftig seyn; so sollen ihnen diese, wenn die Sache irgend thunlich, gleichfalls nicht versagt werden.

Außer diesem allen finden sich noch, nebst der Wiederherstellung mehrerer der vorigen Artikel folgende Punkte in dem allgemeinen Handels- Tractate zwischen den Hanfen und dem Könige Philipp III. von Spanien, der sich auf alle Theile seiner Länder bezieht. Niemand soll berechtigt seyn, ohne des Eigenthümers Einwilligung irgend einige Güter, unter was immer für Vorwand es seyn möge, hinwegzunehmen. Sollte aber der König dergleichen bedürfen, so sollen dessen Offiziere diese nicht sogleich in Beschlag nehmen, sondern zuvor deshalb ein Contract abgeschlossen, und ihr Werth bezahlt werden. Die Hanfen sollen frey seyn von dem seit einiger Zeit ihnen abgenommenen Zoll von dreyßig Procent, so wie sie denn überall zu keiner Abgabe, außer den früher in den ertheilten Privilegien erwähnten, verbunden seyn sollen. Auch soll denen, welche die dreyßig

Procent Zoll erlegt haben; wenn die Summe noch nicht dem Fisco überantwortet ist, ihnen wieder zurückgegeben werden, und wenn sie deshalb Bürgschaft ausgestellt haben, so sollen sie davon befreit seyn. Nach Confirmation der vorstehenden Privilegien sollen die Hansestädte durch öffentliche Edicte verbieten, daß niemand von ihnen in des Königs Besitzungen, oder in die dem Erzherzog Albrecht und dessen Gemahlinn zugehörigen Theile des Niederlandes Holländische oder Seeländische Schiffe und Güter einführe. Alle Waren, welche von den Hansen in die Reiche des Königs oder in die treuen Niederlande geführt werden, sollen in den Deutschen Städten von obrigkeitlichen Personen verzeichnet und mit deren Siegel versehen werden, vor welchen die Kaufleute eidlich anzuloben haben, daß die Güter weder direct noch indirect einem Holländer oder Seeländer angehören: sind aber die in des Königs Landen kommenden Schiffe nicht mit solchen lateinischen Beschriftungen versehen, so sollen die Waren der Confiscation unterworfen seyn. Auch sollen alle Holländer und Seeländer, die auf Hanseischen Schiffen etwa gefunden würden, verhaftet werden können. Um jedoch das Nachmachen der städtischen Siegel zu verhüten, wird man ein geheimes Kennzeichen, worüber man früher übereingekommen, gebrauchen. Auch sollen außer jenen Maßregeln, um jeden Unterschleif zu vermeiden, die Eigenthümer der Güter in den Städten gehalten seyn, den Hanseischen Consulen eine Specification der überhändigen

frei stehen, können Jahr und Tag, mit ihren Gütern  
 das Reich zu verlassen, wenn den Unterthanen des Kö-  
 nigs in den Städten ein Gleiches bewilligt wird. Sie  
 haben die Erlaubniß, sich der geschworenen Wäfler zu  
 bedienen. Wenn die Vermoelter, Schatzmeister und  
 Richter der verbotenen aus- und eingehenden Waren  
 Verdacht haben, daß die Hansen in ihren Häusern der-  
 gleichen Güter aufbewahren, so soll doch nur der Rich-  
 ter selbst, oder ein von ihm abgeordneter Officiant oder  
 Notar zur Visitation ihrer Wohnungen befugt seyn,  
 und diese soll nur in Gegenwart des händischen Richters  
 oder dessen Bedienten, zur Vermeidung alles Unge-  
 bührs, Statt finden. Es steht ihnen frey, alle Schif-  
 fer aller Nationen, die in den Königreichen handeln  
 dürfen, zu befragen; ferner in ihren Häusern Wage  
 und Gewicht zu haben, doch soll niemand gezwungen  
 werden, darnach die Güter anzunehmen, wenn er es  
 vorzieht, sie auf öffentlicher Wage wiegen zu lassen. Ihr  
 ihnen verordneter Richter soll in bürgerlichen, wie in  
 peinlichen Fällen zu Sevilla, und sechs Meilen im Um-  
 fange der Stadt sprechen, und bey seinem Spruche,  
 wenn die streitige Summe nicht 10000 Maravedis über-  
 steigt; die Sache ihr Bewenden haben, betrifft sie aber  
 einen Streit von höhern Werthe oder privilegirte Per-  
 sonen; so soll er zwei Rechtsgelehrte sich beigesellen  
 und mit ihnen das Endurtheil sprechen. Nur von einer  
 streitigen Sache, die 100 Ducaten an Werth übersteigt,  
 soll die Appellation an den Rath zu Sevilla frey stehen;

doch soll der ihnen verordnete Richter sowohl die von  
 ihm gefällten Urtheile, als auch die des Raths, allein  
 zur Execution bringen; so wie er denn in allen bürger-  
 lichen und peinlichen Fällen allein über sie zuerst zu  
 sprechen hat; ausbeschrieben das, was die königlichen  
 Gefälle betrifft. Sämmtliche Rechtspflege wird ihnen aufer-  
 dem zugesichert. Keiner von des Königs Dienern soll  
 ohne Befehl und rechtmäßige Ursache in ihre Häuser  
 gehen. Wenn aber einer von ihnen verstirbt, so sollen  
 der Richter, nebst dem Hanfsischen Consul und zwei Mi-  
 nistern in das Sterbehaus sich begeben, den Nachlaß  
 inventiren und ihn dem General-Depositär oder dem  
 Consul übergeben, damit er den wirklichen Erben zu-  
 komme. Sie behalten freies Zutritt zum Zollhaus;  
 jeder der ihre Privilegien brücht, soll bis zur Summe  
 von fünfzig Ducaten in Ewase genommen werden kön-  
 nen. Es soll ihnen frey stehen, in allen Häfen und  
 auf allen Strömen, wo es bisher vergönnt gewesen  
 ihren Verkehr mit allen und jeglichen Wärem zu be-  
 treiben, wenn sie nur nicht aus den Vereinigten Nie-  
 derlanden oder andern verbotenen Orten kommen. Un-  
 entgeltlich sollen die Offizianten die Visitation der Han-  
 sischen Schiffe vornehmen; und wenn jene oder die  
 Zollpächter einige Wächter darauf setzen wollen; so soll  
 dieß auf ihre eigene oder des Königs Kosten geschehen.  
 Die Zollbedienten sollen, um die durch sie einzutreibende  
 Abgabe zu erheben, die Güter nicht höher schätzen als  
 nach ihrem wirklichen Werthe, auch nicht befugt seyn;

einen Theil derselben nach dem also gesetzten Preiß auf Abschlag des Zolls, ihnen hinwegzunehmen; mit dem Ein Raht vergollten Waren aber soll ihnen gänzlich freyer Handel zustehen, ohne daß sie zum Verkauf an irgend jemanden gezwungen werden können. Sollen jemand von ihnen in des Königs Reichen Schiffbruch leiden, so soll das gerettete Gut den Eigenthümern oder deren Erben verbleiben. Welche Hock-Edelthei ihren Beytrag zu den Kosten verweigern würden, die durch die Erwerbung dieser Freyheiten veranlaßt werden, die sollen auch von dem Genuß ausgeschlossen bleiben, bis sie den ihnen zukommenden Beytrag entrichtet haben werden. Solle endlich Streit über die Erklärung dieser Privilegien entstehen, so soll diese immer zu Gunsten der Städte gegeben werden.

Diese Begünstigungen in den Königreichen Castilien wurden ihnen nun auch noch besonders für Andalusien und dann für Portugal nicht nur zugesprochen, sondern sie wurden auch in Bezug auf diese beyden Provinzen theils noch erweitert, theils gemehrt. So ward ihnen nicht bloß die Wiederausfuhr ihres eingeführten Goldes und Silbers, sondern auch dessen, was sie dafür und für den Verkauf ihres Werthes und ihrer Kriegsmunition an goldenen und silbernen Münzen erworben haben würden, zugesprochen. Wenn der bürgerliche oder peinliche Nachseßtritt von der Art ist, daß Bürgerschaft angenommen werden kann, so soll, wenn diese getrieffet wird, keine gefingliche Hofs gegen sie Statt finden. In



den Vortugiesischen Kolonien heißt es ferner, An Bezug auf die Rechtspflege, daß wenn die Streitenden Apfels beider Konfisk sind, die Berufung an die Kaiserliche Hanse sein sollen, betrifft der Streit aber einen Hanseaten und Fremden, so soll die Appellation an das Gericht zu Sevilla, (2) gehen; gehet der Streit an diesen Rath, so soll der Präsident zwei höchstachtbare Rechtsgelehrte als Commissäre bestellen, welche die Sache endlich in letzter Instanz entscheiden sollen. Es heben aber von Privilegien für Portugal sowohl, als für Andalusien wird noch erwähnt, daß nur im Fall eines Verdachts der Aufbewahrung verdächtiger Waren, eine Visitation ihrer Häuser Statt finden solle, und dies zwar einzig in Gegenwart eines Notars und nicht ohne daß ihnen zugetheilten Conservador ihrer Trupps oder ihren Richter um die Einwilligung befragt zu haben, es sey denn, daß ein Verbrecher auf solcher That verfolgt würde. Für Andalusien wird besonders zugesagt, daß die Schiffe nicht durch Soldaten visitirt werden sollen; goldene Waren sollen sie aber besser von zugetheilen nicht gehalten seyn. Für beide Provinzen, Portugal und Andalusien, ward ihnen zugesichert, daß keine, auf spanische Rechnung angekommene Güter aus den Schiffen geladen werden sollen, es sey denn den Schiffen und Eigenthümern, wenn sie an demselben Orte sich befinden, drei Stunden zuvor davon Anzeige geschehen. Die ausgeladenen Güter aber, sollen sie berechtigt seyn, Tag und Tag in des Königs Bollhaus

zu deponiren, und wenn, aus Mangel an Raum, sie von da hinweg gebracht werden müssen; so sollen sie in ein benachbartes Haus niedergelegt werden können, das wohl verwahrt und mit zwey Schlüsseln zu versehen ist, zu deren einem der Eigenthümer, zum andern der öfentliche Beamte den Schlüssel haben soll. Den Eigenthümern aber steht frey, ihre Güter daselbst zu besetzen, wenn sie wollen; vor Ablauf Eines Jahrs sollen sie zu Erlegung des Zolls nicht angehalten werden können, wollen sie aber denselben entrichten: so sollen sie vor andern, obwohl dies sich früher eingestellt, in ihrem Besitze besondern werden. Alles durch sie eingeführte Gold, Silber und Getreide, alle Lebensmittel, alles Schiffbauholz, die Masten und Rufen, alle Kriegsmunition und zur Schifffahrt gehörige Güter, Segel, Segeltuch, Tane, Hanf und Werg sind zollfrey. Auch sollen alle die, welche zu Sevilla oder an andern Orten ankomen und sich daselbst niederlassen, von allen ihren Schwere und Getränken, Kleidern, Knechten, Kisten und Decken, worin sie ihre Güter aufbewahren, abgabenfrey seyn. Alle übrige von ihnen eingeführte Waren sollen zu einem Zoll von acht Procent, und außerdem zu einem Admiraltäts-Zoll von fünf Procent einzig und allein verbunden seyn. Sie sollen die Befugniß haben, frey den Preis ihrer Güter zu bestimmen, und sie so theuer oder wohlfeil zu verkaufen, als es ihnen nützlich ist. Haben sie aber Ein Mal den Zoll entrichtet, so soll ihnen der Handel mit den Gütern durch

Die Rechte des Königs ganz frey stehen und keine neue Abgabe weiter abgefordert werden. Sollten die Waren, die man ihnen abgekauft hat, nicht gut befunden werden; so soll innerhalb drey Tagen die Reclamation eingebracht und eine neue Uebereinkunft daffor getroffen werden; daselbe soll bey den durch die Hansen eingekauften Gütern Statt finden. Wenn sie goldene oder silberne Münzen wollen im Lande prägen lassen, so sollen sie vor allen andern gefördert werden. In und außerhalb der Stadt Sevilla können sie Häuser und Läden bauen und anlegen, welche von allen Beschwerden als Einquartierung und andern lassen frey seyn sollen. Alle durch sie ausgeführte Güter sind, mit Ausnahme von fünf Procent an Administrations-Zoll, gänzlich abgabenfrey, die Specereien aber, die aus Andalusien ausgeführt werden, sollen auch dieser Abgabe nicht unterworfen seyn. Diese leystern Güter, welche sie eingekauft haben, können sie, so lange sie wollen, bis zur Einschiffung derselben, in ihren Häusern aufbewahren. Ihr nicht in Waren angelegtes Geld können sie durch Wechsel übermachen. Sollte der König Hanfische Schiffe bedürfen, so soll zuvor der Chef von der königlichen Flotte oder dessen Stellvertreter dieß dem Hanfischen Consul anzeigen, und des Schiffers Einwilligung gesucht, das Schiff aber nach seiner Größe und seinen Lasten tarirt, darnach der Sold bezahlt und im Fall es versungwüßte, der Werth erstattet werden. Auch sollen die Schiffer nicht bis zu irgendem eintretender winter-

Güter zugestanden, und sich sollen einen Eid ablegen, daß sie, bey Strafe der Meineidigen und bey Verlust ihres Amtes, keinen Unterschleif dulden wollen. Auch machten sich die Städte anheischig, daß keiner ihrer Einwohner oder Unterthanen, aus des Königs Reichem, oder den treu gebliebenen Niederlanden, irgend einige Güter nach Holland, Seeland oder den verrinten Provinzen und nach andern verbotenen Orten führen solle. Eben deshalb sollten die Hanfen, nach Betrachtung ihrer Schiffe in Spanien, bey der Ortsobrigkeit sich verbindlich machen, die dreßßig Procent noch zu bezahlen, im Falle sie nach Holland oder Seeland fahren würden; sie sollten versprechen, binnen zwölf Monaten, wenn sie auf die Häfen der Hanse - Städte zurücklaufen, oder binnen sechzehn Monaten, wenn sie zuvor nach der Strafe vom Abreise segeln würden, einen Attest von da, wo sie ihre Güter ausgeladen haben, der Obrigkeit des Spanischen Hafens einzusenden, wo sie die Ladung eingenommen haben, und erst alsdann soll die eingegangene Verpflichtung aufgehoben seyn. Auch soll nach der Confirmation dieser Privilegien, von den Hanse - Städten allen ihren Bürgern und Unterthanen, bey Strafe der Confiscation untersezt werden, keine Güter aus des Königs Reichem oder den fassschiffen Niederlanden nach Holland, Seeland oder den verrinten Niederlanden zu führen; die Hälfte des Werths des confiscirten Guts aber soll dem Hanfischen Bico, die andere Hälfte aber dem Angeber zufallen, jedoch also, daß zuvor die Abgabe von dreßßig Procent

für den König von der ganzen Waffe erhoben werden.  
 Wer aber ein falsches Zeugniß ausstelle, der soll sein  
 Amt verlieren und als Fälscher verfolgt werden. Je-  
 doch soll, wenn jemand von der Ein- oder Ausfuhr  
 dieser Abereinkunft zuwider handelte, dieser allein und  
 sein Unschuldiger dafür büßen. Auch wollen der König,  
 der Erzhertzog und die Erzhertzogin im Niederlande  
 gemeinschaftlich mit den Städten und Ängeln sich bemü-  
 hen, daß den Hanfen durch die Niederländer nicht die  
 freie Fahrt auf des Königs Reiche und die kaiserlichen  
 Niederlande gehindert werde, und sollten sie die Neutra-  
 lität der Hanse nicht achten wollen, so will man sich  
 der Mittel, über die man sich vereinbart hat, bedienen.  
 Uebrigens soll den Hanfen ausschließlich dergestalt fern,  
 die Deutschen und aus den benachbarten Nordischen Rei-  
 chen kommenden Güter, allein nach des Königs Landen  
 zu führen, bis daß die übrigen Nordischen Mächte sich  
 mit ihm eben so, als in diesem Vertrage die Hanfen,  
 und früher England und Frankreich gethan, vereinbart  
 haben, oder bis ein Stillstand oder Friede zwischen den  
 Vereinigten Niederländern und dem Könige abgeschlos-  
 sen seyn wird; mit Ausnahme jedoch der Hochdeutschen  
 Güter, welche auch den Franzosen und Engländern bo-  
 reit zuzuführen zugesprochen worden. Nur aber die  
 westlichen Hanse-Städte sollen sich dieser Privilegien zu-  
 erfreuen haben; weshalb denn die Deputirten vor ihrer  
 Abreise ein Verzeichniß der in ihrem Lande gehörigen  
 Städte eingereicht haben. Diejenigen Kommunen aber,  
 die sich mit des Königs Erlauben, den Vortheilen Nie-

berauben, verbunden, insofern sie zuvor Glieder der Hanse gewesen, namentlich Campen, Douenter, Zwettl und alle, die in dieser Halle sind, sollen der genannten Freyheiten sich nicht zu erfreuen haben. Ferner soll die Stadt Stade und alle diejenigen Städte, welche sich von der Hanse abgesondert haben, oder aus dem Bunde gestossen worden, diese Freyheiten nicht genießen, bis daß die einen und andern von der Hanse und dem Könige zu dem Genusse derselben vorstellet werden. Da aber die Hanssischen Deputirten begehrt haben, daß die Städte Augsburg, Nürnberg, Straßburg und Ulm, so wie die übrigen Oberdeutschen zum Nutzen dieser Freyheiten zugelassen werden möchten, da sie bisher gewöhnlich ihre Güter auf Hanssischen Schiffen nach des Königs Reichem gesandt: so willigt der letztere ein, daß den Hansem es frey stehen solle, sie darauf Theil nehmen zu lassen, jedoch unter denselben Bedingungen. Sollte auch die Hanse im Ganzen, oder sollten einzelne Glieder derselben rechtswidrig bedrückt werden; so verspricht der König, wenn er darum angesprochen worden, seinen Rath und seine Hilfe. Wodas Theile geloben diese Punkte treu zu halten, und sollen von Seiten der Städte diese Verträge auf ihrer nächsten Zusammenkunft von den sechs Wendischen Städten und von Danzig, mit Einwilligung der gesammten Hanse, bestätigt und ratificirt, darauf aber öffentlich kund gemacht und deren Haltung anbefohlen werden.<sup>32</sup>

<sup>32</sup> Vergleiche das Urkunden: Verzeichniß in der Wegs-  
lage bey dem Jahr 1607. — Als. Wilh. u. d. hat

Wie viel Büchsenwerper man auch in diesen  
Freiheiten vorkam, so wenig wollten doch die Hanse-

in dem angeführten Werke den richtigen Unterschied  
zwischen den verschiedenen Privilegien bereits bemerkt  
und sie mit einander verglichen. Doch ist folgendes  
zu merken. Was die Andalusischen Privilegien be-  
trifft, so heißt es zu Anfang, daß der König die  
den Hansen zugestandenen Freiheiten in Portugal  
auch also auf Andalusien und nachmahls auf die  
andern Königreiche von Castilien ausgebeht habe;  
dann aber ist doch in dem ersten Privilegio allein  
von den Königreichen Castilien nur die Rede, so daß  
wir mit Willens das erste Actenstück als vorzüglich  
auf alle Castilische Länder sich beziehend, das an-  
dere, welches größere Freiheiten enthält, als vor-  
züglich auf Andalusien und namentlich auf Sevilla  
sich beziehend, angesehen haben. Ferner ist Will-  
sens in einen Irrthum verfallen, indem er unter  
die Rubrik des allgemeinen, zwischen beyden Theilen  
geschlossenen Handels-Tractats das Project, wel-  
ches der Syndicus Domann übergeben hatte, zieht,  
welches auch als vom König bewilligt in den größten  
Sammlungen aufgeführt, und von Philipp III.  
beym Münsterschen Friedensschlusse mit bestätigt wor-  
den ist. Allein Philipp III. nahm diesen Vorschlag  
des Syndicus nicht ganz an, sondern bewilligte im  
Allgemeinen Freiheiten, die in einigen Puncten be-  
deutend abweichen. Man hat wie billig hier nur  
das Document Philipp III., welches sich allein bey  
Abreu y Bertodana in dessen Coleccion de los trata-  
dos de paz reynado del S. Rey D. Philippe III. Parte I.  
p. 383. findet, zum Grunde gelegt. Daher die Ver-  
schiedenheit zwischen dem im Text Erwähnten, und  
dem, was gegen das Ende in Willens Schrift vorkommt.

ihnen legaten durch ihre Unterschrift sich zur Confirmation verbindlich machen, sondern sie versprachen bloß diese Urkunde ihren Committenten, zu diesem Zweck, innerhalb sechs Monaten, zu überbringen.<sup>34</sup> In der That war wegen des Erlases des Schadens, der früher in mancher Hinsicht von den Hanseu erlitten worden war, wegen der Bezahlung der Schulden, die Philipp II. bey den Hanseu gemacht hatte, nichts oder so gut als nichts erhalten worden, man mußte denn die Privilegien selbst, als etwas der Art ansehen. Die Befreyung der Hanseischen Schiffe vom Zwange zu des Königs Dienst war gleichfalls nicht, die Freyheit des Handels aber endlich, nur unter manchen schweren Bedingungen und Clauseln, erhalten worden. Noch dazu schien man zuletzt sehr säumig in der Ausführung dessen zu seyn, was von Spanischer Seite zugesanden worden war, wie denn der Syndicus dieß auf einer Reise in die Spanischen und Portugiesischen Seehäfen aufs gewisste vernahm, und nach vielen Bitten und Vorstellungen die Execution erst bewirkte.

Auf dem Hanse-Tage, vom Jahre 1608, entstand viel Streit. Es mißfiel, daß man keine hinlängliche Entschädigung für den erlittenen Schaden erhalten, daß der König die Hanseischen Schiffe zu seinem Gebrauche sollte benutzen können, und dieß letztere fand man um so drückender, da alsbald Klagen genug stülleten, daß

<sup>34</sup> G. die Unterschrift des Deputierten, vorgef. Beylage bey dem Jahre 1607.



keine vollständige Entschädigung für die Verletzung dieser Privilegien zu erhalten siehe. Unzufrieden, wie man war, wollte man bereits dem Könige das Gesuch, seinen treugebliebenen Niederländern gleiche Freyheiten in den Hanse-Städten zu bewilligen, wie die letzteren in des Königs Reich erhalten hatten, abschlagen, und um die Abschaffung des neu auferlegten Consolado Geldes und des neuen Salzolls anhalten. Auch sollten die Obrigkeiten in den Städten sich bey ihren Schiffen fleißig erkundigen, ob sie von der Inquisition verfolgt würden, ob sie ihres Glaubens, ihrer Väter wegen zu leiden hätten, und ob sie nicht zur Verläugnung ihrer Religion gezwungen würden, in welchem Falle man dafür hielt, das Ewige nicht um des Zeitlichen zu verfahren. <sup>24</sup>

Wie viel oder wie wenig von jenen Punkten auf beyden Seiten wirklich in Erfüllung gegangen, das ist schwer zu sagen, denn in der That fand schon die Ratification so viel Schwierigkeiten bey den Hansen, daß sie wirklich gar nicht völlig zu Stande gekommen ist; hiermit war denn aber auch die förmliche, von Seiten des Königs zu leistende, nicht zu erhalten. Sehr gewiß ist es, daß die Hansen die Punkte, vermöge welcher die Niederländischen Güter ihrem Zwischenhandel mehr oder weniger entzogen werden sollten, gar nicht treu befolgten und eben so wenig die deshalb bestellten Clauseln;

<sup>24</sup> Nach dem handschriftlichen Protocolle des Hansen Tags, von dem Jahre 1608, MS. Nr. Vol. 238.

180  
5 7  
Ingegen war von Spanischer Seite der gewaltsame  
Zwang gegen Hanfische Schiffe zum Kriegsdienste eben-  
falls nicht ganz abgeschafft, auch manche andere neue  
Beschwerden gestellten sich hinzu.<sup>36</sup>

Indeß da der König, im Jahre 1609, auch mit den  
vereinigten Niederlanden einen Waffenstillstand einging,  
so fielen schon damit mehrere der den Hanfen am unan-  
genehmsten fallenden Punkte, wegen der Certificationen

36 Dies erhellt aus den Notizen, womit eine spätere  
Hand die letzte Transaction in den MSS. Brf. Vol. 225.  
begleitet hat. Auch aus manchen Klagen, die auf  
den späteren Hanse-Tagen vorkommen. Auf der  
Hanfischen Versammlung, vom Jahre 1608, ward  
beliebt, um Eliaison beim Könige nachzusuchen, da  
mehrere die Sache ad referendum genommen, und  
die Ratification binnen sechs Monathen nicht zu  
Stand kommen könne; siehe Aften a. a. O. Wo-  
berin schon der Punkt von der Spanischen Assistenz  
gefährlich, wegen der übrigen protestantischen Mächte;  
Schreiben der Braunschweigischen Deputirten zu der  
Hanfischen Versammlung, vom Jahre 1608, zu  
ihren Rath, MSS. Brf. Vol. 232. Im folgenden  
Jahre ward beliebt an den König zu schreiben, ob  
er überall noch wolle, daß die Verträge von den  
Städten besiegelt würden, da er einen Stillstand  
mit den General-Staaten eingegangen sey, der die  
Anschließung der Niederländer und ihrer Güter von  
Selbst aufzuheben scheint, übrigens wären sie zur  
Ratification geneigt. Jedoch waren mehrere Städte  
dies nicht gänzlich nicht; MSS. Brf. Vol. 232.

und des Ausschusses alles Zwischenhandels von und auf die vereinigten Niederlande und Spanien, auch wohl der häufige Zwang Hanfischer Schiffe zum Kriegsdienste, von selbst hinweg, und es mag ihr Handel, in so fern die thätigern Niederländer ihnen nun in diesem Verkehr nicht den Rang abliefen, mit Spanien, Portugal und dem katholischen Niederlande immerhin seit der Zeit mehr zugenommen haben. Auch wegen der Verfolgungen durch die Inquisition gingen keine neuere Klagen ein, und im Ganzen mögen dann jene Verträge des Handels und der Art, wie er geführt ward, für die nächsten Jahre zur Richtschnur gedient haben, obwohl sie von keiner Seite förmlich ratificirt worden sind.

Hans Kampferbeck ward als Consul zu Lissabon bereits von den Hanfischen Gesandten, in Gegenwart eines Spanischen Officiers, beeidigt und angestellt, auch von der Hanse bestätigt worden, mit einem jährlichen Gehalte von tausend Ducaten. Dieß und die Auslagen für die kostbare Gesandtschaft, die projectirte Anstellung eines Agenten am Spanischen Hofe, eines Consuls zu Sevilla forderten eine Abgabe, die von Gut und Schiff erhoben werden sollte, welche man die Spanische Collecte nannte. Alles Hanfische Gut, selbst wenn es in fremden Schiffen verfahren wurde, sollte dazu beitragen, auch alles fremde Gut, wenn es in Hanfischen Schiffen verfahren würde, so wie alle diejenigen, wenn sie auch nicht von Hanfischen Häfen gerade zu auf Spanien oder Portugal führen, sollten der Ab-

gabte unterworfen seyn, bey Strafe vom Consul verhaftet und zur Zahlung der dreyszig Procent angehalten zu werden. Man war zum Theil für die Erhöhung und Verdoppelung dieser Collecte, aber besonders Hunsburg war und blieb dawider. Nach hantlicher Einsicht war es so schwer, welche Beweise man auch immer einbrachte, das nöthige Geld zu erheben, und so gethah es denn, daß man bey dem Widerstreben mehrerer zur Verdoppelung der Spanischen Collecte nicht wußte, woher die nöthigen Summen zur Anstellung des Agenten am Spanischen Hofe und des Consuls in Sevilla zu nehmen seyn möchten, man wußte zu den unentbehrlichen Geschenken an den König, die Königin und die Großen von Spanien keinen Rath zu schaffen, und kein Mittel aus den drey Erbkämern, welche die große Ausgabe wegen der legation vorgeschossen hatten, zu befriedigen. Da aber die Glieder des Bundes zum Theil nicht ernstlich genug in der Veytreibung dieser Steuer waren, da die Einkünfte davon so gering ausfielen; so mußten auch mehrere der heilsamen Projecte unterbleiben. Weder die notwendige Anstellung eines Legaten am Spanischen Hofe, noch die eines Consuls zu Sevilla kam zu Stande, und selbst die Ratification konnte vom Könige, zum Theil weil man die nöthigen Geschenke scheute, nicht erhalten werden, wie gewiß man auch wußte, daß es über solche Zögerung höchst unzufrieden war. Nichts stand zu erhalten, als von Zeit zu Zeit einige Schreiben über verschiedne Bestimmungen an den König zu

erlassen, denn diese kosteten nichts und fruchteten nichts.<sup>37</sup>

Die Handlung der Hanse auf Spanien und die dazu gehörigen Länder, wahrscheinlich weil die vereinigten von Niederlande späterer nun sein konnten, nahm ab.

- <sup>37</sup> Zu Folge der Protocolle der Versammlung einiger Städte, von den Jahren 1608, 1609, 1612; MSS. Brf. Es heißt daselbst bey dem Jahre 1612, daß der Ertrag der Collecte zunächst zum Gold für den Consul Kampferbeck zu Lissabon angewandt worden sey, und daß der geringe Ueberschuß kaum zureichen den drei Städten für die wegen der Gesandtschaft gehaltenen Auslagen die Zinsen für das darauf verwandte Capital auszugeben. Lübeck erklärte, sie habe  $\frac{1}{2}$  über den ersten Anschlag oder Fuß der Collecten erhoben, wenn aber die übrigen Städte nicht auf gleiche Weise verfahren wollten, so gedachte sie dieß wiederum an der Summe abzugiechen. Einige folgten nun dem Beispiele, andere nicht. Bremen erklärte, bey ihr sey nichts gefallen, und Alt-Stettin und Greifswalde ließen nichts von sich hören. Nach Hanfischer Weise, erklärte Danzig, im Jahre 621, MSS. Brf. Vol. 248, wenn andere Städte die Designation wegen der erhobenen Sp. Collecten ad cassum einschickten; so wolle sie es auch thun, sonst nicht. Es kommt ebendasselbst vor, daß ein gewisser Demald zu Madrid beym Könige um Urtheil auf der Hanse Schreiben sollicitiren sollte. Im J. 1619 ist auch ein Schreiben an den König zur Confirmation der Privilegien erlassen worden, MSS. Brf. Vol. 241.

Die Spanische Collecte ward schlecht und immer weniger entrichtet, also daß der Consul zu Lissabon, Hans Kampferbeck, seinen Sold nicht wohl mehr erhalten konnte. Tausend Ducaten jährlich waren ihm versprochen, mit sechshundert sollte er sich seiner begnügen. Viele Klagen, und, wie es scheint, gerechte Klagen kamen über ihn vor. Er war zu oft von Lissabon abwesend, lebte mehr am Hofe zu Madrid, schien in Spanischem Interesse zu seyn, der Kaufleute bey ihren Klagen sich wenig anzunehmen, er war oft betrunken, und einst ins Gefängniß geworfen worden. Wirklich ward beliebt, ihn abzusetzen und als seinen Nachfolger, Peter Körner, aus Hamburg, zu bestellen. Allein Hans Kampferbeck hatte Freunde am Spanischen Hofe, er wußte sich vom Könige und dem Erzherzoge Albrecht Vorschreiden zu verschaffen, und statt seinen Abschied zu nehmen, begehrte er nun vielmehr eine Summe von mehreren Tausend Ducaten, die ihm die Städte noch schuldig seyn sollten. Nach vieler Jahre fruchtlosem Verhandeln, mußte er wirklich als Consul beybehalten werden, sein genannter Successor aber forderte nun den ihm zugesagten Sold und drohte mit gerichtlicher Klage. So elend war damals bereits alles, und so verfiel alles!.<sup>23</sup>

<sup>23</sup> Die lange scandälöse Geschichte kommt in den Hannoverschen Hist. von den Jahren 1612-1623 vor. In dem Jahre 1612 ward jene Herabsetzung des Gehalts an Kampferbeck auf 600 Ducaten, den Ducaten zu 10 Realen oder drittelhalb Mark, beliebt, und

Indeß starb Philipp III. Der Krieg zwischen Spanien und den Niederlanden brach wieder aus, der dreißigjährige gefielte sich hinzu, die Beschwerden häuften sich; das Ganze ward um so verwirrter und schwieriger. Die neutrale freie Fahrt, welche die Hanfen so eifrig suchten, konnte von ihnen nicht erhalten, nicht behauptet werden. Auch mochte die Verbindung, welche sie, während des Stillstandes zwischen Spanien und den vereinigten Niederlanden, mit den letztern eingegangen waren, sie wahrhaftig nicht empfehlen.

Bereits im Jahre 1601 meldete Kampferbeck, daß da König Philipp III. gestorben und der Waffenstillstand

ter ändern aus dem Grunde „wegen des jetzigen Verfalls des Handels.“ Auf der Versammlung im Jahre 1614, MSS. Brf. Vol. 241., kamen die Klagen über ihn vorzüglich vor, und die Ernennung Körners. In dem Vol. 245. stehen von den Jahren 1614–1617 mehrere Schreiben von dem Erzhertoge Albrecht, dem Könige Philipp III. zu Gunsten Kampferbecks, und der Hansen Antwort. Wie erschrafen die letzteren aber, als er, im Jahre 1618, 5000 Ducaten Rückstände forderte, MSS. Brf. Vol. 241. Er mochte den ganz elenden Zustand recht gut kennen, und wohl wissen, wie man die Eideute schrecken und dadurch sich in seiner Stelle behaupten könne. Körners Schreiben an Lübeck, worin er mir getichtlicher Klage droht, weil man ihn angestellt, nun aber wieder Kampferbeck behalte, und worin er zugleich seinen Sold fordert, ist vom 7. Febr. 1623, in den MSS. Brf. Vol. 245.

mit den Niederlanden zu Ende sey; so wären bereits neue Bedrückungen für den Handel entstanden; man habe die Hanfen nöthigen wollen, ihre Güter in Spanischen landen zu verkaufen, und das daraus geldte Gold zu deponiren. Auf jeden Fall sey es jetzt noch nöthig, sich mit Pässen und Certificationen, wie es wirklich in den Jahren 1608 und 1609 Sitte gewesen, zu versehen.<sup>39</sup> Dann entstanden andere Klagen. Die Schiffe, welche die Hanfen, während des Stillstandes mit den Niederlanden, dafelbst gekauft hatten und dort mit nach Spanien und Portugal gefahren waren, wurden dort mit Arrest belegt.<sup>40</sup> Dann beschwerte man sich über die geforderten Cautionen für den Zoll, daß man die Spanisch - Portugiesischen Güter etwa nach Feindes Land führe, ferner klagte man über die gestörte Wiederausfuhr der von den Hanfen in des Königs Reichen eingeführten Waren, daß man nammentlich, wenn man sie nicht mit Vortheil dafelbst verkaufen könne, gezwungen werde, sie zu einer geringen Laxe, die willkürlich gesetzt würde, zu verkaufen, ein Verfahren, das zu

<sup>39</sup> Schreiben des Consuls Kampferbeck an die Hanse, Lissabon, 22. May, 1621; MSS. Brf. Vol. 244.

<sup>40</sup> Nach der Relation der Braunschweigischen Gesandten von der Hanfischen Versammlung, im Jahre 1624. MSS. Brf. Vol. 245. Es ward auf dieser beliebt, deshalb an König Philipp IV. und den aller verordnenden Ministern zu schreiben, und Kampferbeck sollte um die Antwort sollicitiren.



Folge eines Erfolges, die Pragmaticen gekannt, aufkam. Es scheint, daß man dadurch den Verkehr ganz in die Hände Spanischer Factoren zu bringen, beabsichtigt, und es entstand bereits die Frage: ob man unter solchen Umständen und bey solchem Druck ferner nach Portugal und Spahien handeln könne? Es klagten die Hansen ferner, über neue Zollbedrückungen, über das Anhältin ihrer Schiffe, deren auf Ein Malß vierzig in Verhaft genommen wurden, über die Forderung bey der Einfuhr Bürgschaft zu stellen, daß sie, binnen Jahresfrist, einen gleichen Warenwerth wieder ausführen würden. Vollends einschüßlich aber war es, was Gabriel de Roy, der Spanische Abgeordnete, ihnen im Namen des Königs erklärte, daß nämlich keine Hanstische Schiffe mehr in seines Herrn Besitzungen zugelassen werden sollten, ohne bestimimte Rollen, Certificationen und Zeldten, und daß zu diesem Zweck Spanische Commisäre in den Hanstischen Häfen angestellt werden sollten, welche den Schiffen und Kaufleuten Schreiben mitzugeben hätten, wenn man sich aber diesen Vorschriften nicht füge, so sollten Schiff und Gut, welche damit nicht versehen wären, verfallen seyn.<sup>42</sup>

Grenlich gab es ein Mittel, wodurch auf Ein Malß allen diesen Beschwerden abgeholfen werden konnte, ein Mittel, das von Spanischer Seite ihnen selbst auf-

<sup>42</sup> Diese Nachrichten kommen in den Verhandlungen der Hanstischen Versammlungen, von dem Jahre 1628, in den MSS. Brf. Vol. 243, 248, vor.

strenge gelagte angetragen ward, nämlich die bekannte Einrichtung der ausschließenden Handels-Compagnie zwischen den Hanfen und des Königs Unterthanen unter seiner und des Kaisers Leitung, bis um diese Zeit in Vorschlag gebracht wurde.<sup>42</sup> Allein dieß Mangel schien den Hanfen so gefählich, und viel gefählicher noch, als die Uebel, über welche sie klagten, und die sie so gern abgeschafft gesehen hätten, daß sie eben deshalb es durchaus nicht annehmen wollten, trotz aller Ueberredungen, trotz alles Drohens.

Dagegen konnten sie denn aber auch freylich nicht erhalten, was sie alle gleichwohl so sehnlich wünschten, die Abschaffung nämlich der Beschwerden, worüber sie in Spanien und Portugal klagten, die Erleichterung in den Certificationen, die Beobachtung der alten Zusagen, von dem Jahre 1607, und wie sie sich ausdrückten, bis freye Fahrt und den freyen Handel nach dem Völkergesetze, worunter sie nicht nur verstanden, daß ihre neue Flagge das Gut frey machen, sondern daß auch ihr Gut in Feindes Schiff frey seyn sollte. Aber solche Forderungen, ohne eine Leistung dagegen zu erhalten, standen den Spaniern wenig an. Die Dauer, die Wildheit des dreßßigjährigen Kriegs ließen alle Hoffnungen endlich verschwinden, einen besseren Zustand herbeizuführen; es fehlten endlich alle weitem Nachrichten über diesen Verkehr und er mag auch wohl von selbst meist eingegangen seyn, wenn nicht einzelne etwa auf

<sup>42</sup> Siehe oben dreyzehntes Buch.

zur Stadt hin, noch dann und wann sich an die Spanischen Küsten gewagt haben.

Bei den Westphälischen Friedensschlüssen erschienen aber Hanfsche Deputirten, und erwarben zu Münster, im Jahre 1647, die Bestätigung der Freyheiten, von dem Jahre 1607, und alles das, was etwa zu Gunsten der Handlung und Schifffahrt in dem zu erwartenden Frieden zwischen Spanien und den vereinigten Niederlanden von jenem diesen würde zugestanden werden. Sie erwarben später, wie es allmählig bey ihnen Einge ward, sich bey den Friedensschlüssen größerer Seemächte mit anzuschließen, daß in Bezug auf Schifffahrt und Handel ihnen alles das zugestanden wurde, was von den Spaniern den Jeugosen im Pyrenäischen Frieden war bewilligt worden.<sup>41</sup>

Allein die alte Hanse hatte auch während des unglücklichen, dreißigjährigen Kriegs bereits so gut als ihre Ende gefunden, und was späterhin erworben ward, das galt nur noch den drey bekannten Städten, und etwa der Stadt Danzig, nicht weil die übrigen ausgeschlossen gewesen wären, sondern weil sie von selbst sich abgesondert und ihre innere Freyheit verloren hatten, so daß fernerhin das, was der Hanse im Allgemeinen hier oder da zugesagt wurde, von ihnen, den Opmächtigen, nicht mehr benutzt werden konnte.

Daß mit Italien, im sechzehnten und dem folgenden Jahrhundert, ein Verkehr von den Hanfen, durch

<sup>41</sup> S. Beylage bey den Jahren 1647, 1648, 1650, 1660.

freigeblasse angetragen ward, nämlich  
 richtung der ausschließenden Handels-  
 schen den Hansen und des Königs U-  
 ner und des Kaisers Leitung, die u-  
 schlag gebracht wurde. 40. All-  
 den Hansen so gefählich, und v-  
 die Uebel, über welche sie klag-  
 abgeschafft gesehen hätten,  
 durchaus nicht annehmen woll-  
 gen, trotz alles Drohens.

Dagegen konnten sie  
 erhalten, was sie alle gl-  
 die Abschaffung nämlich  
 in Spanien und Portu-  
 den Certificationen, di-  
 von dem Jahre 160-  
 freye Fahrt und be-  
 rechte, worunter si-  
 holt Flagge das  
 ihr Gut in Fein-  
 Forderungen,  
 standen den  
 Willkür des  
 nungen ent-  
 herbenzufü-  
 ten über d-  
 meist ein

**SECRET**

en Periode siebenter Abschnitt:  
 ,zen und sichern Takt der Hansen  
 Meere in Friedens- und Kriegzeiten,  
 Bindungs- und Umlaufs-Mitteln, den  
 ten zu Erhaltung des Credits und  
 . Handelshegemonie, und dem  
 Verfall derselben, während  
 dieser Periode.

die Einfuhr von Getreide hin, betrieben worden sey, ist in dieser Periode gar keinem Zweifel mehr unterworfen. Es ist gewiß, daß sie Getreide dahin geführt haben, und wahrscheinlich auch andere Waren, die der Norden anbrach, so wie sie denn manche Italiänische Güter, auch wohl zu Anfang Indische, dahin geholt haben mögen. Als der allgemeine, westliche Markt in Flandern vernichtet ward, so wurde das Bedürfniß immer größer, weiter auch nach dem Mittelmeer hin, sich zu versuchen. Unbegreiflich haben sie durch Verkehr mit Venedig, Genua, Florenz und dem Kirchenstaate unterhalten. Aber was näheres über diesen Verkehr ist, auch weiter gar nicht bekannt, und Freyheiten sind schwerlich je dort von ihnen erworben worden.

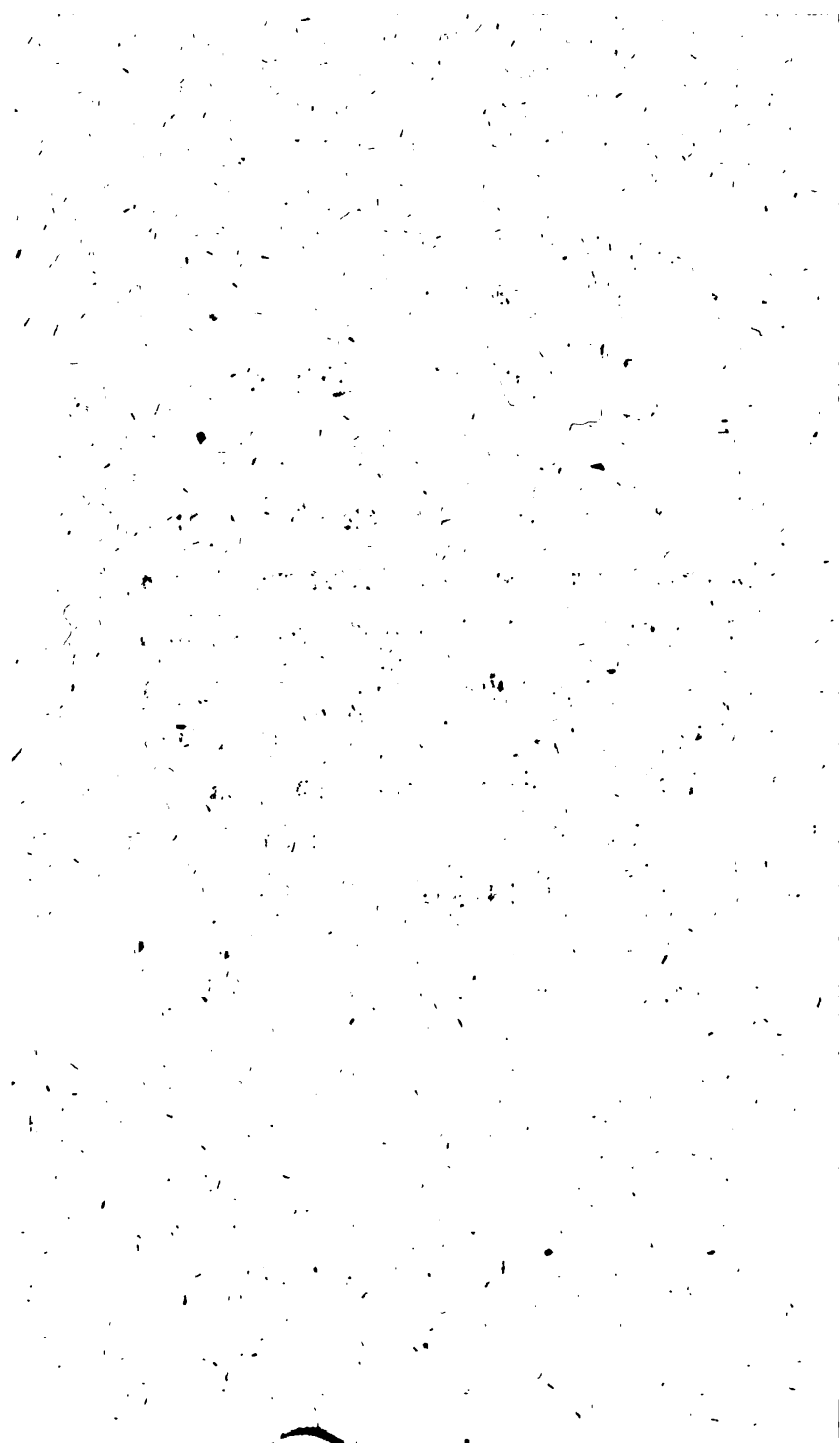
22 In den Spanischen Privilegien, von dem J. 1607, wird (s. oben) ausdrücklich der Fahrt der Hanse durch die Straße von Gibraltar erwähnt. Die damals in Madrid anwesenden, Hanstischen Deputirten besuchten die dort befindlichen Gesandten von Florenz, Venedig, Genua und empfahlen bey ihnen ihre Sache; sie wurden freundlich aufgenommen, und es erhellet deutlich genug, daß jene einen Werth auf den Verkehr mit der Hanse legten; siehe die oft angeführte Relation dieser Gesandtschaft bey Werdenhagen, Beilage des d. Jahre 1607. Es findet sich bey diesem Schriftsteller P. V. III. ein Aufsat, daß Italien von den Hanse fleißig besucht worden, daß unter andern der Kirchenstaat mit Getreide in theuern Jahren von ihnen versehen worden sey. Auch andere melden, daß sie im sechzehnten Jahrhunderte nach Italien gefahren; mehrere Englische Urkunden, z. B. bey Hæberlin anal. med. aevi p. 205, 206, 211. reden aufs aller bestimmteste davon. Endlich kommt daselbe sonst noch in andern Nachrichten vor. Von Privilegien aber, die sie daselbst erworben, und von dem Gange des Handels haben wir nirgends etwas auffinden können.

## Neunzehntes Buch.

---

Der dritten Periode siebenter Abschnitt:

Von der freyen und sichern Fahrt der Hanfen  
auf dem Meere in Friedens- und Kriegszeiten,  
den Verbindungs- und Umlaufs-Mitteln, den  
Statuten zu Erhaltung des Credits und  
der Handelsherrschaft, und dem  
Verfall derselben, während  
dieser Periode.





seyn, es konnte keines geben. Wellant wußten die Hanfen wohl der einzigen Hülfe sich zu bedienen, die in solchen Verhältnissen fruchten kann, nämlich mit der Macht dazwischen zu schlagen; aber dieß wollte nun immer weniger gelingen, und wenn es dann und wann noch, in der ersten Hälfte dieser Periode, besonders gegen einige Nordische Mächte versucht ward; so konnte man doch am Ende diese Hülfe nicht mehr anwenden, weil man zu ohnmächtig geworden war. Dann hieß es aber, bey Gelegenheit, als solche Klagen auf den Hansischen Versammlungen vorkamen, daß man sich wohl erinnere, wie man vormals in solchen Fällen Repressalien gebraucht, Gewalt mit Gewalt abgetrieben habe; nun aber, wegen Unbeschaffenheit der Zeit, davon keinen Gebrauch machen könne, sondern dulden, bitten und stehen müsse.

Selbst über die Grundsätze schien man noch weniger damals einverstanden zu seyn, als man es jetzt ist, und es ist bekannt genug, wie wenig dieß selbst in unsern Tagen Statt findet.

Die Hanfen, als Neutrale, begehrten Freyheit für ihr Eue, selbst für das, was auf feindlichen Schiffen gefunden würde, Freyheit für ihre neutrale Flagge auf die Länder der kriegsführenden Theile zu handeln, ihnen Hansische und fremde Güter zuzuführen, so wie alle und jede Waren aus den im Krieg verwickelten Ländern zu holen und nach allen Orten hin zu verschicken, höchstens etwas, daß sie versprochen der Zufuhr von Kriegs-

word, hingegen allen denen, die in solchen Gefechten durch tapfern Widerstand zur Erwerbung ihres Brots untüchtig, oder verstümmelt worden, Heilung der Wunden und Versorgung auf Lebenszeit zugesagt ward. Diefes alles zeigte deutlich, daß das Uebel nicht ganz gehoben war, daß es sich von Zeit zu Zeit zeigte: allein eine solche Erscheinung, wie die der Wikinger im funfzehnten Jahrhunderte war, kommt doch weiter gar nicht vor; überall sind die Klagen über einzelne Seeräuber unbezweifelt weit seltener, dann aber wurden auch jetzt, so gut als vormals, unter dieser Benennung zugleich legale Raper mit verstanden.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Was im Hanfischen Seerechte und in der Schiffordnung deshalb vorkommt, darüber siehe die Urkunde selbst, welche verschiedentlich bereits gedruckt ist. Die Freibeuter, deren daselbst Erwähnung geschieht, sind wohl, wenn gleich nicht durchaus, doch großen Theils mit Marktbrieffen versehene Raper. Die Hanfen dehnten überall oft, wie aus dem früheren bekannt ist, den Begriff von Seeräuber sehr weit aus. — Den Röhler heißt es bey dem Jahre 1584: zu Lübeck wurden Rüstungen gegen die Seeräuber beschloffen. — Auf der Versammlung der Wendischen Städte, von den Jahren 1538 und 1539, zu Lübeck (MSS. aus dem Lüneburgischen Archiv Vol. III.) klagte Rostock über einen Goslich Remlynglarden, der mit einigen westwärtigen Seefahrern zerfallen, daß de mit Wissen des Landesherrn auf Wolin und Rügen Schiffe und Jagen überfiel, womit er auch ihre Gefangenheiten: thut, und verhetzt, da ihr

Es ist aber an sich begreiflich, daß die große Plage der Seeräuber früherer Zeiten, bey dem größern Zunehmen bewaffneter Seemächte, wie sie in dieser Zeit in Europa aufkamen, von selbst mehr und mehr abnehmen mußte, da alle Mächte dabey interessirt waren, daß dergleichen loses Volk nicht aufkomme, und da sie die zweckdienlichen Mittel besaßen, um sie zu verfolgen und zu bekämpfen, da endlich die, welche das gefährliche Handwerk wagten, sicher seyn konnten, wenn sie dem einen entgingen in die Hände des andern zu fallen, und ihrem wohlverdienten Loos nicht zu entgehen. Dagegen aber entstanden immer mehr Kaper, gleichsam legale Seeräuber einer neuen Art, die nachtheilig genug war

aber als Mecklenburgischen Stadt die Hände mehr gebunden wären, so begehrte sie, daß Lüneburg sich ins Mittel schlage, welche Stadt denn auch an den Herzog von Mecklenburg schrieb, um dem Götlich die Seeräuberey zu untersagen. Wismar hatte eines seiner Schiffe, welches er in ihrem Hafen ausbessern ließ, an sich gefaßt und ihn so vertrieben. Allein er hatte Wago gefunden, heimlich Lebensmittel und Munition zu Lüneburg einzukaufen. Lüneburg war dafür ein Placat anzuschlagen, daß alle die an den Plackereyen Theil nahmen, an ihrem freyen Hochsten gestraft werden sollten; Hamburg sagte, man solle mit dem Herzoge handeln und Schiffe kreuzen lassen; Rostock, es müsse dem Herzoge und Statthalter gedrohet werden; Lüneburg war für die Aufhebung jenes Mandats u. s. w.

den, und sie nicht so, wie vor dem die Piraten, behandeln konnte.

Ein noch weit größeres Uebel aber für den Hanseischen Handel zu See kam mit der Uebermacht anderer Mächte auf. Die größere Zahl der Kriegeschiffe, welche allmählig England, Spanien, die vereinigten Niederlande, selbst Dänmark und Schweden hielten und bald allein nur, verglichen mit den Städten, halten konnten, machte, daß die Hansen ihre Herrschaft auf dem Meere, die nur durch Waffen erkämpft war und behauptet werden konnte, einbüßten. Dies veranlaßte ferner, daß jene fremden Mächte, auf ihre Gewalt sich verlassend, wenn sie im Krieg mit einer andern Macht verwickelt wurden, nun gar nicht die freie neutrale Flagge der Hansen so anerkennen wollten, wie diese es wünschten. Einige Zeit strebte man zwar noch von Seiten der Städte, besonders that dies Lübeck, in der Ostsee, dagegen; allein der Kampf war zu ungleich, sie mußten in diesem Beginnen endlich doch unterliegen, und die Klagen nahmen stets mehr zu, daß ihre freie, neutrale Flagge wenig oder gar nicht geachtet werde: man konnte und wollte darüber sich nicht verstehen, noch vereinbaren.

Die Geschichte der Handelsverhältnisse der Hansen mit andern Völkern in dieser Periode ist voll von Klagen dieser Art. Ein gemeinschaftliches Gesetz in dieser Hinsicht, das für die Schwachen gegolten hätte, gab es damals so wenig denn je, und um gerecht zu

seyn, es konnte keines geben. Welland wollten die Hansen wohl der einzigen Hülfe sich zu bedienen, die in solchen Verhältnissen fruchten kann, nämlich mit der Nacht dazwischen zu schlagen; aber dieß wollte nun immer weniger gelingen, und wenn es dann und wann noch, in der ersten Hälfte dieser Periode, besonders gegen einige Nordische Mächte versucht ward; so konnte man doch am Ende diese Hülfe nicht mehr anwenden, weil man zu ohnmächtig geworden war. Dann hieß es aber, bey Gelegenheit, als solche Klagen auf den Hansischen Versammlungen vorkamen, daß man sich wohl erinnere, wie man vormals in solchen Fällen Repressalien gebraucht, Gewalt mit Gewalt abgetrieben habe, nun aber, wegen Unbeschaffenheit der Zeit, davon keinen Gebrauch machen könne, sondern dulden, bitten und flehen müsse.

Selbst über die Grundsätze hielten man noch weniger damals einverstanden zu seyn, als man es jetzt ist, und es ist bekannt genug, wie wenig dieß selbst in unsern Tagen Statt findet.

Die Hansen, als Neutrale, begehrten Freyheit für ihr Gut, selbst für das, was auf feindlichen Schiffen gefunden würde, Freyheit für ihre neutrale Flagge auf die Länder der Kriegsführenden Theile zu handeln, ihnen Hansische und fremde Güter zuzuführen, so wie alle und jede Waren aus den im Krieg verwickelten Ländern zu holen und nach allen Orten hin zu verschicken, höchstens etwas, daß sie versprochen der Zufuhr von Kriegs-

ammunition auf die an der See theilnehmenden Länder  
 zu verschaffen und den Handel derselben unter Han-  
 sischem Namen nicht zu betreiben; obgleich das eine  
 wie das andere von den einzelnen Kaufleuten wenig  
 gehalten ward, wenn auch die Hanse und die städtischen  
 Obrigkeiten dieß etwa untersagten.

Diese liberaleren Grundsätze aber befolgten die Han-  
 sen, und namentlich Lübeck, selbst durchaus nicht, wenn  
 sie in einen Krieg verwickelt wurden, so lange sie noch  
 in Fehden der Art sich einließen, wie denn namentlich  
 Lübeck in ihren Handeln mit den nordischen Mächten,  
 in der ersten und zweiten Hälfte des sechzehnten Jahr-  
 hunderts, gar viel strengere Maximen, selbst gegen die  
 verbundenen Schwesterstädte, aufstellte und zur Aus-  
 übung brachte.<sup>2</sup>

Die fremden Mächte, nach ihrer Lage, ihrer Con-  
 stitution verschieden, stellten bald strengere, bald milder  
 strenge Maximen auf. Was Controbande Sur sey, das  
 ward von verschiedenen verschieden gedeutet. Elisabeth  
 von England nahm den Hansen Getreideschiffe, nach  
 Portugal bestimmt, worauf sich auch einige Kriegsammu-  
 nition befand und confiscirte beides. In den Handeln  
 zwischen Schweden und Danmark, zwischen Spanien  
 und den Niederländern, wollten die kriegsführenden Theile  
 gar keine freye Fahrt, selbst nicht mit dem unschuldig-  
 sten Gütern, den neutralen Hansen auf die feindlichen

<sup>2</sup> Vergleiche das, was in den nächsten Büchern 10  
 dieser Ausgabe erwähnt wird. 2. 1. 2. 2. 2. 2. 2. 2.

Häfen zugestehen; andere überhoben aber, daß die Hanfen aus ihren Reichen in das Land, mit dem sie im Krieg verwickelt waren, irgend einiges Gut führen, noch von da ausführen sollten, von welcher Art auch immer diese Güter seyn möchten. Auch wurden die Hanfischen Häfen wohl dann und wann, besonders von den Nörðischen Mächten, gesperrt und blockirt. Der Kaiser, in seiner Eitelkeit mit dem Könige von Dänmark, während der ersten Jahre des dreißigjährigen Kriegs, begehrte wohl, daß man diesem seinem Felde kein Getreide abtrassiren sollte. Es war damals so gut als jetzt bekannt, wie unter dem Vorgeben einer neutralen Fabel die Feinde in ihren Kriegsunternehmungen durch die Neutralen gestärkt wurden, und wie unter dem Schein eines eigenen, neutralen Handels der Verkehr des Kriegsführenden Theils gefördert werde. Man wußte es damals so gut als jetzt, daß die einzelnen, neutralen Kaufleute und Schiffer das eine, wie das andere, thaten, selbst wenn ihre Obrigkeit gut nicht convalidirte; man wußte es recht gut, wie schwer es sey auszumitteln, in wie fern die Neutralen wirklich ihnen gehöriges Gut führten, oder bloß den Namen dazu hergäben, eigentlich aber den Handel der gebrückten, im Krieg mit begriffenen Völker betreiben. Mittel, die man dagegen ergriff, Pässe, Certificate, einzelne Verträge halfen wenig. Aber gewiß war es, daß nun die Hanfen, als die schwächern Theile oft und viel leidendemergien, doch auch oft und viel ihrem Vortheile nachjagten, unbeküm-

merkt, ob etwa die Zusage, die Verträge so oder anders lauteten.

In Bezug auf das Strandrecht ließen sich die Hanse früher Privilegien bestätigen, auch in spätern Zeiten selbst sogar wohl noch neu deshalb geben. Doch schienen allmählig liberale Gesinnungen darüber herrschend zu werden; der Fiskus machte eben keine Ansprüche mehr, und ein Vergeltung zahlten die Hanse gern.<sup>2</sup>

Es kommen auch in dieser Zeit Bemühungen unter den Städten und bey Fremden vor, zur Errichtung von Baken und anderen Zeichen, um den Schiffen als Leitern zu dienen, die vorhandenen zu erhalten und zu bessern, wie sich dies denn von selbst verstand und auch früher bereits üblich war.<sup>4</sup>

Es wurden auch verschiedentlich die alten Statuta eines Schiffer- und Seerechts aus den frühern Zeiten erweitert und ergänzt. Besonders wurden sie in den Jahren 1530, 1572, 1591, 1614 in bessere Ordnung gebracht.

<sup>2</sup> B. z. B. die Spanischen Privilegien vom Jahre 1607, auch das Dänische Seerecht u. s. w.

<sup>4</sup> In dem MS. Hafa. bey dem Jahre 1518, kommt vor: Riga klagte, daß ein Thurm, der den Schiffen zum Zeichen in Curland gedient habe, niedergestossen worden sey. Der Bischof werde die Wiederverstellung erlauben, und die Städte möchten dazu beitragen. Diese wollten aber, es sey gerathener, Baken aufzustellen. Nicht vielen andern Beispielen.



und einige davon zur Nachachtung publicirt. Aber es hielt schwer, sich wegen der verschiedenen Localität durchaus zu verständigen, und über die Annahme der endlich spätesten publicirten Ordnung ist viele Jahre hindurch verhandelt, verberathet und gestritten worden. Der Grund derselben war indeß schon im funfzehnten Jahrhunderte vorhanden, aber die einzelnen Statute wurden nun vollkommener und besser geordnet, den Zeiten mehr angepasst. Diese Verordnung handelt befangenlich in funfzehn Titeln, von der Erbauung der Schiffe, den Verhältnissen zwischen den Kapdern oder Schiffseigenthümern und den Schiffen, von der letztern Art und der Schiffsmannschaft, dem Ausreihen der Schiffe, der Bodmerey und Haveren, der Admiralschaft, von Schiffbruch, Seefund, Seeschaden und dessen Vertheilung, dem Ausladen, der Rechnung der Schiffe, den Provisionen für die Mannschaft, ihrer Belohnung und der Execution der Ordnung.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Auf der Versammlung vom Jahre 1512, zu Folge des Protocolls in den MSS. Brf. Vol. 216, werden die meisten Puncte, die das Seerecht und die Schiffsordnung betreffen, wie sie im zweyten Theile dieser Geschichte gegeben worden, aus den alten Recessen wiederholt und bestätigt. Einige sind auch in andern Jahren, z. B. 1507, 1511, 1512, 1521, 1525, nach dem MS. Hafn. bestätigt worden. In dem letzten Jahre ward beliebt, den unthätigen Bootsteuten ferner zur Strafe nicht mehr die Ohren abzuschneiden, weil sie dadurch nur erhitet worden,

Die Statute wurden zum Theil vollstän-  
diger, und der Band selbst hat immer mehr aufgelöst, und

finden sie mit Gefäßguts bey Wasser und Brot zu  
tragen. Sammlung in seinem Mss. sagt: es seien  
drey ausführliche Verordnungen, nämlich von den  
Jahren 1530, 1572 und 1591, vorhanden. Daß im  
J. 1530 eine förmlich angefaßte Ordnung der Art  
gegeben worden, ist uns aus andern handschriftli-  
chen und gedruckten Nachrichten nicht bekannt. Es  
ist zu vermuthen, daß sie einzelnen früher ähnlichen  
Ordnungen, so weit es auch früher schon Ein-  
mal, bestätigt worden sind. Ein förmlicher Ent-  
wurf zu einer solchen Ordnung aber, von dem J.  
1572, auf dem damaligen Hanse-Tage zu Lübeck  
beschlossen, ist uns aus den MSS. Brf. Vol. 227.  
bekannt, und wenn der Raum es erlaubt, so soll  
der Urkunde im vierten Bande folgen. Die Ver-  
ordnung vom Jahre 1591 findet sich auch bereits  
bey Werdenhagen und in Engelbrechts corp.  
jur. naut. T. I. 116. Die vom Jahre 1614 findet  
sich bereits oft gedruckt, vergl. Verlage, bey d. J.  
1591, 1614. Ein verbindendes Gesetz über die so  
genannte späte Segellation zu geben, wie es früher  
hollisch war, scheint man allmählig aufgegeben zu  
haben, der verschiedenen Localität wegen. In den  
Jahren 1525 und 1554 ward nach dem MS. Hafn.  
aus den MSS. Brf. Vol. 218 noch beliebt, daß es  
bey den alten Statuten deshalb sein Bewenden ha-  
ben sollte. In dem Protocoll des Hanse-Tags, von  
dem Jahre 1535, heißt es indeß: daß man sich dar-  
über nicht habe verständigen können, MSS. Brf.

die alt Hanseatischen Gewohnheiten in bessere Form gebracht, nur noch für wenig Städte gelten konnten.

Gelehrtere Kenntnisse waren mehr und mehr bey den Hansen ausgekommen, der Rechte kundige Personen

Vol. 216. Auf der Versammlung der Wendischen Städte, im Jahre 1538, klagte Reval, daß man so spät nach Michaelis mit Frachtschiffen segele, und Hamburg und die übrigen erklärten, daß sie dieß den übrigen gleichfalls untersagen wollten; jedoch bleibe die westliche Fahrt ausgenommen; MSS. des Lüneburgischen Archivs, Vol. III. In den Ordnungen von den Jahren 1572, 1591, 1614 kommt weiter nichts von der späten Segellation vor, und wahrscheinlich hat man allmählig die Gefahr, sie zu wagen, dem eigenen Ermessen der Schiffer, Nehder und Kaufleute überlassen. — Die Einführung und Publication der spätern Schiffsordnung und des Seerechts hat viele Streitigkeiten veranlaßt. Auf der Versammlung, vom Jahre 1608, heißt es (MSS. Ref. Vol. 238.), die Städte möchten sich über die im Jahre 1591 beliebte Verordnung bis Weihnachten erklären, damit sie publicirt werden könne. Allein im Jahre 1612 machten Lübeck, Hamburg und Danzig darüber ihre Monita und die Publication ward verschoben, wie ebendasselbst vorkommt. Bey dem Jahre 1613 heißt es noch, daß die Publication aus beweglichen Gründen verschoben bleibe, ebendasselbst und Vol. 250. Es hat uns unnadthig geschienen, die bekannte Verordnung von dem Jahre 1614 hier im Auszuge zu liefern, da sie so oft bereits gedruckt und in jedem leicht zugänglichen Büchern gefunden wird, hier aber der Raum zu sparen ist.

hatten mehr Einfluß gewonnen, obwohl das Glück, der Geist der Väter, die alte Kraft von dem Bunde gewichen waren. Man hatte immer das Bedürfnis gefühlt, eine gelehrte Bildungsanstalt zu haben, und zu Rostock war ganz eigentlich, obwohl auch in Greifswalde eine Universität sich befand, die hohe Schule, wo Hanseische Geschäftsmänner ihren Unterricht erhielten. Schon seit einem Jahrhunderte begründet, war sie zu Anfang des sechzehnten, durch Pest und andere Unglücksfälle so herabgekommen, daß es der Stadt, in deren Mitte sie sich befand, und die ihre Pflege vorzüglich besorge hatte, unmöglich fiel, sie allein wieder herzustellen; gleichwohl schien es wünschenswerth, daß sie wieder aufkomme, obwohl Wittenberg blühte und höchsten Ruhms genoß, weil es an letztem Orte zu theuer zu leben war. So ward denn viel, besonders auf den Tagfahrten der Wendischen Städte, wegen eines Zuschusses verhandelt, um die hohe Schule zu Rostock wieder empor zu bringen, und wie schwer es auch war, irgend einen Geldbeitrag zu erhalten; so hielt man die Sache gleichwohl für so wichtig, daß die enger verbundenen Wendischen Städte die Befoldung einiger Lehrer übernahmen, daß man sich an einige westlicher und nordöstlicher belegene Hanse-Städte wandte, und, wie es scheint, auch nicht ganz fruchtlos zu diesem Zweck bey ihnen warb.<sup>6</sup>

<sup>6</sup> Nach den Protocollen der Wendischen Städtetage, von den Jahren 1514, 1538, 1539, in den MSS. Lu-

Bey dem Transport der Güter zu Lande hatten die  
 Hanfen auch in dieser Periode noch gar sehr, und, wie  
 es scheint, weit mehr als zur See, mit den Straßen-  
 räubern, besonders in Deutschland, zu kämpfen. Der  
 Landfrieden war zwar hier publicirt, die Reichsgerichte  
 waren errichtet worden, und die Organisation der Kreise  
 gewollt. ließ eine bessere Execution der Geseze hoffen:  
 allein die Gewohnheit der fahrenden Ritter, Herren und  
 Knappen, Abenteuer zu suchen und zu bestehen, war so  
 tief eingewurzelt, daß man unmöglich hoffen konnte,  
 dieß Uebel alsbald abgeschafft zu sehen. Jene Geseze  
 und Richter allein und jene unvollkommenen Executoren  
 konnten diesem Uebel — so wie einmahl der ganze Zu-  
 stand Deutschlands war — nicht abhelfen, sondern nur  
 eine allmählig aufkommende andere Sitte und Lebens-  
 art schien dieß bewirken zu können. Denn nicht leicht  
 war in irgend einem Europäischen Lande eine solche  
 Verachtung der allgemeinen öffentlichen Geseze, und  
 eine so troßige Befolgung des Privat-Willens so recht  
 National-Sitte, als hier. Daher denn die seltsame  
 Erscheinung, die schwerlich in irgend einem der besser  
 organisirten Europäischen Staaten Statt fand, daß in  
 Deutschland nicht nur ein halbes Jahrhundert nach der  
 Publication des Landfriedens Fehdschaften und Aben-  
 teuer fahrender Ritter, wie man das Geschäft mit einem  
 edlern Nahmen dann benannte, oder wie die Städte

neburg. Vol. III. auch bey dem Jahre 1540, Abh-  
 ler bey Willebrandt und Sammanns Misl.

mit einem berberu Ausdrucke zu sagen pflegten, Straßenraub und Mord, ganz durchweg gäng und gebe waren; sondern selbst in der zweyten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts, ja im siebenzehnten war diese Sitte, diese so tief eingewurzelte Sitte noch nicht ganz verschwunden. Daher kamen denn häufig genug Klagen auf den Versammlungen der Städte vor über diese Räuber, und einiger Maßen waren mehrere jetzt nur übler daran als zuvor, da die Kräfte bey mehreren abgenommen hatten, die Selbsthülfe schwieriger war, und da bey der strengern Behauptung der Territorialhoheit der benachbarten Herren, die Verfolgung der Räuber auf fremden Territorien ihre eigene Schwierigkeit hatte.

Selbst für Lübeck und einige andere Städte, die aus alten Zeiten von den Kaisern zu solcher Verfolgung privilegiert waren, hielt es schwer, von diesem Privilegio Gebrauch zu machen; man mußte größere Fehden befürchten, auch erstarb allmählig der kriegerische Muth und die Lust an solchen Abenteuern in den Städten. Die anderen Communen, zur Verfolgung der fahrenden Ritter in fremden Territorien von den Kaisern nicht privilegiert, durften um so weniger etwas der Art nun wagen, obwohl sie vordem, ohne dazu von höherer Hand befugt zu seyn, vertrauend ihrer eigenen Kraft, ihrem Glück und ihrem kriegerischen Geiste dergleichen gewagt hatten.<sup>7</sup>

<sup>7</sup> Es ist eben nicht nöthig, aus der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts Beispiele anzuführen, da

Jetzt blieb nicht viel mehr übrig, als an die Fürsten und Herren zu schreiben, beym Kammergerichte zu

jede Stadtgeschichte noch dergleichen liefert. In anderer Beziehung merkwürdig mag indeß folgendes seyn. Auf der Versammlung der Wendischen Städte (MSS. Lüneburg. Vol. III.) vom Jahre 1538 klagte Lüneburg, daß einige der Ihrigen von Lübeck kommend, zwischen Müßin und der Elbe ausgeplündert worden wären. Es ward beliebt der Räuber Namen, nämlich Meisters Johann Ryheberch und Sebastian Erßam in alle Städte zu senden, auch bey dem Herzoge zu Sachsen um die Wiederherstellung des geraubten Guts anzuhalten. In dem Protocoll der Wendischen Städte-Versammlung, vom J. 1542, (ebendaf. Vol. IV.) kommt folgendes vor: Weil in Mecklenburg und Pommern der Straßenraub überhand nimmt, so sollen die Städte die Straßen besetzt bewachen. An die Fürsten von Braunschweig, Mecklenburg und Sachsen ward deshalb geschrieben. Man wollte sich ans Kammergericht wenden und um ein Fiscal-Mandat nachsuchen, oder sich bemühen, die alten Privilegien erneuert zu erhalten, vermöge welcher einige Städte das Recht hatten, auf fremden Territorien die Räuber zu verfolgen. Bismarck bemerkte, sie habe oft genug Vorstellungen bey ihrem Herzoge gemacht, und vorgestellt, wie er und sie durch die überhand nehmenden Räuber um ihre Ehre kämen. Lüneburg bemerkte, daß das von Nürnberg ausgewirkte Fiscal-Mandat gegen den Landgrafen von Hessen gute Dienste zu Vertreibung der Räuber geleistet habe. — Vergleiche was oben, Buch 13. S. 18 - 20, vorkommt.

klagen, Poenal-Mandate auszuwirken, welches alles alsdann nur etwas fruchtete, wenn es wirklich dem Teikortial-Herrn ein Ernst war, daß dieser Unsug aufhöre. An Gesandtschaften, an Briefen und Botstellungen ließen es die Hansen freilich nicht fehlen; auch schlugen sie selbst noch, bis in die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts, zu, wo sie irgend konnten. Aber dem Uebel war nicht ganz abzuhelfen. Die Hansische Deputation an Kaiser Carl V., die, im Jahre 1549, nach dem Niederlande abging, trug ihm unter andern auch diese Beschwerden vor, und erhielt zur Antwort: Er habe gehofft, durch die Erneuerung des Landfriedens dem Uebel abzuhelfen, da dieß nichts gefruchtet habe: so möchten sie andere Mittel vorschlagen. Sie begehrtten dann ein Poenal-Mandat an die Fürsten, in deren Ländern Straßenräuber wären, und sprachen davon, ob der Kaiser nicht die Privilegia, welche einige Städte hätten, die Räuber in fremden Territorien zu verfolgen, auf alle Städte ausdehnen wolle?<sup>2</sup>

Aber freilich war, um etwas dieser Art zu erhalten, die geschickte Zeit bereits längst dahin, wie dieses denn Lübeck richtig bemerkte und hinzufügte, daß sie ehemals dergleichen Privilegien, wie sie selbst besitze, für alle Hanse-Städte, oder wenigstens für die Wendischen, habe erwerben wollen, indem einigen andern, namentlich den Städten Rostock, Hamburg, Straßund und

<sup>2</sup> MSS. Hanf. des Lüneburg. Archives, Vol. IV., woselbst die Nachricht von dieser Legation weitläufig vorkommt.



Lüneburg, ähnliche, jedoch nicht weit genug sich erstreckende Befugnisse zustanden. So hatte es denn mit den Vorstellungen bey den benachbarten Fürsten, in deren Ländern am meisten jene löse Gesellen sich aufhielten, besonders bey den Herren von Mecklenburg, Pommern, Sachsen-Lauenburg und Braunschweig-Lüneburg, vorzüglich sein Bewenden. Wechselseitig versprach man sich einander beyzustehen, wenn etwa bey Verfolgung der Räuber ein Unschuldiger ergriffen werden sollte, und andere Weislaufsitzten eben daraus entsprängen. So kam es auch wenigstens in Vorschlag, stets einen Agenten beym Kammergerichte dieser Angelegenheiten wegen zu halten.<sup>9</sup>

So also sah es über ein halbes Jahrhundert nach der Publication des Landfriedens mit der Sicherheit der Straßen in Deutschen Landen aus! Wie sehr diese aber bey größeren Fehden, bey wirklichen Kriegen in Deutschland gestört werden mußte, wie in dem Religions- oder in dem dreißigjährigen Kriege, das versteht sich von selbst. Indes ward auch noch zu Anfang des siebenzehnten Jahrhunderts ein ablicher Knappe, Cuno von Hoffman, wegen Vererbung von Fuhrleuten auf offener Landstraße, zu Lübeck, mit dem Schwerte gerichtet. Dieß scheint das letzte Beyspiel, und es fällt in eine Zeit als die Hanse sich schon bereits so gut als ganz aufgelöst hatte.<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Protocol der Hans. Versamml. zu Lübeck, vom Jahre 1549, in den MSS. Brf. Vol. 217.

<sup>10</sup> Beckers Geschichte der Stadt Lübeck, Th. II. 412.

Künstliche Landfröhen konnte man auch in dieser Periode noch nicht; auf alte Weise ward verfahren. Die Gemeinden mußten die gewöhnlichen Wege ausbessern; bey den Landesherren machten die Städte Vorstellungen, wenn sie säumig darin waren, mehr Aufmerksamkeit darauf zu wenden.

Künstliche Wasserstraßen sind von einzelnen Communen, nicht von der Hanse, zu Anfang dieser Periode noch angelegt, oder doch vervollkommenet worden. Allein gegen das Ende derselben sind auch mehrere bereits wieder versallen, verschlemmt, versandet, wie denn alles um diese Zeit verfiel. Ueberall aber ist keine Spur der Anwendung der bereits erfundenen, und hier und da in Übung gekommenen Schiffschleußen mit zwey Fangthüren, deren große Wirkung sich bereits an andern Orten erprobt hatte; der alten Canal-Fahrt mit Stauschleußen blieb man ergeben, und auch diese unvollkommene Fahrt konnte hier und da nicht einmahl mehr aufrecht erhalten werden.

Die natürlichen, inneren Wasserstraßen, Ströme, Seen und Flüsse wurden eben so gut wie vordem benutzt, wenn nur nicht immer neue Zölle allzusehr jeden Verkehr niedergebrückt hätten.

Die Posten, welche in dieser Periode allmählig eingeführt wurden, scheinen keine so bedeutende Veränderungen alsbald hervorgebracht zu haben, als man erwarten sollte. So lange der Handel der Hanse nach alter Weise und nach altem Mechanismus geführt wurde,

waren sie wirklich weniger nöthig. Ihre Factoreyen machten diese wichtige Erfindung mehr entbehrlich; außerdem aber hatte man zugleich ein leidlich eingerichteteres Vorhenwesen in mehreren Städten, welches den Mangel der Posten weniger fühlen ließ. Als aber die ganze Art des Verkehrs sich änderte, da freylich wurden die Posten immer wichtiger, aber da war auch die alte Hanse schon so gut als gänzlich aufgelöst.

Das Geld hatte nicht nur die alten Gebrechen, sondern viele andere: gefellten sich noch hinzu. Ueber einen allgemeinen Münzfuß sich zu verständigen ward immer weniger möglich, selbst die wenigen Wendischen Städte hielten bald deshalb nicht mehr so, wie vordem, zusammen. Das größte Uebel aber war, daß jetzt, bey einem so ganz veränderten politischen Zustande, die Fürsten immer mehr münzten, und theils schlechtere kleine Münzen, oder auch geringhaltigere Thaler in Umlauf brachten, die guten städtischen Münzen aber zum Theil dadurch an sich zogen und umschmolzen. Alle Valuationen und Verbothe scheinen dagegen nichts gefruchtet zu haben. Mehrere der angesehensten Städte hörten deshalb schon, zu Anfang des sechzehnten Jahrhunderts, von Zeit zu Zeit auf zu münzen. Nun aber sahen sie sich alsbald mit einer Menge schlechten und auswärtigen, fürstlichen Geldes überschwemmt, versuchten dessen Herabsetzung, münzten selbst wieder und fanden sich bald abermahl in der ersten Verlegenheit. Dann war es auch zuweilen, seitdem die Fürsten so

viel mächtiger geworden waren, gefährlich oder wenigstens oft nicht ratsam, ihre Münzen zu verbieten; die Städte, die von ihren Landesherren abhängiger waren, durften um so weniger zu diesem Mittel ihre Zuflucht nehmen. Ferner, da die Hanseatischen Communen allmählig immer weniger das ganze Weidwesen beherrschten; so ward nun auch das ehemahlige Verhältniß ganz umgekehrt; die Städte mußten mehr oder weniger den Münzen der Fürsten folgen, da diese vordem sich nach jenen hatten richten müssen.

Wiel Streikens war, um die Mitte des sechszehnten Jahrhunderts, wie die fürstlichen Thaler zu den kaiserlichen Schillingen, welche außer Lübeck noch zu Hamburg, Lüneburg und Wismar geschlagen wurden, sich verhalten sollten. Es ward um diese Zeit geklagt, daß das Silber allzu theuer sey, daß es auf Rußland zu viel geführt werde, daß die Obersächsischen Städte, vornehmlich Magdeburg und Leipzig, ehemahls, jetzt aber nicht mehr, viele tausend Mark ungemünzten Silbers, welches sie in den Bergwerken gekauft, nach den Deutschen Seestädten, besonders nach Hamburg, geführt hätten, um dafür die Fischwaren und Güter, die über die See kamen, so wohl aus dem Norden als aus dem Westen, zu kaufen, da sie mit den andern, ihnen eignen Producten und Gütern, als Kupfer, Zinn, Salpeter, Vitriol, und zuweilen Weizen und Gerste ihren Ankauf allein nicht hätten bestreiten können. Die Münze jener Sächsischen Städte und ihrer Fürsten sey vordem

Der Haß gegen die Hochdeutschen, besonders gegen die große Gesellschaft (der Fugger), war zu Anfang

worden. Einige allgemeine sind noch zu bemerken. Aus dem funfzehnten Jahrhunderte wurden mehrere dieser Vorschriften auf der Versammlung der Hanssen, im Jahre 1518, nach dem Recess dieses Jahres, in den MSS. Brf. Vol. 216. und dem MS. Hafn. erneuert. Zugleich wurden die, von dem Jahre 1507, wiederholt und sie lauteten also: Keiner soll mit der Gerichtigkeit der Hanse vertheidigt werden, als ein wirklicher Hanseate bey hohen Strafen, eben deßhalb sollen die angesehenern Städte Zeugnisse darüber, ob jemand zum Bunde gehöre oder nicht, ausstellen; kein Hanse soll einen Fremden zum Diener annehmen, kein Außerhanse zum Bürgerrecht in einer Hanse-Stadt gelangen, kein Fremder als Aldermann oder als Mitglied des Kaufmannsraths der Comtoire angenommen werden; keinet mit einem Fremden nur Handels- oder Schiffsgemeinschaft haben, zuerst bey Geldstrafen, zum dritten Mahle bey Verlust der Hanse; bis auf Michaelis soll jeder aus solcher unerlaubten Compagnie austreten, und wenn jemand von dieser Zeit an von neuem eine solche eingeht, so soll alles Gut zum Besten der Hanse, der Stadt, wo er wohnt, und des Angebers confiscirt werden. Unter Bürgern und deren Kindern in den Hanse-Städten werden indeß auch die andern Einwohner und deren Abkömmlinge verstanden, jedoch unbeschadet der besondern, an jedem Orte üblichen Statute. Der Ausdruck, kein anderes als Hanssisches Gut soll an Buthanssen gesandt, oder von ihnen empfangen werden, heißt so viel, als

Zu Anfang des siebenzehnten Jahrhunderts wurden die Klagen über die Münzverwirrungen erneuert, aber die Städte erkannten auch immerhin mehr ihr Vermögen hier allein zu helfen. Ärger als Pest und Seuchen, hieß es, sey dieß Uebel; das Klippen und Wippen, das Ausführen und Einschmelzen der guten Münzen nahm immer mehr Ueberhand; aber niemand war im Stande zu helfen, und auch die wenigen, weiland mehr mit einander verbundenen, vier Wendischen Städte, hielten in dieser Hinsicht nicht mehr zusammen.

Die schrecklichen Verwirrungen der Münze durch ganz Deutschland, während des dreißigjährigen Kriegs, sind bekannt genug.

Eben dieses Uebel führte Hamburg zur Errichtung einer Giro- und Depositenbank. Dieß Institut, das so herrliche Früchte getragen hat, ging indeß gar nicht von der Hanse aus, sondern die Stadt brachte es lediglich für sich und durch eigene Einsicht allein zu Stande. Eben so verhielt es sich mit den Wechselordnungen und Affecuranz-Gesetzen, welche nun im siebenzehnten Jahrhundert, von einzelnen Hanse-Städten, gegeben wurden. Im Namen der allgemeinen Hanse konnte um so weniger etwas der Art zu Stande kommen, da sie

weil, obwohl ein großer Schwall von Nachrichten in den benutzten Mss. vorhanden ist, diese jedoch nicht ohne Lücken sind, so daß wir eine volle, treue und umfassende Darstellung durchaus nicht haben geben können.

ihrer Auflösung immer mehr entgegen eilte. Nur über ein gemeinschaftliches See- oder Schiffahrtsrecht, wie bereits bemerkt, hatte man sich, obwohl nicht ohne große Schwierigkeiten, vereinbaren können, und auch diesem folgten andere Seerechte der einzelnen Städte, wodurch die allgemeinen Vorschriften mehr dem jedesmahligen locale angepaßt wurden.<sup>12</sup>

Auch mit Maß und Gewicht blieb es bey der alten Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit, und kaum daß man sich noch, zu Anfang dieser Periode, über das Gewicht einiger seltenern und theuern Waren, und über das, was man unter gewissen Maßen von Gütern verstehen wollte, vereinbaren konnte, besonders bey solchen Gütern, die etwa gemeinschaftlich nach England geführt wurden.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Zu Folge der Protocolle der Hanfischen Versammlungen, von den Jahren 1608, 1618, 1619, 1620, 1621, 1624, in den MSS. Brf. Vol. 238, 241, 245, 248; auch andern längst bekannten, gedruckten Nachrichten.

<sup>13</sup> Im Jahre 1507, nach Cammanns Mst., ward beschlossen: Ein Korb Zeigen soll 150 Pfund bey Strafe enthalten, Ein Korb Rosinen aber hundert Pfund, was daran fehlt soll man kürzen am Kaufgelde. Kein Unzen Gold soll verkauft werden, als nach dem Gewicht, jede Unze bey Strafe der Confiscation, soll zwey Loth Edln. Gewicht enthalten. Dasselbe Statut ward im Jahre 1518, nach dem Protocolle dieses Hanse-Tags, in den MSS. Brf.

Alle alte Statute zu Erhaltung der Herrschaft, des Handels - Monopols, zur Behauptung der Comtoire, zum Ausschluß aller Fremden vom Genuß der damit verbundenen Freiheiten, und von der Handels- und Schiffsgemeinschaft mit den Hanseaten wurden, wie die frühere Geschichte zeugt, oft genug erneuert; es fehlte nicht an der Einschärfung dieser und anderer, auf solch Monopol hinlautenden Vorschriften: allein es ist auch oft genug bereits bemerkt worden, wie sie zuletzt sämmtlich nicht mehr gehalten werden konnten, und wie eben damit die Hanstische Größe verschwand. Endlich gab man es auch auf, diese Statute weiter zu erneuern, da man sie doch nicht mehr aufrecht halten konnte, vollends da, als, was bisher von einzelnen geschehen war, nun gar durch ganze Städte geschah, wie denn z. B. die Contracte der Hamburger mit den Engländern und den Niederländern so durchaus ganz gegen das alt Herrschmliche lauteten. <sup>14</sup>

Vol. 216., wiederholt, doch mit dem Unterschiede, daß die Unze Gold 3 Loth, die Unze Silber 2 Loth enthalten sollte. Bey dem Jahre 1554 bemerkt Cammann, daß bestimmt worden sey, wie schwer die Flachsfässer, Pechtonnen, Wollsäcke und andere mit Gütern versehene Gefäße seyn sollten, die nach England geführt würden.

<sup>14</sup> Die Statute, welche sich auf die Behauptung des Handels - Monopols bezogen, sind in den frühern Perioden, auch in der Geschichte dieser letzten Zeit, bey den einzeln Zweigen des Handels angeführt



Der Haß gegen die Hochdeutschen, besonders gegen die große Gesellschaft (der Fugger), war zu Anfang

worden. Einige allgemeine sind noch zu bemerken. Aus dem funfzehnten Jahrhunderte wurden mehrere dieser Vorschriften auf der Versammlung der Hansen, im Jahre 1518, nach dem Recess dieses Jahres, in den MSS. Brf. Vol. 216. und dem MS. Hafn. erneuert. Zugleich wurden die, von dem Jahre 1507, wiederholt und sie lauteten also: Keiner soll mit der Gerechtigkeit der Hanse vertheidigt werden, als ein wirklicher Hanseate bey hohen Strafen, eben deshalb sollen die angesehenen Städte Zeugnisse darüber, ob jemand zum Bunde gehöre oder nicht, ausstellen; kein Hanse soll einen Fremden zum Diener annehmen, kein Außerhanse zum Bürgerrecht in einer Hanse-Stadt gelangen, kein Fremder als Oudermann oder als Mitglied des Kaufmannsraths der Comtoire angenommen werden; keiner mit einem Fremden nur Handels- oder Schiffsgemeinschaft haben, zuerst bey Geldstrafen, zum dritten Male bey Verlust der Hanse; bis auf Michaelis soll jeder aus solcher unerlaubten Compagnie austreten, und wenn jemand von dieser Zeit an von neuem eine solche eingeht, so soll alles Gut zum Besten der Hanse, der Stadt, wo er wohnt, und des Angebers confiscirt werden. Unter Bürgern und deren Kindern in den Hanse-Städten werden indeß auch die andern Einwohner und deren Abkömmlinge verstanden, jedoch unbeschadet der besondern, an jedem Orte üblichen Statute. Der Ausdruck, kein anderes als Hanssches Gut soll an Butenhanse gesandt, oder von ihnen empfangen werden, heißt so viel, als

dieser Periode sehr groß, es ward ihnen befohlen ihre Güter aus den Hanse-Städten hinwegzuschaffen: allein jedes Verfahren dieser Art mußte sich sehr allmählig am meisten an den Hansen selbst rächen, da so viele privilegirte Märkte bereits ihnen nicht mehr zugänglich waren, und durch dergleichen Statute so manche andere Zweige des Handels ihnen zugleich genommen wurden. Auch ist späterhin jenes Verboth zurück genommen worden, so in der zweyten Hälfte dieses Zeitraums näherten

ihnen zum Besten; keiner soll sein Gut andern committiren als einem Hansen, ausgenommen Wente-Ware, Wein, Bier und Häring; keiner soll mit Gütern verkehren, als solchen die Hansisch sind; haben Fremde Bürgerrecht in den Hanse-Städten gewonnen, so sollen sie auch in Bezug auf die Hanse gleicher Gerechtigkeit sich zu erfreuen haben. Stralsund aber bemerkte, sie nehme überall keine Fremde auf. Niemand soll endlich verbotene Reisen machen. — Diesem Geiste gemäß ward auch noch, im Jahre 1579, ein strenges Hansisches Edict gegen alle Handels- und Schiffsgemeinschaft mit Außers-hansen und gegen das Committiren der Güter an fremde Factore erlassen (MSS. Brf. Vol. 230.), wie dieß alles denn auch bereits oben bey der Geschichte des Handels mit England und den Niederlanden vorkommt. Ueberall muß man auf das früher Vorkommende auch deßhalb verweisen, weil die verschiedenen Zeiten hier auch mannigfaltigen Wechsel, wiewohl oft nur in minder bedeutenden Puncten, herbeiführten.

sich nicht nur beide Theile wieder, sondern die Eintracht schien auch größer' als je zu werden.<sup>13</sup>

Während das große Monopol, auf welchem die Hanseische Herrschaft bisher beruhte, nach und nach aufgegeben werden mußte; so bestrebten sich die einzelnen Communen, ihre ihnen besonders zustehenden Monopole immer fester zu stehen, wenn anders nicht die Fürsten, ihre Landesherren, und dieß war kaum der Fall, dazwischen traten. Die Hanse-Städte unter sich beschränkten den Verkehr, und die Freheiten desselben, die sie sich vordem einander wechselseitig zugesprochen hatten, immer mehr, und leicht war dieß vorauszusetzen, da das Band, welches sie wechselseitig aneinander knüpfte, nun immer loser angezogen ward. Etwas Kleinlicher, ängstlicher, beschränkter schien der Zunft- und Monopoliengzwang nur zu werden, weil kurzfristig genug, beim allgemeinen Verfall, jeder dadurch sich noch in etwas zu helfen gedachte. Die Seestädte wollten die Landstädte immer mehr von sich abhängig machen; die größeren Communen, die an den Mündungen der Ströme lagen, wollten den oberhalb liegenden weiter keine solche

<sup>13</sup> Decret vom Jahre 1311, in dem MS. Hafa. Daß im siebengehnten Jahrhunderte mehr Eintracht zwischen beyden Theilen war, erhellet auch aus den in Spanien, im Jahre 1607, erworbenen Freheiten, siehe das vorübergehende Buch; und aus den Verhandlungen zu näherer Bundesvereinigung, siehe besonders das folgende Buch.

Freiheiten des Verkehrs, wie vordem, bey sich gelassen. Klagen der Art von Magdeburg, und anderen, an der obern Elbe gelegenen Städten, über Hamburg, so wie Mindens und anderer an dem obern Theil der Weser belegenen Communen über Bremen, sind fortan gang gewöhnlich und hörten nie auf. Freylich fehlten Beschwerden der Art auch nicht in früheren Zeiten, allein das Ansehen der Bundesgewalt und der bessere Geist, wußten meist die Ursache des Streits hinwegzuräumen. Jetzt aber wurde die Sache an die Reichsgerichte und in deren ewig langweiligen Gang gespielt; von ihnen war wenig Hülfe gegen diese Uebel, und noch weniger gegen das immer mehr um sich greifende Verfahren der Fürsten, welche Zölle und andere Störungen des Verkehrs nach Gutdünken einführten, zu erwarten.<sup>16</sup>

<sup>16</sup> Um einige Beispiele anzuführen, so klagte Rostock über Lübeck, wegen Errichtung eines neuen Zolls, im Jahre 1514, MS. Lüneb. II.; Minden über Bremen, wegen Verhinderung der Schifffahrt und des behaupteten Niederlagerechts, in den Jahren 1517 und 1521, siehe Röhler bey Willebrandt; im Jahre 1518 klagten die Oberrheinischen Städte über Hamburg, wegen Häringezoll, leichtfertiges Häringepacken, Fracht und Ungeld zu Hamburg; ferner daß der gemeine Kaufmann daselbst mit neuen Zöllen beschwert werde, daß das Sächsishe Getreide, welches man dahin führe, zu einer geringen Taxe verkauft werden müsse, daß sie Ruderzoll daselbst zahlen müßten u. s. w., welche Beschwerden der Magdeburgis

Nur eine oder die andere der größern handeltreibenden Communen, haben sich etwas früher oder später

sie Syndicus schriftlich überreichte, nach dem Protocoll des Hanse-Tags von diesem Jahre, in den MSS. Brf. Im Jahre 1572 ward beschlossen, daß Hamburg, Lübeck und Lüneburg, wegen erhöhten Schleiensgeldes mit Herzog Franz von Sachsen-Lauenburg unterhandeln sollten; dem Herzoge von Mecklenburg aber ward das Ansuchen, um ein neues Geleits- oder Wegegeld abgeschlagen; der Stadt Ertzin, die sich an den Kaiser, wegen Errichtung eines neuen Zolles, gewandt hatte, weil sie großen Wasserschaden erlitten hatte, ward gerathen, dieß Gesuch nicht weiter zu verfolgen, nach dem Protocoll dieses Hanse-Tags, in den MSS. Brf. Vol. 227. Ebendas. Vol. 230. Im Protocoll des Hanse-Tags, vom Jahre 1579, kommen Magdeburgs Klagen über Hamburg vor, daß sie gezwungen werde, die Hälfte des von ihr dorthin geführten Getreides daselbst aufzuschütten, und nur die andere Hälfte frey auszuführen ihr gestattet werde, so wie häufig an andern Orten sonst noch ähnliche Beschwerden erwähnt werden. Auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1581, klagten Bremen und Hamburg über ein zu Lübeck errichtetes neues Pfahlgeld, MSS. Brf. Vol. 232. Auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1612, liefen die Klagen ein, daß der Kurfürst von Brandenburg einen neuen Zoll auf der Elbe angelegt habe, es ward ein glimpflich Schreiben deßhalb an ihn beliebt. Im Jahre 1613 wollte der Herzog von Lüneburg einen Zoll auf der Elbe anlegen, Lübeck kam dagegen, im

liberale Ansichten, in Bezug auf die Freyheit des  
Verkehrs, wenigstens in Bezug auf den Großhandel

Nahmten der Hanse, beym Kaiser Matthias ein; zwischen Hamburg und Magdeburg waren bereits damals siebenzehn Zölle und dann in Magdeburg und Hamburg an jedem Orte einer, folglich neunzehn; der Lastzoll vom Häring betrug auf einer Fahrt von dreßsig Meilen drey Imperialen für die Last, und für Butter, Fett, Honig u. dgl. das Doppelte; nach Werdenhagen P. 4. cap. 9. Gegen die neuen, vom Kurfürsten von Sachsen, Johann Georg, besonders auf der Leipziger Messe erhöhten Zölle wurde durch die vereinigten Unterhandlungen der Reichs- und der Hanse-Städte, im Jahre 1618, einige Milderung erhalten, nach den Verhandlungen auf dem Hanse-Tage, von den Jahren 1617 - 1619, in den MSS. Bf. Vol. 240, 241, 248; der Vergleich findet sich bey Dumont und Lünig. Bremen klagte, im Jahre 1619, daß der Graf von Oldenburg mit Errichtung eines neuen Zolls umgehe, sie bath und erhielt ein Vorschreiben in gemeinschaftlichem Namen dagegen; Protocoll des Hanse-Tags von diesen Jahren; MSS. Bf. Vol. 241. Trotz der vielen Elbzölle erhielten gleichwohl die Herzoge von Mecklenburg das Recht einen neuen Zoll auf diesem Strome anzulegen, oder vielmehr den bereits vorhandenen zu erhöhen, aber die Vorstellungen der Hanse bey den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, als Mitinteressenten, und bey dem Kaiser bewirkten, daß es bey den alten Abgaben blieb; nach Werdenhagen am a. D. und den MSS. Bf. Vol. 245. In

zu eigen gemacht, und vorzüglich scheint darunter Hamburg genannt werden zu müssen, die bey dem Verfall der Hanfischen Größe mehr zu viel höhern Gesichtspuncten sich erhob. Wenn sie zwar streng auf ihr Stapelrecht hielt, auf die ausschließende Verschiffung aller, nach ihr von den obern Elbgegenden geführten Güter durch ihre Bürger, wenn sie den Zunftgeist bey ihren Krämern, Aemtern und Zünften gar nicht zu bändigen vermachte; so ist doch bey ihr für den Großhans

demselben Jahre benachrichtigte Eblu die Stadt Braunschweig, als mit interessirten Theil, daß die Erhöhung der Zölle im Fälsch- und Vergischen nicht nur auf dem Rhein, sondern auch zu Land stets zunehme, und daß tausendfältige andere Plackereyen auf dem Strome und sonst noch hinzu kämen; nach einem Schreiben Eblus an Braunschweig vom 3. u. 5. Jun. des angeführten Jahrs in den MSS. Brf. Vol. 245. Aber auch über die Städte ward wohl von andern geklagt. So beschwerten sich Ritter- und Landschaft von Mecklenburg, im Jahre 1633, daß es ihnen seit Menschengedenken frey gestanden habe, ihre Bedürfnisse ohne Zoll sich aus Lübeck zu holen, nun sollten sie auch den daselbst neu errichteten Pfundzoll zahlen, da Lübeck gleichwohl alsbald so gewaltig, als über einen Eingriff in ihre Privilegien schreye, wenn sie auch nur eine Kleinigkeit in Mecklenburg zahlen sollte; Ritter- und Landschaft hatten bey dem Herzogen Adolph Friedrich und Hans Albrecht um Vorschreiben, welche sie auch erhielten; vergl. Ungnadens amoenitt. St. 9, S. 668 - 670.

lauteten, erneuert oder geschärft worden, theils sind sie auch, weil, wie es scheint, das Uebel hiers weiter um sich griff, in Bezug auf die Bankrottirer unter den Kaufleuten immer mehr geschärft worden. Riga erklärte schon früh, bey ihr sey Sitte, daß der, welcher mehr borge, als er bezahlen könne, gleich einem Diebe gefangen werde.<sup>20</sup> Im Jahre 1549 ward beschlossen,

Jahre 1598, Protoc. des Hanse-Tags, von diesem Jahre, MSS. Brf. Vol. 234, kommt noch ein Mandat gegen Vorkauf des Kornes den Reichsconstitutionen gemäß vor. Von demselben Jahre findet sich denn, zu Folge der allgemeinen Beschlüsse, eine Verordnung der Stadt Braunschweig (MSS. Brf. Vol. 234.), worin das Monopol und der Vorkauf bey Strafe der Confiscation des Guts und anderer willkürlicher Ahndung, besonders durch fremde Nationen, als Holländer, Engländer und Italiäner untersagt wird. Diese, heißt es daselbst, kauften besonders Früchte, Schafe und Wolle in großen Quantitäten und zu den höchsten Preisen auf, führten sie durch ungewöhnliche Häfen aus, woraus denn Theuerung entstehe. Da aber die Fremden einiger Städte Bürger mit Geld versähen, diese für jene das Geschäft betrieben und ihnen als Factore dienten: so sollten sie vorgefordert werden und durch einen Eid sich reinigen. Ingleich wird das Strecken der guten Englischen Tücher, und das Färben der Seide mit Farben, die das Gewicht vermehren, unter gleich hohen Strafen untersagt.

<sup>20</sup> Bey dem Jahre 1540 nach Köhler bey Willebrandt und nach Cammanns Wf.



Ueber Schaudmter oder Braler finden sich in dieser Periode noch manche, allgemeine Statute, nochmals auch mehrere von einzelnen Städten; allein die Klagen über schlechte Waren, gute, mit schlechten vermengte Fische und andere kommen auch genug vor. Ueber das Zerren und Recken der Tücher ward viel verhandelt, und man wollte es streng untersagen, hatte es auch wirklich untersagt; aber Hamburg willigte nicht ein, da ihre Deputirte erklärten: in Danmark sey Nach-

Punct hart, daß niemand einen Schiffbau unternehmen solle, bevor er nicht alle seine Schiffsfreunde zusammen habe, indem dadurch den Bürgern der Hanse-Städte, welche nicht an der See lägen, alle Möglichkeit eines Antheils daran genommen würde, wie doch vor Alters Sitte gewesen; indeß bemerkten andere, wenn dieß verstattet würde, so möchte es mit den Certificationen Schwierigkeit bey den Zöllen geben, da nicht alle Städte gleiche Zollfreyheiten hätten. Auch kamen die Klagen über die vermehrte Schifffahrt durch Fürsten, Herren und Junker vor, und es ward proponirt jeden Schiffer mit Frau und Kind aus den Städten zu jagen, der in solche Dienste trete. Stralsund und Stettin erklärten, dieß geschähe auch längst bey ihnen, nur gegen ihren Landesfürsten könnten sie nicht also verfahren. — Die Klagen über die Errichtung neuer Häfen werden auch sonst erwähnt. Daß indeß mehr und mehr Hanstische Güter auch auf fremden Schiffen verführt wurden, ist aus den früher angeführten Dänischen und Spanischen Privilegien einleuchtend genug.

frage nach solchen gestreckten Luchern, die auch zu geringen Preisen verkauft würden. Edm. klagte, über die Verfälschung gefärbter Seide, da man Eisengehoit zur Farbe nähme und so aus einem Pfund Seide ihrer zwei mache; auf ihren Antrag ward es verboten.<sup>18</sup>

Gegen wucherliche Contracte und die Uebersetzung des Gutes, heißt es sehr im Allgemeinen, man wolle gebührl. Maß dagegen nehmen. Ob sie es wohl gemerkt haben, daß gegen Wucher und ähnliche Gebrechen durch Statute und Strafen eben nichts Gedeihliches auszurichten sey?

Gegen den Vorkauf des Kornes wurden die kaiserlichen Edicte eingeschärft, und obwohl bey einer entsetzlichen Theuerung es untersagt ward Korn nach fremden Ländern auszuführen: so scheint dennoch Hamburg auch hier mit Rechte widerstrebt zu haben, und überall scheint das Bemühen der Städte nur dahin vorzüglich gegangen zu seyn, daß der Kornhandel des sie umgebenden platten Landes in ihre Hände vorzüglich gebannt bliebe, um sich wechselseitig zu versorgen und den Ueberfluß weiter zu verföhren.<sup>19</sup>

<sup>18</sup> Protocoll des Hanse-Tags, von dem Jahre 1549, MSS. Brf.

<sup>19</sup> Auf einer Tagsatzung der Wendischen Städte, ward (MS. Lüneburg. Vol. IV.) ein Edict über den Kornkauf aufgesetzt, aber auf Hamburgs Begehren das Weitere auf die nächste Versammlung verschoben.

**Zu Erhaltung des Credits sind theils die früheren Statute, welche gegen treulose Diener oder Knechte**

**In einer Zusammenkunft derselben Städte, im Oct. desselben Jahrs, ebendasselbst, kommt folgendes vor. Lübeck klagte über die Korntheuerung; welland habe, sagten ihre Deputirten, bey der größten Theuerung, der Scheffel Brotkorn acht Schilling gegolten; die Ausfuhr müsse um so mehr verboten werden, da man das Korn selbst in der Erde verpachte; 1470 sey auch die Ausfuhr des Korns, ausgenommen nach den sechs Städten, verboten worden. Man habe vordem ein Gesetz gehabt, daß niemand aus Bismern und Oldenburg Korn hohlen solle, daß die Einwohner es vielmehr nach Lübeck bringen müßten, jetzt aber führten es fremde Schiffer, auch Hamburger, von da in fremde Gegenden. Die Hamburger Deputirten erklärten, nicht davon unterrichtet zu seyn, sie wollten es indeß hindern. Rostock: man müsse ihren Landesherrn bitten, die Ausfuhr nirgends anders als nach den Städten zu erlauben, und von diesen nur nach andern Städten zu verstatten. Denn hindere man die Durchfuhr durch den Sund, so gingen die Kornschiffe durch die Velte. Stralsund: Sie hätten Mandate angeschlagen, bey ihrem Landesherrn gebethen wegen der Monopolisten Nachsichung zu thun, den Schiffern müsse verboten werden, keine neue Häfen zu machen, eben deshalb müsse der Loyke wegen an Stettin geschrieben werden. Wismar klagte gleichfalls über die neuen Häfen, man schiffe Korn von Pöls aus. Darauf ward beschloffen, Mandate gegen Kornausfuhr anzuschlagen, auch deshalb an Bremen und Stettin zu schreiben. Im**

lauteten, erneuert oder geschärft worden, theils sind sie auch, weil, wie es scheint, das Uebel stets weiter um sich griff, in Bezug auf die Bankrottirer unter den Kaufleuten immer mehr geschärft worden. Riga erklärte schon früh, bey ihr sey Sitte, daß der, welcher mehr borge, als er bezahlen könne, gleich einem Diebe gefangen werde.<sup>20</sup> Im Jahre 1549 ward beschlossen,

Jahre 1598, Protoc. des Hanse-Tags, von diesem Jahre, MSS. Brf. Vol. 234, kommt noch ein Mandat gegen Vorkauf des Kornes den Reichsconstitutionen gemäß vor. Von demselben Jahre findet sich denn, zu Folge der allgemeinen Beschlüsse, eine Verordnung der Stadt Braunschweig (MSS. Brf. Vol. 234.), worin das Monopol und der Vorkauf bey Strafe der Confiscation des Guts und anderer willkürlicher Ahndung, besonders durch fremde Nationen, als Holländer, Engländer und Italiäner untersagt wird. Diese, heißt es daselbst, kauften besonders Früchte, Schafe und Wolle in großen Quantitäten und zu den höchsten Preisen auf, führten sie durch ungewöhnliche Häfen aus, woraus denn Theuerung entstehe. Da aber die Fremden einiger Städte Bürger mit Geld versähen, diese für jene das Geschäft betrieben und ihnen als Factore dienten: so sollten sie vorgeschordert werden und durch einen Eid sich reinigen. Zugleich wird das Strecken der guten Englischen Tücher, und das Färben der Seide mit Farben, die das Gewicht vermehren, unter gleich hohen Strafen untersagt.

<sup>20</sup> Bey dem Jahre 1540 nach Köhler bey Willenbrandt und nach Cammanns Mf.

alle untreue Diener und Gefellen nach Umständen mit Verweisung, Gefängniß und Leibesstrafen zu belegen, und das um so mehr, da diese Menschen, wenn man sie ausstoße, sich an Fürsten und Butenhonsen hingen und erst alsdann rechten Schaden thaten.<sup>21</sup>

Zu Ende des sechzehnten Jahrhunderts ward von dem damaligen Syndicus, Collrt Scheln, eine Verordnung gegen die Bankerottirer entworfen, da die ältern einzelnen Statute, von den Jahren 1442, 1447, 1470, 1507 und 1549 unzulänglich befunden wurden, und auf das unverschuldete Fölliren darin nicht hinlänglich Rücksicht genommen worden war. Sie lautete den damaligen Kenntnissen und der Ansicht von Zurechnung ganz angemessen, allein es war so schwer hier eine allgemeine Verordnung zu Stande zu bringen, da die Städte, selbst die wenigen, damals noch enger vereinten, so manche besondere Statute in dieser Hinsicht hatten. Also verzögerte sich die Annahme, bis in das Jahr 1620, und diese endlich angenommene und publicirte Verordnung lautete, wohl aus diesen Gründen, weit weniger genau, doch wurden die Hauptpuncte der frühern beibehalten. Gegen den Schuldner soll gefängliche Haft erkannt werden, oder er soll auf andere Weise, wie es an jedem Orte üblich ist, verfolgt werden; kann er nicht zahlen, so soll er in jeder andern Hanse-Stadt, wohin er gewichen, zur Haft auf Klage und Beweis, ohne

<sup>21</sup> Protocol des Hanse-Tags, von dems. Jahre in den MSS. Brfl.

viele Rechtsfiguren, gebrocht werden; auch soll, wo kein Ridger vorhanden, ex officio von den städtischen Obrigkeit, wenn ein Kaufmann flüchtig wird, beim Banerott verfahren werden. Im Fall aber die Masse zur Befriedigung der Gläubiger nicht zureicht, so soll nach vorhergehender guten Erkundigung der Jollit, wenn kein unverschuldeter Zufall sondern unordentliches Leben die Ursache des Bankerotts ist, mit der Schandglocke bekantet, nachher für infam gehalten, und in keiner ehrlichen Gesellschaft noch Hanse-Stadt weiter geduldet werden. Ergibt sich aber, daß der Bankerottirer vom ersten Anfange an dolos verfahren ist, so soll er außer dem an den Pranger kommen, auch als Dieb nach Befinden sonst an Leib und Leben gestraft werden.<sup>22</sup>

Ueber die innere Einrichtung der Gewerbe, der Zünfte der Ämter kommt kein allgemeines Statut vor. Wie weit sich ihre Befugnisse, ihre Monopole etwa erstrecken sollten, ließ ward nach Sitte der Zeit jeder Stadtoberkeit überlassen, in den Amtsrollen, die sie vom Magistrat erhalten hatten, näher bestimmt, nimmermehr hätte ein allgemein durchgreifendes Statut hier Statt finden können. Allein gegen den Aufruhr, der durch die Gesellen oder Amtsknechte in den Städten wühl

<sup>22</sup> Die Verordnung, von dem Jahre 1620, ist mehrere Male gedruckt, s. das Verzeichniß der gedruckten Urkunden. Der Entwurf vom Jahre 1591 findet sich in von MSS. Br. und soll, wenn der Raum es erlaubt, im vierten Theile abgedruckt werden.

veranlaßt wurde, gegen ihr Uebertreten zu den Feinden der Communen, gegen das Arbeiten derselben auf dem platten Lande, gegen das eigenmächtige Verfahren der Aemter in Errichtung von Neben- Statuten, sind verschiedene allgemeine Vorschriften erlassen worden.

So hieß es denn, daß, wenn ein Meßler einen Gesellen annehme, er dieß sogleich den folgenden Tag dem Herrn des Amts anzeigen solle. Lübeck schlug vor, da es ehemals Sitte gewesen, daß die Meßler zwey Male des Jahrs, auf Oßern und Michaelis, das Verzeichniß ihrer Knechte den Webdeherrn bey der Morgensprache hätten übergeben müssen, daß kein Knecht in einer Stadt ohne Paß von der andern, daher er gekommen, und der über sein gutes Betragen Auskunft gegeben, hätte aufgenommen werden dürfen; so sollte diese alt wöhlliche Sitte wieder in Übung gesetzt werden; jedoch ward besonders auf Danzigs, dann auch auf Eretins Bemerkung, daß sie beyde aus Polen, Schlesien und aus Außer- Hanßisch Deutschen Landen viele Knechte erhielten, der Beschluß dahin modificirte, daß jene Pässe zunächst nur von solchen Knechten gefordert werden sollten, die aus einer Hanse- Stadt in eine andere wanderten, und daß man zuvor sehen wolle, wie viel dieß helfen würde.<sup>23</sup>

So wird erwähnt, daß die Oiderleute des Amts der Hanenweber zu Hamburg bey denen von Lübeck, über

<sup>23</sup> Protocoll des Hanse- Tags, von dem Jahre 1549, in den MSS. Brf.

das Arbeiten ihrer ungehorsamen Gefellen auf dem platten Lande, als über eine Neuerung sich beklagten, und die Wendischen Städte schienen die Abhülfe dieser Beschwerden zu übernehmen.<sup>24</sup>

Daneben wurden die albekannten Statute von Zeit zu Zeit erneuert und eingeschränkt, keine Gefellen, die irgendwo Aufruhr angerichtet hätten, in einer Hanse-Stadt zu dulden.<sup>25</sup>

Im Jahre 1379 ward in Bezug auf die Reichspolizey-Ordnung geboten, daß nur solche Neben-Statute, welche die Ämter außer ihren Amtsrällen machten, gültig seyn sollten, wenn sie von den Obrigkeiten genehmigt worden, auch sollten die Ältereute der Ämter, bey Niederlegung ihres Amtes schwören, daß sie sich allein an solche gebilligte Statute gehalten hätten. Ferner hieß es, daß die vererblichen Schenkämter abzuschaffen, wie auch kaiserliche Mandate gebühren, allein nicht in der Macht der Hanßisch-Wendischen Städte stehet; denn, wenn sie auch dieselben untersagten, so zögen die Gefellen dahin, wo sie geduldet würden: aber die Sache, so gestand man ein, sey an sich vererblich genug, und wenn die Reichsstädte nur thätig mit wirken wollten, so solle es an den Hansen nicht fehlen. So ward ferner beschlossen, daß, da die großen Ämter der Wendischen Städte alle sieben Jahre zu löben, auch einige zu

<sup>24</sup> Protocol des Wendischen Städtetags, von dem J. 1549, MSS. Luneburg. Vol. IV.

<sup>25</sup> MS. Hafn. bey dem Jahre 1557.



Blommar zusammen kämen, und ihre Abschiede durch die Obrigkeit des Orts bestätigen ließen, gleichwohl aber verlangte, daß sie außer diesen öffentlichen noch heimliche Statute machten, und da ferner auch die Obrigkeit jener beyden Städte die besondere Beschaffenheit jeder Gemeinde nicht kennen könnte: so sollten zwar fernerhin nur diejenigen Statute gelten, welche die Sanction des Magistrats jener beyden Städte erhalten haben würden, jedoch mit der Clausel, daß sie den Amtsrölen nicht zuwider wären, die jedes Amt in der Vaterstadt erhalten hätte, so wie es denn jeder Ortsobrigkeit überlassen bleibe, die nöthigen Veränderungen zu treffen. Endlich ward auch noch wegen des Schimpfens der Meister oder Gesellen, (vmb vnd vpdriuinge) eines Gewerks, so lange sie sich nicht mit den Aemtern abgefunden hätten, aller Ernst anzuwenden beschlossen. Jedoch äußerten sich auch zu andern Zeiten einige, namentlich Bremen, dahin, daß sie in solches Wespenneß nicht rühren wollten.<sup>26</sup>

So erhielt sich denn die alte Weise des Handels, der Betriebsamkeit zwar noch in der ersten Hälfte dieser Periode, wie sie in der vorigen sich gebildet hatte, aber nachher kam eine ganz andere Art auf, und mit dieser verschwand auch das Monopol des Zwischenhandels, es versiegte die Hauptquelle des Reichthums der Hansen, und so manche Zweige der einheimischen Industrie, der Fischereyen, der Schifffahrt, des Schiffbaues, die an jenen ge-

<sup>26</sup> Protocoll des Hanse-Tags, MSS. Brf. Vol. 227.

Kämpfe waren, verborren immer mehr. Die alte gewohnte  
 Verarbeitung einiger rohen Producte ward noch in den  
 Städten fortgelebet, aber sie waren unhermögend als  
 glückliche Rivalen der mehr aufblühenden Manufakturen im  
 Westen von Europa auftreten zu können. Vieles widersezte  
 sich diesem, die Zunftverfassung, der große Zwang, das  
 Verschwinden der Capitale, der dreißigjährige Krieg. Die  
 immer mehr platzgreifende Auflösung Deutschlands in  
 einzelne Landschaften, die Auflösung des Bundes, das  
 Hinansehen aller gemeinschaftlichen Etsate brächte  
 schwer und immer schwerer. Nur eine oder die andere  
 Stadt blühte vorzüglich, durch die Lage begünstigt, wach-  
 ser wieder auf, namentlich vor allen andern Hamburg;  
 aber das Ganze konnte unmöglich mehr gedeihen. Un-  
 ter dem Schuß der größern Macht der Fürsten, erhob-  
 ten sich auch wohl, als ihre Landstädte, manche, die  
 ehemals zum Bunde gehört hatten; der große Han-  
 sische Handel und die Hanfische Herrschaft der alten Zeit  
 waren aber auf immer verloren; und von anderen Sel-  
 ten kam und mußte der Wohlstand kommen, der sich  
 später in Niederdeutschland zu zeigen anfing.

## **Zwanzigstes Buch.**

---

**Der dritten Periode achter Abschnitt:**

**Verfassung des Bundes und allmähliche Auf-  
lösung desselben in dieser Zeit.**



---

## Zwanzigstes Buch.

### Constitution der Hanse, ihre Auflösung und gänzlicher Verfall, während dieser Periode.

---

Die innere Verfassung der Hanse blieb in ihren Haupttheilen, während der größern Hälfte des sechszehnten Jahrhunderts, dieselbe, wie sie sich allmählig in der vorhergehenden Periode gebildet hatte. Zwar die Zeit und manche äußere Verhältnisse mußten einige Veränderungen herbeiführen, aber von dem Altherkömmlichen zu weichen, war hier immer so sehr schwer. Nur das allgewaltige Bedürfnis, wenn es recht tief gefühlt ward, konnte einige Modificationen bewirken.

Mancher Punct ward jedoch nun fester bestimmt, das Schwankende in dem Herkommen gesetzlich befestigt, hier und da wohl eine, das Ungewisse entscheidende, feste Norm aufgestellt, und somit, dem Buchstaben zu Folge, eine größere Einheit, eine größere Kraft in der Execution bewirkt, wie denn das Beispiel einer fortschreitenden, besseren Bildung anderer politischen Gemeinwesen in Europa, für die Hanse nicht ohne Wirkung seyn konnte.

Wenn man allein nach dem Buchstaben der Considerationen und der übrigen Statute urtheilen wollte, wie beyde nährlich in der spätern Zeit lauteten; so

mußte man die Fortschritte nothwendig anerkennen, welche in der Form waren gemacht worden: allein nichts desto weniger, wollte diese verbesserte eigene Form gar nicht mehr leisten, was weiland, mit Hülfe viel unvollkommenerer Geseze, war bewerkstelligt worden. Gab es je ein Beispiel, daß der Geist, der in den Formen lebt, mehr werth ist als sie; so leistete die Hanse dafür die Gewähr. Der Geist der Väter war von ihnen gewichen, der Geist, den das Bewußtseyn der Kraft und des stolzen Selbstgefühls einflößt, der ihre Macht und Herrschaft begründet hatte, und diesen Mangel konnte keine, noch so sehr verbesserte, constitutionelle Form — und die Verbesserungen waren noch dazu unbedeutend und hielten mit denen, die in andern Gemeinwesen vorstelen, keines Wegs gleichen Schritt — je ersetzen.

Wie mangelhaft auch immer die Eintracht zwischen allen Theilen der Corporation in frühern Zeiten gewesen seyn mochte; so waren doch die bedeutenden Communen, die See- und Wendischen Städte von einem gleichen, oder leidlich gleichen Geiste beseelt, und, gegen fremde Angriffe, waren die nächst benachbarten verbundenen Gemeinden sich zu helfen geneigt, nicht bloß durch die allgemeine, sondern durch specielle Verbindungen, waren sie eben zu diesem Zweck besonders vereinigt. Das Bedürfniß redete in den früheren Zeiten so laut, dieß knüpfte sie fester als alle Form an einander, und endlich war auch, bei der unvollkommenen Macht der Fürsten, dieser Zweck zu erreichen möglich. Jetzt aber wurden,

Im sechzehnten Jahrhundert, die Klagen immer lauter, daß diese Hülfe und Eintracht fehle und man sah auf die Vergangenheit, wo doch nichts weniger als eine vollkommene Eintracht stets geherrscht hatte, als auf eine auf immer verschwundene, goldene Zeit zurück.

Die minder bedeutenden Communen, die Landstädte, die immer eine gewisse Eifersucht auf die an der See gelegenen gehegt, und behauptet hatten, daß sie zu den besten Gehelßen zählten und wenig Hülfe und Vortheil von ihnen zu erwarten hätten, mußten immer leidet werden, ja ganz aus der Verbindung treten, da ihr Handel in die Fremde und durch die Seestädte immer mehr abnahm, und sie in ihren Privat-Gehelßen der gehofften Unterstützung ermangelten. Die Seestädte ihrer Seite konnten eben so wenig, bey ihren größten Unternehmungen, auf die Unterstützung der Landstädte setzen zählen, vielmehr mußten jene von diesen immer die Antwort erwarten: sie hätten keinen auswärtigen Handel, sie trieben keine Geschäfte zur-See, sie wären wenig oder gar nicht bey dem Comtoirten interessiert, und vermäßen nicht sich zu anderer Vortheil aufzuopfern.

So kam nach und nach alles in immer größere Verwirrung! Auch erfolgte, wie es bey solcher Auflösung nicht anders zu erwarten war, daß bey den noch bestehenden, äußerlich, alten Formen, ja selbst bey ihrer Verbesserung, an die man Hand anlegte, und von denen man froh und glücklich noch einige Hülfe erwartete;

Wozu man nun immerhin neue Strafen geben, Strafen damit verbinden, in einzelnen Fällen sie selbst zuerkennen, was konnte es alles fruchten, da dieses letzte und höchste Zwangsmittel, zu dem man endlich, bei dauernder Widerseßbarkeit, greifen mußte, alles Furchtbare verloren hatte? Wozu man denn die alten Formen und Worte beibehalten, und ganz ernsthaft alte und neue Strafen zuerkennen; so konnte man doch, wenn man redlich verfahren wollte, sich nicht bergen, daß man mit obsoleten Formeln spiele.

Trennlich, plötzlich und auf Ein Mal, stürzte das stolze Gebäude nicht zusammen, allein es brach ein mächtiger Eränder nach dem andern, und das Ganze ward allmählig nur um so sicherer in einen Schutthaufen verwandelt. Eben diese allmählige Verfallen der Verfassung, trotz der besser klingenden, abgewohnten Redensarten ist nun zu zeigen.

Der Zweck der Verbindung zum Schutze des Handels und der städtischen Freiheiten, sprach sich noch auf gleiche Weise, in den häufiger, denn vordem, aus dieser Periode vorhandenen Conföderations-Acten aus. Es versprach man sich wechselseitig zum Schutze der Landstraßen zusammen zu halten, die gemeinschaftlich, oder auch einzelne Theile erworbenen Freiheiten, sey es von fremden Mächten, oder des Reichs Fürsten und den Landesherren durch gemeinsamen Beistand zu behaupten, die städtischen Obrigkeiten gegen innere



Waffen zu führen, und den Handel, zu Folge alter Privilegien, Rechte und Gerechtigkeiten, in Blanz und Aufnahme zu erhalten. Früh wie spät wurden diese Zwecke deutlich und unterhoben in den Considerations-Noteln ausgedrückt, welche theils wirklich angenommen wurden, oder als Projecte in Vorschlag kamen, oder etwa nur die Bestimmung einzelner Theile erhielten.

Zwar verstand es sich von selbst, daß der Artikel, der den wechselseitigen Beystand der Städte, gegen einen Ueberfall von Seiten ihres Landesherrn, oder anderer Stände des Reichs betraf, etwas behutsamer als sonst ausgedrückt werden mußte, denn der allgemeine Landfriede war ja Reichsgesetz geworden. So lauteten denn diese Verbindungen sehr bestimmte nur dahin, daß sie bloß auf Defension berechnet, und nur gegen kundbar landfriedensbrüchige Leute gültig wären, daß man nach vergeblicher Warnung und fruchtlosem Erbieten zu Rechte, im Fall eines förmlichen Ueberfalls, und wenn man vergebens des Rottes Obersten um Hilfe angerufen habe, den versprochenen Beystand zu leisten, verpflichtet seyn solle.

Wen so gut als Fürsten, Ritter und Richte noch wenig den sogleich publicirten Landfrieden hielten, eben so wenig waren die Städte zuerst dazu geneigt. Welche Gemeinde nach Much genug hatte, sich selbst zu helfen; und den Schneidengang der Rechtspflege des Reichs und der Rote zu vermeiden, die half sich nach innen

Man sagte sich ferner zu genau Acht auf Müßiggänger und Bettler, unter welchen sich auch wohl Unruhestifter fanden; zu Folge der Reichs-Polizey-Ordnung zu haben; niemanden zu dulden, der Aufruhr gestiftet, mit Infamie behaftet, eines schweren Verbrechens, oder hoher Infamie verdächtig oder angeklagt wäre, und der sich etwa ein sicher Geleitz, oder eine Inhibition von andern Obrigkeiten zu verschaffen gemußt hätte: vielmehr gelobte man einander, solche Leute anzuhalten und sie den Städten, welche über sie zu klagen hätten, auszuliefern.

In andern solchen Urkunden ward noch viel bestimmter, als weiland Sitte gewesen, die Erhaltung der Contrade, der damit verbundenen Freyheiten und monopolistischen Berechtigte, als Zweck der Verbindung aufgestellt; denn der Versuch dieser war deutlich genug, aber auch durch solche Maßregeln fürwahr nicht abzuwenden.

Eine wesentliche Verbesserung war, was in der Consideration, von den Jahren 1579 und 1600, in Vorschlag kam, daß man sich anheischig machte, eine gewisse Geldsumme, wie es scheint, unabhängig von der allgemeinen Contribution, jedes Jahr auf Johannis, in einer Lege-Stadt eines jeden Quartiers zu zahlen, und zu deren Cassa den nächst benachbarten beiden Städten die Schlüssel zu geben, damit, im Fall der Noth, hieraus für dieses Quartiers bedrängte Städte eine Hülfe erhalten werden könnte. Allein es ist ungewiß, ob dies auch je wirklich zu Stande gekommen ist. <sup>1</sup>

<sup>1</sup> Zu Folge der Consideration, oder des Projectis einer Consideration vom Dr. Oudermann, Spätk.

Es ward in der Conföderation, von dem Jahre 1579, ein Punct aufgenommen, der zwar längst herkömmlich war, der jedoch jetzt näher als vormals bestimmt ward: daß nämlich die Stadt Lübeck auf einer Zusammenkunft mit den Wendischen Städten, über das Ausschreiben eines Hanse - Tags deliberiren solle, und es ward hinzugefügt, daß von solcher Versammlung aus, den übrigen Quartier - Städten Köln, Braunschweig und Danzig, zeitlich Nachricht gegeben werden solle, damit diese zuvor den Wendischen Communen, ihre Anmerkungen mittheilen könnten, welche denn unter die auszuschreibenden Artikel für die allgemeine Versammlung aufgenommen werden sollten. In der Conföderation, vom Jahre 1604, ward noch hinzugefügt, daß die Städte nicht zu oft, sondern etwa alle drey Jahr im Sommer, und etwa vier Monate zuvor durch die Wendischen Städte ausgeschrieben werden sollten.

Ferner versprachen sich die Städte jetzt zuerst so förmlich, nicht nur die ausgeschriebenen Tage zu besuchen, sondern auch die sowohl einstimmig auf den Tagfahrten genommenen Beschlüsse, als auch die, welche, von dem ansehnlich mehreren Theil, gefaßt worden, aufrecht zu halten. Doch ward auch in der Conföderation, von dem Jahre 1604, hinzugesetzt, daß nur in Bezug auf alle die Puncte, welche die Comtoire, die Hanse-

aus der Hanse, entworfen, von dem Jahre 1567, im abdruckenden Urkundenbuche, nach den Acten im Braunschweigischen Archive, späterhin erneuert.

ßen Privilegien und den darauf begründeten Handel betrafen, diese Mehrheit der Stimmen verbindend seyn sollte.

Man gelobte sich ferner, daß, da die Eifersucht über die Autonomie der Gewerke stets zunahm, keinem Amtsmeister in Zukunft die Befugniß zustehen sollte, die Gesellen in Strafe zu nehmen, Neben-Statute neben ihren Amtssrollen zu machen, und die Zunftgenossen aus mehreren Hanse-Städten zum letzten Zweck zusammen zu berufen, ohne Einwilligung, Einstimmung und Ratification der städtischen Obrigkeiten.

So versprach man sich endlich, in d. J. 1604, die jährliche Contribution nach Lübeck richtig zu zahlen, auch nach dem Bedürfniß und dem Schluß der Gesandten zu einem Hanse-Tage eine Erhöhung derselben sich gefallen zu lassen.

Wie nun aber immerhin diese gethanen Zusagen lauteten, und um wie vieles bestimmter sie auch zum Theil ausgedrückt werden mochten, als vordem; so fehlte doch der alte Geist und Ernst, und es ist schwer genug auszumitteln, wie viel von dem, was man sich einander versprach, wirklich in Kraft und Ausführung gekommen. Selbst die Aeußerungen, die darüber in den officiellen Verhandlungen vorkommen, sind trügerlich, da der eine Theil, dem es gerade daran lag, und dem es großer Ernst damit war, die beliebte Consideration, als allgemein angenommen und gültig ausgab, während der andere Theil, der andere Gesinnungen hegte, ganz diesen entgegen lautende Behauptungen aufstellte.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Die allgemeine Consideration, welche in den MSS. Brl. theils als Projecte, theils als wirklich verpflichtend

Es scheint, daß die Conföderationen, von dem Jahre 1557, die einzige aus dieser Periode ist, welche allgemein-

rende Urkunden vollständig sich vorfinden, sind die von den Jahren 1535, 1540, 1553, 1557, 1567, 1579, mit der angehängten Ausdrucks-Form, ferner von den Jahren 1600, 1604, 1667. Verschiedene von diesen, in so fern es der Raum gestattet, werden in dem Urkundenbuche abgedruckt werden. Sehr schwer aber ist es zu sagen, welche von diesen nun wirklich zur Ausführung gekommen sind. In den handschriftlichen Protocollen der verschiedenen Versammlungen in dem MSS. Brf., ja selbst in der gedruckten Röhlerschen Chronik kommen sehr widersprechende Nachrichten davon vor. Des Weispiels wegen mögen folgende Auszüge hier stehen. Im Jahre 1506 ward eine Conföderations-Note, von den vornehmsten Städten des Lüneburgischen, Braunschweigischen und Edelmischen Quartiers entworfen, Bremen schien nicht einzuwilligen; s. Röhler b. d. J. Die Note von dem Jahre 1535, scheint blaßes Project geblieben zu seyn. Ja man war oft deshalb so wenig unterrichtet, daß man, in dem Jahre 1539, von Seiten Danzigs den Vorschlag zur Aufsehung eines Bundesbriefs, ganz als etwas neues ansah und von den alten Conföderationen nichts zu wissen schien; siehe Röhler und MSS. Brf. — In der Conföderation, vom Jahre 1540, ward beliebt, da die Schöffischen Städte nicht zugegen waren, sie ihnen schriftlich mitzutheilen. Auf einer Versammlung der Wendischen Städte, in dem Jahre 1542, fielen die Stimmen über jene Note aber, sehr ungleich aus. Im Jahre 1549 ward von der Hanfschen Versammlung, deß an sie abgefertigten Secretär der Stadt Braunschweig-

angenommen wurde. Alle übrige scheinen bald mehr bald weniger von diesen oder jenen bedeutenden Städten

erklärt: die übrigen Städte hätten die Consideration von dem Jahre 1540 angenommen, und Braunschweig mit ihren untergebenen Städten möge sich vor Ende des Jahres erklären, ob sie beitreten wolle oder nicht. Allein jene Behauptung, daß sie von den übrigen Städten angenommen sey, ward bloß vorgebracht, um die Schwäbischen Städte, die nicht anwesend waren, zur Annahme zu bewegen. Denn als sie eben auf diesem Hanse-Tage, von dem Jahre 1549, verslesen ward; so klagte Danzig über Mangel an Eintracht; es ward beliebt, jene Considerations-Urkunde solle noch in diesem laufenden Jahre von den Städten ratificirt und versiegelt werden, dagegen sich einige der Deputirten über die Größe der ihnen aufgelegten Taxe beschwerten, andere ihren Vorschlag ad referendum annahmen. Im Jahre 1553 wurden die Considerationen, von den Jahren 1540 und 1549, in der Hanseischen Versammlung vorgelesen, von einigen gebilligt, von andern ad referendum angenommen. Ebln mit ihrem ganzen Quartier erklärte sich dagegen, und wollte bloß zur Erhaltung der Privilegien einiges beywogen. Andere Deputirte erklärten, sie seyen nicht deshalb instruirte; andere stimmten weitläufig und ihr Wille schien ungewiß; mehrere achteten die Sache für etwas Neues und Mißliches. Im Jahre 1554 ward die Considerations-Sache auf bessere Zeiten verschoben. (Alles dieß zu Folge des handschriftlichen Protocolls der Hanse-Tage, in den angeführten Jahren, nach den MSS. Brf.) — Nach Köhlers und Cammarns Andagen ward eine Consideration, in dem Jahre 1556, entworfen, und

hier revidirt worden zu seyn. Wie aber konnte es anders kommen, bey dem Verfall der Comitate, die

im Jahre 1557 einmützig, bis auf Hamburg, angenommen. Der letztern Stadt ward erklärt, sie solle sich in Kurzem bestimmt äußern oder ausgeschloffen werden. Im Jahre 1559 scheint die Stadt Meval dieser Verbindung; — weil sie wegen ihrer bedrängten Lage das Bedürfniß einer solchen Hülfe gar sehr spürte — beigetreten zu seyn; MSS. Brf. — In den Jahren 1567, 1570, 1571, 1572, wurden die neuen, im Vorschlag gebrachten Considerationen von den Jahren 1567 und 1572, welche letztere der Lübeckische BURGEMEISTER von Wechelde aufgesetzt hatte, so wie die, von dem Jahre 1579, (nach Wittenbrandt) debattirt; allein man konnte sich deshalb nicht vergleichen. Man begnügte sich also den Termin der älteren, von dem Jahre 1556 oder 1557 zu verlängern. Eblin mit ihrem Quartier, wollte sich des Niederländischen Krieges wegen, auf der Versammlung, von dem Jahre 1572, nicht erklären, und die Sache auf das Jahr 1576, oder wie es scheint 1579, verschieben; nach Röbher, Cammann und den MSS. Brf. Im Jahre 1579 ward eine neue Consideration entworfen. Eblin erklärte, das Project sey nicht übel, es sey der Reichs-Constitution nicht zuwider, sie aber müsse ihren größern Rath befragen, bevor sie einwillige; dessen Berufung, aus mehreren Ursachen, jetzt nicht Statt finden könne: man möge es lieber bey der Consideration von den Jahren 1556 u. 1557 lassen. Die beliebte Form der Anträge gefiel den Eblinern nicht, wegen ihrer Schoßsache, sie wollten sich nicht also coangustiren lassen. Die Hanse schrieb

verlorenen Furcht: ~~des~~ Ausschlusses von dem ~~Rechts-~~  
Privilegien, bey dem Bestreben der Einzelnen nach

darauf Ansehn, um sie zur Annahme zu bereiten. —

1. Andere Städte stimmten für die Ratification, an-  
dere nahmen die Sache ad referendum. Hamburg  
trat der Conföderation bey, jedoch in Bezug auf die  
Ausdrücke, mit Ausnahme der sie betreffenden und  
ihrem Kammergerichte bereits schwebenden Rechts-  
streitigkeiten. Die Stadt Hildesheim erklärte, in  
einem Schreiben, vom 9. Jul. des Jahrs 1370, an  
Braunschweig, sie könne den Artikel, der die Hand-  
werker und Kiemer in der Conföderation betreffe, we-  
gen ihrer Gelegenheit nicht vollziehen, sey auch mit  
der Form der Ausdrücke nicht ganz zufrieden. Bres-  
men äußerte sich, sie wolle nicht zu einer besondern  
Kirchen-Ceremonie dadurch verpflichtet seyn, die  
Ausdrücke sollten mit Religions-Sachen nichts zu  
schaffen haben: diesem gaben die andern nach. (Als  
es zu Folge der Hildesheim und vorzüglich des Brf. MSS.)

— Im Jahre 1598 deliberirte man noch über die  
Annahme jener Conföderation, von dem Jahr 1579,  
und es ward beschlossen, daß sie von den anwesens-  
den städtischen Deputirten, die dazu befähigt wären,  
angenommen werden sollte, daß aber die, welche  
nicht dazu bevollmächtigt wären, wie z. B. Ebln,  
bis auf Martin, sich deshalb zu erklären hätten;  
MSS. Brf. Vol. 234. — Im Jahre 1599 ward es  
übermahl hervorgehoben, und aus einem Schreiben der  
Stadt Lüneburg an Braunschweig, vom 13. Jul. 1599,  
(MSS. Brf.) erhellet, daß die letzte Stadt mit den  
ihr zugehörigen sächsischen Städten jene Conföderation  
noch nicht angenommen hatten; Lüneburg bittet Brauns-  
schweig um eine endliche Erklärung. — Im Jahre



allgemeinem Vortheile, bey der Ohnmacht anderer, die durch ihre Lage zu ihrem Landesfürsten, zu ihren Bürgern selbst, bald in diesem bald in jenem Punkte, wie allgemein der Ausdruck in den Bundesbriefen auch lauten mochte, den Aufzogen nicht nachleben konnten?

1600 ward abermahl's darüber disputirt, die Sache aber auf den nächsten Hunsrückstag verschoben. Die Sachsen wollten eine andere Consideration, welche waren wegen der Religion, welche wegen anderer Ursachen damit nicht zufrieden; nach Cammann und Köhler. Im Jahre 1601 kam man überein, es solle bey der Verbindung, von dem Jahre 1557, sein Bewenden haben. Im Jahre 1604 kam eine neue Considerations-Notel, oder ein Project dazu auf; aber zwey Jahre nachher war diese von mehreren, der angesehensten Städte noch nicht angenommen oder versiegelt. Im Jahre 1608 wurden Eöln, Hamburg und Rostock ermahnt, der Consideration von dem Jahre 1604 beizutreten, bey Strafe des Ausschlusses, von den so eben in Spanien durch die Hansen erworbenen Freyhheiten; welches denn auch, zu Folge der, in den Verhandlungen von den Jahren 1614 u. 1628 (MSS. Berl.), vorkommenden Andrückte geschehen zu seyn scheint. Als in dem letzten Jahre die Frage aufgeworfen ward: ob der Bund noch fortdauern solle? so lautete die Antwort bejahend und die Consideration, von dem Jahre 1604, sollte zur Grundlage dienen; da aber Bremen den achten Artikel geändert wissen wollte, so erklärte Pöbbeck: je weniger an jener geändert würde, desto besser wäre es, man vertauschte deshalb nur einige unbedeutende Worte gegen andere.

So wollten z. B. Köln und Hamburg nicht in die Annahme der Austräge-Form willigen, vermöge deren die Deputirten der Städte, auf einem Hanse-Tage versammelt, die einzigen Richter in allen Streitigkeiten der Bundesglieder seyn sollten, weil die erste, wegen des von ihr zu erlegenden und verweigerten Schusses in Flandern, mit der Hanse, Hamburg aber, mit den an der Elbe belegenen Städten, wegen ausschließender Fahrt auf dem untern Theile dieses Stroms, und mit der Hanse über die später von ihr eigenmächtig betriebene Aufnahme der Engländer in ihre Mauern, in Streitigkeiten gerathen waren, beide aber ein ihnen ungünstiges Urtheil von den Hanfischen Tagelösungen befürchteten, dagegen von den Reichsgerichten einen ihnen günstig lautenden Ausspruch zu erhalten hofften. So verweigerte Braunschweig, mit ihrem Quartier, die Annahme der vorgeschlagenen und von andern angenommenen Conföderation verschiedentlich, weil sie sich gleichfalls dem aufgelegten Schuß in Flandern widersetzte. So widersprach z. B. Hildesheim, eine Stadt, die sonst eifrig der Verbindung ergeben schien, weil sie, bei ihrer eigenen Ohnmacht, von dem Bunde immer einigen Vortheil erwartete, wegen des Puncts, der die Handwerker bestraf, da sie ihrer Amtsgenossen in dieser Hinsicht nicht mächtig genug sey. Bremen aber widerstrebte, wegen ihrer Religions-Streitigkeiten, und andere, aus andern Gründen.

Wann es ebenmäßig schwierig war, einige Eintracht unter den Bundesgliedern zu erhalten, so ward es nun immer nur um so schwerer. Der Hanfsche Vorn hatte seine Kraft verloren, damit sei alles. Wenn aber nun vorgeschlagen ward, durch einen Eid, bey Ausrufung göttlicher Strafen, sich zu binden; so wollte dieß doch wenig helfen, und fand, wie man bey der Verachtelung darüber hinzufügte, um so weniger Beyfall, da man es auch für nachtheilig, und bey den Feinden für verkleinerlich hielt, auf solche Weise einzugehen, daß die einander gethanen Zusage, und die den Bundesbriefen angehängten Siegel, alle Kraft — ob dem schon wirklich also war — verloren hätten.<sup>2</sup>

Besondere Verbindungen einzelner Theile der Hanfschen Communes, die durch Lage und Interesse sich näher verwandt waren, kommen jetzt so gut als in frühern Zeiten vor, besonders unter den Wendischen und Sächsischen Städten und zu Anfang dieser Periode. Das Bedürfniß forderte dergleichen mehr noch denn ehemals, eben weil die allgemeine Verbindung immer löcherer und locher ward, und von ihr so wenig Hülf in Zeiten der Noth und Gefahr zu hoffen stand. Besonders sind die isolirten Verbindungen der Wendischen Städte bemerkenswerth. Ihnen blieb es am längsten ein recht hochheiliger Ernst, gegen die immer sich er-

<sup>2</sup> In Folge der Considerations-Notel und des Protocols des Hanfs-Tags, von dem Jahre 1600, im April; MSS. Bel. Vol. 226.

neuerenden Gefahren zusammen zu halten; auch finden sich in ihren Considerationen die Spuren der besseren Formen, und sie konnten sich auch um so eher über diese oder jene Punkte mit einander verständigen, da sie durch ihre Lage, durch ähnliche innere Verfassung, durch Wünsche, Pläne und Mittel der Ausführung sich näher verwandt waren.

Zuletzt lösete sich das Ganze in einzelne Verbindungen gleichsam auf; aber auch aus der früheren Zeit dieser Periode sind dergleichen, namentlich von den Wendischen Städten, z. B. von dem Jahre 1545, bekannt; worin bestimmt ward, daß vier Stimmen stets bey ihnen die Entscheidung geben sollten, doch den Fall ausgenommen, wo zwey oder mehrere Städte dasselbe gleiche Interesse hätten, als in welchem Falle ihre Stimmen nur für Eine gelten sollten. Sie versprachen sich bestimmter mit Mannschaft und Schiffen, in Zeiten der Gefahr beizustehen, da die allgemeinen Verbindungen dieser Zeit, so gut als nichts der Art mehr verbleibend und etwa eine Gehülfe, die noch dazu schlecht entrichtet ward, allein von da zu erwarten stand. Aber selbst diese Verbindung der Wendischen Städte ist nur unvollkommen gehalten worden.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> In den Archiven der im Hanseischen Sinne sogenannten Sächsischen Städte, finden sich mehrere Considerationen dieses Theils, aus der ersten Hälfte des sechszehnten Jahrhunderts, da gleiche Lage und Nachbarschaft mehr noch, als die allgemeine Verbindung,

Es war sehr wie spät angenommen, daß die höchsten Bundesherrn, bey den Hanfschen Tagelösungen sey, ja es ward in dem Statute über die Austräge bestimmt, daß die Anstehenden Theile, mit Uebergang dar benachbarten, oder der Quartier-Städte, sich geradezu an die allgemeine Versammlung wenden könnten.

Der Ort, wo diese Hanfschen, allgemeinen Tagelösungen gehalten wurden, ward in diesen spätern Zeiten so gut als ausschließlich Lübeck; kaum daß sie noch ein Paar Male nach Hamburg, Bremen oder Lüneburg berufen wurden. Lübeck's entschiedene Reichsfreyheit gewann bey dem bedrängten Zustande so mancher andern Städte immer mehr Werth; der Rath der Stadt war von den Hanfschen Angelegenheiten nicht nur, sondern auch von denen des Reichs überhaupt am besten unterrichtet; die wichtigern Hanfschen Papiere fanden sich ohnehin am reichlichsten zu Lübeck vor.

Die Zeit, wann solche allgemeine Versammlungen berufen wurden, hing, im sechszehnten und siebenzehna-

ste veranlaßten. Die Urkunde der Vereinigung der sechs Wendischen Städte, von dem J. 1545, ist uns aus dem Archive der Stadt Lüneburg bekannt, und wird, wenn der Raum es erlaubt, in dem Urkundenbuche folgen.

- Schon ein Blick auf das Verzeichniß der Hanse-Tage, aus dieser Periode, bey Willebrandt, wie höchst unvollkommen es auch ist, wird den Beweis geben, daß Lübeck gleichsam ausschließlich zum Versammlungsort diente.

ten Jahrhunderte, so gar als in früheren Tagen, von dem Bedenke und den Umständen vorzüglich ab, und wenn gleich in den Conföderationen hier und da bestimmt ward, daß nicht zu oft, etwa nur alle drey Jahre, im Sommer, ein solcher Tag ausgeschrieben werden sollte; so blieb es doch daher nicht, wenn eine besondere Gefahr, oder ein neuer Schein von Hoffnung, z. B. die Wiedererlangung der verlorenen Freyheiten in England, sich zeigten. Aber da die Verbindung immer lockerer ward, da wenig gedächliches von diesen allgemeinen Versammlungen zu erwarten stand; so ist es doch auch leicht zu vermuthen, und aus den Thatfachen freylich gewiß, daß im sechzehnten Jahrhunderte seltener solche Versammlungen, als im funfzehnten und in der letzten Hälfte des vierzehnten gehalten wurden.\*

Doch ist es ebenfalls gewiß, daß im siebzehnten Jahrhunderte, bey dringender Gefahr, da so vieles auf die Städte ankam, von den wenigen enger verbundenen Städten, um so häufiger Zusammenkünfte gehalten wurden.

Das Recht des Ausschreibens zu einer neuen Tagsatzung, stand früh wie spät, der jedesmahligen Versammlung zu, indem sie sich auf eine andere Zeit vertagte. Besonders geschah dieß, wie es nunmehr nur zu häufig der Fall war, wenn allzu wenig Städte durch ihre

\* Zum Beweise in dieser Hinsicht kann ebenfalls das unvollständige Verzeichniß bey Billebrandt dienen.

Deputirte erschienen. Doch war es auch der weit gewöhnlichere Fall, daß solche Ausschreiben auf Lübeck und der Wendischen Städte Beschluß, von der ersten Stadt erlassen und die zu deliberirenden Artikel den Bundesgliedern mitgetheilt wurden. In beiden Fällen aber, mochte die Versammlung sich auf eine andere Zeit versagen, oder ein Hanse-Tag von den Wendischen Städten befolgt worden seyn; so stand die Befugniß die förmlichen Ausschreiben zu erlassen, der Stadt Lübeck unbestritten allein zu.<sup>7</sup>

Daß man häufiger noch, als ehemals, sich von der Last des Besendens solcher Tagsatzungen frey zu machen suchte, geht aus dem verfallenden Zustande des Ganzen von selbst hervor. Die Strafen, die darauf standen, die Reinigungsseide, die man deshalb zu leisten hatte, wenn man der erhaltenen Einladung nicht Folge leistete, blieben zwar, oder wurden vielmehr noch geschärft: aber an der Execution mangelte es, und es mußte bey dem gänzlichen Versall daran um so mehr fehlen. In den Recessen lauten die Strafen deshalb zwar gar schrecklich, auch wurden sie von Zeit zu Zeit noch ganz seyerlich

<sup>7</sup> Alle vorhandene handschriftliche Nachrichten, in dem Braunschweigischen Archive, zeugen davon. Wenn es der Raum erlaubt, so wird bey dem Jahre 1555, des Beyspiels wegen, ein solches Einladungsschreiben der Stadt Lübeck an Braunschweig, im Urkundenbuche abgedruckt werden.

gerühmt; es ist aber kaum ein Beispiel vorhanden, daß sie wirklich zur Ausführung gekommen.<sup>2</sup>

Wenn der Buchstabe einer Verfassung den mangelnden Geist ersetzen könnte, so müßte freylich die bessere Ordnung, die festere Bestimmung, die über das Erscheinen und Versenden der Hanse-Tage, von Zeit zu Zeit befehlet ward, den Gebrechen abgeholfen haben; allein dies war hier so wenig, als bey irgend einem andern politischen Sammelwesen der Fall.

Die Klagen der minder bedeutenden, obschon vollen, stimmungsfähigen Hanse-Städte, über das öftere Erscheinen auf Tagfassungen, wurden, seit dem Jahre 1540, immer lauter. So geschah es, daß, im Jahre 1549, ihnen

<sup>2</sup> Im Jahre 1559 ward befehlet, daß jeder Deputirte für jeden Tag, den er später, als das Ausschreiben forderet, erscheinen würde, im Fall er keine legale Entschuldigung anführen könne, eine Geldbuße von zwanzig Thaleru erlegen solle. — Im Jahre 1518 ward beschloffen, daß zu Folge des Recesses, von dem Jahre 1511, die ausgebliebene Stadt durch Deputirte schwören solle: sie sey nicht aus Vorsatz, noch um die Kosten zu sparen, sondern aus Nothsache, weil sie nicht anders gekonnt, nicht erschienen. Die Städte des Edlnischen Quartiers sollten zu Edln; die Preussischen zu Danzig; die Pommerischen zu Stralsund; Bremen, Stade und Buxtehude zu Hamburg; Reval zu Riga schwören, und die Städte, wo der Eid geleistet worden, sollten deshalb an die Wendischen Städte berichten. MSS. Brf.



allmählig bereits dahin nachgegeben worden mußte, daß zwei Städte jedes Mal die dritte Vollmacht geben könnten; und im Jahre 1556 kam ein Statut zu Stande, worin bestimmt ward, welche Communen von Lübeck unmittelbar eingeladen, und welche von diesen Hinzulieber verschrieben, und wie viel ihrer jedes Mal aus einem bestimmten Sprengel erscheinen sollten. Aber der gewaltige Verfall der Städte forderte bald nachher eine andere Ordnung, welche in den Jahren 1576 und 1579 zu Stande kam, wodurch mehrere von dem eigenen Jahresmäßigen Besuchen der Tagfahrten frey gesprochen und ein Alterniren zwischen diesen und jenen verſtattet ward. Strafen und zu schwörende Reinigungseide, daß man gültige Gründe gehabt habe, nicht zu erscheinen, wurden hinzugefügt: allein nichts war im Stande, das fleißige Besuchen der Tagfahrten ferner zu bewirken.

Die gedruckten Nachrichten bey Röhler oder Willebrandt, bey dem angef. Jahre, geben bereits zum Theil die Beweise. — Die Wernotetung einer Ordnung nach welcher die Beschreibung eines allgemeinen Ansetzes hinsichtlich beschehen soll, von dem Jahre 1556 und die Veränderung, die in den Jahren 1576 u. 1579 beſteht ward, werden aus den MSS. Brf. Vol. 219. 230. und aus dem Hilbesh. Stadt-Archive, in dem Urkundenbuche folgen. Eben so soll die Ordnung, wegen des Ausbleibens und des zu frühen Abziehens der Deputirten von den Hanse-Tagen u. s. w. auf der Versammlung zu Lübeck, im Jahre 1566, beschloffen, wenn es der Raum erlaubt, ebenfalls abgedruckt werden.

So zahlreich besuchte Versammlungen, als man in den frühern Zeiten gesehen hatte. Kommen gar nicht mehr vor, und wenn in der ersten Hälfte dieser Periode dann und wann etwa noch etliche zwanzig Städte erscheinen, so war das selten, und je weiter man in der Zeit vorrückte, je weniger kamen. Zehn, zwölf, oft noch weit weniger Städte machten, gegen das Ende des sechszehnten Jahrhunderts, gewöhnlich die Versammlung aus. Endlich blieben vollends die bedeutendern selbst, ja ganze Quartiere aus, so daß mehrere Tagfahrten gehalten wurden, ohne daß irgend etwas Gütliches beschlossen werden konnte. Hätte man nur immer die Haupt- oder Quartier- und Wendischen Städte versammeln können! Allein auch dieß zu bewirken ward immer schwerer und schwerer.

Die Straßen wurden sicherer, und das Reisen der Abgeordneten zu den Hanse-Tagen ward minder gefährlich. Zu Anfang dieser Periode ward der Schutz, den man solchen Abgeordneten ertheilen wollte, auch wohl als ein besonderer Artikel noch in die Conföderation aufgenommen: allein kein Staat konnte verhindern, daß man nicht dieses Besenden selbst, und zwar oft nur mit zu vielem Recht, als unnütz ansah.

Um so mehr wirkten nun die altgewohnten Entschuldigungsgründe, und neue Vorwände gesellten sich noch überdieß hinzu. Wenn auch Pest und Seuchen und landstrebensbrüchige Räuber, das Besenden der Tagfahrten, weniger denn vordem, erschwerten; so tra-

ten doch andere Hindernisse ein, die man zuvor nicht gekannt hatte, als da waren Religions-Streitigkeiten, oder die Kriege größerer Mächte, in der Nähe. Ebenso gut, als weiland, scheute man sich jetzt, eine Tagfahrt zu besuchen, von welcher man befürchtete, daß dieselbst eine Sache zur Sprache kommen möchte, von der man ungern hörte; auch wären die Kosten solcher Reisen sehr gestiegen. So geschah denn, was früher gleichfalls geschehen, daß einzelne Städte eigenmächtig ihre Deputirten abriefen, ohne weitere, gültige Gründe zu haben, als daß ihnen der Gang der Verhandlungen mißfiel. 10

10 Die handschriftlichen Nachrichten geben von diesem allen Beweise genug. Was die Kosten betrifft, so mag folgendes in mehrerer Hinsicht nicht unbedeutend scheinen. In den MSS. Langsburg. Vol. IV., bey dem Jahre 1549, kommt die Ausgabebuchung der Lüneburgischen Deputirten, nämlich zweyer Bürgermeister, Wiggenbörp und Jürgen Lüdingk, die auf den Hanse-Tag, am 24. May des Jahrß 1540, abgesandt wurden, vor. Sie hatten bey sich 21 gerüstete Pferde, 1 Jurir, 1 Koch, 1 Bäcker und 4 Wagenpferde. In Lüneb. speisete man täglich 45 Personen. Die Deputation war abgegangen den 24. May, und blieb aus bis zum 7. Jul. Im Gefolg war Herbard von Mandelslo. Die gesammten Ausgaben betrugen: 931 mk., 14 sh. Darunter finden sich: 2 Stüge Heringk 5 sh.; 1 Huhn 15 pf., oder 32 Hühner 5 mk. 2 sh., nachher 1 Huhn 1 sh.; 1 Quart Landwein 1 sh.; 3 Offentungen 8 sh.; 1 Hase 4 sh. 4 pf.; 1 Reb 19 sh.; 1 Varnell 9 Pfund Butter 4 mk. 5 sh.

• • • Verschiedene Gränze wiederholten die alte Gewohnheit, daß bey der Depuration zu einem Ganse-Lage

4 pf.; 3 β. vor Erdbern. Bey jedem Mahle wären Krumkolen; an Gemüße kommt bloß Peterzille, Ervett, Ein Maß Hohl, Salsich, Worteln; Grütze vor. Was Fleisch, bloß Rindfleisch, Schafffleisch, Vögels, Scher (Hirsch), Hasen. Ferner für 7 β. 1 Pfund Hühnchen, In Einer Mahlzeit kommen nur Fische, Krebse, Krumkolen, Eyer vor. 11 pf. bloß thom Wiltbrede; 4 β. für enen vreschen Kise; 3 Stige set Heringt (frischen, süßen Haring) 6 β.; Ein betten in gemachten Enguer 6 β.; 3 ml. für den brogen Loff; 5 Albus für Ris; 7 ml. en Ofte; Kersbern 3 β.; 3 Schock Krevette 12 β.; 21 junge Honee 29 β., das Grüt 4 Albus; 3 Schock Sprene (?) 9 β. 4 pf.; 1 Pfund Enguer 14 β.; 2 Pfund Sweenen 3 β. 4 pf.; 1 Pfund Sappers 3 β.; auch Oliven; Ein Quarter Claret vom Heche Salkertsch 3 β.; 2 Pfund Butter kommen in der ganzen Ausgabe allein vor, zu 10 β. Ferner Pomelrangen, 11 Bernell Cannell 8 β.; 2 Bernell Negellen 8 β.; 1 Bernell Peper 11 β. 8 pf.; 1 Loth Saffran 8 β. 1 Pfund Butter 14 pf., item 4 Albus. Der Schottelwafschschen 1 β. alle Tage; dem Waterdrager 8 pf. 1 Pfund Rosinen 1 β.; 1 Pfund Mandeln 3 β.; 1 Pfund Ris 18 pf.; 1 oder 4 Stoblen Embelsbren 7 Albus; 3 Stoblen Wint 1 ml. 2 β.; 3 Londen Hamburger Beer 25 ml. und Grütze für die 8 Londen, von Hamburg nach Lübeck, 9 ml. 3 Londen Roskoder Beer, 5 ml. auch 4 ml. 2 β.; 1 Londe Lüder Beer 3 ml. Geschenke wurden häufig gegeben, besonders an Giggeler, fast täglich an Piper und Trummelschläger. Die Wirthin in Lü-

sich einige, ihrem eigenen Stande verwandte Mitglieder finden sollten, und so lange es thöricht war, scheint auch darüber gehalten worden zu seyn. Allein Deputirte aus dem Handelsstande, welche ehemals so zahlreich erschienen, wurden immer weniger abgesandt, Rechte-Doctoren

bed bekam Tringelb, 18 mf. 12 ß. Ein Speelmann hadde en groth instrument dath spelde vann sulveit mit eener Gewicht vnd mit redern to gericht. 11 Joachimsdaler, dem Schollemester vann Sante Peter hefft eene comedien latinsk vthe dem plauto gespillet. → 10 Joachimsdaler oder 12 mf. 6 ß. vor den Recess to schreiben. — Auf den Hanse-Tag, vom 3. 1555, schickte die Stadt Braunschweig ihren Bursgemeister, Wilde, und den Syndicus Pruge ab, mit 7 Reissigen und 3 Wagenperden mit 2 Jungen. Der Hanse-Tag dauerte vom 8. — 18. Jul. Die Deputirten hatten, laut Rechnung, empfangen 200 Daler, und 10 Gulden Runte an Mariengroschen; et was über 39 Daler brachte der Syndicus mit nach Haus. In der specificirten Rechnung findet sich für Wagensweer 2 gr.; 10 Lüneburg verzehrt 4 Daler 6 ß. Der Stadt-Spelluden 10 Lübeck 1 Daler; 1 Hof Vapers 2 ß. Der Stadt-Trumpeter zu Lübeck einiges. Dem Barbier 6 ß. und 1 ß. dem Knecht. Während der 17 Tage zu Lübeck für 8 Pferde und 10 Personen verzehrt: 42 Daler 2 ß.; für den Reccß 4 Daler. Nach den MSS. Brf. Vol. 219, In eben diesem Bande wird die Auslage, wegen Befandung eines andern Hanse-Tags, im Allgemeinen also angegeben: In fuer wesen vth und 10 hus porters mit X. reissigen und 3 wagenperden 320 Daler.

ren dagelien immer mehr, da diese auch die bedeutenden  
Ereignisse in den einzelnen städtischen Magistraten all-  
mählich zu begleiten pflegten, und da sie dort so gut, als  
auf den Hansischen Tagelösungen, mit ihren Rechtskennt-  
nissen, bey dem so ganz veränderten Zustande nicht wohl  
entbehrt werden konnten. Allein ihr Wisz vermochte  
den alternden Bund nicht wieder zu verjüngen, der in  
früheren Zeiten so Großes leistete, als seine Genossen  
von juristischer Epißündigkeit wenig, desto mehr aber  
von Energie wußten. <sup>11</sup>

Die Verbindung, die zwischen der Hanse und dem  
Deutschen Ordensstaate in früheren Zeiten bestanden  
hatte, war schon in den letzten Decennien der vorigen  
Periode so gut als ganz, durch die bekannten, diesen

<sup>12</sup> Zu Folge der Beschlüsse, von den J. 1518 u. 1549,  
sollte, wie ehemals, kein Syndicus oder Secretär  
zu den Versammlungen, als Deputirter zugelassen  
werden. Am Ende des sechzehnten und anfangs  
des siebenzehnten Jahrhunderts, wie alle Protocolle  
zeigen, war man indeß froh, wenn nur noch ir-  
gend jemand erschien; das alte Statut mußte auf-  
gegeben werden, man nahm es so genau nicht mehr.  
Auch zeigen alle handschriftliche Protocolle der spä-  
tern Zeit, wie die Deputirten großen Theils nun  
immer mehr aus Rechts-Doctoren gewählt wurden.  
Daß man ehemals lieber Kaufleute als Gelehrte  
auf Hanse-Tagen sah, das, sagt Cammann in  
seinem Wf., ist aus der Exclusion des Svdlarschen  
Syndicus von dem Hanse-Tage, im Jahre 1519,  
zu sehen.

Saat betreffenden Veränderungen, und vollends nun auch durch die eingetretene Reformation gänzlich und auf immer, aufgehoben. Es war wohl nicht viel mehr, als ein alibehaltener Ausdruck, wenn etwa in einigen Urkunden dieser letzten Zeit das Land Preußen und Livland nach dem Bunde bezogen wurden. Deputirte des Ordens erschienen nicht mehr als theilnehmende Glieder, wie sonst, und wenn sie etwa kamen, so wurden sie nur wie die Abgesandten befreundeter, jedoch fremder Mächte behandelt. Durch die Zertrümmerung des Ordens fiel auch die unvollkommene Schutz- und Schirmherrschaft des Hochmeisters und des nachmaligen Königs, von Polen, der gleichsam an dessen Stelle trat, von selbst hinweg. Vergebens aber kam verschiedentlich die Ernennung eines neuen Schutz- und Schirmherrn, eines Erhalters der Handels-Privilegien zur Sprache, denn es konnte doch darüber gar nichts endliches beschlossen werden.<sup>12</sup> Obgleich aber ist bekannt, wie gar unvoll-

<sup>12</sup> Schon Köhler, bey dem J. 1506, erwähnt, daß von der Hanse, über einen zu erwählenden Schutz- und Schirmherrn, Raths gepflogen ward. Im Jahre 1514 kam dieselbe Sache, auf dem Wendischen Städte-tage, zur Sprache; Lübeck war genöthigt dazu, die übrigen Städte nahmen die Sache ad referendum; zu Folge des handschriftlichen Protocolls dieser Tag-satzung im Lüneburgischen Archive. In der allge-meinen Hanseischen Versammlung, des Jahrs 1559, kam man überein, daß ein protector et conserva-tor privilegiorum hoch nöthig sey; jedoch konnte man

**Kommen die Schw- und Schirmherrn der Hanse  
mehrs selbst in einem Jahre war, und wie wenig in**

nichts endliches beschließen und die Sache ward von neuem aufgesetzt. Als man aber, im Jahre 1674, wieder darauf zu sprechen kam: so konnte man sich eben so wenig deshalb vergleichen, und wegen Unbeschaffenheit der Zeit, ward die Sache ganz aufgeschoben; zu Folge der handschriftlichen Nachrichten in dem Braunsch. Archive. — Die Schiedsiale des Deutschen Ordens sind bekannt genug. Es heißt zwar in einer handschriftlichen Nachricht, wenn wir nicht irren sagt es Cammann irgend wo, der König von Polen sey weiland Protector der Hanse gewesen. Wenn dieß der Fall war, so ist dem Könige, bey der mittelbaren oder unmittelbaren Unterwerfung des Deutschen Ordens: Staats an der Ostsee, dieß Recht oder dieser Titel ohne Zweifel zugesanden worden, so wie weiland die Deutschen Hochmeister also benannt wurden. Was es aber mit einem solchen Protectorate für ein Verhältniß hatte, davon ist zu seiner Zeit Th. II. weitläufiger gehandelt worden. Vielleicht, daß auch, in dieser Eigenschaft seines Herrn, der Polnische Gesandte so verfuhr, zu Gunsten der Hanse, vor der Königin Elisabeth von England, sprach, damit aber nichts ausdrückete, als daß er einen Vorweis, wegen schlechter Lebensart, erhielt. Gewiß ist es, daß, wenn der König von Polen den Titel eines Schw- und Schirmherrn der Hanse führte, dieß nichts weiter, als ein leerer Titel war, wie denn selbst die ehrwürdigen Hochmeister des Deutschen Ordens in Preußen sich nicht vielmehr, als eines solchen zu rühmen hatten.



der That, außer einem postumüßigen Namen oder Titel, an Hülfe von hier aus zu erwarten stand.

Daß die Abgeordneten der Hansischen großen Factoreyen, einer oder der andere Oidermann auf den Hansischen Tagsatzungen erscheinen sollten, wie es auch früher Sitte war, dieß ward durch besondere Statute auch jetzt geboten: allein selten erschienen sie doch, und in den spätern Zeiten immer seltener, um die Kosten zu sparen, da die Comtoire allmählig in so große Geldverlegenheit geriethen, daß sie selbst so kleine Ausgaben kaum bestreiten konnten. Höchstens erschien dann, in diesen bedrängten Tagen, noch ein Unterbedienter dieser Factoreyen, ein Secretär etwa, der über den elenden Zustand derselben die bejammernswertheste Auskunft gab, und vergebens um Hülfe bat, bis denn auch dieß zuletzt all zu kostbar befunden ward. Bey den Sitzungen der Deputirten auf den Tagsatzungen selbst führte Lübeck das Wort, übertrug es aber, seitdem ein Hansischer Syndicus aufkam, gewöhnlich bey Eröffnung der Sitzung, diesem, der denn in der Mitte der Lübeckischen Deputirten seinen Platz nahm, und nach erhaltenem Auftrage, mit viel Salbung, auch wohl mit einem Gerberhe anhub, und nach alter Sitte, wie Lübeck sonst gethan, zu verfahren pflegte.

Es war aber die Einführung eines Hansischen Syndicus eine recht wesentliche Verbesserung in der Verfassung: mehrere derselben, die dieß Amt bekleideten;

haben sich sehr wesentliche Verdienste um den Bund erworben.

Es sollte der Syndicus die zur Berathschlagung geeigneten Gegenstände vorbereiten, eine stete Correspondenz mit den vorzüglichsten Städten führen, den Legationen beywohnen, die Verhandlungen auf den Hanse-Tagen leiten und dirigiren, auf die Execution der Beschlüsse wachen, die nöthwendigen Statute entwerfen, die vorhandenen sammeln, in Ordnung bringen, ihre Widersprüche ausgleichen und der Tagsatzung vorlegen, der Hanse in Rechtsstreiten als Anwalt dienen, die nöthigen öffentlichen Schriften und Deductionen verfertigen und mit seinen Rechtskenntnissen, seinem Rathe allen ohne Unterschied gefällig seyn. Wie viel dieß nun auch war, und wie unmöglich es schien daß Einer dieß Alles leiste: so gewiß hat doch das Ganze durch diese Einrichtung gewonnen, obschon der gänzliche Verfall, da er von Ursachen abhing, die kein Mensch allein hinwegzuräumen im Stande war, nicht vermieden werden konnte.

Um die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts ward der Dr. Sudermann von Cöln zu diesem Amte bestellt, und fast vierzig Jahre widmete er allen seinen Eifer, seine Kräfte, seinen Fleiß der Societät. Mit der ruhmvollsten Thätigkeit verschaffte er eine Zeitlang wieder dem Comtoir zu London die Herstellung der alten, verkehrten Freyheiten, und des vormahligen Chanzes, und nach den unsäglichsten Anstrengungen, nach dem unermüdeten Kampfe mit den überwindenden Hanseaten

der That, außer einem vorläufigen Rathen oder  
Utheil, an Hülfe von hier aus zu erwarten stand.

Daß die Abgeordneten der Hanfischen großen Facto-  
reyen, einer oder der andere Oidermann auf den Hanfi-  
schen Tagfahungen erscheinen sollten, wie es auch früher  
Sitte war, dieß ward durch besondere Statute auch jetzt  
geboten: allein selten erschienen sie doch, und in den  
spätern Zeiten immer seltener, um die Kosten zu spa-  
ren, da die Comtoire allmählig in so große Geldverle-  
genheit geriethen, daß sie selbst so kleine Ausgaben kaum  
bestreiten konnten. Höchstens erschien dann, in diesen  
bedrängten Tagen, noch ein Unterbedienter dieser Facto-  
reyen, ein Secretär etwa, der über den elenden Zustand  
derselben die bejammernswertheste Auskunft gab, und  
vergebens um Hülfe bat, bis denn auch dieß zuletzt  
all zu kostbar befunden ward. Bey den Sitzungen der  
Deputirten auf den Tagfahungen selbst führte Lübeck das  
Wort, übertrug es aber, seitdem ein Hanfischer Syn-  
dicus aufkam, gewöhnlich bey Eröffnung der Sitzung,  
diesem, der denn in der Mitte der Lübeckischen Depu-  
tirten seinen Platz nahm, und nach erhaltenem Auf-  
trage, mit viel Salbung, auch wohl mit einem Ver-  
werthe anhub, und nach alter Sitte, wie Lübeck sonst ge-  
than, zu verfahren pflegte.

Es war aber die Einführung eines Hanfischen Syn-  
dicus eine recht wesentliche Verbesserung in der Ver-  
fassung: mehrere derselben, die dieß Amt bekleideten,

haben sich sehr wesentliche Verdienste um den Bund erworben.

Es sollte der Syndicus die zur Verathschlagung geeigneten Gegenstände vorbereiten, eine stete Correspondenz mit den vorzüglichsten Städten führen, den Legationen beywohnen, die Verhandlungen auf den Hansetagen leiten und dirigiren, auf die Execution der Beschlüsse wachen, die nothwendigen Statute entwerfen, die vorhandenen sammeln, in Ordnung bringen, ihre Widersprüche ausgleichen und der Tagsatzung vorlegen, der Hanse in Rechtsstreiten als Anwalt dienen, die nothigen öffentlichen Schriften und Deductionen verfertigen und mit seinen Rechtskenntnissen, seinem Rathe allen ohne Unterschied gefällig seyn. Wie viel dieß nun auch war, und wie unmöglich es schien daß Einer dieß Alles leistete: so gewiß hat doch das Ganze durch diese Einrichtung gewonnen, obschon der gänzliche Verfall, da er von Ursachen abhing, die kein Mensch allein hinwegzuräumen im Stande war, nicht vermieden werden konnte.

Um die Mitte des sechszehnten Jahrhunderts ward der Dr. Sudermann von Cöln zu diesem Amte bestellt, und fast vierzig Jahre widmete er allen seinen Eifer, seine Kräfte, seinen Fleiß der Societät. Mit der ruhmvollsten Thätigkeit verschaffte er eine Zeitlang wieder dem Comtoir zu London die Herstellung der alten, verlorenen Freyheiten, und des vormahligen Stanges, und nach den unsäglichsten Anstrengungen, nach dem unermüdetsten Kampfe mit den diffaminirten Hanseaten

bekannt, daß bey einer solchen Menge von Geschäften, man Raths, von zu leistenden Abhandlungen, ihm wenig Zeit dazu übrig geblieben. Auch seine Wittwe schließt nicht die Rückstände, die sie zu fordern hatte, und die Hanse schied von ihr, wie von allen, die ihr gebient, oder ihrer Diener Erben waren, mit Erbitten. Schon die Begräbnißkosten, welche die General- Staaten besorgt hatten, und die nach ihrer stolzen Weise etwas hoch sich belaufen, schienen den Hanseaten allzugroß.<sup>14</sup>

Bei solcher Behandlung mochten sich wenige finden, die einer Societät dieser Art ferner dienen wollten. Verschiedentlich ward mit verschiedenen gehandelt, da diese sich aber besser versahen; auch zum Theil, wie Dr. Steinrich, der einige Zeit das Amt ad interim versah, nicht in Lübeck residiren wollten; so ward von dem Jahre 1601 an gewöhnlich einer von den Bedienten der Stadt Lübeck zum Hanseischen Syndicus mit einer kleinen Vergütung bestellt, der denn, bey dem Verfall des Ganzen, noch die etwa übrigen Geschäfte des Bundes leicht mit betreiben konnte.<sup>15</sup>

<sup>14</sup> Die erste Bestallung des Dr. Domanus, von dem Jahre 1605, und die zweyte, von dem Jahre 1612, finden sich in den MSS. Brf. Vol. 251, und sollen, wenn der Raum es erlaubt, bey diesen Jahren im pierten Theile folgen. Des Mannes Verdienste erhellen zum Theil auch bereits aus den schon gedruckten Nachrichten.

<sup>15</sup> Wie z. B. Faber, Otto Lanck und andere, welche Syndici der Stadt Lübeck waren. Noch im J.

Rangstreitigkeiten bey den hiesigen Versammlungen fehlten auch jetzt nicht, ob man schon über viel wichtigere Dinge zu streiten hatte; jense schienen mit jetzt mit weit mehr Erbitterung, und da das Bleichreden immer mehr Sitte ward, mit weit größerer allganz unndschiger Verderbung des Papiers, betrieben zu werden.<sup>16</sup>

Eine wesentliche Verbesserung war es aber unthweifelst, daß jetzt weit mehr denn ehemahls, daß besonders in den besseren Zeiten des sechszehnten Jahrhunderts, auf den gemeinen Tagfahrten, engere Aufschüsse häufig erhoben wurden, welche aus Depurirten, die der Angelegenheiten am kundigsten waren, zusammen gesetzt wurden, und diese somit vorbereiteten, damit sie um so leichter in der gemeinen Versammlung, zur weiteren Entscheidung, vorgetragen werden könnten. Offenbar sind auch durch dieses Mittel, einige Zeit hindurch, die zu fassenden Beschlüsse besser und schneller zu Stande gebracht worden.<sup>17</sup>

1669 ward der Lüneburger Syndicus, Diet. Brauer, zu dem Amte bestellt; siehe dessen Bestallung in den MSS. Brf.

<sup>16</sup> Alle vorhandenen handschriftlichen Protocolle zeugen fast davon. Des ewigen Rangstreites in dieser Periode, der fast ein Rieß Papier anfällt, zwischen den Städten Braunschweig und Lüneburg, ist bereits Th. I. Erwähnung geschehen.

<sup>17</sup> Viele Beispiele geben die Protocolle in den MSS. Brf. Namentlich diejenigen der Verhandlungen des

Die Ceremonien des Empfangs der ankommenden Deputirten, etwa durch die Herren des Marſalls von Lübeck — weil ſelbſt doch ſo gut als excluſivend nur die Tagſagungen gehalten wurden — die Reſchung des Ehrenweins, und des Confects etwa nach den jeßesmäßigen Sitzungen, um von der Erſchöpfung durch viele unnütze Worte ſich zu erholen, fanden zwar noch Statt, nahmen aber in den letzten Zeiten immer mehr ab; es ſah ſich kaum dieſen Aufwand zu machen noch der Mühe werth achtete, welches denn die Deputirten, da ſie ſelbſt dabey ſehr intereſſirt waren, gründlich anmerkten und gewiſſenhafte an ihre Obergewalt berichteten. 18

Jahre 1549, wo ein ſolcher Ausſchuß zu Verfertigung einer Conſöderation verordnet ward; ferner wurden auf dem Hanſe-Tage, vom Jahre 1553, zu den Dänischen Angelegenheiten Lübeck, Eßln, Bremen, Koſtock, Stralsund, Wiſmar, Lüneburg, Danzig, Stettin, Coßberg, Deventer, Campen und Zwoll verordnet; ſo wie im Jahre 1554 in Comtoir-Sachen Eßln, Bremen, Hamburg, Braunſchweig, Danzig; und im Jahre 1579 die Quartier-Städte neßt Bremen, Lüneburg, Stralsund und dem Hanſiſchen Syndicus, zu Entwerfung einer Conſöderation im Ausſchuß, beauftragt wurden. Neßt vielen andern Weßspielen der Art.

Es iß recht hochebärmlich, aber recht charakterliſch, wenn die Braunſchweigischen Deputirten von der Verſammlung, des Jahre 1621, zu Lübeck, an ihre Obern nach Hauſe berichten: daß das Directorium ihnen ſchlechtes Conſect habe reichen laßen,

Der große Umfang, gesetzgebender, richtender und executiver Gewalt blieb den allgemeinen Hauslichen Tag-  
sitzungen, früh wie spät, der Form nach freylich: allein  
das Zerfallen des Ganzen störte denn doch die wirkliche  
Vollbringung lauter mehr und mehr.<sup>19</sup>

Wie der Entscheidung durch die Mehrheit der Stim-  
men der Anwesenden verhielt es sich gleichfalls spät wie  
früh. Trotz der Majorität widerstrebten immerhin viele,  
ja viele mehrere denn je, und war wollte sie vollends

daß sie gar keines oder wenigstens mehr erhalten soll-  
ten, daß das Directorium lieber eine andere Berech-  
nung geben wolle, darauf aber hätten sie, die Brauns-  
schweigischen Deputirten, dem Lüneburgischen Syndicus  
erklärt, um es dem Directorio zu hinterbringen: „Sie  
wollten hiermit keine newerung gemacht haben, noch  
ihren Herrn und Obern, wie auch den nachfolgern  
etwas vergehen, sondern es allerdings bey dem  
alten herkommen verbleiben lassen.“ — Was konnte  
aber von solchen erbärmlichen Menschen erwartet  
werden, die mit solchen Vossen sich beschäftigten,  
während es um die Frage von Leben und Tod galt!  
Im Jahre 1628 berichteten die Braunschweigischen  
Deputirten gar ernstlich nach Hause, daß sie mit  
dem gewöhnlichen Ehrenwein, und *finito confilio*,  
mit dem üblichen Confect nicht wären verehrt wor-  
den; erhielten jedoch das erstere in der Folge, das  
letztere nicht. MSS. Brf. Vol. 248.

<sup>20</sup> Im Jahre 1518 wurden die früheren Statute, be-  
sonders die Verordnung, von dem Jahre 1487, be-  
stättigt und erneuert. MSS. Brf.



sage zwingen? Wachte immer die bereits bemerkte, sehr lobbare Verbesserung in die Urkunden der Conföderationen selbst aufgenommen werden, daß die Stimmenmehrheit in Hinsicht auf die Comtoire, die gemeinschaftlichen Handels-Privilegien und die Statute über den Verkehr gelten sollte, während in den übrigen Angelegenheiten die Einstimmigkeit, der den Städten so theuere Autonomie zu Folge, erhalten werden sollte; dennoch protestirten gegen jene, von der Mehrheit beschlossene Statute, den Handel betreffend, immerhin Einzelne, denen sie nicht gefielen, und um wie viel weniger befiel es in andern Puncten die Majorität eine bindende Kraft? Wenn der Eigennuß es forderte, so sprach man sich selbst frey. Wenn alle wollten und es aufrichtig wollten, so kam dieß oder jenes noch zu Stande, aber wie selten mußte dieß der Fall seyn? Der eigene Wille, die eigene Liebe und Lust zur Sache war und blieb zuletzt noch das einzige Band.<sup>20</sup>

<sup>20</sup> Tausend Belege finden sich theils in den gedruckten, weit mehr in den handschriftlichen Nachrichten. So z. B. protestirten, in dem Jahre 1535, Braunschweig, wegen des Beschlusses über den zu erlegenden Schuß in Flandern, nebst mehreren andern Städten, und Rostock wegen des Statuts gegen die Wiedertäufer. — Als im Jahre 1573 allgemein beschloffen ward, daß man zu Folge der kaiserlichen Concessionen der Narwischen Fahrt sich bedienen wollte, protestirten die Preussischen und Livländischen Städte. Im Jahre 1579 stritt Edln gegen die beliebte Con-

Die betrübte Seite, eine Sache bloß ad referendum anzunehmen, nahm nun immer mehr zu. Schlimmer genug aber war es, als gegen das Ende auch die bedeutenderen Seestädte mit immer weniger Eintracht, als ehemals verfahren, daß sie weit weniger denn vordem, durch eigenmächtiges Zufahren irgend ein wichtiges Unternehmen begonnen, und allein durchsetzten, oder die anderen mehr oder weniger zur Nachfolge zwangen.

Am Ende eines Hanse-Tags wurden die Beschlüsse, fast wie vordem, in so genannte Receffe verfaßt, und mit deren Beglaubigung auf gleiche Weise, wie welland, verfahren. Doch wurden in den letzten Zeiten diese Beschlüsse immer kürzer ausgezeichnet, weil die Besorgnis so groß war, daß etwa den Fürsten zufälliger Weise ein ihnen mißfälliger Beschluß dadurch bekannt werden könnte, so daß die officiellen-Protokolle und Receffe zuletzt höchst unbedeutend lauteten. Die einzelnen anwesenden Deputirten halfen dem Uebel dadurch ab, daß

„föderation“, und obschon diese kein Handels-Statut war, so ward ihr dennoch geantwortet, es müsse bey dem, was die majora beschloßen, verbleiben. Es blieb aber nicht dabei. In Folge der handschriftlichen Protocolle der Tagssitzungen in den angeführten Jahren, in den MSS. Brf. Es ward übrigens oft genug, selbst im Jahre 1669, noch wiederholt: die Majorität gelte in allen Comtoirs und davon abhängigen Sachen, in allen andern feye Einstimmigkeit erforderlich.

ist außer dem officiellen Protocoll, noch besondere führten; auch durch mündliche Berichte nach ihrer Rückkehr und mit Hilfe von Chiffren, oder wie sie sich ausdrückten, durch ein sonderliches Alphabet ihre Obern näher unterrichteten. <sup>21</sup>

Verschiedentlich ward es beliebt, daß die Geschichte des Bundes geschrieben, die Reccessu gesammelt, ein Statuten-Buch verfertigt werden sollte. Dem Synodus der Hanse ward dieß Geschäft aufgetragen, allein die Schwierigkeit des Unternehmens, so mannigfaltige Geschäfte, die aus alten Zeiten vorhanden waren, zu sammeln, ihre Widersprüche zu heben, und ein Ganzes daraus zu veranstalten, und endlich, vor allem andern, die mannigfaltigen laufenden Geschäfte, welche diesen Bedienten zu besorgen oblagen, hinderten die gänzliche Ausführung dieses zweckmäßigen Vorschlags, bis daß zuletzt alle Hoffnung schwand, dadurch noch etwas from-

22 Bei Cammann findet sich, bey dem Jahre 1549, eine Klage, daß die Reccessu nicht gehörig mitgetheilt wurden. Später klagte man, daß sie eben niemand mehr begehre. In dem Protocoll (MSS. Baf.), von dem Jahre 1600, heißt es: die Reccessu sollten kürzer gefaßt werden, die secreta nicht hinein gebracht, sondern in den Protocollen behalten werden. Auch sind uns daselbst zuerst Chiffren aufgestoßen. Aus den Verhandlungen, von den J. 1668 u. 1669 (MSS. Bf. Vol. 251), ist deutlich, daß die Deputirten das mehrs wenigstens, außer den officiellen, noch besondere Protocolle führten.

mendes zu bewirken, da so viele innere und äußere Ursachen die Auflösung des Bundes herbeiführten. 22

Haupt der Societät war und blieb, beym Verfall so vieler Gemeinden, um so unbestrittener Lübeck. Die mit dem Directorio früher verknüpften Rechte und Verbindlichkeiten blieben ihr, auch die des engern Ausschusses, die aus dieser Stadt und den fünf übrigen Wendischen Communen, Hamburg, Stralsund, Rostock,

23 In Folge Cammanns wurden, in den J. 1556 u. 1557, die Städte Lübeck, Hamburg und Lüneburg, weil bey ihnen die meisten Reccessen noch vorhanden seyn mochten, befehligt, sie zu vergleichen und die contraria zu lösen. Sudermann ward damahls, dann Domann, siehe dessen Bestallung, damit beauftragt. Im Jahre 1609 ward befohlen, daß die Städte, die bey ihnen vorhandenen Reccessen, Acten und Schriften dem Syndicus zu diesem Zwecke einsenden sollten. Rostock schrieb an Lübeck, unter dem 17. May, 1662, sie vermahnte um so lieber Lübecks Meinung, da sie von alten Reccessen nichts hätte, indem sie ihre Hansischen Papiere dem sel. Syndicus Domann, auf dessen Ansuchen, vom 21. Nov. und 1. Dec. des Jahrs 1610, zugesandt und noch nicht wieder erhalten hätte; MSS. Brs. Vol. 251. Daß Domann auch wirklich eine Sammlung und Vergleichung der Reccessen und Gesetze veranstaltet habe, die aber gar sehr unvollkommen ausgefallen, das ist in dem ersten Theile dieser Geschichte bereits angeführt worden, diese Sammlung findet sich bey Werdohagen, P. IV. cap. II.

Wismar und Lüneburg bestand. Die Befugniß- und Macht dieses Ausschusses waren durch Herkommen, Gewohnheit und Statute, nun immer fester begründet worden.

Alein bey dem Verfall, dem Mangel an Einigkeit, am nöthigen Vorrathe, um die nöthwendigsten Bedienten zu besolden, ward von Lübeck oft darauf angetragen, ihr die Last des Directoriums abzunehmen, und eine andere Stadt, etwa Cöln oder Bremen, dazu zu bestellen. Wie wenig ernstlich nun im Ganzen dieser Antrag gemeint seyn mochte, wie Lübeck vielmehr, durch die dadurch zu erregende Furcht, nur eine größere Einigkeit und Thätigkeit, eine bessere Contribution zu bewirken suchte; so wahr ist es doch auch, daß Lübeck außer einer eignen Ehre wenig Vortheil mehr in den letzten Zeiten von dieser Würde hatte, und daß ein Theil ihrer Bedienten in Hanfischen Angelegenheiten gebraucht, den eignen Geschäften der Stadt entzogen wurden. Indes hoffte Lübeck selbst in den letzten Zeiten noch auf eine unvermuthete bessere Wendung der Angelegenheiten des Bundes, wie wenig Grund auch dazu vorhanden war, und auf jeden Fall behielt diese Stadt bis zuletzt die ihr übertragene Directorial-Gewalt bey, trotz aller früheren Erklärungen, trotz alles Pro- und Reprotestirens.<sup>22</sup>

<sup>22</sup> Lübeck erklärte J. D. auf den Hanse-Tagen, von d. Jahren 1468, 1581, 1598, 1614, 1620, und zu mehreren andern Zeiten wiederholt, (laut der handschriftlichen Protocolle dieser und anderer Tagfahr-

Der eigens Aufschuß der Wendischen Städte verlor durch den dreißigjährigen Krieg sein Ansehen, da mehr von dieser Communen, ihrer Freyhelt beraubt, unter fremde Vorherrschaft geriethen, und keinen freyen Antheil an den Hanfischen Angelegenheiten mehr nehmen konnten.

Die Häupter der einzelnen Hanfischen Sprengel blieben gleichfalls bey ihrer Autorität, obgleich auch in dieser Periode, nach verschiedenen Rücksichten, verschiedene Theilungen, und Vorgesetzte dieser vorkommen.

Wenn auf den Comtoiren gewisse besondere Einrichtungen Statt fanden; wenn die altäbliche, allgemeine in drei Drittel auch in dieser Periode erwähnt wird; und der seltsame Ausdruck von vier Dritteln für die alte Elbe sprach; so ist doch seit der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts die Eintheilung in vier Quartiere ob-

ten in den MSS. Brl., auch in Folge einiger Aussagen bey Köhler und Cammann), daß sie hier mit dem Directorio entsagen wolle, daß die Hanse daselbe Obn übertragen möge, denn ihre eignen Sachen blieben, durch die Gesandte, die sie für den Bund führen müßte, liegen. Im Jahre 1598 forderte sie, daß ein Hanfischer Syndicus in Lübeck angestellt werde; allein den Städten schienen die Kosten zu groß. Im Jahre 1614 drang Lübeck darauf, daß man ihr das Directorium abnimme, oder daß die Städte mit ihrer Contribution sich besser eintheilen möchten; man projectirte sie zu projectiren u. s. w. MSS. Brl.

Kreise, mit ihren bekannten vier Hauptstädten, Lübeck, Danzig, Braunschweig und Köln, allmählig die üblichere und endlich die ausschließendere, allgemeine geworden.

So war es denn auch sehr natürlich, seitdem die Einteilung in vier Quartiere die übliche, und in allgemeiner Beziehung die ausschließende geworden war, daß jene vier Hauptstädte einen großen Einfluß auf die Hansischen Angelegenheiten gewinnen mußten, daß ohne die Einstimmung dieser, nun nichts rechts mehr zu Stande zu bringen war, ja daß sie einen Einfluß erwarben, oder wenigstens begehrten, der den Wendischen Städten an ihrer Autorität nachtheilig schien, und daß man zuletzt Versammlungen hielt, wo nur diese Quartier- und Wendischen Städte erschienen. Da aber die letztern auch zum Theil versielen, so geschah es, daß im siebzehnten Jahrhunderte nur allein die Quartier-Städte, mit den noch in Kraft, Unabhängigkeit und Ansehen sich behauptenden Wendischen Communen, etwa nebst Bremen zusammen kamen. Auch ward den Comestran wohl aufgegeben, an diese Quartier-Städte vorzugsweise sich zu wenden. Gewiß war dieß alles kein Uebel, vielmehr dem Ganzen zuträglich, wenn anders durch so kleine constitutionelle Hülfsmittel, das Ganze noch hätte geholfen werden können.<sup>24</sup>

<sup>24</sup> Manches zum Beweise dienende ist bereits vorgekommen. In den Statuten des Comtoirs zu London, vom Jahre 1554, werden die Städte in drei Drittel eingetheilt, dagegen protestirte Braunschweig,

Daß einzelne Sprengel-Stette über ihre besondern,  
 wie über die allgemeinen Hanseischen Angelegenheiten

indem sie mit den Sächsischen Städten, in allgemeiner Rücksicht, ohne Bezug auf ein bestimmtes Comtoir, das vierte Quartier bilde, welches auch die übrigen nicht bestritten, vielmehr jagestanden, daß diese Eintheilung in drei Theile, in Bezug auf das Comtoir, ihren außerwöhnlichen Ansprüchen und dem Herkommen, die gesammte Hanse in vier Kreise zu theilen, nicht zuwider seyn sollte. Die vier Quartier-Städte kommen schon früher vor. Einmann sagt bey dem Jahre 1530: hier werden zum ersten Male die Nahmen der vier Quartier-Städte erwähnt. Bremen hatte, sonst, laut des Recesses, von dem Jahre 1506, zum Sächsischen Drittel gehört. In den Statuten des Niederländischen Quartiers, v. J. 1572, kommen die Nahmen der vier Quartier-Städte vor. Auch in den Statuten des Comtoirs von Bergen, von diesem Jahre, wird wenigstens derselben gedacht. In den handschriftlichen Nachrichten ist, seit der Mitte des sechszehnten Jahrhunderts, immer nur von vier Quartier-Städten die Rede. So kommt auch bereits vom Jahre 1564 ein Einladungsschreiben Lübeds an Braunschweig zu einem Wendischen und Quartier-Städte-tage, in den MSS. Brf. Vol. 223, vor, und ähnliche in den Verhandlungen von dem Jahre 1581 u. s. w. — So theilt, nach den MSS. Brf., in dem Jahre 1540, Edln der Stadt Lübeck ihre Meinung mit, über die von ihr und den Wendischen Communen ausgesprochenen Artikel, welche Bemerkungen denn Lübeck den übrigen Quartier-Städten communicirte. So ward



berathschlagten, war späte wie früh Stille. Häufige Prä- und Postdeliberations-Tage dieser einzelnen Theile, besonders der Wendischen Städte, waren jetzt wie weiland üblich; es ward aber auch wohl die allgemeine Hanse über einzelne Versammlungen solcher Sprünge eifersüchtig, wenn nämlich diese allzu eigenmächtig und unabhängig verfahren wollten.<sup>25</sup>

im Jahre 1554 z. B. beliebt, daß, wegen der Legation nach Moskau und Dänmark, die Wendischen und Quartier-Städte, weiter zu verfahren berechtigt seyn sollten, wenn kein Hanse-Tag berufen sey. Daß aber Lübeck und die Wendischen Städte auch wohl eifersüchtig über das Anwachsen des größern Einflusses dieser Quartier-Städte wurden, das sagt Cammann; bey dem Jahre 1572. — Auf der Versammlung von diesem Jahre begehrte Danzig als ein Recht, daß den Quartier-Städten jedes Mal früh genug die ausgeschriebenen Artikel mitgetheilt werden sollten, damit sie ihre gravamina beysügen könnten; darauf aber von Seiten der Wendischen Communen geantwortet ward: dieß sey bisher ehen nicht Brauch gewesen, das Beste werde dadurch nicht gefördert, vielmehr gestört werden; über die gravamina könne auch sonst gehandelt werden.

<sup>25</sup> Alle Protocolle in dem Braunschweigischen Archive zeugen von solchen Wendischen Tagfahrten, wie dieß ohnehin auch aus gedruckten Nachrichten längst bekannt ist. Auf dem Hanse-Tage, des Jahres 1518, war viel Streit über eine Particulär-Versammlung der Städte des Eblnischen Quartiers zu Emmerich, welche allzu eigenmächtig verfahren war, so daß die

Die Strafen als Zwangsmittel blieben dem Reich nach dieselben; wie sie sonst üblich waren, aber ihre Anwendung und wirkliche Ausführung ward immer schwerer; und da durch die bekannte Lage Europas, Deutschlands und der Hanse, die höchste Bundesstrafmächtigkeit die Ausstoßung aus demselben, allmählig abzwingende Kraft verlor; so konnte auch von den geringeren Bußen wenig fruchtbares erwartet werden.

Es fehlte freilich an förmlicher Zuerkennung der höhern und der niedern Strafen, gegen widerspenstige Gemeinden, gegen Individuen, die der Hanse verwandt waren, ganz und gar nicht, aber man hat so gut als keine Beispiele mehr, daß sie in Bezug auf ganze Gemeinden wirklich wären vollzogen worden; und geschah es endlich einmal, so wußten die Städte Mittel, sie kraftlos zu machen. Ja man zögerte mit Vertheilung eines scheinbaren Ernstes, da man schon allein durch die Zuerkennung der legalen Strafen die ohnehin lauen Mitglieder dann und wann ganz abzusondern befürchtete. Wie tief aber mußte das Ganze gesunken seyn, da man durch solche Rücksichten sich leiten ließ! <sup>25</sup>

übrigen Theile der Hanse von daher ein Schisma befürchteten; nach dem Protocoll des Hanse-Tages, in den MSS. Bef. Vol. 216.

<sup>26</sup> Alle handschriftlichen Protocolle der Hanse-Tage, liefern von den zuerkannten Strafen Beispiele genug, allein desto weniger von ihrer wirklichen Execution; und wenn diese zu Anfang noch einigermaßen

Individuen mögen in den einzelnen Städten, wenn sie holländische Statute übertraten, mehr zur Strafe von ihren Gemeinde-Obrigkeiten eingeholt worden seyn, wenn nämlich diesen an der Haltung der gemeinschaftlichen Vorschriften selbst noch etwas gelegen war.<sup>27</sup> Dieß machte um so eher geschehen, da den Gemeinde-Cassen

Statt fand, so hörte sie doch endlich ganz auf. Beispiele von dem ungestraften Widerstreben sind bereits vorgekommen, und werden in dem Verlaufe der Geschichte noch sonst erwähnt werden. Folgende Beispiele, des Beispiels wegen, mögen hier einen Platz finden. In den J. 1507 u. 1517 ward die Strafe des Ausbleibens bey erhaltener Ladung, zu einem Hause-Lage, nicht einmahl zuerkannt, weil man fürchtete, mehrere Städte möchten alsdann auf immer sich von der Hanse trennen; Cammanns Mf. — Späterhin wurden, besonders im Jahre 1540, wieder bedeutendere Strafen gegen dieß Ausbleiben beliebt, und oft, z. B. im Jahre 1544, gegen Oßtingen, Goslar, Hannover, Hameln bereits zum zweyten Male erkannt; Stade und Buxtehude, Steinstin, Anklam und Ebn mit allen Städten ihres Quartiers mit Ausnahme Münsters in Geldstrafe verurtheilt, aber an die Execution dacht niemand; MSS. Bf. nebst tausend andern Beispielen.

<sup>27</sup> Dieß ward vorgeschlagen und beliebt, auf den Tagfahrten der Jahre 1606 u. 1608, MSS. Bf. Nach dieß Statut ist, verglichen mit dem, was in den älteren und besseren Zeiten Sitte war, nicht durchs und Neues.

der einzelnen Städte wenigstens ein Theil des Ertrags der Geldbußen zusetz. So lautet auch ein Statut dahin, daß die erhöhten Geldstrafen in hofnischen Angelegenheiten zur Hälfte nur dem gemeinen Sessel zugewandt werden sollten; eben um die Obrigkeiten der einzelnen Städte, indem man ihnen die andere Hälfte überließ, bey der Eintreibung derselben von ihren Untergebenen zu interessiren. Allein wer konnte sich schmeicheln, daß die Individuen zur Strafe gezogen werden würden, wenn der Vortheil des Uebertretens der gemeinschaftlichen Statute durch einzelne Bürger mit dem Vortheile der Gemeinde und der Vorsteher derselben sich verband? Wer konnte die Einzelnen in den verschiedenen Städten zwingen, wenn die Stadt-Obrigkeiten selbst es ihrem Interesse gemäß fanden, die allgemeinen Vorschriften nicht mehr zu achten?

So lange als die Comtoire noch ihr Ansehen behaupteten, ihre alten Statute und ihr alter Mechanismus noch aufrecht erhalten wurden, so lange konnten diese freylich mit Ernst die bey ihnen gültigen Gesetze, durch die Zuerkennung der Strafen, handhaben, ja sie hatten zu diesem Zweck auch mehrere dienliche Mittel als die einzelnen Städte; aber mit ihrem Versinken ging auch die Handhabung der Gesetze und die Zuerkennung der Strafen bey ihnen verloren.

Durch dieß alles verschwand die Hilfe, welche der allgemeinen Bundes-Casse, aus jenen Geldbußen,

erwuchs. Es gibt wenige oder keine Beispiele mehr, daß ein Pfundgeld oder Pfundzoll, wie vor dem, widerbewilligt worden, und der Schoß, der auf den großen Niederlagen üblich gewesen, ward immer unvollständiger entrichtet und verschwand, mit dem Untergange dieser Comptoirs, von selbst. Mit dem Verschwinden dieser Hülfsquellen aber mußte die Verlegenheit über einen anzuschaffenden Vorrath, die weiland schon groß genug war, immer größer werden, denn die bedeutenderen Ausgaben, vorzüglich die großer Legationen, waren vor dem ganz vornehmlich durch die Gefälle, die auf den großen Hansischen Factoreyen üblich waren, bestritten worden. Von Nowgorod war aber in dieser Periode gar nichts zu erwarten; von London und Antwerpen ward in der ersten, auch in der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts noch einiges erhoben, bis der völlig eintretende Ruin beider Factoreyen, weit entfernt eine Hülfe zu geben, vielmehr Unterstützung forderte. Bergen aber, welche Niederlage sich am längsten in einigem Wohlstande zu erhalten schien, konnte doch auch die Kosten nicht tragen, welche durch die Gesandtschaften an die nordischen Könige veranlaßt wurden. Da alles zertrümmerte, so sahen die Vorsteher aller dieser Factoreyen, auf ihren eigenen Vortheil immer mehr, und waren oft nicht einmüthig zu einer Rechnungsablage an die Hanse zu vermögen; denn alle und jede, wie bey dem Zertrümmern einer großen Corporation zu geschehen pflegt, waren immer mehr und zuletzt allein

war für sich besorgt! Es mußte es jetzt mehr noch als  
 vermuthet gewesen, daß die wichtigsten Erwerbungen,  
 oder die Erhaltung der theuersten Rechte und Freihei-  
 ten, wegen Mangels einer demüthigen Summe verschert  
 würden. Dieß fand um so mehr Statt, da die einzel-  
 nen bedeutenderen Mitglieder der Genossenschaft, bei  
 dem allgemeinen Auseinandergehen, weniger denn vor-  
 her, geneigt waren, durch Voransch, Anleihen und  
 eigene Ausopferung den dringendsten Bedürfnissen ab-  
 zuhelfen.

Als so unvollkommen die gewohnten Mittel waren,  
 deren man sich vordem bediente, um einen nöthigen Bei-  
 ratz anzuschaffen, so mußte man das Eine zu vervoll-  
 kommenen suchen, das in früheren Zeiten weniger be-  
 nutzt ward, das aber in dieser letzten Periode vor allen  
 andern fast allein nur noch ausheilen konnte. Dieß war  
 nämlich die gemeinschaftliche Contribution. Zu Folge  
 dieser war jede Bundesstadt zu einem bestimmten Bezo-  
 ge an Geld, nach den Kräften einer jeden, ange-  
 schlagen. Die Händische Tagsatzung bestimmte, den je-  
 demahligen Bedürfnissen gemäß, in wie fern diese  
 Contribution, einfach, gedoppelt oder mehrfach zu en-  
 richten sey. Im Jahre 1540 ward eine solche Matrikel,  
 die auch in den folgenden Zeiten, obschon oft geändert,  
 dennoch immer als Basis diente, entworfen und ange-  
 nommen.<sup>25</sup> Allein über die schlechte Bezahlung des einen

<sup>25</sup> Die Matrikel, von dem J. 1564, auf jene gegründet,  
 wird in dem Urkundenbuche abgedruckt werden. 2.

Jeden zugestandenen Beitrags ward in jeder Hanfischen Sitzung, von ständ, bey welcher Stadt die Haupt-Casse war, bitter genug geklagt. Was konnten alle Klagen aber helfen, da die künftige Noth und der Verfall so mancher Städte sie von allem und jedem Beitrage selbst frey sprachen? Diese schrien um eine Verminderung ihres Anschlags, und wenn auch zugestanden ward, daß die Quarter-Städte mit ihnen deßhalb handeln, die ganze Quote des Kreises aber sich gleich bleiben sollte, weil es nur allzugewiß war, daß der eben so künftige Verfall der Hanfischen Freyheiten, und so manche andere Erscheinungen, jetzt eine weit größere Unterstützung und weit bedeutendere Ausgaben, als vordem, erheischen: so war doch nimmer zu bewirken, daß irgend eine Stadt sich höher in der Matrikel ansetzen lassen wollte, während so manche es begehrten und erhielten, daß ihr Beitrag gemindert wurde. Viele erklärten geradezu, sie wollten, sie könnten nicht zahlen; andere accordirten über ihren Rückstand, zahlten eine Kleinigkeit nach eigenem Belieben, ohne sich um die allgemeinen Beschlüsse und die angedrohten Strafen zu kümmern; sie zahlten eine Kleinigkeit, um doch nicht ganz abgesondert zu werden, weil so manche sich immerhin schmeichelten, daß ein günstiger Zufall die Corporation in der Folge wieder heben sollte.

Der wohlhabendere und vermögendere Theil der Städte ward aber eben deßhalb säumiger im Bezahlen seines Anschlags, weil er eine solche Ungleichheit nicht

ruhig stügen wollte. Ja: dieser wohlhabende Adel ward unter sich uneinig. Die meisten bedeutenden großen Auslagen bestanden in Legationen an fremde Mächte, zuletzt auch in Unterstützung der Factoreyen; allein die bedeutenderen Landstädte wollten zu diesem allen so gut als gar nicht Steuern, da bey dem Verfall des größern Hansischen Verkehrs, für sie daraus kein unmittelbarer Vortheil zu erwachsen schien, weil sie fortan keinen oder einen geringen directen Antheil an dem großen auswärtigen Handel nahmen. Vergebens aber mußte es seyn, daß Lüneburg in Erinnerung brachte, wie die Hanse ganz vorzüglich durch diese Factoreyen zum Ansehen gekommen sey. Was weiland war, das galt jetzt nicht mehr.<sup>29</sup>

<sup>29</sup> Die Beweise zu dem allen finden sich in den handschriftlichen Recessen dieser Zeiten, in den MSS. Brf. Es würde aber einen allzugroßen Raum erfordern, wenn alle hier geliefert werden sollten, und es scheint um so unnöthiger, da in den gedruckten Nachrichten sich bereits wenigstens einige Belege zu dem Gesagten finden. Einige Beispiele sind: Im Jahre 1585 erklärte Hannover eigenmächtig an Braunschweig, sie wolle etwa auf fünf oder acht Jahre noch 15 Thaler geben, und Hildesheim, in einem Schreiben an die genannte Stadt, vom 12. Aug. dess. Jahrs, sagte, sie wolle, statt ihres Aufschlags von 30, in Zukunft 20 Thaler jährlich geben. Bremen schrieb an Lüneburg, unter dem 23. Jan. 1582, sie werde zahlen, wenn Gleichheit erhalten würde; MSS. Brf. Vol. 231. Braunschweig meldete den Städten ihres Quartiers, am 11. Dec. 1591, sie müßten die beliebte vierzig



Wenn nun eine zehn, zwanzig, dreßsig oder vierzigfache Contribution — denn die dringendsten Bedürfnisse waren oft sehr groß — von der Hanse beliebt ward: so war doch nichts ungewisseres, als in wie fern

sache Contribution entrichten, wenn sie nicht ganz abgesondert werden wollten. Darauf Einbeck antwortete: sie könne nicht zahlen, sie wünsche in der Societät zu bleiben, würde sie ausgeschlossen, so müsse sie es Gott dem Allmächtigen befehlen. Hildesheim erklärte sich, unter dem 30. Dec. 1591; sie wolle zahlen, wenn die anderen es auch thäten. Braunschweig antwortete darauf der Stadt Lübeck in einem Schreiben, vom 14. Febr. und 14. März, 1592, niemand als sie und die beyden Städte Magdeburg und Hildesheim aus ihrem Quartier wollten die beliebte vierzigfache Contribution entrichten; jedoch nicht eher, als bis sie sicher wären, daß auch die übrigen verwandten Gemeinden zahlen würden. Einbeck äußerte wiederholt gegen Braunschweig unter andern, am 7. Jan. 1592, wie so ganz unvermögend sie seye, jedoch hoffe, daß man nicht also gegen sie, mit Ausschluß von allem Handel, den Reichsbeschläßen zuwider, verfahren werde. Hameln wollte von keiner Contribution etwas wissen, nichts weiter, als jährlich zehn Thaler zahlen. Hannover erbot sich zu einem jährlichen Beytrage von zwanzig bis fünf und zwanzig Thalern. Die Außerhanßen, sagte sie, zahlten nichts und wären frey in ihrem Handel, wolle man sie aber, durch Ausschluß, von der Hanse bannen und also proscribiren: so sey dieß gegen die Reichsgesetze; MSS. BrL Vol. 222. 223.

etwas davon einnehmen werde. Wenn auch Lübeck immer, und diese oder jene wohlhabende Seestadt, nicht sich willig finden ließen; so war dieß dennoch von den übrigen, selbst den wohlhabenden Gemeinden, größten Theils gar nicht zu erhalten. Es kam die eiserne Sitte immer mehr auf, daß diese erklärten, sie würden, wenn die andern zuvor alle gezahlt hätten, oder wenigstens zahlen wollten, auch beitragen, sonst aber nicht. Es kam die Sitte auf, daß die Städte trotz des gefaßten, alle verpflichtenden, gemeinsamen Beschlusses unter einander correspondirten: ob sie beigetragen hätten, ob sie zahlen würden und wollten?

Lübeck klagte, drohte mit Niederlegung ihres Amtes,rief Gott, Welt und Nachwelt an, die Ehre der Corporation; aber nichts fruchtete, und nur durch Bitten und Flehen, so wie durch den guten Willen einiger Wenigen war noch zuweilen etwas zu erhalten.

Gegen das Ende des sechszehnten und anfangs des siebzehnten Jahrhunderts, ward die Ohnmacht und das Geschrey der minder wohlhabenden Glieder immer größer. Es ward mit ihnen über einen unbedeutenden, kleinen, jährlichen Beytrag, der in keinem Fall für sie vermehrt werden sollte, gehandelt; aber alsbald wollten mehrere der angeseheneren Städte an dieser Wohlthat gleichfalls Theil nehmen. Zuletzt blieben nur vierzehn Städte übrig, welche sich dazu verstanden, daß dem Bedürfnisse gemäß ihr jährlicher Beytrag verdoppelt und weiter vermehrt werden könnte.

Allein der Beitrag seiner einfachen Armuthen, wie sie genannt wurden, lief zum Theil schlecht genug ein, und der Beitrag der übrigen vitzigen Einnahmen, nicht viel besser.

Was noch geschehen konnte, mußte durch den Wohlstand der Angesehenen und Wohlhabendern, z. B. Ländern, Hamburgs und anderer benachbarten Landschaften von Zeit zu Zeit geleistet werden, aber auch diese waren natürlich nicht geneigt sich fruchtlos für die übrigen aufzuopfern, um so mehr, da Cöln mehrere Jahre gar nichts, weder für sich noch ihre Quartier-Städte, einbrachte, dagegen das Erheben von diesen, und die eben noch einkommenden geringen Gefälle des Antorschen Comtoirs eigenmächtig für sich bezieht.

Dieser Zustand ließ immer mehr eine wirkliche Veränderung wünschen. Lange hatte man von einer Rechnungsablage, von Ausgleichung der wechselseitigen Forderungen gesprochen, Zugeständungen deshalb ausgeschrieben und den Zweck dennoch immer verfehlt. Bis denn, im Jahre 1609, eine solche endliche Liquidation der Rechnungen zu Stande kam. Ein Theil der wechselseitigen Forderungen ward compensirt; was die Einzelnen an die Comtoirs zu Antorf und London zu fordern hatten, dafür sollten diese haften; was an rückständigen Contributionen noch nachzuragen war, sollte bezogen, und daraus, so wie aus den jährlich zu liefernden Beiträgen ein allgemeiner Vorrath zusammen gebracht, und zinsbar angelegt werden, so daß aus den daher entstehenden

Stetten, der Rath des Hanfschen Syndicus und der übrigen Bedienten der Societät; ferner die Ausgaben für die Copisten und Wachen bestritten werden können. Indes scheint dies alles nur zum Theil, und zwar sehr unvollkommen, zu Stande gekommen zu seyn. 2070

Wirklich war es ein bekümmernswerther Anblick, daß die Corporation, die einst so mächtig gewesen, schon in der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts nicht einmahl thätig war; wie bereits bemerkt worden, die gerechten Forderungen eines, um so hoch verdienten Mannes, des Hanfschen Syndicus Sudermann zu bezahlen. Er betrat bey den einzelnen Communen, um die Erfüllung zu sehn, was ihm heilig versprochen worden, er drohte mit gerichtlicher Klage, empfahl auf seinem Todbette, worauf ihn Krankheft, Kummer und so schauder Uebank geworfen hatte, seine künftige Wittwe und Waisen den Hansen und zu solchen vorläufig eine Art Almosen von Lübeck. Aber die gerechten, von ihnen ererbten Forderungen, wurden wenig oder gar nicht erfüllt. Auch

<sup>20</sup> Der Abschluß, von dem Jahre 1609, findet sich in den MSS. Brf. Vol. 238, und wenn der Raum es gestattet, so soll er in dem Urkundenbuche, des Bauspiels wegen, abgedruckt werden. Auf dem Hansen Tage, von dem Jahre 1591, ward auch eine Liquidation versucht, und es ergab sich, nach einem Besichte des Magdeburgischen Syndicus, Pag. Kbler, (MSS. Brf. Vol. 232, 233.) daß die Comtoire mit einer Schuldenlast von 45000 Thalern belastet waren u. s. w.

jüngerer Nachfolger im Amte, die, durch solchen Dienst  
genannt, sich besser vorzuziehen, hatten oft ähnliche Klagen,  
denn wenig belohnend ist es, Vielen zu dienen,  
wahrlich die getheilte Ehre unerfüllter Versprechungen,  
minder tröstend zu fühlen vermögen. <sup>31</sup>

Anderer Hanfische Bedienten, die Handels-Agenten,  
die Copisten, führten gleiche oder ähnliche Beschwerden.  
Die Copisten zu Lüneburg beklagten in diesem letzten Jahr  
gleichfalls um ein Almosen, da sie sonst vorzüglich  
vom Abschreiben der Decretale gelebt, jetzt aber, bei Ver-  
minderung der Pundysglader, und dem Verfall der  
Sangen, dergleichen Copien wenig begehrt wurden. <sup>32</sup>

Die Bedienten auf den Factoreyen hatten andere  
Klagen. Ihren Gehalt erhielten sie zum Theil nicht;  
die Gefälle, auf die sie angewiesen waren, kamen nicht  
an; man beauftragte sie, dieß oder jenes Gebäude zu  
veräußern, und Liebhaber fanden sich nicht. Anders

<sup>31</sup> Erdmanns höchst klägliches Schreiben an Lüneburg  
und den dortigen Burgemeister Dorn, vom May des  
Jahrs 1590, in den MSS. Brf. Vol. 233, ist be-  
reits oben erwähnt worden. Er habe, sagt er, nun  
bald acht und dreyßig Jahre der Hanse gedient, sey  
sechzig Jahre alt, habe sein und seiner Kinder Gut  
zugesezt und verkauft, und müsse nun gegen die  
Hansen Proceß anfangen. — Die Erben erhielten  
ein für alles 13000 Thaler; MSS. Brf. Vol. 233.

<sup>32</sup> Siehe z. B. Schreiben der Hanfischen Cansley zu  
Lüneburg an Braunschweig, vom 17. Oct. 1584; MSS.  
Brf. Vol. 232.

Hier Bedenken griffen eigenmächtig zu, ergriffen sich an dem Vorhandenen, so gut es gehen wollte, machten große Rechnungen, suchten eigenen Vortheil, und alles in allem war voll der scandalösesten Vorfälle; wie der Umsturz des Ganzen dies denn nothwendig also mit sich brachte.<sup>23</sup>

In Vorschlägen, gegen das Ende des sechzehnten und im siebenzehnten Jahrhundert, fehlte es keineswegs nicht, um in so außerordentlichen Bedrängnissen eine außerordentliche Hilfe herbeizuschaffen: aber nach Slechts und Hansischer Einsicht, fehlte es nur zu sehr an einer Ausföhrung.

So z. B. wollte man das kleine Osterfe Hans zu Antwerp verkaufen, da man es mit dem großen nicht wagte; indem der Rath zu Antwerpen zu dessen Erwerbung nicht unbedeutende Summen vorgeschossen hatte. So sollte zu einer andern Zeit jede Gemeinde wenigstens zwei Drittel ihres ehemaligen, einfachen Anschlags ihrer Quartier-Stadt jährlich einliefern, welche alsdann den Betrag aller ihr Untergeordneten nach Lübeck senden sollte, damit man immer einen hinlänglichen Vorrath hätte.<sup>24</sup> So sollte jeder, neu aufzunehmende Bürger in einer Hanse-Stadt eine Keimigkeit, bey seiner Aufnahme, an die Hanseische Cassé entrichten, und ein glei-

<sup>23</sup> Die Beweise siehe oben bey der Geschichte der verschiedenen Factoren.

<sup>24</sup> Z. B. in dem Decret des Hanse-Tags, von dem J. 1584, im Oct. u. Nov.; MSS. Brf. Vol. 29a.

ches sollte auf den Factoreyen, besonders zu Bergen, bey der Aufnahme von Jungen oder Gesellen Statt finden: aber diese so wie andere ähnliche Vorschläge, um zu einem steten gemeinen Vorrathe zu gelangen, sind entweder bloße Vorschläge geblieben, oder wenigstens höchst unvollkommen ausgeführt worden.<sup>25</sup>

In den Jahren 1628 und 1668 sind die allgemeinen und besondern Rechnungen verglichen und abgeschlossen worden, welche den schmähllichen Zustand deutlich genug bezeugten. Von den Städten, welche früher auf ein einfaches, unbedeutendes, nicht zu erhöhendes Johrgeld

<sup>25</sup> Diese Vorschläge kommen unter andern auf dem Hanse-Tage, von dem Jahre 1604, vor, MSS. Brf. Vol. 241. Schon im Jahre 1581 war die Frage von einem allgemein steten Vorrath. Lübeck war stets für die alte Contribution, andere proponirten einen Pfundzoll, andere Anleihen, Danzig ein zu erhebendes Geld von dem handirenden Kaufmanne oder denen, so Bürger werden wollten; s. Protocoll dieses Tags in den MSS. Brf. In den Jahren 1606 und 1608 kamen diese und ähnliche andere Vorschläge vor. Wie unvollkommen oder gar nicht dieß alles aber zu Stande gekommen, erhellet aus den Protocollen der Hanse-Tage, von den Jahren 1614, 1615, 1618, 1619, in den MSS. Brf. Lübeck klagte, ein steter Vorrath, woraus sie im Nothfalle, etwa mit Rath der Stadt Hamburg, helfen könne, sey seit zwanzig Jahren zwar beschloffen und deliberirt worden, bis diese Stunde aber von allem nichts zur Ausführung gekommen.

angesezt worden waren, ist nicht mehr die Rede. Aber auch von den vierzehn wohlhabenderen Städten, die früher zu einem, nach dem Bedürfnis zu erhöhenden Jahrgelde sich ansehnlich gemacht hatten, war in den Jahren 1629 bis 1668 von Eln, Rostock, Wismar, Greifswalde und Stettin gar nichts erhalten worden. Die übrigen hatten bald mehr bald weniger entrichtet; Lübeck allein hatte ihr Jahrgeld völlig bezahlt. Diese Stadt hatte dagegen an die Hanse eine Forderung wegen Vorschusses von mehr denn 58000 Thalern; allein die übrigen Städte wollten diese Forderungen zum Theil nicht gelten lassen, und behaupteten, daß Lübeck entweder zu den gemachten Ausgaben nicht bevollmächtigt gewesen, oder daß sie nicht sparsam genug eingeleitet worden, oder daß sie mehr zu eigenem Vortheile, als zum allgemeinen Frommen seien verwendet worden. Hiermit aber endigte denn auch die schlechte Finanz-Verwaltung überhaupt, so wie um diese Zeit die kümmerlichen Reste des alten Bundes gleichfalls verschwanden.<sup>36</sup>

Daß die Zahl der dem Bunde zugehörenden Städte, bey dessen Verfall, immer mehr abnehmen mußte, läßt sich leicht von selbst ermessen, auch können einige Beweise, wann und wie die vorzüglichsten Verminderungen dieser Art eintraten, leichter gegeben werden, als

<sup>36</sup> In den MSS. Brf. Vol. 251 findet sich die weitläufige Rechnung, von den Jahren 1629-1668, und die darüber gepflogenen Unterhandlungen, woraus die obigen Hauptpuncte entlehnt sind.



In den frühern Zeiten der Fall war. Es sind aus der zweyten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts, und aus dem Anfange des siebzehnten officiële, von der Corporation selbst aufgestellte und beglaubigte Verzeichnisse vorhanden, welche über die Zahl derer, die ihr in diesen bestimmten Jahren beigezählt wurden, weiter keinen Zweifel übrig lassen.

Die auswärtigen Staaten waren viel zu vorsichtig und in sich viel zu mächtig geworden, als daß der schwache und alternde Bund noch der Frage, wie es ihm weiland in besseren Zeiten gelungen war, entgegen konnte: Wer denn eigentlich zu demselben gehöre? Wie ungern die Hanse auch diese Frage beantworten mochte, um nicht den eigenen Verfall und die eigene Schwäche zu verrathen, und die Verminderung ihrer Glieder einzugestehen, oder für künftige bessere Zeiten den bereits Abgesonderten durch solche officiële Erklärungen etwas zu vergeben: so mußte doch nun mehreren Mächten auf solche Frage geantwortet werden, und glücklich hätte man sich geschätzt, wenn man so wohlfeilen Kaufs noch einige der älteren Freyheiten hätte retten können. War aber gegen Fremde dieß Geheimniß nicht mehr zu bewahren, so war es auch unnütz, die Frage bey Ausfertigung neuer Statute für die Comtoire zu umgehen.

In dem Jahre 1554 wurden, als volle Hanse-Eidbte, in den Statuten für das Comtoir zu London, folgende fünf und sechzig Städte namhaft gemacht: Lübeck,

Hamburg, Rostock, Wismar, Stralsund, Lüneburg, Etenia, Ahlham, Gollnow, Greifswalde, Colberg, Stargard, Stolpe, Rügenwalde, Lülau, Thorn, Elbing, Danzig, Königsberg, Braunsberg, Riga, Dörpt, Raval, Magdeburg, Braunschweig, Goetlar, Elmbeck, Oettingen, Hildesheim, Hannover, Bursfelde, Stade, Bremen, Hameln, Minden, Münster, Danabrad, Dortmund, Soest, Hervorden, Paderborn, Lemgo, Bielefeld, Lippe, Coesfeld, Eßn, Wesel, Duisburg, Emmenrich, Warburg, Unna, Hamm, Nimwegen, Bückphen, Roeraratunde, Arnheim, Venlo, Elbing, Harderwyck, Deventer, Zwoll, Campen, Oedingen, Stavern, Holward.<sup>37</sup>

In einer Matrifel, welche bestimmt, was die Städte jährlich an Contribution zu entrichten haben, die zehn Jahre später beliebt ward, werden dieselben Städte, mit Ausnahme von Coesfelde, Stolpe und Rügenwalde, mit Hinzufügung aber von Uelsen, und somit die Zahl von drey und sechzig angegeben.<sup>38</sup>

<sup>37</sup> S. den Abdruck der Verordnung des Comtoirs zu London, von diesem Jahre, bey Marquard und Länig, vergl. Beshl. bey demselben Jahre. Dieselben führt auch Köhler S. 251 an, bey dem Jahre 1550, jedoch nimmt er Uelsen auf und läßt Münster aus; alle aber sagen: folgende sechs und sechzig Städte, machen aber wirklich nur fünf und sechzig nachhaft.

<sup>38</sup> Tax der Erb. Anze. Stede tot Contribution a. 1562, in den MSS. Brf. Vol. 222. vergl. das Urkundens

Acht Jahre nachher werden in den Statuten des Comtoirs zu Antwerpen, vom Jahre 1572, vier und sechzig Städte, worunter Uffen, Duisburg im Clevischen, und eine andere Stadt gleichen Namens in Geldern, angeführt, dagegen aber Dörpe, Paderborn und Warburg übergangen.<sup>39</sup>

Dem Zar Boris Godunow von Rußland übergab die Hanfsische Deputation, welche bey ihm um die Erneuerung des vormahligen Comtoirs in seinem Reiche warb, im Jahre 1603, das Verzeichniß folgender zu dem Bunde damals gehörender acht und funfzig Städte: Lübeck, Bremen, Hamburg, Rostock, Stralsund, Wismar, Lüneburg, Stettin, Stargard, Anklam, Gollnow, Greifswalde, Colberg, Bütchude, Cöln, Münster, Osnabrück, Soest, Minden, Herwaarden, Paderborn, Lemgo, Dortmund, Nimwegen, Deventer, Zutphen, Zwoll, Gröningen, Wesel, Duisburg, Roermund, Emmerich, Arnheim, Stavert, Campen, Bolsward, Harderwyk, Elbing, Warburg, Venlo, Bleesfeld, Uden, Hamm, Lippe, Coesfeld, Braunschweig, Magdeburg, Hildesheim, Goslar, Göttingen, Elmbeck, Northeim, Hannover, Hameln, Danzig, Thorn, Königsberg, Culm.<sup>40</sup>

In einem eben so beglaubigten Verzeichnisse, von dem nächstfolgenden Jahre, einem handschriftlichen Matriculansätze, werden nur drey und funfzig Städte,

<sup>39</sup> Vergl. den Abdruck bey Marquard und Lünig; siehe die Beilage bey dem Jahre 1572.

<sup>40</sup> Siehe Willebrandt III. 149.

als der Genossenschaft angehörnd, aufgezählt, und zwar wird der Städte Nimmwegen, Dexepter, Zütpphen, Zwoß, Oröningen, Esmerich, Arnheim, Campen, Bolsward, Harderwyß, Elbing, Unna, Coersfelde und Königsberg gar nicht gedacht, dagegen aber die Städte Demmin, Rügenwalde, Stolpe, Quedlinburg, Halle, Ascherleben, Helmstädt und Uelßen in der Reihe aufgeführt.<sup>41</sup>

Wie mannigfaltig nun auch der Wechsel der dem Bunde beigezählten Städte in so kurz von einander entfernten Zeiträumen, selbst in diesen officiellen Angaben ist; so war doch der wirklich eintretende Wechsel noch viel größer, welcher diesen officiellen Angaben vorausging, sie begleitete, oder bald darauf eintrat. Nur das blieb ausgemacht gewiß, daß die Zahl der Städte jetzt immer mehr und mehr sich verminderte, ja daß diese Verminderung in der That weit bedeutender war, als jene officiellen Angaben aussagten.<sup>42</sup>

<sup>41</sup> Diese Matrikel, vom Jahre 1604, soll, wenn es der Raum erlaubt, im Urkundenbuche aus den MSS. Brf. Vol. 250, abgedruckt werden. — In einem Schreiben der Stadt Hildesheim an Braunschweig, vom 12. Aug. 1585, dankt die erste für die ihr mitgetheilte Matrikel der bey der Hanse anwoh haltenden sieben und fünfzig Städte; MSS. Brf. Vol. 232.

<sup>42</sup> Um nicht zu wiederholen, was bereits in einer andern Absicht, weist aus handschriftlichen Nachrichten des sechzehnten und siebenzehnten Jahrhunderts, Th. II. Beylage I. No. 2. über den angeführten mannigfaltigen Wechsel in dieser letzten Periode ist aus

Nach abgewohnter Sitte, wollte der Bund, weil er immerhin hoffte, daß bessere Zeiten kommen wür-

geführt worden; so verwieset man dahin, besonders wegen der förmlichen Absonderung mehrerer Hansestädte, auf der Tagfahrt, von dem Jahre 1518, beschlossen, besonders a. a. O. S. 785 - 787. So auch wegen derer, die in d. Jahren 1549, 1553, 1554 u. s. w. austraten. — Dem Könige von England sollen, nach Röhlers Aussage, bey dem J. 1553, die Rahmen von drey und sechszig Städten nebst dem Lande Preußen, als Glieder der Hanse übergeben worden seyn. In dem handschriftlichen Protocoll des Hanse-Tags, von den angeführten Jahren, im Braunschweigischen Archive, heist es indeß: Es solle dem Könige von England die Zahl der Hansen in forma latissima et largissima übergeben, und, wie auch 1521 geschehen, bedungen werden, daß die neu aufzunehmenden gleichfalls zum Genuß der Englischen Freyheiten verstatet würden. Auf der Tagfahrt desselben Jahrs (1553) ward beliebt, daß Braunschweig, die Städte Ödtingen, Northelm und Hameln befragen solle: ob sie noch zur Hanse gehören wollten oder nicht? — Bey dem Jahre 1558 erwähnt Röhler (S. 258), daß Ödtingen der Hanse entsagt habe, weil sie von dem Bunde in der Noth sey verlassen worden, und man ohne ihr Vorwissen viele Beschlüsse gefaßt habe und der Seestädte Rug und Frommen allein beabsichtige. Im Jahre 1579 schrieben die Städte Herborn, Lemgo und Bielefeld an die Hanse, wie groß ihre Noth sey, daß sie unfähig wären die Kosten zu tragen, und daß, wenn man sie nicht damit verschone, sie der

den, mehreren, von den welland der Corporation begabten Gemeinden noch das Recht erhalten, an dem etwa wieder zu erwerbenden Freyspekten Antheil zu nehmen. Aus diesem mitleidenden Gefühle, wegen der Ohnmacht einiger, wenn sie schon entschieden selbst der Verbindung entsagt hatten, geschah es, daß sie immer noch in solchen officiellen Angaben als Mitglieder auf-

Hanse zu entsagen bereit wären. In eben diesem Sinne schrieb Eimbeck an Braunschweig; Oettingen aber antwortete noch weit größer eben dieser ihrer Quartier-Stadt, unter dem 10. Sept. 1577, bereits: „Daß wir zu Legationen Steuern sollen können wir uns nicht genugsam verwundern. Alldieweil wir der Hans del nichts zuthunde, vielweniger der Anze zu schaffen, denn E. C. W. wissen sich zu berichten das wir uns vnlangst der Anze abgethan und rennunciirt, und were demnach dieses bemühens und vncoftens nicht vnnndien, dan das wir uns widder In beschwehrungs gen stecken solten, das haben wir Völlich bedenkens und berugen bey sollicher vorigen rennunciirung“ u. s. w. nach den MSS. Brf. Vol. 229. Hameln erklärte, im Jahre 1598, der Stadt Braunschweig, sie wolle nichts weiter mit der Hanse zu thun haben. — Eblu zog sich oft ganz um die Zeit zurück, wie aus mehreren angeführten und folgenden Nachrichten erhellt. Im Jahre 1628 erklärte dagegen noch Nimwegen: sie wolle bey der Hanse bleiben und halten, und im J. 1629 that Hannover, nach Köhler, man möge sie wieder zulassen, sie dagegen von der Nachzahlung der Contribution, seitdem sie abgetreten, befreyen, welches auch beliebt worden zu seyn scheint.

gezählt wurden, während manche dieser ohnmächtigen Glieder selbst nichts von dieser Ehre, oder von diesen großmüthigen Gesinnungen erfuhren, und mit ihrem Privatleiden und dem Untergange ihrer Freiheit so beschäftigt waren, daß sie gar keinen Antheil an des Bundes Angelegenheiten nahmen, auch weiter gar nicht nehmen wollten, um desto gewisser selbst von den allergeringsten Beiträgen befreit zu bleiben.

Anderer, die etwas mehr Glauben hatten, zählten zwar auch nichts, beklagten sich aber das Recht vor, als Glieder des Bundes zu gelten; andere zählten eine Kleinigkeit zu gleichem Zweck. <sup>42</sup>

Es war aber dem Bunde, der gar wohl wußte, wie schlecht es mit diesen größer und stolzer lautenden Verzeichnissen sich verhielt, daran gelegen, daß sie wirklich einigen Glauben fanden. Die innere Ohnmacht, daß nur zuletzt höchst wenige Städte noch einiger Maßen zusammenhielten, wollte er, so lange es thöulich war, den auswärtigen Mächten noch immer verheimlichen, um durch eine lange Liste von Städten, deren größter Theil gleichwohl bereits der Hanse entfremdet war, zu

<sup>42</sup> Man vergleiche nur in dieser Hinsicht die vorhergehende und einige spätere Noten beyh. anno und das, was daselbst über einzelne Städte vorkommt, mit den authentischen Verzeichnissen, wie sie oben im Auszuge gegeben worden; so ergibt sich der Beweis von selbst.

harpuniren. Gewiß ist es, daß diese Absicht eben so viel, als jenes mitleidige Gefühl, mitwirkte. <sup>44</sup>

Endlich aber wollte der Bund auch durch diese stolzer lautenden Verzeichnisse einige laue Mitglieder selbst säufchen, in der Hoffnung, daß diese dadurch etwas spärlicher werden würden, wenn sie vernähmen, daß doch noch so manche an der Gemeinschaft hielten. Dieß letztere war offenbar der Fall bey dem Verzeichnisse vom dem Jahre 1604. <sup>45</sup>

Unbezweifelt bestand nun in dieser Periode, besonders in der ersten Hälfte derselben, eben das mannigfaltige, wechselnde Verhältniß, voller stimmfähigen Mitglieder und zugewandten Orte, die etwa der Handelsfreyheiten genossen, auf den Tagelagungen aber nicht erschienen, und solcher kleinen Orte und Völkerschaften, welche den andern größern vollen Hansischen Communen mehr oder weniger unterworfen waren. <sup>46</sup> In den späteren

<sup>44</sup> So hat die Hanse durch ihre Legaten die Zahl ihrer Glieder dem Könige Philipp III. von Spanien, bey Erwerbung neuer Privilegien, unwahr genug, auf zwey und siebenzig Städte, im Jahre 1607, angegeben (MSS. Brf. Vol. 238. 245.), obschon sie recht wohl wußte, daß dem nicht also war.

<sup>45</sup> Man vergleiche nur das bereits in den Noten Erwähnte mit diesen Verzeichnissen. Alle zwölf Städte z. B. des Braunschweigischen Quartiers, die als Annunisten aufgeführt wurden, ließen sich größten Theils gar nicht träumen, daß man sie zur Hanse noch zähle.

<sup>46</sup> Darüber siehe Th. II. Beyl. S. 766 - 770.



Zeiten dieser Periode aber, mögen denn diese Anhangsel immer mehr verschwunden seyn, um so mehr da die größeren Städte, denen sie weiland untergeordnet gewesen, es zum Theil selbst nicht mehr der Mühe werth fanden, an dem Bunde zu halten. Die großen Handels-Streitigkeiten waren immer unbedeutender geworden, endlich zu einem Nichts verschwunden, und die Gemeinschaft der Hanse, weit entfernt bedeutende Vortheile in Bezug auf den Handel zu gewähren, unterwarf die Genossen vielmehr mannigfaltigem Druck. Die Außerhanfen waren zum Theil freyer in ihrem Handel, und manche ehemalige Mitglieder des Bundes, andern Herren zugefallen, erhielten durch das Ansehen dieser oft Vortheile, welche der alternde Bund seinen treu gebliebenen Mitgliedern unmöglich noch verschaffen konnte.

In diesem Abschnitte sowohl, als in den frühern Perioden, wußte der Bund oft wahrhaft selbst nicht, wer denn eigentlich zu seinen Mitgliedern gehöre, und vollends in welchem Verhältnisse diese zu ihm ständen. Manche wurden auch zur Strafe abgesondert, namentlich als verschiedene eigenmächtig die Englischen Abentheurer bey sich aufnahmen, jedoch wurden diese, so viel bewußt, in der Folge immer wieder aufgenommen. Andere baten, wenn ihre Umstände günstiger würden, und der Hanse ein Strahl von Hoffnung sich zeigte, selbst in sehr späten Zeiten, um die Wiederaufnahme; und wenn nun auch den einen oder den andern die Bitte gewährt wurde; so war doch die Zahl derer, die

ein solches Gesuch vorbrachten, und denen es gewährt wurde, in gar keinem Verhältnisse zu denen, die sich zurückzogen und dem Bunde entzogen. 47

47 Im Jahre 1554 bat Herzog Adolph von Mecklenburg bey der Hanse, um die Wiederaufnahme der Stadt Riel; so viel bewußt ist dieß aber nicht geschehen. Ob Narwa aufzunehmen? darüber sollten die abzufertigenden Gesandten nach Rußland sich erkundigen und Bericht erstatten; und obschon in der Folge beyter die Frage aufgeworfen ward; so scheint die Aufnahme dennoch nie zu Stande gekommen zu seyn. Im Jahre 1576 bat Graf Edzard von Ostfriesland um die Wiederaufnahme der Stadt Emden, und versprach, daß sie nicht nur die Hanse-Lage frey besuchen, sondern auch die Hanfischen Statute, ohne seine besondere Einwilligung zu bedürfen, befolgen solle. Im Jahre 1579 forderte Braunschweig über die Aufnahme Emdens die Meldung der Städte ihres Quartiers. Hannover, Harnum und Hildesheim stimmten dafür; auch ward auf der Hanfischen Tagfahrt beschlossen, das Gesuch in Jahresfrist zu beantworten. Allein im Jahre 1615 und in noch späteren Zeiten wurde immer noch darüber verhandelt, und so viel uns bewußt (trotz einer Aussage bey Adhler, die falsch ist,) ward nichts endliches entschieden, obschon die Generalstaaten, im Jahre 1615, sich auch für die Aufnahme dieser Stadt interessirten; MSS. Brf. Vol. 240. — Ob Reval wieder aufzunehmen sey, da sie mit der Hanse zerfallen und dem Könige von Schweden unterworfen worden sey, darüber ward im J. 1572

Die eigene Ohnmacht war es nicht allein, sondern auch die zunehmende Gewalt und die Eroberungen fremder Mächte auf Deutschem Boden, welche diese Verminderung der Glieder des Bundes bewirkte. Die Kämpfe der Russen und Schweden um Polen und Kurland, der letzteren Herrschaft in Preußen, später Gustav Adolfs und seiner Nachfolger Erwerbungen, und der Niederländische Freestaat im Westen, löseten so manche weiland thätige Glieder ab, wenn auch immerhin der Name einer Hanse-Stadt in diesem östlichen und westlichen Theile beibehalten wurde.

Bei diesem Zusammenschrumpfen, das so wohl durch innern Krampf, als durch äußere Gewalt bewirkt ward, mußte die Verwirrung immer größer werden, und die

bereits viel verhandelt; allein in den Jahren 1615, 1618 und 1619 war noch nichts endliches darüber entschieden, und es konnte um so weniger etwas beschlossen werden, da Reval den Bedingungen, die man ihr vorschrieb, sich nicht fügen wollte. Stade und Elbing waren wegen Aufnahme der Englischen Abentheurer abgesondert worden; sie bathen, im J. 1618, um ihre Wiederaufnahme; Bremen sollte sich wegen Stade näher erkundigen; Elbings Forderung aber, daß man ihr alle ihre noch zu zahlenden Rückstände erlasse, die Aufnahme der Engländer gut heiße, und sie zu einem fimpeln annuo verstatte, ward verworfen. — Alles dieß zu Folge der Protocole der angeführten Hanse-Tage, und der unter den Städten geführten Correspondenz, in d. MSS. Brf.

Frage, gegen Ende des sechzehnten und anfangs des siebenzehnten Jahrhunderts, stets mehr sich jedem aufdrängen: Ob überall noch jemand und wer beim Bunde halten wolle, auf wen man ferner zu zählen habe, ob die Verbindung noch ferner bestehen solle, ob es nicht rathsam sey, sie auf einige wenige Städte zu beschränken? <sup>48</sup>

Bei so ernsten Fragen regte sich unter den angesehenen und anwesenden Städten noch ein Andenken an bessere Zeiten, einige Hoffnung auf die Zukunft; der Geist der Vorfahren schien ihnen zu erscheinen und ihre Ohnmacht und Schande ihnen drohend vorzuwerfen. So äußerten sich dann mehrere dahin: Allerdings solle ferner eine Hanse bestehen. Wenn nur etwa noch zwanzig Städte mit aushalten wollten, sagte Bremen, so wolle sie bestehen; seye sie mit eingestiegen, so wolle sie auch mit aussteigen. Der Achtung wegen für die Vorfahren, sagten andere, aus Achtung und Hoffnung für die Nachkommen wolle man, was möglich, von den Trümmern erhalten und folgenden Geschlechtern überliefern. Einige bisher in allem sehr laue, so gut als ganz abgesonderte Städte, schienen, wie z. B. Edin, wieder

<sup>48</sup> Die Statute, die Th. II. S. 135-141 angeführt worden, galten auch größtentheils wenigstens in dieser Periode fort. Sie sind namentlich in den Beschlüssen der Jahre 1507, 1518, 1521, 1550, 1553 wiederholt worden, theils zu Folge der MSS. Bel. theils schon nach Köhler.

mit einiger Energie verfahren zu wollen, damit doch nicht alles zertrümmere. Eigenmächtig aber die un- vermögenderen Städte, welche weiland dem Bunde zugehört hatten, ganz auszuschließen, und die allgemeine Verbindung auf einige wenige Glieder zurückzuführen, schien den meisten zu hart.<sup>49</sup>

So kam man endlich zu einem Mittelweg, gegen Ausgang des sechzehnten und anfangs des siebenzehnten Jahrhunderts. Die Quartier-Städte, vorzüglich Edln und Braunschweig, weil in diesen Theilen die am meisten zurückgekommenen Communen lagen, wurden beauftragt mit den unvermögenderen in ihrem Sprengel zu handeln, so daß sie bloß jährlich eine Kleinigkeit entrichten, von aller Vermehrung dieser geringen Summe aber auf zehn, funfzehn und mehrere Jahre freigesprochen werden sollten, dagegen aber auch ihr Stimmrecht, das Recht des Erscheinens auf den Hanse-Tagen, ganz oder theilweise verlieren sollten.<sup>50</sup> Hiermit waren

<sup>49</sup> Die Frage: ob und wer noch bey der Hanse bleiben wolle? kam verschiedentlich auf den Hanse-Tagen vor, z. B. in den Jahren 1584 und 1591, laut des Protocolls dieser Tagfahrten in den MSS. Brf. Vol. 232, und es erfolgten die im Text erwähnten Antworten. Cammann sagt, dieselben Fragen seyen auch schon, im Jahre 1572, ventiliert worden:

<sup>50</sup> Meist zu Folge des Protocolls der verschiedenen Tagfahrten in diesen Zeiten und der Correspondenz der Städte in den MSS. Brf. Folgendes Einzelne mag zum Beweise und als Beyspiel hier stehen. In dem

mehrere wohl einverstanden, da sie ohnehin meist, seit geraumer Zeit, schon so gut als nie mehr die Hanfischen

Jahre 1572 wurde Braunschweig und Eln beauftragt, mit ihren Quartiers-Städten, welche der Hanse entsagen wollten, zu unterhandeln, um ihre nähere Meinung zu erfahren. In einem Schreiben der Städte Hameln, Einbeck und Hannover, von dem Jahre 1579, an Braunschweig, erklärten diese bey der Hanse bleiben, ihres Elends wegen aber keine Contribution, sondern nur ein Annuum entrichten zu wollen. In einem Schreiben der Hanse an die Städte Hameln, Einbeck und Hannover (Elnbeck vom 8. Aug. 1579.) wurden sie ermahnt, dem Schritt wohl zu bedenken, für dieses Wahl, aber noch die Contribution zu bezahlen, nachmahls sollten sie zu einem einfachen, nicht zu erhöhenden Annuo verstattet werden. Auf der Tagfahrt, von d. Jahre 1579 und 1598, ward Braunschweig beauftragt mit Göttingen und Goslar zu handeln, die zwar schon früher der Hanse gänzlich entsagt hätten, die aber vielleicht zutreten würden, wenn man sie zum einfachen Annuo zuließ. Auf der Tagfahrt, von dem Jahre 1581, ward der Vorschlag mit den unermüdbenden Städten, wegen eines Annuo zu tractiren, abermahls beliebt, um die kleine Hülfe doch nicht abzuweisen, vollends da die Niederländischen Städte gar nichts geben konnten und schon lange nicht mehr erschienen. Im Braunschweigischen Quartier, hieß es auf dieser Versammlung, seyen nur noch wenige übrig; im Lübeckischen seyen mehrere im Rückstand mit der Bezahlung der Contribution; die Preussischen und Flandrischen Städte könnten

Tagssitzungen, zur Erspörung der Kosten besuchten, nicht mit Belegung einer Kleingelds: die noch dazu schlecht genug entrichtet ward, immerhin das Recht des An-

nichts geben, die Emptaine setzen ohne Vorrath, die gutgefunnen Städte wären, wie Hamburg, aber die Ungleichheit des Bezugs unzufrieden. Münster, Osnabrück, Herforden, Lemgo, Bielefeld baten um die Bewilligung eines Annui. Auf der Versammlung, des Jahres 1598, ward beliebt, daß Straßburg mit den unvermögenden Pommerschen Städten unterhandeln solle; Braunschweig mit den neun abgetretenen ihres Quartiers, auch mit denen, so vor sehr langen Zeiten zu der Hanse gehört hätten, und in ihrem Sprengel belegen wären, als mit Mühlhausen, Halle, Erfurt, Quedlinburg, Hannover und Einbeck wurden als simple Annuisten aufgenommen. Danzig sollte mit den Preussischen Städten handeln. Regal erwartete man auf der Tagfahrt selbst. — Als Braunschweig diese Nachricht den ihr untergeordneten Städten mittheilte, erklärte Einbeck: sie wolle und könne nichts zahlen, sie wünsche aber auch nicht excludirt zu werden. Hameln schrieb an Braunschweig, unter dem 15. Nov. 1598: sie habe sich der Sache gänzlich abgethan und entzogen, sie schicke die Abschrift des Recesses zurück und bärthe, man möge sich ihrer wegen weiter keine Mühe geben, und sie mit solchen Sachen fernerweit günstig verfahren. — Nun aber wollten auch sogar Magdeburg und Hildesheim bloß ein Annuum entrichten, damit davon etwa der Hanstische Secretär bezahlt werde. — Da Braunschweig in die weltgeschichtigen Handel mit ihrem

den, mehreren, von den welland der Corporation begünstigten Gemeinden noch das Recht erhalten, an dem etwa wieder zu erwerbenden Freyhofen Antheil zu nehmen. Aus diesem miselbenden Gefühle, wegen der Ohnmacht einiger, wenn sie schon entschieden selbst der Verbindung entsage hatten, geschah es, daß sie immer noch in solchen officiellen Angaben als Mitglieder auf-

Hause zu entsagen bereit wären. In eben diesem Sinne schrieb Einbeck an Braunschweig; Oettingen aber antwortete noch weit größer eben dieser ihrer Quartier-Stadt, unter dem 10. Sept. 1577, bereits: „Daß wir zu Legationen Steuern sollen können wir uns nicht genugsam verwundern. Alldieweil wir der Händel nichts zuthunde, vielweniger der Ange zu schaffen, denn E. E. W. wissen sich zu berichten das wir uns vonlangst der Ange abgethan und rennunciirt, und were demnoch dieses bemühens und uncostens nicht vonndten, dan das wir uns widder It beschwehrangen stecken solten, das haben wir Villich bedenden und berugen bey sollicher vorigen rennunciirung“ u. s. w. nach den MSS. Brf. Vol. 229. Hameln erklärte, im Jahre 1598, der Stadt Braunschweig, sie wolle nichts weiter mit der Hanse zu thun haben. — Ebln zog sich oft ganz um die Zeit zurück, wie aus mehreren angeführten und folgenden Nachrichten erhellet. Im Jahre 1628 erklärte dagegen noch Nimwegen: sie wolle bey der Hanse bleiben und halten, und im J. 1629 bath Hannover, nach Köhler, man möge sie wieder zulassen, sie dagegen von der Nachzahlung der Contribution, seitdem sie ausgetreten, befreyen, welches auch beliebt worden zu seyn scheint.



gezählt wurden, während manche dieser ohnmächtigen Glieder selbst nichts von dieser Ehre, oder von diesen großmüthigen Gesinnungen erfuhren, und mit ihrem Privatleiden und dem Untergange ihrer Freiheit so beschäftigt waren, daß sie gar keinen Antheil an des Bundes Angelegenheiten nahmen, auch weiter gar nicht nehmen wollten, um desto gewisser selbst von den aller- kleinsten Beiträgen befreit zu bleiben.

Anderer, die etwas mehr Glauben hatten, zählten zwar auch nichts, behielten sich aber das Recht vor, als Glieder des Bundes zu gelten; andere zählten eine Kleinigkeit zu gleichem Zweck. <sup>42</sup>

Es war aber dem Bunde, der gar wohl wußte, wie schlecht es mit diesen größer und stolzer lautenden Verzeichnissen sich verhielt, daran gelegen, daß sie wirklich einigen Glauben fanden. Die innere Ohnmacht, daß nur zuletzt höchst wenige Städte noch einiger Massen zusammenhielten, wollte er, so lange es thunlich war, den auswärtigen Mächten noch immer verheimlichen, um durch eine lange Liste von Städten, deren größter Theil gleichwohl bereits der Hanse entfremdet war, zu

<sup>42</sup> Man vergleiche nur in dieser Hinsicht die vorhergehende und einige spätere Notizen beyh. annuo und das, was daselbst über einzelne Städte vorkommt, mit den authentischen Verzeichnissen, wie sie oben im Auszuge gegeben worden; so ergibt sich der Beweis von selbst.

So schlen alles, ohne daß man es wollte, in mehrere einzelne kleinere Verbindungen zu zerfallen, die sich

sey. Im Jahre 1623, im Februar, schrieb Lübeck, mit Beyrath Hamburgs, einen Communications-Brief an die sechs näher correspondirenden Städte aus, darauf Lüneburg antwortete: diese Verbindung habe schon seit einigen Jahren aufgehört. Dieß alles nach den MSS. Brf. Ebenbaselbst kommen häufig Protocolle dieser sechs näher verwandten Städte vor. Die erste Urkunde dieser engern Verbindung zu Lüneburg, 3. Febr. 1607, findet sich bey Werdenhagen, P. IV. 69. Sie war freylich nur etwas Vorübergehendes, allein Braunschweigs damalige Rettung ist ihr und der von den General-Staaten geleisteten Hülfe vorzüglich zuzuschreiben. Eben um diese Stadt zu retten hatten diese sechs, oder nach Rehtmeier diese sieben Städte; denn er zählt auch Hildesheim hinzu, im Jahre 1606, eine Verbindung mit Herzog Ernst von Braunschweig-Lüneburg auf zwanzig Jahre eingegangen, und in den Jahren 1615 und 1616 mit Herzog Christian von Braunschweig-Lüneburg und dem Herzoge Albrecht von Mecklenburg auf zehn Jahre: allein Herzog Ernst starb bald, nachdem er diese Verbindung eingegangen, und im Jahre 1620 fiel, trotz dieser Vereinigung, Herzog Christian, in der Sammerdörfs Noth, die Städte Hamburg und Lübeck in ihrem Amte Bergedorf und den Vierlanden an, so daß sie alsbald wieder ein Ende nahm, und etwas bloß schnell Vorübergehendes blieb. Aus den handschriftlichen Acten der Hanse erhellt auch deutlich genug, daß die damalig vereinten Städte

denn, in Kurzen hinwiederum selbst auflösen. Indes  
 nahm man immer noch an, daß der alte Bund von  
 etlich fünfzig Städten bestünde; wie wenig dieß auch,  
 wenns aufs Handeln ankam, gegründet war; wie we-  
 nig selbst die, welche man der allgemeinen Verbindung  
 beyzählte, daraus sich bekümmerten, ob Lübeck und die  
 etwa noch vereinten Wendischen Städte, dann und wann  
 einen so genannten allgemeinen Hanse - Tag auszuschie-  
 ben, oder nicht. Das Benehmen der wenigen Deputa-  
 tionen, die erschienen, und die meist nur von einigen jener  
 vierzehn Städte abgesandt waren, zeigte auch deutlich  
 genug, daß die alte Hanse, die weitläufige Verbindung  
 mehrerer Städte, bereits so gut als ganz aufgehört habe.

Der Ausbruch des dreißigjährigen Kriegs führte als-  
 bald so manche schreckliche Begebenheiten mit sich, daß  
 man vergebens die alte Verbindung, oder die verschie-  
 denen Verbindungen noch in Kraft zu erhalten hoffen  
 konnte. In der großen Gefahr, die so manche Ein-  
 zelne betraf, ihnen mit Rath, oder durch Deputationen,  
 Vorschreiben, Vorbitten und Flehen etlicher Maßen bey-  
 zustehen, das war etwa alles, was noch auf den Ver-

gar wenig auf solche Consideration mit Fürsten  
 gaben, und eigentlich nur den Haß zwischen den ver-  
 schiedenen Linien des Braunschweigischen Hauses be-  
 nützen wollten, um ihre Freundin und Verbundene,  
 die Stadt Braunschweig, zu retten. Die Urkunden  
 sind bereits gedruckt; siehe bey den angeführten Jah-  
 ren das Urkunden - Verzeichniß.

So schien alles, ohne daß man es wollte, in mehrere einzelne kleinere Verbindungen zu zerfallen, die sich

sey. Im Jahre 1623, im Februar, schrieb Lübeck, mit Verzicht Hamburgs, einen Communications-Tag der sechs näher correspondirenden Städte aus, darauf Lüneburg antwortete: diese Verbindung habe, schon seit einigen Jahren aufgehört. Dieß alles nach den MSS. Brf. Ebenfalls kommen häufig Protocolle dieser sechs näher verwandten Städte vor. Die erste Urkunde dieser engern Verbindung zu Lüneburg, 3. Febr. 1607, findet sich bey Werdenhagen, P. IV. 69. Sie war freylich auf etwas Vordbergehendes, allein Braunschweigs damalige Rettung ist ihr und der von den General-Staaten geleisteten Hülfe vorzüglich zuzuschreiben. Eben um diese Stadt zu retten hatten diese sechs, oder nach Rehtmeter diese sieben Städte; denn er zählt auch Hildesheim hinzu, im Jahre 1606, eine Verbindung mit Herzog Ernst von Braunschwig-Lüneburg auf zwanzig Jahre eingegangen, und in den Jahren 1615 und 1616 mit Herzog Christian von Braunschweig-Lüneburg und dem Herzoge Albrecht von Mecklenburg auf zehn Jahre: allein Herzog Ernst starb bald, nachdem er diese Verbindung eingegangen, und im Jahre 1620 fiel, trotz dieser Vereinigung, Herzog Christian, in der Gammerdeichs Sache, die Städte Hamburg und Lübeck in ihrem Ante Vergedorf und den Vierlanden an, so daß sie alsbald wieder ein Ende nahm, und etwas bloß schnell Vordbergehendes blieb. Aus den handschriftlichen Acten der Hanse erhellt auch deutlich genug, daß die damals noch vereinten Städte

Es erzielten sich die kühnsten Hoffnungen bis in die Jahre 1628 und 1629, wo denn der dreißigjährige Krieg mit allen seinen Gräueln auch über Niedersachsen kam, und die Städte des Bundes, welche noch die meiste Kraft besaßen, und mit einigem Nachdruck handeln konnten, schwächer oder gänzlich zu Grunde richtete.

In diesem Vertheil, wo so viel Trübsal zu Ende ging, ward den Städten Lüneburg, Bremen und Hamburg übertragen, eine gewisse Obacht, auf die Hanfschiffen Angelegenheiten, in so fern deren noch vorkommen könnten, zu übernehmen.<sup>55</sup> Von der Theilnahme der übrigen Communen war fortan nicht mehr die Rede; höchstens daß diese oder jene der verwandten oder zurückgekommenen Schwestern einen Rath schriftlich oder mündlich abgefragte; mehr als dieß findet man eben nicht mehr be-

aber hieß Dr. Steinwich seinen Vortrag, der, aus den MSS. Brf. Vol. 250, wenn der Raum es erlaubt, im Urkundenbuche folgen wird. Im Jahre 1621 ward der Vorschlag auf unbestimmte Zeit verschoben.

<sup>55</sup> In einem Schreiben der Stadt Lüneburg an Dyansschweig, vom 15. Oct. 1667, heißt es: Sie möge den Hanse - Tag im May 1668 besenden „angesehen höchst nöthig ist, daß weil des leider vorgewesenen dreißigjährigen höchst verderblichen Kriegs halber seither anno 1628 und 1629 kein einziger Hanfschiffe Convent gehalten worden, man sich nunmehr etc.,“ MSS. Brf. Vol. 250.

merkt: In dem gewaltigen Verminnet der fremden und einheimischen Kriegspöbel suchte jede, meiland der Hanse verwandte Stadt, durch Widerstand, Geld, oder List sich zu retten; viele aber gingen einzeln zu Grunde, oder versanken in einem Zustand, der mehr oder weniger hoffnungslos war. Magdeburgs bejammernswerthes und allgemein bekanntes Schicksal war wohl das schrecklichste, doch hatten andere Nichtiges zu leiden, wenn sie auch des Siegers schwere Hand nicht ganz zerdrückte. Mehrere kamen unter die Herrschaft anderer Herren, und sahen sich, kurz vor oder nach dem endlich erfolgten Frieden, bald ihrer Selbstständigkeit und Freiheit durch ihre alten oder vermögenden Friedenslooser ihnen zugespielten neuen Landesherren beraubt. Nur äußerst wenige entgingen ganz, oder mit einigen Ueberbleibseln von Selbstständigkeit dem allgemeinen Schicksale. Es gibt von der Zeit an so gut als keine Hanstische Geschichte mehr, nur eine Geschichte des Verfalls der einzelnen dem Bunde meiland verwandten Communen.

Jene drey mit Vollmacht von der Hanse versehene Städte, verbanden sich, in den Jahren 1630 und 1641, zu Schuß und Hülfe enger mit einander.<sup>56</sup> Jedoch

<sup>56</sup> Die Verbindung dieser drey Städte, von dem Jahre 1630, ist oft gedruckt, s. die Beilage bey diesem F. In den MSS. Brf. Vol. 251. findet sich eine zweyte, oder eigentlich nur eine Erneuerung jener, von dem Jahre 1641, auf die folgenden zehn Jahre, die auch bereits gedruckt ist. Man hat indes hier nicht vers-

selbst in die Verbindung dieser wachsenden Stämme aufzehen sich bald genug Zwietracht und Eifersucht; so daß auch von ihnen wenig fruchtbares zu erwarten stand. Sie waren bemüht, in Bezug auf den alten Bund, die kümmerlichen Reste der ehemaligen großen Hanfischen Freyheiten im Auslande, unter dem allgemeynen Ausdrucke für die Hanse zu erhalten, während kaum noch eine Hanse existirte, und kaum einige flüchtige Ueberbleibsel jener Freyheiten vorhanden waren, die den Ma-  
stiquar an die verschwundene Größe erinnerten.

Einige fromme Gemüther glaubten zwar, daß nach den Westphälischen Friedensschlüssen, der Verbindung, die niemals förmlich aufgelöst ward, ein heiliger Zug wieder erscheinen werde: allein die Nichtigkeit dieser Hoffnungen mußte sich doch auch bald genug zeigen, da die Städte mit ihren vormahligen Freyheiten in dem neuen Zustande von Deutschland und Europa keinen Raum mehr finden konnten.

Die einige Jahre nach den Westphälischen Friedensschlüssen gemachten, und nachmahls wiederholten Versuche, z. B. in den Jahren 1651, 1662 und 1668, allgemeine Hanfische Versammlungen zu berufen, um aus Schutt und Asche die Trümmer der ehemaligen Größe zu sammeln, zeigten, wie nichtig das Beginnen, und wie wenig es Lübeck mit solchen Versuchen selbst ein-

weilen wollen, da die Schicksale der Verbindung dieser drey Städte, oder, wie man sagen kann, der neuen Hanse, diesem Werke fremd sind.

verloren. Einst, sagt Gleichwohl hing von dem Willen dieser Gemüthe, die einst die vornehmste Stütze der ganzen, großen Ordnung gewesen war, trotz aller eingerissenen Ohnmacht, noch immer so vieles ab.

Weder in England und Flandern noch in einer Hanse noch fern der Heide war, so galt diese Verurtheilung eigentlich nur denen, welche noch mit einiger Kraft und Selbstständigkeit da standen, wenige aber konnten sich dessen rühmen. Braunschweig selbst, die von allen Landstädten am längsten und eifrigsten an dem Schicksal des Bundes hing, ließ sich nach dem Beschlusse Frieden ist die Gewalt ihres Landesherren. Über, Bremen, Hamburg und einige Zeit hindurch etwa Danzig, mochten fortan die wirklichen Hanse-Städte allein aus. Die letzte Gemüthe hatte aber mit Polen, Bremen und Schweden, Hamburg mit Dänemark um ihre Freiheit zu kämpfen. Nur ein Geringes war es, was diese Städte gemeinschaftlich erwarben; einzeln suchte jede vielmehr ihren eigenen Vortheil. In wie fern sie aber von fremden Mächten im Handel eine Begünstigung zu erwarten hätten, das hing allein von der Ansicht ab, welche diese von der Wichtigkeit des Verkehrs mit ihnen überall hatten.

Ein früheres Zeitalter hatte die Hanse wunderbar hervorgerufen, unter dem Schutze eines andern war sie herrlich aufgeblüht, während eines dritten verschwand sie ohne Geräusch; ohne förmliche Auflösung fand sie ihr Ende.



selbst in die Verbindung dieser wunden Stämme aufzusehen sich bald genug Zwietsch und Eifersucht, so daß auch von ihnen wenig fruchtbares zu erwarten stand. Sie waren bemüht, in Bezug auf den alten Bund, die kümmerlichen Reste der ehemaligen großen Hanfschen Freiheiten im Auslande, unter dem allgemeinen Ausdrucke für die Hanse zu erhalten, während kaum noch eine Hanse existirte, und kaum einige flüchtig Ueberbleibsel jener Freiheiten vorhanden waren, die den Ma-liquar an die verschwundene Größe erinnerten.

Einige fromme Gemüther glaubten zwar, daß nach den Westphälischen Friedensschlüssen, der Verbindung, die niemals förmlich aufgelöst ward, ein heiliger Zug wieder erscheinen werde: allein die Nichtigkeit dieser Hoffnungen mußte sich doch auch bald genug zeigen, da die Städte mit ihren vormahligen Freiheiten in dem neuen Zustande von Deutschland und Europa keinen Raum mehr finden konnten.

Die einige Jahre nach den Westphälischen Friedensschlüssen gemachten, und nachmalig wiederholten Versuche, z. B. in den Jahren 1651, 1662 und 1668, allgemeine Hanfsche Versammlungen zu berufen, um aus Schutt und Asche die Trümmer der ehemaligen Größe zu sammeln, zeigten, wie nichtig das Beginnen, und wie wenig es Lübeck mit solchen Versuchen selbst ein-

weilen wollen, da die Schicksale der Verbindung dieser drei Städte, oder, wie man sagen kann, der neuen Hanse, diesem Werke fremd sind.

rechter Ansehnlichkeit hing von dem Willen dieser Genossenschaft, die einst die vornehmste Begründerin des ganzen, großen Gebäudes gewesen war, trotz aller eingetretenen Ohnmacht, noch immer so vieles ab.

Wenig zu erwarten und Lebensschlüssen von einer Hanse: noch ferner die Rede war, so galt diese Benennung eigentlich nur denen, welche noch mit einiger Kraft und Selbstständigkeit da standen, wenige aber konnten sich dessen rühmen. Braunschweig selbst, die von allen Landstädten am längsten und eifrigsten an dem Schicksal des Bundes hing, fiel kurz nach dem Westphälischen Frieden in die Gewalt ihres Landesherren. Lübeck, Bremen, Hamburg und einige Zeit hindurch etwa Danzig, mochten fortan die wirklichen Hanse-Städte allein aus. Die letzte Genossenschaft hatte aber mit Polen, Bremen mit Schweden, Hamburg mit Dänemark um ihre Freiheit zu kämpfen. Nur ein Geringes war es, was diese Städte gemeinschaftlich erwarben; einzeln suchte jede vielmehr ihren eigenen Vortheil. In wie fern sie aber von fremden Mächten im Handel eine Begünstigung zu erwarten hätten, das hing allein von der Ansicht ab, welche diese von der Wichtigkeit des Verkehrs mit ihnen überall hatten.

Ein früheres Zeitalter hatte die Hanse wunderbar hervorgezaubert, unter dem Schuß eines andern war sie herrlich aufgeblüht, während eines dritten verschwand sie ohne Geräusch; ohne förmliche Auflösung fand sie ihr Ende.

erwarteten die Braunschweigischen Deputirten, wie es aber scheint vergebens, eine Vollmacht mit der Post.

Die letzte Versammlung zeigte denn auch sehr wenig von dem recht tiefen Verfall des Ganzen; sie war dem Lebensguten eines Sterbenden zu vergleichen. Nichts noch verhandelt; ist gut, als nichts endliches beschlossen.

Wegen der Abschieden wollte man alles ganz Bescheiden führen, vielleicht, daß ihr und der Hanz Rathschuß einst bessern werde.

Bei der Hauptfrage: Wie noch einige Energie in die Verbindung zu bringen seyn möchte, lauteten die Meinungen sehr verschieden. Nicht ernstlich schien die best um treuen wechselseitigen Bestand bemüht; Bremen war von ihr, bey einem Anfälle von Schweden, nicht unterstützt worden; sie war nun und nur für die Erneuerung der unkräftigen Consideration, vom Jahr 1664, und wollte, wie es schien, vorzüglich nur deshalb den Schatten einer Verbindung erhalten, um die wenigen, kläglichen Reste der Besigungen der Gewerke und der daran geknüpften Freyheiten zu erhalten, weil sie von daher etwa ihre noch rückständigen Forderungen zu berichtigen hoffte.

Bremen, Hamburg und die übrigen Städte, mit ihr aber weniger, sahen aber die Sache aus andern Gesichtspuncten an, und waren in den kurz vorhergehenden Jahren eben zu einer andern Ansicht geneigt worden. Bremen hatte schon früher bemerkt, daß mit elenden, papiernen Conföderationen dem Uebel nicht

abzuhelfen sey. Die nächstgeleitende Verbindung zwischen dem drei Städten Lübeck, Bremen und Hamburg, noch dem Jahre 1641, schlugen die beiden Herren, als ein besseres Mittel vor; sie trugen ferner darauf an, die Reichsstädte zu der Verbindung einzuladen, und sich zu einem solchen Haupt zu wählen; daß jedoch so schnell nicht möglich war, denn dieselben wollten zu demselben nicht so leicht zu kommen; sie blieben endlich auf die Erklärung, daß, wenn eine Stadt angetreten würde, sie sich alle fürrangig halten wollten. Daraus meinte, man möge, das unschuldige Schwandwegen, die Beförderung vom Jahre 1604, befehlen, sie haben daher und dem Zwecke gemäß erklärt, und so zu jedem engem Bunde übergehen, so wie man sich dafür, daß die ausstreichenden Artikel für jeden, in der Folge zu berufenden Hans-Tage, nicht bloß nur Lübeck, selbst den etwa noch vorhandenen Wandschen Städten, sondern auch von ihnen bewilligt werden müßten. Hamburg meinte, wenn eine Stadt beibehalten werden, und für Lübeck ein besonderes Interesse, obgleich, nicht selbst zu verfahren; so müßten auch andere Communen das Recht haben, einen Hans-Tage zu berufen. Jüngst habe, als Bremen durch die Schweden (so) abgefallen worden, dieß Bedürfnis sich deutlich genug gezeigt, da Lübeck, aus Furcht vor dieser Macht, keine Ausschreiben habe erlassen wollen. Darauf äußerte Lübeck höchst irritirt, es werde wohl keinem Principalen der Herren Abgeordneten eingefallen seyn, der Stadt

Lübeck einen *condirectorem* zu geben. Und als dieß auch von den übrigen abgelehnt und beilegt ward, an der alten Form, so viel als thunlich, sich zu halten, und die Majorität der Stimmen, allein in Bezug auf *Comtoirs-Sachen*, in jeder andern Angelegenheit aber Einstimmigkeit zu begehren; so erklärten doch die Deputirten Bremens: daß wenn man von dem Beschlusse des Jahres 1629 abweiche, vermöge welches ihre Stadt nebst Hamburg und Lübeck, mit den Hanfsischen Sachen beauftragt worden, wenn man wieder von den alten Wendischen Städten und ihrem ehemahligen Einflusse reden wolle; so protestirten sie gegen alles weitere, und erklärten hiermit einen solchen Affront, der ihren Principalen dadurch wiedersühre, nicht zu dulden.

So schlechte nun solche Gemüthsstimmung in solchen Zeiten sich ausnahm, und so wenig mit der zu erneuern- den Conföderation, von dem Jahre 1604, die nun beilegt ward, auszurichten stand; so ward doch auch über ein engeres Bündniß, wodurch man sich zu etwas mehrerem ansehnlich machen wollte, so wie über die Verbindung mit den Oberdeutschen Reichsstädten manches verhandelt.

Bremen drang darauf, daß die Verbindung zwischen ihr, Hamburg und Lübeck, im Jahre 1641, beschloffen, dem näher zu schließenden Vereln der etwa dazu tauglichen Städte zum Grunde gelegt werden möchte. Dieß schien andern aber zum Theil gar zu verwegen und gefährlich, wegen der Unzufriedenheit, die daraus bey

anderen Mächten, entstehen könne. Dänzig aber meinte, so viel sie davon wisse, werde diese Verbindung auch nicht zureichend seyn, wenn es zum Treffen, wenn es zum Schlagen käme; man möge deshalb nur immer die Verbindung v. J. 1604 ausarbeiten, und also coloriren, daß sie auf commercia und nicht auf den statum cujusque ciuitatis gerichtet scheine.“ Allein Hamburg hielt dafür, wenn man dem, welcher eine Stadt anfallt, zu Folge der Confederation, von dem Jahre 1604, auch nur Kriegsbedürfnisse und Proviant weigere, wie man denn dazu durch Annahme jener doch verbunden seze; so werde man dadurch schon als Feind angesehen, und somit könne man auch dreist nur weiter schreiten. An dem engern Bunde könnten aber freylich nur die Städte, welche ihre Freyheit, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gerettet hätten, Theil nehmen. — Lübeck erklärte, daß sie in den Entwurf eines Projectes der Art willige. Dieses ward dann endlich auch beliebt, ein solcher Entwurf gemacht, aber Lübeck war und blieb lau; aufgeschoben aber, war hier so gut als aufgehoben; referiren wollten nur die Anwesenden, verbunden sollte noch niemand seyn, ein Haupt, und das für jedes Glied zu bestimmende Contingent, könne man, so hieß es, immer nachher noch wählen und bestimmen — und so blieb alles auf folgende Zeiten, auf eine vereinigte, allgemeine Zusammenkunft, die, so viel man weiß, nie Statt gefunden hat, ausgesetzt.

Wegen der eingegehenden Verbindung mit den Reichsstädten, ward Hamburg beauftragt, da sie diese Werk angefangen, es auch fortzusetzen. In einem Schreiben von Straßburg und Frankfurt am Main an Hamburg, erklärten sich diese Städte auch dazu geneigt. Sie sahen, so äußerten sie sich, die hohe Wichtigkeit der Sache ein; nur den vertrautesten Oberländischen Städten hätten sie davon einiges mitgetheilt, sie wünschten einen Entwurf zu dieser Verbindung zu erhalten, um so mehr, da nach dem, wie die comitia zu Regensburg liefen, der Ruin alles Handels gewiß sey, indem alle Geldausfuhr verboten und den höhern Ständen deshalb die Visitation zuerkannt werden wolle. Andern, wie Nürnberg, schien die große Entfernung dem Vorschlage im Weg zu stehen, sie meinten, daß man deshalb einen Tag zu Regensburg etwa halten solle, wo ohnehin vor fünf Jahren die erste Eröffnung wiederum durch Hamburg sey gemacht worden. Straßburg äußerte sich aber noch zuletzt ganz für die Verbindung, um so mehr wenn der Kaiser das Ganze sanctionire; auch setzen die drey ausschreibenden, Oberländischen Städte dafür, sie wollten nur erst den Ausgang des zu Lübeck zu haltenden Hanse-Tags abwarten.

Aber freylich fiel dieser schlecht genug aus, und damit sank denn auch, wie es scheint, dieses, früher schon mehrere Male in Berathung gekommene Project in sein Nichts zurück.

Und was war zu erwarten, wenn man vollends noch die folgenden Verhandlungen auf dieser letzten, allgemeinen, Hanfischen Tagfahrt vernahm?

Lübeck übergab ihre Forderungen und Rechnungen; sie wünschte einen förmlichen Abschluß, um wegen ihrer noch zu machenden Ansprüche gewiß zu seyn, und vielmehr, um beym gänzlichen Versall desselb, durch die etwa noch zu erhaltenden Einkünfte aus den Factoreyen, und den daselbst etwa noch vorhandenen Häusern sich bezahlt zu machen. Allein die übrigen Städte, eben so klug als Lübeck, montirten den angegebenen Vorschuß, wollten der Stadt ihre Rechnung nicht abnehmen, und da Lübeck vorschlug: ob es nicht gut sey, einen besondern Liquidations-Tag zu belieben und auszuschreiben; so antwortete Eöln: dieß möge immerhin geschehen, daß halb werde doch niemand erscheinen. Als nun der Lübeckische Senat über solches Verfahren der Versammlung seinen Unwillen erklären ließ, antwortete Eöln: wenn Lübeck erst die Richtigkeit seiner Forderung dargethan, so werde man sich erklären. Lübeck ward auf den nächsten allgemeinen Hanse-Tag vertröstet, dieser ward aber nie gehalten; und alle wußten wie schwer oder unmöglich es seyn werde, eine neue, auch nur so zahlreich besuchte Tagfahrt, und diese, je wieder zu Stande zu bringen.

Eben so unnütz war und blieb alles, was über den fernern Beytrag der einzelnen Glieder beschlossen ward. So blieb es zwar, daß Lübeck den vier Quartier-Städten; bey Abforderung des jährlichen Beytrags, auch jedes



Mahl die Rechnung mittheilen, und deshalb zum je-  
der Zeit mit Bremen und Hamburg sich vergleichen sollte;  
allein was stand davon zu erwarten, da es überall so  
höchst ungewiß war, ob irgend eine Stadt noch fernge-  
einen Beitrag liefern würde?

Alle Anwesenden begehrten ein geringeres Jahrge-  
b, als ehemals, zu entrichten, und wenn endlich nach völli-  
ger Mühe und manchem unnützen Worte man zum Ab-  
herrkömmlichen sich zu verstehen schien; so ward doch  
nicht besser, als vordem, dafür gesorgt, diesen Beitrag  
im Fall der Noth zu erzwingen. Zwar schlug Lübeck  
vor, alle die, welche säumig in Entrichtung ihres Jahr-  
gebts wären, und drey Jahre also beharrten, ipso facto  
auszuschließen; Hamburg und Bremen schienen geneigt,  
diesem Vorschlage beizutreten: allein andern dünkte  
dieß viel zu hart. Auch das konnte nichts fruchten, daß  
man den Beschluß fassen wollte von allen, seit dem J.  
1604, mit der Bezahlung rückständigen Städten, binnen  
drey Monaten, diese ihre Rückstände beizutreiben, da  
eher alles andere, als solche Summen auf Ein Mahl  
zu erhalten standen. Auch konnten die anwesenden De-  
putirten nur im Innern über einen solchen Beschluß lä-  
cheln, denn sie mußten die Schwierigkeiten ihn auszu-  
führen auf das lebhafteste fühlen.

Bei der Frage: ob und wer zu dem Hansischen  
Syndicate zu bestellen sey, fehlte es auch nicht an Bit-  
terkeiten, wie es nun einmahl auf dieser unglückseligen  
Versammlung Sitte geworden war. Nicht ohne Wider-

srück von Hamburg und Bremen setzte es Lübeck durch, daß ihrer Stadt Syndicus, Dr. Brauer, dazu bestellt ward. Denn jenen beyden mißfiel, daß er bereits zu alt und nicht über See reisen könne; sie wollten eine durchaus freye Wahl von den Quartier-Städten, von Hamburg und Bremen; sie wollten, daß er nicht stets in Lübeck residiren solle, sein Aufenthalt müsse wechseln, und Hamburg fügte hinzu, da wo die hohen Mächte ihre Minister hielten, da müßte billig auch des Hanfschen Syndicus Aufenthalt seyn.

Wenn ferner Lübeck fragte: Ob es nicht gut seyn möchte, bey fremden Potentaten um Handelsfreyheiten nachzufuchen; so antwortete Bremen kurz und gut: das hieße nur Geld nach Bösen werfen.

Als aber endlich, nach achtzehn ehrbaren Sitzungen, vom 29. May bis zum 11. Junius, ihre Wohlweisheiten so wenig förderliches zu Stande gebracht, ein Schluß aber gefaßt, und der Receß entworfen werden sollte; da entstand ein solches Geschrey, und es zeigten sich so viele Widersprüche, daß man nach Lübecks Meinung besser thun würde, gar keinen Receß zu verfassen. Da man aber doch eine große Achtung für alte Sitte hegte, und die leere Form außerordentlich respectirte, während man vom alten Geiste nichts mehr besaß; so kam endlich ein solcher Receß, wie man ihn wünschte, in großer Kürze zu Stande, worin denn alle bedeutende Punkte aufgeschoben und unentschieden blieben, dagegen der Abschied nach alter Weise und in flüchtigen Ausdrücken,

unter Lübeck's Siegel, aufs herrlichste ausgefertigt ward, also daß die Lübeck'schen Canzellisten allerdings etwas, der alternde und sterbende Bund aber gar nichts, dadurch gewann. Auch die Conföderations-Acte, von dem Jahre 1604, ward einzeln jedem abschriftlich mitgetheilt, mit der beliebten Verbesserung, daß Lübeck zwar mit den Wendischen Städten, in der Ermangelung aber, da einige von ihnen, außer Stand gekommen, mit Hülfe Bremens das Aus Schreiben besorgen und diese somit den engern Ausschuss bilden sollten.<sup>52</sup>

Dieses war, so viel bekannt ist, der letzte Act des weiland so mächtigen Bundes, und wahrhaftig es bedurfte auch keines weitem, wenn alle andere so ausfallen sollten.

Was die drey neuern Hanse-Städte, Lübeck, Hamburg und Bremen, denen noch zuweilen Danzig sich zugesellte, später noch unternommen, das war etwas dem alten Bunde ganz fremdes; mit diesem Acte, vom Jahre 1669, war die alte Hanse zu Grabe gebracht.

Bei solchen Gesinnungen, wie sie in Deutschland herrschten, wie sie in den Städten lebten, bei solchen Gebräuchen in der Innern Verfassung, die nie geholt werden konnten, bei solchen Zerrüttungen im Innern des Reichs, bei solchem Anwachs der auswärtigen Mächte, was konnte anders noch erwartet werden?

<sup>52</sup> Die Erzählung dieses letzten Tags ist nach dem Recesß, den Protocollen und andern Acten diesen Tag betreffend, in d. Vol. 251 d. MSS. Brl. entworfen worden.

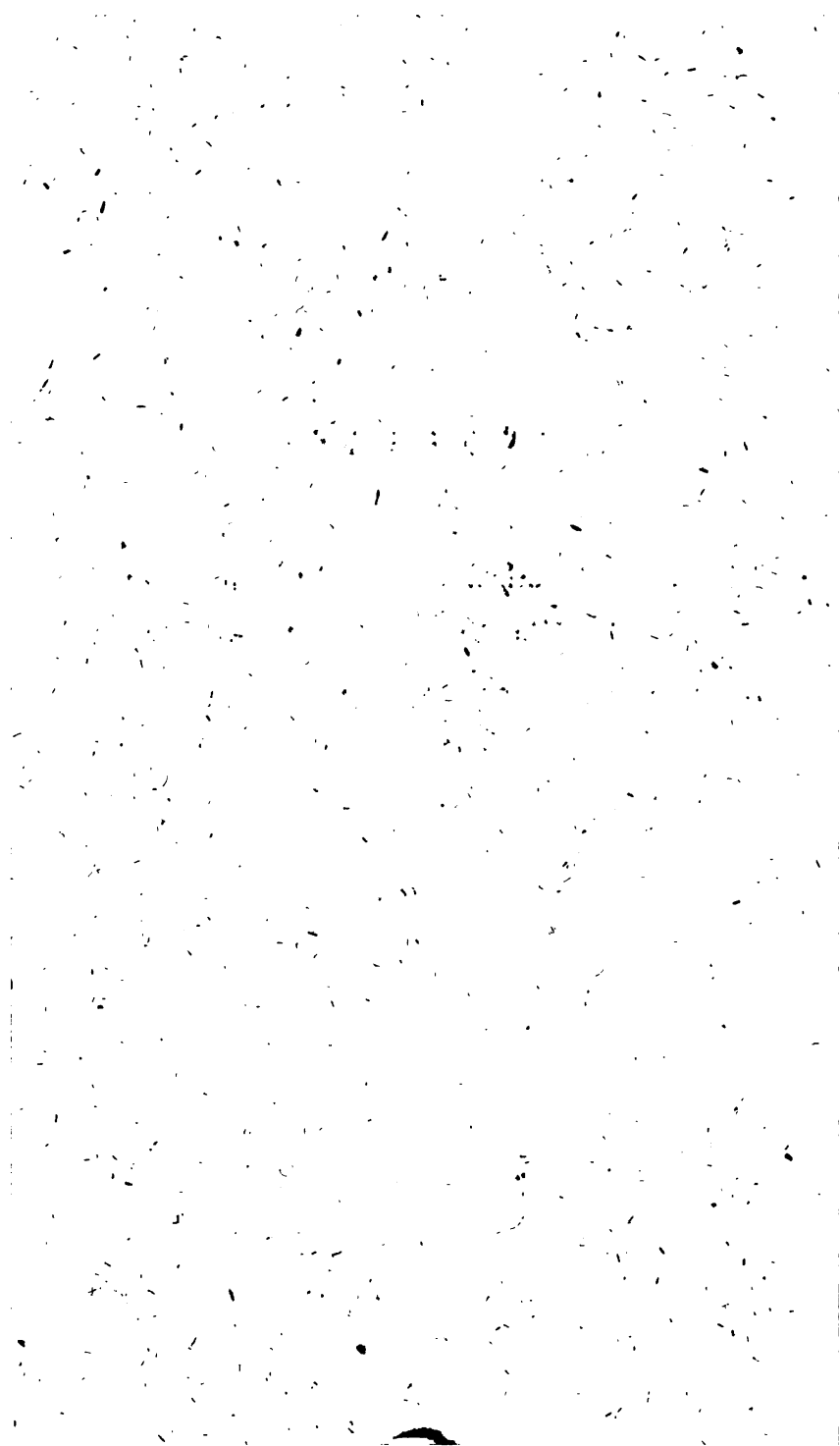
Schon aus der Veränderung der Sprache in den Verhandlungen und Beschlüssen ließ sich der Untergang und die Entartung abnehmen. Bis in die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts hielt sich noch die Sächsishe Sprache mit ihrer Kürze und Energie, dann entstand ein Gemengsel von Sächsisch und Hochdeutsch, und zu Anfang des siebenzehnten Jahrhunderts, als das letztere allein herrschend geworden war, drängten sich nun vollends eine Unzahl von lateinischen und Französischen Wörtern ein, welche den tiefen Verfall eigener Kraft, und das elende Nachäffen fremder Sitten und Gebräuche nur allzu deutlich bezeugten. Geräuschlos hatten sich die ersten Elemente des Bundes zusammengefügt, geräuschlos lösete er sich auf. Niemand konnte darüber erstaunen, jeder Verständige mußte dieß Ende längst erwartet haben. Wie der Freund dem leidenden Freunde, der vergebens der Gewalt des Todes widerstrebt, eine schnelle und sanfte Befreyung von allen Qualen wünscht; so mußte jeder, der diesem Bunde wohlgewillt, seiner eigenen Ehre wegen, ihm ein gleiches Schicksal gönnen. Niemand konnte mehr helfen, denn eine allgemeine Ohnmacht drückte Vielen auf das Ganze.

Der Weltgeist schritt und schreitet fort, unbekümmert um die Klagen und den Untergang der Einzelnen; es wankte in sturmvollem Togen der Glaube nicht, daß er über dem Ganzen walte!

## **B e y l a g e.**

---

**Verzeichniß vornehmlich der gedruckten, oder  
in Druckschriften erwähnten Urkunden und  
Actenstücke, welche zur dritten Periode  
gehören.**



---

## Beilage.

Verzeichniß vornehmlich der gedruckten, oder in  
Druckschriften erwähnten Urkunden und Acten,  
welche zur dritten Periode gehören.

---

1497 apud Westmonasterium, 28. Apr.: Henrici  
VII, Angliae regis, diploma de communi-  
cando cum rectoribus Hanzae.

Abgedruckt bey Rymer T. V. P. 3. p. 112.

1498 Bahusen, am mytweken negest na Lucie  
virginis: Privilegium Johannis, regis Daniae,  
Hansae Teutonicae datum.

Abgedr. bey Willebrandt, III. S. 83.

1499 Brüssel, 14. October: Königs Philipp von Castilien,  
Herzogs von Oestreich, Confirmation des Stapels  
zu Brügge.

Angef. im Invent. MS.

Aus dem 16ten und 17ten Jahrhunderte: Specification  
und Extract aller derjenigen Privilegien und Frey-  
heiten, so die Bürger, Einwohner und Handels-  
leute der Reichs- und Hanse-Städte des h. Röm.  
Reichs, auf der Messe zu Lion, und sonst allen  
andern Städten und Orten des Königreichs Frank-  
reich zu genießen haben.

Abgedr. bey Lünig, T. XVI. P. spec. Cont.  
IV. Th. II. Forts. S. 219. — Die Ueberschrift ist  
von Lünig; in dem Texte kommt nichts von Hanse-  
Städten vor, vielmehr werden immer nur Deut-  
sche Reichsstädte erwähnt. Es sind in diesem Auf-

sage die Auszüge aus den Privilegien erhalten, welche die (Ober-) Deutschen Reichsstädte von den Königen von Frankreich, von Franz I. an bis auf Lud. XIII. (1515–1617), erhalten haben. Sie beziehen sich vorzüglich auf die Messe zu Lion, und die ihnen daselbst bewilligten Freyheiten. Der Aufsatz ist wahrscheinlich gegen Ende des 17ten Jahrhunderts gemacht, und von dem Ausschusse der Oberdeutschen Reichsstädte Ludwig XIV. übergeben worden, um die Erneuerung und Bestätigung dieser alten Freyheiten zu erhalten. Es heisst am Ende: *Supplient donc très humblement Sa Majesté, les princes, consuls et Sénats des républiques et villes impériales de Strasbourg, Augsbourg, Nuremberg, Francfort, Ulm et autres de vouloir, à l'exemple glorieux de ses illustres ancêtres, avoir la bonté de rétablir à leurs marchands leurs dits privilèges u. s. p.* — Hier ist demnach gar nicht von Hanse-Städten die Rede. Oberdeutsche und Niederdeutsche Städte sind in ihrem Verkehr ganz von einander getrennt und meist feindselig gegen einander gewesen. Es ist gar nicht bewußt, daß Hanse-Städte einen Verkehr nach Lion gehabt hätten. Von den vielen in diesem Aufsatze befindlichen Privilegien kommt auch weiter in Hansestädten Nachrichten keine Spur vor, und ihre Erwähnung auf die Hanse-Städte ist eine bloße Erfindung des leipziger Stadtschreibers. In den Privilegies des Suisses, Yverdon, 1770, in 4. kommen diese von König angeführten, den Deutschen Reichsstädten von den Königen von Frankreich ertheilten Freyheiten wiederum vor, obwohl hier und da mit einigen minder bedeutenden Veränderungen, wenn es anders nicht Schreib- oder Druckfehler sind. Es ist nicht unwahrscheinlich,



daß der Herausgeber der Privilegien des Süßses sie aus Lönig entlehnt habe. Es sind aber diese Auszüge der einzelnen Privilegien aus dem angeführten Grunde weiter gar nicht in diesem Verzeichnisse bemerkt worden, weil sie, unserer Uebersetzung nach, durchaus nicht hierher gehören. Auch die Waren, die in diesen Privilegien genannt werden, sind offenbar solche, welche die Niederdeutschen Städte zum Theil allein hatten, und womit sie allein einen Handel treiben konnten.

Aus der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts:  
*Articuli per commissarios regiae celsitudinis Angliae, pro componenda controuersia, Hanseaticis, per modum appunctuatorum, propositi.*

*Articuli commissariorum legatorum Anze Teutonice, post longas, multasque disceptationes, cum commissariis Regiae celsitudinis Angliae, pro componenda controuersia, in modum appunctuatorum, propositi.*

Abgedr. in Häberlins Anal. med. aevi. S. 204, 209. ohne daß Jahr und Tag weiter angegeben wären. Sie sollen, wie aus dem Inhalte erheller, unbezweifelt in die Zeit der Regierung der Königin Elisabeth. Die erste Urkunde, wie aus einem Ausdrücke S. 207 sich ergibt, in oder um das Jahr 1580, und die andere fällt vielleicht in die Zeit kurz darauf, einige Jahre nachher.

1503 Lissabon, 13. Jan.: König Emanuel von Portugal ertheilt den Kaufleuten von Augsburg und andern Deutschen, die sich in Lissabon niederlassen, mehrere Freiheiten.

Abgedr. in N. D. Cassels Privilegien und Freiheiten, welche die Könige von Portugal ehedem den Deutschen Kaufleuten zu Lissabon ertheilt haben. Bremen, 1771, 4. S. 5.

1504 vergl. 1564.

— Act of parliament. Bestätigung der Han-  
sischen Privilegien in England.

Anges. bey Anderson b. d. J.

— Lissabon, 3. Oct.:

1508 Almeirim, 16. März: König Emanuel von Portu-  
gal bestätigte zwei Briefe, die er den Deutschen

Kaufleuten gegeben, daß sie zu gefänglicher Haft  
nicht sollen gezogen werden, als allein durch den  
Oberrichter.

Abgedr. in J. P. Cassels Privilegien II. 177.  
S. 10.

1507 (Nykepinge, am midtwecken na visitationis  
Marie): Vergleich zwischen König Johann von  
Dänmark und der Stadt Lübeck nebst den Wend-  
ischen Städten und Danzig.

Abgedr. in Willebrandts Hansischen Be-  
gebenheiten, S. 119.

— am Sondag Quasimodogeniti: Verbindung  
zwischen Lübeck und den Dänmårsen.

Anges. von Dreher S. 223.

— Bergen, Frydages negeft na St. Matthaei  
Apostoli: Declaratio Christierni Königs von Dän-  
mark, von den schiffbrüchtigen Gütern.

Abgedr. bey Willebrandt, III. S. 84. Hier  
ist indeß offenbar ein Irrthum, denn im J. 1507  
regierte König Johann; entweder ist die Jahrzahl,  
der Name des Königs oder die ganze Urkunde  
falsch.

1508 Almeirim, s. 1504.

— besser 1510, apud Westmonast, 20. Febr.: Con-  
firmatio privilegiorum Hansae in Anglia per  
Angliae regem, Henricum VIII.

Abgedr. und eingeschlossen in dem Privilegio  
von Eduard VI. b. Marquard S. 143. Beyl. D,

Es heist daselbst: anno regni nostri primo, qui fuit 1508. Dieß muß ein Druckfehler seyn und ist wahrscheinlich 1510 zu lesen, vergl. den Index bey Rymer.

1508 Almeirim, 16. März: s. oben 1504.

1509 Confoederatio inter Fridericum, ducem Holstiae et Lubecam et Hamburgum, qua privilegia ciuitatum de immunitate theloneorum et jure circa bona naufraga in Holstia confirmantur, Duce etiam spondente, se in controversiis Lubecensium cum Christiano II. rege neutras partes secuturum.

Anges. von Dreyer S. 222.

— Sinistra (?), 30. Aug.: König Emanuel von Portugal ertheilt den Deutschen Kaufleuten, die in Lissabon wohnen, auf funfzehn Jahre mehrere Freyheiten.

Abgedr. in Cassels Privilegien, Programm von dem Jahre 1771. S. 11.

1510 s. oben S. 1504.

— Dalmeln (Almeirim), 22. Jan.: König Emanuel von Portugal ertheilt den Deutschen Kaufleuten in Lissabon das Bürgerrecht daselbst.

Abgedr. in J. P. Cassels Privilegien, Programm vom Jahre 1771. S. 15.

— Lübeck, Sonnt. Jubilate: Lübecks Kriegserklärung gegen Johann, König von Dänmark.

Abgedr. bey Huitfeld, 1676.

1511 Eine so genannte Kreuzküssung zwischen Russen und Hansen, des Handels auf Nowgorod und Wessow wegen.

Anges. von Dreyer S. 176.

— Die in Lissabon wohnenden Factore des Deutschen Kaufleute klagen bey dem Könige von Portugal,

daß einige dieser Factoren die Kosten zu Erlangung der Privilegien nicht mit tragen wollten.

Abgedr. in J. P. Cassels Fortsetzung der Privilegien u. Bremen, 1776. S. 11.

1511 Almatrim, 7. Febr.: Abhelfung einiger Klagen der Deutschen Kaufleute zu Lissabon und Vermehrung ihrer Privilegien.

Abgedr. in J. P. Cassels Fortsetzung u. S. 7. Postscriptum II. voco tractatus hat ein Privilegium vom König Emanuel von Portugal den Deutschen ertheilt, vom 7. Febr. 1411: allein 1411 regierte kein König Emanuel daselbst, und auch kein Kaiser Maximilian, wovon in diesem Privilegio die Rede ist. Wahrscheinlich ist 1511 zu lesen, es ist aber die bey P. befindliche Urkunde von der bey Cassel unter diesem Dato verschrieben.

— Lissabon, 10. Nov.: Der König von Portugal erklärt, daß alle die Deutschen, welche zu Lissabon sind, die Kosten zu Erlangung der Privilegien mittragen, oder aber von dem Genuß derselben ausgeschlossen seyn sollen.

Abgedr. in J. P. Cassels Fortsetzung der Privilegien. Bremen, 1776. S. 12.

1512 Malmoe, am St. Georgens Tag: Vertrag zwischen Lübeck und den Wendischen Städten von der einen Seite, und Dänmark von der andern zur Herstellung des Friedens.

Abgedr. bey Hultfeld, 1081.

— Copenhagen, am Dinstage nach Marie Evangeliste: Bestätigung der Hansischen Privilegien durch König Johann von Dänmark.

Angest. von Dreyer S. 49.

1519 Copenhagen, am Tage Sante Annen: Privilegium Königs Christian II. von Dänmark für die Hansestädte.

Abgebr. bey Willebrandt, III. S. 84.

1515 Copenhagen, am Sonnabend infra octavas assumptionis Marie virginis: Privilegium Chelmeri von Dänmark dem Kaufmanne in Norwegen verliehen.

Abgebr. bey Willebrandt, III. S. 86.

— Evora, 24. Dec.: Privilegium Johannis III. Königs von Portugal, für die fremden Kaufleute in Lissabon, nach Cassels Progr. vom Jahre 1776. S. 12, ist falsch, und gehört zum J. 1524, s. dasselbe.

1517 Lissabon, 28. Apr.: Emanuel, König von Portugal, erklärt die Kaufleute von der Hanse für Deutsche, ertheile ihnen dieselben Privilegien, die jene genießen, und sollen sie dauern, bis er sie ihnen Ein Jahr zuvor ankündigt.

Abgebr. in J. P. Cassels Programm v. J. 1776. S. 15.

— Lissabon, 18. Sept.: König Emanuel von Portugal erklärt die Hanseaten der Privilegien der Deutschen Kaufleute theilhaftig, und dürfen sie, bis zum Belauf von 10000 Ducaten und darüber, Handelsgeschäfte betreiben.

Abgebr. in J. P. Cassels Programm vom Jahre 1776. S. 16.

— Almeirim, 8. Dec.: König Emanuel von Portugal befreit die Oesterlinge von allem Zoll von dem durch sie eingeführten Schiffbauholze.

Abgebr. in J. P. Cassels Programm vom Jahre 1776. S. 17.

1520. Caleſii, 10. Jun.: Declaratio Henrici VIII., regis Angliae, de tractando cum ambaffiatoribus Hanſae Teutonicae.

Abgebr. bey Willebrandt, III. 86. Rymer T. VI. P. 1. p. 186.

1523. Lübeck, 15. Febr.: Allianz zwifchen der Stadt Lübeck und dem Herzoge Friedrich von Holſtein gegen König Chriſtian II. von Dänmark.

Abgebr. bey Huitfeld 1202 - 1205.

— Lübeck, Mandages negeſt na Inuocauit: Lübeck und ihrer Verwandte Manifeſt gegen König Chriſtliern von Dänmark.

Abgebr. bey Willebrandt, II. S. 129; Dänifch bey Huitfeld 1226.

— Strengnäs oder Strengenife, Merwods in den Octaven corporis Chriſti: König Guſtavi in Schweden Privilegium für die Stadt Lübeck, Danzig und ihre Verwandten, und beſonders die daſelbſt befindliche Holmenſahrer - Geſellſchaft betreffend.

Abgebr. bey Lünig P. ſp. Cont. IV. Th. I. 1347; Marquard Beyl. lit. F. S. 259; Willebrandt II. 137.

1524 Copenhauen, am dage aſſumptionis Marie: Friedrichs I., Königs von Dänmark, vorläufige Confirmation der Privilegien in Norwegen.

Abgebr. bey Willebrandt, III. S. 88.

— Malmoe, 1. Sept.: Schiedsrichterliche Urkunde der Wendifchen Städte für die Könige von Dänmark und Schweden.

Abgebr. bey Huitfeld 1271.

— Copenhagen, 11. Sept.: Friedrichs I., Königs von Dänmark, Beſtätigung der Privilegien vor die Wendifchen Hanſee - Städte und Danzig, daß ſie

nach Schonen und in andere Dänische Provinzen freye Handlung haben sollen.

Abgedr. bey Marquard Lit. E. i. S. 243.  
König T. XIV. Pars spec. Cont. IV. 28. A.  
Forts. S. 45.

- 1524 Evora, 23. Dec.: König Johann III. von Portugal befreit die fremden Kaufleute zu Lissabon von der einheimischen Kleiderordnung, und erlaubt ihnen auf Marktfeln und Pferden zu reiten.

Abg. bey Cassel in seiner Forts. der Programme von dem Jahre 1776, S. 13. 14. Die von ihm angeführte Jahrzahl 1515 ist aber offenbar falsch, denn damals regierte König Emanuel, nicht K. Johann. Das MS. Brf. Vol. 245. hat 1524 und statt den 24. Dec. den 23.

- 1528 Lissabon, 26. Aug.: König Johann III. von Portugal bestätigt den Desterlingen das vom König Emanuel ihnen ertheilte Privilegium vom 8. Dec. 1517.

Abgedr. in Cassels Programm vom J. 1776. S. 13.

- Lissabon, 2. Sept.: Johann III., König von Portugal, bestätigt die von seinem Vater, den 18. Sept. des Jahres 1517, den Desterlingen und Hanseaten ertheilten Freyheiten.

Abgedr. in J. P. Cassels Forts. Progr. vom Jahre 1776, S. 18.

- Lissabon, 2. Sept.: Johann III., König von Portugal, bestätigt die von seinem Vater, d. 28. Apr. des J. 1517, der Stadt Lübeck und den Hanfen ertheilten Privilegien.

Abgedr. in J. P. Cassels Forts. Programm vom J. 1776. S. 19.

1529 *Middeweken na Petri et Pauli apostolorum:*  
Verbindung zwischen Lübeck und den Dismarsen.

Angef. von Dreper, S. 223.

1532 Kopenhagen, Donnerstag nach Philippi Jacobi:  
Entwurf eines Vertrags zwischen König Friedrich I.  
von Dänmark und Lübeck nebst den Wendischen  
Städten gegen die Holländer.

Abgedr. bey Huitfeld 1384.

— Kopenhagen, Freytag nach Margarethen Tag:  
Urkunde, wodurch Friedrich I. von Dänmark den  
Lübeckern verspricht, ihr Interesse bey'm Ab-schluß  
mit den Niederländern zu wahren.

Abgedr. bey Huitfeld 1390.

— Kopenhagen, 9. Jul.: Vertrag zwischen dem Kö-  
nige Friedrich I. von Dänmark, den Holländern  
und Wendischen Städten.

Abgedruckt bey Huitfeld 1389.

— Bergen, vp Weynachten auent, 24. Dec.: Er-  
klärung wegen eines Aufruhrs, so zwischen den  
Schotten und dem Kaufmann in Bergen vorge-  
fallen.

Abgedr. bey Willebrandt III. 89.

1534 Lübeck: Verbindung zwischen Lübeck und dem Gra-  
fen Christoph von Oldenburg.

Abgedr. bey Huitfeld 1415.

— Lubecae, vltima Maji: Oratores missi per  
senatores villae de Lubicke ad tractandum  
de quibusdam injuriis, Domino regi (An-  
gliae) illatis, per pontificem Romanum.

Abgedr. bey Rymer T. VI. P. 2. p. 214.

1535 Lübeck, Mandages negest na Joannis Baptiste  
decollationis: Zwey Recesse und Blusführen der  
Hansischen Städte, gegen den Ungehorsam des  
Comitairs zu Bergen.

Abgedr. bey Willebrandt, S. 90. 91.



1536 Hamburg, 14. Febr.: Friede zwischen König Christian d. III. von Dänmark und der Stadt Lübeck.

Abgedr. bey Huicfeld 1473.

1537 Paris, 20. Jan.: Privilegium König Franz I. von Frankreich für die Hanse-Städte.

Abgedr. bey Marquard, Beyl. Lit. B. S. 20, woselbst fälschlich Franz II. als der Geber dieses Freybriefs angeführt wird; — Königs R. A. T. XIV. P. spec. Cont. IV. Th. II. Forts. Nr. 17. S. 48; Dumont T. IV. P. II. 150; Leibnitz C. I. G. D. Mantissa 179; Léonard recueil des traités, T. III.

1558 . . . . . 26. Febr.: Einigung und Verständniß zwischen den Städten Hamburg und Magdeburg wegen der Schifffahrt und Niederlage.

Abgedr. in Wiberlegung des von der Stadt selbzig angemasteten Stapelrechtes, S. 77; Waltheri sing. Magdeb. IX. 424.

— Paris, 18. Dec.: Lettres Patentes portant confirmation des privilèges des proconsuls, sénateurs, marchands, anciens, aldermans, manants et habitans des villes et citez de la nation et Hanse Teutonique dits Osterlins. Reg. le 27. Juill. 1542.

Angef. in Blanchard compilation chronologique des ordonnances des rois de France. T. I. 520.

1540 Lübeck, Fridages nah natiuitatis Johannis Baptiste: Verabschiedung gemziner Hantischen Städte, dem Comtoir zu Bergen ertshellet.

Abgedr. bey Willebrandt, III. S. 93.

1542 Antwerpen, 9. Febr.: Vertrag zwischen der Stadt Antwerpen und den Hanse-Städten.

Abgedr. in Königs R. A. T. XIV. P. spec. Cont. IV. Th. II. Forts. Nr. 18. S. 49; bey Marquard Beyl. Lit. H. S. 282.

1547 apud Westmonaster., 20. Jun.: Eduardi VI.;  
regis Angliae, confirmatio privilegiorum  
Hansae.

Abgebr. bey Marquard, Beyl. lit. D. S. 1655  
Königs R. A. T. XIV. P. spec. Cont. IV. Th. II.  
Fortf. Nr. 19. S. 54.

— Coldingen, 16. Febr.: Privilegium Königs Chri-  
stian III. von Dänmark.

Erworben von Dreyer, S. 49.

1549 Kopenhagii, 16. Maji: Extractum ex Fride-  
rici II., regis Daniae, decreto pro civitatibus  
Hansae?

Abgebr. bey Werbenhagen, P. III. p. 265.  
Es ist die Jahreszahl oder der Name des Königs  
falsch, denn bekanntlich hat Friedrich II. von 1559 –  
1588 regiert. Der Inhalt findet sich in früheren  
und späteren Privilegien.

1552 Suspension der Privilegien des Stadthofes zu  
London.

Angef. von Anderson T. II. p. 90.

1553 à Paris, 20. Janv.: Privilege de Henri II., roi  
de France, pour les villes Hanséatiques.

Abgebr. in Marquard Beyl. B. S. 21; in  
Königs R. A. T. XIV. P. spec. Cont. IV.  
Fortf. Th. II. Nr. 20. S. 58; Dumont T. IV.  
P. III. 53; Léonard recueil T. III; Lon-  
dorp VII. 99; Recueil des traites de paix  
T. II. 694.

1553 Auszug eines Privilegii Christiani III., Königs  
von Dänmark.

Abgebr. bey Dreyer, S. 105.

1553 Londini, m. Octob.: Stephani Wintonien-  
sis episcopi, regni Angliae summi Cancellarii  
et consilii Anglicani, recessus eum legatis

Hanse, quo conuenit vt decretum de resignatione privilegiorum et libertatum Hanseaticorum in manus regias, tempore Eduardi VI. promulgatum, eis non debeat praeindicare, quo minus merces suas deinceps invehant et commercia in Anglia libere exerceant.

Angef. bey Dreher, S. 280.

1553 apud Westmonaster., 1. Nov.: Mariae, reginae Angliae, confirmatio privilegiorum Hanseaticorum et concordiae Traiectinae.

Angef. von Dreher, S. 280-281; er rechnet diese Urkunde zu dem Jahre 1554, da es aber daselbst heist anni. regni mei primo, so muß 1553 gelesen werden, vergl. Rymer's Index bey diesem Jahre.

1554 apud Westmonasterium, 15. Jan.: Maria regina Angliae, pro mercatoribus de Stillyard.

Abgebr. bey Rymer, T. VI. P. 3. p. 15.

— apud Westmonasterium, 17. Jan.: Declaratio Mariae, reginae Angliae, pro mercatoribus de Hanse.

Abgebr. bey Rymer, T. VI. P. 3. p. 15. und schlechter bey Willebrandt, III. S. 94.

— Gottorf, 15. Jul.: Schreiben Herzogs Adolfs von Holstein an dessen geheimen Secretarium Georg Körper, wegen der Stadt Kiel, in wiesern sie zur Hanse gehöre.

Abgebr. bey Willebrandt, III. S. 95.

— Lübeck, 22. Jul.: Statuta des Lundschen Contors, wie dieselbe von gemeiner Erb-Anse-Stadt Gesondren zu Lübeck aufs neu übersehen und in Ordnung verfaßt worden.

Abgebr. bey Marquard Beyl. D. S. 208; Lünig, T. XIV. Pars spec. Cont. IV. Fortf.

26. II. Nr. 22. S. 59. Die noch einem Mf. bemerkten abweichenden Lesarten, bey Haeb-  
lin anal. med. aevi, p. 151.

1555 Odense, 20. Sept.: Notul des Compromisses  
zwischen J. R. Maj. v. Dänemark und den An-  
sehn Stettorn.

Abgedr. bey Willebrandt, III. 96.

1556 Nicolai Wolff, Secretarii Lubecensis, Sum-  
marische Ertzellung etlicher fürnehmer Frei-  
heiten und Prerogativen, wider welche  
gemeine Erb. Anseht in dem Kunigreich En-  
gellandt zu mercklichem Abbruch Iher althen  
Privilegien vnd Gerechtigkeit, am hochsten  
beschwerdt werden. Neben einer Artickels-  
weis angehenckten erclerung, was Schaden  
und Mißhechligkeit gemeinen Erb. Stetten und  
derselben Burgerschaft zu erwarten, so sol-  
che Beschwarnus nicht am fürderlichsten hin-  
weggenommen und abgeschafft werden sol-  
ten; zusambt auch vilen angehenckten Ar-  
tickeln, waruff gemeine Erb. Wendische und  
Quartir Stett, so am Tag Margrethe negst bin-  
nen Lubeck versamlet gewest, den andern  
samptlichen vnd algemeine Erb. Antzeßet  
vff Dionisii schirstkunfftig zu Tag vorschrie-  
ben, für Rathsam angesehen vnd hochnothig  
eracht haben.

Abgedr. in Haebelin analect. med. aevi.  
P. 173.

1558 . . . . . Scripta assertio iurium Hanse-  
ticorum circa domum Styliard.

Abgedr. bey Marquard, Lit. D. S. 184.

— Moskau, im Jul: Begnadigungsbrief des Russi-  
schen Czaren, Feodor Iwanow, für Lübeck und  
andere Hanse- Städte.

Abgedr. bey Willebrandt, III. 163.

1560. Odensee, 25. Jul.: Odensefær-Necess und Confirmation der alten Privilegien in Dänmark und Norwegen, durch König Friedrich II.

Abgedr. in Marquard Lit. L. 4. S. 249–255; Lünig & N. N. T. XIV. P. spec. Cont. IV. Th. II. Fortsetzung S. 83; Dumont V. P. I. 67; Aitzema Saaken van Staat en Oorlogh ed. in fol. I. 77.

— Odensee, 25. Jul.: König Friedrichs II. von Dänemark Confirmation aller von seinen Vorfahren den Hanseestädten erteilten Privilegien.

Abgedr. b. Lünig, T. XIV. P. spec. Cont. IV. Th. II. Fortf. S. 89. Marquard a. a. D. S. 256.

1561. Stockholm, 24. Jul.: Bestätigung der Hanseischen Privilegien durch König Erich von Schweden,

Angef. von Dreper, S. III.

1561. Brüssel, 15. Jan.: Philipp II., König von Spanien, bestätigt die den Hansen in den Niederlanden durch die Herzoge Anton und Johann von Brabant ihnen ehemals erteilten Freiheiten.

Abgedr. bey Marquard, Beyl. Lit. H. S. 289. Dieser Schriftsteller führt die Jahrzahl 1567 an; in den MSS. Brf. Vol. 220. findet sich eine, mit der bey Marquard abgedruckten, völlig gleichlautende Confirmation, auch das Datum ist sich durchaus gleich; nur die Jahrzahl ist verschieden. Das MS. hat 1561, und wahrscheinlich ist dieß die richtige Lesart.

1562 apud Westmonast., 2. Jan.: Schreiben der Königin Elisabeth von England an die Stadt Lübeck, worin sie diese bitter als Bürge für eine Geldanleihe einzutreten, welche sie bey ihren Nachbarn zu machen gedenkt.

Abgedr. bey Willebrandt, II. S. 175. — Er führt dieß Schreiben unter dem Jahre 1561 auf,

bei dem alten Kalender heißt: 2 die Januar 1567;  
regni vero nostri quarto, sonst dieß, nach der  
Englischen bekannten Rechnung, vergleiche Ap-  
pendera Index, das Jahr 1562.

1564. De Schrage tho Newwärtten.

Abgedr. bey Willebrandt, III. S. 100.  
Sichst wahrscheinlich aber ist 1504 zu lesen, ver-  
gleiche dasjenige, was im Text deshalb angeführt  
werden.

1566. Paris, au mois de Juillet: Lettres Patentes  
portant confirmation des privilèges accordés  
aux marchands des villes de la Hanse Teuto-  
nique. Reg. le 22 May, 1567.

Angef. von Blanchard in s. compilation  
des ordonnances des rois de France, T. I. 908.

1567 vergleiche 1561.

— Hamburg, ....: Erster, zwischen der Stadt Ham-  
burg und den Englischen Abventurieren wegen ih-  
rer zu Hamburg zu haltenden Residenz, geschlos-  
sener Vertrag.

Angef. in dem Vertrag von dem Jahre 1611;  
s. unten b. d. J.

1570 Stockholm, 24. Febr.: Stettiner Vertrag zwi-  
schen Lübeck und König Johann von Schweden.

Abgedr. bey Marquard, Bepl. lit. F. 2.  
S. 262; König, T. XIII. P. sp. Cont. IV. Th. I.  
1360.

1571 Lübeck, 15. Feb.: Recessus Hansae (das Comtole  
zu Bergen betreffend).

Abgedr. bey Willebrandt, III. S. 111.

— Stockholm, 24. Feb.: Bestätigung der Privilegien  
in Schweden durch König Johann.

Angef. von Dreyer, S. 111. Es scheint in-  
deß, daß sich diese Urkunde vorzüglich nur auf  
Lübeck bezogen hat.

(1572 Lübeck) f. d.: Statuta des Amderspischen Contors.  
Abgebr. bey Marquard, Beyl. Lit. H. S. 301;  
Lünig, T. XIV. P. spec. Cont. IV. Th. II. Fortf.  
S. 98.

— Lübeck, trinitatis: Statuta des Bergischen Con-  
thors.

Abgebr. bey Marquard, Beyl. Lit. Z. S.  
733; Lünig, T. XIV. P. spec. Cont. IV. Th. II.  
Fortf. S. 90.

1576 Verschiedene Actenstücke, die Verhandlungen Han-  
sischer Angelegenheiten auf dem Reichstage zu Re-  
gensburg betreffend, im Auszuge.

Abgedruckt bey Häberlin N. I. Kg. B. X.  
404 - 415; B. XI. XII. S. 256 ff.

1578 . . . . Aufhebung der Hanstischen Privilegien in  
England, durch die Königin Elisabeth.

Angef. in Chalmer's collection of treaties,  
I. 99. von Anderson, II. 145.

1579 . . . . Beschluß der Hanse-Städte eine Abgabe  
von 7½ Procent von allen, bey ihnen durch die  
Engländer ein- und ausgeführten Gütern zu er-  
heben, und Repressalien von Seiten Englands.

Angef. von Anderson, II. 146.

— Receß (des Hanse-Tags von diesem Jahre) die  
Conföderation betreffend.

Abgebr. bey Willebrandt, Vorbereitung,  
I. S. 30.

— Lübeck, 11. Aug.: Extractus Protocolli des zu  
Lübeck gehaltenen convent. Hanseatici.

Abgebr. bey Willebrandt, III. S. 116.

1580 Articuli, per commissarios regie celsitudinis  
Angliae, pro componenda controversia, pro-  
positi.

Siehe oben zu Anfang des sechszehnten Jahr-  
hunderts.

1381 **Wied.**, 6. Aug.: Der Stadt Lübeck, samt gemeiner Hanse-Stett, Schreiben an die Röm. kais. Majestät.

Abgedr. im Auszuge in Häberlins n. Teutsch. Kg. B. 12. S. 267. Es kommen dafelbst und in den folgenden Bänden mehrere Auszüge aus Schriften vor, die in den Engliſch-Hanſiſchen Angelegenheiten am Reichstage ſind verhandelt worden, ein vollſtändiger Abdruck aber nicht.

1382 **Wied.** Verschiedene Acten-Stücke, die Verhandlung Hanſiſcher Angelegenheiten auf dem Reichstage betreffend, im Auszuge.

Abgedr. bey Häberlins n. Teutsch. Kg. B. XII. S. 252 ff. vergl. Hoffmanns Samml. von Urkunden, Th. I. besonders S. 510 ff.

— **Augsb.**, 27. Sept.: Kaiser Rudolphs II. Resolution auf der Engliſchen Geſandten Anliegen, die den Hanse-Städten in England entzogenen Privilegien betreffend.

Abgedr. bey König, T. XIV. P. spec. Cont. IV, Th. II. Fortf. Nr. 26. S. 123; Hagemeyer de foedere civitatum Hanſ. Beyl. Nr. 4.

1383 **Grenvici**, 10. Cal. Maji: Litera Elifabethae, reginae Angliae, ad Rudolphum Caesarem.

Abgedr. bey Hagemeyer, Beyl. Nr. 5.

— **Ebersdorf**, 7. Jun.: Responsum Rudolphi Imperatoris ad Elifabetham, reginam Angliae.

Abgedr. bey Hagemeyer, Beyl. Nr. 6.

1385 à **Dorpat**, 16. Juill.: Lettre de Stanislas Lochnitzky, secrétaire et économiste du roi de Pologne à Dorpat, aux bourgeois de Lubeck établis dans leur comtoir à Plescov.

Abgedr. in Scherer commerce de la Russie, T. II. 167.



1585 Plefcov, 28. Jul.: Réponse des dits bourgeois de Lubeck à Stanisl. Lochnitzky.

Abgedr. bey Scherer I. c. T. II. 169.

— London, 3. Oct.: Antwort der Königin Elisabeth von England den Händischen, besonders Hamburgischen Deputirten ertheilt.

Angef. in d. Notariats-Instrument vom 38. Oct. 1587 in (Pratjen's) Herzogthümern Bremen und Verden, Samml. 6. S. 226.

1587 Auricae, 15. Jun.: Literae Eduardi, comitis Frisiae orientalis, ad Elisabetham, reginam Angliae.

Abgedr. bey R y m e r, T. VII. P. I. p. 4.

— Coloniae Agrip., 29. Jul.: Literae consulum et senatus Imperialis ciuitatis Coloniae Agripinae ad Elisabetham reginam Angliae.

Abgedr. bey R y m e r, T. VII. P. I. p. 6. Rubricirt unter dem angeführten Jahre, unterzeichnet, doch scheint dieß ein Druckfehler, 1586.

— Hamburg, 22. Aug.: Decret des Raths zu Hamburg für die Englischen Adventurer ihrer begährten Residenz wegen.

Angef. in dem Notariats-Instrument vom 38. Oct. des Jahres 1587 in (Pratjen's) Herzogthümern Bremen und Verden, Samml. 6. S. 229.

— Stadae (zwischen August und October): Privilegia, quae a senatu et ciuitate Stadenfi Anglicae societati, ibidem residentiam et negotia sua habiturae, conceduntur.

Abgedr. in (Pratjen's) Herzogthümern Bremen und Verden, Samml. 6. S. 211.

— Stade, 38. October: Instrumentum notariatus wegen dessen, was A. 1587 den 28. und 30. Oct. von den Abgesandten des Raths zu Hamburg auf

dem Rathhause zu Stade, wegen der Engländi-  
schen Gesellschaft vorgetragen, und von Seiten des  
Raths zu Stade darauf geantwortet worden.

Abgedr. in (Prasen's) Herzogshümer Bremen  
und Verden, Samml. 6. S. 222.

1588 Lübeck, 15. Jun.: Interims - Vergleich zwischen  
denen Städten Lübeck und Hamburg an einem,  
dann der Stadt Lüneburg am andern Theile, we-  
gen des Zolls zu Eßlingen.

Abgedr. bey König, T. XIV. P. spec. Cont.  
IV. Th. II. Fortf. S. 649; im rechtlichen Beden-  
ken über die Freyheit der annonae Lüneburgen-  
sis von den Zöllen zu Eßlingen. Lüneb. 1708.  
Beyl. F.; in der Bergedorfschen Landesverfas-  
sung, 749.

— (int Jahr van Schoppinge der Welde 7096)  
Muscow, Jul.: Privilegium des Kaisers und  
Großfürsten aller Reussen, Feodor Iwanowit, für  
die Lübecker und andere freye Städte.

Abgedr. bey Willebrandt, III. S. 163.

1589 Lissabon, 19. Dec.: Bestätigung der Privilegien  
der Deutschen Niederländischen und fremden Kauf-  
leute in Portugal, durch König Philipp II.

Abgedr. in J. P. Cassels Fortsetzung, Pro-  
gramm vom Jahre 1776, S. 14.

1591 Lübeck: Hansisches Seerecht und Schifferordnung.

Abgedr. bey Berdenhagen, P. VI. S. 105;  
Engelbrecht corp. jur. naut. I. 116.

— Grenowici, 4. Maji: Elisabetha, regina Angl.,  
ad Christianum, ducem Saxoniae.

Angef. in der Antwort des Kurfürsten und Her-  
zogen Christians, vom 12. Aug. 1591, bey Rymer  
I. 11. 41.

1591 Grenowici, 9. Maji: Elisabethe, regina Angliæ ad Casimirum comitem Palatinum.

Anges. in des Pfalzgrafen Antwort, vom 7. Jul. desselben Johrs, Rymer, VII. 1. 58.

— Heydelbergæ, 27. Jul.: Litera Johannis Casimiri, comitis Palatini Rheni, ad Elisabetham, reginam Angliæ.

Abgedr. bey Rymer, T. VII. P. 1. p. 58.

— Walthemii, 12. Aug.: Litera Christiani, Electoris et ducis Saxoniae, ad Elisabetham, reginam Angliæ.

Abgedr. bey Rymer, T. VII. P. 1. p. 61.

— Elbingæ, vltima Octobris: Ad reginam Angliæ, Elisabetham, a proconsule et consule ciuitatis Elbingensis literæ.

Abgedr. bey Rymer, T. VII. P. 1. p. 76.

1592 Warsowiae, 20. Januar.: Sigmundi, regis Poloniae, litera ad reginam Elisabetham Angliæ super sede mercatorum Anglicorum Elbingæ confirmanda.

Abgedr. bey Rymer, T. VII. P. 1. p. 87.

Rubricirt unter dem J. 1592, allein unterzeichnet 1591.

— Hamburgi, 24. Augusti: Proconsulum et Senatorum urbis Hamburgensis literæ ad reginam Angliæ, Elisabetham, super iustitia denegata.

Abgedr. bey Rymer, T. VII. P. 1. p. 98.

— Elbingæ, 23. Decembris: Literæ proconsulum et consulum ciuitatis Elbingensis ad reginam Angliæ Elisabetham, super residentia mercatorum Anglica ibidem.

Abgedr. bey Rymer, T. VII. P. 1. p. 103.

1593 Pragae, 25. Jul.: Litera, nomine Imperatoris Rom. Rudolphi II. ad Elisabetham, reginam Angliae, scripta super propositionibus Christophori Porchingini.

Abgebr. bey Rymmer, T. VII. P. 1. p. 123.

1594 Stockholm, 25. Jun.: Privilegium Königs Siegmund von Schweden.

Angef. von Dreher, S. 111. Es scheint jedoch sich bloß auf Lübeck bezogen zu haben.

— ? . . . 27. Jun. et sqq.: Negotiationes Christophori Parkins, legati reginae Angliae, Elisabethae, apud Imperatorem Rom. Rudolphum II. transactae.

Abgebr. bey Rymmer, T. VII. P. 1. p. 149. Nach Häberlin N. L. N. S. T. 18, S. 129 u. ff. ist es wahrscheinlich, daß Rymmer diese Unterhandlungen unter ein falsches Jahr gesetzt hat.

1595 Extract. recess. ciuitatum Vandalicarum (das Comtoir zu Bergen betreffend).

Abgebr. bey Willebrandt, III. S. 118.

— Lübeck, 18. Sept.: Lübeck's und der Hanse-Städte öffentliche und geheime Instruction für ihren Abgeordneten nach Rußland, Zacharias Meyer.

Abgebr. bey Willebrandt, II. S. 277. 279.

1597 Prag, 1. Aug.: Mandat des Kaisers, Rudolph II. gegen die Engländer.

Abgebr. im Auszuge bey Häberlin, B. 20; Metern, Buch XIX. S. 819; Rhevenhiller, Buch V. S. 1986. Jedoch mit falschen Jahreszahlen. Vollständig in Mosers Samml. der Crauß. Abscheide, Th. 3. S. 258.

— Embdae, 18. Octobris: Literae excusatoriae consulum et senatorum vrbis Embdae Frisiae orientalis ad Elisabetham, reginam Angliae.

Abgebr. bey Rymmer, T. VII. P. 1. p. 193.

1597 Groningae Frisiorum, pridie Cal. Novembr.: Literae consulum, senatus et tribunorum plebis civitatis Groningensis ad Elisabetham, reginam Angliae, quibus denunciant se paratos esse mercatores Anglicanos excipere.

Abgedr. bey Rymer, T. VII. P. 1. p. 195.

— Gottorp, Cal. Decembr.: Johannis Adolphi, ducis Seleswigae, Holsariae etc. literae ad Elisabetham, reginam Angliae, super edicto Imperatoris Rudolphi II. contra mercatores gentis Anglicanae.

Abgedr. bey Rymer, T. VII. P. 1. p. 196.

— 12. Dec.: Schreiben der Königin Elisabeth von England, wegen des kaiserlichen Mandats, an Georg Friedrich, Markgrafen von Brandenburg, nebst einem andern an den damaligen Kurfürsten von der Pfalz.

Angef. aus d. indice MS. Onoldin. in Håberlins N. T. R. G. Th. 21. S. 506.

— Harburgi, 21. Dec.: Ottonis, ducis Brunsvicensis, literae ad Elisabetham, Angliae reginam, super edicto Imp. Rudolphi II.

Abgedr. bey Rymer, T. VII. P. 1. p. 196.

1598 Lübeck, 3. Aug.: Mandat Lübecks und anderer Hansestädte gegen Vorkauf.

Lünig, P. gen. Th. I. p. 501.

— . . . 13. Jan.: Die Königin Elisabeth von England verweist die Hansen aus England und befiehlt ins besondere denen auf dem Stoltshof zu London, daß sie ihn bis 3. 28. Jan. verlassen sollen.

Abgedr. in Wheeler's tr. of commerce nach Mössers par. Phant. III. 173. Angef. in Håberlins N. T. R. G. Forts. von Senfensberg, B. 21. S. 506, nach d. Ind. MSS. arch. Onold. T. LXXI. Nr. 5.

1598 . . . . 1. März: Burschf. der Hanse. Städte  
an den Reichstag zu Handhabung des kaiserlichen  
Mandats vom vorigen Jahre.

Angef. in Häberlin's R. T. N. G. Th. 21.  
nach d. Ind. MSS. arch. Onold. T. LXXI. Nr. 1.  
wobei verschiedene andere hierher gehörige Acten-  
stücke und Schreiben erwähnt werden.

1599 . . . . 20. Aug.: Verbot des Königs von Schwe-  
den, sübeckische Schiffe zu befrachten.

Abgedr. in Stierman Samling, I. 447.

— Embdae, 19. Nov.: Consulum senatusque  
urbis Embdae in Frisia orientali literae ad  
Elisabetham, reginam Angliae, super com-  
mercio libere exercendo.

Abgedr. bey Rymer, T. VII. P. 1. p. 206.

In den ersten Jahrzehenden des siebenzehnten Jahrhun-  
derts: Honorabilium Hanseaticarum civita-  
tum statuta et ordinationes, sive recessus,  
juxta conceptum D. Domanni, Synd. Hansae.

Abgedr. im Auszuge bey Werdenhagen,  
P. IV. S. 57.

In der zweyten Hälfte des siebenzehnten Jahrhunderts:  
Assertio jurium Hanseaticorum circa curiam  
seu domum Styliardanam et eo pertinenti-  
bus aedificiis, juribus et immunitatibus, us-  
que ad Gildhallam Teutonicorum inclusive.

Abgedr. bey Marquard Beyl. Lit. D. S. 184.

Zu Folge von Dreyers spec. jur. publ. Lubec.  
circa j. naufrag. p. 272. ist diese Schrift im  
Jahre 1657 im Druck erschienen.

1601 Stadae, 3. Feb.: Consulum et Senatorum rei-  
publicae Stadenfis literae super mercaturae  
commercio cum Anglis redintegrando.

Abgedr. bey Rymer, T. VII. P. 2. p. 11.

1609. Hambur<sup>(r?)</sup>burgi, pridie Calend. Martii: Ottonis, ducis Brunsvicensis, literae ad Elisabetham, Angl. reginam.

Abgebr. bey Rymer, T. VII. P. 2. p. 24.

— Pragae, 3. Aug.: Imperator R. Rudolphus II. ad Baronem de Menckwitz, super controuersis inter reginam Angliae, Elisabetham, et villas Hanseaticas.

— ib. eod.: Imperator ad Ducem Brunsvicensem.

— ib. eod.: — — — — — Holsteinem super antedictis controuersis.

Abgebr. bey Rymer, T. VII. P. 2. p. 42. 43.

— Otland. 27. Aug.: Literae reginae Angliae, Elisabethae, ad archiepiscopum Bremensem.

— ib. eod.: Literae reginae Angliae, Elisabethae, ad proconsules ciuitatis Stadenfis.

— ib. eod.: Literae reginae Angliae, Elisabethae, ad proconsules ciuitatis Bremensis.

Abgebr. bey Rymer, T. VII. P. 2. p. 45.

— Otland. 30. Aug.: Literae reginae Angliae, Elisabethae, ad Ottonem Ducem Brunsvicensem.

Abgebr. bey Rymer, T. VII. P. 2. p. 46.

— Bremae, 26. Sept.: Literae legatorum Angliae ad Ottonem, ducem Brunsvicensem.

— Harburgi, 7. Octobr.: Praefati ducis responsio ad praefatos legatos.

Abgebr. bey Rymer, T. VII. p. 2. p. 47.

— Bremae, 14. Octobr.: Legati Angl. apud ciuitatem Bremensem ad Rob. Cecill, militem, principalem secretarium reginae Elisabethae Angliae.

Abgebr. bey Rymer, T. VII. P. 2. p. 47.

1602 Harburgi, 29. Octobr.: Otto dux Bransv. et Luneburg. ad legatos Angl.

Abgedr. ebendof. p. 49.

— Bremae, 19. Nov.: Ad reginam Elisabetham Angl. a Barone Minquitz.

Abgedr. bey Rymer, T. VII. P. 2. p. 53.

— (Lübeck) Dec.: Crebens-Brieff der Hanse-Städte an den Großfürsten, Boris Fedorowitsch, aller Ruessen.

Abgedr. bey Willebrandt, III. 139.

— Bremae, 1. Dec.: Literae a Commissionariis Angl. apud Bremam ad Consiliarios privati consilii reg. Angl. super progressu tractatus cum Commissionariis Daniae et Barone de Minckwitz.

Abgedr. bey Rymer, T. VII. P. 2. p. 53.

— Bremae, 1. Dec.: Literae ab eisdem ad Dmn. Cecill.

Abgedr. ebendafelbst, p. 59.

— (Lübeck) 3. Dec.: Instruction und Befehl für die Hansischen Gesandten, was sie bey dem Großfürsten von Rußland werben sollen.

Abgedr. bey Willebrandt, III. S. 140.

1603 Whitehall, 5. Jan.: A Dominis Consiliariis reginae Angl. Elisabethae ad commissionarios apud Bremam responsoriae.

Abgedr. bey Rymer, T. VII. P. 2. p. 60.

— Lübeck, f. d.: Schrage oder Ordnung des Kaufmanns zum Rußlande Residierende. Uebersetzen und von neuen bey eingebracht.

Abgedr. bey Marquard, Beyl. Lit. G. S. 273; Königs R. N. P. spec. Cont. IV. Th. I. S. 1371; im Auszuge in Marpergers Mosco-



- *Handelsmann*, 108; Scherer *commerce de la Russie*, T. 2. p. 197.  
 1603 (Bremen): *Hansische Forderungen den Englischen Gesandten übergeben und der letzteren Antwort.*  
 Abgedr. bey Willebrandt, II. 290.

— *Relatio was in der Erb. von Lübeck und anderer Hansestädter Sachen bey dem Kayser und Großfürsten, Boris Feodorowis, und dem jungen Herrn Kayser und Fürsten, Herrn Feodor Barisowis, z. 1603 im Monat April, May und Junio in der Stadt Muskow und sonst vorgelaufen und verrichtet worden.*

Abgedr. bey Willebrandt, III. 121. nebst Beyl. 139 - 178.

— *Moskau, 2. Apr.: Kurze Verzeichniß, was der Kayserlichen freyen Reichs-Stadt Lübeck und der Stadt Stralsunde, und anderer Erb. Hanse-Stette Abgesandten (Morgen, Geliebts Gode) vor dem Kayser und Großfürsten aller Reussen etc. auch dem jungen Herrn Kayser und Großfürsten aller Reussen zc. unterthänigst Mundtlich vorbringen werden, so sie dem Herrn Canseler auff sein Befehl vorher zuschicken müssen.*

Abgedr. bey Willebrandt, III. S. 144.

— *Moskau, 3. Apr.: Die Haupt-Werbung, den 3. Aprilis, 1603 zur Muskow post audient. übergeben von Seiten der Hansischen Abgeordneten an den Großfürsten Boris Feodorowis u. s. w.*

Abgedr. ebendaf. S. 146.

— *Moskau, 4. Apr.: Nahmen der Hansestädter, so mit Lübeck einig sind, welche wir (die Hansischen Abgeordneten) auff Befehl der Kayserl. Maytr. aller Reussen Anno 1603, d. 4. Aprilis, unterthänigst übergeben müssen.*

Abgedr. bey Willebrandt, III. S. 149.

1603 Moskau, 6. Apr.: Nota der Hanßischen Abge-  
sandten an den Großfürsten.

Abgedr. ebendas. S. 151.

— Moskau, 12. Apr.: Des Kayfers und Großfürsten  
Antwort auf die Werbung der Hanß. Gesandten.

Abgedr. ebendas. S. 152.

— Moskau, 14. Apr.: Der Gesandten Replik.

Abgedr. ebendas. S. 158.

— (Moskau, 16. Apr.): Briefen, warum wir, (die  
Hanßischen Gesandten) keine Vorschriften vom Kö-  
niglichen Kayser mitgebracht.

Abgedr. ebendaselbst, S. 165.

— Moskau, 16. Apr.: Gravamina oder Beschwer des  
Hanßischen Kaufmanns.

Abgedr. ebendas. S. 166.

— Bromaë, 22. Apr.: Ad dominos consilii regis  
Angliae, Jacobi I., ab ambassiatoribus Angl.  
apud Bromaë responsoriae.

Abgedr. bey Rymor, T. VII. P. 2. p. 68.

— Moskau, 5. May: Supplication (der Hanßischen  
Gesandten) an den Käyser und Großfürsten (aller  
Russen) wegen eines schleunigen und gnedigsten  
Abschieds.

Abgedr. bey Wittebrandt, III. S. 166.

— —, 7. May: Supplication (der Hanßischen  
Gesandten) an dem Jungen Herrn Kayser und  
Großfürsten (aller Russen), wegen Vorbitte eines  
gnedigsten und schleunigen Bescheits.

Abgedr. ebendas. S. 167.

— —, 13. May: Übermaßige Supplication (der  
Hanßischen Gesandten) an den Kayser und Groß-  
fürsten (aller Russen), wegen eines schleunigen  
und gnedigsten Bescheits.

Abgedr. ebendas. S. 167.

1663 Moskau, 13. May: Uebermüthige Supplication  
(der Hanfischen Gesandten) an dem Jungen Herrn  
Kayser und Fürsten (aller Reussen) wegen Vor-  
bitte eines schleunigen vnd gnedigsten Bescheides.  
Abgedr. ebendas. S. 168.

—, 26. May: Supplication (an den Kayser  
und Großfürsten aller Reussen) so mit die Lübe-  
schen (Abgeordneten) vor uns alleine übergeben.  
Abgedr. ebendas. S. 168.

—: Von eben denselben an den jungen  
Herrn Kayser.  
Abgedr. ebendas. S. 169.

—, 1. Jun.: Von eben denselben an den Kay-  
ser vnd Großfürsten aller Reussen.  
Abgedr. bey Willebrandt, III. S. 170.

—, 7. Jun.: Privilegium des Großfürsten al-  
ler Reussen, Boris Feodorowitsch Godunow, für die  
Stadt Lübeck.

Abgedr. b. Willebrandt, III. 171; Sche-  
rer, commerce de la Russie II. 101; Königs  
R. A. P. sp. Cont. IV. Th. I. 1369; Mat-  
pergers Moscovitischer Kaufmann, S. 81;  
Marquard, Beyl. Lit. G. S. 270.

—, 8. Jun.: Defectus et dubia novi pri-  
vilegii von den Lübeckischen Gesandten aufgesetzt.  
Abgedr. bey Willebrandt, III. S. 174.

— e palatio nostro Grenouicensi, 25. Jun.: Re-  
gis Jacobi I. Angliae ad Imperatorem Rodol-  
phum literae.

Abgedr. bey Rymer, T. VII. P. 2. p. 78.

— (Gr. Nowgorod,) 28. Jun.: Schreiben der Lübe-  
ckischen Gesandten an den Kayser und Großfürsten  
aller Reussen.

Abgedr. bey Willebrandt, III. S. 174.

1603 (Gr. Nowgorod,) 28. Jun.: Ehrenbriefen an den  
(Ruffischen) Czarlichen Herrn Officiere Iwanowicz.  
Abgedr. ebendas. S. 175.

—, 29. Jun.: Protestatio (der Lübeckischen  
Abgeordneten) wegen der Schwierigkeiten, die sie  
bey dem Woiwoden und anderen Bedienten zu  
Nowgorod gefunden.

Abgedr. ebendas. S. 176.

— Moscau, Jun.: Schreiben des Kayfers und Groß-  
fürsten aller Kreussen an die Lübeckischen Gesandten.  
Abgedr. ebendas. S. 177.

— Pleskow, 8. Jul.: Schreiben dieser Gesandten an  
den Kaiser.

Abgedr. ebendas. S. 177.

1604 Lubecae, 21. Apr.: Forma confederationis  
vniuersalis, siue communis Hansae.

Abgedr. bey Werdenhagen, P. IV. S. 62,

— à Fontainebleau, Nov.: Privilège de Henri  
IV., roi de France.

Abgedr. bey Marquard, Beyh. Lit. B. S.

23; Königs R. A. T. XIV. P. spec. Cont. IV.

Th. II. Forts. Nr. 27. S. 123; Dumont, T. V.

P. II. 43; Aitzema, VIII. 306; Londorp,

VII. 993; Léonard recueil, P. III.

1606 Braunschweig, 10. Apr.: Conföderation zwischen  
Ernst, Herzogen zu Braunschweig Lüneburg, und  
den Städten Lübeck, Bremen, Hamburg, Mag-  
deburg, Braunschweig, Lüneburg und Hildesheim.

Angef. in Rehtmeier's Braunsf. län. Chron.

S. 163; im Auszuge, lateinisch, bey Werden-

hagen, P. IV. S. 81. Der letztere läßt diese

Verbindung zu Lüneburg in septimana voc. ju-

cunditatis eingehen, und führt unter den Städ-

ten Hildesheim nicht an.

1607 Extractum ex protocollo itineris Hispanici  
Dn. legatorum Hanseaticorum.

Abgedr. bey Werdenhagen, P. V. S. 114.

— Lunaburgi, 3. Febr.: Confoederatio aliquot  
civitatum Hanseaticarum defensionis maxime  
Brunsvicensium destinata.

Abgedr. bey Werdenhagen, P. IV. S. 69.

— (Madrid), — : König Philipps III. von Spa-  
nien Privilegium für die Hanse in den König-  
reichen Castilien.

Abgedruckt in der Bestätigung dieser Privile-  
gien von dem Jahre 1647, bey Marquard Beyl.  
Lit. C. 62; König T. XIV. P. spec. Cont. IV.  
und Forst. S. 157; Dumont corps Dipl. T.  
VI. P. I. 406; Schmauß corp. jur. gent. I.  
576; Abrou y Bertodano Coleccion de los  
tratados de paz, reynado D. R. Phelipe IV.  
P. VI. 57.

Obchon dieß Privilegium in diesen Sammlun-  
gen zu dem Jahre 1647 gerechnet wird, so ist doch  
klar genug aus dessen Inhalt, daß es 1607 von  
Phillipp III. den Hansen gegeben und 1647 nur  
erneuert und bestätigt ward. Die vier Hanßischen  
Deputirten nach Madrid, an des Königs Hofla-  
ger, welche darin erwähnt werden, sind, im J.  
1607, abgegangen, und lebten im Jahre 1647 meist  
schon lange nicht mehr. Eben dasselbe gilt von  
den vier folgenden Urkunden, obwohl sie fälschlich  
zu dem Jahre 1647, auch selbst zum Theil von  
Abreu gerechnet sind, während in einigen gleich-  
wohl ausdrücklich vorkommt, daß Phillip III. sie  
den Hansen erteilt habe. Wenn man die Urkun-  
den nur lesen will, und das vergleichen, was in  
der Geschichte der Hanse in diesem dritten Bande  
vorkommt; so fällt aller weitere Zweifel darüber  
von selbst hinweg.

1607 (Madrid), —: Königs Philipp III. von Spanien Privilegium für die Hansen in Portugal.

Abgedr. bey Marquard, Deut. lit. C. 71; König a. a. D. S. 163; Schmauß, I. 585; Dumont a. a. D. S. 409.

Madrid, 28. Sept.: Ausdehnung der Hanfischen Privilegien vorzüglich auf Andalusien durch Philipp III. König von Spanien.

Abgedr. bey Abreu y Bertodano, r. Phelipe III. P. I. S. 375. Dieser Abdruck ist der beste. Auch befindlich bey Marquard a. a. D. S. 85; König a. a. D. S. 173; Dumont a. a. D. S. 416.

—: Project einer Transaction zur Ausführung dieser Verträge und Freyheiten, welche der Hanfische Syndicus (Dr. Domanin) aufgesetzt und dem Könige Philipp III. von Spanien übergeben hat.

Abgedr. in Abreu y Bertodano a. a. D. r. Phelipe IV. P. VI. 63; Marquard a. a. D. S. 98; König a. a. D. S. 183; Schmauß, I. 601; Dumont a. a. D. S. 422.

—, 7. Nov.: Transaction über die Ausführung jener obigen Verträge und Freyheiten, worüber die Deputirten der Hanse mit König Philipp III. von Spanien übereingekommen sind, und sich verglichen haben.

Abgedr. bey Abreu y Bertodano a. a. D. Reynado de D. Phelipe III. P. I. S. 383.

—, 17. Nov.: Empfangsschein für diese Spanischen Privilegien durch die damals zu Madrid anwesenden Hanfischen Deputirten, und Versprechen sie zur Ratification ihren Committenten zu übergeben.

Abgedr. bey Abreu y Bertodano a. a. O.  
reyn. d. D. Phel. III. P. I. S. 391. Vergl. auch  
Werdenhagen, P. V. 135.

- 1608 Bückensfen, 12. Sept.: Herzoglich Bräunschwei-  
gisches Patent, in Betreff des von den Hanse-  
städten der Stadt Braunschweig geleisteten Schutzes,  
nebst zwey Schreiben des dem Herzoge von Brauns-  
schweig ergebener Herzogs, Franz von Sachsen-  
Lauenburg, an die Nieder-Sächsischen Kreisober-  
sten, einige Schwäben, so das Hanstische Kriegsvolk  
in seinem Lande gethan, betreffend.

Abgedr. in dem gründl. Bericht 12. v. 1609 zu  
Helmstedt, f. d. J.

- 1609 Lübeck, 24. April: Protestation der Erborn  
Hanse-Städte, daß sie an denen ihrer Societät  
imputirten Conspiration, Auswegelung- und  
Empörungen, keinen Antheil hätten, sondern vor  
Gott und aller Welt unschuldig wären.

Abgedr. bey Lünig, T. XIV. P. spec. Cont.  
IV. Th. II. Fortf. S. 124; bey Hagemeier,  
Beyl. Nr. 7; Werdenhagen, P. VI. S. 7.

- gedruckt zu Helmstedt: Gründlicher Bericht auf  
der Hanse-Städte Verantwortung. 4.

Angef. in Häberlin N. L. R. Gesch. Th. 22.  
S. 713. und befindlich in Rehemeters Brschw.  
Chronik, S. 1178.

- 1611 Hamburgi, 28. Jun.: Contractus senatus Ham-  
burgensis cum ibidem residentibus mercatori-  
bus Anglicanis.

Abgedr. in Marquard, Beyl. Lit. D. S.  
194; Lünig, T. XIII. P. sp. Cont. IV. T. I.  
S. 1096.

- 1612 Lübeck, 5. Nov.: Klagen der Stadt Lübeck beyhm  
Kaiser über die Störung der Schifffahrt durch  
den König von Danmark.

Abgedr. bey Londorp act. publ. T. I. 107.  
Nebst vielen andern Urkunden in dieser Angelegen-  
heit, ebenbaselbst, und in Meyeri. Londorp  
suppl. T. I., die man weiter einzeln nicht hat an-  
merken wollen, da sie sich vorzüglich nur auf Lü-  
beck beziehen.

- 1613 Antwort des Königs zu Dänemark an die Burge-  
meister und Rath der Stadt Lübeck, wegen der  
Beschwerden über die Zölle in der Ostsee.  
Besonders gedruckt.

Hag. Com. <sup>30. Mart.</sup> : Foedus inter OO. Belg.  
m. Maj.  
foed. et urbem Lubecam cum aliarum urbium  
accessione de libero commercio per mare Bal-  
ticum et boreale in annos 15.

Abgedr. in Dumont, T. V. II. 231 (May);  
Groot Placaetboek D. IV. 273; Aitzema  
Saaken van staet en oorlogh, ed. in 4. l. 170;  
Königs R. A. P. Sp. Cont. IV. Th. I. 1394;  
Postlethwayt's dictionary, T. II. unter  
dem Worte maritime (May); Werdenhagen  
P. IV. S. 504 führt es an, unter d. IV. Calend.  
Jun. (29. May) und scheint es fälschlich zum Jahre  
1614 zu zählen. Daß das Bündniß auf 15, nicht  
auf 50 Jahre, wie Dumont sagt, geschlossen  
worden, erhellet aus der Geschichte, ist auch be-  
reits von andern bemerkt worden. Der 30te März  
scheint das richtige Datum zu seyn.

Haag, 20. Sept.: Auszug aus einer Ueberein-  
kunft zwischen den General-Staaten der N. Nie-  
derlande und der Stadt Lübeck von der einen Seite,  
und den Städten Braunschweig und Magdeburg  
von der andern, wegen der von den letztern zu  
entrichtenden halben Quote dessen, was Lübeck gibt,



wenn sie dem Bund, der zwischen Lübeck und den  
Gen. Staaten geschlossen worden, begetreten.

Abgebr. bey Werdenhagen, P. IV. S. 73.

1614 Haag, 5. Aprill: König Gustav Adolphs von  
Schweden Begetritt zu dem vorstehenden Bündniß.

Abgebr. bey Aitzema ed. in 4. D. I. 175;

Dumont, T. V. P. 2. 245; Groot Pla-  
caetboek, T. IV. 275.

— Lübeck, 23. May: Der Erborn Hansee-Städte  
Schiffs-Ordnung und See-Recht.

Abgebr. bey Marquord, Beyl. Lit. X. S.

S. 688; Lünig, T. XIV. P. spec. Cont. IV.

Th. II. Forts. S. 132.

1615 et 1616: Extractum confoederationis dupli-  
cis, quam dux Christianus Lunaeburg. et  
Dux Johann. Albertus Megapolit. cum 6 ci-  
vitatibus Hansae Saxonico-Vandalicis in re-  
novatione sua, ann. 1615 et 1616 iniere.

Abgebr. bey Werdenhagen, P. IV. c. 14.  
P. 83.

— 6. Apr.: Extractum ex decreto Christiani IV.  
regis Daniae, quod per cancellarium Germa-  
nicum suum Doct. N. Metzlerum legatis Han-  
seaticis exhibitum et insinuatum fuit.

Abgebr. bey Werdenhagen, P. III. S. 265.

— Lunaeburgi, 19. Oct.: Recessus Christiani  
episcopi Mindens. et ducis Brunsv. et Lunaeb.  
ciuitatumque sex Hanseaticarum, foederi eo-  
rum arctiori annexus.

Abgebr. bey Werdenhagen, P. IV. cap. 14.  
p. 83, 84. und ebendasselbst die Ratification vom  
10. Jun. 1616.

— Hag. Com., 26. Dec.: Confoederatio inter  
OO. Belg. foed. et vrbes Hanseaticas.

Abgedruckt bey Dumont, T. V. P. II. 274;  
Groot Placaetboek, IV. 280; Aitzema,  
I. 186; Londorp, I. 220; Königs R. N.  
T. XIV. P. spec. Cont. IV. Th. II. Fortf. 142;  
Postlethwayt's dictionary II. v. maritime;  
Werdenhagen de rebus publ. Hanf. P.  
IV. S. 73; Gulielm. Baudart memoryen  
der gedenkwierdigste geschiedenissen van Ne-  
derland etc. B. 8. S. 44.

1615 Braunschweig, 26. Dec.: Auszug aus dem Ver-  
trage über die Quote, welche verschiedene Hanse-  
Städte, zu Folge der Verbindung mit den Gene-  
ral-Staaten zu leisten haben.

Abgedr. bey Werdenhagen, P. IV. S. 73.

—, 27. Dec.: Auszug eines Beschlusses der  
Deputirten verschiedener Hanse-Städte zur Ra-  
tification des zwischen ihnen und den General-  
Staaten geschlossenen Bundes.

Abgedr. bey Werdenhagen, P. IV. S. 74.

Lübeck, April

1616 Haag, 13. Jun.: Ratification des Bündnisses zwi-  
schen der Hanse und den Verein. Niederlanden.

Abgedr. bey König, T. XIV. P. spec. Cont.  
IV. Th. II. Fortf. S. 145. auch an andern bereits  
angeführten Orten.

Halle, 14. Apr.: Schreiben des Administrators,  
Christian Wilhelm von Magdeburg, an die Stadt  
Magdeburg, wegen des von ihr und andern Hanse-  
Städten mit den General-Staaten eingegangenen  
Bündnisses.

Magdeb. 20. Apr.: Antwort der Stadt Magdeburg.

Abgedr. bey Werdenhagen, P. IV. S. 75.

10. Jun.: Extractum confederationis dupli-  
cis etc. s. oben Jahr 1615.

1616 : . . . 14. Jun.: Renovatio foederum regis Sueciae et OO. Belg. foed. cum vrbibus Hanseaticis inprimis Lubeca.

Abgebr. bey Baudart gedenkw. Geschied-  
nissen van Nederland, I. L. VIII. 44.

1618 Hamburg, 28. Jun.: Renovirter und corrigirter Contract, welchen E. E. Rath zu Hamburg mit denen daselbst wohnenden Engländern der Handlung wegen geschlossen.

Abgebr. bey Lünig, T. XIII. P. spec. Cont.  
IV. T. I. 1107.

— Leipzig, 15. Dec.: Vergleich zwischen Joh. Georg Churfürsten zu Sachsen, und den freyen Reichs- und unirten Deutschen Hanse, Städten wegen Streit.

Abgebr. bey Lünig Reichs-Archiv, P. spec.  
T. 2. p. 158; Dumont, V. II. p. 324.

— Dresden, 5. Dec.: Ratification des vorstehenden Vergleichs, durch den Churfürsten.  
Ebendasselbst.

1620 : . . . Acten in Bezug auf den Streit zwischen dem Könige von Dänemark und Hamburg wegen zweyer von dem ersten auf die Elbe gelegten Kriegsschiffe.

Abgebr. Londorp A. P. T. II. L. V. 45.  
Meyer Londorp, T. I. P. I. 315. Theatr.  
Europ. I. 470. 480.

— gedruckt zu Zelle: Lüneburgische Deduction in der Sommerdeichs Sache gegen Lübeck und Hamburg.

— Hamburg: Gegen-Deduction von den beyden Städten.

Angef. in Beckers Gesch. der St. Lübeck, II.

241. 354.

1629 Lübeck, 30. April: Mandat der vereinigten Leuthen Hanse-Städte wider die muthwillige Falliten und Bancquerottirer.

Abgedr. bey Marquard, Beyl. Lit. Z. S. 712; König, T. XIV. P. spec. Cont. IV. Th. II. Fortf. S. 145; Willebrandt, III. S. 179.

— Weisenburg, auf Jacobi: Vertrag zwischen Herzog Christian zu Braunschweig-Lüneburg und den Städten Hamburg und Lübeck in der Sammerdeichs Sache.

Abgedr. in der Bergedorffschen Landesverfassung S. 143.

1631: Extractum ex decreto Fridericoburgensi Christiani IV., regis Daniae, quod Lubecensibus legatis exhibitum fuit.

Abgedr. bey Werdenhagen, P. III. S. 265.

— 22. Oct.: Conceptum responsi Hanseatici ad rempubl. Norinbergensem.

— 12. Nov.: Literae Lubecensium ad civitates Hanseaticas de petito Norinbergenrium.

Abgedr. bey Werdenhagen, P. IV. S. 47.

1635 Stockholm, 22. Jun.: Schreiben Königs Gustav Adolph von Schweden an die Stadt Lübeck.

Abgedr. in Scherer commerce de la Russie, II. 176.

— Hagg, 26. Jul.: Creditiv der General-Staaten für Caspar von Wospergen, ihren Abgeordneten, an die zu Bergedorf versammelten Hanse-Städte.

Abgedr. bey Werdenhagen, P. VI. S. 15.

— Werden, 5. Aug.: Creditiv König Christians IV. von Dänemark für seinen an die zu Bergedorf versammelten Hanse-Städte abgeordneten Gesandten, Joach. von Nislaß. Welchem beygefügt ist der Vortrag des Gesandten.

Abgedr. bey Werdenhagen, P. VI. S. 13. 14.

1625 Bergedorf, 11. Aug.: Vortrag des Französischen Gesandten, Mr. de la Ricardière, an die zu Bergedorf versammelten Hanse-Städte.

Abgebr. bey Werdenhagen, P. VI. S. 12.

—, 12. Aug.: Antwort der zu Bergedorf versammelten Hansen an den König von Frankreich.

Abgebr. bey Werdenhagen, P. VI. S. 16.

1626 Wien, 23. Nov.: Des Römischen Kaisers Schreiben an die Städte Lübeck, Goslar, Mühlhausen, einige Fürsten und an Hamburg, den Dänen keinen Vorschub an Lebensmitteln zu thun.

Abgebr. bey Londorp Act. publ. III. 951.

1627 Lübeck, 8. Nov.: Vortrag durch die kaiserlichen Gesandten an den Rath zu Lübeck, wegen der projectirten Spanisch-Hanseatischen Handlung.

Abgebr. bey Londorp Act. publ. III. 1004.

1628 . . . Wegen der Belagerung Stralsunds kommen viele Actenstücke in dem gründlichen Bericht von der Hansestadt Stralsund 1631. 4. in Londorp III. l. VIII. c. 143; in Neuburs Beytr. zur Gesch. des dreißigjährigen Kriegs 1772. 4. vor. Der letztere hat über diesen Gegenstand allein 64 Urkunden und ein Tagebuch der Belagerung. Vergl. mehreres bey Hübner, B. 25. S. 607 ff.

— Articuli Hanseatici ad terminum 4. Febr. Lubecae institutum, pro deliberationis materia, civitatibus emissa.

Abgebr. bey Werdenhagen, P. IV. am Ende monitio finalis ad part. quartam.

1628 Lübeck, 23. Febr.: Antrag der kaiserlichen Gesandten bey der Hanse, wegen der projectirten Spanisch-Hanseatischen Handlung.

Abgedr. bey L o n d o r p Act. publ. III. 1006.

1630 (Lübeck, Febr.): Verbindung der drey Städte Lübeck, Bremen und Hamburg.

Abgedr. im Ausg. b. Köhler, Willebrandt, H. S. 293.

1641 Bündniß der dreyen Hansee-Städte Hamburg, Lübeck und Bremen, wider alle bey dermaligen beschwerlichen Läuften vorkommende Begebnisse.

Abgedr. bey L ü n i g, T. XIV. P. spec. Cont. IV. Th. II. Fortf. S. 146; Postlethwayt's dictionary, art. maritime T. II.

1645 Lissabon, 11. May: Bestätigung früherer Privilegien in Portugal, besonders König Emanuel's durch den König Johann IV. von Portugal den Deutschen und andern Kaufleuten ertheilt.

Abgedr. in Postlethwayt's dictionary, T. II. art. treaties; es scheint aber diese Bestätigung nur zu Gunsten der Engländer vorzüglich ausgewirkt worden zu seyn.

— Haag, 1. Aug.: Tractat zwischen den V. Niederlanden und den Städten Bremen und Hamburg zu Vertheidigung der Weser und Elbe.

Abgedr. in Dumont, VI. I. 311; Graot Placaetboek IV. 286; Aitzema VI. 131; Wicquefort hist. des prov. unies, preuves du liv. III. p. 647; L ü n i g's N. A. T. XIII. P.

sp. Cont. IV. Th. I. 275; T. XIV. P. sp. Cont. IV. Th. II. Fortf. S. 150; Victório Siri Mercurio V. P. II. 158; Schmauß S. 534; Kiefers Samml. Hamb. Verfass. VI. 274; Hagemeter, Beyl. Nr. 8; Aitzema historia pacis, p. 307; Postlethwayt art. maritime, T. II.

1645 Christianapel, 14. Aug.: Document der Königlich-Dänischen Plenipotenzarien, daß die drey Hanse-Städte Lübeck, Bremen und Hamburg in den Frieden mit Schweden, wegen der freyen Schifffahrt und Entrichtung des Zolls zu Detesund, mit einge-  
schlossen worden.

Abgedr. bey Marquard, Beyl. Lit. E. S. 257.

1646 Haag, 25. Oct.: Tractat zwischen den W. Niederlanden, der Stadt Lübeck und den übrigen Hanse-Städten, wodurch die St. Lübeck des Tractats vom 17. Aug. 1645 zwischen den W. Niederl. Bremen und Hamburg theilhaftig erklärt wird.

Abgedr. bey Dumont, VI. P. I. 300; Groot Placaetboek IV. 288; Münigs R. A. T. XIV. P. spec. Cont. IV. Th. II. Fortf. S. 151; Diar. Europ. Cont. II. 143; Kiefers Samml. Hamb. Verfass. VI. 278; Hagemeter, Beyl. Nr. 9; Aitzema hist. pacis, p. 309.

1647 Münster, 11. Sept.: Tractat, der zwischen den Spanischen Deputirten und denen der Hanse-Städte abgeschlossen worden, mit der Ratification des Königs von Spanien Philipps IV., vom 26. Jan. 1648, zu Madrid, welchem beygefügt sind die verschiednen Tractate und Freyheiten, die (von Philipp III.) für Portugal und Spanien den Hanse-Städten (zu

Madrid im J. 1607) hat ertheilt worden; zugleich mit der Erklärung der Hanfschen Deputirten zu Münster und der Spanischen Gesandten dafelbst des Grafen Penaranda und Ansons Bruns, daß diese jenen Tractate angehängten Freyheiten den Originaten gleichlautend sind, zu Münster d. 3. May, 1648, und einer Beglaubigung durch den Spanischen Legations-Secretär D. Ferd. del Campo d'Angulo, Münster 6. Jun. 1648.

Abgedr. bey Lünig, T. XIV. Pars spec. Cont. IV, Th. II. Fortf. S. 153–190; Dumont corps dipl. T. VI. P. I. S. 402–427; Schmauß corp. j. gent. I. 569–612; Marquard, Beyl. hz. C. S. 56–108; Abreu y Bertodano coleccion de los tratados, reynado de D. Phelipe IV. P. VI. 49–69.

Abreu hat stets den bessern Abdruck des Spanischen Texts, die beygefügtten früheren Privilegien von dem Jahre 1607 sind aber hier nicht so vollständig, als bey den übrigen. Hagemeier, Beyl. Nr. II., hat dieselben Privilegien ohne die früheren vom J. 1607; und auf dieselbe Weise in Aitzema historia pacis, S. 579. und in Londenp Act. publ. VI. 176.

1648 Madrid, 26. Jan.: Ratification des zwischen den Hanfschen und Spanischen Gesandten im J. 1647, zu Münster, abgeschlossenen Tractats; f. 1647 Münster, 17. Sept.

— Münster, 3. May: Erklärung der Hanfschen und Spanischen Gesandten zum Friedensschluß zu Münster, daß die den ersteren mitgetheilten Copien der



Privilegien den Originallen gleichlautend sind; f.  
1647, Münster *IV*. Sept.

1648 Madrid, 24. Jun.: Philipp IV., König von Spanien, Befehl an den Herzogen von Medina-Celi, General-Capitain des Oceanischen Meers, daß er den zwischen den Hansen und dem König geschlossenen Vertrag ausüben soll.

Abgebr. in König T. XIV. P. spec. Cont. IV. Th. II. und Forts. S. 191; Schmauß corp. jur. gent. I. 613; Marquard Beyl. lit. C. S. 108.

1650 Brüssel, 28. May: Mandat, welches Seine Altera der Durchlauchtigste Erbherzog Marques de Ledi, General der Flanderschen See, wegen der Han- sischen Schifffarth und Commarciens gegeben. (Enthält, daß die Tractate zwischen dem Könige von Spanien und den W. Niederl. von den J. 1648 u. 1650 auch den Hansen zu Gunsten gültig seyn sollen.)

Abgebr. bey Marquard, Beyl. lit. C. S. 163.

Hamburg, 12. Aug.; Erklärung des Magistrats zu Hamburg, daß er die Spanischen Privilegien, von d. J. 1647 und ihre Ratification von d. J. 1648, annehme und ihre Publication anbefehle.

Abgebr. in Abreü y Bertodano Phil. IV. P. VI. 69; Dumont, T. VI. P. I. 417.

1652 Lübeck, im Januar: Verordnung der Hanse-Städte wie es mit der Schifffahrt auf die Niederlande und Spanien zu halten, vermögte früherer Tractate, nebst einem Anhänge verschiedener Beschlüsse der General- Staaten der Vereinigten Niederlande, welchen

die Hanse bestreiten oder in welche sie eingeschlossen worden sind.

Abgedr. bey Marquard, Beyl. Lit. V. S. 641 u. ff.

1652 Westmonast., Apr.: Parliamentum reipubl. Angl. ad civitates Hanseaticas.

Abgedr. in Cassels Samml. ungebr. Urkunden S. 434.

Lübeck, 20. May:  
1654 Paris, 4. Nov.: Vollmachten der Hanse-Städte und des Königs. Indw. XIV. von Frankreich, für ihre Bevollmächtigten zu Schließung eines Handels-Tractats.

Abgedr. in Königs R. A. T. XIV. P. sp. Cont. IV. Th. II. Fortf. S. 191-193; Marquard, Beyl. Lit. B. S. 34-36.

1654 22. Jul.: Instrumentum inolutionis Lubecae, Bremae, Hamburgi in pacem inter Olivar. Gronwall, protectorem, parlamentumque Angliae et ordines Belgii foederati factam.

Anges. von Dreper, S. 281.

1655 Paris, Mai: Privilèges accordés par les rois de France aux villes anseatiques, et confirmés par Louis XIV.

Abgedr. in Königs R. A. T. XIV. P. sp. Cont. IV. Th. II. Fortf. S. 202; lateinisch bey Hagemeier in serie actorum; Dumont, T. VI. P. II. 192; Leonsard, T. III; London 1739. XII. Beyl. Marquard, Beyl. Lit. B. 24.

1655. Paris, 10. Mai: Traité de marine fait entre Louis XIV. et les villes et cités anseatiques.

Abgedruckt bey Dumont, VI. P. II, 103; Léonard III; Leibnitz corp. jur. g. D. mantissa p. 185; Diar. Europ. appendix; Londorp act. publ. VII, 994; Recueil van Tractaten n. 26; Marquard, Beyl. Lit. B. S. 26, 44, 50; Lünig, T. XIV. P. spec. Cont. IV. Th. II. Fortf. S. 194; Hagemeier, Beyl. Nr. 15.

— Lübeck, 18. May: Der erbaren Hanse-Städte Ratification des Marine- Tractats.

Abgedr. in Lünigs R. A. T. XIV. P. spec. Cont. IV. Th. II. Fortf. S. 201; Léonard, T. III; Marquard, Beyl. Lit. B. S. 29.

— Paris, 15. Juni: Ratification des Marine- Tractats von Seiter Königs Ludwig XIV. und Mandat an das Parlament zu Paris, unter demselben Datum, nebst der erfolgten Einregistrirung durch dasselbe am 29. Jul.

Abgedr. in Lünigs R. A. T. XIV. P. sp. Cont. IV. Th. II. Fortf. S. 200, 203, 204; Léonard, T. III; Marquard, Beyl. Lit. B. S. 37 ff.

1656 Westmonast., 8. Feb.: Ol. Cromwellii literae responsoriae ad consules Bremeles de includenda Hanseaticis in pacificatione Gallo-Anglica.

Abgedr. in Cassels Samml. ungebr. Urfund. Br. 440.

— Westmonast., 30. Maji: Ol. Cromwell Instrumentum inclusionis Lubecae, Bremeae, Hamburgi in pacem Anglo-Gallicam.

Abgef. von Dreyer, S. 281.

1657 Lübeck, 15. Febr.: Bürgermeister und Räte der Städte Lübeck, Bremen und Hamburg, für sich und im Namen übriger Teutscher Hanse-Städte an Herrn Johann Georg II. Churfürsten zu Sachsen, wegen Verminderung der Zölle, Steuern und Accisen auf Messen und Märkten.

Abgedr. bey Marquard, Beyl. Lit. O. S. 556.

1658 Dresden, 5. Dec.: Johann George, Churfürsten zu Sachsen, Beschluß wegen der von den Reichs- und Hanse-Städten gebetenen Verminderung der Abgaben, besonders auf der Leipziger Messe.

Abgedr. bey Marquard, Beyl. Lit. O. S. 559.

1659 exhibitum Londini 3. Aug.: (Boeckelii) Remonstratio argutiarum, quibus Marmeduckius quidam foritque ejus jarium domanii Anglicani fscaliū praetensi informatores, seu inquisitores, domum Teutoniam sine Siliard, civitatibus Hanse Teutonicas inde a pluribus saeculis quaesitam, novissime impugnare — ausi sunt etc.

Abgedr. bey Marquard, Beyl. D. S. 186; Hagemeler, Beyl. Nr. 12. Wie es scheint ursprünglich Englisch, und von jenem Verfasser vergl. Dreyer spec. jur. pubk Lubec. p. 272.

— Madrib, 22. Sept.: s. die folgende Urkunde, vom 22. Sept. 1660.

1660 Madriti, 22. Sept.: Philippi IV. regis Hisp. declaratio de includendis Hanseaticis in paco cum Gallis.

Abgedr. in Cassels Samml. ungebr. Urkund. S. 443; Hagemeler, Beyl. Nr. 13; Hünigs R. N. T. XIV. P. spec. Cont. IV. T. II. Fortf.

S. 205. Lünig hat. hen. 22. Sept. 1659, aber aus dem Inhalt des Diploms erhellet deutlich genug, daß 1660 die die richtige Lesart ist.

1661 Memoriale pro ciuitatibus ac rebus publicis Hanseaticis conjunctim Stiljardam siue Guildehalam Teutonicorum concernens.

Angef. von Dreper, S. 272.

— apud Westmonast., 26. Jul.: Caroli II., M. Britanniae regis, priuilegium ciuitati Hamburgenſi concessum de commercio libere in Anglia ejusdemque portubus exercendo.

Abgebr. in Dumont, VII. P. II. 365; Rieseſers Samml. Hamb. Verfass. VI. 282; Londorp Act. publ. T. VIII. 771.

— apud Westmonast., 10. Aug.: Caroli II., M. Brit. regis, ciuitati Gedanensi concessum de commercio libere in Anglia ejusque portubus exercendo.

Abgebr. in Dumont, T. VI. P. II. 379; Londorp Act. publ. T. VIII. 783.

— apud Westmonast., 12. Aug.: Caroli II., M. Brit. regis, concessio commerciorum in Anglia ejusdemque portubus exercendorum, ciuitati Lubecae data.

Abgebr. bey Dumont, T. VI. P. II. 378; Londorp Act. publ. T. VIII. 783; Lünig N. A. T. XIII. P. sp. Cont. IV. T. I. 1400. Der 12. Aug. scheint das richtige Datum zu seyn, dieß hatten Lünig und Dreper, welcher letztere in seinem spae. jur. publ. Lubec. nach dem Originale es anführet, S. 281.

1661 Westmonast., 18. Nov.: Epistola Caroli II.,  
M. Brit. regis, pro commerciis reipublicae  
Bremenfis.

Abgebr. bey Hagemeyer, Beyl. Nr. 14.

1662 Viennae, 12. Nou.: Leopoldi I. Imp. literae  
commendatitiae pro ciuitatibus Hanseaticis ad  
Carolus II., M. Brit. regem.

Abgebr. in Cassels Samml. ungebr. Urkund.  
S. 445.

— Londini, 12. Nou.: Gratulatio et propositio  
legatorum Hanseaticorum ad Carolus II.,  
Angliae regem, et responsio regis.

Abgebr. in Cassels Samml. ungebr. Urkund.  
S. 448. 451.

— Londini, 13. Nou.: Gratulatio et propositio  
legatorum Hanseaticorum ad reginam M. Bri-  
tanniae.

Abgebr. in Cassels Samml. ungebr. Urkund.  
S. 452.

— Londini, 14. Nou.: Propositio legatorum Han-  
seaticorum ad Jacobum Ducem Eboracensem.

Abgebr. in Cassels Samml. ungebr. Urkund.  
S. 454.

— Viennae, 22. Nou.: Leopoldi I. Imper. literae  
commendatitiae ad Carolus II., M. Brit. re-  
gem, pro ciuitatibus Hanseaticis et in specie  
pro ciuitate Bremensi.

Abgebr. in Cassels Samml. ungebr. Urkund.  
S. 446.

1663 apud Westmonast., m. Maj.: Caroli II., M. Brit. regis, confirmatio concessionis ciuitati Bremensi ratione commerciorum factae.

Abgebr. bey Dumont, VI. P. II. 456; id. nlg, T. XIII. P. spec. Cont. IV. T. I. 289.

— apud Westmonast., i. Jun.: Amplificatio privilegii a Carolo II. M. Brit. rege ciuitati Hamburgensi ratione commerciorum concessi.

Abgebr. in Klesefers Hamb. Verfass, VI. S. 284.

— 29. Jun.: Caroli II. regis Angl. diploma, quo declarat ut Lubecenses eodem, quo Bremenses et Hamburgenses fruantur priuilegio, importandi scilicet in regnum Angliae omnimodas merces in Germania productas.

Anges. von Dreyer, S. 281.

— Copenhagen, 23. Sept.: Königs Friedrich III. v. Dänemark Priuilegium der Stadt Bremen, wegen des Berger Handels, ertheilt, bestätigt von Christian V. am 17. Nov. 1670.

Abgebr. in Cossels Samml. ungebr. Urfund. S. 499.

1664 apud Westmonast., 17. Jun.: Carolus II., rex Angl., concedit, vt Lubecensium mercatores, propriis navibus vtentes, bona et merces, quae in regionibus maris Baltici producuntur per triennium in Angliam inuehere queant, quod quibusdam parlamenti edictis prohibitum erat.

Anges. von Dreyer, S. 281.

1665 Whitehall, 21. Jun.: Caroli II., regis M. Britanniae, responsum ad Leopoldum Imperatorem, quo liberam navigationem ciuitatibus

